



Prospekt

für das öffentliche Angebot von

bis zu 1.615.927 auf den Inhaber lautenden nennwertlosen Stückaktien aus der durch den Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrats am 10. Mai 2007 beschlossenen Kapitalerhöhung aus genehmigtem Kapital gegen Bareinlagen
und von

bis zu 726.073 auf den Inhaber lautenden nennwertlosen Stückaktien
aus dem Eigentum der abgebenden Aktionäre

und von

bis zu 351.212 auf den Inhaber lautenden nennwertlosen Stückaktien aus dem Eigentum der abgebenden Aktionäre im Hinblick auf eine eventuelle Mehrzuteilung
sowie

**für die Zulassung zum amtlichen Markt an der Frankfurter Wertpapierbörse mit
gleichzeitiger Zulassung zum Teilbereich des amtlichen Marktes mit weiteren
Zulassungsfolgepflichten (Prime Standard) an der Frankfurter Wertpapierbörse von**

5.655.744 auf den Inhaber lautenden nennwertlosen Stückaktien (bisheriges Grundkapital)

und von

bis zu 1.615.927 auf den Inhaber lautenden nennwertlosen Stückaktien
aus der durch den Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrats am 10. Mai 2007 beschlossenen
Kapitalerhöhung aus genehmigtem Kapital gegen Bareinlagen

— jeweils mit einem anteiligen Betrag am Grundkapital von EUR 1,00 je Stückaktie und
mit voller Gewinnanteilberechtigung ab dem 1. Januar 2007 —

der

SFC Smart Fuel Cell AG

Brunnthal

International Securities Identification Number (ISIN): DE0007568578

Wertpapier-Kennnummer (WKN): 756857

Common Code: 024843351

Sole Global Coordinator, Sole Bookrunner & Joint Lead Manager

Citi

Joint Lead Manager

Sal. Oppenheim jr. & Cie. Kommanditgesellschaft auf Aktien

11. Mai 2007

INHALTSVERZEICHNIS

	<u>SEITE</u>
ZUSAMMENFASSUNG DES PROSPEKTS	1
RISIKOFAKTOREN	15
Risiken im Zusammenhang mit der Geschäftstätigkeit der Gesellschaft	15
Rechtliche Risiken	24
Risikofaktoren im Zusammenhang mit dem Angebot	28
Allgemeine Informationen	30
Verantwortlichkeit für den Inhalt des Prospekts	30
Gegenstand des Prospekts	30
Zukunftsgerichtete Aussagen	30
Informationen von Seiten Dritter	31
Hinweis zu Zahlenangaben	31
Einsichtnahme in Dokumente	31
DAS ANGEBOT	32
Gegenstand des Angebots	32
Zeitplan für das Angebot	33
Das Verkaufsangebot	34
Preisspanne, Angebotszeitraum, Platzierungspreis, Zuteilung und Lieferung der Angebotsaktien	34
Das Bezugsangebot	35
Allgemeine und besondere Angaben über die Aktien	39
Übertragbarkeit der Aktien	39
Kriterien der Zuteilung	40
Stabilisierungsmaßnahmen, Mehrzuteilungen und Greenshoe-Option	40
Marktschutzvereinbarung und Veräußerungsbeschränkungen (Lock-up)	41
Börsenzulassung und Notierungsaufnahme	41
Designated Sponsor	42
GRÜNDE FÜR DAS ANGEBOT UND VERWENDUNG DES EMISSIONSERLÖSES	43
Gründe für das Angebot, Verwendung des Emissionserlöses und Kosten der Emission	43
Interessen Dritter an der Emission	44
DIVIDENDENPOLITIK UND ANTEILIGES ERGEBNIS	45
KAPITALAUSSTATTUNG	46
VERWÄSSERUNG	47
AUSGEWÄHLTE FINANZANGABEN UND GESCHÄFTSINFORMATIONEN	48
DARSTELLUNG UND ANALYSE DER VERMÖGENS-, FINANZ- UND ERTRAGSLAGE	51
Überblick	51
Wesentliche die Ertragslage beeinflussende Faktoren	52
Segmentberichterstattung	54
Sondereinflüsse im 1. Quartal 2007	54
Darstellung einzelner Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung	55
Ertragslage	57
Liquidität und Kapitalausstattung	75
Erklärung zum Geschäftskapital	80
Immaterielle Vermögenswerte	80
Quantitative und qualitative Angaben zum Marktrisiko	80
Kritische Bilanzierungsgrundsätze	81
Zusätzliche Informationen aus dem HGB- Einzelabschluss zum 31. Dezember 2006	82
Zusammenfassung wesentlicher Unterschiede zwischen IFRS und HGB	82
BESCHREIBUNG DER GESCHÄFTSTÄTIGKEIT	84
Überblick	84
Geschichte	85
Wettbewerbsstärken	86
Strategie	88
Der Markt für netzunabhängige Stromquellen	90
Von der Gesellschaft adressierte Marktsegmente	93
Wesentliche Markttreiber für Brennstoffzellensysteme	95
Wettbewerb und Wettbewerbsposition	96

	<u>SEITE</u>
Produkte der Gesellschaft	97
Forschung und Entwicklung	101
Beschaffung und Endfertigung	102
Marketing und Vertrieb	103
Kundenservice	104
Patente, Marken & Lizenzen	104
Wesentliche Verträge	107
Regulatorisches Umfeld	109
Mitarbeiter	110
Sachanlagen	113
Versicherungsschutz	113
Rechtsstreitigkeiten und Verwaltungsverfahren	113
AKTIONÄRSSTRUKTUR	114
Aktionärsstruktur (vor und nach Durchführung des Angebots)	114
GESCHÄFTE UND RECHTSBEZIEHUNGEN MIT NAHE STEHENDEN PERSONEN	116
ALLGEMEINE ANGABEN ZUR GESELLSCHAFT	117
Gründung, Handelsregistereintragung, Firma und Sitz	117
Gegenstand des Unternehmens	117
Geschäftsjahr und Dauer der Gesellschaft	117
Abschlussprüfer	117
Bekanntmachungen, Zahl- und Hinterlegungsstelle	117
ANGABEN ÜBER DAS KAPITAL UND ANWENDBARE VORSCHRIFTEN	118
Grundkapital und Aktien	118
Entwicklung des Grundkapitals	118
Ermächtigung zum Erwerb eigener Aktien	120
Allgemeine Regelungen zur Gewinnverwendung und zu Dividendenzahlungen	121
Allgemeine Bestimmungen zu einer Liquidation der Gesellschaft	121
Allgemeine Bestimmungen zu einer Veränderung des Grundkapitals	122
Allgemeine Bestimmungen zu Bezugsrechten	122
Anzeigepflichten für Anteilsbesitz	122
ANGABEN ÜBER DIE ORGANE DER GESELLSCHAFT	124
Überblick	124
Vorstand	125
Aufsichtsrat	128
Bestimmte Informationen über Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder	132
Hauptversammlung	133
Corporate Governance Kodex	134
BESTEUERUNG IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND	136
AKTIENÜBERNAHME	143
Gegenstand und Vereinbarungen zur Aktienübernahme	143
Provisionen	143
Greenshoe-Option und Wertpapierdarlehen	143
Rücktritt/Haftungsfreistellung	144
Andere Beziehungen	144
Verkaufsbeschränkungen	144
FINANZTEIL	F-1
Ungeprüfter Quartalsabschluss (IFRS) vom 31. März 2007	F-2
Geprüfter Einzelabschluss (IFRS) vom 31. Dezember 2006	F-14
Geprüfter Jahresabschluss (HGB) vom 31. Dezember 2006	F-57
Geprüfter Jahresabschluss (HGB) vom 31. Dezember 2005	F-66
Geprüfter Jahresabschluss (HGB) vom 31. Dezember 2004	F-78
ANGABEN ÜBER DEN JÜNGSTEN GESCHÄFTSGANG UND DIE GESCHÄFTSAUSSICHTEN ..	G-1
GLOSSAR	H-1

ZUSAMMENFASSUNG DES PROSPEKTS

Die folgende Zusammenfassung ist als Einführung zu diesem Prospekt zu verstehen. Anleger sollten wegen der wesentlich detaillierteren Informationen in anderen Teilen des Prospekts ihre Anlageentscheidung auf die Prüfung des gesamten Prospekts stützen.

Die SFC Smart Fuel Cell AG, Brunnthäl (die „**Gesellschaft**“ oder „**SFC**“), Citigroup Global Markets Limited, London („**Citi**“) sowie Sal. Oppenheim jr. & Cie. Kommanditgesellschaft auf Aktien, Köln („**Sal. Oppenheim**“ und gemeinsam mit Citi die „**Konsortialbanken**“) übernehmen gemäß § 5 Absatz 4 Wertpapierprospektgesetz („**WpPG**“) die Verantwortung für den Inhalt dieser Zusammenfassung. Sie können für den Inhalt der Zusammenfassung haftbar gemacht werden, jedoch nur für den Fall, dass die Zusammenfassung irreführend, unrichtig oder widersprüchlich ist, wenn sie zusammen mit den anderen Teilen dieses Prospekts gelesen wird. Für den Fall, dass vor einem Gericht Ansprüche aufgrund der in diesem Prospekt enthaltenen Informationen geltend gemacht werden, könnte der als Kläger auftretende Anleger in Anwendung einzelstaatlicher Rechtsvorschriften der Staaten des Europäischen Wirtschaftsraums die Kosten für die Übersetzung des Prospekts vor Prozessbeginn zu tragen haben.

Zusammenfassung der Geschäftstätigkeit der Gesellschaft

Überblick

Die Gesellschaft entwickelt, produziert und vermarktet Brennstoffzellensysteme auf Methanolbasis (engl. Direct Methanol Fuel Cell, „**DMFC**“) mit einer Nennleistung von 10 W bis 250 W (0,24 kWh bis 6 kWh Tagesstromproduktion). Sie ist nach eigener Einschätzung der erste kommerzielle Anbieter und weltweiter Technologie- und Marktführer in der kommerziellen Herstellung solcher Brennstoffzellensysteme. Brennstoffzellensysteme erzeugen Elektrizität auf elektrochemischem Wege, sind dabei umweltfreundlich und nahezu geräuschlos. Sie haben vielfältige Anwendungen im Freizeitbereich, in der Industrie und dem Bereich Verteidigung sowie in anderen Situationen, in denen eine Stromversorgung über ein stationäres Stromnetz oder durch andere netzunabhängige Stromquellen technisch oder wirtschaftlich nicht oder nur eingeschränkt möglich ist. Die Brennstoffzellensysteme der Gesellschaft werden in der Regel zusammen mit einer wieder aufladbaren Batterie betrieben und zum Teil zusätzlich mit Photovoltaikmodulen oder anderen Stromquellen eingesetzt (Hybridkonfiguration). Dies bedeutet, dass die Produkte der Gesellschaft elektrische Geräte in der Regel nicht unmittelbar mit Strom versorgen, sondern mit anderen, vorwiegend netzunabhängigen, Stromquellen zusammengeschaltet werden. Das hat den Vorteil, dass der Leistungsbereich der Systeme nach oben und unten erweitert werden kann und die Brennstoffzellensysteme damit flexibel bei Geräten mit hohem sowie geringen Energiebedarf eingesetzt werden können. So können die Brennstoffzellensysteme der Gesellschaft, die selbst Nennleistungen von etwa 10 W bis 250 W erzeugen, Batterien laden, die kurzfristig Leistungen von mehreren kW zur Verfügung stellen. Auf diese Weise lassen sich die Vorteile beider Systeme — hohe Spitzenleistung der Batterie und die langfristig verfügbare Dauerleistung der Brennstoffzelle — kombinieren. Die Gesellschaft ist bislang nach eigenen Erkenntnissen das erste Unternehmen, das Brennstoffzellensysteme auf Methanolbasis serienmäßig fertigt und als Standardprodukt liefert. Daneben entwickelt die Gesellschaft auch spezifische Lösungen für Kunden aus der Industrie und dem Bereich Verteidigung. Während die meisten anderen Unternehmen, die sich mit Brennstoffzellensystemen beschäftigen, sich nach Erkenntnissen der Gesellschaft noch in der Entwicklungsphase befinden oder Prototypen betreiben, hat die Gesellschaft seit 2002 bereits mehr als 4.300 Brennstoffzellensysteme über ihre mehrstufige Vertriebsstruktur an Endverbraucher sowie unmittelbar an Industriekunden und Kunden im Verteidigungsbereich geliefert.

Der Markt für netzunabhängige Stromversorgung wird bislang von anderen Technologien als Brennstoffzellensystemen dominiert. Von den Herstellern von Energiespeichern werden Batterien (wiederaufladbar und nicht wiederaufladbar) und Kondensatoren für die netzunabhängige Stromversorgung angeboten. Im Bereich der Energiewandler sind Solarzellen sowie mechanische Generatoren, die Windkraft, Wasserkraft oder Verbrennungsmotoren zur Stromerzeugung einsetzen, verbreitet. Die Gesellschaft hat für sich gegenwärtig drei Marktsegmente identifiziert, in denen die von ihr entwickelten Brennstoffzellensysteme aufgrund ihrer hohen Energiedichte, geringen Geräuschentwicklung und ihres geringen Gewichts, Umweltfreundlichkeit, schneller Wiederverfügbarkeit, Laufzeit und Verlässlichkeit nach Ansicht der Gesellschaft besondere Wettbewerbsvorteile aufweisen. Es handelt sich um die Marktsegmente Freizeit, netzunabhängige Industrieanwendungen sowie Verteidigung.

Im Marktsegment Freizeit werden Brennstoffzellensysteme für den nachträglichen oder werksseitigen Einbau in Reisemobile und Freizeitboote angeboten und dienen der autarken Versorgung mit Bordstrom. Daneben finden Brennstoffzellensysteme auch in Berg- und Ferienhütten Verwendung. Für die Kunden besteht der Zusatznutzen eines Brennstoffzellensystems in diesem Marktsegment insbesondere in der gesteigerten

Unabhängigkeit, dem gesteigerten Komfort und der leichten Handhabbarkeit des Produkts. Ein Brennstoffzellensystem der Gesellschaft liefert bei einem typischen Bordstrombedarf eines europäischen Reisemobils von 50 Ah pro Tag (Quelle: promobil 3/2007, Seite 96) Unabhängigkeit von festen Stromnetzen für bis zu zwei Wochen aus einer 10 Liter Methanolpatrone, erhöht dabei das Gewicht des Reisemobils aber nur um ca. 16 kg (einschließlich Patrone). In diesem Marktsegment hat die Gesellschaft im Geschäftsjahr 2006 etwa 49 % ihres Umsatzes erzielt.

Im Marktsegment netzunabhängige Industrieanwendungen liefert die Gesellschaft Stromquellen für stationäre Einrichtungen, insbesondere in der Sicherheits- und Messtechnik, wie z.B. Videoüberwachung, Umweltsensorik, Wetterstationen, Verkehrstechnik, Öl- und Gasexploration. Der Zusatznutzen für Kunden in diesem Marktsegment besteht insbesondere in der langen Laufzeit der Brennstoffzellensysteme der Gesellschaft, den langen Wartungsintervallen und der Unabhängigkeit von klimatischen Bedingungen. So können z.B. weniger energieintensive Messgeräte auch unter extremen Bedingungen über Monate von einem Brennstoffzellensystem mit Strom versorgt werden, ohne dass ein manueller Patronenwechsel oder sonstige Wartungsarbeiten erforderlich sind. In diesem Marktsegment hat die Gesellschaft im Geschäftsjahr 2006 etwa 10 % ihres Umsatzes erzielt.

Das Marktsegment Verteidigung ist das jüngste Segment der Gesellschaft. Es umfasst gegenüber den vorgenannten Bereichen leichtere und kleinere Brennstoffzellensysteme, die „am Mann“ tragbar sind. In diesem Bereich hat die Gesellschaft im Auftrag der Deutschen Bundeswehr und der U.S. Streitkräfte Prototypen eines Brennstoffzellensystems entwickelt, das in der Ausrüstung eines Soldaten Platz findet. Die Produktpalette für dieses Marktsegment wird durch einen portablen Stromverteiler (Power Manager) ergänzt, der auch unabhängig von der Verwendung eines Brennstoffzellensystems zur Optimierung der Nutzung verschiedener portabler Stromquellen verwendet werden kann. Die Attraktivität eines Brennstoffzellensystems für Kunden in diesem Marktsegment besteht vor allem in der Gewichtsersparnis gegenüber Batterien, der dauerhaften Verfügbarkeit auch während und unmittelbar nach dem Tankpatronenwechsel sowie seiner geringen Ortbarkeit im Vergleich zu Generatoren. In diesem Marktsegment hat die Gesellschaft im Geschäftsjahr 2006 etwa 14 % ihres Umsatzes erzielt.

Mit fortschreitender Miniaturisierung und Stückkostenreduktion ihrer Brennstoffzellensysteme plant die Gesellschaft, ihre Brennstoffzellensysteme auch im Marktsegment leichte Elektrofahrzeuge sowie mittelfristig bei der Stromversorgung von Konsumgüterelektronik sowie bei der Stromversorgung im Gesundheitswesen zu positionieren.

Neben Brennstoffzellensystemen vertreibt die Gesellschaft einfach zu wechselnde Methanol-Tankpatronen, die ihre Brennstoffzellensysteme mit Brennstoff versorgen und deren Sicherheit durch TÜV-Zertifizierung bestätigt ist. Mit dem Verkauf von Tankpatronen hat die Gesellschaft im Geschäftsjahr 2006 etwa 1 % ihres Umsatzes erwirtschaftet.

Schließlich unterhält die Gesellschaft Joint Development Agreements („JDAs“) mit verschiedenen Kunden, in welchen sie sich verpflichtet, gegen Entgelt spezifische Produktlösungen zu entwickeln. Über JDAs wurden im Geschäftsjahr 2006 etwa 24,5 % des Umsatzes erzielt.

Wettbewerbsstärken

Die Gesellschaft zeichnet sich ihrer Ansicht nach insbesondere durch folgende Wettbewerbsstärken aus, die wesentlich zum Geschäftserfolg der Gesellschaft beitragen und eine solide Ausgangsbasis für von der Gesellschaft erwartetes weiteres starkes Wachstum bei Reduktion der Stückkosten bilden:

- Weltweit erster und führender kommerzieller Anbieter von Brennstoffzellensystemen auf Methanolbasis;
- Starke Marktstellung durch überlegene Produkteigenschaften gegenüber konventionellen und/oder alternativen Produkten zur netzunabhängigen Stromversorgung;
- Hohe Markteintrittsbarrieren: Technologievorsprung durch Forschungs- und Entwicklungskompetenz mit umfangreichem IP-Portfolio;
- Etablierte Infrastruktur zum Vertrieb von Brennstoffzellensystemen sowie zur Versorgung der Kunden mit Methanoltankpatronen;
- Langjährige etablierte strategische Partnerschaften mit Lieferanten, Kunden und Entwicklungspartnern;
- Erfahrenes und qualifiziertes Management sowie schlanke Managementstrukturen.

Strategie

Als nach eigener Auffassung erster und weltweit führender kommerzieller Anbieter von Brennstoffzellensystemen auf Methanolbasis zielt die Strategie der Gesellschaft darauf ab, das volle Marktpotential für ihre Produktlösungen zu erschließen sowie durch Technologieführerschaft und Kostenführerschaft aufgrund nachhaltiger Senkung ihrer Stückkosten attraktive Gewinnmargen und Renditen zu erwirtschaften.

Die Gesellschaft positioniert ihre Produkte in erster Linie als Ergänzung zu anderen Energiespeichern und -wandlern. Dieser Hybridansatz erweitert den Leistungsbereich der Brennstoffzellensysteme sowohl nach oben als auch nach unten und gewährleistet gleichzeitig eine dauerhafte Stromversorgung über die Nennkapazität des jeweiligen Energiespeichers hinaus. So werden beispielsweise kurze Leistungsspitzen von einer Batterie getragen während das Brennstoffzellensystem die konstante Langzeitstromversorgung bereitstellt und so den Energiespeicher bedarfsgerecht lädt. Auf diese Weise können sowohl elektrische Geräte mit hohem Stromverbrauch, beispielsweise Kaffeemaschine oder Fön, als auch Geräte in Langzeitbetrieb, wie zum Beispiel Beleuchtung, Navigation, Heizung, zuverlässig durch ein solches Hybridsystem betrieben werden. Dieser Hybridansatz erweitert den Markt für die Produkte der Gesellschaft erheblich, da eine Nachrüstung bestehender Lösungen zur netzunabhängigen Stromversorgung für viele Kunden möglich wird und Kompatibilitätsprobleme vermieden werden. Die Gesellschaft sieht sich in ihrem Hybridansatz durch eine Studie bestätigt, die davon ausgeht, dass erst die Hybridisierung den Markteintritt der Brennstoffzellensysteme ermöglicht und auch im Jahr 2010 noch 80 % der Brennstoffzellen gemeinsam mit Batterien verwendet werden (Quelle: NanoMarkets Report, „Micro Power Sources: Opportunities from Fuel Cells and Batteries for Mobile Applications“, September 2005).

Die Strategie der Gesellschaft basiert auf zwei wesentlichen Eckpfeilern: schnelles Wachstum und umfangreiche Kostensenkungen.

Schnelles Wachstum

Durch die Expansion ihrer Geschäftstätigkeit und die Besetzung von wichtigen Märkten und Absatzkanälen bei kontinuierlicher Weiterentwicklung von Management- und Organisationsstrukturen strebt die Gesellschaft an, den starken Anstieg ihres Produktionsvolumens und ihres Umsatzes der Vergangenheit kurz- bis mittelfristig fortzusetzen und langfristig überdurchschnittliches Wachstum zu erzielen. Um diese Wachstumsziele zu erreichen, verfolgt die Gesellschaft die folgenden strategischen Ziele:

- Ausbau der Vertriebsorganisation;
- Forcierung der Unternehmens-, Produkt- und Markenbekanntheit;
- Ausbau der Produktionskapazität;
- Entwicklung margenstarker Produktvariationen;
- Erschließung neuer Zielmärkte.

Umfangreiche Kostensenkungen

Die Gesellschaft konnte in der Vergangenheit bereits erhebliches Kostensenkungspotential realisieren. Innerhalb von 12 Monaten gelang der Gesellschaft eine Reduzierung der Stückkosten eines 50 Watt Brennstoffzellensystems um etwa 40 % im Wesentlichen durch die Verringerung der für ein Brennstoffzellensystem erforderlichen Anzahl von Membran-Elektroden-Einheiten (engl. membrane electrode assembly, „MEAs“) von anfangs 42 auf derzeit 24. Zur Unterstützung ihrer ehrgeizigen Wachstumsziele sowie zum Erreichen der Profitabilität bzw. dem Erzielen von attraktiven Gewinnmargen und Kapitalrenditen, verfolgt die Gesellschaft die Strategie, ihre Stückkosten fortlaufend zu senken. Die Gesellschaft erachtet eine führende Kostenposition als unbedingt notwendig, um mittel- bis langfristig ihre Produkte wettbewerbsfähig zu halten und zugleich die angestrebte Profitabilität zu erzielen. Zum Erreichen von weiteren Kostensenkungen erachtet die Gesellschaft folgende strategische Ansatzpunkte von essentieller Bedeutung:

- Reduktion von Materialkosten und Produktkomplexität durch Forschung und Entwicklung;
- Optimierung der Supply Chain;
- Realisierung von Skaleneffekten.

Flankierend zu ihrer oben beschriebenen Unternehmensstrategie plant die Gesellschaft selektiv Akquisitionen vorzunehmen, sofern diese für die konsequente Umsetzung der Strategie von Vorteil erscheinen. Die

Gesellschaft sieht sich gegenwärtig für eine erfolgreiche Umsetzung ihrer Strategie sehr gut positioniert. Dennoch sieht die Gesellschaft in der Akquisition von ausgewählten Unternehmen folgende Chancen:

- Effizientere Erschließung von neuen Zielmärkten durch Akquisition von Systemanbietern oder Integratoren, die einen geeigneten Marktzugang ermöglichen;
- Vorteile bei der Entwicklung und Fertigung ihrer Produkte durch Akquisition von geeigneten Herstellern komplementärer Technologien; und
- Vorteile bei der Weiterentwicklung der Produkttechnologie bzw. einzelner Komponenten sowie Ergänzung oder Abrundung der gesellschaftseigenen Technologie durch die Akquisition von geeigneten Wettbewerbern und Komponentenherstellern

Zusammenfassung des Angebots

Das Angebot Die Angebotsaktien werden im Rahmen eines öffentlichen Angebots in der Bundesrepublik Deutschland sowie einer internationalen Privatplatzierung außerhalb der Bundesrepublik Deutschland nach Maßgabe der Regulation S unter dem U.S. Securities Act von 1933 in der derzeit geltenden Fassung („**Securities Act**“) sowie in den Vereinigten Staaten von Amerika an *Qualified Institutional Buyers* gemäß Rule 144A unter dem Securities Act angeboten.

Die Angebotsaktien Gegenstand des Angebots sind bis zu 2.693.212 auf den Inhaber lautende nennwertlose Stückaktien der Gesellschaft mit einem anteiligen Betrag des Grundkapitals von jeweils EUR 1,00 und mit voller Gewinnanteilberechtigung ab dem 1. Januar 2007, bestehend aus:

- bis zu 1.615.927 auf den Inhaber lautenden nennwertlosen Stückaktien aus der vom Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrats am 10. Mai 2007 beschlossenen Kapitalerhöhung aus genehmigtem Kapital gegen Bareinlagen (die „**Neuen Aktien**“); und
- bis zu 726.073 auf den Inhaber lautenden nennwertlosen Stückaktien aus dem Eigentum der abgebenden Aktionäre; und
- bis zu 351.212 auf den Inhaber lautenden nennwertlosen Stückaktien aus dem Eigentum der abgebenden Aktionäre im Hinblick auf eine eventuelle Mehrzuteilung (gemeinsam im Folgenden als das „**Angebot**“ bezeichnet).

Die Gesellschaft und die abgebenden Aktionäre behalten sich gemeinsam mit den Konsortialbanken das Recht vor, die Anzahl der Angebotsaktien zu verringern.

Angebotszeitraum Das Verkaufsangebot, im Rahmen dessen Anleger die Möglichkeit erhalten, Kaufangebote für die Angebotsaktien abzugeben, beginnt voraussichtlich am 14. Mai 2007 und endet voraussichtlich am 24. Mai 2007. Kaufangebote von Privatanlegern können während des Angebotszeitraums bei den Niederlassungen der Citibank Privatkunden AG & Co. KGaA und Sal. Oppenheim abgegeben werden. Am letzten Tag des Angebotszeitraums wird die Abgabe von Kaufangeboten für Privatanleger bis 12:00 Uhr MESZ und für institutionelle Anleger bis 17:00 Uhr MESZ möglich sein. Die Gesellschaft und die abgebenden Aktionäre behalten sich gemeinsam mit den Konsortialbanken das Recht vor, den Angebotszeitraum zu ändern, zu verlängern oder zu verkürzen.

Das Bezugsangebot Die Neuen Aktien sollen den Aktionären im Wege des mittelbaren Bezugsrechts angeboten werden. Die Großaktionäre Dr. Manfred Stefener, Manfred Stefener GmbH & Co. KG, PRICAP Venture Partners AG, 3i Group Investments LP, Du Pont Operations Inc., BIT Holdings GmbH und FCF Fox Corporate Finance GmbH haben ihre Bezugsrechte auf die Neuen Aktien an die Konsortialbanken

abgetreten; die auf sie entfallenden 1.317.990 Neuen Aktien (die „**Angebotsaktien**“) werden im Rahmen des Verkaufsangebots angeboten werden; die verbleibenden 297.937 Neuen Aktien (die „**Bezugsrechtsaktien**“) werden den übrigen Aktionären im Verhältnis 7 zu 2 zum Bezug angeboten.

Bezugsfrist 14. Mai 2007 bis einschließlich 1. Juni 2007

Sole Global Coordinator, Sole
Bookrunner & Joint Lead Manager Citi

Joint Lead Manager Sal. Oppenheim

Zusätzliche Verkaufsstelle Baader Wertpapierhandelsbank AG, Unterschleißheim

Hauptbezugsstelle Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG, München

Weitere Bezugsstellen Citibank Privatkunden AG & Co. KGaA
Sal. Oppenheim

Preisspanne..... Die Preisspanne, innerhalb derer Kaufangebote für die Angebotsaktien abgegeben werden können und innerhalb derer der Bezugspreis festgelegt werden wird, beträgt EUR 32 bis EUR 39 pro Aktie. Die Gesellschaft und die abgebenden Aktionäre behalten sich gemeinsam mit den Konsortialbanken das Recht vor, die obere und/oder untere Begrenzung der Preisspanne zu ermäßigen oder zu erhöhen.

Platzierungspreis Der Platzierungspreis wird voraussichtlich am 24. Mai 2007 im Wege einer Ad-hoc Mitteilung über ein elektronisch betriebenes Informationssystem und unter der Internetadresse der Gesellschaft sowie frühestens am darauf folgenden Werktag durch Bekanntmachung in der Börsen-Zeitung sowie im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht werden.

Bezugspreis Der Bezugspreis wird spätestens drei Kalendertage vor Beendigung der Bezugsfrist, voraussichtlich am 29. Mai 2007 im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht und dem im Rahmen des Verkaufsangebots ermittelten Platzierungspreis entsprechen.

Lieferung und Abrechnung der
Angebotsaktien..... Die Lieferung der Angebotsaktien gegen Zahlung des Kaufpreises und der üblichen Effektenprovision erfolgt voraussichtlich zwei Bankarbeitstage nach Aufnahme der ersten Börsennotierung. Die Aktien werden den Aktionären als Miteigentumsanteile an der jeweiligen Globalurkunde zur Verfügung gestellt.

Nach Wahl des Anlegers werden die im Rahmen des Angebots erworbenen Aktien entweder dem Depot eines deutschen Kreditinstituts bei der Clearstream Banking AG, Neue Börsenstraße 1, 60487 Frankfurt am Main („**Clearstream Banking AG**“), für Rechnung dieses Anlegers oder dem Depot eines Teilnehmers an der Euroclear Bank S.A./N.V., Boulevard Roi Albert II, 1120 Brüssel, Belgien als Betreiberin der Euroclear Systems, oder Clearstream Banking S.A., L-2967 Luxemburg, gutgeschrieben.

Lieferung und Abrechnung der
Bezugsrechtsaktien..... Der Bezugspreis ist spätestens zum 4. Juni 2007 zu zahlen. Die Lieferung der Bezugsrechtsaktien erfolgt voraussichtlich ab 5. Juni 2007. Die Aktien werden den Aktionären als Miteigentumsanteile an der jeweiligen Globalurkunde zur Verfügung gestellt. Für den Bezug von Bezugsrechtsaktien wird von den Banken die bankübliche Provision berechnet.

Stabilisierung, Mehrzuteilungen und

Greenshoe-Option

Im Zusammenhang mit der Platzierung der angebotenen Aktien handelt Citi oder in ihrem Namen handelnde Personen als Stabilisierungsmanager und kann Maßnahmen ergreifen, die auf die Stützung des Börsen-oder Marktpreises der Aktien der Gesellschaft abzielen, um einen bestehenden Verkaufsdruck auszugleichen („**Stabilisierungsmaßnahmen**“). Derartige Maßnahmen können ab dem Zeitpunkt der Aufnahme der Börsennotierung der Aktien der Gesellschaft im amtlichen Markt an der Frankfurter Wertpapierbörse vorgenommen werden und müssen spätestens am dreißigsten Kalendertag nach diesem Zeitpunkt beendet sein („**Stabilisierungszeitraum**“).

In Bezug auf mögliche Stabilisierungsmaßnahmen können Anlegern neben den bis zu 1.615.927 neuen Aktien der Gesellschaft aus der vom Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrats beschlossenen Kapitalerhöhung aus genehmigtem Kapital gegen Bareinlagen und bis zu 726.073 Aktien aus dem Eigentum der abgebenden Aktionäre bis zu 351.212 weitere Aktien der Gesellschaft im Rahmen des Angebots zugeteilt werden („**Mehrzuteilung**“). Die zur Vornahme einer möglichen Mehrzuteilung benötigten Aktien der Gesellschaft werden der Citi (für Rechnung der Konsortialbanken) im Wege eines so genannten Wertpapierdarlehens von abgebenden Aktionären vorübergehend zur Verfügung gestellt.

In diesem Zusammenhang haben die abgebenden Aktionäre Citi die Option eingeräumt, bis zum dreißigsten Kalendertag nach der Aufnahme der Börsennotierung der Aktien der Gesellschaft bis zu 351.212 Aktien der Gesellschaft zum Platzierungspreis (abzüglich vereinbarter Provisionen) zu erwerben (so genannte „**Greenshoe-Option**“) und damit die Rücklieferungsverpflichtung aus dem Wertpapierdarlehen zu erfüllen. Diese Greenshoe-Option kann in dem Umfang ausgeübt werden, wie Aktien im Wege der Mehrzuteilung platziert worden sind.

Allgemeine Zuteilungskriterien

Zwischen der Gesellschaft, den abgebenden Aktionären und den Konsortialbanken bestehen vor Beginn des Angebotszeitraumes keine Vereinbarungen über das Zuteilungsverfahren. Die Gesellschaft, die abgebenden Aktionäre und die Konsortialbanken werden die „Grundsätze für die Zuteilung von Aktienemissionen an Privatanleger“ beachten, die am 7. Juni 2000 von der Börsensachverständigenkommission beim Bundesministerium der Finanzen herausgegeben wurden. Die Gesellschaft, die abgebenden Aktionäre und die Konsortialbanken werden die Einzelheiten des Zuteilungsverfahrens nach Ablauf des Angebotszeitraumes festlegen und nach Maßgabe der Zuteilungsgrundsätze veröffentlichen.

Bevorrechtigte Zuteilung

Arbeitnehmern der Gesellschaft und dem Führungspersonal von wichtigen Kunden und Lieferanten der Gesellschaft werden Aktien zum Platzierungspreis (ohne jegliche Preisvergünstigung) im Rahmen einer bevorrechtigten Zuteilung angeboten. Insgesamt werden dieser Personengruppe in diesem Rahmen maximal bis zu 48.477 Aktien (maximal 6.000 Aktien je teilnahmeberechtigter Person) angeboten. Dies entspricht bis zu rund 3 % des Emissionsvolumens (ohne Greenshoe). Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats der Gesellschaft sowie deren Angehörige sind von dieser Bevorrechtigung nicht erfasst. Aktien, die nicht im Rahmen der bevorrechtigten Zuteilung platziert werden, werden im Rahmen des Angebots angeboten werden.

Börsenzulassung

Die Zulassung des gesamten bisherigen Grundkapitals der Gesellschaft sowie der aus der Kapitalerhöhung stammenden

Angebotsaktien zum Börsenhandel im amtlichen Markt sowie gleichzeitig zum Teilbereich des amtlichen Marktes mit weiteren Zulassungsfolgepflichten (Prime Standard) an der Frankfurter Wertpapierbörse wird voraussichtlich in der Woche vom 14. Mai 2007 beantragt werden. Der Zulassungsbeschluss wird voraussichtlich am 24. Mai 2007 ergehen. Die Notierungsaufnahme an der Frankfurter Wertpapierbörse ist derzeit für den 25. Mai 2007 vorgesehen. Zugleich wird der Handel im Freiverkehr an sämtlichen Börsenplätzen eingestellt. Den Zulassungsantrag für die Bezugsrechtsaktien wird die Gesellschaft voraussichtlich am 18. Mai 2007 stellen. Die Zulassung wird voraussichtlich am 24. Mai 2007 erfolgen.

Die Zulassung der Bezugsrechtsaktien zum amtlichen Markt an der Frankfurter Wertpapierbörse sowie zum Teilbereich des amtlichen Marktes mit weiteren Zulassungsfolgepflichten (Prime Standard) an der Frankfurter Wertpapierbörse wird voraussichtlich am 18. Mai 2007 beantragt werden und wird voraussichtlich am 24. Mai 2007 erfolgen.

Marktschutzvereinbarung und
Veräußerungsgeschränkungen

Die Gesellschaft hat sich in dem am 10. Mai 2007 mit den Konsortialbanken abgeschlossenen Übernahmevertrag (der „**Übernahmevertrag**“) unter anderem verpflichtet, bis zum Ablauf von sechs Monaten nach dem Tag der Notierungsaufnahme, ohne vorherige schriftliche Zustimmung von Citi

- keine Kapitalerhöhung aus genehmigtem Kapital anzukündigen oder durchzuführen;
- ihrer Hauptversammlung keine Kapitalerhöhung vorzuschlagen; und
- keine Emission von mit Wandlungs- oder Optionsrechten auf Aktien der Gesellschaft ausgestatteten Finanzinstrumenten oder andere wirtschaftlich vergleichbare Transaktionen anzukündigen, durchzuführen oder vorzuschlagen.

Ausgenommen von dieser Marktschutzvereinbarung wird jedoch die Emission von Aktien oder Optionsscheinen und die Gewährung von Optionsrechten auf Aktien der Gesellschaft im Zusammenhang mit dem bestehenden Aktienoptionsprogramm.

Die abgebenden Aktionäre und der Vorstand der Gesellschaft haben sich im Übernahmevertrag gegenüber den Konsortialbanken verpflichtet, bis zum Ablauf von sechs Monaten nach dem Tag der Notierungsaufnahme ohne vorherige schriftliche Zustimmung von Citi

- weder mittelbar noch unmittelbar Aktien oder andere Wertpapiere der Gesellschaft zu verkaufen, zu vertreiben, zu übertragen oder in anderer Weise darüber zu verfügen; Gleiches gilt für alle Transaktionen, die wirtschaftlich einem Verkauf entsprechen würden, z.B. die Ausgabe von Options- oder Wandlungsrechten auf Aktien der Gesellschaft;
- weder direkt noch indirekt zu veranlassen oder zuzustimmen, dass eine Kapitalerhöhung aus genehmigtem Kapital oder eine direkte oder indirekte Platzierung von Aktien der Gesellschaft angekündigt oder durchgeführt wird;
- weder direkt noch indirekt der Hauptversammlung der Gesellschaft eine Kapitalerhöhung vorzuschlagen oder in der Hauptversammlung hierfür zu stimmen; sowie

- weder direkt noch indirekt zu veranlassen oder zuzustimmen, dass eine Emission von mit Wandlungs- oder Optionsrechten auf Aktien der Gesellschaft ausgestattete Finanzinstrumente oder andere wirtschaftlich vergleichbare Transaktionen angekündigt, durchgeführt oder vorgeschlagen werden.

Der Vorstand der Gesellschaft hat sich im Hinblick auf die vom Vorstand gehaltenen Aktien der Gesellschaft ferner verpflichtet, die im ersten Punkt oben beschriebenen Verkaufsbeschränkungen für weitere sechs Monate, d.h. für insgesamt zwölf Monate, nach dem Tag der Notierungsaufnahme einzuhalten, sofern nicht Citi schriftlich eine Zustimmung zur Veräußerung erteilt. Citi hat bereits zugestimmt, dass der Vorstand Dr. Jens Müller im Falle der Ausübung von Aktienoptionen während des gesamten Zwölf-Monats-Zeitraums jeweils einen Teil der von ihm neu erworbenen Aktien veräußern darf, soweit dies zur Deckung des Optionspreises sowie von Kosten und Steuern erforderlich ist.

Verwendung des Emissionserlöses

Der Gesellschaft fließt im Rahmen des Angebots der Nettoemissionserlös, d.h. der Bruttoemissionserlös aus dem Verkauf der endgültig platzierten bzw. bezogenen neuen Aktien abzüglich der von der Gesellschaft zu tragenden Gesamtkosten der Emission, zu.

Die Gesellschaft plant, den Nettoemissionserlös, der ihr aus dem Angebot zufließen wird, zu einem substantiellen Teil zur Finanzierung ihres geplanten organischen Wachstums zu verwenden. Hierzu gehört insbesondere

- Ausbau des Vertriebs sowohl in Deutschland als auch weltweit;
- Ausbau bestehender und Errichtung neuer geeigneter Produktionsstätten für die industrielle Massenfertigung;
- Finanzierung der Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten der Gesellschaft. Schwerpunkt werden hierbei Techniken und Verfahren zur Reduktion der Stückkosten sowie die Forschung und Entwicklung miniaturisierter Brennstoffzellensysteme sein;
- Investitionen in die IT-Infrastruktur, Labor- und Produktionsausstattung, sowie die Erweiterung des Bestands an Werkzeugen für die Fertigung von Komponenten, die Lieferanten zur Verfügung gestellt werden;
- Finanzierung der Erschließung weiterer Marktsegmente und der weiteren Durchdringung bereits beliefeter Marktsegmente.

Soweit ein organisches Wachstum nicht möglich oder zweckmäßig ist, schließt die Gesellschaft nicht aus, durch gezielte Akquisitionen bestimmte Technologien und Vertriebsnetze zu erwerben, um sich so den Zugang zu neuen Produkten und Absatzmärkten zu sichern sowie bestehende Produkte zu optimieren.

Nach der Durchführung des öffentlichen Angebots und der Zulassung ihrer Aktien zum amtlichen Markt an der Frankfurter Wertpapierbörse werden die bestehenden stillen Beteiligungen zum 31. Dezember 2007 enden und die Gesellschaft mit Mitteln aus dem Emissionserlös die Einlagen der stillen Beteiligungen in Höhe von TEUR 2.523 zurückführen und eine anteilige Mindestvergütung, einen etwaigen Gewinnanteil für 2007 sowie die Endvergütung zahlen.

Die Höhe des Bruttoemissionserlöses aus dem Verkauf der Aktien im Rahmen des Angebots hängt von der Anzahl der tatsächlich platzierten bzw. bezogenen Aktien und dem festgelegten

Platzierungspreis ab. Unter der Annahme dass sämtliche 1.615.927 Aktien aus der Kapitalerhöhung platziert werden, wird die Gesellschaft einem Platzierungspreis am unteren Ende der Preisspanne einen Bruttoemissionserlös von EUR 51,7 Mio., bei einem Platzierungspreis am oberen Ende der Preisspanne von EUR 63,0 Mio. erreichen.

Der Platzierungserlös aus dem Verkauf der bestehenden Aktien (abzüglich Provisionen und Kosten) durch die abgebenden Aktionäre fließt vollständig diesen zu.

Kosten der Emission	Aufgrund der Abhängigkeit der Kosten von der Gesamtzahl der platzierten bzw. bezogenen Aktien und dem Platzierungspreis, durch die sich die Höhe der Provisionen bestimmen, lassen sich auch die der Gesellschaft entstehenden Gesamtkosten zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht verlässlich vorhersagen. Die Gesellschaft schätzt, dass die Provision der Konsortialbanken einschließlich einer im freien Ermessen der Gesellschaft zahlbaren Incentive Provision zwischen EUR 2,3 Mio. und EUR 2,8 Mio. liegen werden. Die sonstigen, nicht die Provision der Konsortialbanken betreffenden Kosten schätzt die Gesellschaft auf zwischen EUR 3,0 Mio. und EUR 3,3 Mio.
Gewinnanteilberechtigung	Die angebotenen Aktien sind mit voller Gewinnanteilberechtigung ab dem 1. Januar 2007 ausgestattet.
Stimmrecht	Jede Aktie gewährt in der Hauptversammlung der Gesellschaft eine Stimme. Beschränkungen des Stimmrechts bestehen nicht. Es gibt keine unterschiedlichen Stimmrechte für Hauptaktionäre der Gesellschaft.
International Securities Identification Number (ISIN)	DE0007568578
Wertpapier-Kenn-Nummer (WKN)	756857
Common Code	024843351
Börsenkürzel	F3C
Zahl- und Hinterlegungsstelle	Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG, Arabellastraße 12, 81925 München.
Designated Sponsors	Sal. Oppenheim jr. & Cie. KGaA, Untermainanlage 1, 60329 Frankfurt am Main und Wolfgang Steubing AG, Goethestraße 29, 60131 Frankfurt am Main

Zusammenfassung wesentlicher Finanzangaben und Geschäftsinformationen

Die nachstehend zusammengefassten Finanzangaben sind dem ungeprüften IFRS-Abschluss der Gesellschaft für das zum 31. März 2007 endende Quartal (mit Vergleichszahlen für das zum 31. März 2006 endende Quartal) sowie dem geprüften IFRS-Abschluss der Gesellschaft für das zum 31. Dezember 2006 endende Geschäftsjahr (mit Vergleichszahlen für die zum 31. Dezember 2005 und 2004 endenden Geschäftsjahre) entnommen, die im Finanzteil dieses Prospekts abgedruckt sind. Die nachfolgend dargestellten und dem geprüften IFRS-Abschluss zum 31. Dezember 2006 entnommenen Vergleichszahlen für die Geschäftsjahre 2005 und 2004 sind ebenfalls als „geprüft“ gekennzeichnet.

	1. Januar - 31. März 2007	1. Januar - 31. März 2006	1. Januar - 31. Dezember 2006	1. Januar - 31. Dezember 2005	1. Januar - 31. Dezember 2004
	ungeprüft	ungeprüft	geprüft jeweils in TEUR	geprüft	geprüft
Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung					
Umsatzerlöse	3.355	1.031	7.024	3.295	1.316
Herstellkosten des Umsatzes	-3.146	-1.080	-6.495	-2.827	-1.530
Bruttoergebnis vom Umsatz	209	-50	530	468	214
Vertriebskosten	-1.368	-468	-3.145	-1.141	-916
Forschungs- und Entwicklungskosten	-113	-134	-439	-2.727	-2.153
Allgemeine Verwaltungskosten	-794	-174	-1.099	-1.039	-287
Sonstige betriebliche Erträge	48	55	192	579	749
Sonstige betriebliche Aufwendungen	4	-4	-76	-97	-34
Betriebsergebnis (EBIT)	-2.015	-774	-4.036	-3.957	-2.855
Zinsen und ähnliche Erträge	1.079	2	224	29	999
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-61	-272	-502	-1.095	-566
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit¹⁾	-997	-1.044	-4.313	-5.023	-2.422
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	-78	-111	-70	-37
Ergebnis nach Steuern	-997	-1.122	-4.425	-5.093	-2.459
Ergebnisvortrag aus dem Vorjahr	-19.520	-15.095	-15.095	-10.002	-7.543
Bilanzverlust	-20.517	-16.217	-19.520	-15.095	-10.002
	31. März 2007	31. März 2006	31. Dezember 2006	31. Dezember 2005	31. Dezember 2004
	ungeprüft	ungeprüft	geprüft	geprüft	geprüft
			Soweit nicht anders angegeben, jeweils in TEUR		
Bilanzangaben					
Summe Kurzfristige Vermögenswerte	13.221	1.655	12.310	1.169	3.420
davon					
Vorräte	1.515	760	926	355	209
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	2.256	178	1.310	166	341
Forderungen gegenüber Gesellschafter	137	0	341	5	2
Sonstige kurzfristige Vermögenswerte und Forderungen	626	341	299	286	118
Wertpapiere	6.465	0	3.000	0	681
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	1.034	152	6.249	214	2.002
Summe Langfristige Vermögenswerte	3.049	2.051	2.676	1.353	906
Immaterielle Vermögenswerte	1.221	683	1.236	446	312
Sachanlagen	871	750	773	496	371
Aktive Latente Steuern	957	618	667	412	223
Summe Aktiva	16.270	3.706	14.986	2.523	4.326
Summe Kurzfristige Verbindlichkeiten	9.271	5.660	5.748	4.792	2.613
davon					
Sonstige Rückstellungen	472	213	406	195	156
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	3.100	866	1.395	992	548
Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing	288	294	288	190	0
Verbindlichkeiten aus Percentage-of-Completion	672	408	455	14	63
Derivate	1.254	2.414	2.266	2.204	1.465
Sonstige Verbindlichkeiten	3.313	802	725	671	284
Summe langfristige Verbindlichkeiten	1.394	3.587	3.642	3.291	2.470
davon					
Sonstige Rückstellungen	154	85	148	77	72
Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing	282	502	341	376	0
Sonstige Verbindlichkeiten	0	2.382	2.486	2.426	2.175
Passive latente Steuern	957	618	667	412	223
Summe Eigenkapital	5.606	-5.541	5.596	-5.560	-758
Gezeichnetes Kapital	1.414	1.178	1.414	131	130
Kapitalrücklage	24.708	9.498	23.702	9.404	9.114
Ergebnisvortrag	-19.520	-15.095	-15.095	-10.002	-7.543
Jahresüberschuss	-997	-1.122	-4.425	-5.093	-2.459
Summe Passiva	16.270	3.706	14.986	2.523	4.326

	1. Januar - 31. März 2007	1. Januar - 31. März 2006	1. Januar - 31. Dezember 2006	1. Januar - 31. Dezember 2005	1. Januar - 31. Dezember 2004
	ungeprüft	ungeprüft	geprüft jeweils in TEUR	geprüft	geprüft
Angaben zur Kapitalflussrechnung					
Cashflow aus betrieblicher Geschäftstätigkeit	-1.342	-924	-4.619	-2.371	-2.553
Cashflow aus Investitionstätigkeit	-3.820	-275	-4.251	388	-1.141
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-52	1.137	14.905	194	-106
Nettoveränderung von Zahlungsmitteln und Zahlungsmitteläquivalente	-5.215	-61	6.035	-1.789	-3.799
	1. Januar - 31. März 2007	1. Januar - 31. März 2006	1. Januar - 31. Dezember 2006	1. Januar - 31. Dezember 2005	1. Januar - 31. Dezember 2004
	ungeprüft	ungeprüft	geprüft jeweils in TEUR	geprüft	geprüft
Angaben aus den Segmenten					
A-Serie					
Umsatz	2.453	596	4.067	1.089	470
Bruttoergebnis vom Umsatz	36	-263	-1.133	-690	-548
C-Serie					
Umsatz	56	1	743	246	101
Bruttoergebnis vom Umsatz	25	0	515	167	-26
JDA					
Umsatz	680	419	1.721	1.529	667
Bruttoergebnis vom Umsatz	221	260	1.080	922	391
Power Manager					
Umsatz	111	0	226	0	0
Bruttoergebnis vom Umsatz	23	0	145	0	0
Sonstige Produkte					
Umsatz	54	15	267	432	79
Bruttoergebnis vom Umsatz	-96	-47	-77	69	-30
	31. März 2007	31. März 2006	31. Dezember 2006	31. Dezember 2005	31. Dezember 2004
	ungeprüft	ungeprüft	ungeprüft jeweils in TEUR	ungeprüft	ungeprüft
Operative Angaben					
Abschreibungen auf das Sachanlagenvermögen	99	56	308	220	193
Nettofinanzverbindlichkeiten ¹⁾	-3.200	5.358	-3.868	4.874	957
Net Working Capital ²⁾	808	-340	1.160	-915	-57
	1. Januar - 31. März 2007	1. Januar - 31. März 2006	1. Januar - 31. Dezember 2006	1. Januar - 31. Dezember 2005	1. Januar - 31. Dezember 2004
	ungeprüft	ungeprüft	ungeprüft jeweils in TEUR	ungeprüft	ungeprüft
Verkaufte Stückzahlen (A-Serie) ³⁾	1.371	321	2.185	490	177
Personalaufwand ⁴⁾	2.293	927	3.403	3.486	2.083
Personalaufwand in % vom Umsatz	68,3	89,9	48,4	105,8	158,3
Investitionen ⁵⁾	254	275	1.238	327	430

- 1) Die Nettofinanzverbindlichkeiten errechnen sich aus den kurzfristigen Finanzverbindlichkeiten zuzüglich der langfristigen Finanzverbindlichkeiten abzüglich verfügbarer liquider Mittel und Wertpapiere.
- 2) Das Net Working Capital errechnet sich aus den Vorräten zuzüglich der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und der Forderungen gegen Gesellschafter und abzüglich der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen, der Verbindlichkeiten gegen Gesellschafter sowie der Verbindlichkeiten aus Anzahlungen.
- 3) Die Angaben zu verkauften Stückzahlen sind den Finanzbuchhaltungsunterlagen der Gesellschaft entnommen und ungeprüft.
- 4) Die Angaben über den Personalaufwand für die Geschäftsjahre 2006, 2005 und 2004 sind dem Anhang des IFRS-Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2006 entnommen. Die Angaben über den Personalaufwand für die Quartale zum 31. März 2007 und 2006 sind dem internen Rechnungswesen der Gesellschaft entnommen. Grundsätzlich ist der Personalaufwand aufgrund der Anwendung des Umsatzkostenverfahrens in den einzelnen Funktionsbereichen der Gesellschaft enthalten. Zu Anschauungszwecken wird diese Größe hier in einer Summe dargestellt.
- 5) Investitionen sind die Auszahlungen für Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte im Rahmen des Cashflow aus der Investitionstätigkeit.

Zusammenfassung der Risikofaktoren

Risiken im Zusammenhang mit der Geschäftstätigkeit der Gesellschaft

Die Gesellschaft hat bisher keine Gewinne erzielt und wird 2007 voraussichtlich weiterhin Verluste erwirtschaften; es ist unsicher, ob künftig Gewinne erzielt werden können.

Der Erfolg der Gesellschaft hängt von der Weiterentwicklung und Optimierung, insbesondere der Miniaturisierung und Stückkostenreduktion ihrer Produkte ab. Dies kann fehlschlagen und hohe Kosten sowie neue Risiken verursachen.

Die von der Gesellschaft benötigten qualitativ hochwertigen Komponenten könnten nicht mehr, nicht in der erforderlichen Stückzahl oder nicht mit der erforderlichen Qualität lieferbar sein oder die Preise für diese Komponenten könnten steigen.

Die in wesentlichen Komponenten enthaltenen Rohstoffe könnten sich verteuern oder nicht mehr erhältlich sein.

Die Gesellschaft ist von der Zusammenarbeit und strategischen Partnerschaften mit anderen Unternehmen abhängig.

Der deutlich überwiegende Anteil des Absatzes der Gesellschaft entfällt auf einige Großkunden, überwiegend Großhändler, sowie auf das Marktsegment Freizeit.

Die staatliche Förderung könnte verringert werden oder ausbleiben. Bereits gewährte Fördermittel unterliegen dem Risiko von Rückforderungen.

Es bestehen Risiken im Zusammenhang mit dem schnellen Wachstum der Gesellschaft, insbesondere für die Unternehmensorganisation, die Personal- und Controllingstrukturen, das Risikomanagement- und Überwachungssystem sowie für Vertrieb und Logistik.

Es ist nicht gewährleistet, dass die Gesellschaft den weiteren Ausbau ihrer Produktionskapazität und die geplante Stückkostensenkung verwirklichen kann. Die angestrebte industrielle Massenfertigung von Produkten hat die Gesellschaft bislang nicht betrieben.

Es ist nicht gewährleistet, dass die Gesellschaft die Finanzierung ihres geplanten Wachstums und der erwirtschafteten Verluste sicherstellen kann.

Brennstoffzellensysteme sind ein wesentliches Forschungs- und Entwicklungsgebiet zahlreicher anderer Unternehmen. Andere Unternehmen, die zudem über höhere Finanzmittel verfügen können, könnten ebenfalls den Schritt zum kommerziellen Anbieter von Brennstoffzellensystemen machen.

Es besteht das Risiko, dass die von der Gesellschaft entwickelten Brennstoffzellensysteme sich gegen billigere, leichtere oder effizientere Technologien nicht durchsetzen können oder von diesen verdrängt werden.

Die Gesellschaft steht im Wettbewerb mit sämtlichen Anbietern von netzunabhängigen Stromquellen (Batterien, Generatoren, Photovoltaik-Anlagen, Windkraftwerken etc.).

Es besteht das Risiko, dass Marktteilnehmer ihren bestehenden Fokus ändern und durch Umstrukturierung ihrer Produktpalette in Wettbewerb mit der Gesellschaft treten.

Es besteht das Risiko, dass Methanol-Brennstoffzellensysteme, insbesondere die von der Gesellschaft vertriebenen Produkte, keine Marktakzeptanz finden und ein Massengeschäft mit Methanol-Brennstoffzellensystemen nicht oder nur sehr langsam entsteht.

Der Markt für Brennstoffzellensysteme ist jung und schwer zu prognostizieren.

Zyklische Schwankungen in wichtigen Marktsegmenten könnten zu einem Nachfragerückgang führen und sich wesentlich nachteilig auf die Geschäftstätigkeit und den Aktienkurs der Gesellschaft auswirken.

Verzögerungen sowie Fehler bei oder das Scheitern von Pilotprojekten können die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft wesentlich beeinträchtigen.

Die Gesellschaft ist von ihren Führungskräften und Kompetenzträgern im Bereich der Forschung und Entwicklung, dem Vertrieb und anderem qualifizierten Personal in Schlüsselpositionen abhängig.

Die Produkte der Gesellschaft haben eine technisch bedingte Leistungsbandbreite, innerhalb derer sie wirtschaftlich sinnvoll eingesetzt werden können. Darüber hinaus können sie nur begrenzt den Kundenerfordernissen und den Erfordernissen weiterer Absatzmärkte angepasst werden.

Künftiges Wachstum der Gesellschaft ist davon abhängig, dass das bestehende Netzwerk von Verkaufsstellen für Methanol-Tankpatronen ausgeweitet und verdichtet werden kann.

Im Marktsegment Verteidigung besteht das Risiko, dass von Streitkräften oder Militärorganisationen Budgets verspätet verabschiedet oder reduziert werden und damit Absatzmöglichkeiten entfallen.

Die Gesellschaft unterliegt Restriktionen bezüglich der Beschaffung von Komponenten und der wirtschaftlichen Verwertung von Produkten, die sie für das Marktsegment Verteidigung entwickelt.

Mangelnde Qualität der Produkte der Gesellschaft, Rückrufaktionen, Kundenbeschwerden oder sonstige negative Publizität können den Ruf der Gesellschaft schädigen und zu Umsatzrückgängen führen.

Unfälle mit den Produkten der Gesellschaft, tatsächliche und auch nur behauptete Sicherheitsmängel, Produktfehler, Qualitätsmängel oder durch sie verursachte Umweltschäden können den guten Ruf der Gesellschaft und die Nachfrage nach ihren Produkten beeinträchtigen.

Die geplante Internationalisierung der Geschäftsaktivitäten und der möglicherweise damit verbundene Erwerb von Unternehmensbeteiligungen sowie die Gründung von Tochtergesellschaften im Ausland birgt Risiken.

Es bestehen Risiken im Zusammenhang mit möglichen Akquisitionen, Joint Ventures und Unternehmensbeteiligungen.

Der Geschäftsbetrieb der Gesellschaft erfordert ein reibungsloses Funktionieren ihres Warenwirtschaftssystems und ihrer Logistik. Die Kosten für die Lieferung der Produkte an Kunden können, insbesondere bei einer Ausweitung der Verkäufe ins Ausland, steigen.

Forderungsausfälle und steuerliche Belastungen aus der Ausübung von Aktienoptionen könnten die Finanzlage der Gesellschaft nachteilig beeinflussen und damit die weitere Entwicklung beeinträchtigen.

Die Gesellschaft ist auf den unterbrechungsfreien Betrieb ihrer Computer- und Datenverarbeitungssysteme angewiesen.

Die von der Gesellschaft abgeschlossenen Versicherungen könnten im Schadensfall nicht ausreichen und durch hohe Prämien erhebliche Kosten verursachen.

Die Entwicklung, Produktion und Vermarktung von Methanol-Brennstoffzellensystemen kann zu Betriebsunfällen sowie zu Umweltschäden führen.

Die Gesellschaft ist Risiken aus Wechselkursschwankungen ausgesetzt.

Rechtliche Risiken

Die Gesellschaft könnte keinen ausreichenden Schutz für eigene Produktentwicklungen und -technologien erhalten.

Die Entwicklungstätigkeit der Gesellschaft kann gewerbliche Schutzrechte Dritter verletzen, was zu zeit- und kostenintensiven Rechtsstreitigkeiten führen oder die Gesellschaft zwingen kann, Lizenzen von Dritten zu erwerben.

Sollten die gewerblichen Schutzrechte der Gesellschaft durch Dritte verletzt werden, könnte sich dies nachteilig auf den Geschäftsbetrieb der Gesellschaft auswirken.

Die Gesellschaft verfügt im Hinblick auf bestimmte Patentanmeldungen und Anmeldungen anderer gewerblicher Schutzrechte möglicherweise nur über einen begrenzten geographischen Schutz.

Der Verlustabzug gemäß § 10d EStG i.V.m. § 8 Abs. 4 KStG könnte wegen eines sogenannten „schädlichen Mantelkaufs“ ausgeschlossen sein.

Die Gesellschaft könnte aufgrund von Betriebsprüfungen steuerlichen Risiken ausgesetzt sein.

Die Steuerlast der Gesellschaft könnte aufgrund zukünftiger Änderungen des Steuerrechts steigen.

Das Erlöschen oder der Entzug behördlicher Genehmigungen oder eine Änderung in der Politik könnte zu zeitlichen Verzögerungen in oder der Aufgabe der Produktion führen.

Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft würde beeinträchtigt, wenn ihre Produktion oder Produkte künftig als gesundheitsgefährdend oder -schädlich eingestuft würden oder eine Gesundheitsgefährdung oder -schädigung tatsächlich eintreten würde.

Als Anbieter von Brennstoffzellensystemen und Methanol-Tankpatronen ist die Gesellschaft Gewährleistungs- und Produkthaftungsrisiken ausgesetzt.

Die Regulierungsdichte in den Tätigkeitsbereichen der Gesellschaft ist sehr hoch und neue den Geschäftsbetrieb belastende Regelungen könnten die Betriebskosten der Gesellschaft deutlich erhöhen.

Die Produkte der Gesellschaft werden über viele Jahre verwendet. Die Produkte könnten sich im Langzeitbetrieb als unzuverlässig oder gefährlich herausstellen.

Die Gesellschaft ist von bestimmten behördlichen Genehmigungen und von Zertifizierungen abhängig. Es besteht das Risiko, dass sich die derzeit anwendbaren Vorschriften verschärfen.

Es besteht das Risiko, dass ausländische Staaten eine Belieferung ihrer Streitkräfte oder ihrer Militäreinrichtungen durch Unternehmen aus Drittstaaten einschränken oder untersagen und Verträge kurzfristig und einseitig beenden.

Risikofaktoren im Zusammenhang mit dem Angebot

Die Kurse, die sich bislang im Freiverkehr für die Aktien der Gesellschaft entwickelt haben, geben keinen Aufschluss über die künftige Kursentwicklung. Es kann nicht gewährleistet werden, dass sich ein liquider Handel entwickelt oder, falls er sich entwickelt, aufrecht erhalten werden kann.

Der Kurs der Aktien könnte volatil sein.

Verschiedene Personen könnten das öffentliche Angebot von Aktien der Gesellschaft dazu nutzen, eigene Vorteile zu erlangen.

Zukünftige Kapitalmaßnahmen und die Ausübung von Aktienoptionen könnten zu einer erheblichen Verwässerung der Beteiligung der Aktionäre an der Gesellschaft führen.

Der Marktpreis der Aktien der Gesellschaft könnte durch anschließende Aktienverkäufe ihrer jetzigen Aktionäre beeinträchtigt werden.

Die bisherigen Aktionäre, deren Interessen von denen anderer Aktionäre abweichen können, können auch nach Durchführung des Angebots einen erheblichen Einfluss auf die Gesellschaft ausüben.

RISIKOFAKTOREN

Anleger sollten vor der Entscheidung über den Kauf von Aktien der Gesellschaft die nachfolgend beschriebenen Risiken und die übrigen in diesem Prospekt enthaltenen Informationen sorgfältig lesen und abwägen. Der Eintritt dieser Risiken kann, einzeln oder zusammen mit anderen Umständen, die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft wesentlich beeinträchtigen und erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft haben. Die nachfolgend beschriebenen Risiken könnten sich als nicht abschließend herausstellen und sind damit möglicherweise nicht die einzigen Risiken, denen die Gesellschaft ausgesetzt ist oder sein wird. Die Reihenfolge, in der die einzelnen Risiken dargestellt sind, beinhaltet weder eine Aussage über deren Eintrittswahrscheinlichkeit noch über die Schwere bzw. Bedeutung der einzelnen Risiken. Weitere Risiken und Unsicherheiten, die der Gesellschaft gegenwärtig nicht bekannt sind, können die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft ebenfalls wesentlich beeinträchtigen und erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft haben. Der Börsenkurs der Aktien der Gesellschaft könnte aufgrund des Eintritts jedes einzelnen der nachfolgend beschriebenen Risiken fallen, und Anleger könnten ihr eingesetztes Kapital ganz oder teilweise verlieren.

Risiken im Zusammenhang mit der Geschäftstätigkeit der Gesellschaft

Die Gesellschaft hat bisher keine Gewinne erzielt und wird 2007 voraussichtlich weiterhin Verluste erwirtschaften; es ist unsicher, ob künftig Gewinne erzielt werden können.

Bei der Gesellschaft handelt es sich um ein junges Unternehmen, das erst im Jahr 2000 gegründet wurde und bisher vornehmlich im Bereich der Forschung und Entwicklung tätig war. Bis zum Geschäftsjahr 2003 hat die Gesellschaft ihre Technologie entwickelt, ohne eigene Produkte zu vertreiben. Ihre Umsätze hat sie bis dahin ausschließlich und im weiteren Verlauf überwiegend aus Auftragsentwicklungsprojekten erzielt. Erst seit 2004 vertreibt die Gesellschaft eigene Produkte im Markt und hat ihre Geschäftstätigkeit zunehmend auf den Vertrieb ihrer Produkte umgestellt. Aufgrund der hohen Produktentwicklungsaufwendungen hat die Gesellschaft in der Vergangenheit keine Gewinne erzielt; sie erwartet auch für das Geschäftsjahr 2007 noch Verluste. Durch den Schritt hin zu einem Produktionsunternehmen, das Umsätze zunehmend mit dem Verkauf eigener Produkte erzielen will, wird die Gesellschaft neuen Risiken ausgesetzt sein. Es ist unsicher, ob der Gesellschaft dieser Schritt gelingen wird und ob sie in der Lage sein wird, künftig Gewinne zu erzielen. Sollte der Gesellschaft dies nicht gelingen, könnte dies erhebliche nachteilige Auswirkungen auf ihre Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben.

Der Erfolg der Gesellschaft hängt von der Weiterentwicklung und Optimierung, insbesondere der Miniaturisierung und Stückkostenreduktion ihrer Produkte ab. Dies kann fehlschlagen und hohe Kosten sowie neue Risiken verursachen.

Der Markt, in dem die Gesellschaft tätig ist, ist einem erheblichen Innovationsrisiko ausgesetzt. Um sich in diesem Markt zu behaupten, ist eine ständige Weiterentwicklung der Produkte hinsichtlich Kostensenkung, Leistungsfähigkeit, Miniaturisierung, Effizienz und Gewicht erforderlich. Gleichzeitig besteht bei vielen Kunden die Erwartung, dass die Preise innovativer Geräte nach der Markteinführung sinken. Gelingt es der Gesellschaft nicht, die Anforderungen des Marktes hinsichtlich ihrer Produkte zu erfüllen oder nur zu höheren Kosten, könnte dies erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Nachfrage nach den Produkten der Gesellschaft haben bzw. zu Verlusten führen. Zudem könnte die Gesellschaft bestehende und künftige Trends falsch einschätzen und deshalb ihre Ressourcen nicht richtig einsetzen. Diese Faktoren könnten sich erheblich nachteilig auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft auswirken.

Die von der Gesellschaft benötigten qualitativ hochwertigen Komponenten könnten nicht mehr, nicht in der erforderlichen Stückzahl oder nicht mit der erforderlichen Qualität lieferbar sein oder die Preise für diese Komponenten könnten steigen.

Für die Produktion von Brennstoffzellensystemen kauft die Gesellschaft Komponenten (z.B. Gehäuse, Behälter, MEA, Elektronik, Tankpatronen, Pumpen) von anderen Herstellern und montiert diese in ihrem Werk in Brunenthal, Deutschland. Die Gesellschaft hängt bei der Produktion daher von der Verfügbarkeit und den Preisen dieser Komponenten ab. Sollte es der Gesellschaft nicht gelingen, sämtliche Komponenten in der erforderlichen Stückzahl vorzuhalten, könnte dies den Produktionsprozess verlangsamen oder aufhalten.

Schwankungen der Preise der Zulieferer können die Ergebnisse der Gesellschaft erheblich beeinflussen, insbesondere da die Gesellschaft innerhalb eines Geschäftsjahres kaum in der Lage ist, steigende Materialpreise durch erhöhte Verkaufspreise für Brennstoffzellensysteme an die Endkunden weiterzugeben. Es ist generell unsicher, inwieweit die Gesellschaft steigende Materialpreise über höhere Endpreise kompensieren kann.

Grundsätzlich führen steigende Materialpreise deshalb zu geringeren Margen und können bei starken Preiserhöhungen die Herstellung von Brennstoffzellensystemen für die Gesellschaft unwirtschaftlich machen. Unter diesen Umständen könnte die Gesellschaft gezwungen sein, ihre Produkte zu Preisen zu verkaufen, die zu weiteren Verlusten der Gesellschaft führen würden und verzögern oder verhindern, dass sie ihr Ziel erreicht, profitabel zu werden. Die Vereinbarungen mit den wichtigsten Lieferanten sind zudem relativ kurzfristig, so dass eine längerfristige Belieferung mit Rohstoffen und Komponenten zu festen Preisen nicht gesichert ist.

Es besteht außerdem die Gefahr, dass sich Qualitätsmängel der Komponenten auf die Qualität der Produkte der Gesellschaft auswirken. Die Gesellschaft könnte diese Mängel nicht oder erst dann bemerken, wenn die Komponenten bereits eingebaut und die Brennstoffzellensysteme an die Kunden geliefert worden sind. Sollten sich einzelne oder alle für die Produktion erforderlichen Materialien und Komponenten erheblich verteuern oder sollte es zu Lieferausfällen, Lieferengpässen, Qualitätsproblemen oder Preiserhöhungen maßgeblicher Lieferanten kommen, könnte dies die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft erheblich beeinträchtigen. Diese Faktoren könnten erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft haben.

Die in wesentlichen Komponenten enthaltenen Rohstoffe könnten sich verteuern oder nicht mehr erhältlich sein.

Komponenten der von der Gesellschaft hergestellten Brennstoffzellensysteme enthalten unter anderem die Rohstoffe Platin, Ruthenium, Edelstahl und bestimmte Spezialkunststoffe. Lieferengpässe bei diesen Rohstoffen könnten zu einer unzureichenden Belieferung der Gesellschaft mit Komponenten führen. In diesem Fall besteht das Risiko, dass die Produktion der Gesellschaft verlangsamt wird oder zum Erliegen kommt und die Lieferfähigkeit der Gesellschaft beeinträchtigt wird.

Ebenso könnten die Produkte der Gesellschaft weniger attraktiv für Kunden werden, wenn das für den Betrieb der Brennstoffzellensysteme erforderliche Methanol im Preis steigen würde. Die Preise von Methanol, Stahl, Kunststoffen, Platin und Ruthenium haben sich in der Vergangenheit bereits wesentlich verteuert. Sollten sich die Preise dieser Rohstoffe weiter erhöhen, wäre die Gesellschaft möglicherweise nicht in der Lage, diese Kostensteigerung an ihre Kunden weiterzugeben. Insbesondere im Marktsegment Freizeit ist aufgrund der vertraglichen Bindungen mit Abnehmern eine Weitergabe von Kostensteigerungen meist nur einmal im Jahr möglich. Zudem werden insbesondere Ruthenium und Platin unter anderem in Regionen gewonnen, die politisch, sozial, wirtschaftlich oder geologisch instabil sind. Krisen oder Katastrophen in diesen Gegenden würden die Preise dieser Rohstoffe in die Höhe treiben. Diese Faktoren könnten erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft haben.

Die Gesellschaft ist von der Zusammenarbeit und strategischen Partnerschaften mit anderen Unternehmen abhängig.

Die Gesellschaft verfolgt die Strategie, gemeinsam mit strategischen Partnern Produktentwicklungen durchzuführen. Partnerschaften bestehen im Rahmen der Forschung und Entwicklung mit wichtigen Lieferanten, und weiterhin sowohl mit Abnehmern, für deren Bedürfnisse die Gesellschaft spezielle Lösungen entwickelt, als auch mit Unternehmen, die zusammen mit der Gesellschaft Produkte entwickeln und in ihre Produkte einbauen (sogenannte Original Equipment Manufacturers — „OEM“). Die Fähigkeit der Gesellschaft, ihre Produkte fortzuentwickeln, die Stückkosten zu senken und ihre Produkte zu vermarkten, hängt auch wesentlich von der erfolgreichen Zusammenarbeit mit ihren Partnern ab. Sollte es der Gesellschaft nicht gelingen, diese Partnerschaften aufrecht zu erhalten oder sollten die Partner aus anderen Gründen, wie z.B. Änderung der Strategie oder wirtschaftliche Schwierigkeiten, nicht mehr zur Verfügung stehen, könnte die Gesellschaft Schwierigkeiten haben, ihre Entwicklung erfolgreich fortzusetzen. Dies könnte erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft haben.

Der deutlich überwiegende Anteil des Absatzes der Gesellschaft entfällt auf einige Großkunden, überwiegend Großhändler, sowie auf das Marktsegment Freizeit.

Etwa 70 % des Umsatzes der Gesellschaft wurden im Geschäftsjahr 2006 mit 10 Großkunden erzielt. Die Großkunden sind überwiegend Großhändler im Bereich Freizeitausrüstung. Diese vertreiben die Produkte weiter an Einzelhändler, die sie an Endkunden vermarkten. Eine längerfristige Abnahmeverpflichtung dieser Großhändler besteht nicht. Daneben generiert die Gesellschaft einen Teil ihres Umsatzes im Bereich OEM. Die wesentlichen OEMs, mit denen die Gesellschaft zusammenarbeitet, sind Hersteller von Reisemobilen, und damit ebenfalls Teil der Freizeitbranche. Verliert die Gesellschaft einen oder mehrere ihrer Großkunden oder OEM Partner, so hätte dies wesentliche Umsatzeinbußen zur Folge. Sollte sich das Reise- und Freizeitverhalten der

Kundschaft der Großhändler ändern, weil diese beispielsweise weniger mit Reisemobilen verreisen oder nicht bereit sind, ihre Reisemobile mit Brennstoffzellensystemen auszustatten, hätte dies mittelbar einen negativen Einfluss auf den Absatz der Gesellschaft. Die genannten Faktoren könnten erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft haben.

Die staatliche Förderung könnte verringert werden oder ausbleiben. Bereits gewährte Fördermittel unterliegen dem Risiko von Rückforderungen.

Der Gesellschaft wurden seit Aufnahme ihrer Geschäftstätigkeit TEUR 5.528 an öffentlichen Zuschüssen bewilligt, von denen sie bisher TEUR 4.334 abgerufen hat. Die Gesellschaft beabsichtigt, auch künftig weitere Fördermittel zu beantragen bzw. abzurufen. Soweit künftig Fördermittel ausbleiben oder nur in geringerem Umfang gewährt werden, wäre die Gesellschaft für ihre weiteren Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen auf höhere Eigenmittel angewiesen. Sollten diese Mittel für die Weiterentwicklung der Technologie der Gesellschaft nicht ausreichen, könnte die Gesellschaft gegenüber den Wettbewerbern zurückfallen. Öffentliche Zuwendungen sind zudem häufig mit Bedingungen und Auflagen verknüpft. Sollte sich nachträglich herausstellen, dass die Gesellschaft Fördermittel zu Unrecht erhalten hat oder sie bestimmte Bedingungen und Auflagen nicht eingehalten hat, so wäre sie Rückforderungsansprüchen ausgesetzt. Jedes der oben genannten Risiken könnte erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft haben.

Es bestehen Risiken im Zusammenhang mit dem schnellen Wachstum der Gesellschaft, insbesondere für die Unternehmensorganisation, die Personal- und Controllingstrukturen, das Risikomanagement- und Überwachungssystem sowie für Vertrieb und Logistik.

Die Gesellschaft muss ihre interne Organisation, d.h. die Bereiche Verwaltung, Rechnungswesen, Kostenrechnung, Planung, Controlling, Risikomanagement und Investor Relations sowie die Personalführung und Mitarbeiterschulung dem schnellen Wachstum und der steigenden Komplexität der Gesellschaft anpassen. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass sich das bestehende Risikoüberwachungs- und -managementsystem der Gesellschaft in der Zukunft, insbesondere im Zuge des Übergangs von einem Forschungs- zu einem Produktionsunternehmen, als unzureichend erweist und Lücken oder Mängel des Systems erkennbar werden. Auch die aus dem Börsengang resultierenden Publizitäts- und Folgepflichten werden an das Finanz- und Rechnungswesen der Gesellschaft erhöhte Anforderungen stellen. Daneben wird der Ausbau der Produktion einen Ausbau des Vertriebes und der Logistik für Rohstoffe und Komponenten und produzierte Brennstoffzellensysteme sowie Methanoltankpatronen erfordern. Gelingt es der Gesellschaft nicht, ihre internen Organisations- und Informationsstrukturen angemessen weiterzuentwickeln, könnte dies ihre Fähigkeit beeinträchtigen, Risiken, Trends und Fehlentwicklungen rechtzeitig zu erkennen und zu steuern; Mängel in der Vertriebsstruktur oder Logistik könnten das Wachstum der Gesellschaft behindern. Diese Faktoren könnten erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft haben.

Es ist nicht gewährleistet, dass die Gesellschaft den weiteren Ausbau ihrer Produktionskapazität und die geplante Stückkostensenkung verwirklichen kann. Die angestrebte industrielle Massenfertigung von Produkten hat die Gesellschaft bislang nicht betrieben.

Die Produkte der Gesellschaft werden derzeit noch in relativ geringen Stückzahlen (ca. 30 Brennstoffzellensysteme am Tag) in manueller Inselfertigung (d.h. ohne den Einsatz von Fließprozessen) am Sitz der Gesellschaft endgefertigt. Um die Stückzahlen wesentlich zu erhöhen und die Stückkosten zu senken, plant die Gesellschaft, mittelfristig auf eine teilautomatisierte, industrielle Fließfertigung überzugehen. Die Gesellschaft war bisher nicht in der Massenfertigung tätig. Es besteht das Risiko, dass bei der Massenfertigung die Qualität der Produkte nachlässt, Produkte weniger schnell oder nicht rechtzeitig zur Verfügung stehen, ein hoher Anteil von Ausschuss produziert wird oder das Warenwirtschaftssystem unzureichend ist. Produktionsausfälle und -stockungen sowie Reklamationen wären die Folge. Bei Bau, Inbetriebnahme und im laufenden Betrieb der Produktionsanlagen kann es zudem zu Verzögerungen und Budgetüberschreitungen kommen. Gelingt es der Gesellschaft nicht, die Probleme beim Übergang auf die Massenproduktion zu bewältigen, könnte dies die Wettbewerbsposition der Gesellschaft schwächen sowie erhebliche nachteilige Auswirkungen auf ihre Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben.

Es ist nicht gewährleistet, dass die Gesellschaft die Finanzierung ihres geplanten Wachstums und der erwirtschafteten Verluste sicherstellen kann.

Zur Verwirklichung ihrer Wachstumspläne und der Deckung ihrer Verluste bedarf die Gesellschaft erheblicher Finanzmittel. Ob und inwieweit es der Gesellschaft gelingen wird, Finanzmittel in ausreichender

Höhe am Kapitalmarkt zu erhalten ist vor allem von der Vermögens- und Finanzlage sowie der Ergebnissituation der Gesellschaft abhängig. Ein weiterer wesentlicher Faktor für das Wachstum der Gesellschaft ist die allgemeine Lage in den Märkten der Gesellschaft sowie in den Finanzmärkten. Auch die Bereitschaft strategischer Partner, bestimmte Forschungsvorhaben zu finanzieren und JDAs einzugehen, ist wesentlich für die Gesellschaft. Es ist nicht gewährleistet, dass die Gesellschaft notwendige Finanzmittel rechtzeitig, im erforderlichen Umfang und zu akzeptablen Konditionen erhält. Da die Produkte der Gesellschaft bislang nur in beschränkten Stückzahlen verkauft wurden, sind die Zahlungseingänge aus ihrem operativen Geschäft begrenzt. Dies könnte dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Wachstumspläne, insbesondere den geplanten Kapazitätsausbau, aber auch sonstige wichtige Investitionen, beispielsweise im Bereich der Forschung und Entwicklung, nicht tätigen kann und deshalb in ihrer Wettbewerbsposition beeinträchtigt wird. Die genannten Faktoren könnten erhebliche nachteilige Auswirkungen auf ihre Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben.

Brennstoffzellensysteme sind ein wesentliches Forschungs- und Entwicklungsgebiet zahlreicher anderer Unternehmen. Andere Unternehmen, die zudem über höhere Finanzmittel verfügen können, könnten ebenfalls den Schritt zum kommerziellen Anbieter von Brennstoffzellensystemen machen.

Neben der Gesellschaft sind zahlreiche andere Unternehmen damit beschäftigt, die Brennstoffzellentechnologie weiter zu entwickeln und entsprechende Produkte zur Marktreife zu bringen. Teilweise haben diese Unternehmen bereits angekündigt, dass ihre Technologie für den kommerziellen Einsatz bereit sei und anderen technischen Ansätzen, wie beispielsweise dem der Gesellschaft, überlegen sei. Einige der Unternehmen sind wesentlich größer und verfügen über mehr finanzielle Mittel als die Gesellschaft. Andere werden mit umfangreichen staatlichen Subventionen oder Fördermitteln bei der Forschung und Entwicklung unterstützt. Soweit diesen Unternehmen ebenfalls der Schritt zum kommerziellen Anbieter von Brennstoffzellensystemen gelingt, könnten sie den Wettbewerbsdruck auf die Gesellschaft erhöhen oder sie sogar vom Markt verdrängen. Dies könnte erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft haben.

Es besteht das Risiko, dass die von der Gesellschaft entwickelten Brennstoffzellensysteme sich gegen billigere, leichtere oder effizientere Technologien nicht durchsetzen können oder von diesen verdrängt werden.

Der Markt für netzunabhängige Stromversorgung unterliegt einem raschen Wandel. Der Gesellschaft ist bekannt, dass andere Unternehmen eigene netzunabhängige Technologien entwickelt haben, die von diesen bereits am Markt angeboten werden und in einzelnen Punkten der Technologie der Gesellschaft überlegen sind. Insbesondere im Hinblick auf JDA im Marktsegment Verteidigung hat die Gesellschaft starke Konkurrenz u.a. von Ballard Power Systems Inc., UltraCell Corporation, Protonex Technology Corporation und Medis Technologies Ltd.. Sollte es einem der Wettbewerber gelingen, Brennstoffzellensysteme oder andere Produkte zu entwickeln und zur Marktreife zu bringen, die leistungsfähiger, kleiner, leichter, zuverlässiger, kostengünstiger oder effizienter sind als die der Gesellschaft, so könnten sich die Produkte der Gesellschaft am Markt nicht mehr im bisherigen Umfang behaupten. Dies hätte erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft.

Die Gesellschaft steht im Wettbewerb mit sämtlichen Anbietern von netzunabhängigen Stromquellen (Batterien, Generatoren, Photovoltaik-Anlagen, Windkraftwerken etc.).

Zu den gegenwärtigen und potenziellen Wettbewerbern der Gesellschaft gehören sämtliche Anbieter von netzunabhängigen Stromquellen. Dies sind unter anderem die Hersteller von Batterien (wiederaufladbar und nicht wiederaufladbar), Generatoren, Photovoltaik-Anlagen und Windkraftwerken. Der Markt für netzunabhängige Stromquellen und -speicher wird allgemein als ein Zukunfts- und Wachstumsmarkt gesehen. Daher richtet sich die Aufmerksamkeit vieler Wettbewerber der Gesellschaft auf diesen Markt. Wettbewerber könnten eine aggressive Preispolitik betreiben sowie Kunden günstigere Bedingungen anbieten als die Gesellschaft. Sie könnten ihre Produkte so fortentwickeln oder kombinieren, dass sie Brennstoffzellensysteme überflüssig machen. Dies könnte dazu führen, dass die Gesellschaft aufgrund des Preisdrucks erhebliche Verschlechterungen ihrer Gewinnmarge sowie Einbußen bei Marktanteilen hinnehmen muss. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass die Wettbewerber durch Unternehmensbeteiligungen Kontrolle oder Einfluss auf Lieferanten oder Kunden der Gesellschaft erlangen und hierdurch nachteiligen Einfluss auf die Lieferantenbeziehungen oder Kooperationsprojekte der Gesellschaft nehmen. Neue Wettbewerber, insbesondere Zulieferer und Kooperationspartner der Gesellschaft oder international tätige und finanzstarke Konzerne aus verschiedenen Bereichen, könnten in den Markt eintreten und Marktanteile gewinnen. Es ist nicht gewährleistet, dass die Gesellschaft sich in dem gegenwärtigen und künftig zunehmenden Wettbewerb erfolgreich behaupten kann. Eine Beeinträchtigung

der Wettbewerbsposition der Gesellschaft aus den genannten Gründen könnte erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft haben.

Es besteht das Risiko, dass Marktteilnehmer ihren bestehenden Fokus ändern und durch Umstrukturierung ihrer Produktpalette in Wettbewerb mit der Gesellschaft treten.

Marktteilnehmer, die derzeit nicht im direkten Wettbewerb mit der Gesellschaft stehen, z.B. weil ihre Produkte einen anderen Leistungsbereich als die der Gesellschaft haben oder sie einen anderen Markt bedienen, könnten ihre Strategie ändern und versuchen, sich in dem Leistungsbereich und Markt der Produkte der Gesellschaft zu etablieren. So könnte beispielsweise ein Unternehmen, das auf Unterhaltungselektronik oder IT-Ausstattung ausgerichtet ist und damit derzeit nicht in unmittelbarer Konkurrenz zu der Gesellschaft steht, seine Forschung auf die Entwicklung von konkurrierenden Produkten für das für die Gesellschaft wesentliche Marktsegment für Freizeit fokussieren. Hierbei könnten solche Unternehmen aufgrund größerer Ressourcen, einem besseren Marktzugang sowie ihrer bisherigen Erfahrung und Entwicklung die Marktposition der Gesellschaft angreifen. Dies könnte erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft haben.

Es besteht das Risiko, dass Methanol-Brennstoffzellensysteme, insbesondere die von der Gesellschaft vertriebenen Produkte, keine Marktakzeptanz finden und ein Massengeschäft mit Methanol-Brennstoffzellensystemen nicht oder nur sehr langsam entsteht.

Der Markt für netzunabhängige Stromquellen wird gegenwärtig von anderen Produkten als denen der Gesellschaft dominiert. Hierzu gehören insbesondere Photovoltaik-Anlagen, Generatoren und Batterien (wiederaufladbar und nicht wiederaufladbar). Es ist ungewiss, ob die Produkte der Gesellschaft ausreichende Marktakzeptanz finden, um sich gegen die bestehenden Lösungen — entweder als alleinige Stromquelle oder im Hybridbetrieb mit bestehenden Produkten — durchzusetzen. Entscheidend für die Marktakzeptanz werden unter anderem Kosten, Größe und Gewicht der Produkte, Benutzer- und Umweltfreundlichkeit, Zuverlässigkeit, Zusatznutzen und Leistungsfähigkeit sein. Sollte es der Gesellschaft nicht gelingen, die Produkte ihrer Wettbewerber im Hinblick auf diese Eigenschaften zu übertreffen, würden Kunden weiterhin auf die bereits etablierten Produkte zugreifen. Des Weiteren ist es möglich, dass die Umstellung von herkömmlichen Stromquellen auf Brennstoffzellensysteme und Methanol-Tankpatronen potenziellen Kunden als komplex oder unnötig erscheint. Die Gesellschaft muss deshalb potenzielle Kunden von dem Mehrwert und der leichten Handhabbarkeit ihrer Produkte überzeugen und deren Bekanntheitsgrad steigern. Sollte sich die Nachfrage und damit ein Massengeschäft mit Methanol-Brennstoffzellensystemen nicht oder nur sehr langsam entwickeln, könnte dies erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft haben.

Der Markt für Brennstoffzellensysteme ist jung und schwer zu prognostizieren.

Brennstoffzellensysteme sind ein junges Produkt, und der kommerzielle Einsatz hat erst von einigen Jahren begonnen. Die Gesellschaft kann daher nicht in demselben Umfang wie in reifen Märkten auf die Prognosen von Industrieverbänden und Marktforschungsinstituten sowie die eigenen Erfahrungen und die der Wettbewerber zurückgreifen. Marktgrößen, Wachstumsraten, Umsatzentwicklung, Marktsegmente oder Marktteilnehmer lassen sich nicht zuverlässig bestimmen. Die Gesellschaft ist daher bei ihrer Einschätzung der Entwicklung des Marktes und der Identifizierung von Wachstumspotentialen in erheblichem Umfang auf eigene Analysen angewiesen. Die Gesellschaft plant, im Vertrauen auf solche eigenen Analysen umfangreiche Investitionen in die Weiterentwicklung ihrer Technologie und die industrielle Massenfertigung ihrer Produkte zu tätigen. Sollte die Gesellschaft die Entwicklung des Marktes für Brennstoffzellensysteme, die künftigen Anforderungen ihrer Kunden, Verbraucherpräferenzen oder das Verhalten der Wettbewerber falsch einschätzen, so könnten sich Investitionen oder Strategieentscheidungen als fehlerhaft erweisen. Dies könnte erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft haben.

Zyklische Schwankungen in wichtigen Marktsegmenten könnten zu einem Nachfragerückgang führen und sich wesentlich nachteilig auf die Geschäftstätigkeit und den Aktienkurs der Gesellschaft auswirken.

Das für die Gesellschaft derzeit wichtigste Marktsegment Freizeit unterliegt saisonalen und konjunkturellen Zyklen. Saisonal ist die Nachfrage nach Produkten der Gesellschaft in den Sommermonaten häufig schwächer, da der Kauf von Freizeitausrüstung regelmäßig vor Beginn der Sommermonate erfolgt. Zudem kann eine allgemein schwache Wirtschaftslage zu einer rückläufigen Absatzentwicklung im Marktsegment Freizeit führen. Dies könnte sich auf die Kapazitätsauslastung der Produktion sowie Umsatz und Ertragslage der Gesellschaft negativ auswirken. Quartalsberichte der Gesellschaft sind aufgrund des zyklischen Geschäftsverlaufs von begrenzter

Aussagekraft. Schwächere Ergebnisse in bestimmten Quartalen könnten den Kurs der Aktie der Gesellschaft belasten. Hierdurch können die Finanzierungskosten steigen. Die genannten Faktoren könnten erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft haben.

Verzögerungen sowie Fehler bei oder das Scheitern von Pilotprojekten können die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft wesentlich beeinträchtigen.

Bei den von der Gesellschaft entwickelten Produkten handelt es sich um technische Lösungen, die in bestimmten Anwendungen noch nicht oder nur in Testreihen erprobt wurden. Das gilt insbesondere für die Produkte der C-Serie („Jenny“) für den militärischen Einsatz. Die weitere Forschung und Entwicklung ist abhängig von der Bewährung der Technologie in der Praxis. Die Gesellschaft betreibt hierfür verschiedene Pilot- und Testprojekte wie beispielsweise mit den U.S. Streitkräften. Falls diese Projekte fehlschlagen oder sich verzögern sollten, könnte die Gesellschaft das entsprechende Produkt nicht oder mit erheblicher Verspätung vermarkten. Dies könnte zur Folge haben, dass Absatzmöglichkeiten der Gesellschaft für diese Produkte entfallen. Dies könnte erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft haben.

Die Gesellschaft ist von ihren Führungskräften und Kompetenzträgern im Bereich der Forschung und Entwicklung, dem Vertrieb und anderem qualifizierten Personal in Schlüsselpositionen abhängig.

Der Erfolg der Gesellschaft hängt von qualifizierten Führungskräften und Mitarbeitern, insbesondere den Mitgliedern des Vorstandes und des oberen Managements sowie den Mitarbeitern der Forschungs- und Entwicklungsabteilung sowie des Vertriebs ab. Sollte die Gesellschaft Führungskräfte oder Kompetenzträger in den Bereichen Forschung und Entwicklung und Vertrieb oder andere Mitarbeiter in Schlüsselpositionen verlieren oder sollte es ihr nicht gelingen solche Mitarbeiter in ausreichender Zahl zu finden, könnte dies die Marktstellung und die Forschungs- und Entwicklungskompetenz der Gesellschaft erheblich beeinträchtigen. Es könnte dadurch auch erhebliches Know-how verloren gehen und zu Wettbewerbern gelangen. Dieses Risiko wird dadurch verschärft, dass die Arbeitsverträge der Gesellschaft mit ihren Mitarbeitern teilweise keine Wettbewerbsverbote enthalten. Aufgrund des zunehmenden Wettbewerbs besteht das Risiko, dass qualifizierte Mitarbeiter von Konkurrenten abgeworben werden oder neue geeignete Mitarbeiter nicht in ausreichender Anzahl gewonnen werden können. Es ist nicht gewährleistet, dass es der Gesellschaft gelingen wird, ihre Führungskräfte und andere Mitarbeiter in Schlüsselpositionen zu halten bzw. neue Mitarbeiter mit entsprechenden Qualifikationen, insbesondere im Vertrieb, zu gewinnen. Dies könnte z.B. dazu führen, dass die Gesellschaft Entwicklungsprojekte nicht umsetzen kann, Vertriebsziele nicht erreicht oder ihre wirtschaftlichen Ziele verfehlt. Diese Faktoren könnten erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft haben.

Die Produkte der Gesellschaft haben eine technisch bedingte Leistungsbandbreite, innerhalb derer sie wirtschaftlich sinnvoll eingesetzt werden können. Darüber hinaus können sie nur begrenzt den Kundenerfordernissen und den Erfordernissen weiterer Absatzmärkte angepasst werden.

Die Produkte der Gesellschaft sind derzeit auf einen mittleren Leistungsbereich von etwa 10 Watt bis etwa 250 Watt (d.h. 0,24 kWh bis 6 kWh Tagesstromproduktion) ausgerichtet. Soweit die Kundenanforderungen sich ändern oder zur Erschließung neuer Absatzmärkte Produkte mit einer Leistung erforderlich sind, die außerhalb des von der Technologie der Gesellschaft abgedeckten Bereichs liegen, könnten die Produkte der Gesellschaft diese zusätzlichen Anforderungen nicht oder nicht zu wirtschaftlichen Bedingungen erfüllen. Die Technologie der Gesellschaft bedingt es, dass wesentliche Leistungssteigerungen nur unter Inkaufnahme eines nahezu im gleichen Grade gesteigerten Kostenaufwandes zu erzielen sind. Zugleich sind wesentliche Leistungssteigerungen häufig nur über eine entsprechende Steigerung der Größe der Geräte zu erreichen. Hierdurch könnte die Nachfrage nach Produkten der Gesellschaft sinken oder könnten der Gesellschaft bestimmte Märkte verschlossen bleiben. Dies könnte erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft haben.

Künftiges Wachstum der Gesellschaft ist davon abhängig, dass das bestehende Netzwerk von Verkaufsstellen für Methanol-Tankpatronen ausgeweitet und verdichtet werden kann.

Die Brennstoffzellensysteme der Gesellschaft werden nach Einschätzung der Gesellschaft im Markt nur angenommen, wenn Kunden leicht und flächendeckend Zugang zu den erforderlichen Methanol-Tankpatronen haben. Die geplante Massenproduktion von Brennstoffzellensystemen wird eine entsprechende Ausweitung des Vertriebes von Tankpatronen erfordern. Dies gilt insbesondere, wenn die Gesellschaft in den Bereich der Stromversorgung für Konsumgüterelektronik vordringen möchte. Sollte es der Gesellschaft nicht möglich sein, das bestehende Netzwerk von Verkaufsstellen für Methanol-Tankpatronen zu akzeptablen Kosten auszuweiten

und zu verdichten, könnte dies die Nachfrage nach Produkten der Gesellschaft beeinträchtigen. Dies könnte erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft haben.

Im Marktsegment Verteidigung besteht das Risiko, dass von Streitkräften oder Militärorganisationen Budgets verspätet verabschiedet oder reduziert werden und damit Absatzmöglichkeiten entfallen.

Ein bedeutender Teil der Geschäftstätigkeit der Gesellschaft besteht in der Entwicklung von Brennstoffzellensystemen, die sich im Marktsegment Verteidigung einsetzen lassen. Da die Kunden in diesem Marktsegment Streitkräfte bzw. Militärorganisationen sind, deren Budgets regelmäßig im Rahmen langwieriger Prozesse festgelegt werden, besteht die Gefahr, dass Budgets verspätet verabschiedet werden oder aus politischen Gründen für bestimmte Anschaffungen kein oder nur ein verringertes Budget zur Verfügung steht. Dies könnte zur Folge haben, dass sich Absatzmöglichkeiten der Gesellschaft im Marktsegment Verteidigung verringern oder ganz entfallen. Dies könnte erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft haben.

Die Gesellschaft unterliegt Restriktionen bezüglich der Beschaffung von Komponenten und der wirtschaftlichen Verwertung von Produkten, die sie für das Marktsegment Verteidigung entwickelt.

Die Produkte der Gesellschaft im Marktsegment Verteidigung sind sowohl durch zivile als auch militärische Kunden nutzbar. Sie unterliegen daher bestimmten Exportbeschränkungen nach der Außenwirtschaftsverordnung der Bundesrepublik Deutschland. Ferner könnte die Gesellschaft im Rahmen ihrer Lieferbeziehung zu den U.S.-Streitkräften gehalten werden, einen bestimmten Anteil der Wertschöpfung ihrer Produkte in den USA zu erzielen. Es ist nicht gesichert, dass es zu jedem Zeitpunkt kostengünstige, verlässliche Hersteller von Komponenten in den USA geben wird, die es der Gesellschaft ermöglichen, einen wesentlichen Anteil der Wertschöpfung in die USA zu verlagern. Eine eigene Produktion in den USA unterhält die Gesellschaft derzeit nicht. Die genannten Faktoren können sich negativ auf den Umsatz und die Kostenstruktur der Gesellschaft auswirken. Dies könnte erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft haben.

Mangelnde Qualität der Produkte der Gesellschaft, Rückrufaktionen, Kundenbeschwerden oder sonstige negative Publizität können den Ruf der Gesellschaft schädigen und zu Umsatzrückgängen führen.

Die von der Gesellschaft hergestellten Produkte müssen hohen Qualitätsanforderungen und den am Markt üblichen oder den Kunden zugesagten Produktspezifikationen in engen Toleranzgrenzen genügen. In der Vergangenheit sind Qualitätsmängel aufgetreten, und dies lässt sich auch für die Zukunft nicht ausschließen. Falls die von der Gesellschaft hergestellten Produkte nicht den an sie gestellten Anforderungen genügen, muss die Produktion des entsprechenden Produkts möglicherweise ausgesetzt werden, bis die Ursache identifiziert und Abhilfe geschaffen wurde. Es besteht zudem die Möglichkeit, dass Kunden infolge von Qualitätsmängeln keine Produkte der Gesellschaft mehr abnehmen. Qualitätsmängel können darüber hinaus zu einem Reputationsschaden und einer Beeinträchtigung der Marktakzeptanz auch der übrigen Produkte der Gesellschaft und damit zu Umsatzeinbußen auch in anderen Geschäftsbereichen der Gesellschaft führen. Zudem können Qualitätsmängel zu erheblichen Schadensersatzforderungen gegen die Gesellschaft wegen Mängeln und Folgeschäden führen. Dies alles könnte die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft erheblich beeinträchtigen.

Unfälle mit den Produkten der Gesellschaft, tatsächliche und auch nur behauptete Sicherheitsmängel, Produktfehler, Qualitätsmängel oder durch sie verursachte Umweltschäden können den guten Ruf der Gesellschaft und die Nachfrage nach ihren Produkten beeinträchtigen.

Der Absatz der Produkte der Gesellschaft ist davon abhängig, dass die Kunden Vertrauen in deren Sicherheit, Qualität und Umweltverträglichkeit haben. Tatsächliche oder auch nur behauptete Sicherheits- oder Qualitätsmängel oder durch sie verursachte Umweltschäden können die Nachfrage nach den Produkten der Gesellschaft beeinträchtigen. Es besteht zudem die Gefahr, dass mangelhafte Produkte von Wettbewerbern, wenn diese auf den Markt kommen, das Vertrauen in Brennstoffzellensysteme insgesamt erschüttern, was den Absatz der Produkte der Gesellschaft beeinträchtigen könnte. Dies könnte erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft haben.

Die geplante Internationalisierung der Geschäftsaktivitäten und der möglicherweise damit verbundene Erwerb von Unternehmensbeteiligungen sowie die Gründung von Tochtergesellschaften im Ausland birgt Risiken.

Die Gesellschaft beabsichtigt, ihre geschäftlichen Aktivitäten weiter zu internationalisieren, insbesondere in Europa, den USA und Asien und möglicherweise auch in Australien. Die Internationalisierung der Geschäftstätigkeit der Gesellschaft ist bislang hauptsächlich darauf gerichtet, neue Kunden, Kooperationspartner und Lieferanten in ausländischen Märkten oder für diese zu gewinnen. Zumindest mittelfristig ist auch die Errichtung einer eigenen Präsenz oder die Eröffnung von Produktionsstätten in ausländischen Märkten, einschließlich Nordamerika, denkbar. Aus der Internationalisierung der Geschäftsaktivitäten ergeben sich eine Reihe von Risiken. Dazu zählen vor allem die in den einzelnen Ländern herrschenden allgemeinen wirtschaftlichen, rechtlichen, steuerlichen und politischen Rahmenbedingungen, regulatorische Anforderungen, die Patentsituation sowie die Notwendigkeit, eine Vielzahl ausländischer Gesetze und Vorschriften einzuhalten. Darüber hinaus kann die Geschäftstätigkeit im Ausland durch Handelsbeschränkungen und Änderungen von Tarifen oder Zöllen beeinträchtigt werden. Soweit die Internationalisierung durch Unternehmensbeteiligungen erfolgt, bestehen zusätzliche Risiken, z.B. im Bereich des Steuer- und Gesellschaftsrechts. Auch die IT-Infrastruktur sowie die Einrichtung und Aufrechterhaltung angemessener Risikomanagement- und Controllingstrukturen sind bei grenzüberschreitenden Geschäftsaktivitäten besonderen Anforderungen ausgesetzt. Die genannten Faktoren könnten die Internationalisierung der Geschäftstätigkeit der Gesellschaft beeinträchtigen und erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft haben.

Es bestehen Risiken im Zusammenhang mit möglichen Akquisitionen, Joint Ventures und Unternehmensbeteiligungen.

Die Gesellschaft hat die Absicht, sowohl in der Bundesrepublik Deutschland als auch im Ausland organisch, aber möglicherweise auch durch Akquisitionen, Joint Ventures und sonstige Unternehmensbeteiligungen zu wachsen. Unternehmenskäufe sowie Joint Ventures und sonstige strategische Beteiligungen sind mit erheblichen Investitionen verbunden. Darüber hinaus besteht das Risiko, dass die Gesellschaft neu erworbene Unternehmen oder Unternehmensteile nicht integrieren kann, sie die Beschäftigten der neu erworbenen Unternehmen oder Unternehmensteile nicht halten und integrieren kann, Geschäftsbeziehungen abgebrochen werden oder die angestrebten Wachstumsziele sowie Kosteneinsparungen oder die zeitgerechte Produktionsaufnahme innerhalb des zur Verfügung stehenden Budgets nicht verwirklicht werden können. Zudem kann es zu Unstimmigkeiten mit Partnern oder zum Scheitern eines Joint Ventures oder einer strategischen Beteiligung kommen. Der Erfolg künftiger Unternehmenskäufe, Joint Ventures und sonstiger Beteiligungen ist daher nicht gewährleistet. Eine Fehleinschätzung von Risiken sowie sonstige Misserfolge im Zusammenhang mit Akquisitionen, Joint Ventures und sonstigen Beteiligungen könnten erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft haben.

Der Geschäftsbetrieb der Gesellschaft erfordert ein reibungsloses Funktionieren ihres Warenwirtschafts- und ihrer Logistik. Die Kosten für die Lieferung der Produkte an Kunden können, insbesondere bei einer Ausweitung der Verkäufe ins Ausland, steigen.

Die Gesellschaft beliefert ihre Kunden derzeit aus ihrer Produktionsstätte in Brunenthal, Deutschland. Mit der Steigerung der Produktion und der Erschließung neuer Märkte wird deren Kapazität voraussichtlich nicht ausreichen. Die Gesellschaft wird daher erhebliche Investitionen in ihre Logistik tätigen müssen, um den Versand und soweit erforderlich Rücksendungen zu organisieren. Sollte es ihr nicht gelingen, ein weltweites, wirtschaftliches und effektives Warenwirtschafts- und Logistiksystem aufzubauen, könnte es zu Lieferunterbrechungen und -verzögerungen kommen, die den Absatz der Produkte sowie die Wettbewerbsposition und die Reputation der Gesellschaft beeinträchtigen. Insbesondere bei der Belieferung mit Tankpatronen für den Brennstoff Methanol sind die Kunden von der prompten Belieferung durch die Gesellschaft abhängig. Sollte die Gesellschaft nicht in der Lage sein, eine schnelle und zuverlässige Belieferung ihrer weltweiten Kunden mit Tankpatronen sicherzustellen, wird dies zu Kundenunzufriedenheit, Umsatzverlusten und möglicherweise sogar Schadensersatzforderungen führen. Bei einer Steigerung des Absatzes im Ausland werden Transportkosten stärker ins Gewicht fallen und sich die Kosten der Produkte der Gesellschaft im Ausland erhöhen. Sollten sich generell die Transport-, Fracht- und Kurierkosten erhöhen, so belastet dies die Gesellschaft, oder, wenn sie die Kostenerhöhung an ihre Kunden weitergibt, die Wettbewerbsfähigkeit der Produkte der Gesellschaft. Dies könnte erhebliche nachteilige Auswirkungen auf den Geschäftsbetrieb und die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft haben.

Forderungsausfälle und steuerliche Belastungen aus der Ausübung von Aktienoptionen könnten die Finanzlage der Gesellschaft nachteilig beeinflussen und damit die weitere Entwicklung beeinträchtigen.

Die Gesellschaft hat regelmäßig erhebliche Forderungen aus Verkäufen von Brennstoffzellensystemen und anderen Produkten gegenüber ihren Kunden. Es besteht das Risiko, dass die Kunden verspätet zahlen oder, beispielsweise wegen Insolvenz, die Forderungen der Gesellschaft überhaupt nicht erfüllen, was zur Ausbuchung von Forderungen und einer Erhöhung der Kosten führen würde. Des Weiteren gewährt die Gesellschaft ihren Abnehmern Zahlungsziele und beabsichtigt, diese als Teil der Vermarktungsstrategie weiter zu verlängern. Großzügige Zahlungsziele erschweren es der Gesellschaft, den Bestand eigener liquider Mittel zu erhöhen oder aufrechtzuerhalten und exakt zu planen. Im Zusammenhang mit der Ausübung von Aktienoptionen durch Mitarbeiter und Vorstandsmitglieder haben sich die Inhaber der Aktienoptionen verpflichtet, die Gesellschaft für etwaige erhöhte Steuerbelastungen zu entschädigen. Sofern die betroffenen Personen hierzu nicht bereit oder in der Lage sind, haftet die Gesellschaft für die Zahlung der betreffenden Steuern gegenüber den Finanzbehörden. Jeder dieser Faktoren könnten erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft haben.

Die Gesellschaft ist auf den unterbrechungsfreien Betrieb ihrer Computer- und Datenverarbeitungssysteme angewiesen.

In allen Geschäftsbereichen hängt die Gesellschaft vom effizienten und ununterbrochenen Betrieb ihrer Computer- und Datenverarbeitungssysteme ab. Eine Reihe von Komponenten der Computer- und Datenverarbeitungssysteme der Gesellschaft sind in der Vergangenheit immer wieder ausgebaut, erweitert und teilweise durch neue ersetzt worden. Da die einzelnen Komponenten von unterschiedlichen Herstellern stammen, zu verschiedenen Zeitpunkten integriert wurden oder auf unterschiedlichen Versionen einer Software beruhen, kann dies das Zusammenspiel der Komponenten anfälliger für Störungen machen als bei Systemen, die von einem Anbieter erworben und zu einem Zeitpunkt in Betrieb genommen wurden. Die Integration und Verbesserung der Systeme bedarf -insbesondere im Hinblick auf effizientes Controlling — weiterer Anstrengungen. Zudem sind Computer- und Datenverarbeitungssysteme generell für Störungen, Schäden, Stromausfälle, Computerviren, Brände und ähnliche Ereignisse anfällig. Eine Betriebsstörung oder Betriebsunterbrechung dieser Systeme kann daher nicht ausgeschlossen werden. Betriebsstörungen oder Betriebsunterbrechungen der von der Gesellschaft genutzten Computer- und Datenverarbeitungssysteme könnten den Produktionsprozess unterbrechen, ein effektives Management der Gesellschaft oder den Vertrieb der Produkte der Gesellschaft behindern. Dies könnte ihre Vermögens-, Finanz- und Ertragslage erheblich beeinträchtigen.

Die von der Gesellschaft abgeschlossenen Versicherungen könnten im Schadensfall nicht ausreichen und durch hohe Prämien erhebliche Kosten verursachen.

Die Gesellschaft hat Versicherungen gegen Schäden und Schadensersatzansprüche abgeschlossen, die in Zusammenhang mit ihrer Geschäftstätigkeit eintreten können. Solche Schäden sind, ebenso wie die Verteidigung gegen Schadensersatzansprüche und deren Beilegung mit hohen Kosten verbunden. Möglicherweise wird die Gesellschaft nicht in der Lage sein, ihren Versicherungsschutz zu wirtschaftlich angemessenen Bedingungen aufrecht zu erhalten. Zudem könnte sich der Versicherungsschutz im Einzelfall als nicht ausreichend erweisen und Versicherungskosten infolge eines Schadensereignisses steigen. Sollte die Gesellschaft gezwungen sein, unangemessene Bedingungen bei Versicherungen zu akzeptieren oder Schäden entstehen, die nicht oder nicht vollständig von bestehenden Versicherungen abgedeckt sind, könnte dies erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft haben.

Die Entwicklung, Produktion und Vermarktung von Methanol-Brennstoffzellensystemen kann zu Betriebsunfällen sowie zu Umweltschäden führen.

Es besteht das Risiko, dass in den Produktionsanlagen der Gesellschaft Betriebsunfälle auftreten und dabei Mitarbeiter und Anlagen zu Schaden kommen. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass beim Übergang auf die Massenproduktion die Unfallrisiken steigen werden.

Die Brennstoffzellensysteme der Gesellschaft werden mit Methanol betrieben, das leicht entzündlich und giftig ist. Dies birgt ein erhöhtes Risiko von Unfällen und stellt erhöhte Anforderungen an Arbeitssicherheitsmaßnahmen. Zudem besteht das Risiko, dass es zu Kontaminationen und Umweltschäden kommt, wenn Methanol in größeren Mengen austritt. Aus solchen Ereignissen könnten beträchtliche Schadensersatzforderungen gegen die Gesellschaft resultieren.

Wenn es der Gesellschaft nicht gelingt, eine sichere und weitgehend unfallfreie Produktion zu gewährleisten und Umweltschäden im Zusammenhang mit ihrer Geschäftstätigkeit zu vermeiden, könnte dies erhebliche nachteilige Auswirkungen auf ihre Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben.

Die Gesellschaft ist Risiken aus Wechselkursschwankungen ausgesetzt.

Die Gesellschaft erzielt einen Teil ihrer Umsatzerlöse in Fremdwährungen, insbesondere in US-Dollar. Demgegenüber bezieht die Gesellschaft die Komponenten zur Fertigung der Brennstoffzellensysteme derzeit überwiegend in der Euro-Zone. Soweit Wechselkursschwankungen nicht in gleichem Maße und in gleicher Höhe die Umsätze der Gesellschaft und die entsprechenden Kosten der Gesellschaft betreffen, wirkt sich ein Sinken des Wertes der Fremdwährungen, in denen die Gesellschaft Umsatzerlöse erwirtschaftet, gegenüber dem Euro dementsprechend negativ auf die Profitabilität der Gesellschaft und damit auf ihre Rentabilität und Liquidität aus. Gleiches gilt im Falle einer Erhöhung des Wertes der Fremdwährungen, in denen Lieferungen an die Gesellschaft abgerechnet werden, gegenüber dem Euro. Selbst wenn die in den jeweiligen Fremdwährungen erzielten Umsätze und Kosten ausgeglichen sind, kann sich die Abwertung der jeweiligen Fremdwährung negativ auf die Profitabilität der Gesellschaft auswirken. Ferner können Bewertungsvorschriften im Zusammenhang mit Kurssicherungsgeschäften dazu führen, dass nachteilige Ergebniseffekte im Jahresabschluss ausgewiesen werden müssen, selbst wenn mit abgeschlossenen Kurssicherungsgeschäften die angestrebten Effekte bei Endfälligkeit erreicht werden. Wechselkursänderungen könnten daher erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft haben.

Rechtliche Risiken

Die Gesellschaft könnte keinen ausreichenden Schutz für eigene Produktentwicklungen und -technologien erhalten.

Die Gesellschaft bemüht sich darum, ihre neuen Produkte und Technologien in sämtlichen bedeutenden geographischen Märkten, insbesondere Deutschland und innerhalb der EU, durch Patente zu schützen. Es gibt keine Gewähr, dass Patente auf der Grundlage bereits eingereichter oder zukünftiger Patentanmeldungen tatsächlich erteilt werden oder dass die Gesellschaft in der Lage sein wird, auf der Basis der patentierten Erfindungen marktreife Produkte zu entwickeln. Selbst wenn Patente erteilt sind oder erteilt werden, besteht keine Gewissheit, dass der Schutzzumfang gegenwärtiger oder zukünftiger Patente hinreichend weit gefasst ist, um einen Schutz gegenüber Dritten zu bieten und der Gesellschaft Wettbewerbsvorteile zu sichern. In Ländern, in denen Produkte oder Technologien von der Gesellschaft nicht durch Patente geschützt sind, hat die Gesellschaft für ihre Produkte keine exklusiven Vermarktungsrechte. Bei fehlendem Patentschutz ist die Gesellschaft möglicherweise nicht in der Lage, ausreichende Umsätze zur Deckung ihrer Entwicklungskosten oder einen ausreichenden Gewinn zu erwirtschaften. Auch können Dritte den Rechtsbestand der Patente der Gesellschaft oder deren Inhaberschaft angreifen. Bei einem erfolgreichen Angriff würden die Patente gelöscht bzw. könnten nicht mehr genutzt werden. Der Verlust eines wichtigen Patentes für die Produkte und Technologien der Gesellschaft kann dazu führen, dass Wettbewerber die entsprechende Technologie frei und ohne Zahlung einer Gegenleistung (Lizenzgebühr) an die Gesellschaft nutzen. Auch Versuche von Wettbewerbern, die Patente der Gesellschaft zu umgehen, könnten sich negativ auf die Umsätze der Gesellschaft auswirken.

Die Durchsetzung von Ansprüchen aus Patentrechten ist unsicher. Technische und rechtliche Fragestellungen können in diesem Bereich sehr komplex sein. Häufig sind Patentstreitigkeiten nur im Rahmen eines aufwändigen Rechtsstreites zu klären. In manchen Ländern ist die Durchsetzung von Patentrechten mit großen Unsicherheiten und einer sehr langen Verfahrensdauer verbunden. Ferner ist die Gesellschaft auch aufgrund ihrer beschränkten personellen Ressourcen nicht in der Lage, den Markt umfassend zu überwachen und alle Konkurrenzprodukte im Hinblick auf die Verletzung von Patenten der Gesellschaft zu untersuchen. Die Gesellschaft kann demzufolge nicht gewährleisten, dass sie ihre Patentrechte in den Vereinigten Staaten, der Europäischen Union und anderen Ländern, in denen Patente angemeldet worden sind, wirksam erlangen, verteidigen oder durchsetzen kann. Dies könnte sich erheblich nachteilig auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft auswirken.

Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft kann gewerbliche Schutzrechte Dritter verletzen, was zu zeit- und kostenintensiven Rechtsstreitigkeiten führen oder die Gesellschaft zwingen kann, Lizenzen von Dritten zu erwerben.

Im Bereich der Brennstoffzellentechnologie bestehen bereits zahlreiche Patente Dritter. Trotz der Durchführung von Patentrecherchen könnten bestimmte Verfahren oder Produkte der Gesellschaft Patente verletzen, von deren Existenz die Gesellschaft keine Kenntnis hat. Denkbar ist auch, dass Patente oder vorrangige

Patentanmeldungen Dritter die bereits von der Gesellschaft produzierten und vermarkteten Produkte und Technologien erfassen, da Patentanmeldungen in vielen Ländern bis zu deren Offenlegung der Geheimhaltung unterliegen. Dritte könnten nach Erteilung des Patents Ansprüche gegen die Gesellschaft gerichtlich geltend machen, wodurch erhebliche Kosten verursacht werden und die Gesellschaft gegebenenfalls zu Schadenersatzzahlungen und Unterlassung der Patentverletzung verurteilt werden könnte.

Zur Vermeidung solcher Ansprüche Dritter könnte die Gesellschaft sich entscheiden oder verpflichtet sein, von Dritten Lizenzen für die verwendete Technologie zu erwerben. Die Zahlung nicht unerheblicher Lizenzgebühren könnte die Folge sein. Sollte es zu keiner Einigung über diese Lizenzen kommen, würden Rechtsstreitigkeiten drohen. Sollte es der Gesellschaft nicht möglich sein, Lizenzen zu akzeptablen Bedingungen zu erwerben, könnte die Gesellschaft erheblich in der Vermarktung ihrer Produkte behindert werden und ihr wichtige Absatzmärkte versperrt bleiben. Derzeit sind der Gesellschaft zwei Patentfamilien bekannt, die auf den in den USA erteilten Patenten (US 5,599,638 und US 6,248,460) basieren, die internationale Folgeanmeldungen auch in Kernmärkten der Gesellschaft umfassen und die möglicherweise für ihr Geschäft relevant sind. Die Gesellschaft hat diese Situation gemeinsam mit verschiedenen Patentanwälten analysiert und bereits mit mehreren möglichen Lizenzgebern dieser Schutzrechte Gespräche geführt. Sie sieht aktuell keinen weitergehenden Handlungsbedarf.

Eine weitere denkbare Folge einer Patentverletzung durch die Gesellschaft ist, dass die Gesellschaft gezwungen wäre, ihre Produktion so zu verändern, dass die Patentrechte Dritter nicht länger verletzt werden. Dies könnte, soweit es überhaupt möglich ist, kosten- und zeitaufwändig sein.

Darüber hinaus besteht das Risiko, dass die von der Gesellschaft verwendeten Marken in Rechte Dritter eingreifen, was zu Unterlassungs- und Schadenersatzansprüchen führen kann. Jeder der genannten Umstände könnte sich erheblich nachteilig auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft auswirken.

Sollten die gewerblichen Schutzrechte der Gesellschaft durch Dritte verletzt werden, könnte sich dies nachteilig auf den Geschäftsbetrieb der Gesellschaft auswirken.

Auch wenn die Gesellschaft Patentschutz für ihre Produkte und Technologie erhält, könnten Wettbewerber die Patente der Gesellschaft verletzen oder umgehen. Sofern die Gesellschaft rechtliche Schritte dagegen ergreift, kann es zu langwierigen Rechtsstreitigkeiten kommen, die hohe Kosten und Zeitaufwand erfordern. Während der Dauer eines solchen Rechtsstreites sind Management-sowie Forschungs- und Entwicklungsressourcen bei der Gesellschaft gebunden, und die Kosten des Rechtsstreits müssen finanziert werden. Aufgrund der noch geringen Größe der Gesellschaft wäre sie in einem solchen Verfahren gegenüber einem mit größeren finanziellen und personellen Ressourcen ausgestatteten Verfahrensgegner im Nachteil. Dies könnte sich erheblich nachteilig auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft auswirken.

Die Gesellschaft verfügt im Hinblick auf bestimmte Patentanmeldungen und Anmeldungen anderer gewerblicher Schutzrechte möglicherweise nur über einen begrenzten geographischen Schutz.

Die Gesellschaft meldet neue Erfindungen in der Regel zunächst nur beim Europäischen Patentamt zum Patent an. Erst nach einer weiteren Analyse des Werts der Erfindung und der Aussicht auf Erteilung eines Patents werden unter Ausschöpfung der Prioritätsfrist Anmeldungen gemäß dem Patent Cooperation Treaty („PCT“) in Erwägung gezogen. Auf der Grundlage des PCT kann für Folgeanmeldungen die Priorität der Ursprungsanmeldung in bis zu 100 Jurisdiktionen gesichert werden, wenn im Land der Folgeanmeldung die Pariser Verbandsübereinkunft zum Schutz des gewerblichen Eigentums („PVÜ“) gilt. Aufgrund des Zeitraumes, der zwischen einer Patentanmeldung und der entsprechenden PCT-Anmeldung liegt, könnte der Gesellschaft in einigen Rechtsordnungen der Patentschutz für eigene Anmeldungen versagt werden, z.B. wenn zwischenzeitlich innerhalb von deren Prioritätsfrist bereits ähnliche Patente von Dritten angemeldet worden sind. Das Fehlen von Patentschutz in Kernländern, in denen die Gesellschaft ihre Produkte vermarkten will, kann die Vermarktung der Produkte und den Schutz der Technologie der Gesellschaft wesentlich beeinträchtigen und sich erheblich nachteilig auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft auswirken.

Der Verlustabzug gemäß § 10d EStG i.V.m. § 8 Abs. 4 KStG könnte wegen eines sogenannten „schädlichen Mantelkaufs“ ausgeschlossen sein.

Der Verlustabzug gemäß § 10d EStG i.V.m. § 8 Abs. 4 KStG könnte wegen eines sogenannten „schädlichen Mantelkaufs“, d.h. wegen wesentlicher Änderungen im Aktionärskreis oder der Zuführung überwiegend neuen Betriebsvermögens, ausgeschlossen sein. In diesem Fall könnte die Gesellschaft ihre Verlustvorträge nicht mehr nutzen. Bei dieser Regelung handelt es sich um eine Verlustabzugsbeschränkung, mit der die Handelbarkeit steuerlicher Verluste bei Kapitalgesellschaften verhindert werden soll. Namentlich wird ein Verlustabzug immer dann ausgeschlossen, wenn die den Verlust erleidende Gesellschaft wirtschaftlich nicht mit der Gesellschaft

identisch ist, die den Verlust verrechnen will. Ein solcher Ausschluss kann sich zum einen ergeben, wenn bereits in den letzten fünf Jahren mehr als 50 % der Anteile an der Gesellschaft den Anteilseigner gewechselt haben, und zum anderen, wenn aufgrund des geplanten Börsenganges bzw. einer geplanten Kapitalerhöhung diese 50 %-Grenze überschritten würde bzw. diese zu einer Zuführung überwiegend neuen Betriebsvermögens führen würde. In diesen Fällen würde die Gesellschaft ihre wirtschaftliche Identität wechseln, und der steuerliche Gewinn könnte nicht mehr durch einen entsprechenden Verlustabzug ausgeglichen werden. Dadurch ergäbe sich eine höhere Steuerbelastung für die Gesellschaft, was erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft haben könnte.

Die Gesellschaft könnte aufgrund von Betriebsprüfungen steuerlichen Risiken ausgesetzt sein.

Gesellschaften in der Bundesrepublik Deutschland unterliegen regelmäßig steuerlichen Außenprüfungen. Bisher war die Gesellschaft noch nicht Gegenstand einer Betriebsprüfung. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass es anlässlich künftiger Betriebsprüfungen zu Steuernachforderungen kommt, die sich nachteilig auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft auswirken.

Die Steuerlast der Gesellschaft könnte aufgrund zukünftiger Änderungen des Steuerrechts steigen.

Zukünftige Änderungen des Steuerrechts in Deutschland oder anderen Ländern, in denen die Gesellschaft steuerpflichtig ist bzw. wird, könnten zu einer höheren Steuerlast führen und folglich die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft erheblich beeinträchtigen.

Das Erlöschen oder der Entzug behördlicher Genehmigungen oder eine Änderung in der Politik könnte zu zeitlichen Verzögerungen in oder der Aufgabe der Produktion führen.

Gegenwärtig verfügt die Gesellschaft ihrer Auffassung nach über die erforderlichen Genehmigungen zum Vertrieb ihrer Brennstoffzellensysteme und der Tankpatronen in ihren wesentlichen Kernmärkten. Es ist jedoch nicht auszuschließen, dass durch Veränderungen von Rechtsvorschriften zusätzliche Genehmigungserfordernisse geschaffen werden oder dass der Gesellschaft bestehende Genehmigungen entzogen werden. Dies könnte die Produktion und insbesondere den Vertrieb ihrer Produkte erheblich verzögern, verteuern oder gar unterbinden. Die Gesellschaft vertreibt ihre Produkte zudem an Kunden außerhalb ihrer Kernmärkte und an Kunden, die ihre Produkte in andere Länder einführen. Die Gesellschaft kann wegen der Vielfältigkeit und Komplexität nationaler Vorschriften nicht sicher sein, dass sie über sämtliche Genehmigungen verfügt, die in diesen Ländern erforderlich sind. Sollte in einem Land, in das Produkte der Gesellschaft eingeführt wurden, ein Verstoß gegen nationales Recht festgestellt werden, könnte dies Sanktionen gegen die Gesellschaft zur Folge haben. Diese Faktoren könnten sich erheblich nachteilig auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft auswirken.

Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft würde beeinträchtigt, wenn ihre Produktion oder Produkte künftig als gesundheitsgefährdend oder -schädlich eingestuft würden oder eine Gesundheitsgefährdung oder -schädigung tatsächlich eintreten würde.

Für ihre Produkte verwendet die Gesellschaft unter anderem Substanzen, die als gesundheitsgefährdend gelten. So vertreibt die Gesellschaft Tankpatronen, die Methanol, einen giftigen und brennbaren Stoff, enthalten. Es lässt sich nicht ausschließen, dass in Zukunft weitere Produkte oder Inhaltsstoffe in Produkten der Gesellschaft, die derzeit nicht als gesundheitsgefährdend gelten, anders eingestuft werden. Es kann ferner nicht ausgeschlossen werden, dass es, insbesondere bei Fehlanwendungen, für die die Gesellschaft möglicherweise keine Verantwortung trifft, aufgrund noch nicht bekannter Produkteigenschaften oder aber im Laufe des Produktionsprozesses auftretender Kontaminationen, zu Gesundheitsbeeinträchtigungen bis hin zur Lebensgefährdung kommen kann. Sollten sich diese Risiken verwirklichen und die Gesellschaft für entsprechende Beeinträchtigungen oder Schäden haften oder sollte Entsprechendes auch nur behauptet werden, wären die Umsätze mit diesen Produkten beeinträchtigt, und es könnten sich erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Reputation der Gesellschaft sowie auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ergeben.

Als Anbieter von Brennstoffzellensystemen und Methanol-Tankpatronen ist die Gesellschaft Gewährleistungs- und Produkthaftungsrisiken ausgesetzt.

Die Gesellschaft kann Gewährleistungs- und Produkthaftungsansprüchen ausgesetzt sein, sollte sie fehlerhafte Produkte an ihre Kunden liefern. Insbesondere im Zuge der Ausweitung des Vertriebsnetzes könnten auch ausländische Rechtsordnungen für die Gesellschaft relevant werden, deren Vorschriften strenger als die deutschen Regularien sind und die, wie beispielsweise in den USA, im Einzelfall weitaus höhere Schadensersatzansprüche, einschließlich Strafschadensersatz (sogenannte Punitive Damages) zusprechen, als dies nach deutschem Recht

möglich oder üblich ist. Dies gilt insbesondere für die Produkte der Gesellschaft, die unmittelbar am Menschen getragen werden, wie der C-Serie für den militärischen Einsatz. Gewährleistungs- und Produkthaftungsansprüche, gleich nach welcher Rechtsordnung, könnten zu hohen Zahlungsverpflichtungen der Gesellschaft führen und erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft haben.

Die Regulierungsdichte in den Tätigkeitsbereichen der Gesellschaft ist sehr hoch und neue den Geschäftsbetrieb belastende Regelungen könnten die Betriebskosten der Gesellschaft deutlich erhöhen.

Die Regulierungsdichte bei Tätigkeiten in Zusammenhang mit gefährlichen Stoffen wie Methanol ist sehr hoch. Sowohl die Herstellung als auch der Versand und der Vertrieb solcher Stoffe unterliegt einer ständigen Überwachung durch Behörden und sich ändernde Regularien. Es ist nicht auszuschließen, dass sich die Vorschriften über den Umgang mit Methanol in Zukunft ändern. Sollten diese Vorschriften in Zukunft verschärft werden und beispielsweise zusätzliche Sicherungsmaßnahmen notwendig werden, könnte dies erhebliche Kosten verursachen und die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft belasten. Dies könnte erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft haben.

Die Produkte der Gesellschaft werden über viele Jahre verwendet. Die Produkte könnten sich im Langzeitbetrieb als unzuverlässig oder gefährlich herausstellen.

Die Gesellschaft gewährleistet, dass ihre kommerziellen Brennstoffzellensysteme für die Dauer von drei Jahren oder bis zu 3000 Betriebsstunden (je nachdem, was zuerst eintritt) die volle Nennleistung erzielen. Im Übrigen gewährt sie ihren Kunden eine vertragliche Gewährleistung von drei Jahren auf die von ihr hergestellten Brennstoffzellensysteme. Tatsächlich geht die Gesellschaft davon aus, dass ihre Brennstoffzellensysteme weit über die Gewährleistungsfrist hinaus verwendet werden. Die Erfahrungen mit dem Dauerbetrieb ihrer Produkte sind derzeit beschränkt, da die Gesellschaft selbst erst seit einigen Jahren besteht und die Produkte jung sind. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass von der Gesellschaft hergestellte Brennstoffzellensysteme im Dauerbetrieb unzuverlässig oder schadhaft werden. Dies könnte zu einer Beeinträchtigung der Reputation der Produkte und deren Marktakzeptanz führen. Darüber hinaus könnte die Gesellschaft Gewährleistungs- oder Schadensersatzansprüchen oder Ansprüchen auf Zahlung von Vertragsstrafen ausgesetzt sein. Dies gilt insbesondere für den Fall, dass Folgeschäden bei Abnehmern eintreten, deren Höhe den Wert der von der Gesellschaft an diesen Abnehmer verkauften Brennstoffzellensysteme übersteigen kann. Kommt es zu einer Realisierung von derartigen Gewährleistungs- oder Produkthaftungsrisiken, könnte dies erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft haben.

Die Gesellschaft ist von bestimmten behördlichen Genehmigungen und von Zertifizierungen abhängig. Es besteht das Risiko, dass sich die derzeit anwendbaren Vorschriften verschärfen.

Sowohl die Brennstoffzellensysteme als auch die Methanol-Tankpatronen der Gesellschaft bedürfen bestimmter behördlicher Genehmigungen. Zudem ist die Gesellschaft, um das Verbrauchervertrauen zu erhalten, darauf angewiesen, bestimmte Zertifizierungen zur Umweltverträglichkeit und Sicherheit ihrer Produkte, wie beispielsweise des TÜV, zu erlangen. Sollten sich die derzeit anwendbaren Standards verschärfen und die Gesellschaft nicht in der Lage sein, die erforderlichen Genehmigungen oder die Zertifizierungen zu erhalten, könnte dies erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft haben.

Es besteht das Risiko, dass ausländische Staaten eine Belieferung ihrer Streitkräfte oder ihrer Militäreinrichtungen durch Unternehmen aus Drittstaaten einschränken oder untersagen und Verträge kurzfristig und einseitig beenden.

Ein bedeutender Tätigkeitsbereich der Gesellschaft ist auf Anwendungen im Marktsegment Verteidigung konzentriert. Dabei ist die Gesellschaft darauf angewiesen, dass die entsprechenden Produkte nicht nur von der Deutschen Bundeswehr, sondern auch von den Streitkräften anderer Staaten, wie z.B. den U.S.-Streitkräften, verwendet werden. Sollten Drittstaaten aus politischen Gründen oder aus Gründen der nationalen Sicherheit eine Belieferung ihrer Streitkräfte oder Militäreinrichtungen durch Unternehmen aus anderen Staaten einschränken oder untersagen, könnte dies erhebliche nachteilige Auswirkungen auf den Absatz von Produkten der Gesellschaft im Marktsegment Verteidigung haben. Dies könnte erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft haben.

Risikofaktoren im Zusammenhang mit dem Angebot

Die Kurse, die sich bislang im Freiverkehr für die Aktien der Gesellschaft entwickelt haben, geben keinen Aufschluss über die künftige Kursentwicklung. Es kann nicht gewährleistet werden, dass sich ein liquider Handel entwickelt oder, falls er sich entwickelt, aufrecht erhalten werden kann.

Die Aktien der Gesellschaft können seit April 2006 im Freiverkehr der Frankfurter Wertpapierbörse und der Börse Berlin-Bremen gehandelt werden. In Zukunft sollen die Aktien am amtlichen Markt der Frankfurter Wertpapierbörse mit gleichzeitiger Zulassung zum Teilbereich des amtlichen Marktes mit weiteren Zulassungsfolgepflichten (Prime Standard) an der Frankfurter Wertpapierbörse gehandelt werden. Die historische Kursentwicklung gibt keinen Aufschluss über die zukünftige Kursentwicklung, insbesondere, da bislang das Handelsvolumen sehr gering war. Der Angebotspreis der Aktien wird auf Grundlage des sogenannten Bookbuilding-Verfahrens nach Abstimmung mit den Konsortialbanken festgelegt und gibt keinen Aufschluss über den Kurs, zu dem die Aktien im Anschluss an das Angebot an der Frankfurter Wertpapierbörse gehandelt werden. Die Gesellschaft kann nicht voraussagen, inwieweit das Anlegerinteresse an ihren Aktien zur Entwicklung eines Handels führen wird oder wie liquide der Handel werden könnte. Anleger werden folglich unter Umständen nicht in der Lage sein, die Aktien zum Angebotspreis, zu einem höheren Preis oder überhaupt wieder zu verkaufen.

Der Kurs der Aktien könnte volatil sein.

Nach dem Angebot könnte der Kurs der Aktien der Gesellschaft erheblich schwanken, und zwar insbesondere infolge schwankender tatsächlicher oder prognostizierter Ergebnisse, geänderter Gewinnprognosen oder der Nichterfüllung der Gewinnerwartungen von Wertpapieranalysten, veränderter allgemeiner Wirtschaftsbedingungen, der Zyklizität des Geschäfts oder anderer Faktoren. Auch allgemeine Entwicklungen an den Aktienmärkten könnten den Aktienkurs der Gesellschaft unter Druck setzen, ohne dass dies in einem direkten Zusammenhang mit der Geschäftstätigkeit der Gesellschaft, ihrer Vermögens-, Finanz- und Ertragslage oder ihrem Geschäftsausblick steht.

Verschiedene Personen könnten das öffentliche Angebot von Aktien der Gesellschaft dazu nutzen, eigene Vorteile zu erlangen.

Öffentliche Angebote von Wertpapieren und andere Kapitalmarkttransaktionen sind abhängig von einem bestimmten Zeitplan und dessen Einhaltung. Gerichtliche Klagen und sonstige Verfahren können, gleich ob sie berechtigt oder unberechtigt sind, diesen Zeitplan gefährden. Auch negative Meldungen in den Medien können, unabhängig von ihrem Wahrheitsgehalt, den Erfolg eines öffentlichen Angebots beeinträchtigen. Wegen der Sondersituation des öffentlichen Angebots kann die Gesellschaft auf ungerechtfertigte Klagen oder negative Medienberichterstattung möglicherweise nicht so reagieren, wie sie dies unter anderen Umständen täte. Es ist denkbar, dass Personen dies auszunutzen versuchen werden, um hierdurch Vorteile zu erzielen, beispielsweise Vergleiche, die die Gesellschaft unter anderen Umständen nicht akzeptieren würde.

Zukünftige Kapitalmaßnahmen und die Ausübung von Aktienoptionen könnten zu einer erheblichen Verwässerung der Beteiligung der Aktionäre an der Gesellschaft führen.

Im Rahmen der Umsetzung der Wachstumspläne der Gesellschaft wird auch langfristig ein erheblicher Investitions- und Kapitalbedarf bestehen. Die Beschaffung weiteren Eigenkapitals, die mögliche Ausübung von Aktienoptionen aufgrund der Aktienoptionsprogramme und die Ausübung möglicherweise noch auszubehender Wandel- oder Optionsschuldverschreibungen, der Erwerb anderer Unternehmen oder Unternehmensbeteiligungen durch noch auszubehende Aktien der Gesellschaft sowie sonstige Kapitalmaßnahmen können zu einer erheblichen Verwässerung der Beteiligung der Aktionäre an der Gesellschaft führen.

Der Marktpreis der Aktien der Gesellschaft könnte durch anschließende Aktienverkäufe ihrer jetzigen Aktionäre beeinträchtigt werden.

Auch nach Abschluss dieses Angebots werden die Altaktionäre signifikant an der Gesellschaft beteiligt sein. Einige dieser Altaktionäre haben sich verpflichtet, Aktien vorbehaltlich gewisser Ausnahmen ohne die vorige schriftliche Zustimmung von Citi bis sechs Monate, im Falle des Vorstands bis zwölf Monate, nach der Notierungsaufnahme der Aktien weder anzubieten noch zu verkaufen. Es lässt sich nicht voraussagen, welche Auswirkungen künftige Aktienverkäufe gegebenenfalls auf den Marktpreis der Aktien der Gesellschaft haben werden. Sollten die derzeitigen Aktionäre nach Ablauf der Sperrfrist oder zuvor mit Zustimmung von Citi einen wesentlichen Teil ihrer Aktien auf dem öffentlichen Markt verkaufen, könnte der Börsenkurs der Aktien beeinträchtigt werden. Durch solche Verkäufe könnte es für

die Gesellschaft auch schwieriger werden, künftig neue Aktien zu dem von der Gesellschaft für angemessen gehaltenen Zeitpunkt und Preis auszugeben.

Die abgebenden Aktionäre, deren Interessen von denen anderer Aktionäre abweichen können, können auch nach Durchführung des Angebots einen erheblichen Einfluss auf die Gesellschaft ausüben.

Nach vollständiger Platzierung aller angebotenen Aktien werden die abgebenden Aktionäre mit 53,46 % (bei vollständiger Ausübung der Greenshoe-Option mit 48,62 %) am Grundkapital (nach Durchführung des Angebots) der Gesellschaft beteiligt sein. Durch die Konzentration des Anteilseigentums sind diese abgebenden Aktionäre in der Lage, unabhängig von dem Abstimmungsverhalten der anderen Aktionäre, bedeutenden Einfluss auf alle wesentlichen Entscheidungen, welche die Geschäfte der Gesellschaft betreffen, sowie auf die künftige Zusammensetzung des Aufsichtsrats und somit auch des Vorstandes, auszuüben. Die Aktionäre Dr. Manfred Stefener (direkt und indirekt), PRICAP Venture Partners AG und 3i Group Investments LP werden nach Durchführung des Angebots (bei vollständiger Ausübung der Greenshoe-Option) voraussichtlich 38,78 % des Grundkapitals der Gesellschaft halten, und können daher in der Hauptversammlung alleine oder gemeinsam wesentlichen Einfluss auf die künftige Zusammensetzung des Aufsichtsrats und andere Beschlüsse der Hauptversammlung ausüben.

ALLGEMEINE INFORMATIONEN

Verantwortlichkeit für den Inhalt des Prospekts

Die SFC Smart Fuel Cell AG, Brunthal, Citigroup Global Markets Limited, London sowie Sal. Oppenheim jr. & Cie. Kommanditgesellschaft auf Aktien, Köln übernehmen gemäß § 5 Absatz 4 Wertpapierprospektgesetz die Verantwortung für den Inhalt dieses Prospekts und erklären, dass ihres Wissens die Angaben in diesem Prospekt richtig sind und keine wesentlichen Umstände ausgelassen worden sind. Sie erklären zudem, dass sie die erforderliche Sorgfalt haben walten lassen, um sicherzustellen, dass die in diesem Prospekt genannten Angaben ihres Wissens nach richtig und keine Tatsachen ausgelassen worden sind, die die Aussage des Prospekts wahrscheinlich verändern können.

Gegenstand des Prospekts

Gegenstand des Angebots sind bis zu 2.693.212 auf den Inhaber lautende nennwertlose Stückaktien der Gesellschaft mit einem anteiligen Betrag des Grundkapitals von jeweils EUR 1,00 und mit voller Gewinnanteilberechtigung ab dem 1. Januar 2007, bestehend aus:

- bis zu 1.615.927 auf den Inhaber lautenden nennwertlosen Stückaktien aus der vom Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrats am 10. Mai 2007 beschlossenen Kapitalerhöhung aus genehmigtem Kapital gegen Bareinlagen; und
- bis zu 726.073 auf den Inhaber lautenden nennwertlosen Stückaktien aus dem Eigentum der abgehenden Aktionäre; und
- bis zu 351.212 auf den Inhaber lautenden nennwertlosen Stückaktien aus dem Eigentum der abgehenden Aktionäre im Hinblick auf eine eventuelle Mehrzuteilung.

Zukunftsgerichtete Aussagen

Dieser Prospekt enthält bestimmte zukunftsgerichtete Aussagen. In die Zukunft gerichtete Aussagen sind alle Aussagen, die sich nicht auf historische Tatsachen und Ereignisse beziehen. Zukunftsgerichtete Aussagen betreffen zukünftige Tatsachen, Ereignisse und sonstige Umstände, die keine historischen Tatsachen sind. Angaben unter Verwendung der Worte „sollen“, „dürfen“, „werden“, „erwartet“, „geht davon aus“, „nimmt an“, „schätzt“, „plant“, „beabsichtigt“, „ist der Ansicht“, „nach Kenntnis“, „nach Einschätzung“ oder ähnliche Formulierungen deuten auf solche zukunftsgerichtete Aussagen hin.

Dies gilt insbesondere für Aussagen in diesem Prospekt über die zukünftige finanzielle Ertragsfähigkeit, Pläne und Erwartungen in Bezug auf das Geschäft und Management der Gesellschaft, über Wachstum und Profitabilität, technologische Entwicklungen sowie wirtschaftliche und regulatorische Rahmenbedingungen und sonstige für die Geschäftstätigkeit relevante Rahmenbedingungen.

Die in die Zukunft gerichteten Aussagen beruhen auf gegenwärtigen, nach bestem Wissen vorgenommenen Einschätzungen und Annahmen der Gesellschaft. Zahlreiche Faktoren können dazu führen, dass die tatsächlichen Ergebnisse einschließlich der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft wesentlich von denjenigen abweichen oder negativer ausfallen als diejenigen, die in diesen Aussagen ausdrücklich oder implizit angenommen oder beschrieben werden. Die Geschäftstätigkeit der SFC unterliegt einer Reihe von Risiken und Unsicherheiten, die auch dazu führen können, dass eine zukunftsgerichtete Aussage, Einschätzung oder Vorhersage unzutreffend wird. Deshalb sollten Anleger unbedingt die Kapitel „Zusammenfassung des Prospekts“, „Risikofaktoren“, „Darstellung und Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage“, „Beschreibung der Geschäftstätigkeit“ und „Angaben über den jüngsten Geschäftsgang und die Geschäftsaussichten“ lesen, die eine ausführlichere Darstellung derjenigen Faktoren enthalten, die Einfluss auf die Geschäftsentwicklung der Gesellschaft und den Markt haben, in dem die Gesellschaft tätig ist.

In Anbetracht der Risiken, Ungewissheiten und Annahmen können die in diesem Prospekt erwähnten zukünftigen Ereignisse auch ausbleiben. Darüber hinaus können sich die in diesem Prospekt wiedergegebenen zukunftsgerichteten Einschätzungen und Prognosen aus Studien Dritter (siehe auch „— Informationen von Seiten Dritter und Hinweise zu Zahlenangaben“) als unzutreffend herausstellen. Weder die Gesellschaft noch ihr Vorstand oder die Konsortialbanken können daher für die zukünftige Richtigkeit der in diesem Prospekt dargestellten Meinungen oder den tatsächlichen Eintritt der prognostizierten Entwicklungen eintreten. Im Übrigen wird darauf hingewiesen, dass weder die Gesellschaft noch die Konsortialbanken die Verpflichtung übernehmen, über ihre gesetzliche Verpflichtung hinaus derartige in die Zukunft gerichtete Aussagen fortzuschreiben oder an zukünftige Ereignisse oder Entwicklungen anzupassen.

Informationen von Seiten Dritter

Dieser Prospekt enthält Angaben und Informationen von Seiten Dritter, insbesondere in Form von Verweisen auf Daten, statistische Informationen und Studien Dritter, z.B. zu Themen wie der Größe und Entwicklung des Marktes für netzunabhängige Stromquellen. Die Gesellschaft hat diese Angaben korrekt wiedergegeben und es wurden — soweit es der Gesellschaft bekannt ist und sie dies aus den von diesen Dritten veröffentlichten Informationen ableiten konnte — keine Tatsachen unterschlagen, die die wiedergegebenen Informationen unkorrekt oder irreführend gestalten würden

Anleger sollten diese Informationen dennoch kritisch betrachten. Marktstudien können auf Informationen und Annahmen beruhen, die weder exakt noch sachgerecht sind. Häufig sind sie zukunftsgerichtet und spekulativ. Anleger sollten berücksichtigen, dass bestimmte Einschätzungen der Gesellschaft auf solchen Marktstudien Dritter beruhen. Die Gesellschaft und die Konsortialbanken haben die Zahlenangaben, Marktdaten und sonstigen Informationen, die Dritte ihren Studien zu Grunde gelegt haben, nicht überprüft und übernehmen daher keine Verantwortung oder Garantie für die Richtigkeit der in diesem Prospekt enthaltenen Angaben aus Studien Dritter.

Hinweis zu Zahlenangaben

Einzelne Zahlenangaben (darunter auch Prozentangaben) in diesem Prospekt wurden kaufmännisch gerundet. In Tabellen addieren sich solche kaufmännisch gerundeten Zahlenangaben unter Umständen nicht genau zu den in der Tabelle gegebenenfalls gleichfalls enthaltenen Gesamtsummen.

Einsichtnahme in Dokumente

Für die Gültigkeitsdauer dieses Prospekts können während der üblichen Geschäftszeiten bei der SFC Smart Fuel Cell AG, Eugen-Sänger-Ring 4, 85649 Brunnthal, die folgenden Dokumente in Papierform eingesehen werden:

- Satzung der Gesellschaft
- ungeprüfter Quartalsabschluss (nach IFRS) der Gesellschaft für den Zeitraum 1. Januar — 31. März 2007;
- geprüfter Einzelabschluss (nach IFRS) der Gesellschaft für das am 31. Dezember 2006 abgeschlossene Geschäftsjahr;
- geprüfter Jahresabschluss (nach HGB) der Gesellschaft für das am 31. Dezember 2006 abgeschlossene Geschäftsjahr;
- geprüfter Jahresabschluss (nach HGB) der Gesellschaft für das am 31. Dezember 2005 abgeschlossene Geschäftsjahr;
- geprüfter Jahresabschluss (nach HGB) der Gesellschaft für das am 31. Dezember 2004 abgeschlossene Geschäftsjahr.

Künftige Geschäftsberichte und Zwischenberichte der Gesellschaft werden bei der Gesellschaft und der in diesem Prospekt genannten Zahl- und Hinterlegungsstelle (siehe den Abschnitt „Allgemeine Angaben zur Gesellschaft — Bekanntmachungen, Zahl- und Hinterlegungsstelle“) erhältlich sein.

DAS ANGEBOT

Gegenstand des Angebots

Gegenstand des Angebots sind bis zu 2.693.212 auf den Inhaber lautende nennwertlose Stückaktien der Gesellschaft mit einem anteiligen Betrag des Grundkapitals von jeweils EUR 1,00 und mit voller Gewinnanteilberechtigung ab dem 1. Januar 2007, bestehend aus:

- bis zu 1.615.927 auf den Inhaber lautenden nennwertlosen Stückaktien aus der vom Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrats am 10. Mai 2007 beschlossenen Kapitalerhöhung aus genehmigtem Kapital gegen Bareinlagen; und
- bis zu 726.073 auf den Inhaber lautenden nennwertlosen Stückaktien aus dem Eigentum der abgebenden Aktionäre; und
- bis zu 351.212 auf den Inhaber lautenden nennwertlosen Stückaktien aus dem Eigentum der abgebenden Aktionäre im Hinblick auf eine eventuelle Mehrzuteilung.

Die Neuen Aktien sollen den Aktionären im Wege des mittelbaren Bezugsrechts angeboten werden. Die Großaktionäre Dr. Manfred Stefener, Manfred Stefener GmbH & Co. KG, PRICAP Venture Partners AG, 3i Group Investments LP, Du Pont Operations Inc., BIT Holdings GmbH und FCF Fox Corporate Finance GmbH haben ihre Bezugsrechte auf die Neuen Aktien an die Konsortialbanken übertragen; die auf sie entfallenden 1.317.990 Neuen Aktien sollen im Zuge des Verkaufsangebots angeboten werden; die verbleibenden 297.937 Neuen Aktien werden den übrigen Aktionären im Verhältnis 7 zu 2 zum Bezug angeboten. Nach Eintragung der Durchführung der Kapitalerhöhung in das Handelsregister, die hinsichtlich der im Zuge des Verkaufsangebots angebotenen bis zu 1.317.990 Neuen Aktien für den 24. Mai 2007 und hinsichtlich der im Zuge des Bezugsangebots angebotenen bis zu 297.937 Neuen Aktien für den 4. Juni 2007 vorgesehen ist, wird das Grundkapital der Gesellschaft bis zu EUR 7.271.671,00 betragen.

Konsortialbanken sind als alleiniger Global Coordinator und Bookrunner Citi und als Joint Lead Manager Sal. Oppenheim. Zusätzliche Verkaufsstelle ist die Baader Wertpapierhandelsbank, Unterschleißheim. Die Konsortialbanken haben sich in einem Aktienübernahmevertrag vom 10. Mai 2007 verpflichtet, die Neuen Aktien im Rahmen des Angebots zum Erwerb anzubieten. Dieses Angebot besteht aus (i) einem Verkaufsangebot von bis zu 1.317.990 Neuen Aktien, bezüglich derer die Großaktionäre ihre Bezugsrechte auf die Konsortialbanken übertragen haben, sowie von bis zu 726.073 auf den Inhaber lautenden nennwertlosen Stückaktien aus dem Eigentum der abgebenden Aktionäre und von bis zu 351.212 auf den Inhaber lautenden nennwertlosen Stückaktien aus dem Eigentum der abgebenden Aktionäre im Hinblick auf eine eventuelle Mehrzuteilung (das „**Verkaufsangebot**“), im Rahmen eines öffentlichen Angebots in der Bundesrepublik Deutschland sowie einer internationalen Privatplatzierung außerhalb der Bundesrepublik Deutschland nach Maßgabe der Regulation S unter dem Securities Act sowie in den Vereinigten Staaten von Amerika an *Qualified Institutional Buyers* gemäß Rule 144A unter dem Securities Act, und (ii) einem mittelbaren Bezugsangebot an die Aktionäre der Gesellschaft (mit Ausnahme der Großaktionäre, die ihre Bezugsrechte auf die Konsortialbanken übertragen haben) (das „**Bezugsangebot**“). Das Angebot steht unter anderem unter der Bedingung, dass die Durchführung der Kapitalerhöhung hinsichtlich des Verkaufsangebots bis zum 25. Mai 2007 und hinsichtlich des Bezugsangebots bis zum 5. Juni 2007 in das Handelsregister des Amtsgerichts München eingetragen wird.

Abgebende Aktionäre sind Manfred Stefener GmbH & Co. KG, PRICAP Venture Partners AG, 3i Group Investments LP, Du Pont Operations Inc., BIT Holdings GmbH, PP Beteiligungs- und Vermögensverwaltungs GmbH und FCF Fox Corporate Finance GmbH („**abgebende Aktionäre**“).

Unmittelbar vor der Durchführung des Angebots werden von den insgesamt 5.655.744 Stückaktien der Gesellschaft 1.591.876 Stückaktien (28,15 %) von Herrn Dr. Manfred Stefener (direkt und indirekt, einschließlich 112.000 Aktien, die im Zuge der Durchführung des Angebots von Herrn Dr. Manfred Stefener auf die PP Beteiligungs- und Vermögensverwaltungs GmbH übertragen werden), 1.208.708 (21,37 %) von PRICAP Venture Partners AG, 878.292 (15,53 %) von 3i Group Investments LP, 659.592 (11,66 %) von Du Pont Operations Inc., 180.248 (3,19 %) von BIT Holdings GmbH und 94.248 (1,67 %) von FCF Fox Corporate Finance GmbH gehalten. Die abgebenden Aktionäre werden den Verkaufserlös (abzüglich vereinbarter Provisionen und Kosten) aus dem Verkauf von bis zu 1.077.285 Aktien erhalten. Siehe hierzu auch „*Wesentliche und abgebende Aktionäre — Aktionärsstruktur (vor und nach Durchführung des Angebots)*“.

Zeitplan für das Angebot

Für das Angebot ist folgender Zeitplan vorgesehen:

Das Verkaufsangebot

- | | |
|--------------------|--|
| 11. Mai 2007 | Billigung des Prospekts durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht („BaFin“) und Veröffentlichung des von der BaFin gebilligten Prospekts unter der Internetadresse der Gesellschaft |
| 12. Mai 2007 | Veröffentlichung des Verkaufsangebots unter der Internetadresse der Gesellschaft und in der Börsen-Zeitung; Veröffentlichung der Hinweisbekanntmachung über die Veröffentlichung des Prospekts in der Börsen-Zeitung |
| 14. Mai 2007 | Veröffentlichung des Verkaufsangebots im elektronischen Bundesanzeiger |
| 14. Mai 2007 | Beginn des Angebotszeitraums |
| 24. Mai 2007 | Zulassungsbeschluss der Frankfurter Wertpapierbörse für die Angebotsaktien und das bisherige Grundkapital |
| 24. Mai 2007 | Ende des Angebotszeitraums für Privatanleger (natürliche Personen) um 12:00 Uhr mittags (MESZ) und für institutionelle Anleger um 14:00 Uhr (MESZ) |
| 24. Mai 2007 | Festsetzung des Platzierungspreises (zugleich Bezugspreis für das Bezugsangebot) und Zuteilung; Veröffentlichung des Platzierungspreises und des Platzierungsvolumens als Ad-hoc Mitteilung über ein elektronisch betriebenes Informationssystem und unter der Internetadresse der Gesellschaft. |
| 24. Mai 2007 | Veröffentlichung des Zulassungsbeschlusses der Frankfurter Wertpapierbörse für die Angebotsaktien und das bisherige Grundkapital unter der Internetadresse der Frankfurter Wertpapierbörse |
| 24. Mai 2007 | Veröffentlichung der Anzahl der im Zuge des Verkaufsangebots verkauften Aktien und der Zuteilungskriterien unter der Internetadresse der Gesellschaft |
| 25. Mai 2007 | Notierungsaufnahme der Angebotsaktien und des bisherigen Grundkapitals, erster Handelstag |
| 26. Mai 2007 | Veröffentlichung des Platzierungspreises und der Anzahl der im Zuge des Verkaufsangebots verkauften Aktien in der Börsen-Zeitung; Veröffentlichung der bei der Platzierung verwendeten Zuteilungsgrundsätze in der Börsen-Zeitung |
| 30. Mai 2007 | Buchmäßige Lieferung der Angebotsaktien gegen Zahlung des Platzierungspreises |

Das Bezugsangebot

- | | |
|--------------------|---|
| 11. Mai 2007 | Billigung des Prospekts durch die BaFin und Veröffentlichung des von der BaFin gebilligten Prospekts unter der Internetadresse der Gesellschaft |
| 12. Mai 2007 | Veröffentlichung des Bezugsangebots in der Börsen-Zeitung und unter der Internetadresse der Gesellschaft |
| 14. Mai 2007 | Veröffentlichung des Bezugsangebots im elektronischen Bundesanzeiger |
| 14. Mai 2007 | Beginn der Bezugsfrist |
| 14. Mai 2007 | Beginn des Bezugsrechtshandels |

24. Mai 2007	Festsetzung des Bezugspreises (zugleich Platzierungspreis für das Verkaufsangebot)
26. Mai 2007	Veröffentlichung des Bezugspreises in der Börsen-Zeitung
29. Mai 2007	Veröffentlichung des Bezugspreises im elektronischen Bundesanzeiger
29. Mai 2007	Ende des Bezugsrechtshandels
1. Juni 2007	Ende der Bezugsfrist
1. Juni 2007	Veröffentlichung der Anzahl der im Zuge des Bezugsangebots verkauften Aktien unter der Internetadresse der Gesellschaft
2. Juni 2007	Veröffentlichung der Anzahl der im Zuge des Bezugsangebots verkauften Aktien in der Börsen-Zeitung
4. Juni 2007	Spätester Zeitpunkt der Zahlung des Bezugspreises durch die Aktionäre; Abrechnung der bezogenen Aktien an die depotführenden Banken mit Valuta zum 4. Juni 2007
4. Juni 2007	Zulassungsbeschluss der Frankfurter Wertpapierbörse für die Bezugsrechtsaktien und Veröffentlichung des Zulassungsbeschlusses der Frankfurter Wertpapierbörse für die Bezugsrechtsaktien unter der Internetadresse der Frankfurter Wertpapierbörse
5. Juni 2007	Einbeziehung der Bezugsrechtsaktien in die laufende Notierung
5. Juni 2007	Frühester Zeitpunkt der buchmäßigen Lieferung der Bezugsrechtsaktien

Dieser Prospekt wird auf der Internet-Seite der Gesellschaft unter www.sfc.com veröffentlicht werden. Der Prospekt wird außerdem voraussichtlich ab dem 12. Mai 2007 während der üblichen Geschäftszeiten bei der Gesellschaft SFC Smart Fuel Cell AG, Eugen-Sänger-Ring 4, 85649 Brunnthal und den Konsortialbanken kostenlos erhältlich sein.

Das Verkaufsangebot

Die Angebotsaktien werden im Rahmen eines öffentlichen Angebots in der Bundesrepublik Deutschland sowie einer internationalen Privatplatzierung außerhalb der Bundesrepublik Deutschland nach Maßgabe der Regulation S unter dem Securities Act sowie in den Vereinigten Staaten von Amerika an *Qualified Institutional Buyers* gemäß Rule 144A unter dem Securities Act angeboten.

Preisspanne, Angebotszeitraum, Platzierungspreis, Zuteilung und Lieferung der Angebotsaktien

Das Verkaufsangebot, im Rahmen dessen Anleger die Möglichkeit erhalten, Kaufangebote für die Angebotsaktien abzugeben, beginnt voraussichtlich am 14. Mai 2007 und endet voraussichtlich am 24. Mai 2007. Kaufangebote von Privatanlegern können während des Angebotszeitraums bei den Niederlassungen der Citibank Privatkunden AG & Co. KGaA und Sal. Oppenheim abgegeben werden. Am letzten Tag des Angebotszeitraums wird die Abgabe von Kaufangeboten für Privatanleger bis 12:00 Uhr MESZ und für institutionelle Anleger bis 17:00 Uhr MESZ möglich sein.

Die Preisspanne, innerhalb derer Kaufangebote für die Angebotsaktien abgegeben werden können, beträgt EUR 32 bis EUR 39 pro Aktie. Die Kaufangebote können mit einem Preislimit in Schritten von EUR 0,25 innerhalb dieses Rahmens versehen werden. Die Mindestordergröße für ein Kaufangebot beträgt 25 Stückaktien. Pro Depot eines Privatanlegers ist ein Kaufantrag zulässig.

Interessierte Anleger werden gebeten, die Einzelheiten des Angebots dem Verkaufsangebot zu entnehmen, das voraussichtlich am 12. Mai 2007 unter der Internetadresse der Gesellschaft (<http://www.sfc.com>) sowie in der Börsen-Zeitung veröffentlicht werden wird.

Die Gesellschaft und die abgebenden Aktionäre behalten sich gemeinsam mit den Konsortialbanken das Recht vor, die Anzahl der angebotenen Angebotsaktien zu verringern, die obere und/oder untere Begrenzung der Preisspanne zu ermäßigen oder zu erhöhen und/oder den Angebotszeitraum zu ändern, zu verlängern oder zu verkürzen. Die Veränderungen der Anzahl der angebotenen Angebotsaktien oder der Preisspanne oder die Änderung, Verlängerung oder Verkürzung des Angebotszeitraums führen nicht zur Ungültigkeit bereits abgegebe-

ner Kaufangebote. Anlegern, die bereits ein Kaufangebot für Angebotsaktien abgegeben haben, bevor ein entsprechender Nachtrag veröffentlicht wurde, wird durch das Wertpapierprospektgesetz das Recht eingeräumt, innerhalb von zwei Werktagen nach der Veröffentlichung des Nachtrags ihre Kaufangebote zu widerrufen. Statt eines Widerrufs besteht die Möglichkeit, bis zur Veröffentlichung des Nachtrags abgegebene Kaufangebote innerhalb von zwei Werktagen nach der Veröffentlichung des Nachtrags abzuändern oder neue limitierte oder unlimitierte Kaufangebote abzugeben. Sofern von der Möglichkeit, die Angebotsbedingungen zu ändern, Gebrauch gemacht wird, wird die Änderung über elektronische Medien wie Reuters oder Bloomberg, unter der Internetadresse der Gesellschaft (<http://www.sfc.com>) und, sofern nach Wertpapierhandelsgesetz und Wertpapierprospektgesetz erforderlich, als Ad-hoc Mitteilung und als Nachtrag zu diesem Prospekt veröffentlicht werden; eine individuelle Unterrichtung der Anleger, die Kaufangebote abgegeben haben, erfolgt auch in diesem Fall nicht. Zeichnungsaufträge durch Anleger sind bis zum Ende der Angebotsfrist frei widerruflich.

Nach Ablauf der Angebotsfrist wird der Platzierungspreis mit Hilfe des im Bookbuilding-Verfahren erstellten Orderbuchs, in dem sämtliche abgegebenen Kaufangebote erfasst werden, von der Gesellschaft, den Konsortialbanken und den abgebenden Aktionären voraussichtlich am 24. Mai 2007 gemeinsam festgelegt. Der Preisfestsetzung liegen die im vorgenannten Orderbuch gesammelten Kaufangebote für Angebotsaktien zu Grunde, die von Investoren während des Angebotszeitraums abgegeben wurden. Diese Kaufangebote werden nach dem gebotenen Preis sowie nach der erwarteten Ausrichtung der betreffenden Investoren ausgewertet. Die Festsetzung des Platzierungspreises und der Zahl der zu platzierenden Aktien erfolgt auf dieser Grundlage zum einen im Hinblick auf eine angestrebte Erlösmaximierung. Zum anderen wird berücksichtigt, ob der Platzierungspreis und die Zahl der zu platzierenden Aktien angesichts der sich aus dem Orderbuch ergebenden Nachfrage nach den Aktien der Gesellschaft vernünftigerweise die Aussicht auf eine stabile Entwicklung des Aktienkurses im Sekundärmarkt erwarten lassen.

Nach Festlegung des Platzierungspreises werden die angebotenen Angebotsaktien aufgrund der dann vorliegenden Angebote an die Anleger zugeteilt. Der Platzierungspreis wird voraussichtlich am 24. Mai 2007 im Wege einer Ad-hoc Mitteilung über ein elektronisch betriebenes Informationssystem und unter der Internetadresse der Gesellschaft sowie frühestens am darauf folgenden Werktag durch Bekanntmachung in der Börsen-Zeitung veröffentlicht werden. Anleger, die ihr Kaufangebot über eine der Konsortialbanken erteilt haben, können den Platzierungspreis sowie die Anzahl der ihnen jeweils zugeteilten Aktien frühestens an dem auf die Preisfestsetzung folgenden Bankarbeitstag bei dieser Konsortialbank erfragen. Die buchmäßige Lieferung der zugeteilten Aktien gegen Zahlung des Platzierungspreises erfolgt voraussichtlich am 30. Mai 2007. Insbesondere für den Fall, dass das Platzierungsvolumen nicht ausreicht, um sämtliche Kaufaufträge zum Platzierungspreis zu bedienen, behalten sich die Konsortialbanken vor, Kaufangebote nicht oder nur teilweise anzunehmen.

Das Bezugsangebot

Das Bezugsangebot richtet sich an sämtliche bestehenden Aktionäre der SFC Smart Fuel Cell AG (die „**Gesellschaft**“) (ISIN: DE0007568578).

Nachfolgend wird das voraussichtlich am 12. Mai 2007 in der Börsen-Zeitung und am 14. Mai 2007 im elektronischen Bundesanzeiger zu veröffentlichende Bezugsangebot an die Aktionäre der Gesellschaft wiedergegeben:

„Bezugsangebot

Unter teilweiser Ausnutzung des Genehmigten Kapitals 2007 gemäß § 5 Abs. 6 der Satzung der SFC Smart Fuel Cell AG („**Gesellschaft**“) hat der Vorstand am 10. Mai 2007 mit Zustimmung des Aufsichtsrats vom gleichen Tag beschlossen, das Grundkapital der Gesellschaft von EUR 5.655.744,00 um bis zu EUR 1.615.927,00 auf bis zu EUR 7.271.671,00 durch Ausgabe von bis zu 1.615.927 neuen, auf den Inhaber lautenden Aktien ohne Nennbetrag (Stückaktien), auf die jeweils ein anteiliger Betrag des Grundkapitals von EUR 1,00 entfällt („**Neue Aktien**“), gegen Bareinlagen zu erhöhen. Die Neuen Aktien sind ab dem 1. Januar 2007 gewinnanteilsberechtig.

Die Mitglieder eines aus Citigroup Global Markets Deutschland AG & Co. KGaA, Frankfurt am Main („**Citi KGaA**“) und Sal. Oppenheim jr. & Cie. KGaA, Köln („**Sal. Oppenheim**“) (gemeinsam die „**Konsortialbanken**“) bestehenden Bankenkonsortiums haben die Neuen Aktien aufgrund eines Übernahmevertrags vom 10. Mai 2007 („**Übernahmevertrag**“) mit der Verpflichtung übernommen, die Neuen Aktien den Aktionären der SFC Smart Fuel Cell AG, mit Ausnahme eines Spitzenbetrags von bis zu EUR 0,14 (kaufmännisch gerundet) vorbehaltlich der nachstehenden unter dem Abschnitt „Wichtige Hinweise“ genannten Bedingungen im Verhältnis 7:2 im Wege des mittelbaren Bezugsrechts zum Bezug anzubieten. Auf jede alte Aktie der SFC Smart Fuel Cell AG entfällt ein Bezugsrecht. Die Neuen Aktien sollen den Aktionären mit einer Preisspanne von EUR 32,00 bis EUR 39,00 zum Bezug angeboten werden. Für einen Spitzenbetrag von bis zu EUR 0,14 (kaufmännisch

gerundet), entsprechend bis zu 0,14 (kaufmännisch gerundet) Neuen Aktien, wurde das Bezugsrecht der Aktionäre gem. § 5 Abs. 6 Satz 4 Buchstabe a) der Satzung ausgeschlossen. Der Spitzenbetrag sowie etwaige nicht bezogene Neue Aktien können im Markt verwertet werden. Eine etwaige Verwertung hat bestmöglich, mindestens jedoch zum Bezugspreis zu erfolgen.

Die Großaktionäre Dr. Manfred Stefener, Manfred Stefener GmbH & Co. KG, PRICAP Venture Partners AG, 3i Group Investments LP, Du Pont Operations Inc., BIT Holdings GmbH und FCF Fox Corporate Finance GmbH haben ihre Bezugsrechte auf die Neuen Aktien auf die Konsortialbanken übertragen; die auf sie entfallenden bis zu 1.317.990 Neuen Aktien (die „**Angebotsaktien**“) sollen zeitgleich im Rahmen eines öffentlichen Verkaufsangebots in Deutschland und einer internationalen Privatplatzierung (das „**Verkaufsangebot**“) angeboten werden.

Die Eintragung der Durchführung der Kapitalerhöhung, soweit sie die Schaffung der Neuen Aktien betrifft, die nicht Gegenstand des Verkaufsangebots sind, wird voraussichtlich am 4. Juni 2007 erfolgen.

Die Bezugsrechte aus den alten Aktien, die sämtlich in Girosammelverwahrung gehalten werden, werden nach dem Stand vom 11. Mai 2007, abends, durch die Clearstream Banking AG, Neue Börsenstraße 1, 60487 Frankfurt am Main („**Clearstream Banking AG**“), den Depotbanken automatisch zugebucht.

Wir bitten unsere Aktionäre (mit Ausnahme der Großaktionäre Dr. Manfred Stefener, Manfred Stefener GmbH & Co. KG, PRICAP Venture Partners AG, 3i Group Investments LP, Du Pont Operations Inc., BIT Holdings GmbH und FCF Fox Corporate Finance GmbH, die ihre Bezugsrechte auf die Neuen Aktien an die Konsortialbanken übertragen haben), ihr Bezugsrecht auf die Neuen Aktien zur Vermeidung des Ausschlusses in der Zeit

vom 14. Mai 2007 bis einschließlich 1. Juni 2007

über ihre Depotbank bei einer der unten genannten Bezugsstellen während der üblichen Schalterstunden auszuüben. Nicht fristgemäß ausgeübte Bezugsrechte verfallen wertlos.

Hauptbezugsstelle ist die:

Bayerische Hypo- und Vereinsbank Aktiengesellschaft, Arabellastraße 12, 81925 München

Weitere Bezugsstellen sind:

Citibank Privatkunden AG & Co. KGaA

Sal. Oppenheim jr. & Cie. KGaA

Entsprechend dem Bezugsverhältnis von 7 : 2 können für jeweils sieben alte Aktien der Gesellschaft zwei Neue Aktien bezogen werden. Der Bezug von einer Neuen Aktie ist ebenfalls möglich; es werden daher Bruchteile der Bezugsrechte während der Bezugsrechtshandelsfrist gehandelt. Zur Vermeidung eines Bezugs von Aktienbruchteilen werden die Konsortialbanken sicherstellen, dass mindestens drei Bezugsrechte nicht ausgeübt werden.

Bezugspreis

Die Neuen Aktien werden den Aktionären der Gesellschaft während der Bezugsfrist mit einer Preisspanne von EUR 32,00 bis EUR 39,00 zum Bezug angeboten. Der Bezugspreis für die Neuen Aktien wird vom Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrates mindestens drei Tage vor Beendigung der Bezugsfrist festgelegt und veröffentlicht und wird dem im Rahmen des Verkaufsangebots festgelegten Platzierungspreis entsprechen. Dieser wird nach Ablauf der für das Verkaufsangebot geltenden Angebotsfrist mit Hilfe des im Bookbuilding-Verfahren erstellten Orderbuchs, in dem sämtliche abgegebenen Kaufangebote für Angebotsaktien erfasst werden, von der Gesellschaft, den Konsortialbanken und den abgebenden Aktionären voraussichtlich am 24. Mai 2007 gemeinsam festgelegt. Der Preisfestsetzung liegen die im vorgenannten Orderbuch gesammelten Kaufangebote für Angebotsaktien zu Grunde, die von Investoren während des Angebotszeitraums abgegeben wurden. Diese Kaufangebote werden nach dem gebotenen Preis sowie nach der erwarteten Ausrichtung der betreffenden Investoren ausgewertet. Die Festsetzung des Platzierungspreises und der Zahl der zu platzierenden Aktien erfolgt auf dieser Grundlage zum einen im Hinblick auf eine angestrebte Erlösmaximierung, zum anderen wird berücksichtigt, ob der Platzierungspreis und die Zahl der zu platzierenden Aktien angesichts der sich aus dem Orderbuch ergebenden Nachfrage nach den Aktien der Gesellschaft vernünftigerweise die Aussicht auf eine stabile Entwicklung des Aktienkurses im Sekundärmarkt erwarten lassen. Der so ermittelte Bezugspreis für die Neuen Aktien wird voraussichtlich am 29. Mai 2007 im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht. Der Bezugspreis ist spätestens zum 4. Juni 2007 zu zahlen.

Wichtiger Hinweis:

Aktionäre der SFC Smart Fuel Cell AG, die ihre Bezugsrechte vor der Veröffentlichung des Bezugspreises ausüben, kennen nicht den endgültigen Bezugspreis, zu dem die Aktien letztlich angeboten werden, und beziehen somit zu einem unbekanntem Preis innerhalb der Preisspanne. Ein Handel der Bezugsrechte findet an der Frankfurter Wertpapierbörse nach dem 29. Mai 2007 nicht mehr statt.

Bezugsrechtshandel

Im Zusammenhang mit dem Angebot der Neuen Aktien findet für die Bezugsrechte sowie für die Bruchteile der Bezugsrechte ein Bezugsrechtshandel statt. Die Bezugsrechte (ISIN 000 A0N 3T81 / WKN A0N 3T8) werden in der Zeit vom 14. Mai 2007 bis 29. Mai 2007 (jeweils einschließlich) im Freiverkehr an der Frankfurter Wertpapierbörse gehandelt. Die Bezugsstellen sind bereit, den börsenmäßigen An- und Verkauf von Bezugsrechten nach Möglichkeit zu vermitteln. Ein Ausgleich für nicht ausgeübte Bezugsrechte findet nicht statt. Nach Ablauf der Bezugsfrist verfallen die nicht ausgeübten Bezugsrechte wertlos. Vom 14. Mai 2007 an werden die Aktien der Gesellschaft (ISIN DE0007568578) „ex Bezugsrecht“ gehandelt.

Citi kann für Rechnung der Konsortialbanken geeignete Maßnahmen ergreifen, um für einen geordneten Bezugsrechtshandel Liquidität zur Verfügung zu stellen, wie den Kauf und Verkauf von Bezugsrechten. Dabei behält sich Citi vor, Absicherungsgeschäfte in Aktien der Gesellschaft oder entsprechenden Derivaten vorzunehmen.

Wichtige Hinweise:

Die Konsortialbanken behalten sich vor und sind berechtigt, unter bestimmten Umständen vom Übernahmevertrag zurückzutreten oder die Durchführung des Bezugsangebots zu beenden. Zu diesen Umständen zählen insbesondere wesentliche nachteilige Veränderungen in der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der SFC Smart Fuel Cell AG, wesentliche Einschränkungen des Börsenhandels oder des Bankgeschäfts in Frankfurt, London oder New York, der Ausbruch oder die Eskalation von Feindseligkeiten oder Terrorismus, die Erklärung eines nationalen Notstands durch die Bundesrepublik Deutschland, das Vereinigte Königreich oder die USA oder andere Katastrophen und Krisen, die wesentliche nachteilige Auswirkungen auf die Finanzmärkte zur Folge haben oder erwarten lassen sowie der Fall, dass im Zuge des Verkaufsangebots trotz angemessener qualitativer und quantitativer Bemühungen der Konsortialbanken keine ausreichende Nachfrage zustande kommt. Die Verpflichtung der Konsortialbanken endet ferner, wenn die Durchführung der Kapitalerhöhung, soweit sie die Schaffung der Angebotsaktien betrifft, nicht bis zum 25. Mai 2007, 13:00 Uhr MESZ oder die Durchführung der Kapitalerhöhung, soweit sie die Schaffung der Neuen Aktien betrifft, die nicht Gegenstand des Verkaufsangebots sind, nicht bis zum 5. Juni 2007, 13:00 Uhr MESZ in das Handelsregister des Amtsgerichts München eingetragen ist und sich Citi im Namen der Konsortialbanken und die SFC Smart Fuel Cell AG nicht auf einen späteren Termin einigen können.

Im Falle des Rücktritts vom Übernahmevertrag vor Eintragung der Durchführung der Kapitalerhöhung in das Handelsregister entfällt das Bezugsrecht. Sofern die Konsortialbanken nach Eintragung der Kapitalerhöhung in das Handelsregister vom Übernahmevertrag zurücktreten, werden die Neuen Aktien in Abstimmung zwischen der Gesellschaft und den Konsortialbanken unter Berücksichtigung der dann gegebenen Marktbedingungen angeboten. Eine Rückabwicklung von Bezugsrechtshandelsgeschäften durch die die Bezugsrechtsgeschäfte vermittelnden Stellen findet nicht statt. Anleger, die Bezugsrechte über die Börse erworben haben, würden dementsprechend einen Verlust erleiden. Sollten zu dem Zeitpunkt der Stornierung von Aktieneinbuchungen bereits Leerverkäufe erfolgt sein, trägt der Verkäufer dieser Aktien das Risiko, seine Lieferverpflichtungen nicht durch Lieferung von Neuen Aktien erfüllen zu können.

Verbriefung der Neuen Aktien

Die Neuen Aktien werden in einer oder mehreren Globalurkunden verbrieft, die bei der Clearstream Banking AG hinterlegt werden. Der Anspruch der Aktionäre auf Verbriefung ihres jeweiligen Anteils ist satzungsgemäß ausgeschlossen. Die im Rahmen des Bezugsangebots bezogenen Neuen Aktien, die nicht Gegenstand des Verkaufsangebots sind, werden voraussichtlich ab 5. Juni 2007 durch Girosammeldepotgutschrift zur Verfügung gestellt, es sei denn, die Bezugsfrist wurde verlängert.

Provision

Für den Bezug von Neuen Aktien wird von den Depotbanken die bankübliche Provision berechnet.

Börsenhandel der Neuen Aktien

Die Zulassung der Neuen Aktien zum amtlichen Markt an der Frankfurter Wertpapierbörse sowie zum Teilbereich des amtlichen Marktes mit weiteren Zulassungsfolgepflichten (Prime Standard) an der Frankfurter Wertpapierbörse wird voraussichtlich am 18. Mai 2007 beantragt werden und wird im Hinblick auf die Neuen Aktien, die nicht Gegenstand des Verkaufsangebots sind, voraussichtlich am 4. Juni 2007 erfolgen. Die Einbeziehung der zugelassenen Neuen Aktien, die nicht Gegenstand des Verkaufsangebots sind, in die Preisfeststellung für die Aktien der Gesellschaft ist für den 5. Juni 2007 vorgesehen.

Bekanntmachung

Der Wertpapierprospekt der SFC Smart Fuel Cell AG ist am 11. Mai 2007 auf der Internetseite der Gesellschaft (www.sfc.com) veröffentlicht worden. Gedruckte Exemplare des Prospekts werden in Deutschland unter anderem bei der SFC Smart Fuel Cell AG, Eugen-Sänger-Ring 4 in 85649 Brunthal, und bei den vorgenannten Bezugsstellen zur kostenlosen Ausgabe bereitgehalten.

Verkaufsbeschränkungen

Die Neuen Aktien und die Bezugsrechte sind und werden weder nach den Vorschriften des Securities Act noch bei den Wertpapieraufsichtsbehörden von Einzelstaaten der USA registriert. Die Neuen Aktien und die Bezugsrechte dürfen in den USA weder angeboten noch verkauft oder direkt oder indirekt dorthin geliefert werden, außer in Ausnahmefällen aufgrund einer Befreiung von den Registrierungserfordernissen des Securities Act.

Stabilisierung

Im Zusammenhang mit dem Verkaufsangebot handelt Citi als Stabilisierungsmanager und kann Maßnahmen ergreifen, die auf die Stützung des Börsen- oder Marktpreises der Stammaktien der Gesellschaft abzielen, um einen bestehenden Verkaufsdruck auszugleichen („**Stabilisierungsmaßnahmen**“). Indes besteht keine Verpflichtung des Stabilisierungsmanagers, Stabilisierungsmaßnahmen zu ergreifen. Demzufolge ist ungewiss, ob Stabilisierungsmaßnahmen überhaupt ergriffen werden. Soweit Stabilisierungsmaßnahmen ergriffen werden, können diese jederzeit ohne vorherige Bekanntgabe beendet werden. Derartige Stabilisierungsmaßnahmen können ab dem Zeitpunkt der ersten Notierungsaufnahme der alten Aktien und der Angebotsaktien vorgenommen werden und müssen spätestens am dreißigsten Kalendertag danach, das heißt voraussichtlich am 24. Juni 2007, beendet sein („**Stabilisierungszeitraum**“).

Stabilisierungsmaßnahmen können zu einem höheren Börsenkurs bzw. Marktpreis der Aktien der Gesellschaft führen, als es ohne diese Maßnahmen der Fall wäre. Darüber hinaus kann sich vorübergehend ein Börsenkurs bzw. Marktpreis auf einem Niveau ergeben, das nicht dauerhaft ist. In keinem Fall werden Maßnahmen zur Stabilisierung des Börsen- bzw. Marktpreises der Aktien der Gesellschaft oberhalb des Emissionskurses, das heißt oberhalb des oben genannten Bezugspreises für die Neuen Aktien vorgenommen werden.

Nach Ende des Stabilisierungszeitraums werden innerhalb einer Woche mittels einer Bekanntmachung in der Börsen-Zeitung sowie auf der Internetseite der SFC Smart Fuel Cell AG (www.sfc.com) die folgenden Informationen veröffentlicht: (i) ob tatsächlich Stabilisierungsmaßnahmen durchgeführt wurden, (ii) zu welchem Termin mit der Stabilisierungsmaßnahme begonnen wurde, (iii) zu welchem Termin die letzte Stabilisierungsmaßnahme erfolgte sowie (iv) die Kursspanne, innerhalb derer Stabilisierungsmaßnahmen erfolgten, und zwar für jeden Termin, zu dem eine Stabilisierungsmaßnahme durchgeführt wurde.

Brunthal, im Mai 2007

SFC Smart Fuel Cell AG

Der Vorstand“

Allgemeine und besondere Angaben über die Aktien

Stimmrecht

Jede Aktie gewährt in der Hauptversammlung der Gesellschaft eine Stimme. Beschränkungen des Stimmrechts bestehen nicht. Es gibt keine unterschiedlichen Stimmrechte für Hauptaktionäre der Gesellschaft.

Gewinnanteilberechtigung, Anteil am Liquidationserlös

Die angebotenen Aktien sind mit voller Gewinnanteilberechtigung ab dem 1. Januar 2007 ausgestattet. Dividendenansprüche unterliegen der dreijährigen Regelverjährung gemäß § 195 BGB.

An einem etwaigen Liquidationserlös nehmen die Neuen Aktien entsprechend ihrem rechnerischen Anteil am Grundkapital teil.

Form und Verbriefung der Aktien

Alle Aktien der Gesellschaft wurden und werden nach der derzeit gültigen Satzung der Gesellschaft als auf den Inhaber lautende nennwertlose Stückaktien ausgegeben. Das derzeitige Grundkapital der Gesellschaft in Höhe von EUR 5.655.744,00 ist in einer oder mehreren Globalurkunden ohne Gewinnanteilscheine verbrieft, die bei der Clearstream Banking AG, hinterlegt ist bzw. sind. Über die aus der am 10. Mai 2007 beschlossenen Kapitalerhöhung aus genehmigtem Kapital stammenden Aktien im Zusammenhang mit dem Angebot werden eine oder mehrere weitere Globalurkunden ausgestellt und anschließend bei der Clearstream Banking AG hinterlegt werden.

Der Anspruch der Aktionäre auf Verbriefung ihrer Anteile ist gemäß § 6 Absatz 2 der Satzung der Gesellschaft ausgeschlossen. Die Form der Aktienurkunden bestimmt der Vorstand im Einvernehmen mit dem Aufsichtsrat. Die angebotenen Aktien sind mit den gleichen Rechten ausgestattet wie alle anderen Aktien der Gesellschaft und vermitteln keine darüber hinausgehenden Rechte oder Vorteile.

Übertragbarkeit der Aktien

Die Aktien können nach den für auf den Inhaber lautende Aktien geltenden rechtlichen Vorschriften frei übertragen werden. Mit Ausnahme der in dem Abschnitt „*Das Angebot — Marktschutzvereinbarung und Verkaufsbeschränkungen (Lock-up)*“ dargestellten Einschränkungen bestehen keine Veräußerungsverbote oder Einschränkungen im Hinblick auf die Übertragbarkeit der Aktien der Gesellschaft.

Lieferung und Abrechnung

Die Lieferung der angebotenen Aktien gegen Zahlung des Kaufpreises und der üblichen Effektenprovision erfolgt voraussichtlich zwei Bankarbeitstage nach Aufnahme der Börsennotierung. Die Aktien werden den Aktionären als Miteigentumsanteile an der jeweiligen Globalurkunde zur Verfügung gestellt.

Nach Wahl des Anlegers werden die im Rahmen des Angebots erworbenen Aktien entweder dem Depot eines deutschen Kreditinstituts bei der Clearstream Banking AG für Rechnung dieses Anlegers oder dem Depot eines Teilnehmers an der Euroclear Bank S.A./N.V., Boulevard Roi Albert II, 1120 Brüssel, Belgien als Betreiberin der Euroclear Systems, oder Clearstream Banking S.A., L-2967 Luxemburg, gutgeschrieben.

Der Bezugspreis ist spätestens zum 4. Juni 2007 zu zahlen. Die Lieferung der Bezugsrechtsaktien erfolgt voraussichtlich ab 5. Juni 2007. Die Aktien werden den Aktionären als Miteigentumsanteile an der jeweiligen Globalurkunde zur Verfügung gestellt. Für den Bezug von Bezugsrechtsaktien wird von den Banken die bankübliche Provision berechnet.

ISIN/WKN/Common Code/Börsenkürzel

International Securities Identification Number (ISIN)	DE0007568578
Wertpapier-Kenn-Nummer (WKN)	756857
Common Code	024843351
Börsenkürzel	F3C

Kriterien der Zuteilung

Allgemeine Zuteilungskriterien

Zwischen der Gesellschaft, den abgebenden Aktionären und Citi bestehen vor Beginn des Angebotszeitraumes keine Vereinbarungen über das Zuteilungsverfahren. Die Gesellschaft, die abgebenden Aktionäre und die Konsortialbanken werden die „Grundsätze für die Zuteilung von Aktienemissionen an Privatanleger“ beachten, die am 7. Juni 2000 von der Börsensachverständigenkommission beim Bundesministerium der Finanzen herausgegeben wurden. Die Gesellschaft, die abgebenden Aktionäre und Citi werden die Einzelheiten des Zuteilungsverfahrens nach Ablauf des Angebotszeitraumes festlegen und nach Maßgabe der Zuteilungsgrundsätze veröffentlichen.

Bevorrechtigte Zuteilung

Arbeitnehmern der Gesellschaft und dem Führungspersonal von wichtigen Kunden und Lieferanten der Gesellschaft werden Aktien zum Platzierungspreis (ohne jegliche Preisvergünstigung) im Rahmen einer bevorrechtigten Zuteilung angeboten. Insgesamt werden dieser Personengruppe in diesem Rahmen maximal bis zu 48.477 Aktien (maximal 6.000 Aktien je teilnahmeberechtigter Person) angeboten. Dies entspricht bis zu rund 3 % des Emissionsvolumens (ohne Greenshoe). Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats der Gesellschaft sowie deren Angehörige sind von dieser Bevorrechtigung nicht erfasst. Aktien, die nicht im Rahmen der bevorrechtigten Zuteilung platziert werden, werden im Rahmen des Angebots angeboten werden.

Stabilisierungsmaßnahmen, Mehrzuteilungen und Greenshoe-Option

Im Zusammenhang mit der Platzierung der angebotenen Aktien handelt Citi oder in ihrem Namen handelnde Personen als Stabilisierungsmanager und kann Maßnahmen ergreifen, die auf die Stützung des Börsen- oder Marktpreises der Aktien der Gesellschaft abzielen, um einen bestehenden Verkaufsdruck auszugleichen.

Es besteht keine Verpflichtung des Stabilisierungsmanagers, Stabilisierungsmaßnahmen zu ergreifen. Daher wird nicht garantiert, dass Stabilisierungsmaßnahmen überhaupt durchgeführt werden. Sofern Stabilisierungsmaßnahmen ergriffen werden, können diese jederzeit ohne vorherige Bekanntgabe beendet werden. Derartige Maßnahmen können ab dem Zeitpunkt der Aufnahme der Börsennotierung der Aktien der Gesellschaft im amtlichen Markt an der Frankfurter Wertpapierbörse vorgenommen werden und müssen spätestens am dreißigsten Kalendertag nach diesem Zeitpunkt beendet sein.

Diese Maßnahmen können zu einem höheren Börsen- bzw. Marktpreis der Aktien der Gesellschaft führen, als es ohne diese Maßnahmen der Fall wäre. Darüber hinaus kann sich vorübergehend ein Börsen- bzw. Marktpreis auf einem Niveau ergeben, das nicht dauerhaft ist. In Bezug auf mögliche Stabilisierungsmaßnahmen können Anlegern neben den bis zu 1.615.927 Neuen Aktien der Gesellschaft aus der vom Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrats am 10. Mai 2007 beschlossenen Kapitalerhöhung aus genehmigtem Kapital gegen Bareinlagen und bis zu 726.073 Aktien aus dem Eigentum der abgebenden Aktionäre bis zu 351.212 weitere Aktien der Gesellschaft im Rahmen des Angebots zugeteilt werden. Die zur Vornahme einer möglichen Mehrzuteilung benötigten Aktien der Gesellschaft werden der Citi (für Rechnung der Konsortialbanken) im Wege eines so genannten Wertpapierdarlehens von abgebenden Aktionären vorübergehend zur Verfügung gestellt.

In diesem Zusammenhang haben die abgebenden Aktionäre Citi die Option eingeräumt, bis zum dreißigsten Kalendertag nach der Aufnahme der Börsennotierung der Aktien der Gesellschaft bis zu 351.212 Aktien der Gesellschaft zum Platzierungspreis (abzüglich vereinbarter Provisionen) zu erwerben und damit die Rücklieferungsverpflichtung aus dem Wertpapierdarlehen zu erfüllen. Diese Greenshoe-Option kann in dem Umfang ausgeübt werden, wie Aktien im Wege der Mehrzuteilung platziert worden sind.

Nach Ende des Stabilisierungszeitraums wird innerhalb einer Woche in der Börsen-Zeitung und unter der Internetadresse der Gesellschaft bekannt gegeben, ob eine Stabilisierungsmaßnahme durchgeführt wurde oder nicht, zu welchem Termin mit der Kursstabilisierung begonnen wurde, zu welchem Termin die letzte Kursstabilisierungsmaßnahme sowie innerhalb welcher Kursspanne die Stabilisierung erfolgte, und zwar letzteres für jeden Termin, zu dem eine Kursstabilisierungsmaßnahme durchgeführt wurde. Die Ausübung der Greenshoe-Option, der Zeitpunkt der Ausübung sowie Zahl und Art der betroffenen Aktien werden ebenfalls unverzüglich in der Weise veröffentlicht, wie sie vorstehend für die Veröffentlichung von Informationen über die Durchführung von Stabilisierungsmaßnahmen nach Ende des Stabilisierungszeitraums beschrieben ist.

Marktschutzvereinbarung und Veräußerungsbeschränkungen (Lock-up)

Die Gesellschaft hat sich in dem am 10. Mai 2007 mit den Konsortialbanken abgeschlossenen Übernahmevertrag unter anderem verpflichtet, bis zum Ablauf von sechs Monaten nach dem Tag der Notierungsaufnahme, ohne vorherige schriftliche Zustimmung von Citi

- keine Kapitalerhöhung aus genehmigtem Kapital anzukündigen oder durchzuführen;
- ihrer Hauptversammlung keine Kapitalerhöhung vorzuschlagen; und
- keine Emission von mit Wandlungs- oder Optionsrechten auf Aktien der Gesellschaft ausgestatteten Finanzinstrumenten oder andere wirtschaftlich vergleichbare Transaktionen anzukündigen, durchzuführen oder vorzuschlagen.

Ausgenommen von dieser Marktschutzvereinbarung ist jedoch die Emission von Aktien oder Optionsscheinen und die Gewährung von Optionsrechten auf Aktien der Gesellschaft im Zusammenhang mit dem bestehenden Aktienoptionsprogramm.

Die abgebenden Aktionäre und der Vorstand der Gesellschaft haben sich im Übernahmevertrag gegenüber den Konsortialbanken verpflichtet, bis zum Ablauf von sechs Monaten nach dem Tag der Notierungsaufnahme ohne vorherige schriftliche Zustimmung von Citi

- weder mittelbar noch unmittelbar Aktien oder andere Wertpapiere der Gesellschaft zu verkaufen, zu vertreiben, zu übertragen oder in anderer Weise darüber zu verfügen; Gleiches gilt für alle Transaktionen, die wirtschaftlich einem Verkauf entsprechen würden, z.B. die Ausgabe von Options- oder Wandlungsrechten auf Aktien der Gesellschaft;
- weder direkt noch indirekt zu veranlassen oder zuzustimmen, dass eine Kapitalerhöhung aus genehmigtem Kapital oder eine direkte oder indirekte Platzierung von Aktien der Gesellschaft angekündigt oder durchgeführt wird;
- weder direkt noch indirekt der Hauptversammlung der Gesellschaft eine Kapitalerhöhung vorzuschlagen oder in der Hauptversammlung hierfür zu stimmen; sowie
- weder direkt noch indirekt zu veranlassen oder zuzustimmen, dass eine Emission von mit Wandlungs- oder Optionsrechten auf Aktien der Gesellschaft ausgestattete Finanzinstrumente oder andere wirtschaftlich vergleichbare Transaktionen angekündigt, durchgeführt oder vorgeschlagen werden.

Der Vorstand der Gesellschaft hat sich im Hinblick auf die vom Vorstand gehaltenen Aktien der Gesellschaft ferner verpflichtet, die im ersten Punkt oben beschriebenen Verkaufsbeschränkungen für weitere sechs Monate, d.h. für insgesamt zwölf Monate, nach dem Tag der Notierungsaufnahme einzuhalten, sofern nicht Citi schriftlich eine Zustimmung zur Veräußerung erteilt. Citi hat bereits zugestimmt, dass der Vorstand Dr. Jens Müller im Falle der Ausübung von Aktienoptionen während des gesamten Zwölf-Monats-Zeitraums jeweils einen Teil der von ihm neu erworbenen Aktien veräußern darf, soweit dies zur Deckung des Optionspreises sowie von Kosten und Steuern erforderlich ist.

Börsenzulassung und Notierungsaufnahme

Die Zulassung des gesamten bisherigen Grundkapitals der Gesellschaft sowie der Angebotsaktien zum Börsenhandel im amtlichen Markt sowie gleichzeitig zum Teilbereich des amtlichen Marktes mit weiteren Zulassungsfolgepflichten (Prime Standard) an der Frankfurter Wertpapierbörse wird voraussichtlich am 18. Mai 2007 beantragt werden. Die Zulassung wird voraussichtlich am 24. Mai 2007 erfolgen. Die Notierungsaufnahme an der Frankfurter Wertpapierbörse ist insoweit derzeit für den 25. Mai 2007 vorgesehen. Zugleich wird der Handel im Freiverkehr an sämtlichen Börsenplätzen eingestellt. Die Kurse der Aktie der Gesellschaft bewegten sich seit Notierungsaufnahme im Freiverkehr zwischen EUR 23,75 und EUR 40,00 (ohne Berücksichtigung der Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln). Das Handelsvolumen betrug durchschnittlich 31 Stück pro Handelstag (ohne Berücksichtigung der Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln).

Die Konsortialbanken stellen regelmäßig Kaufangebote bereits zum Zeitpunkt der Aufnahme der Börsennotierung ein, um die Bildung des ersten Börsenkurses zu unterstützen. Dies kann zur Bildung eines höheren ersten Börsenpreises führen, als es ohne diese Maßnahmen der Fall wäre.

Die Zulassung der Bezugsrechtsaktien zum amtlichen Markt an der Frankfurter Wertpapierbörse sowie zum Teilbereich des amtlichen Marktes mit weiteren Zulassungsfolgepflichten (Prime Standard) an der Frankfurter Wertpapierbörse wird voraussichtlich am 18. Mai 2007 beantragt werden und wird voraussichtlich am 4. Juni

2007 erfolgen. Die Einbeziehung der Bezugsrechtsaktien in die laufende Notierung an der Frankfurter Wertpapierbörse ist für den 5. Juni 2007 vorgesehen.

Designated Sponsors

Sal. Oppenheim jr. & Cie. KGaA, Untermainanlage 1, 60329 Frankfurt am Main („**Sal. Oppenheim Frankfurt**“) und Wolfgang Steubing AG, Goethestraße 29, 60131 Frankfurt am Frankfurt („**Wolfgang Steubing AG**“) übernehmen die Funktion der Designated Sponsors für die an der Frankfurter Wertpapierbörse gehandelten Aktien der Gesellschaft. Nach dem Designated Sponsor Vertrag zwischen Sal. Oppenheim Frankfurt und Wolfgang Steubing AG und der Gesellschaft werden Sal. Oppenheim Frankfurt und Wolfgang Steubing AG unter anderem während der täglichen Handelszeiten limitierte Kauf- und Verkaufsoffer für Aktien der Gesellschaft in das elektronische Handelssystem der Frankfurter Wertpapierbörse einstellen. Dadurch soll insbesondere eine höhere Liquidität des Handels in den Aktien erreicht werden.

GRÜNDE FÜR DAS ANGEBOT UND VERWENDUNG DES EMISSIONSERLÖSES

Gründe für das Angebot, Verwendung des Emissionserlöses und Kosten der Emission

Die Gesellschaft beabsichtigt, mit dem Emissionserlös aus dem Angebot ihre Eigenkapitalbasis zu stärken und das geplante Wachstum der Geschäftstätigkeit zu finanzieren. Das Angebot ermöglicht es der Gesellschaft zudem, ihre Bekanntheit zu erhöhen, die Investorenbasis zu verbreitern und die Liquidität der Aktie zu erhöhen.

Der Gesellschaft fließt im Rahmen des Angebots der Nettoemissionserlös, d.h. der Bruttoemissionserlös aus dem Verkauf der endgültig platzierten bzw. bezogenen neuen Aktien abzüglich der von der Gesellschaft zu tragenden Gesamtkosten der Emission, zu.

Die Gesellschaft plant, den Nettoemissionserlös, der ihr aus dem Angebot zufließen wird, zu einem substantiellen Teil zur Finanzierung ihres geplanten organischen Wachstums zu verwenden. Die Umstellung von einem bisher überwiegend im Bereich Forschung und Entwicklung tätigen Unternehmen zu einem Industrieunternehmen wird zur Folge haben, dass der Schwerpunkt der Gesellschaft auf der Fertigung und dem Vertrieb ihrer Produkte liegen wird. Hierzu gehört insbesondere der Ausbau des Vertriebs sowohl in Deutschland als auch weltweit. Unter anderem erwägt die Gesellschaft eine Repräsentanz in den USA aufzubauen. Des Weiteren beabsichtigt die Gesellschaft, zu einer industriellen Massenfertigung ihrer Produkte überzugehen. Hierzu plant die Gesellschaft, ihre Betriebsstätte in Brunenthal auszubauen und neue geeignete Produktionsstätten zu errichten.

Um weiterhin innovative und wettbewerbsfähige Produkte zu entwickeln und den Ansprüchen und Erfordernissen des Marktes nachzukommen, wird die Gesellschaft einen weiteren Teil des Emissionserlöses in die Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten der Gesellschaft investieren. Schwerpunkt wird hierbei die Forschung und Entwicklung miniaturisierter Brennstoffzellensysteme sein sowie Techniken und Verfahren zur Reduktion der Stückkosten. Zudem beabsichtigt die Gesellschaft, weiter in ihre IT-Infrastruktur zu investieren und ihre Labor- und Produktionsausstattung, sowie ihren Bestand an Werkzeugen für die Fertigung von Komponenten zu erweitern.

Des Weiteren plant die Gesellschaft, in die weitere Durchdringung bereits beliefeter und die Erschließung weiterer Marktsegmente zu investieren. So beabsichtigt die Gesellschaft, ihr Marketing in den Marktsegmenten, in denen sie bereits tätig ist, zu verstärken, um ihre Produkte und ihren Namen bekannter zu machen. Gleichzeitig beabsichtigt sie, neue Marktsegmente, insbesondere die für leichte Elektrofahrzeuge, Konsumgüterelektronik und dem Gesundheitswesen, für sich zu erschließen.

Soweit ein organisches Wachstum nicht möglich oder zweckmäßig ist, schließt die Gesellschaft nicht aus, durch gezielte Akquisitionen bestimmte Technologien und Vertriebsnetze zu erwerben, um sich so den Zugang zu neuen Produkten und Absatzmärkten zu sichern sowie bestehende zu optimieren.

Nach der Durchführung des öffentlichen Angebots und der Zulassung ihrer Aktien zum amtlichen Markt an der Frankfurter Wertpapierbörse werden die bestehenden Beteiligungen mit den Stillen Gesellschaftern (siehe hierzu den Abschnitt „*Beschreibung der Geschäftstätigkeit — Wesentliche Verträge — Stille Beteiligungen*“) zum 31. Dezember 2007 enden und die Gesellschaft mit Mitteln aus dem Emissionserlös die Einlagen der stillen Beteiligungen in Höhe von TEUR 2.523 zurückführen und eine anteilige Mindestvergütung, einen etwaigen Gewinnanteil für 2007 sowie die vertraglich vereinbarte Endvergütung zahlen.

Die Höhe des Bruttoemissionserlöses aus dem Verkauf der Aktien im Rahmen des Angebots hängt von der Anzahl der angebotenen und tatsächlich platzierten bzw. bezogenen Aktien und dem festgelegten Platzierungspreis ab. Unter der Annahme, dass sämtliche 1.615.927 Aktien aus der Kapitalerhöhung platziert werden, wird die Gesellschaft bei einem Platzierungspreis am unteren Ende der Preisspanne einen Bruttoemissionserlös von TEUR 51.710, bei einem Platzierungspreis am oberen Ende der Preisspanne von TEUR 63.021 erreichen.

Aufgrund der Abhängigkeit der Kosten von der Gesamtzahl der platzierten bzw. bezogenen Aktien und dem Platzierungspreis, durch die sich die Höhe der Provisionen bestimmen, lassen sich auch die der Gesellschaft entstehenden Gesamtkosten zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht verlässlich vorhersagen. Die Gesellschaft schätzt, dass die Provision der Konsortialbanken einschließlich einer im freien Ermessen der Gesellschaft zahlbaren Incentive Provision zwischen EUR 2,3 Mio. und EUR 2,8 Mio. liegen wird. Die sonstigen, nicht die Provision der Konsortialbanken betreffenden Kosten schätzt die Gesellschaft auf zwischen EUR 3,0 Mio. und EUR 3,3 Mio.

Der Platzierungserlös aus dem Verkauf der bestehenden Aktien (abzüglich Provisionen und Kosten) durch die abgebenden Aktionäre fließt vollständig diesen zu.

Interessen Dritter an der Emission

Ein Teil der im Rahmen des Angebots zu platzierenden Aktien stammt aus dem Eigentum der abgebenden Aktionäre, zu denen auch Dr. Manfred Stefener (Mitglied des Aufsichtsrates) zählt. Diese abgebenden Aktionäre werden den auf die von ihnen veräußerten Aktien entfallenden Anteil am Emissionserlös erhalten. Zur Identität der abgebenden Aktionäre siehe den Abschnitt „*Das Angebot — Gegenstand des Angebots*“. Die abgebenden Aktionäre haben daher ein geschäftliches Interesse an der Durchführung des Verkaufsangebots zu einem möglichst hohen Platzierungspreis.

Die Gesellschaft hat mit Beschluss der Hauptversammlung vom 2. April 2007 die genehmigten Kapitalia I bis III aufgehoben. Von dieser Aufhebung sind die an das Vorstandsmitglied Dr. Jens Müller und die an Herrn Oliver Freitag ausgegebenen Optionen sowie eine — aufgrund der nicht erfolgten Schaffung des genehmigten Kapitals — bisher nicht erfüllte Optionszusage an den Vorstandsvorsitzenden Herrn Dr. Peter Podesser betroffen. Die Optionsberechtigten bzw. -inhaber haben mit den wesentlichen Gesellschaftern eine Vereinbarung über die Aufhebung der Optionen getroffen. Die nach der Aufhebungsvereinbarung zu zahlende Kompensation bemisst sich unter anderem nach dem Platzierungspreis. Die Herren Dr. Podesser, Dr. Müller und Freitag haben daher ein geschäftliches Interesse an der Durchführung des Verkaufsangebots zu einem möglichst hohen Platzierungspreis.

Ein Teil des Emissionserlöses soll dazu verwendet werden, die stillen Beteiligungen der tbg Technologie-Beteiligungs-Gesellschaft mbH („**tbg**“) und der Technologie Beteiligungsfonds Bayern GmbH & Co. KG („**tbb**“) an der Gesellschaft zurückzuführen. Zu näheren Einzelheiten siehe den Abschnitt „*Beschreibung der Geschäftstätigkeit — Wesentliche Verträge — Stille Beteiligungen*“ sowie „*Gründe für das Angebot und Verwendung des Emissionserlöses*“. Daher haben die tbg und die tbb ein Interesse an der Durchführung des Angebots.

Die Konsortialbanken erhalten für ihre Tätigkeit im Rahmen des Angebots eine Vergütung, die von der Höhe des erzielten Emissionserlöses abhängig ist. Siehe hierzu den Abschnitt „*Gründe für das Angebot und Verwendung des Emissionserlöses — Kosten Gründe für das Angebot, Verwendung des Emissionserlöses und Kosten der Emission*“. Aus diesen Gründen haben die Konsortialbanken ein geschäftliches Interesse an der Durchführung des Angebots.

Darüber hinaus können die Konsortialbanken oder mit ihnen verbundene Unternehmen von Zeit zu Zeit in Geschäftsbeziehungen mit der Gesellschaft treten oder Dienstleistungen im Rahmen der üblichen Geschäftsabläufe für sie erbringen. Insbesondere ist Sal. Oppenheim Designated Sponsor für die Aktien der Gesellschaft.

Im Zusammenhang mit dem Angebot können die Konsortialbanken oder ihre Konzerngesellschaften als Investor auf eigene Rechnung Angebotsaktien erwerben und diese Aktien auf eigene Rechnung halten, kaufen oder verkaufen und können diese Aktien auch außerhalb des Angebots anbieten oder verkaufen. Damit ist keine bevorrechtigte Zuteilung verbunden. Die Konsortialbanken beabsichtigen nicht, den Umfang solcher Investitionen oder Transaktionen offen zu legen, sofern dazu keine rechtliche Verpflichtung besteht.

Mit der FCF Fox Corporate Finance GmbH („**FCF**“), einem Aktionär der Gesellschaft, hat die Gesellschaft einen Beratungsvertrag abgeschlossen, wonach FCF als IPO Berater der Gesellschaft tätig ist. Die Vergütung von FCF nach dem Vertrag bemisst sich nach den Erlösen des Angebots.

DIVIDENDENPOLITIK UND ANTEILIGES ERGEBNIS

Aufgrund der bisherigen Geschäftsentwicklung war es der Gesellschaft bislang nicht möglich, Dividendenzahlungen zu leisten.

	Geschäftsjahr zum 31. Dezember		
	2006	2005	2004
Ergebnis nach Steuern nach IFRS (in TEUR)	-4.425	-5.093	-2.459
Je Aktie (nicht verwässert) (in EUR) ¹⁾	-3,41	-4,34	-2,10
Je Aktie (verwässert) (in EUR) ^{1) 2)}	-3,37	-4,31	-2,10
Ergebnis der Gesellschaft nach HGB(in TEUR)	-5.569	-4.887	-1.765
Je Aktie (nicht verwässert) (in EUR) ¹⁾	-4,30	-4,16	-1,51
Je Aktie (verwässert) (in EUR) ^{1) 2)}	-4,25	-4,14	-1,51

1) Ohne Berücksichtigung der am 2. April 2007 beschlossenen Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln.

2) Unter Einbeziehung der noch ausstehenden (ausübaren) 15.462 Optionsrechte (6.363 in 2005; 0 in 2004).

Die Fähigkeit der Gesellschaft zur Zahlung künftiger Dividenden wird von den Gewinnen der Gesellschaft, ihrer wirtschaftlichen und finanziellen Lage und weiteren Faktoren abhängen. Hierzu gehört insbesondere der Liquiditätsbedarf der Gesellschaft, ihre Zukunftsaussichten, die Marktentwicklung sowie die gesetzgeberischen, steuerlichen und sonstigen Rahmenbedingungen.

Die Gesellschaft verfügt derzeit über einen erheblichen Verlustvortrag, der sich voraussichtlich auch im laufenden Geschäftsjahr noch erhöhen wird. Dieser Verlustvortrag lässt eine Dividendenzahlung auf absehbare Zeit als wenig wahrscheinlich erscheinen. Ein zukünftiger Jahresüberschuss ist zunächst zur Reduzierung des Verlustvortrages einzusetzen, erst wenn dieser ausgeglichen ist, ist eine Dividendenzahlung rechtlich überhaupt erst möglich.

Die Gesellschaft wird bei Vorliegen eines Bilanzgewinns unter Berücksichtigung ihrer finanziellen Situation, ihres Liquiditätsbedürfnisses sowie der steuerlichen, rechtlichen und sonstigen Rahmenbedingungen prüfen, ob und in welchem Umfang Dividenden ausgeschüttet werden.

Langfristig strebt die Gesellschaft eine ausgeglichene Dividendenpolitik an, die die Interessen der Gesellschaft (insbesondere die Finanzierung weiterer Forschungs- und Entwicklungsprojekte sowie neuer Investitionen) und der Aktionäre gleichermaßen berücksichtigt.

Dividenden werden in Übereinstimmung mit den Regeln des Clearing-Systems der Clearstream Banking AG ausgezahlt. Da sämtliche Aktien der Gesellschaft in Globalurkunden verbrieft und bei der Clearstream Banking AG verwahrt sein werden, werden Dividenden über die Clearstream Banking AG zu Gunsten der Aktionäre an die Depotbanken überwiesen. Einzelheiten über eine etwa von der Hauptversammlung beschlossene Dividende und die von der Gesellschaft jeweils benannten Zahlstellen werden im elektronischen Bundesanzeiger sowie in mindestens einem überregionalen Pflichtblatt der Frankfurter Wertpapierbörse veröffentlicht werden.

KAPITALAUSSTATTUNG

Die nachfolgenden Tabellen zeigen die Kapitalausstattung (einschließlich der Finanzverschuldung jedoch ohne die Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln) der Gesellschaft zum 31. März 2007 sowie nach vollständiger Durchführung des Angebots (zum einen bei einer Platzierung am unteren Ende der Preisspanne, zum anderen bei einer Platzierung am oberen Ende der Preisspanne).

Die Angaben zu der Kapitalausstattung unmittelbar vor Durchführung des Angebots in der Tabelle beruhen auf dem ungeprüften Quartalsabschluss zum 31. März 2007, der auf der Grundlage der IFRS erstellt wurde und im Finanzteil dieses Prospekts abgedruckt ist. Diese Tabelle sollte im Zusammenhang mit diesem ungeprüften Quartalsabschluss und den dazugehörigen Erläuterungen gelesen werden (siehe den Abschnitt „Finanzteil“).

	Zum 31. März 2007		
	(vor Durchführung des Angebots)* (in TEUR)	(nach Durchführung des Angebots) (in TEUR) bei Platzierung am unteren Ende der Preisspanne	(nach Durchführung des Angebots) (in TEUR) bei Platzierung am oberen Ende der Preisspanne
	ungeprüft	ungeprüft	ungeprüft
Liquide Mittel	7.644	54.054	64.565
Kurzfristige Finanzforderungen	0	0	0
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	4.017	4.017	4.017
Kurzfristige Nettofinanzverschuldung	-3.627	-50.037	-60.548
Langfristige Finanzverbindlichkeiten	282	282	282
Nettofinanzverschuldung	-3.345	-49.755	-60.266
Kurzfristige Schulden	9.271	9.271	9.271
— davon durch Dritte garantiert	0	0	0
— davon durch Dritte besichert	0	0	0
— davon unbesichert	9.271	9.271	9.271
Langfristige Schulden	1.394	1.394	1.394
— davon durch Dritte garantiert	0	0	0
— davon durch Dritte besichert	0	0	0
— davon unbesichert	1.394	1.394	1.394
Eigenkapital			
Gezeichnetes Kapital	5.656	7.272	7.272
Kapitalrücklage	20.466	65.260	75.771
Gewinnrücklagen	0	0	0
Verlustvortrag	-19.520	-19.250	-19.520
Bilanzverlust	-20.517	-20.517	-20.517
Summe Eigenkapital	5.606	52.016	62.527
Kapitalausstattung (Gesamt)	9.905	56.315	66.826
verwässerte Anzahl Aktien der Gesellschaft	5.655.744	7.271.671	7.271.671

* unter Berücksichtigung der Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln

VERWÄSSERUNG

Der Nettobuchwert der Gesellschaft (Gesamtaktiva abzüglich Firmenwert und anderer immaterieller Anlagewerte sowie abzüglich Verbindlichkeiten, Rückstellungen und abgegrenzter Erträge) belief sich per 31. Dezember 2006 auf TEUR 4.360 (auf Grundlage des IFRS-Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr 2006) bzw. auf EUR 3,08 pro Aktie (berechnet auf Grundlage der zum 31. Dezember 2006 ausstehenden 1.413.936 Aktien der Gesellschaft¹⁾).

Wäre die vom Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrats am 10. Mai 2007 beschlossene Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln bereits zum 31. Dezember 2006 durchgeführt worden, hätte der Nettobuchwert der Gesellschaft TEUR 4.360 bzw. EUR 0,77 pro Aktie (IFRS-Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2006 berechnet auf Grundlage der dann ausstehenden 5.655.744 Aktien der Gesellschaft¹⁾) betragen, was einer unmittelbaren Senkung des Nettobuchwertes von EUR 2,31 pro Aktie entspricht.

Nach vollständiger Durchführung der vom Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrats am 10. Mai 2007 beschlossenen Kapitalerhöhung von bis zu 1.615.927 Aktien aus genehmigtem Kapital gegen Bareinlagen im Rahmen dieses Angebots, die in Höhe der gezeichneten Aktien voraussichtlich am 24. Mai 2007 und am 4. Juni 2007 in das Handelsregister eingetragen wird, und bei einem unterstellten Platzierungspreis von EUR 32,00 (unteres Ende der Preisspanne) bis EUR 39,00 (oberes Ende der Preisspanne) pro Aktie, sowie nach Abzug der geschätzten Emissionskosten in Höhe von maximal EUR 6,1 Mio. (einschließlich einer im freien Ermessen der Gesellschaft zahlbaren Incentive Provision) hätte der Nettobuchwert der Gesellschaft zum 31. Dezember 2006 TEUR 49.970 (unteres Ende der Preisspanne) bis TEUR 61.281 (oberes Ende der Preisspanne) bzw. EUR 6,87 bis EUR 8,43 pro Aktie betragen (berechnet auf Grundlage der nach vollständiger Durchführung der Kapitalerhöhung im Rahmen des Angebots ausstehenden 7.271.671 Aktien der Gesellschaft¹⁾). Dies würde einer Erhöhung des Nettobuchwertes der Gesellschaft um EUR 6,10 bis EUR 7,66 pro Aktie für die Altaktionäre, die nicht am Bezugsangebot teilnehmen, und einer unmittelbaren Verwässerung zwischen ca. EUR 25,13 (79%) und ca. EUR 30,57 (78%) je Aktie für die Erwerber der angebotenen Aktien bedeuten.

Die folgende Tabelle stellt diese Differenzen unter Annahme eines Platzierungspreises in der Mitte der Preisspanne dar:

unterstellter Platzierungspreis pro Aktie	EUR 35,50
Nettobuchwert pro Aktie per 31. Dezember 2006 (berechnet auf Grundlage der vor dem Angebot ausstehenden 1.413.936 Aktien der Gesellschaft ¹⁾)	EUR 3,08
Nettobuchwert pro Aktie per 31. Dezember 2006 (berechnet auf Grundlage der nach Durchführung der Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln ausstehenden 5.655.744 Aktien der Gesellschaft ¹⁾)	EUR 0,77
Nettobuchwert pro Aktie per 31. Dezember 2006 (berechnet auf Grundlage der nach Durchführung des Angebots ausstehenden 7.271.671 Aktien der Gesellschaft ¹⁾)	EUR 7,65
Betrag, um den der unterstellte Platzierungspreis pro Aktie den Nettobuchwert einer Aktie nach Durchführung des Angebots übersteigt	EUR 27,85

(1) Die angegebenen Stückzahlen berücksichtigen nicht die gewährten, aber zum 31. März 2007 noch nicht ausgeübten Optionsrechte.

AUSGEWÄHLTE FINANZANGABEN UND GESCHÄFTSINFORMATIONEN

Die nachstehend zusammengefassten Finanzangaben sind dem ungeprüften IFRS-Abschluss der Gesellschaft für das zum 31. März 2007 endende Quartal (mit Vergleichszahlen für das zum 31. März 2006 endende Quartal) sowie dem geprüften IFRS-Abschluss der Gesellschaft für das zum 31. Dezember 2006 endende Geschäftsjahr (mit Vergleichszahlen für die zum 31. Dezember 2005 und 2004 endenden Geschäftsjahre) entnommen, die im Finanzteil dieses Prospekts abgedruckt sind.

Die nachfolgend dargestellten und dem geprüften IFRS-Abschluss zum 31. Dezember 2006 entnommenen Vergleichszahlen für die Geschäftsjahre 2005 und 2004 sind ebenfalls als „geprüft“ gekennzeichnet.

Die nachstehend zusammengefassten Finanzangaben sollten in Verbindung mit dem Abschnitt „Darstellung und Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage“, den in diesem Prospekt enthaltenen geprüften Abschlüssen, den Finanzinformationen der Gesellschaft für das Geschäftsjahr 2006 sowie den dazugehörigen Anhängen und den an anderer Stelle in diesem Prospekt enthaltenen weiteren Finanzangaben gelesen werden.

	<u>1. Januar - 31. März 2007</u>	<u>1. Januar - 31. März 2006</u>	<u>1. Januar - 31. Dezember 2006</u>	<u>1. Januar - 31. Dezember 2005</u>	<u>1. Januar - 31. Dezember 2004</u>
	ungeprüft	ungeprüft	geprüft jeweils in TEUR	geprüft	geprüft
Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung					
Umsatzerlöse	3.355	1.031	7.024	3.295	1.316
Herstellkosten des Umsatzes	-3.146	-1.080	-6.495	-2.827	-1.530
Bruttoergebnis vom Umsatz	209	-50	530	468	-214
Vertriebskosten	-1.368	-468	-3.145	-1.141	-916
Forschungs- und Entwicklungskosten ..	-113	-134	-439	-2.727	-2.153
Allgemeine Verwaltungskosten	-794	-174	-1.099	-1.039	-287
Sonstige betriebliche Erträge	48	55	192	579	749
Sonstige betriebliche Aufwendungen ..	4	-4	-76	-97	-34
Betriebsergebnis (EBIT)	-2.015	-774	-4.036	-3.957	-2.855
Zinsen und ähnliche Erträge	1.079	2	224	29	999
Zinsen und ähnliche Aufwendungen ...	-61	-272	-502	-1.095	-566
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-997	-1.044	-4.313	-5.023	-2.422
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	-78	-111	-70	-37
Ergebnis nach Steuern	-997	-1.122	-4.425	-5.093	-2.459
Ergebnisvortrag aus dem Vorjahr	-19.520	-15.095	-15.095	-10.002	-7.543
Bilanzverlust	-20.517	-16.217	-19.520	-15.095	-10.002
	<u>31. März 2007</u>	<u>31. März 2006</u>	<u>31. Dezember 2006</u>	<u>31. Dezember 2005</u>	<u>31. Dezember 2004</u>
	ungeprüft	ungeprüft	geprüft	geprüft	geprüft
	Soweit nicht anders angegeben, jeweils in TEUR				
Bilanzangaben					
Summe Kurzfristige Vermögenswerte ..	13.221	1.655	12.310	1.169	3.420
davon					
Vorräte	1.515	760	926	355	209
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	2.256	178	1.310	166	341
Forderungen gegenüber Gesellschafter ...	137	0	341	5	2
Sonstige kurzfristige Vermögenswerte und Forderungen	626	341	299	286	118
Wertpapiere	6.465	0	3.000	0	681
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	1.034	152	6.249	214	2.002
Summe Langfristige Vermögenswerte ..	3.049	2.051	2.676	1.353	906
Immaterielle Vermögenswerte	1.221	683	1.236	446	312
Sachanlagen	871	750	773	496	371
Aktive Latente Steuern	957	618	667	412	223

	<u>31. März 2007</u>	<u>31. März 2006</u>	<u>31. Dezember 2006</u>	<u>31. Dezember 2005</u>	<u>31. Dezember 2004</u>
	ungeprüft	ungeprüft	geprüft	geprüft	geprüft
	Soweit nicht anders angegeben, jeweils in TEUR				
Summe Aktiva	16.270	3.706	14.986	2.523	4.326
Summe Kurzfristige Verbindlichkeiten	9.271	5.660	5.748	4.792	2.613
davon					
Sonstige Rückstellungen	472	213	406	195	156
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	3.100	866	1.395	992	548
Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing	288	294	288	190	0
Verbindlichkeiten aus Percentage-of- Completion	672	408	455	14	63
Derivate	1.254	2.414	2.266	2.204	1.465
Sonstige Verbindlichkeiten	3.313	802	725	671	284
Summe langfristige Verbindlichkeiten ..	1.394	3.587	3.642	3.291	2.470
davon					
Sonstige Rückstellungen	154	85	148	77	72
Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing	282	502	341	376	0
Sonstige Verbindlichkeiten	0	2.382	2.486	2.426	2.175
Passive latente Steuern	957	618	667	412	223
Summe Eigenkapital	5.606	-5.541	5.596	-5.560	-758
Gezeichnetes Kapital	1.414	1.178	1.414	131	130
Kapitalrücklage	24.708	9.498	23.702	9.404	9.114
Ergebnisvortrag	-19.520	-15.095	-15.095	-10.002	-7.543
Jahresüberschuss	-997	-1.122	-4.425	-5.093	-2.459
Summe Passiva	16.270	3.706	14.986	2.523	4.326
	<u>1. Januar - 31. März 2007</u>	<u>1. Januar - 31. März 2006</u>	<u>1. Januar - 31. Dezember 2006</u>	<u>1. Januar - 31. Dezember 2005</u>	<u>1. Januar - 31. Dezember 2004</u>
	ungeprüft	ungeprüft	geprüft	geprüft	geprüft
Angaben zur Kapitalflussrechnung					
Cashflow aus betrieblicher Geschäftstätigkeit	-1.342	-924	-4.619	-2.371	-2.553
Cashflow aus Investitionstätigkeit	-3.820	-275	-4.251	388	-1.141
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit ...	-52	1.137	14.905	194	-106
Nettoveränderung von Zahlungsmitteln und Zahlungsmitteläquivalente	-5.215	-61	6.035	-1.789	-3.799

	<u>1. Januar - 31. März 2007</u>	<u>1. Januar - 31. März 2006</u>	<u>1. Januar - 31. Dezember 2006</u>	<u>1. Januar - 31. Dezember 2005</u>	<u>1. Januar - 31. Dezember 2004</u>
	ungeprüft	ungeprüft	geprüft jeweils in TEUR	geprüft	geprüft
Angaben aus den Segmenten					
A-Serie					
Umsatz	2.453	596	4.067	1.089	470
Bruttoergebnis vom Umsatz	36	-263	-1.133	-690	-548
C-Serie					
Umsatz	56	1	743	246	101
Bruttoergebnis vom Umsatz	25	0,1	515	167	-26
JDA					
Umsatz	680	419	1.721	1.529	667
Bruttoergebnis vom Umsatz	221	260	1.080	922	391
Power Manager					
Umsatz	111	0	226	0	0
Bruttoergebnis vom Umsatz	23	0	145	0	0
Sonstige Produkte					
Umsatz	54	15	267	432	79
Bruttoergebnis vom Umsatz	-96	-47	-77	69	-30
	<u>31. März 2007</u>	<u>31. März 2006</u>	<u>31. Dezember 2006</u>	<u>31. Dezember 2005</u>	<u>31. Dezember 2004</u>
	ungeprüft	ungeprüft	ungeprüft jeweils in TEUR	ungeprüft	ungeprüft
Operative Angaben					
Abschreibungen auf das Sachanlagevermögen ..	99	56	308	220	193
Nettofinanzverbindlichkeiten ¹⁾	-3.200	5.358	-3.868	4.874	957
Net Working Capital ²⁾	808	-340	1.160	-915	-57
	<u>1. Januar - 31. März 2007</u>	<u>1. Januar - 31. März 2006</u>	<u>1. Januar - 31. Dezember 2006</u>	<u>1. Januar - 31. Dezember 2005</u>	<u>1. Januar - 31. Dezember 2004</u>
	ungeprüft	ungeprüft	ungeprüft jeweils in TEUR	ungeprüft	ungeprüft
Verkaufte Stückzahlen (A-Serie) ³⁾	1.371	321	2.185	490	177
Personalaufwand ⁴⁾	2.293	927	3.403	3.486	2.083
Personalaufwand in % vom Umsatz	68,3	89,9	48,4	105,8	158,3
Investitionen ⁵⁾	254	275	1.238	327	430

- 1) Die Nettofinanzverbindlichkeiten errechnen sich aus den kurzfristigen Finanzverbindlichkeiten zuzüglich der langfristigen Finanzverbindlichkeiten abzüglich verfügbarer liquider Mittel und Wertpapiere.
- 2) Das Net Working Capital errechnet sich aus den Vorräten zuzüglich der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und der Forderungen gegen Gesellschafter und abzüglich der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen, der Verbindlichkeiten gegen Gesellschafter sowie der Verbindlichkeiten aus Anzahlungen.
- 3) Die Angaben zu verkauften Stückzahlen sind den Finanzbuchhaltungsunterlagen der Gesellschaft entnommen und ungeprüft.
- 4) Die Angaben über den Personalaufwand für die Geschäftsjahre 2006, 2005 und 2004 sind dem Anhang des IFRS-Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2006 entnommen. Die Angaben über den Personalaufwand für die Quartale zum 31. März 2007 und 2006 sind dem internen Rechnungswesen der Gesellschaft entnommen. Grundsätzlich ist der Personalaufwand aufgrund der Anwendung des Umsatzkostenverfahrens in den einzelnen Funktionsbereichen der Gesellschaft enthalten. Zu Anschauungszwecken wird diese Größe hier in einer Summe dargestellt.
- 5) Investitionen sind die Auszahlungen für Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte im Rahmen des Cashflow aus der Investitionstätigkeit.

DARSTELLUNG UND ANALYSE DER VERMÖGENS-, FINANZ- UND ERTRAGSLAGE

Anleger sollten die nachfolgende Darstellung und Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft in Verbindung mit den Abschnitten „Beschreibung der Geschäftstätigkeit“, „Risikofaktoren“ und dem Finanzteil lesen. Die folgende Darstellung enthält zukunftsgerichtete Aussagen, die Risiken, Ungewissheiten und anderen Faktoren unterliegen, die dazu führen können, dass die tatsächlichen Ereignisse von den in den zukunftsgerichteten Aussagen enthaltenen oder angedeuteten Angaben abweichen (siehe „Allgemeine Informationen — Zukunftsgerichtete Aussagen“ und „Risikofaktoren“).

Die in der folgenden Darstellung enthaltenen Finanzangaben sind dem geprüften Jahresabschluss der Gesellschaft für das am 31. Dezember 2006 endende Geschäftsjahr entnommen, der im Finanzteil des Prospekts abgedruckt ist. Dieser Abschluss wurde gemäß IFRS unter Anwendung des Umsatzkostenverfahrens aufgestellt und enthält Vergleichszahlen für die Geschäftsjahre zum 31. Dezember 2005 und 2004. Sofern nachfolgend diese Vergleichszahlen für die Geschäftsjahre 2004 und 2005 dargestellt werden, sind diese ebenfalls als „geprüft“ gekennzeichnet. Die nachfolgenden Finanzdaten für das erste Quartal 2007 sind dem ungeprüften Quartalsabschluss der Gesellschaft für das am 31. März 2007 endende Quartal entnommen, der gleichfalls nach IFRS unter Anwendung des Umsatzkostenverfahrens erstellt wurde und im Finanzteil des Prospekts abgedruckt ist. Darüber hinaus sind im Folgenden Angaben für das Jahr 2006 dem geprüften Jahresabschluss der Gesellschaft für das am 31. Dezember 2006 endende Geschäftsjahr entnommen, der nach HGB unter Anwendung des Gesamtkostenverfahrens erstellt wurde. Die IFRS weichen in einigen wesentlichen Aspekten von HGB ab. Eine Beschreibung der wesentlichen Unterschiede zwischen IFRS und HGB findet sich im Abschnitt „Darstellung und Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage — Zusammenfassung wesentlicher Unterschiede zwischen IFRS und HGB“.

Alle in diesem Kapitel im Text und in den Tabellen dargestellten Finanzzahlen wurden, soweit nicht ausdrücklich anderweitig angegeben, in Tausend EURO (TEUR) angegeben, und sind auf volle Tausend EURO kaufmännisch gerundet. Die im Text und in den Tabellen angegebenen prozentualen Veränderungen wurden auf eine Nachkommastelle kaufmännisch gerundet.

Überblick

Die Gesellschaft entwickelt, produziert und vermarktet Brennstoffzellensysteme auf Methanolbasis („**DMFC-Technologie**“) und ist nach eigener Einschätzung als erster kommerzieller Anbieter und weltweiter Technologie- und Marktführer in der kommerziellen Herstellung solcher Brennstoffzellensysteme im Leistungsbereich von rund 10 W bis 250 W tätig. Brennstoffzellensysteme erzeugen Elektrizität auf elektrochemischem Wege, sind dabei umweltfreundlich und nahezu geräuschlos. Sie haben vielfältige Anwendungen in Bereichen, in denen eine Stromversorgung über ein stationäres Stromnetz oder durch andere netzunabhängige Stromquellen technisch oder wirtschaftlich nicht oder nur eingeschränkt möglich ist. Die Gesellschaft hat sich seit Aufnahme ihrer Geschäftstätigkeit im Jahre 2000 auf Methanol-Brennstoffzellensysteme im Hybridbetrieb zusammen mit anderen netzunabhängigen Stromquellen wie Batterien oder Photovoltaik-Anlagen konzentriert und ist bislang nach eigenen Erkenntnissen das erste Unternehmen, das Brennstoffzellensysteme auf Methanolbasis serienmäßig fertigt und als Standardprodukte liefert. Daneben entwickelt die Gesellschaft auch spezifische Lösungen für Kunden aus der Industrie und dem Bereich Verteidigung im Rahmen von Joint Development Agreements („**JDA**s“). SFC hat seit 2002 bereits mehr als 4.300 Brennstoffzellensysteme an Großhändler, Endverbraucher und Industriekunden geliefert, davon 2.212 im Jahr 2006. Die Gesellschaft hat im Jahr 2006 TEUR 1.721 mit JDAs erwirtschaftet, was 24,5 % ihres Gesamtumsatzes entspricht. SFC erwartet, dass dieser Prozentsatz im Rahmen ihrer Entwicklung von einem Forschungs- und Entwicklungsunternehmen zu einem Produktionsunternehmen kontinuierlich zurückgehen wird, während die Umsätze aus dem Vertrieb ihrer Produkte steigen.

Die geplanten Entwicklungen sowie die Markteinführung neuer Produkte werden erhebliche weitere Kosten verursachen. Die Gesellschaft geht davon aus, dass diese Ausgaben in Zukunft weiter zunehmen.

SFC ist insbesondere in den Marktsegmenten Freizeit (u.a. Produktion von Brennstoffzellensystemen für Reisemobile, Boote sowie Berg- und Freizeithütten), netzunabhängige Industrieanwendungen (spezifische Energieversorgungslösungen für stationäre Einrichtungen, insbesondere in der Sicherheits- und Messtechnik) und Verteidigung (Produktion leichterer und kleinerer Brennstoffzellensysteme, die in der Ausrüstung eines Soldaten Platz finden) tätig.

SFC erzielte im Jahr 2006 Umsatzerlöse in Höhe von TEUR 7.024 (zum 31. März 2007: TEUR 3.355). Das Betriebsergebnis (EBIT) lag in 2006 bei negativen TEUR 4.036 (zum 31. März 2007: negative TEUR 2.015). Die Gesellschaft finanzierte sich bisher im Wesentlichen aus Barkapitalerhöhungen, womit der Cashflow der

Gesellschaft stark durch den Cashflow aus Finanzierungstätigkeit geprägt wurde. Die Gesellschaft beschäftigte zum Stichtag 31. März 2007 insgesamt 75 Mitarbeiter (einschließlich fünf Praktikanten/Diplomanden/Werkstudenten).

Wesentliche die Ertragslage beeinflussende Faktoren

Nachfolgend werden die nach Auffassung der Gesellschaft wesentlichen marktbezogenen externen Faktoren, spezifischen, aus dem operativen Geschäft der Gesellschaft stammenden sowie sonstigen Faktoren dargestellt, welche insgesamt die Ertragslage der Gesellschaft beeinflussen.

Der Vorstand der Gesellschaft ist davon überzeugt, dass der für die Vergleichbarkeit der Finanzabschlüsse und Bewertung des wirtschaftlichen Erfolges der Gesellschaft am besten geeignete Maßstab das Betriebsergebnis (EBIT) ist. Das EBIT der Gesellschaft ist definiert als Ergebnis vor Zinsen und Steuern (zur genauen Errechnung siehe unten „— Darstellung einzelner Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung — Betriebsergebnis (EBIT)“). Potenzielle Investoren sollten beachten, dass das EBIT keine einheitlich nach IFRS standardisierte Kennzahl ist, so dass eine Berechnung von Unternehmen zu Unternehmen wesentlich variieren kann und damit unter Umständen keine Basis für einen Vergleich mit anderen Unternehmen bietet.

Marktbezogene externe Faktoren

Nachfrageentwicklung sowie saisonale Einflüsse

Die von SFC produzierten Produkte werden in mehreren Marktsegmenten und verschiedenen Regionen der Welt vertrieben. Damit ist die Gesellschaft teilweise von den wirtschaftlichen Entwicklungen dieser Marktsegmente und Regionen abhängig. Die Ertragslage der Gesellschaft wird auch durch saisonale Schwankungen beeinflusst. Speziell im Freizeitmarkt ist eine saisonale Abschwächung des Geschäfts beispielsweise in Zeiten der Sommerferien typisch. Regional wird die Ertragslage von SFC am stärksten von der Nachfrage im westeuropäischen Markt (insbesondere Deutschland, Frankreich und Italien) geprägt.

Rohstoff- und Komponentenpreise

Neben allgemeinen Preissteigerungen ist SFC insbesondere von den Einkaufspreisen von Rohstoffen (im Wesentlichen Platin, Ruthenium, Edelstahl, spezielle Kunststoffe und Methanol), sowie von den Komponentenpreisen abhängig. Aufgrund dieser Abhängigkeit haben Veränderungen bei den Rohstoffkosten einen wesentlichen Einfluss auf die Produktionskosten von SFC. Die Preise für Rohstoffe unterliegen dabei erheblichen Schwankungen und waren in der jüngeren Vergangenheit teilweise signifikanten Steigerungen ausgesetzt. Für weitere Einzelheiten siehe „— Quantitative und Qualitative Angaben zum Marktrisiko — Rohstoffrisiken“ sowie „Risikofaktoren — Die in wesentlichen Komponenten enthaltenen Rohstoffe könnten sich verteuern oder nicht mehr erhältlich sein“.

Fortbestand von Förderprogrammen und strategischen Partnerschaften

Politische Entwicklungen und Entscheidungen, wie z.B. der Fortbestand von Förderprogrammen und strategischen Partnerschaften, insbesondere im Marktsegment Verteidigung, beeinflussen die Ertragslage der Gesellschaft. SFC erzielte bislang einen erheblichen Teil ihres Umsatzes (in 2006: TEUR 1.291, d.h. rund 19 % des Gesamtumsatzes) durch Projekte mit den U.S.-Streikräften und der Deutschen Bundeswehr. Die Anzahl der strategischen Partnerschaften der Gesellschaft in 2006 belief sich auf fünf. Die Gesellschaft erzielte 24,5 % ihres Umsatzes in 2006 aus Produktentwicklungen für bzw. mit strategischen Partnern.

Wechselkursschwankungen

SFC ist weltweit tätig und erwirtschaftet daher einen Teil ihrer Umsätze in anderen Währungen als dem Euro, in 2006 insgesamt unter 20 %. Auch ein Teil des Aufwands von SFC wird in anderen Währungen als dem Euro abgerechnet. Aus diesem Grund wird die Ertragslage der Gesellschaft von den Schwankungen der relativen Werte der maßgeblichen Währungen, insbesondere zwischen dem Euro und dem US-Dollar beeinflusst. Bisher haben sich Aufwand und Ertrag in Fremdwährungen im Regelfall weitestgehend ausgeglichen. Jedoch kann eine Abwertung der jeweiligen Fremdwährung, auch wenn der in dieser Fremdwährung angefallene Aufwand bzw. erzielte Ertrag ausgeglichen ist, negative Auswirkungen auf die Profitabilität der Gesellschaft haben. Zu weiteren Erläuterungen siehe „— Quantitative und Qualitative Angaben zum Marktrisiko — Währungsrisiken“ sowie „Risikofaktoren — Risiken im Zusammenhang mit der Geschäftstätigkeit der Gesellschaft — Die Gesellschaft treffen Risiken aus Wechselkursschwankungen“.

Faktoren aus dem operativen Geschäft der Gesellschaft

Umsatz

Der Umsatz von SFC bestimmt sich aus der Anzahl der verkauften Brennstoffzellensysteme und der jeweils dafür erzielten Preise sowie durch Umsätze aus JDAs. Die Anzahl der verkauften Brennstoffzellensysteme konnte in den letzten Jahren insbesondere durch Marketing- und Vertriebsmaßnahmen gesteigert werden. Für die Jahre 2007 und 2008 plant SFC jeweils eine weitere Steigerung der Stückzahlen. Der Umsatz wird in den Jahren 2007 und 2008 voraussichtlich in geringerem Umfang als in den Vorjahren durch die Anzahl und den Auftragswert von JDAs mit strategischen Partnern bestimmt, da die Gesellschaft erwartet, dass der Produktumsatz mit Brennstoffzellensystemen prozentual stärker ansteigen wird als der Umsatz aus JDAs.

Ausbau des Mitarbeiterbestandes

Zum 31. März 2007 beschäftigte die Gesellschaft insgesamt 75 Mitarbeiter (davon 63 Vollzeitkräfte, 7 Teilzeitkräfte und fünf Praktikanten/Diplomanden/Werkstudenten). Die Anzahl der Mitarbeiter ist in den letzten drei Geschäftsjahren kontinuierlich gestiegen. Dabei wurden überproportional weitere hochqualifizierte Mitarbeiter, im Wesentlichen Führungskräfte für den Produktionsablauf sowie die Qualitätssicherung, eingestellt. Ein Teil der Personalaufwendungen resultierte aus dem Mitarbeitereinsatz im Rahmen von Vertriebs- und Marketingmaßnahmen, sowie der Ausgabe von Mitarbeiteroptionen. SFC erwartet für die nächsten Jahre eine weitere Erhöhung der Personalaufwendungen im Zuge der kontinuierlichen Steigerung der Vertriebsaktivitäten, des Produktionsvolumens sowie der Forschungs- und Entwicklungstätigkeit.

Innovationen

Der wirtschaftliche Erfolg der Gesellschaft hängt von der Fähigkeit ab, das Produktangebot an Brennstoffzellensystemen kontinuierlich zu erweitern sowie bestehende Produkte technologisch weiterzuentwickeln und noch stärker an die Kundenbedürfnisse anzupassen. Daher sind Innovationen aus der Forschungs- und Entwicklungstätigkeit eine Grundvoraussetzung für den nachhaltigen Erfolg der Gesellschaft. So wurden in 2006 von der Gesellschaft inklusive der im Rahmen von JDAs erbrachten Leistungen TEUR 2.770 brutto für die Weiterentwicklung der Brennstoffzellentechnologie aufgewendet. Schwerpunkte lagen im Wesentlichen auf der Miniaturisierung der Brennstoffzellensysteme, der Kostensenkung der Komponenten sowie der Erhöhung der Ausgangsleistung der Brennstoffzellensysteme. Die Gesellschaft erwartet, dass sich in den nächsten Jahren die Forschungs- und Entwicklungskosten in absoluten Zahlen weiter erhöhen, jedoch aufgrund von Skaleneffekten im Verhältnis zum Umsatz abnehmen werden.

Marketing- und Anzeigenkampagnen

Die Gesellschaft hat in 2006 Marketing- und Anzeigenkampagnen, insbesondere in Reisemobilzeitschriften, zur Steigerung des Bekanntheitsgrades der Produkte der Gesellschaft sowie zur Einführung eines neuen „Branding“ („EFOY“) durchgeführt. Diese Maßnahmen betrafen insbesondere die Produkte der A-Serie im Freizeitbereich. Insgesamt trugen diese Maßnahmen nach Ansicht der Gesellschaft zu der wesentlichen Umsatzsteigerung in 2006 bei. In 2004 und 2005 wurden Marketingmaßnahmen in geringerem Umfang durchgeführt als in 2006. Die Gesellschaft plant eine Fortsetzung der Marketing- und Anzeigenkampagnen in 2007.

Vertriebsstrukturen

SFC greift bei dem Vertrieb ihrer Produkte im Freizeitbereich auf eine zweistufige Vermarktungskette, im Verteidigungs- und im Industriebereich hingegen typischerweise auf einen Direktvertrieb an Kunden zurück. Die zweistufige Vermarktungskette sieht dabei die Einschaltung von Groß- und Einzelhändlern vor. Diese Vertriebsstruktur führt zu einem wesentlich höheren Kostenfaktor als der Direktvertrieb, was eine geringere Produktmarge (Differenz aus anteiligem Umsatz und anteiligen Kosten) zur Folge hat. SFC wird sich in Zukunft darauf fokussieren, die Marktsegmente netzunabhängige Industrieenanwendungen und Verteidigung weiter zu erschließen, in denen SFC eine Vertriebsstruktur mit möglichst wenigen Zwischenhändlern anstrebt.

Fördermittel

Die Gesellschaft hat in 2006 insgesamt TEUR 1.061 aus staatlichen Förderprogrammen (im Wesentlichen des Bundesministeriums für Bildung und Forschung und des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie) erhalten. Die Beträge werden vor allem zur Unterstützung der Forschungs- und Entwicklungstätigkeit eingesetzt. In 2006 wurden die Zuschüsse daher mit den aktivierten Entwicklungskosten saldiert. Insgesamt hat

die Gesellschaft seit Aufnahme ihrer Geschäftstätigkeit TEUR 5.528 an öffentlichen Zuschüssen bewilligt bekommen, von denen bisher TEUR 4.334 abgerufen worden sind. Die Gesellschaft geht für die Zukunft davon aus, auch weiterhin öffentliche Zuschüsse zu erhalten.

Sonstige die Ertragslage beeinflussende Faktoren

Die Ertragslage wurde bislang ferner durch Kosten im Zusammenhang mit der Durchführung von Kapitalmaßnahmen bestimmt. SFC finanzierte bisher das operative Geschäft in erster Linie durch Barkapitalerhöhungen, womit der Cashflow der Gesellschaft stark durch den Cashflow aus Finanzierungstätigkeit geprägt wurde. Für weitere Informationen dazu siehe „*Angaben über das Kapital und anwendbare Vorschriften — Entwicklung des Grundkapitals*“.

Segmentberichterstattung

Die Aufgliederung der Segmente im Rahmen der Segmentberichterstattung der Gesellschaft (gemäß IFRS 8) erfolgte bei SFC in den Jahren 2004, 2005 und 2006 primär nach den folgenden Produkten bzw. Dienstleistungen der Gesellschaft: A-Serie, C-Serie, JDAs, Power Manager und Sonstige Produkte. Bei der A-Serie handelt es sich um das Serienprodukt Brennstoffzellensystem, das insbesondere im Freizeitbereich unter der Marke „EFOY“ zum Einsatz kommt. Die C-Serie betrifft miniaturisierte Prototypen der Brennstoffzelle, die aus den Entwicklungstätigkeiten auf Grundlage der JDAs entstanden sind. Im Segment JDAs werden die Umsätze aus der Entwicklungstätigkeit für spezifische Produktlösungen für Kunden aus der Industrie und dem Bereich Verteidigung erfasst. Im Segment Power Manager (ein Power Manager ist ein elektronischer, universell einsetzbarer Wandler, der Ladung und Betrieb verschiedener Endgeräte und Batterien mit unterschiedlichen Stromquellen ermöglicht) hat die Gesellschaft erstmalig im Jahr 2006 Umsatzerlöse erzielt. Die Entwicklung des Power Managers wurde 2005 im Rahmen eines JDAs begonnen. Dabei konnten erstmals im Jahr 2006 43 Power Manager an Kunden ausgeliefert werden. Vor diesem Hintergrund stehen keine Vergleichszahlen für die Jahre 2005 und 2004 zur Verfügung. Die Umsätze im Bereich Sonstige Produkte werden einerseits aus dem Verkauf von Testequipment (insbesondere Teststände), das im Rahmen von gemeinsamen Entwicklungsaktivitäten an Kunden und Lieferanten verkauft wurde, realisiert. Zum anderen wurden in diesem Segment die Umsätze aus dem Verkauf von Tankpatronen mit Methanol für den Betrieb der Brennstoffzellensysteme erfasst.

Sekundär erfolgt bei der Gesellschaft eine Aufgliederung der Segmente nach den Regionen, in denen SFC tätig ist. Dies sind: Deutschland, Europa (ohne Deutschland), Asien, Nordamerika und der Rest der Welt.

Verrechnungen zwischen den Segmenten finden nicht statt.

Sondereinflüsse im 1. Quartal 2007

Ablösung der stillen Beteiligungen

Die Gesellschaft hat im Zuge des geplanten Aktienangebots bereits im ersten Quartal 2007 Anstrengungen unternommen, eine Vereinbarung zu finden, um die beiden stillen Beteiligungen abzulösen. Zu den stillen Beteiligungen siehe „*Beschreibung der Geschäftstätigkeit — Wesentliche Verträge — Stille Beteiligungen*“. Mit Vertrag vom 2. Mai 2007 haben die Gesellschaft und tbg unter der Bedingung der Durchführung des öffentlichen Angebots und der Zulassung der Aktien der Gesellschaft zum amtlichen Markt an der Frankfurter Wertpapierbörse vereinbart, dass der tbg zum einen die anteilige Festvergütung und anteilige Gewinnbeteiligung gezahlt und die Einlage in voller Höhe zurückgezahlt werden wird und gleichzeitig die im Vertrag vereinbarte Endvergütung, das eingebettete Derivat, mit Zahlung von TEUR 720 (oder 48% der Einlage) abgegolten werden wird. Mit Vertrag vom 17. April 2007 haben die Gesellschaft und tbb unter der Bedingung der Durchführung des öffentlichen Angebots und der Zulassung der Aktien der Gesellschaft zum amtlichen Markt an der Frankfurter Wertpapierbörse vereinbart, dass der tbb eine Endvergütung in Höhe von TEUR 534 zuzüglich anteiliger Mindestvergütung und Gewinnbeteiligung gezahlt sowie die Einlage in voller Höhe zurückgezahlt wird. Die im Vorjahresabschluss ausgewiesenen negativen Marktwerte der Derivate, welche in 2006 nach dem Black Scholes Optionspreismodell bewertet waren (siehe dazu „*— Kritische Bilanzierungsgrundsätze — Bewertung eingebetteter Derivate in Beteiligungsverträgen stiller Gesellschafter*“), wurden auf Basis dieser Verhandlungen an den am 31. März 2007 erwarteten Rückzahlungsbetrag angepasst. Hieraus resultierte ein Finanzertrag der Periode in Höhe von TEUR 1.012.

Ablösung der Aktienoptionen

Die Gesellschaft hat mit Beschluss der Hauptversammlung vom 2. April 2007 frühere genehmigte Kapitalia I bis III aufgehoben. Zu den genehmigten Kapitalia I bis III siehe „*Angaben über das Kapital und anwendbare*

Vorschriften — Entwicklung des Grundkapitals“. Von dieser Aufhebung sind die an das Vorstandsmitglied Dr. Jens Müller und die an Herrn Oliver Freitag ausgegebenen Optionen sowie eine — aufgrund der nicht erfolgten Schaffung des genehmigten Kapitals — bisher nicht erfüllte Optionszusage an den Vorstandsvorsitzenden Herrn Dr. Peter Podesser betroffen (siehe „Geschäftstätigkeit — Mitarbeiter“). Die Optionsberechtigten bzw. -inhaber haben mit den wesentlichen Gesellschaftern (siehe dazu „Aktionärsstruktur“) eine Vereinbarung über die Aufhebung der Optionen getroffen. Gemäß IFRS 2.28 (a) ist bei einer vorzeitigen Annullierung ausgegebener Optionen im ersten Schritt der noch ausstehende Aufwand aus den Optionen zu erfassen, da bei einer vorzeitigen Annullierung oder Erfüllung der Optionen davon ausgegangen wird, dass der Berechtigte sämtliche zur Erzielung seines Anspruchs zu erbringenden Leistungen bereits vollständig erbracht hat. Dies bedeutet, dass der noch ausstehende Aufwand aus den Ausgaben an die Betroffenen in Höhe von TEUR 970 vollständig erfasst wurde. Der hieraus entstehende Aufwand wurde im Wesentlichen den Allgemeinen Verwaltungskosten und Vertriebskosten zugeordnet. Der Restbetrag wurde dem Bereich Forschung und Entwicklung zugeordnet.

Die Gesellschaft geht davon aus, dass in den Folgeperioden aus diesen Transaktionen kein weiterer Aufwand für SFC entstehen wird. Zudem ist die Gesellschaft keine weitere Verpflichtung in diesem Zusammenhang eingegangen.

Unter Berücksichtigung der beiden oben erläuterten Sondereinflüsse ergibt sich für das erste Quartal 2007 ein mit dem Vorjahresquartal nicht vergleichbares Ergebnis. Um dennoch einen Vergleich vornehmen zu können, ist in der nachfolgenden Übersicht das um diese Sondereinflüsse bereinigte Ergebnis nach Steuern bzw. Betriebsergebnis dargestellt:

	1. Januar bis 31. März	
	2007	2006
	ungeprüft In TEUR	
Ergebnis nach Steuern laut GuV	-997	-1.122
Effekt aus Ablösung stiller Beteiligungen	-1.012	-
Effekt aus Ablösung Aktienoptionen	970	-
Bereinigtes Ergebnis nach Steuern	-1.039	-1.122

	1. Januar bis 31. März	
	2007	2006
	ungeprüft In TEUR	
Betriebsergebnis laut GuV	-2.015	-774
Effekt aus Ablösung Aktienoptionen	970	-
Bereinigtes Betriebsergebnis	-1.045	-774

Darstellung einzelner Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung

Im Folgenden werden einzelne Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung der Gesellschaft generisch dargestellt. Für die Gewinn- und Verlustrechnung hat die Gesellschaft das Umsatzkostenverfahren gewählt.

Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse der Gesellschaft setzen sich im Wesentlichen aus dem Verkauf von Produkten der A-Serie und solchen aus JDAs zusammen. Daneben werden Umsatzerlöse aus Verkäufen von Prototypen der so genannten C-Serie, Power Managern und sonstigen Produkten (insbesondere Tankpatronen und Testequipment) generiert.

Bei langfristigen Entwicklungsaufträgen werden die Gewinne nach dem Fertigstellungsgrad des Produktauftrages realisiert („Percentage-of-Completion“ bzw. „PoC-Methode“). Der anzusetzende Fertigstellungsgrad je Auftrag wird dabei durch das Verhältnis der aufgelaufenen Kosten zu den hochgerechneten Gesamtkosten („Cost-to-Cost-Methode“) bestimmt. Ist das Ergebnis eines Fertigungsauftrages nicht zuverlässig hochrechenbar, werden Erlöse nur in Höhe der angefallenen Auftragskosten erfasst („Zero-Profit-Methode“). Der Ausweis der Aufträge erfolgt unter den Forderungen bzw. Verbindlichkeiten aus Percentage-of-Completion. Soweit die kumulierten Leistungen (angefallene Auftragskosten und ausgewiesene Gewinne) die Anzahlungen im Einzelfall übersteigen, erfolgt der Ausweis der Fertigungsaufträge aktivisch unter den Forderungen aus

Percentage-of-Completion. Verbleibt nach Abzug der Anzahlungen ein negativer Saldo, erfolgt der Ausweis unter den Verbindlichkeiten aus Percentage-of-Completion.

Die Erfassung der übrigen Umsätze erfolgt zum Zeitpunkt der Abholung durch den Kunden oder der für den Transport verantwortlichen Person, d.h. mit der Übertragung des wirtschaftlichen Eigentums auf den Kunden, sofern die Höhe der Erträge zuverlässig ermittelbar ist, der wirtschaftliche Nutzen wahrscheinlich zufließen wird und die in Zusammenhang mit dem Verkauf angefallenen Kosten zuverlässig bestimmt werden können. Die Umsätze werden mit der zu beanspruchenden Gegenleistung für den Verkauf und die Lieferung des Produktes an den Kunden angesetzt.

Herstellkosten des Umsatzes

Die Herstellkosten der zur Erzielung der Umsatzerlöse erbrachten Leistung und betrieblichen Aufwendungen setzen sich im Wesentlichen aus dem Materialaufwand, Personalkosten, Kosten für Gewährleistungen, Abschreibungen und Kosten für Beratung zusammen. Die Herstellkosten werden mit Inanspruchnahme der Leistung bzw. zum Zeitpunkt ihrer Verursachung als Aufwand erfasst.

Vertriebskosten, Forschungs- und Entwicklungskosten sowie Allgemeine Verwaltungskosten

Die Vertriebskosten beinhalten im Wesentlichen die Aufwendungen des Funktionsbereichs Vertrieb und Marketing, wozu vor allem die Aufwendungen der Verkaufs-, der Werbe- und Marketingabteilung sowie externer Berater in den USA zählen. Sie umfassen neben den direkt zurechenbaren Vertriebseinzelkosten auch die indirekten Vertriebsgemeinkosten einschließlich der Abschreibungen auf die im Funktionsbereich Vertrieb verwendeten materiellen und immateriellen Vermögenswerte.

In den Forschungs- und Entwicklungskosten sind die Aufwendungen für Forschung und Entwicklung in Bezug auf die Brennstoffzellentechnologie sowie nicht aktivierungsfähige Entwicklungskosten enthalten. Neben den in dieser Position ausgewiesenen Kosten sind weitere Forschungs- und Entwicklungskosten in den Herstellkosten des Umsatzes enthalten, soweit sie den JDAs und dem Verkauf von Prototypen der C-Serie zugeordnet werden. In 2006 wurden zudem die aktivierten Entwicklungskosten in Höhe von TEUR 767 und der Anteil der Forschungs- und Entwicklungskosten an den Zuschüssen in Höhe von TEUR 924 mit den Forschungs- und Entwicklungskosten saldiert.

Die Allgemeinen Verwaltungskosten bestehen ausschließlich aus solchen Kosten, welche nicht anderen Funktionsbereichen zuzurechnen sind. Sie umfassen alle Personalaufwendungen (einschließlich Altersversorgung) des Verwaltungsbereichs, Abschreibungen auf materielle und immaterielle Vermögenswerte sowie sonstige betriebliche Aufwendungen.

Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge umfassen im Wesentlichen die Zuschüsse aus den öffentlichen Förderprojekten. Dabei handelt es sich hauptsächlich um nicht einer Rückzahlungspflicht unterliegende Zuschüsse öffentlicher Stellen, im Wesentlichen des Bundesministeriums für Bildung und Forschung und des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie. In 2006 wurden die Zuschüsse mit den aktivierten Entwicklungskosten saldiert, sofern solche entstanden sind.

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Unter den sonstigen betrieblichen Aufwendungen werden insbesondere Aufwendungen aus Kursdifferenzen und periodenfremde Aufwendungen ausgewiesen.

Betriebsergebnis (EBIT)

Das Betriebsergebnis der Gesellschaft (EBIT) errechnet sich aus den Umsatzerlösen abzüglich Herstellkosten des Umsatzes, Vertriebskosten, Forschungs- und Entwicklungskosten, Allgemeine Verwaltungskosten und Sonstigen betrieblichen Aufwendungen sowie zuzüglich der Sonstigen betrieblichen Erträge.

Zinsen und ähnliche Erträge/Aufwendungen

Die Zinserträge beinhalten die Erträge aus der Anlage der im Rahmen der Kapitalerhöhungen zugeflossenen Mittel, die nur in risikoarme festverzinsliche Wertpapiere und geldmarktnahe Fonds investiert wurden. Dem standen bislang die Zinsen und ähnlichen Aufwendungen aus den stillen Beteiligungen gegenüber, die den Großteil des Zinsaufwandes ausmachen.

Steuern vom Einkommen und Ertrag

Die Steuern vom Einkommen und Ertrag setzen sich aus den laufenden Steueraufwendungen und -erträgen zusammen.

Ertragslage

Die nachfolgenden Darstellungen vergleichen die Ertragslage der Gesellschaft für die zum 31. März 2007 und 2006 endenden Quartale sowie die zum 31. Dezember 2006, 2005 und 2004 endenden Geschäftsjahre. Ferner erfolgt eine Diskussion der Entwicklungen in den Produktbereichen sowie den Regionen, in denen SFC tätig ist („**Segmentdiskussion**“). In der Segmentdiskussion werden die einzelnen Entwicklungen der Finanzzahlen erklärt.

Vergleich der zum 31. März 2007 und 2006 endenden Quartale

Die folgende Tabelle zeigt die Gewinn- und Verlustrechnung der Gesellschaft für die zum 31. März 2007 und 2006 endenden Quartale. Diese Angaben sind überwiegend dem ungeprüften IFRS-Quartalsabschluss für das am 31. März 2007 endende Quartal entnommen, der Vergleichszahlen für das am 31. März 2006 endende Quartal enthält. Soweit im Folgenden Zahlen nicht dem ungeprüften IFRS-Quartalsabschluss, sondern dem internen Rechnungswesen der Gesellschaft entnommen sind, wurde dies gesondert gekennzeichnet.

	Quartal zum 31. März		Veränderung in %
	2007 ungeprüft in TEUR	2006 ungeprüft in TEUR	
Umsatzerlöse	3.355	1.031	225,4
Herstellkosten des Umsatzes	-3.146	-1.080	191,3
Bruttoergebnis vom Umsatz	209	-50	518,0
Vertriebskosten	-1.368	-468	192,3
Forschungs- und Entwicklungskosten	-113	-134	-15,7
Allgemeine Verwaltungskosten	-794	-174	356,3
Sonstige betriebliche Erträge	48	55	-12,7
Sonstige betriebliche Aufwendungen	4	-4	-200,0
Betriebsergebnis (EBIT)	-2.015	-774	160,3
Zinsen und ähnliche Erträge	1.079	2	> 1.000,0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-61	-272	-77,6
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-997	-1.044	-4,5
Steuern vom Einkommen und Ertrag	0	-78	-100
Ergebnis nach Steuern	-997	-1.122	-11,1
Ergebnisvortrag aus dem Vorjahr	-19.520	-15.095	29,3
Bilanzverlust	-20.517	-16.217	26,5

Umsatz

Der Umsatz stieg von TEUR 1.031 im 1. Quartal 2006 („**1.Q.2006**“) um 225,4 % auf TEUR 3.355 im 1. Quartal 2007 („**1.Q.2007**“). Die Umsatzsteigerung war segmentübergreifend auf gestiegene Abverkaufszahlen von Brennstoffzellensystemen, im Wesentlichen der A-Serie, ein größeres Volumen von JDAs sowie den verstärkten Absatz von Power Managern an die U.S.-Streitkräfte zurückzuführen.

Herstellkosten des Umsatzes⁽¹⁾

	Quartal zum		Veränderung in %
	31. März 2007	31. März 2006	
	In TEUR ungeprüft		
Materialaufwand	2.365	719	228,9
Personalkosten	520	228	128,1
Abschreibungen	75	32	134,4
Transportkosten	49	18	172,2
Beratung	35	7	400,0
Raumkosten	33	20	65,0
Gewährleistung (Veränderung Rückstellung)	16	22	-27,3
Übrige	53	34	55,9
Gesamt	<u>3.146</u>	<u>1.080</u>	<u>191,3</u>

(1) Die Angaben zu den Unterpositionen der Herstellkosten des Umsatzes sind dem internen Rechnungswesen der Gesellschaft entnommen.

Die Herstellkosten des Umsatzes stiegen unterproportional zu den Umsatzerlösen von TEUR 1.080 im 1.Q.2006 um 191,3 % auf TEUR 3.146 im 1.Q.2007. Neben der Erhöhung des Produktanteils (Anteil der Produkte A-Serie, C-Serie, Power-Manager und Sonstige Produkte) am Umsatz von 59,3% im 1.Q.2006 auf 79,7% im 1.Q.2007 waren im Wesentlichen die Umsetzung einer Stückkostenreduzierung bei den Hauptprodukten der A-Serie, dem EFOY 1200 und EFOY 1600, im Februar 2007 für diese Entwicklung verantwortlich.

Die Erhöhung der Materialkosten von TEUR 719 im 1.Q.2006 um 228,9 % auf TEUR 2.365 im 1.Q.2007 sowie die Erhöhung der Personalkosten von TEUR 228 im 1.Q.2006 um 128,1 % auf TEUR 520 im 1.Q.2007 waren hauptsächlich auf das gestiegene Umsatzvolumen und das damit verbundene erhöhte Produktionsvolumen bei der A-Serie zurückzuführen.

Vertriebskosten, Forschungs- und Entwicklungskosten sowie Allgemeine Verwaltungskosten

Vertriebskosten

	Quartal zum		Veränderung in %
	31. März 2007	31. März 2006	
	In TEUR ungeprüft		
Einmaleffekt aus Aktienoptionen	393	0	–
Personalkosten	465	260	78,8
Werbe- und Reisekosten	235	159	47,8
Beratung / Provision	195	21	828,6
Übrige	81	29	179,3
Gesamt	<u>1.368</u>	<u>468</u>	<u>192,3</u>

Die Vertriebskosten erhöhten sich von TEUR 468 im 1.Q.2006 um 192,3 % auf TEUR 1.368 im 1.Q.2007. Diese Entwicklung wurde hauptsächlich durch den Einmaleffekt aus der Ablösung der Aktienoptionen ausgelöst. Siehe „— Sondereinflüsse im 1. Quartal 2007“. Der Anstieg der Personalkosten von TEUR 260 im 1.Q.2006 um 78,8 % auf TEUR 465 im 1.Q.2007 korrespondiert mit dem Ausbau der Mitarbeiterzahl des Bereichs Marketing und Vertrieb von 13 zum Ende des 1.Q.2006 auf 16 zum Ende des 1.Q.2007. Zudem beinhalten die Personalkosten im 1.Q.2007 die in diesem Zeitraum geltend gemachten Ansprüche eines ausgeschiedenen Vorstandsmitglieds aus nachvertraglichem Wettbewerbsverbot, für die in Höhe von TEUR 139 Rückstellungen gebildet wurden. Die Erhöhung der Kosten für Beratung und Provision von TEUR 21 im 1.Q.2006 um 828,6 % auf TEUR 195 im 1.Q.2007 war im Wesentlichen auf das Interimsmanagement für die Leitung des Bereichs Vertrieb und Marketing und auf Provisionen für einen Berater in den USA aufgrund des erfolgreichen Abschlusses eines Auftrags über die Lieferung von Power Managern und des Abschlusses eines neuen JDA zurückzuführen.

Forschungs- und Entwicklungskosten⁽²⁾

	Quartal zum		Veränderung in %
	31. März 2007	31. März 2006	
	In TEUR ungeprüft		
Einmaleffekt aus Aktienoptionen	92	0	–
Personalkosten	175	323	–45,8
Abschreibungen	53	20	165,0
Materialaufwand	39	173	–77,5
Beratung und Patente	8	25	–68,0
Raumkosten	6	14	–57,1
Betriebsbedarf	2	14	–85,7
Übrige	<u>11</u>	<u>11</u>	<u>0,0</u>
Aktivierung als selbsterstellte immaterielle Werte	0	–235	100,0
Verrechnung mit erhaltenen Zuschüssen	<u>–273</u>	<u>–211</u>	<u>29,4</u>
Gesamt	<u>113</u>	<u>134</u>	<u>–15,7</u>

(2) Die Angaben zu den Unterpositionen der Forschungs- und Entwicklungskosten sind dem internen Rechnungswesen der Gesellschaft entnommen.

Die Forschungs- und Entwicklungskosten sanken von TEUR 134 im 1.Q.2006 um 15,7 % auf TEUR 113 im 1.Q.2007. Dies war im Wesentlichen auf die Erhöhung der erhaltenen öffentlichen Zuschüsse und Umsätzen aus JDA gegenüber dem 1.Q.2006 zurückzuführen. So stiegen die verrechneten Zuschüsse von TEUR 211 im 1.Q.2006 um 29,4 % auf TEUR 273 im 1.Q.2007. Die Entwicklungsleistungen im Zusammenhang mit JDAs werden nicht in obiger Tabelle ausgewiesen, sondern sind in den Herstellkosten der zur Erzielung der Umsatzerlöse erbrachten Leistungen für JDA enthalten. Diese Position stieg von TEUR 159 im 1.Q.2006 um 188,7 % auf TEUR 459 im 1.Q.2007 (siehe dazu „— Segmentdiskussion — Segmentdiskussion nach Produktbereichen — Segment JDAs“). Die aktivierungsfähigen Kosten für selbst erstellte immaterielle Werte wurden im 1.Q.2007 vollständig durch die Zuschüsse und JDA abgedeckt, weshalb keine Aktivierung in diesem Zeitraum erfolgte. Die Zunahme der Abschreibungen von TEUR 20 im 1.Q.2006 um 165,0 % auf TEUR 53 im 1.Q.2007 ist im Wesentlichen durch die Abschreibung der in 2006 aktivierten Entwicklungskosten in Höhe von TEUR 38 verursacht.

Allgemeine Verwaltungskosten

	Quartal zum		Veränderung in %
	31. März 2007	31. März 2006	
	In TEUR ungeprüft		
Einmaleffekt aus Aktienoptionen	485	0	–
Personalkosten	163	115	41,7
Prüfungs- und Beratungskosten	41	21	95,2
Aufsichtsratsvergütung	33	17	94,1
Abschreibungen	15	5	200,0
Bürobedarf	14	5	180,0
Reisekosten	11	9	22,2
Übrige	64	31	106,5
Verrechnung mit erhaltenen Zuschüssen	<u>–32</u>	<u>–29</u>	<u>10,3</u>
Gesamt	<u>794</u>	<u>174</u>	<u>356,3</u>

Die Allgemeinen Verwaltungskosten sind von TEUR 174 im 1.Q.2006 um 356,3 % auf TEUR 794 im 1.Q.2007 gestiegen. Dieser Anstieg beruhte hauptsächlich auf der Ablösung der Aktienoptionen in 2007. Siehe dazu „— Sondereinflüsse im 1. Quartal 2007“.

Sonstige betriebliche Erträge

Die Sonstigen betrieblichen Erträge veränderten sich nur geringfügig und sanken von TEUR 55 im 1.Q.2006 um 12,7 % auf TEUR 48 im 1.Q.2007.

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die Sonstigen betrieblichen Aufwendungen blieben mit TEUR 4 im 1.Q.2006 gegenüber einem Ertrag in Höhe von TEUR 4 im 1.Q.2007 im Wesentlichen konstant.

Betriebsergebnis (EBIT)

Das EBIT der Gesellschaft sank von negativen TEUR 774 im 1.Q.2006 um 160,3 % auf negative TEUR 2.015 im 1.Q.2007. Bereinigt um die Sondereinflüsse im 1. Quartal 2007 belief sich das EBIT auf negative TEUR 1.045 im 1.Q.2007. Siehe dazu „— Sondereinflüsse im 1. Quartal 2007“. Die Reduzierung des EBIT basierte im Wesentlichen auf den erhöhten Vertriebskosten, die die positive Entwicklung des Bruttoergebnis vom Umsatz überkompensierte. In Relation zum Umsatz verbesserte sich das um die Sondereinflüsse bereinigte Betriebsergebnis (EBIT) von -75 % im 1.Q.2006 auf -31 % im 1.Q.2007.

Zinsen und ähnliche Erträge

Die Zinsen und ähnlichen Erträge stiegen von TEUR 2 im 1.Q.2006 auf TEUR 1.079 im 1.Q.2007. Ursache dafür waren hauptsächlich die Sondereffekte aus der Ablösung der stillen Beteiligungen in Höhe von TEUR 1.012. Siehe dazu „— Sondereinflüsse im 1. Quartal 2007“.

Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Die Zinsen und ähnlichen Aufwendungen sanken von TEUR 272 im 1.Q.2006 um 77,6 % auf TEUR 61 im 1.Q.2007. Im 1.Q.2006 waren Aufwendungen aus der Bewertung der eingebetteten Derivate der stillen Beteiligungen in Höhe von TEUR 211 enthalten.

Steuern vom Einkommen und Ertrag

Die Steuern vom Einkommen und Ertrag reduzierten sich von TEUR 78 im 1.Q.2006 um 100% im 1.Q.2007. Im 1.Q.2007 wurden im Unterschied zum 1.Q.2006 aufgrund der Beendigung der Zusammenarbeit mit LG Chem. Ltd., Korea keine Umsätze erzielt, die der südkoreanischen Steuer unterlagen.

Segmentdiskussion

Die nachfolgenden Tabellen zeigen ausgewählte Finanzangaben aus den Segmenten für die am 31. März 2007 und 2006 endenden Quartale auf Basis des ungeprüften IFRS-Quartalsabschlusses zum 31. März 2007. Die Angaben zu den Herstellkosten des Umsatzes der jeweiligen Segmente wurden aus dem IFRS-Quartalsabschluss errechnet. Die Umsatzzahlen der Sekundärsegmentierung der Gesellschaft (Segmentdiskussion nach Regionen) sind dem internen Rechnungswesen der Gesellschaft entnommen. Für weitere Informationen siehe oben „- Segmentberichterstattung“.

Segmentdiskussion nach Produktbereichen

	1. Januar bis 31. März								
	A-Serie			C-Serie			JDAs		
	2007	2006	In %	2007	2006	In %	2007	2006	In %
	ungeprüft In TEUR			ungeprüft In TEUR			ungeprüft In TEUR		
Segmentumsatz	2.453	596	311,6	56	1	>1.000,0	680	419	62,3
Herstellkosten des Umsatzes	2.417	859	181,4	31	1	>1.000,0	459	159	188,7
Bruttoergebnis	36	-263	113,7	25	0	-	221	260	-15,0

	1. Januar bis 31. März					
	Power Manager			Sonstige Produkte		
	2007	2006	In %	2007	2006	In %
	ungeprüft In TEUR			ungeprüft In TEUR		
Segmentumsatz	111	0	-	54	15	260,0
Herstellkosten des Umsatzes	88	0	-	150	61	145,9
Bruttoergebnis	23	0	-	-96	-47	104,3

Segment A-Serie

Segmentumsatz

Der Umsatz im Segment A-Serie stieg von TEUR 596 im 1.Q.2006 um 311,6 % auf TEUR 2.453 im 1.Q.2007. Die Umsatzsteigerungen basierten im Wesentlichen auf Mengensteigerungen, hervorgerufen insbesondere durch Nachfragesteigerungen. So erhöhten sich die verkauften Stückzahlen der A-Serie um 327,1 % von 321 im 1.Q.2006 auf 1.371 im 1.Q.2007, was insbesondere auf der zunehmenden Markttraktion im Freizeitbereich beruhte.

Bruttoergebnis vom Umsatz

Das Bruttoergebnis vom Umsatz des Segments A-Serie verbesserte sich von negativen TEUR 263 im 1.Q.2006 auf TEUR 36 im 1.Q.2007. Ursache dafür waren die im Verhältnis zu dem Segmentumsatz unterproportional gestiegenen Herstellkosten des Umsatzes. Die Herstellkosten des Umsatzes erhöhten sich von TEUR 859 im 1.Q.2006 um 181,4 % auf TEUR 2.417 im 1.Q.2007. Die unterproportionale Entwicklung der Herstellkosten des Umsatzes im Vergleich zum Umsatz wurde durch die Kostensenkung für die Hauptprodukte EFOY 1200 und EFOY 1600 ausgelöst. Auf Basis intensiver Zusammenarbeit mit den Herstellern der Kernkomponenten für diese Brennstoffzellensysteme gelang es, deren Leistungsdichte so weit zu erhöhen, dass die Zellenzahl bei unveränderter Ausgangsleistung der Produkte erheblich reduziert werden konnte. Die Umstellung auf dieses neue (äußerlich unveränderte) Produkt erfolgte im Februar 2007. In Folge dessen konnten die direkten Material- und Personalkosten je Brennstoffzellensystem EFOY 1200 im Vergleich zum Vorjahresmodell A50 um durchschnittlich 24,6% reduziert werden.

Segment C-Serie

Segmentumsatz

Der Segmentumsatz im Segment C-Serie stieg von TEUR 1 im 1.Q.2006 auf TEUR 56 im 1.Q.2007. Im 1.Q.2007 wurden vier Systeme der C-Serie an die U.S. Streitkräfte ausgeliefert, der Umsatz im 1.Q.2006 umfasste ausschließlich Zubehör für die C-Serie; Systeme wurden im 1.Q.2006 nicht ausgeliefert.

Bruttoergebnis vom Umsatz

Das Bruttoergebnis vom Umsatz des Segments C-Serie erhöhte sich von TEUR 0 im 1.Q.2006 auf TEUR 25 im 1.Q.2007. Aufgrund der reduzierten Verkaufspreise für die Systeme der C-Serie wurde — im Vergleich zum Gesamtjahr 2006 — in Relation zum Umsatz ein geringeres Bruttoergebnis vom Umsatz (Marge) erzielt. Die Herstellkosten des Umsatzes pro System blieben angesichts der geringen Stückzahlen und des Prototypenstadiums der Systeme nahezu unverändert.

Segment JDAs

Segmentumsatz

Der Umsatz des Produktsegments JDAs stieg von TEUR 419 im 1.Q.2006 um 62,3 % auf TEUR 680 im 1.Q.2007. Die Umsatzsteigerungen basierten auf den im Jahr 2006 abgeschlossenen JDAs mit den U.S. Streitkräften und infolgedessen einer höheren Anzahl von Projekten im Vergleich zum Vorjahreszeitraum.

Bruttoergebnis vom Umsatz

Das Bruttoergebnis vom Umsatz des Produktsegments JDAs hat sich von TEUR 260 im 1.Q.2006 um 15,0 % auf TEUR 221 im 1.Q.2007 reduziert. Diese Verminderung resultierte im Wesentlichen aus den im Verhältnis zum Umsatz überproportional gestiegenen Herstellkosten des Umsatzes, die sich von TEUR 159 im 1.Q.2006 um 188,7 % auf TEUR 459 im 1.Q.2007 erhöhten. Diese Entwicklung basierte hauptsächlich auf den abgeschlossenen Verträgen mit den U.S. Streitkräften, die überwiegend eine Abrechnung nach „cost plus fixed fee“ vorsehen, d.h. eine Abrechnung der tatsächlichen Kosten unter Berücksichtigung von Gemeinkostenzuschlägen und einem gewissen Gewinnbestandteil. Der im 1.Q.2006 enthaltene Vertrag mit LG Chem. Ltd. sah hingegen einen Festpreis vor, der eine deutliche höhere Marge beinhaltete.

Segment Power Manager

Segmentumsatz

Der Umsatz des Segments Power Manager betrug im 1.Q.2006 TEUR 0, da die Gesellschaft aufgrund des begonnenen Verkaufs erstmals im April 2006 Umsätze mit Power Managern erzielt hatte. Vor diesem Hintergrund existieren für das 1.Q.2006 keine entsprechenden Vergleichszahlen. Die Gesellschaft hat im 1.Q.2007 insgesamt TEUR 111 an Umsatzerlösen aus Verkäufen von Power Managern erzielt. Dies beruhte darauf, dass die Gesellschaft im Verteidigungsbereich einen ersten Auftrag mit den U.S. Streitkräften über die Belieferung mit Power Managern als Serienprodukt abschließen konnte. Vor diesem Hintergrund wurden im 1.Q.2007 50 Power Manager ausgeliefert.

Bruttoergebnis vom Umsatz

Das Bruttoergebnis vom Umsatz des Segments Power Manager betrug im 1.Q.2007 TEUR 23, die Herstellkosten des Umsatzes beliefen sich auf TEUR 88. Aufgrund der erreichten Serienreife des Power Managers und einer damit verbundenen Reduzierung des Verkaufspreises konnte das im Jahr 2006 in Relation zum Umsatz erzielte Bruttoergebnis vom Umsatz (Marge) nicht erreicht werden. Im 1.Q.2007 betrug dieses Verhältnis 20,7 %.

Segment Sonstige Produkte

Segmentumsatz

Der Umsatz des Produktsegments Sonstige Produkte stieg von TEUR 15 im 1.Q.2006 um 260,0 % auf TEUR 54 im 1.Q.2007. Ursache dafür war im Wesentlichen eine höhere Anzahl an verkauften Tankpatronen, die mit der höheren Anzahl an verkauften Brennstoffzellensystemen der A-Serie korrelierte.

Bruttoergebnis vom Umsatz

Das Bruttoergebnis vom Umsatz des Segments Sonstige Produkte hat sich aufgrund des gesteigerten Umsatzvolumens und der damit verbundenen größeren Anzahl verkaufter Tankpatronen von negativen TEUR 47 im 1.Q.2006 um 104,3 % auf negative TEUR 96 im 1.Q.2007 verschlechtert. Die Herstellkosten des Umsatzes erhöhten sich aufgrund der Einführung eines neuen Produktionsprozesses für die Tankpatronen, der zu deutlichen Kostensenkungen für den Verschluss führte, unterproportional zum Umsatz von TEUR 61 im 1.Q.2006 um 145,9 % auf TEUR 150 im 1.Q.2007. Die Gesellschaft geht davon aus, dass im Gesamtjahr 2007 die Produktion der Tankpatronen nicht kostendeckend sein wird und sich vor diesem Hintergrund das Bruttoergebnis vom Umsatz der Tankpatronen weiter verschlechtern wird. Die Bruttomarge (Verhältnis des Bruttoergebnisses vom Umsatz zum Umsatz) wird sich nach Auffassungen der Gesellschaft aufgrund der eingeleiteten Kostensenkungen bei der Produktion der Tankpatronen im Verlauf des Jahres 2007 verbessern.

Segmentdiskussion nach Regionen

Nachfolgende Darstellung zeigt die Verteilung des Umsatzes auf die Regionen, in denen SFC tätig ist. Diese Zahlen sind dem internen Rechnungswesen der Gesellschaft entnommen:

	Quartal zum 31. März		Veränderung in %
	2007 in TEUR	2006 in TEUR	
Umsatz nach Regionen			
Europa (ohne Deutschland)	1.530	286	435,0
Deutschland	950	290	227,6
Nordamerika	873	162	438,9
Asien	2	261	-99,2
Rest der Welt	0	32	-100,0
Gesamt	3.355	1.031	225,4

Der Umsatz in Europa (ohne Deutschland) wuchs von TEUR 286 im 1.Q.2006 um 435,0 % auf TEUR 1.530 im 1.Q.2007. Dies war im Wesentlichen auf die im letzten Quartal 2006 durchgeführten gezielten Marketing- und Vertriebsaktivitäten des Unternehmens mit Schwerpunkt in Frankreich und Italien zurückzuführen. Die Anzahl

der ausgelieferten Systeme der A-Serie in Frankreich und Italien erhöhte sich von 118 im 1.Q.2006 um 569,5 % auf 790 im 1.Q.2007. Der Umsatz in Deutschland erhöhte sich von TEUR 290 im 1.Q.2006 um 227,6 % auf TEUR 950 im 1.Q.2007. Grund dafür waren ebenfalls die gezielten Marketing- und Vertriebsaktivitäten, die zu einem Anstieg der ausgelieferten Brennstoffzellensysteme der A-Serie von 146 im 1.Q.2006 um 247,3 % auf 507 im 1.Q.2007 führten. Die Umsatzerlöse in Nordamerika stiegen von TEUR 162 im 1.Q.2006 um 438,9 % auf TEUR 873 im 1.Q.2007. Dies basierte insbesondere auf der Zusammenarbeit mit den U.S.-Streitkräften, die mit JDAs (TEUR 680), Power Managern (TEUR 111) und Systemen der C-Serie (TEUR 56) zum Umsatz im 1.Q.2007 beitrugen. In Asien sanken die Umsatzerlöse von TEUR 261 im 1.Q.2006 um 99,2 % auf TEUR 2 im 1.Q.2007. Auslöser für diese Entwicklung war hauptsächlich das im Jahr 2006 erfolgreich beendete JDA mit LG Chem. Ltd., Korea, das im 1.Q.2006 mit TEUR 257 im Umsatz enthalten war.

Vergleich der zum 31. Dezember 2006 und 2005 endenden Geschäftsjahre

Die folgende Tabelle zeigt die Gewinn- und Verlustrechnung der Gesellschaft für die zum 31. Dezember 2006 und 2005 endenden Geschäftsjahre. Diese Angaben sind dem geprüften IFRS-Jahresabschluss für das zum 31. Dezember 2006 endende Geschäftsjahr entnommen, der Vergleichszahlen für das zum 31. Dezember 2005 endende Geschäftsjahr enthält.

	Geschäftsjahr zum 31. Dezember		Veränderung in %
	2006	2005	
	geprüft in TEUR		
Umsatzerlöse	7.024	3.295	113,2
Herstellkosten des Umsatzes	-6.495	-2.827	129,7
Bruttoergebnis vom Umsatz	530	468	13,2
Vertriebskosten	-3.145	-1.141	175,6
Forschungs- und Entwicklungskosten	-439	-2.727	-83,9
Allgemeine Verwaltungskosten	-1.099	-1.039	5,8
Sonstige betriebliche Erträge	192	579	-66,8
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-76	-97	-21,6
Betriebsergebnis (EBIT)	-4.036	-3.957	2,0
Zinsen und ähnliche Erträge	224	29	672,4
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-502	-1.095	-54,2
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-4.313	-5.023	-14,1
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-111	-70	58,6
Ergebnis nach Steuern	-4.425	-5.093	-13,1
Ergebnisvortrag aus dem Vorjahr	-15.095	-10.002	50,9
Bilanzverlust	-19.520	-15.095	29,3

Umsatz

Der Umsatz stieg von TEUR 3.295 in 2005 um 113,2 % auf TEUR 7.024 in 2006. Die Umsatzsteigerung war segmentübergreifend im Wesentlichen auf gestiegene Abverkaufszahlen von Brennstoffzellensystemen und ein größeres Volumen von JDAs zurückzuführen. Dabei profitierte die Gesellschaft insbesondere von den Marketing- und Vertriebskampagnen in 2006. Siehe dazu „Wesentliche die Ertragslage beeinflussende Faktoren — Faktoren aus dem operativen Geschäft der Gesellschaft — Vertriebskosten“. Zu dem Umsatzwachstum trugen alle Produktsegmente der Gesellschaft, insbesondere die Segmente A-Serie und C-Serie bei.

Herstellkosten des Umsatzes

	Geschäftsjahr zum 31. Dezember		Veränderung in %
	2006	2005	
	In TEUR geprüft		
Materialaufwand	4.536	1.461	210,5
Personalkosten	1.146	701	63,5
Gewährleistungen (Veränderung der Rückstellung)	229	73	213,7
Abschreibungen	175	123	42,3
Transportkosten	143	83	72,3
Raumkosten	105	87	20,7
Beratung	43	114	-62,3
Übrige	118	184	-35,9
Gesamt	<u>6.495</u>	<u>2.827</u>	<u>129,7</u>

Die Herstellkosten des Umsatzes stiegen überproportional zu den Umsatzerlösen von TEUR 2.827 in 2005 um 129,7 % auf TEUR 6.495 in 2006. Ursache für diesen Anstieg war insbesondere der veränderte Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit der Gesellschaft, die sich in 2006 stärker auf Produktumsätze fokussiert hat und nicht mehr im selben Maße auf Umsätze aus JDAs. Da die Herstellkosten bei JDAs wesentlich geringer sind als bei der Produktion der A- und C-Serien führt ein höherer Anteil von Produktumsätzen zu einer überproportionalen Steigerung der Herstellkosten. Ferner entstanden im Bereich der A-Serie aufgrund der deutlichen Ausweitung der Produktionskapazitäten und der Investitionen in Qualitätssicherungsmaßnahmen höhere Herstellkosten.

Die Erhöhung der Personalkosten von TEUR 701 in 2005 um 63,5 % auf TEUR 1.146 in 2006 sowie die Erhöhung der Rückstellungen für Gewährleistungen von TEUR 73 in 2005 um 213,7 % auf TEUR 229 in 2006 waren auf das gestiegene Umsatzvolumen und das damit verbundene erhöhte Produktionsvolumen in 2006 zurückzuführen.

Vertriebskosten, Forschungs- und Entwicklungskosten sowie Allgemeine Verwaltungskosten

Vertriebskosten

	1. Januar bis 31. Dezember		Veränderung in %
	2006	2005	
	In TEUR geprüft		
Personalkosten	1.327	681	94,9
Werbe- und Reisekosten	1.185	227	422,0
Beratung / Provision	358	100	258,0
Übrige	274	133	106,0
Gesamt	<u>3.145</u>	<u>1.141</u>	<u>175,6</u>

Die Vertriebskosten erhöhten sich von TEUR 1.141 in 2005 um 175,6 % auf TEUR 3.145 in 2006. Diese Entwicklung wurde im Wesentlichen durch einen Anstieg der Personalkosten im Rahmen des Vertriebs von TEUR 681 in 2005 um 94,9 % auf TEUR 1.327 in 2006 sowie einen Anstieg der Werbe- und Reisekosten von TEUR 227 in 2005 um 422,0 % auf TEUR 1.185 in 2006 ausgelöst. Ursache für den Anstieg der Personalkosten war die Erhöhung der Mitarbeiterzahl von acht zum 31. Dezember 2005 auf 16 zum 31. Dezember 2006 in diesem Bereich. Hauptgrund für die Erhöhung der Werbe- und Reisekosten waren die Marketingkampagnen in 2006, insbesondere in Bezug auf Produkte der A-Serie (Siehe „— Wesentliche die Ertragslage beeinflussende Faktoren — Faktoren aus dem operativen Geschäft der Gesellschaft — Vertriebskosten“).

Forschungs- und Entwicklungskosten

	1. Januar bis 31. Dezember		Veränderung in %
	2006	2005	
	In TEUR geprüft		
Personalkosten	1.269	1.544	-17,8
Materialaufwand	537	811	-33,8
Abschreibungen	101	140	-27,9
Raumkosten	66	61	8,2
Beratung und Patente	64	17	276,5
Betriebsbedarf	32	50	-36
Übrige	60	104	-42,3
Aktivierung als selbsterstellte immaterielle Werte	-767	0	-
Verrechnung mit erhaltenen Zuschüssen	-924	0	-
Gesamt	439	2.727	-83,9

Die Forschungs- und Entwicklungskosten sanken von TEUR 2.727 in 2005 um 83,9 % auf TEUR 439 in 2006. Dies war im Wesentlichen auf die Aktivierung der Forschungs- und Entwicklungskosten als selbsterstellte immaterielle Werte sowie auf die Verrechnung der Forschungs- und Entwicklungskosten mit erhaltenen öffentlichen Zuschüssen zurückzuführen. Siehe dazu „Darstellung einzelner Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung — Vertriebskosten, Forschungs- und Entwicklungskosten sowie Allgemeine Verwaltungskosten“. Darüber hinaus sanken die Personalkosten von TEUR 1.544 in 2005 um 17,8 % auf TEUR 1.269 in 2006 und der Materialaufwand von TEUR 811 in 2005 um 33,8 % auf TEUR 537 in 2006. Hauptursache dafür war die Entwicklung der aktuellen Produktlinie EFOY in 2005 (Nachfolgemodell der A 50-Brennstoffzelle), wodurch in 2005 damit höhere Material- und Personalaufwendungen im Rahmen der Forschung und Entwicklung anfielen als in 2006. Die Gesellschaft erwartet, dass sich die Personal- und Materialkosten in 2007 im Vergleich zu 2006 vor dem Hintergrund der Entwicklung der nächsten Generation des Serienproduktes EFOY erhöhen werden.

Allgemeine Verwaltungskosten

	1. Januar bis 31. Dezember		Veränderung in %
	2006	2005	
	In TEUR geprüft		
Personalkosten	659	559	17,9
Prüfungs- und Beratungskosten	171	181	-5,5
Abschreibungen	81	25	224,0
Aufsichtsratsvergütung	76	70	8,6
Reisekosten	21	46	-54,3
Bürobedarf	21	23	-8,7
Übrige	206	135	52,6
Verrechnung mit erhaltenen Zuschüssen	-137	0	-
Gesamt	1.099	1.039	5,8

Die Allgemeinen Verwaltungskosten sind mit TEUR 1.039 in 2005 gegenüber TEUR 1.099 in 2006 im Wesentlichen konstant geblieben.

Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge sanken von TEUR 579 in 2005 um 66,8 % auf TEUR 192 in 2006. Diese Reduzierung wurde durch die Saldierung der öffentlichen Zuschüsse in Höhe von TEUR 1.061 mit den aktivierten Entwicklungskosten hervorgerufen, im Jahr 2005 waren TEUR 521 öffentliche Zuschüsse erhalten. Teilweise kompensiert wurde die Reduzierung der sonstigen betrieblichen Erträge durch einen Anstieg der Erlöse aus Sachanlagenverkäufen von TEUR 16 in 2005 auf TEUR 105 in 2006, was im Wesentlichen auf Erträgen aus einem Sale and Lease back — Geschäft basierte.

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die Sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind im Wesentlichen in 2005 gegenüber 2006 konstant geblieben.

Betriebsergebnis (EBIT)

Das EBIT von SFC ist mit negativen TEUR 4.036 in 2006 gegenüber negativen TEUR 3.957 in 2005 im Wesentlichen konstant geblieben. Die Verbesserung des Bruttoergebnisses vom Umsatz wurde im Wesentlichen durch die Erhöhung der Vertriebskosten überkompensiert.

Zinsen und ähnliche Erträge

Die Zinsen und ähnlichen Erträge sind von TEUR 29 in 2005 um 672,4 % auf TEUR 224 in 2006 gestiegen. Dies resultierte hauptsächlich aus von TEUR 12 in 2005 auf TEUR 55 in 2006 gestiegenen Zinserträgen aus festverzinslichen Anlagen, insbesondere für Pfandbriefe, sowie aus von TEUR 13 in 2005 auf TEUR 156 in 2006 gestiegenen Zwischengewinnen für Wertpapierverkäufe, insbesondere für geldmarktnahe Fonds. Grund für die angestiegenen Zinserträge bzw. die angestiegenen Zwischengewinne waren ein höheres Zinsniveau am Markt sowie ein höherer Kapitalanlagebetrag, der aus dem Mittelzufluss aus der Barkapitalerhöhung in 2006 resultierte.

Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Die Zinsen und ähnlichen Aufwendungen verminderten sich von TEUR 1.095 in 2005 um 54,2 % auf TEUR 502 in 2006. Ursache für diese Entwicklung war im Wesentlichen eine Reduzierung der Wertänderung bei Derivaten von TEUR 739 in 2005 auf TEUR 62 in 2006.

Steuern vom Einkommen und Ertrag

Die Steuern vom Einkommen und Ertrag haben sich von TEUR 70 in 2005 um 58,6 % auf TEUR 111 in 2006 erhöht. Diese Position beinhaltet ausschließlich ausländische Steuern, die im Zusammenhang mit dem JDAs mit LG Chem. Ltd., Korea, angefallen sind.

Segmentdiskussion

Die nachfolgenden Tabellen zeigen ausgewählte Finanzangaben aus den Segmenten für die am 31. Dezember 2006 und 2005 endenden Geschäftsjahre auf Basis des geprüften IFRS-Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2006. Für weitere Informationen siehe oben „— Segmentberichterstattung“.

Segmentdiskussion nach Produktbereichen

	1. Januar bis 31. Dezember								
	A-Serie		C-Serie			JDAs			
	2006	2005	2006	2005	2006	2005			
	In TEUR	In %	In TEUR	In %	In TEUR	In %			
Segmentumsatz	4.067	1.089	273,5	743	246	202,0	1.721	1.529	12,6
Herstellkosten des Umsatzes	5.201	1.779	192,3	227	80	183,8	641	607	5,6
Bruttoergebnis	-1.133	-690	64,2	515	167	208,4	1.080	922	17,1

	1. Januar bis 31. Dezember					
	Power Manager			Sonstige Produkte		
	2006	2005	In %	2006	2005	In %
	In TEUR	In %	In TEUR	In TEUR	In %	
Segmentumsatz	226	0	–	267	432	-38,2
Herstellkosten des Umsatzes	82	0	–	344	362	-5,0
Bruttoergebnis	145	0	–	-77	69	–

Segment A-Serie

Segmentumsatz

Der Umsatz im Segment A-Serie stieg von TEUR 1.089 in 2005 um 273,5 % auf TEUR 4.067 in 2006. Die Umsatzsteigerungen basierten im Wesentlichen auf Mengensteigerungen, hervorgerufen insbesondere durch Nachfragesteigerungen. So erhöhten sich die verkauften Stückzahlen der A-Serie um 346,0 % von 490 in 2005

auf 2.185 in 2006. Dabei erfolgte die stärkste Umsatzsteigerung wie in 2005 vor allem im letzten Quartal des Jahres, in dem allein 1.097 Auslieferungen für Systeme der A-Serie verzeichnet werden konnten. Der Auftragseingang im letzten Quartal des Jahres 2006 lag bei 2.115 Systemen der A-Serie. Im Bereich Freizeitausrüstung stieg die Zahl der kommerziell verkauften Systeme von 341 in 2005 auf 1.902 in 2006, was auf der stark steigenden Nachfrage nach diesen Systemen beruht, die in dieser Anwendung einen großen Kundennutzen bieten. Im Bereich der Industrie wurden in 2006 insgesamt 281 Systeme der A-Serie für eine Vielzahl unterschiedlicher Anwendungen von biologischen Beobachtungsanlagen über metrologische Systeme und Umweltsensoren bis hin zu ferngesteuerten Überwachungssystemen ausgeliefert. In 2005 wurden in diesem Bereich insgesamt 142 Systeme der A-Serie ausgeliefert. Hieraus ergibt sich eine Steigerung in 2006 gegenüber 2005 um 98 %. Die Nachfragessteigerungen waren im Wesentlichen auf die Marketing- und Anzeigenkampagnen der Gesellschaft zurückzuführen. Siehe „— *Wesentliche die Ertragslage beeinflussende Faktoren — Faktoren aus dem operativen Geschäft der Gesellschaft — Vertriebskosten*“.

Bruttoergebnis vom Umsatz

Das Bruttoergebnis vom Umsatz des Segments A-Serie sank von negativen TEUR 690 in 2005 um 64,2 % auf negative TEUR 1.133 in 2006. Ursache dafür war das erheblich ausgeweitete Produktionsvolumen und eine damit verbundene Erhöhung der Herstellkosten von TEUR 1.779 in 2005 um 192,3 % auf TEUR 5.200 in 2006. Die Bruttomarge konnte hingegen deutlich von -63,4% auf -27,9% verbessert werden, da die Investitionen in die Qualitätssicherung durch Kostenreduzierungen auf der Komponentenebene der Brennstoffzellensysteme und durch Effizienzsteigerungen im Produktionsprozess überkompensiert wurden.

Segment C-Serie

Segmentumsatz

Der Segmentumsatz im Segment C-Serie stieg von TEUR 246 in 2005 um 202,0 % auf TEUR 743 in 2006. Die Umsatzsteigerungen basierten im Wesentlichen auf einer Erhöhung der Anzahl der ausgelieferten Systeme von 11 in 2005 auf 27 in 2006. Gleichzeitig konnte der durchschnittliche Verkaufspreis um 22,8 % gesteigert werden. Diese positive Entwicklung beruht hauptsächlich auf einer Steigerung des Verkaufs von Brennstoffzellensystemen an die U.S.-Streitkräfte und die Deutsche Bundeswehr. Hauptursache dafür war eine weitere Verbesserung der Produkte in diesem Bereich auf Basis eigener Technologie. Darüber hinaus wurden weitere Nato-Staaten (z.B. Norwegen) sowie Streitkräfte weiterer Länder (z.B. Südafrika) als Neukunden hinzugewonnen, die mit Brennstoffzellensystemen der Gesellschaft beliefert wurden.

Bruttoergebnis vom Umsatz

Das Bruttoergebnis vom Umsatz des Segments C-Serie erhöhte sich von TEUR 167 in 2005 um 208,4 % auf TEUR 515 in 2006. Diese Steigerung war hauptsächlich auf das gesteigerte Umsatzvolumen bei gleichzeitig unterproportional zum Umsatz erhöhten Herstellkosten des Umsatzes zurückzuführen. Die Herstellkosten des Umsatzes erhöhten sich um 183,8 % von TEUR 80 in 2005 auf TEUR 227 in 2006. Die unterproportionale Entwicklung der Herstellkosten zum Umsatz war auf eine Steigerung des durchschnittlichen Verkaufspreises um 22,8 % zurückzuführen. Die Bruttomarge des Umsatzes erhöhte sich geringfügig von 67,9 % in 2005 auf 69,3 % in 2006.

Segment JDAs

Segmentumsatz

Der Umsatz des Produktsegments JDAs stieg von TEUR 1.529 in 2005 um 12,6 % auf TEUR 1.721 in 2006. Die Umsatzsteigerungen basierten auf einer höheren Anzahl von gemeinsamen Entwicklungsprojekten mit strategischen Partnern, insbesondere mit der von 2005 auf 2006 ausgebauten Zusammenarbeit mit LG Chem. Ltd. Korea und den U.S.-Streitkräften in 2006 gegenüber 2005. So erhöhten sich insbesondere vor diesem Hintergrund die Auftragseingänge auf einen Wert von TEUR 3.179 in 2006 im Vergleich zu TEUR 1.585 in 2005. Die Gesellschaft profitierte dabei von dem technologischen Vorsprung, der auftragssteigernd in neue strategische Partnerschaften umgesetzt wurde.

Bruttoergebnis vom Umsatz

Das Bruttoergebnis vom Umsatz des Produktsegments JDAs hat sich von TEUR 922 in 2005 um 17,1 % auf TEUR 1.080 in 2006 verbessert. Diese Erhöhung basiert im Wesentlichen auf dem gesteigerten Umsatzvolumen bei gleichzeitig unterproportional zum Umsatz um 5,6 % von TEUR 607 in 2005 auf TEUR 641 in 2006

gestiegenen Herstellkosten des Umsatzes. Die unterproportionale Entwicklung der Herstellkosten zum Umsatz war hauptsächlich auf die Vereinbarung eines die Produktions- bzw. Herstellkosten in diesem Segment übersteigenden Vertragsentgeltes im Rahmen der JDAs zurückzuführen. Dadurch ergab sich eine geringfügige Bruttomargenverbesserung von 60,3 % in 2005 auf 62,7 % in 2006.

Segment Power Manager

Segmentumsatz

Der Umsatz des Segments Power Manager betrug in 2006 TEUR 226. Die Gesellschaft hat in 2006 erstmals Umsätze mit Power Managern erzielt, da dieses Produkt in 2006 erstmals angeboten und verkauft wurden. Vor diesem Hintergrund existieren für 2005 keine entsprechenden Vergleichszahlen. Die Gesellschaft hat in 2006 insgesamt 43 Power Manager verkauft. Die Höhe der Umsatzerlöse wurde wesentlich durch relativ hohe Verkaufspreise beeinflusst, die insbesondere aufgrund des erstmaligen Verkaufs der Power Manager durchgesetzt werden konnten. Zu weiteren Informationen über Power Manager siehe „*Geschäftstätigkeit — Produkte — SFC Power Manager*“.

Bruttoergebnis vom Umsatz

Das Bruttoergebnis vom Umsatz des Segments Power Manager betrug in 2006 TEUR 145, die Herstellkosten des Umsatzes beliefen sich auf TEUR 82 in 2006. Da die Power Manager im Rahmen von JDAs entwickelt wurden, sind die Entwicklungskosten für dieses Produkt zum großen Teil in den Herstellkosten des Segments JDAs enthalten.

Segment Sonstige Produkte

Segmentumsatz

Der Umsatz des Produktsegments Sonstige Produkte sank von TEUR 432 in 2005 um 38,2 % auf TEUR 267 in 2006. Ursache dafür war im Wesentlichen der gesunkene Umsatz aus dem Verkauf von Testequipment an strategische Partner der Gesellschaft, insbesondere aufgrund eines verringerten Bedarfs an Testequipment. Teilweise gegenläufig wirkte eine Steigerung des Umsatzes mit Tankpatronen von TEUR 33 in 2005 auf TEUR 68 in 2006. Diese Entwicklung korreliert mit der steigenden Stückzahl von verkauften Brennstoffzellensystemen der A-Serie und der damit einhergehenden höheren Nachfrage nach Tankpatronen.

Bruttoergebnis vom Umsatz

Das Bruttoergebnis vom Umsatz des Segments Sonstige Produkte hat sich von TEUR 69 in 2005 auf negative TEUR 77 in 2006 reduziert. Zu dieser Entwicklung trugen die im Verhältnis zum Umsatz unterproportional gesunkenen Herstellkosten des Umsatzes bei. Die Herstellkosten verminderten sich von TEUR 362 in 2005 um 5 % auf TEUR 344 in 2006. Ursache für diese Entwicklung waren vorwiegend geringere Herstellkosten für das Testequipment aufgrund geringerer Verkäufe dieses Produktes. Demgegenüber erhöhten sich die Herstellkosten des Produktes Tankpatronen von TEUR 151 in 2005 um 66,2 % auf TEUR 251 in 2006 aufgrund der hohen Sicherheitsanforderungen an die Tankpatrone und der damit erforderlichen Qualität des Verschlusselements einer Tankpatrone. Diese Schlüsselkomponente wird bislang noch manuell spanend gefertigt (gefräst, gedreht, gebohrt) und ist dementsprechend mit hohen Kosten verbunden. Derzeit erfolgt der Übergang zu einer Spritzgusslösung, von der die Gesellschaft auf der Kostenseite deutliche Entlastungen erwartet.

Segmentdiskussion nach Regionen

Nachfolgende Darstellung zeigt die Verteilung des Umsatzes auf die Regionen, in denen SFC tätig ist:

	Geschäftsjahr zum 31. Dezember		Veränderung in %
	2006	2005	
	geprüft in TEUR		
Umsatz nach Regionen			
Deutschland	2.076	1.159	79,1
Europa (ohne Deutschland)	2.418	398	507,5
Asien	1.285	1.375	-6,5
Nordamerika	1.156	356	224,7
Rest der Welt	90	7	1.185,7
Gesamt	<u>7.024</u>	<u>3.295</u>	<u>113,2</u>

Der Umsatz in Deutschland erhöhte sich von TEUR 1.159 in 2005 um 79,1 % auf TEUR 2.076 in 2006. Grund dafür waren hauptsächlich gezielte Marketing- und Vertriebskampagnen des Unternehmens zur Steigerung des Bekanntheitsgrades der Produkte der A-Serie. Teilweise gegenläufig wirkten Entwicklungen im Segment JDAs und Sonstige Produkte. Im Segment JDAs führte das in 2005 erfolgreich abgeschlossene gemeinsame Entwicklungsprojekt mit der Bundeswehr in 2006 plangemäß zu Prototypenumsätzen im Rahmen der C-Serie. Im Segment Sonstige Produkte war ein geringerer Verkauf von Testequipment an strategische Partner zu verzeichnen. Der Umsatz in Europa (ohne Deutschland) wuchs von TEUR 398 in 2005 um 507,5 % auf TEUR 2.418 in 2006. Dies war zum einen auf die gezielten Marketing- und Vertriebsaktivitäten des Unternehmens mit Schwerpunkt in Frankreich und Italien zur Steigerung des Bekanntheitsgrades der Produkte der A-Serie und zum anderen im Segment C-Serie auf Neukunden in Form von Streitkräften weiterer Nato-Staaten zurückzuführen. In Asien sanken die Umsatzerlöse von TEUR 1.375 in 2005 um 6,5% auf TEUR 1.285 in 2006. Auslöser für diese Entwicklung war insbesondere der geringere Verkauf von Testequipment an strategische Partner. Die Umsatzerlöse in Nordamerika stiegen von TEUR 356 in 2005 um 224,7 % auf TEUR 1.156 in 2006. Dies war im Wesentlichen auf die Zusammenarbeit mit den U.S.-Streitkräften im Segment JDAs sowie die erstmalige Auslieferung von Power Managern zurückzuführen.

Vergleich der zum 31. Dezember 2005 und 2004 endenden Geschäftsjahre

Die folgende Tabelle zeigt die Gewinn- und Verlustrechnung der Gesellschaft für die Jahre 2005 und 2004. Diese Angaben sind dem geprüften IFRS-Jahresabschluss für das zum 31. Dezember 2006 endende Geschäftsjahr entnommen, der Vergleichszahlen für die Geschäftsjahre zum 31. Dezember 2005 und 2004 enthält.

	Geschäftsjahr zum 31. Dezember		Veränderung in %
	2005	2004	
	geprüft in TEUR		
Umsatzerlöse	3.295	1.316	150,4
Herstellkosten des Umsatzes	-2.827	-1.530	84,8
Bruttoergebnis vom Umsatz	468	-214	318,7
Vertriebskosten	-1.141	-916	24,6
Forschungs- und Entwicklungskosten	-2.727	-2.153	26,7
Allgemeine Verwaltungskosten	-1.039	-287	262,0
Sonstige betriebliche Erträge	579	749	-22,7
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-97	-34	185,3
Betriebsergebnis (EBIT)	-3.957	-2.855	-38,6
Zinsen und ähnliche Erträge	29	999	-97,1
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-1.095	-566	93,5
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-5.023	-2.422	107,4
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-70	-37	89,2
Ergebnis nach Steuern	-5.093	-2.459	107,1
Ergebnisvortrag aus dem Vorjahr	-10.002	-7.543	32,6
Bilanzverlust	-15.095	-10.002	50,9

Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse stiegen von TEUR 1.316 in 2004 um 150,4 % auf TEUR 3.295 in 2005. Die Umsatzsteigerung war segmentübergreifend im Wesentlichen auf gestiegene Abverkaufszahlen von Brennstoffzellensystemen und ein größeres Volumen von JDAs zurückzuführen. Zum Umsatzwachstum trugen alle Produktsegmente der Gesellschaft gleichermaßen bei.

Herstellkosten des Umsatzes

	1. Januar bis 31. Dezember		Veränderung in %
	2005	2004	
	In TEUR geprüft		
Materialaufwand	1.461	577	153,2
Personalkosten	701	450	55,8
Abschreibungen	123	59	108,5
Beratung	114	97	17,5
Raumkosten	87	63	38,1
Transportkosten	83	57	45,6
Gewährleistung (Veränderung Rückstellung)	73	159	-54,1
Übrige	184	68	170,6
Gesamt	2.827	1.530	84,8

Die Herstellkosten des Umsatzes stiegen unterproportional zu den Umsatzerlösen von TEUR 1.530 in 2004 um 84,8 % auf TEUR 2.827 in 2005. Die unterproportional zu den Umsatzerlösen gestiegenen Herstellkosten des Umsatzes waren im Wesentlichen eine Folge der deutlichen Ausweitung der Produktion und der damit verbundenen Auslastung der Mitarbeiter und Produktionsmittel. Insgesamt konnte aufgrund der unterproportional zu den Umsatzerlösen gestiegenen Herstellkosten des Umsatzes im Jahre 2005 erstmals ein positives Bruttoergebnis erzielt werden.

nis vom Umsatz in Höhe von TEUR 468 erzielt werden; in 2004 war noch ein Verlust in Höhe von TEUR 214 angefallen.

Vertriebskosten, Forschungs- und Entwicklungskosten sowie Allgemeine Verwaltungskosten

Vertriebskosten

	1. Januar bis 31. Dezember		Veränderung in %
	2005	2004	
	In TEUR geprüft		
Personalkosten	681	271	151,3
Werbe- und Reisekosten	227	261	-13,0
Beratung/Provision	100	237	-57,8
Übrige	133	146	-8,9
Gesamt	1.141	916	24,6

Die Vertriebskosten erhöhten sich von TEUR 916 in 2004 um 24,6 % auf TEUR 1.141 in 2005. Diese Entwicklung wurde im Wesentlichen durch von TEUR 271 in 2004 auf TEUR 681 in 2005 gestiegene Personalkosten im Rahmen des Vertriebs bei gleichzeitig von TEUR 237 in 2004 auf TEUR 100 in 2005 gesunkenen Kosten für Beratung und Provision ausgelöst. Ursache für den Anstieg der Personalkosten war ein Mitarbeiteraufbau in 2005 im Rahmen des gesteigerten Umsatzvolumens der Gesellschaft sowie die Einstellung eines Vorstandes mit einem Tätigkeitsschwerpunkt im Bereich Vertrieb. Hauptgrund für die Reduzierung der Kosten für Beratung und Provision war die Beendigung des Dienstverhältnisses mit einem externen Vertriebsleiter, das in 2004 noch bestanden hatte.

Forschungs- und Entwicklungskosten

	1. Januar bis 31. Dezember		Veränderung in %
	2005	2004	
	In TEUR geprüft		
Personalkosten	1.544	1.166	32,4
Materialaufwand	811	571	42,0
Abschreibungen	140	162	-13,6
Raumkosten	61	73	-16,4
Betriebsbedarf	50	41	22,0
Beratung und Planung	17	75	-77,3
Übrige	104	64	62,5
Gesamt	2.727	2.153	26,7

Die Forschungs- und Entwicklungskosten stiegen von TEUR 2.153 in 2004 um 26,7 % auf TEUR 2.727 in 2005. Dies war insbesondere auf von TEUR 1.166 in 2004 auf TEUR 1.544 gestiegene Personalkosten sowie von TEUR 571 in 2004 auf TEUR 811 in 2005 gestiegene Materialkosten zurückzuführen. Diese Steigerung basierte auf forcierten Entwicklungsaktivitäten des A50 Brennstoffzellensystems in 2005. Siehe dazu „*Geschäftstätigkeit — Forschung und Entwicklung*“.

Allgemeine Verwaltungskosten

	1. Januar bis 31. Dezember		Veränderung in %
	2005	2004	
	In TEUR geprüft		
Personalkosten	559	195	186,7
Prüfungs- und Beratungskosten	181	56	223,2
Abschreibungen	25	33	-24,2
Aufsichtsratsvergütung	70	46	52,2
Reisekosten	46	18	155,6
Bürobedarf	23	30	-23,3
Übrige	135	-93	-245,2
Gesamt	<u>1.039</u>	<u>287</u>	<u>262,0</u>

Die Allgemeinen Verwaltungskosten erhöhten sich von TEUR 287 in 2004 um 262,0 % auf TEUR 1.039 in 2005. Grund für diese Entwicklung waren hauptsächlich gestiegene Personalkosten, insbesondere für Rückstellungen für ausgeschiedene Vorstandsmitglieder sowie gestiegene Prüfungs- und Beratungskosten, insbesondere für den Aufbau eines Beraternetzwerkes für das Marktsegment netzunabhängige Industrieanwendungen. Der Ertrag in Höhe von TEUR 93 in 2004 in der Position Übrige (Auffangposten für zahlreiche verschiedene Unterpositionen) resultierte im Wesentlichen aus der Auflösung einer in 2003 gebildeten Rückstellung für ausstehende Rechnungen.

Sonstige betriebliche Erträge

Die Sonstigen betrieblichen Erträge sanken von TEUR 749 in 2004 um 22,7 % auf TEUR 579 in 2005. Diese Reduzierung wurde im Wesentlichen durch gesunkene öffentliche Fördergelder von TEUR 646 in 2004 auf TEUR 521 in 2005 hervorgerufen. Hintergrund war der erfolgreiche Abschluss von Förderprojekten in 2005. In 2005 wurden weitere Förderprojekte bewilligt, die erst in 2006 zu höheren Zuschüssen führten.

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die Sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind in 2004 gegenüber 2005 im Wesentlichen konstant geblieben.

Betriebsergebnis (EBIT)

Das negative EBIT der Gesellschaft reduzierte sich von negativen TEUR 2.855 in 2004 um 38,6 % auf negative TEUR 3.957 in 2005. Die im Vergleich zu den Herstellkosten des Umsatzes überproportional gestiegenen Umsatzerlöse wurden im Wesentlichen durch die gestiegenen Forschungs- und Entwicklungskosten sowie gestiegenen Allgemeinen Verwaltungskosten überkompensiert.

Zinsen und ähnliche Erträge

Die Zinsen und ähnlichen Erträge sind von TEUR 999 in 2004 um 97,1 % auf TEUR 29 in 2005 gesunken, was hauptsächlich aus von TEUR 915 in 2004 auf TEUR 0 in 2005 gefallen Erträgen aus Wertänderungen von Derivaten resultierte.

Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Die Zinsen und ähnlichen Aufwendungen erhöhten sich von TEUR 566 in 2004 um 93,5 % auf TEUR 1.095 in 2005. Ursache für diese Entwicklung war im Wesentlichen eine Steigerung der Aufwendungen aus Wertänderungen bei Derivaten von TEUR 0 in 2004 auf TEUR 739 in 2005. Teilweise gegenläufig wirkte eine Reduzierung des Aufwandes aus Effektivzinsbewertung in 2005.

Steuern vom Einkommen und Ertrag

Die Steuern vom Einkommen und Ertrag haben sich von TEUR 37 in 2004 um 89,2 % auf TEUR 70 in 2005 erhöht. Diese Position beinhaltet ausschließlich ausländische Steuern, die im Zusammenhang mit dem JDAs mit LG Chem Ltd., Korea, angefallen sind.

Segmentdiskussion

Die nachfolgenden Tabellen zeigen ausgewählte Finanzangaben aus den Segmenten für die am 31. Dezember 2005 und 2004 endenden Geschäftsjahre, die dem geprüften IFRS-Jahresabschluss zum 31. Dezember 2006 entnommen sind. Für weitere Informationen siehe oben „— Segmentberichterstattung“.

Segmentdiskussion nach Produktbereichen

	Geschäftsjahr zum 31. Dezember								
	A-Serie			C-Serie			JDAs		
	2005	2004	In %	2005	2004	In %	2005	2004	
	In TEUR			In TEUR			In TEUR	In %	
Segmentumsatz	1.089	470	131,7	246	101	143,6	1.529	667	129,2
Herstellkosten des Umsatzes	1.779	1.018	74,8	80	127	-37,0	607	276	119,9
Bruttoergebnis	-690	-548	25,9	167	-26	742,3	922	391	135,8

	Geschäftsjahr zum 31. Dezember					
	Power Manager			Sonstige Produkte		
	2005	2004	In %	2005	2004	In %
	In TEUR			In TEUR		
Segmentumsatz	0	0	—	432	79	446,8
Herstellkosten des Umsatzes	0	0	—	362	109	232,1
Bruttoergebnis	0	0	—	69	-30	330,0

Segment A-Serie

Segmentumsatz

Der Umsatz im Produktsegment A-Serie steigerte sich von TEUR 470 in 2004 um 131,7 % auf TEUR 1.089 in 2005. Die Umsatzsteigerungen basierten im Wesentlichen auf Mengensteigerungen, hervorgerufen insbesondere durch Nachfragesteigerungen. Der Abverkauf von Geräten der A-Serie, hauptsächlich des Brennstoffzellensystems A 50, konnte von 177 Stück in 2004 um 176,8 % auf 490 Stück in 2005 gesteigert werden. Dabei erfolgte die stärkste Umsatzsteigerung vor allem in den drei letzten Monaten des Jahres 2005, in denen allein 268 Auslieferungen für Systeme der A-Serie verzeichnet werden konnten. Der Auftragseingang lag im gleichen Zeitraum bei 336 Systemen. Im Bereich Freizeit stieg der Umsatz von kommerziell verkauften A 50 Systemen für Reisemobile von 76 in 2004 auf 279 in 2005, was auf eine Nachfragesteigerung nach diesen Systemen zurückzuführen war. Diese Nachfragesteigerung wurde insbesondere durch einen Mitarbeiteraufbau im Vertriebsbereich mit dem Ziel der Kundenakquise ausgelöst. Der Umsatz bei den verkauften Systemen für Boote stieg von 11 in 2004 auf 61 in 2005, ausgelöst insbesondere durch einen gesteigerten Absatz aufgrund der im Jahr 2005 ausgebauten Zusammenarbeit mit dem OEM-Partner und Segelzubehör-Spezialisten MaxPower. Im Bereich des Marktsegments der netzunabhängigen Industrieanwendungen wurden in 2005 insgesamt 142 Systeme für eine Vielzahl unterschiedlicher Anwendungen von biologischen Beobachtungsanlagen über metrologische Systeme und Umweltsensoren bis hin zu ferngesteuerten Überwachungssystemen ausgeliefert. In 2004 wurden in diesem Bereich insgesamt 77 Systeme ausgeliefert, was einer Steigerung gegenüber 2005 um 84,4 % entspricht.

Bruttoergebnis vom Umsatz

Das Bruttoergebnis vom Umsatz des Segments A-Serie sank aufgrund der deutlichen Umsatzausweitung in 2006 um 25,9 % auf negative TEUR 690 in 2005 gegenüber negativen TEUR 548 in 2004. Trotz einer Erhöhung der Herstellkosten des Umsatzes von TEUR 1.018 in 2004 um 74,8 % auf TEUR 1.779 in 2005 verbesserte sich die Bruttomarge von -116,6 % in 2004 auf -63,4 % in 2005. Auslöser dafür waren im Wesentlichen die bessere Auslastung der Produktionskapazitäten und Fortschritte bei der Senkung der Materialkosten von Komponenten der Brennstoffzellensysteme.

Segment C-Serie

Segmentumsatz

Der Segmentumsatz im Segment C-Serie stieg von TEUR 101 in 2004 um 143,6% auf TEUR 246 in 2005. Die Umsatzsteigerungen basierten im Wesentlichen auf einer Steigerung der abgesetzten Systeme von 5 in 2004 auf 11 in 2005. Diese positive Entwicklung beruht zum größten Teil auf einer Weiterentwicklung der Technologie, insbesondere in Hinblick auf eine kontinuierliche Miniaturisierung der Brennstoffzellensysteme.

Darüber hinaus wurden in diesem Produktsegment vermehrt Umsatzerlöse mit Kunden im Bereich Verteidigung (Streitkräfte) erzielt.

Bruttoergebnis vom Umsatz

Das Bruttoergebnis vom Umsatz des Segments C-Serie verbesserte sich von negativen TEUR 26 in 2004 auf TEUR 167 in 2005. Diese Steigerung war hauptsächlich auf den gestiegenen Umsatz bei gleichzeitig gesunkenen Herstellkosten des Umsatzes zurückzuführen. Die Herstellkosten des Umsatzes sanken um 37,0 % von TEUR 127 in 2004 auf TEUR 80 in 2005. Ursache für die Reduzierung der Herstellkosten war die konsequente Weiterentwicklung der Technologie einhergehend mit geringeren Materialkosten der Brennstoffzellensysteme und niedrigeren Kosten für Gewährleistung aufgrund der fortlaufend verbesserten Produktqualität.

Segment JDAs

Segmentumsatz

Der Umsatz des Produktsegments JDAs stieg von TEUR 667 in 2004 um 129,2 % auf TEUR 1.529 in 2005. Die Umsatzsteigerungen basierten im Wesentlichen auf einer höheren Anzahl von Projekten mit strategischen Partnern, insbesondere aus der zwischenzeitlich ausgelaufenen Zusammenarbeit mit LG Chem. Ltd. Korea, sowie einer höheren Anzahl von Projekten mit den U.S.-Streitkräften und der Deutschen Bundeswehr.

Bruttoergebnis vom Umsatz

Das Bruttoergebnis vom Umsatz des Produktsegments JDAs hat sich von TEUR 391 in 2004 um 135,8 % auf TEUR 922 in 2005 verbessert. Diese Erhöhung basiert im Wesentlichen auf dem höheren Umsatzvolumen in 2005 bei gleichzeitig unterproportional zum Umsatz gestiegenen Herstellkosten des Umsatzes. Die Bruttomarge des Umsatzes verbesserte sich nur geringfügig von 58,6 % in 2004 auf 60,3 % in 2005. Die Herstellkosten des Umsatzes erhöhten sich um 119,9 % von TEUR 276 in 2004 auf TEUR 607 in 2005. Die unterproportionale Entwicklung der Herstellkosten zum Umsatz war auf die Vereinbarung eines die Produktions-bzw. Herstellkosten in diesem Segment übersteigenden Vertragsentgeltes im Rahmen der JDAs zurückzuführen.

Segment Sonstige Produkte

Segmentumsatz

Der Umsatz des Segments Sonstige Produkte stieg von TEUR 79 in 2004 um 446,8 % auf TEUR 432 in 2005. Diese Entwicklung ist zum einen auf ein erhöhtes Verkaufsvolumen von Testequipment an strategische Partner zurückzuführen. Zum anderen basierte diese Entwicklung auf einem erhöhten Verkaufsvolumen der Produkte der A-Serie in 2005 und damit zusammenhängend einer höheren Nachfrage nach Tankpatronen.

Bruttoergebnis vom Umsatz

Das Bruttoergebnis vom Umsatz des Segments Sonstige Produkte hat sich von negativen TEUR 30 in 2004 auf TEUR 69 in 2005 erhöht. Diese Steigerung basiert im Wesentlichen auf dem Umsatzanstieg und einer aufgrund höherer Verkaufspreise verbesserten Bruttomarge des Produktes Testequipment in 2005. Gegenläufig wirkte eine Reduzierung der Verkaufspreise der Tankpatronen zur Steigerung des Absatzes. Demgegenüber änderten sich die Materialkosten der Tankpatronen nur unwesentlich. Die Herstellkosten des Umsatzes erhöhten sich vor diesem Hintergrund von TEUR 109 in 2004 auf TEUR 362 in 2005.

Segmentdiskussion nach Regionen

Nachfolgende Darstellung zeigt die Verteilung des Umsatzes auf die Regionen, in denen SFC tätig ist:

	Geschäftsjahr zum 31. Dezember		Veränderung in %
	2005 (in TEUR) geprüft	2004	
Umsatz nach Regionen			
Deutschland	1.159	209	454,5
Europa (ohne Deutschland)	398	141	182,3
Asien	1.375	434	216,8
Nordamerika	356	533	-33,2
Rest der Welt	<u>7</u>	<u>0</u>	<u>-</u>
Gesamt	<u>3.295</u>	<u>1.316</u>	<u>150,4</u>

Der Umsatz in Deutschland erhöhte sich von TEUR 209 in 2004 um 454,5% auf TEUR 1.159 in 2005, hervorgerufen insbesondere durch verstärkte Marketing- und Vertriebsaktivitäten bei der A-Serie im Marktsegment Freizeit in Deutschland sowie auf der verstärkten Zusammenarbeit und daraus resultierenden Projekten mit der Deutschen Bundeswehr. In Europa (ohne Deutschland) wuchs der Umsatz von TEUR 141 in 2004 um 182,3 % auf TEUR 398 in 2005. Diese Entwicklung hatte die Hauptursache in verstärkten Marketing- und Vertriebsaktivitäten bei der A-Serie im Freizeitbereich in einigen an Deutschland angrenzenden Nachbarländern. Der Umsatz in Asien stieg von TEUR 434 in 2004 um 216,8 % auf TEUR 1.375 in 2005. Dies beruhte auf der Entwicklung von Projekten bei den JDAs mit dem damaligen strategischen Partner LG Chem. Ltd. Korea. In Nordamerika reduzierten sich die Umsätze von TEUR 533 in 2004 um 33,2 % auf TEUR 356 in 2005. Grund hierfür war im Wesentlichen der erfolgreiche Abschluss von JDAs noch in 2004. Im Jahr 2005 wurden mit JDAs ein Umsatz in Höhe von TEUR 16 erzielt im Vergleich zu TEUR 294 im Jahr 2004. Weitere JDAs konnten zwar im Jahr 2005 abgeschlossen werden, führten jedoch erstmals in 2006 zu erheblichen Umsätzen.

Liquidität und Kapitalausstattung

Überblick

Die Gesellschaft finanzierte sich bisher im Wesentlichen durch Barkapitalerhöhungen. Der Cashflow der Gesellschaft wurde damit stark durch den Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit geprägt.

Die nachstehende Tabelle zeigt eine Übersicht über den Cashflow von SFC für die zum 31. März 2007 und 2006 endenden Quartale sowie die jeweils zum 31. Dezember 2006, 2005 und 2004 endenden Geschäftsjahre.

	1. Januar - 31. März		1. Januar - 31. Dezember		
	2007	2006	2006	2005	2004
	ungeprüft		geprüft		
	In TEUR				
Ergebnis vor Steuern	-997	-1.044	-4.313	-5.023	-2.422
Zinsergebnis	-6	59	216	327	483
Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen	172	82	470	301	262
Aufwand aus Aktienoptionsprogramm	1.006	94	617	290	143
Änderung von Wertberichtigung	86	-9	58	11	24
Gewinne aus dem Abgang Anlagevermögen	0	0	0	-16	0
Gewinne / Verluste aus Marktbewertung von Derivaten	-1.012	211	62	739	-915
Sonstige nicht zahlungswirksame Aufwendungen / Erträge, netto	0	-40	-30	43	0
Operatives Ergebnis vor Working Capital —					
Veränderungen	-751	-647	-2.922	-3.327	-2.426
Veränderung der kurz- und langfristigen Rückstellungen ...	60	13	269	38	162
Veränderungen der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	-954	-3	-1.118	192	-277
Veränderungen der Vorräte	-666	-405	-655	-174	-96
Veränderung sonstiger Vermögenswerte	-122	-51	-350	-171	-53
Veränderung der aktiven Rechnungsabgrenzungsposten	-915	-79	26	-96	0
Veränderungen der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.705	-125	403	444	34
Veränderung der Verbindlichkeiten gegen Gesellschafter ...	-14	-21	-408	361	61
Veränderung der sonstigen Verbindlichkeiten	323	482	370	476	16
Veränderung der passiven Rechnungsabgrenzungsposten ...	-20	-10	-70	0	0
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit vor					
Ertragsteuern	-1.354	-846	-4.455	-2.257	-2.579
Ertragsteuerzahlungen	12	-78	-164	-114	26
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	-1.342	-924	-4.619	-2.371	-2.553
Auszahlungen für Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten	-254	-274	-1.238	-327	-430
Einzahlungen aus dem Abgang von Wertpapieren und verpfändeten Bankguthaben	0	0	0	707	0
Auszahlungen aus dem Erwerb von Wertpapieren und verpfändeten Bankguthaben	-3.566	0	-3.014	0	-712
Einzahlungen aus dem Verkauf von Anlagevermögen	0	0	0	8	2
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-3.820	-274	-4.251	388	-1.141
Einzahlungen der Gesellschafter	0	1.047	16.047	0	0
Erhaltene Zinsen	67	2	224	29	83
Einzahlungen aus Sale und Lease Back	0	183	183	370	0
Tilgung von Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing ...	-72	-48	-277	-16	0
Kosten der Eigenkapitalausgabe	0	0	-1.082	0	0
Gezahlte Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-47	-47	-190	-190	-190
Aktienoptionsprogramm	0	0	0	1	0
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-52	1.137	14.905	194	-106
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	-5.215	-61	6.035	-1.789	-3.799
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente zu Beginn der Berichtsperiode	6.249	214	214	2.002	5.802
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente am Ende der Berichtsperiode	1.034	152	6.249	214	2.002
Nettoveränderung von Zahlungsmitteln und Zahlungsmitteläquivalente	-5.215	-61	6.035	-1.789	-3.799

Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit

Vergleich der zum 31. März 2007 und 2006 endenden Quartale

Der Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit hat sich von TEUR 924 im 1.Q.2006 auf TEUR 1.342 im 1.Q.2007 erhöht. Diese Entwicklung beruhte insbesondere auf dem gestiegenen Umsatzvolumen und der damit zusammenhängenden Erhöhung der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen um TEUR 954 und der Vorräte um TEUR 666 im 1.Q.2007. Ferner stiegen die aktiven Rechnungsabgrenzungsposten um TEUR 915 im 1.Q.2007. Dabei handelte es sich im Wesentlichen um Kosten, die zur Vorbereitung des öffentlichen Aktienangebots der Gesellschaft angefallen sind. Teilweise kompensiert wurde die Erhöhung des Mittelabflusses aus laufender Geschäftstätigkeit durch einen Anstieg der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen um TEUR 1.705 im 1.Q.2007. Auslöser für diese Entwicklung waren hauptsächlich das gestiegene Umsatzvolumen und die Kosten für das öffentliche Aktienangebot.

2006 im Vergleich zu 2005.

Der Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit hat sich von TEUR 2.371 in 2005 auf TEUR 4.619 in 2006 erhöht. Ursache dafür war besonders der Aufbau von Working Capital aufgrund des gestiegenen Umsatzvolumens insbesondere im 4. Quartal 2006. Infolgedessen erhöhten sich die Forderungen aus Lieferung und Leistungen um TEUR 1.118 in 2006. Ferner wurde im Zuge der deutlichen Ausweitung der Produktauslieferungen an Kunden der Bestand der Vorräte um TEUR 655 in 2006 ausgebaut. Die Verbindlichkeiten gegen Gesellschafter reduzierten sich um TEUR 408 in 2006. Hintergrund war der Bezug von Komponenten für Brennstoffzellensysteme von einem Gesellschafter von SFC (DuPont); die Verbindlichkeiten aus den Lieferungen in 2005 wurden in 2006 von der Gesellschaft ausgeglichen. Teilweise kompensiert wurde der Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit im Wesentlichen durch das von negativen TEUR 5.023 in 2005 auf negative TEUR 4.313 in 2006 gestiegene Ergebnis vor Steuern.

2005 im Vergleich zu 2004.

Der Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit sank von TEUR 2.553 in 2004 auf TEUR 2.371 in 2005. Die Ausweitung des Verlustes vor Steuern von TEUR 2.422 in 2004 auf TEUR 5.023 in 2005 konnte durch eine Erhöhung der Verbindlichkeiten in Höhe von TEUR 1.281 überkompensiert werden. Wesentliche Ursache waren aufgrund der angespannten Liquiditätssituation Ende 2005 Vereinbarungen mit Lieferanten über längere Zahlungsziele, wodurch sich die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und gegen Gesellschafter um TEUR 444 bzw. TEUR 361 gegenüber dem Vorjahr erhöhten. Weiterhin reduzierten sich die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen gegenüber dem Jahr 2004 um TEUR 192. Ende 2004 waren höhere Forderungen aus JDAs enthalten, die im Jahr 2005 beglichen wurden.

Cashflow aus der Investitionstätigkeit

Vergleich der zum 31. März 2007 und 2006 endenden Quartale

Der Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit erhöhte sich von TEUR 274 im 1.Q.2006 auf TEUR 3.820 im 1.Q.2007. Die Gesellschaft hat im 1. Quartal 2007 den Bestand an Wertpapieren im Vergleich zum 1. Quartal 2006 durch den Erwerb von Anteilen zweier Geldmarktfonds erhöht.

2006 im Vergleich zu 2005.

Der Cashflow aus der Investitionstätigkeit hat sich von einem Mittelzufluss von TEUR 388 in 2005 auf einen Mittelabfluss in Höhe von TEUR 4.251 in 2006 verringert. Diese Entwicklung beruhte erstens auf höheren Auszahlungen für den Erwerb von Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten in Höhe von TEUR 1.238 in 2006 gegenüber TEUR 327 in 2005, ursächlich im Wesentlichen zurückzuführen auf die Aktivierung der Forschungs- und Entwicklungskosten für technologische Weiterentwicklungen in Höhe von TEUR 767 in 2006. Zweitens beruhte die Verschlechterung des Cashflows aus der Investitionstätigkeit auf höheren Auszahlungen für den Erwerb von Wertpapieren und verpfändeten Bankguthaben in Höhe von TEUR 3.014 in 2006. Dabei handelt es sich um die Kapitalanlage der Finanzmittel, die der Gesellschaft aus einer Barkapitalerhöhung in 2006 zugeflossen sind. Siehe „Angaben über das Kapital und anwendbare Vorschriften — Entwicklung des Grundkapitals“. Drittens reduzierten sich die Einzahlungen aus dem Abgang von Wertpapieren und verpfändeten Bankguthaben von TEUR 707 in 2005, um 100 % in 2006. Ursache war der Verkauf von sämtlichen Wertpapieren in 2005 zur Finanzierung des laufenden Geschäfts, insbesondere zur Unterstützung der Liquiditätssituation der Gesellschaft. Siehe unten „— 2005 im Vergleich zu 2004“.

2005 im Vergleich zu 2004.

Der Cashflow aus der Investitionstätigkeit verbesserte sich von einem Mittelabfluss in Höhe von TEUR 1.141 in 2004 auf einen Mittelzufluss in Höhe von TEUR 388 in 2005. Hauptauslöser dafür waren Einzahlungen aus dem Abgang von Wertpapieren und verpfändeten Bankguthaben in Höhe von TEUR 707 in 2005, die im Vorjahr für TEUR 712 gekauft wurden. Siehe dazu den Absatz zuvor „— *2006 im Vergleich zu 2005*“.

Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit

Vergleich der zum 31. März 2007 und 31. März 2006 endenden Quartale

Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit verschlechterte sich von einem Mittelzufluss in Höhe von TEUR 1.137 im 1.Q.2006 auf einen Mittelabfluss in Höhe von TEUR 52 im 1.Q.2007. Auslöser dafür war zum einen, dass die Gesellschaft im 1. Quartal 2006 insgesamt TEUR 1.047 durch Einzahlungen von Gesellschaftern im Rahmen einer Kapitalerhöhung erhalten hatte. Siehe dazu „*Angaben über das Kapital und anwendbare Vorschriften — Entwicklung des Grundkapitals*“. Im 1. Quartal 2007 sind der Gesellschaft keine Erlöse aus einer Kapitalerhöhung zugeflossen. Zum anderen reduzierten sich die Einnahmen aus Sale and Lease Back von TEUR 183 im 1.Q.2006 auf TEUR 0 im 1.Q.2007. Im 1.Q.2006 wurden Anlagegegenstände im Rahmen eines Sale and Lease Back-Vertrages in dieser Höhe veräußert.

2006 im Vergleich zu 2005.

Der Mittelzufluss aus der Finanzierungstätigkeit erhöhte sich von TEUR 194 in 2005 auf TEUR 14.905 in 2006. Hervorgerufen wurde diese Entwicklung im Wesentlichen durch Einzahlungen aufgrund der Barkapitalerhöhung in Höhe von TEUR 16.047 in 2006. Siehe „*Angaben über das Kapital und anwendbare Vorschriften — Entwicklung des Grundkapitals*“. Der Mittelzufluss aus der Finanzierungstätigkeit wurde teilweise durch mit der Barkapitalerhöhung verbundene Kosten in Höhe von TEUR 1.082 kompensiert, die direkt im Eigenkapital der Gesellschaft verbucht wurden. Darüber hinaus war eine weitere Kompensation des Mittelzuflusses aus der Finanzierungstätigkeit durch die Erhöhung der Tilgung von Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing in Höhe von TEUR 277 in 2006 zu verzeichnen. Dies beruhte auf der Zahlung der Raten aus der Sale and lease back-Vereinbarung aus 2005. Siehe unten „— *2005 im Vergleich zu 2004*“.

2005 im Vergleich zu 2004.

Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit verbesserte sich von einem Mittelabfluss in Höhe von TEUR 106 in 2004 auf einen Mittelzufluss in Höhe von TEUR 194 in 2005. Diese Entwicklung basiert insbesondere auf Einzahlungen aus Sale and lease back — Transaktionen in Höhe von TEUR 370 in 2005. Dies beruhte auf einer Vereinbarung mit einer Leasinggesellschaft in Bezug auf einen Großteil des Laborequipments und der IT-Ausstattung der Gesellschaft. Diese Gegenstände sind an die Leasinggesellschaft verkauft worden, und wurden von der Gesellschaft anschließend zurückgeleast.

Investitionen

Nachfolgend sind die gesamten Investitionssummen der Gesellschaft dargestellt, die Investitionen in Forschungs- und Entwicklungstätigkeit, immaterielle Vermögenswerte, Sachanlagen und Leasingvermögen enthalten. Die Investitionen im 1. Quartal 2007 sowie in den Geschäftsjahren 2006, 2005 und 2004 wurden hauptsächlich durch Finanzmittel aus Barkapitalerhöhungen finanziert. Siehe „— *Finanzverbindlichkeiten*“.

Im 1. Quartal 2007 beliefen sich die Investitionen der Gesellschaft auf TEUR 254, im Geschäftsjahr 2006 auf TEUR 1.238, in 2005 auf TEUR 327 und in 2004 auf TEUR 430. Insgesamt ergibt sich daraus eine Investitionssumme von TEUR 2.249.

Davon wurden im 1. Quartal 2007 insgesamt TEUR 254 in die Betriebs- und Geschäftsausstattung investiert. In 2006 wurden insgesamt TEUR 767 in die Forschungs- und Entwicklungstätigkeit, sowie TEUR 470 in das Anlagevermögen investiert. In 2005 und 2004 waren die wesentlichsten Investitionen solche in die Betriebs- und Geschäftsausstattung. Dies beruhte darauf, dass die Voraussetzungen für eine Aktivierung der Forschungs- und Entwicklungskosten in 2005 und 2004 noch nicht gegeben waren, wodurch die Gesellschaft in diesen beiden Jahren Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen noch nicht als Investitionen ausgewiesen hatte. Für weitere Einzelheiten dazu siehe unten „— *Immaterielle Vermögenswerte*“. In 2005 und 2004 wurden insgesamt TEUR 327 bzw. TEUR 430 in das Anlagevermögen investiert.

Wesentliche laufende Investitionsprojekte sind die Umstellung der gesamten IT-Infrastruktur, um das geplante Wachstum der Gesellschaft und die gestiegenen Anforderungen an Datensicherheit, Datenrekonstruktion und mobile Kommunikation sicherstellen zu können. Für dieses Projekt wurden Investitionen in Höhe von ca. TEUR 200 eingeplant, von denen bereits TEUR 115 ausgezahlt wurden. Die Investitionen wurden im Wesentlichen über Barkapitalerhöhungen (Siehe „Angaben über das Kapital und anwendbare Vorschriften — Entwicklung des Grundkapitals“) finanziert und hauptsächlich in Deutschland getätigt.

Die Gesellschaft plant, weitere Investitionen in 2007 durchzuführen. Dies sind insbesondere Investitionen in Labor- und Produktionsausstattung aufgrund der geplanten Kapazitätsausweitung und Investitionen in Spritzgusswerkzeuge zur Kostenreduktion der Komponenten des Brennstoffzellensystems und der Tankpatronen.

Verbindlichkeiten

Finanzverbindlichkeiten nach IFRS

	jeweils in TEUR am											
	31. Dezember 2006				31. Dezember 2005				31. Dezember 2004			
	Gesamt	Kurzfristig ⁽¹⁾	Mittelfristig ⁽¹⁾	Langfristig ⁽¹⁾	Gesamt	Kurzfristig ⁽¹⁾	Mittelfristig ⁽¹⁾	Langfristig ⁽¹⁾	Gesamt	Kurzfristig ⁽¹⁾	Mittelfristig ⁽¹⁾	Langfristig ⁽¹⁾
Verbindlichkeiten aus												
Finanzierungsleasing ⁽²⁾	629	288	341	0	566	190	376	0	0	0	0	0
Derivate mit negativem												
Marktwert	2.266	2.266	0	0	2.204	2.204	0	0	1.465	1.465	0	0
Sonstige langfristige												
Verbindlichkeiten ⁽³⁾	2.486	0	2.486	0	2.426	0	2.426	0	2.176	0	934	1.242
Summe	5.381	2.554	2.827	0	5.196	2.394	2.802	0	3.641	1.465	934	1.242

- (1) Kurzfristig bedeutet dabei eine Restlaufzeit bis einschließlich 1 Jahr, mittelfristig eine Laufzeit von über einem Jahr bis einschließlich fünf Jahren und langfristig eine Restlaufzeit von über fünf Jahren.
- (2) Die Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing bestehen zum einen aus einer „Sale and Lease back“ — Vereinbarung in Bezug auf einen Großteil des Laborequipments und der IT-Ausstattung der Gesellschaft. Eine Kaufoption am Ende der Laufzeit besteht nicht. Ferner wurden im Anschluss an diese Transaktion weitere Investitionen über denselben Leasinggeber im Rahmen des bestehenden Vertrages finanziert. Die monatliche Leasingrate richtet sich nach dem Finanzierungsvolumen und beträgt seit dem 1. Juni 2006 3,02 % desselben.
- (3) Die sonstigen langfristigen Verbindlichkeiten setzen sich im Wesentlichen aus der zum 31. Dezember 2007 aufgelösten stillen Beteiligungen mit der Technologie Beteiligungsfonds Bayern GmbH & Co. KG und der tbg Technologie-Beteiligungs-Gesellschaft mbH zusammen (siehe „Geschäftstätigkeit — Wesentliche Verträge — Stille Beteiligungen“).

Übrige Verbindlichkeiten nach IFRS

	jeweils in TEUR am								
	31. Dezember 2006			31. Dezember 2005			31. Dezember 2004		
	Gesamt	Kurzfristig ⁽¹⁾	Langfristig ⁽¹⁾	Gesamt	Kurzfristig ⁽¹⁾	Langfristig ⁽¹⁾	Gesamt	Kurzfristig ⁽¹⁾	Langfristig ⁽¹⁾
Steuerrückstellungen	0	0	0	0	0	0	37	37	0
Sonstige Rückstellungen	554	406	148	272	195	77	228	156	72
Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter	14	14	0	422	422	0	61	61	0
Verbindlichkeiten aus Anzahlungen	8	8	0	27	27	0	0	0	0
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.395	1.395	0	992	992	0	548	548	0
Verbindlichkeiten aus Percentage-of-Completion ⁽²⁾	455	455	0	14	14	0	63	63	0
Sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten	725	725	0	671	671	0	284	284	0
Passiver Rechnungsabgrenzungsposten	192	192	0	79	79	0	0	0	0
Passive latente Steuern	667	0	667	412	0	412	223	0	223
Summe	4.010	3.195	815	2.889	2.400	489	1.444	1.149	295

- (1) Kurzfristig bedeutet dabei eine Restlaufzeit bis einschließlich 1 Jahr, Langfristig von über einem Jahr.
- (2) Siehe dazu „Darstellung einzelner Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung — Umsatzerlöse“.

Eventualverbindlichkeiten und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die nachfolgende Tabelle zeigt die zum 31. März 2007 und 2006 sowie zum 31. Dezember 2006, 2005 und 2004 nach IFRS bestehenden Eventualverbindlichkeiten und sonstigen finanziellen Verpflichtungen der Gesellschaft.

Eventualverbindlichkeiten/Sonstige finanzielle Verpflichtungen nach IFRS

	jeweils in TEUR am			
	31. März 2007 ⁽¹⁾	31. Dezember 2006	31. Dezember 2005	31. Dezember 2004
Verpflichtungen auf Rückzahlung zweckgebundener Zuwendungen ⁽²⁾	1.468	1.406	289	114
Verpflichtungen aus Bürgschaften ⁽³⁾	145	45	31	31
Verpflichtungen aus Operate Leasingverträgen	598	673	539	682
davon fällig innerhalb eines Jahres	298	298	184	178
davon fällig zwischen 1 und 5 Jahren	300	375	355	504
davon fällig nach mehr als 5 Jahren	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>
Gesamt	<u>2.211</u>	<u>2.124</u>	<u>859</u>	<u>827</u>

(1) Diese Zahlen sind dem internen Rechnungswesen der Gesellschaft entnommen.

(2) Im Rahmen von öffentlichen Projektförderungen hat die Gesellschaft im 1. Quartal 2007 sowie in den Geschäftsjahren 2006, 2005 und 2004 nicht rückzahlbare zweckgebundene Zuwendungen erhalten, die unter dem Vorbehalt der Sicherstellung der Gesamtfinanzierung des Vorhabens stehen. Bis zum erfolgreichen Abschluss der Projekte besteht hinsichtlich der bisher erhaltenen Zahlungen Eventualverbindlichkeiten in obiger Höhe.

(3) Die Bürgschaften wurden im Zusammenhang mit Mietverträgen für Geschäftsräume und Parkplätze der Gesellschaft in Brunthal abgeschlossen. Im 1. Quartal 2007 wurde ferner für einen neuen Lieferanten eine Bankgarantie in Höhe von TEUR 100 vereinbart.

Erklärung zum Geschäftskapital

Nach Ansicht der Gesellschaft reichen ihre verfügbaren liquiden Mittel aus heutiger Sicht aus, um mindestens über die nächsten zwölf Monate ihre sämtlichen Verbindlichkeiten bei Fälligkeit zu erfüllen.

Immaterielle Vermögenswerte

Die Gesellschaft hat zum 31. Dezember 2006 insgesamt TEUR 1.236 (2005: TEUR 446; 2004 TEUR 312) als immaterielle Vermögenswerte aktiviert. Dabei handelt es sich im Wesentlichen um selbst entwickelte Patente sowie um aktivierte Forschungs- und Entwicklungskosten der Gesellschaft. Für weitere Informationen zu Patenten siehe „Geschäftstätigkeit — Patente, Marken & Lizenzen“. Entgeltlich erworbene immaterielle Vermögenswerte werden zu Anschaffungskosten, vermindert um lineare Abschreibungen, angesetzt. Die Abschreibung immaterieller Vermögenswerte erfolgt grundsätzlich planmäßig über die wirtschaftliche Nutzungsdauer. Die Abschreibungsdauern betragen für Patente 5 Jahre und für Lizenzen 3 Jahre. Immaterielle Vermögenswerte mit einer unbestimmten Nutzungsdauer liegen nicht vor. Entwicklungskosten werden gemäß IAS 38 „Immaterielle Vermögenswerte“ aktiviert, wenn ein neu entwickelter Vermögenswert eindeutig abgegrenzt werden kann, technisch realisierbar ist und entweder die eigene Nutzung oder die Vermarktung vorgesehen ist. Weiterhin setzt die Aktivierung voraus, dass die Entwicklungskosten mit hinreichender Wahrscheinlichkeit durch künftige Finanzmittelzuflüsse gedeckt werden und die für die Entwicklung angefallenen Ausgaben zuverlässig bewertet werden können. Aktivierte Entwicklungskosten werden planmäßig über die erwartete wirtschaftliche Nutzungsdauer der Vermögenswerte abgeschrieben. Falls die Voraussetzungen für eine Aktivierung nicht gegeben sind, werden die Aufwendungen im Jahr ihrer Entstehung ergebniswirksam verrechnet. Forschungskosten werden gemäß IAS 38 „Immaterielle Vermögenswerte“ als laufender Aufwand ausgewiesen.

Quantitative und qualitative Angaben zum Marktrisiko

Die Gesellschaft ist als international tätiges Unternehmen im Rahmen seiner geschäftlichen Aktivitäten verschiedenen Marktrisiken ausgesetzt, die im Abschnitt „Risikofaktoren“ näher beschrieben sind. Diesen Risiken begegnet die Gesellschaft durch ein umfassendes Risikomanagementsystem, das integraler Bestandteil der Geschäftsprozesse und ein wesentliches Element der unternehmerischen Entscheidungen ist (Siehe dazu auch „Risikofaktoren — Risiken im Zusammenhang mit der Geschäftstätigkeit der Gesellschaft — Es bestehen Risiken im Zusammenhang mit dem schnellen Wachstum der Gesellschaft, insbesondere für die Unternehmensorganisation, die Personal- und Controllingstrukturen, das Risikomanagement- und Überwachungssystem sowie für Vertrieb und Logistik“).

Nachfolgend sind einige wesentliche Marktrisiken beschrieben, die sowohl die Geschäftsentwicklung, als auch die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage maßgeblich beeinflussen können. Damit zusammenhängend

werden teilweise auch die im Einzelnen vorgenommenen Maßnahmen erörtert, die zur Identifizierung, Beobachtung und Reduzierung der wichtigsten Marktrisiken verwendet werden.

Rohstoff- und Komponentenpreisrisiken

Die Schwankungen der Einkaufspreise von Rohstoffen, sowie Vor- und Zwischenprodukten stellen für die Gesellschaft ein potenzielles Risiko dar. Zur Verringerung dieser Preis- und Bezugsrisiken auf der Beschaffungsseite werden Kostensenkungen durch Forschung und Entwicklung, weltweite Einkaufsaktivitäten, möglichst langfristige Lieferverträge und die kontinuierliche Optimierung des Lieferantenportfolios eingesetzt. Bei der Auswahl der Lieferanten ist deren individuelle Leistungsfähigkeit und Qualität ein zentrales Kriterium für SFC. Die Gesellschaft zieht es in Betracht, zukünftig die Risiken aus dem Bezug von Rohstoffen durch Sicherungsgeschäfte (z.B. Hedging) abzusichern.

Währungsrisiken

SFC ist international tätig und generiert demzufolge einen Teil ihrer Umsätze in anderen Währungen als dem Euro; auch ein Teil des Aufwands von SFC entsteht in anderen Währungen als dem Euro. Aus diesem Grund wird die Umsatz- und Ertragslage von SFC von den Schwankungen der relativen Werte der maßgeblichen Währungen, insbesondere zwischen dem Euro und dem US-Dollar beeinflusst. In den Jahren 2006, 2005 und 2004 hatten sich Aufwand und Ertrag in Fremdwährungen im Regelfall weitestgehend ausgeglichen. SFC hat im Februar 2007 erstmals Devisentermingeschäfte zur Sicherung von Währungsrisiken abgeschlossen. Für weitere Erläuterungen siehe „Risikofaktoren — Risiken im Zusammenhang mit der Geschäftstätigkeit der Gesellschaft — Die Gesellschaft treffen Risiken aus Wechselkurschwankungen“.

Kritische Bilanzierungsgrundsätze

Bei der Erstellung des Jahresabschlusses nach IFRS hat die Gesellschaft bestimmte Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze angewendet, die für die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft von wesentlicher Bedeutung sind. Die Anwendung einiger dieser Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze geben der Gesellschaft ein Wahlrecht bzw. setzen Schätzungen und Annahmen voraus, die bisweilen schwierige und komplexe Beurteilungen und Entscheidungen erforderlich machen. Diese Beurteilungen können sich nachträglich als unzutreffend erweisen. Nachfolgend sind einige Bilanzierungsgrundsätze der Gesellschaft dargestellt:

Bewertung von Rückstellungen, insbesondere Garantierückstellungen

Im Rahmen der gebotenen Vorsicht in den Schätzungen werden Unsicherheiten rückstellungserhöhend berücksichtigt. Für die Bewertung der Gewährleistungsrückstellung wird die Annahme getroffen, dass sich die Garantiekosten gleichmäßig über die Garantiefrist von 24 Monaten verteilen. Der Abzinsungsfaktor beträgt 4%.

Aktivierungspflicht für selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte

Basierend auf den Planungen und Einschätzungen des Managements werden Entwicklungskosten seit dem Geschäftsjahr 2006 aktiviert. Für weitere Einzelheiten siehe oben „- Liquidität und Kapitalausstattung — Immaterielle Vermögenswerte“.

Ansatz aktiver latenter Steuern, insbesondere auf Verlustvorträge

Auf steuerliche Verlustvorträge werden keine aktiven latenten Steuern gebildet, da das Vorhandensein zukünftiger steuerlicher Ergebnisse zur Nutzung der steuerlichen Verlustvorträge noch nicht substantiell belegt werden kann.

Bewertung eingebetteter Derivate in Beteiligungsverträgen stiller Gesellschafter

Die in Beteiligungsverträgen stiller Gesellschafter eingebetteten Derivate werden nach dem Black-Scholes Optionspreismodell bewertet. Diese Bewertung erfolgt anhand verschiedener Parameter, denen Schätzungen zugrunde liegen (z. B. zukünftige Volatilität des Derivats). Der Marktwert der Derivate wird in der Bilanz als Verbindlichkeit aus Derivaten ausgewiesen. Wertschwankungen werden erfolgswirksam im Periodenergebnis erfasst. Der Bewertungsansatz für die in Beteiligungsverträgen eingebetteten Derivate hat für die Gesellschaft nur noch bis zum 31. Dezember 2007 Relevanz, da die Beteiligungsverträge stiller Gesellschafter zu diesem Zeitpunkt enden. Siehe „Beschreibung der Geschäftstätigkeit — Wesentliche Verträge — Stille Beteiligungen“.

Bewertung von Aktienoptionen

Die Gesellschaft hat ein Aktienoptionsprogramm aufgelegt. Siehe „*Beschreibung der Geschäftstätigkeit — Mitarbeiter — Aktienoptionsprogramm*“. Im Rahmen der Bewertung dieser Aktienoptionsprogramme wurden auf Basis der Einschätzung des Vorstandes der Gesellschaft unter anderem der Aktienkurs am Bewertungsstichtag, die erwarteten Laufzeiten, die zukünftige Volatilität und die erwartete Fluktuation ermittelt.

Teilgewinnrealisierung

Im Rahmen der JDAs führt SFC Auftragsentwicklungen durch. Diese langfristigen Entwicklungsaufträge werden nach der PoC-Methode bilanziert. Der anzusetzende Fertigstellungsgrad je Auftrag wird dabei durch das Verhältnis der aufgelaufenen Kosten zu den hochgerechneten Gesamtkosten („**Cost-to-Cost-Methode**“) bestimmt. Für weitere Informationen siehe „— *Darstellung einzelner Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung — Umsatzerlöse*“.

Zusätzliche Informationen aus dem HGB- Einzelabschluss zum 31. Dezember 2006

Der Jahresabschluss der Gesellschaft für das am 31. Dezember 2006 endende Geschäftsjahr wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches unter Anwendung des Gesamtkostenverfahrens und unter Beachtung der ergänzenden Regeln des Aktiengesetzes aufgestellt. Danach stieg das Eigenkapital von SFC von negativen TEUR 2.184 im Jahr 2005 (ausgewiesen unter den Aktiva als nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag) auf TEUR 8.294 im Jahr 2006 an. Die Gesamtverbindlichkeiten reduzierten sich von TEUR 4.018 im Jahr 2005 auf TEUR 3.764 im Jahr 2006. Der Jahresfehlbetrag hat sich von TEUR 4.887 in 2005 auf TEUR 5.569 in 2006 erhöht.

Zusammenfassung wesentlicher Unterschiede zwischen IFRS und HGB

Im Folgenden werden die wesentlichen Unterschiede des Jahresabschlusses nach deutschen handelsrechtlichen Grundsätzen und nach IFRS-Regeln bezüglich verschiedener Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung der Gesellschaft dargestellt. Außerdem weichen die Rechnungslegungswerke unter anderem auch hinsichtlich des Umfangs der Anhangsangaben voneinander ab. Aufgrund der erstmaligen Bilanzierung nach IFRS im Jahre 2004 enthält der Anhang zum IFRS-Jahresabschluss 2006 gleichfalls eine Beschreibung der wesentlichen Bilanzierungsunterschiede. Siehe „*Finanzteil*“.

Stille Beteiligungen

Im Wesentlichen ist die nach HGB als Verbindlichkeit erfasste stille Beteiligung gemäß IAS 39 „*Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung*“ in zwei Komponenten zu zerlegen: die Beteiligung selbst, die als Verbindlichkeit unter Anwendung der Effektivzinsmethode bewertet wird und die gewinnabhängige Vergütung die nach IAS 39 „*Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung*“ als eingebettetes trennungspflichtiges Derivat zu klassifizieren und mit Marktwert zu bewerten war. Der Effekt auf das Eigenkapital ergibt sich im Wesentlichen aus dieser Marktbewertung.

Ingangsetzungsaufwendungen

Die nach HGB zulässige Bilanzierungshilfe „*Aufwendungen für die Ingangsetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebs*“ erfüllt nicht die Definition eines Vermögenswerts im Sinne der IFRS und ist daher nach IFRS zu eliminieren.

Entwicklungskosten

Aufwendungen für interne Entwicklungen sind nach IAS 38 „*Immaterielle Vermögenswerte*“ unter gewissen Voraussetzungen zu aktivieren und über die erwartete wirtschaftliche Nutzungsdauer abzuschreiben. Die Aktivierungsvoraussetzungen waren für einen Teil der Aufwendungen in 2006 erfüllt, somit fand eine Aktivierung statt. Im HGB-Abschluss sind diese Entwicklungskosten im Aufwand enthalten.

Auftragsentwicklung

Im Rahmen der JDAs führt SFC Auftragsentwicklung durch. Die Realisierung der aus diesen Aufträgen resultierenden Umsatzerlöse erfolgt gemäß IAS 11 unter Anwendung der Teilgewinnrealisierungsmethode. Nach HGB werden die Umsätze nach Erreichung von Projektmeilensteinen realisiert.

Patente

Externe Gebühren und Kosten, die im Rahmen der Registrierung von intern erstellten Patenten angefallen sind, werden unter IAS 38 „Immaterielle Vermögenswerte“ als direkte zurechenbare Herstellkosten der Patente aktiviert und über deren erwartete wirtschaftliche Nutzungsdauer von fünf Jahren abgeschrieben. Interne Kosten wurden für diese Patente nicht angesetzt, da diese nicht direkt den Patenten zurechenbar sind. Nach HGB ist eine Aktivierung von selbst erstellten immateriellen Vermögensgegenständen nicht zulässig.

Sale and Lease back

Im Geschäftsjahr 2005 veräußerte SFC einen Teil seines Anlagevermögens an die Compendium Leasing Beteiligungs GmbH und mietete es von dieser zurück. Der Leasingvertrag ist unter Anwendung der Kriterien des IAS 17 „Leasingverhältnisse“ als Finanzierungsleasing zu klassifizieren. Die Vermögenswerte sind daher im Unterschied zur HGB-Bilanz weiterhin bei SFC im Anlagevermögen zu führen. Das heißt, die Vermögenswerte werden in der HGB-Bilanz nicht als Sachanlagevermögen bilanziert und folglich auch nicht abgeschrieben. Die Leasingraten werden in der HGB-Gewinn- und Verlustrechnung als sonstiger betrieblicher Aufwand verbucht. Demgegenüber werden die Vermögensgegenstände nach IFRS in der Bilanz als Sachanlage mit dem Barwert der Mindestleasingzahlung aktiviert und in gleicher Höhe wird eine sonstige Verbindlichkeit passiviert (Dabei wird der kurzfristige Anteil der Leasingverbindlichkeit unter „Kurzfristige Verbindlichkeiten“ und der langfristige Anteil unter „Langfristige Verbindlichkeiten“ ausgewiesen.). Der Leasinggegenstand wird planmäßig linear abgeschrieben. Die unter HGB als Leasingaufwand gezeigte regelmäßige Zahlung zerfällt unter IFRS in eine Tilgung und eine Zinszahlung (Zinsaufwand) für die aus dem Leasingverhältnis resultierende Verbindlichkeit. Der Zinsanteil wird in der IFRS-Gewinn und Verlustrechnung als Zinsaufwand erfasst.

Kosten der Kapitalbeschaffung

Die im Geschäftsjahr 2006 angefallenen Kosten im Rahmen der Barkapitalerhöhung (siehe dazu „Angaben über das Kapital und anwendbare Vorschriften — Entwicklung des Grundkapitals“) wurden nach IAS 32 „Finanzinstrumente: Angaben und Darstellung“ unter Berücksichtigung des Steuereffekts vom Eigenkapital abgesetzt und mit der Kapitalrücklage verrechnet. Im HGB-Abschluss sind solche Kosten in voller Höhe aufwandswirksam.

Aktienoptionen

Im Rahmen von Aktienoptionsplänen wurden Mitarbeitern und Vorstandsmitgliedern Optionen auf Aktien gewährt, die sie zum Ausübungszeitpunkt berechtigen, eine festgelegte Anzahl von Aktien zum festgelegten Bezugskurs zu erwerben. Siehe „Beschreibung der Geschäftstätigkeit — Mitarbeiter — Aktienoptionsprogramm“. Nach IFRS werden diese Optionen zum Zeitpunkt ihrer Ausgabe auf Basis eines Optionspreismodells mit dem auf den Ausgabezeitpunkt bezogenen beizulegenden Zeitwert („fair value“) bewertet. Der fair value ist gemäß IFRS über den jeweiligen Ausübungszeitraum („Vesting-Period“) als Personalaufwand aufwandswirksam zu berücksichtigen. Gleichzeitig ist in diesem Zeitraum ein diesem Aufwand entsprechender Betrag in der IFRS-Bilanz in die Kapitalrücklage einzustellen. Da der Gesellschaft bei Ausgabe der Optionen keine tatsächlichen Aufwendungen im Sinne eines Mittelabflusses entstehen, wird demgegenüber nach HGB bei der Ausgabe von Aktienoptionen kein Aufwand erfasst und erfolgt auch keine Einstellung in eine Eigenkapitalposition. Nach HGB ist somit die Ausgabe von Aktienoptionen unter Aktienoptionsplänen bilanz- und aufwandsneutral.

Latente Steuern

Aktive und passive latente Steuern wurden entsprechend IAS 12 „Ertragsteuern“ nach der bilanzorientierten Verbindlichkeitsmethode für sämtliche temporäre Differenzen zwischen den steuerlichen und den IFRS Wertansätzen gebildet. Aktive latente Steuern auf Verlustvorträge wurden nicht berücksichtigt. Aktive latente Steuern werden nur bis zur Höhe der passiven latenten Steuern angesetzt. Per Saldo entsteht folglich kein Steueraufwand aus latenten Steuern nach IFRS. Nach HGB wurden keine latenten Steuern gebildet.

BESCHREIBUNG DER GESCHÄFTSTÄTIGKEIT

Überblick

Die Gesellschaft entwickelt, produziert und vermarktet Brennstoffzellensysteme auf Methanolbasis mit einer Nennleistung von 10 W bis 250 W (0,24 kWh bis 6 kWh Tagesstromproduktion). Sie ist nach eigener Einschätzung der erste kommerzielle Anbieter und weltweiter Technologie- und Marktführer in der kommerziellen Herstellung solcher Brennstoffzellensysteme. Brennstoffzellensysteme erzeugen Elektrizität auf elektrochemischem Wege, sind dabei umweltfreundlich und nahezu geräuschlos. Sie haben vielfältige Anwendungen im Freizeitbereich, in der Industrie und dem Bereich Verteidigung sowie in anderen Situationen, in denen eine Stromversorgung über ein stationäres Stromnetz oder durch andere netzunabhängige Stromquellen technisch oder wirtschaftlich nicht oder nur eingeschränkt möglich ist. Die Brennstoffzellensysteme der Gesellschaft werden in der Regel zusammen mit einer wieder aufladbaren Batterie betrieben und zum Teil zusätzlich mit Photovoltaikmodulen oder anderen Stromquellen eingesetzt (Hybridkonfiguration). Dies bedeutet, dass die Produkte der Gesellschaft elektrische Geräte in der Regel nicht unmittelbar mit Strom versorgen, sondern mit anderen, vorwiegend netzunabhängigen, Stromquellen zusammengeschaltet werden. Das hat den Vorteil, dass der Leistungsbereich der Systeme nach oben und unten erweitert werden kann und die Brennstoffzellensysteme damit flexibel bei Geräten mit hohem sowie geringen Energiebedarf eingesetzt werden können. So können die Brennstoffzellensysteme der Gesellschaft, die selbst Nennleistungen von etwa 10 W bis 250 W erzeugen, Batterien laden, die kurzfristig Leistungen von mehreren kW zur Verfügung stellen. Auf diese Weise lassen sich die Vorteile beider Systeme — hohe Spitzenleistung der Batterie und die langfristig verfügbare Dauerleistung der Brennstoffzelle — kombinieren. Die Gesellschaft ist bislang nach eigenen Erkenntnissen das erste Unternehmen, das Brennstoffzellensysteme auf Methanolbasis serienmäßig fertigt und als Standardprodukt liefert. Daneben entwickelt die Gesellschaft auch spezifische Lösungen für Kunden aus der Industrie und dem Bereich Verteidigung. Während die meisten anderen Unternehmen, die sich mit Brennstoffzellensystemen beschäftigen, sich nach Erkenntnissen der Gesellschaft noch in der Entwicklungsphase befinden oder Prototypen betreiben, hat die Gesellschaft seit 2002 bereits mehr als 4.300 Brennstoffzellensysteme über ihre mehrstufige Vertriebsstruktur an Endverbraucher sowie unmittelbar an Industriekunden und Kunden im Verteidigungsbereich geliefert.

Der Markt für netzunabhängige Stromversorgung wird bislang von anderen Technologien als Brennstoffzellensystemen dominiert. Von den Herstellern von Energiespeichern werden Batterien (wiederaufladbar und nicht wiederaufladbar) und Kondensatoren für die netzunabhängige Stromversorgung angeboten. Im Bereich der Energiewandler sind Solarzellen sowie mechanische Generatoren, die Windkraft, Wasserkraft oder Verbrennungsmotoren zur Stromerzeugung einsetzen, verbreitet. Die Gesellschaft hat für sich gegenwärtig drei Marktsegmente identifiziert, in denen die von ihr entwickelten Brennstoffzellensysteme aufgrund ihrer hohen Energiedichte, geringen Geräuschentwicklung und ihres geringen Gewichts, Umweltfreundlichkeit, schneller Wiederverfügbarkeit, Laufzeit und Verlässlichkeit nach Ansicht der Gesellschaft besondere Wettbewerbsvorteile aufweisen. Es handelt sich um die Marktsegmente Freizeit, netzunabhängige Industrieanwendungen sowie Verteidigung.

Im Marktsegment Freizeit werden Brennstoffzellensysteme für den nachträglichen oder werksseitigen Einbau in Reisemobile und Freizeitboote angeboten und dienen der autarken Versorgung mit Bordstrom. Daneben finden Brennstoffzellensysteme auch in Berg- und Ferienhütten Verwendung. Für die Kunden besteht der Zusatznutzen eines Brennstoffzellensystems in diesem Marktsegment insbesondere in der gesteigerten Unabhängigkeit, dem gesteigerten Komfort und der leichten Handhabbarkeit des Produkts („Comfortonomy“). Ein Brennstoffzellensystem der Gesellschaft liefert bei einem typischen Bordstrombedarf eines europäischen Reisemobils von 50 Ah pro Tag (Quelle: promobil 3/2007, Seite 96) Unabhängigkeit von festen Stromnetzen für bis zu zwei Wochen aus einer 10 Liter Methanolpatrone, erhöht dabei das Gewicht des Reisemobils aber nur um ca. 16 kg (einschließlich Patrone). In diesem Marktsegment hat die Gesellschaft im Geschäftsjahr 2006 etwa 49 % ihres Umsatzes erzielt.

Im Marktsegment netzunabhängige Industrieanwendungen liefert die Gesellschaft Stromquellen für stationäre Einrichtungen, insbesondere in der Sicherheits- und Messtechnik, wie z.B. Videoüberwachung, Umweltsensorik, Wetterstationen, Verkehrstechnik, Öl- und Gasexploration. Der Zusatznutzen für Kunden in diesem Marktsegment besteht insbesondere in der langen Laufzeit der Brennstoffzellensysteme der Gesellschaft, den langen Wartungsintervallen und der Unabhängigkeit von klimatischen Bedingungen. So können z.B. weniger energieintensive Messgeräte auch unter extremen Bedingungen über Monate von einem Brennstoffzellensystem mit Strom versorgt werden, ohne dass ein manueller Patronenwechsel oder sonstige Wartungsarbeiten erforderlich sind. In diesem Marktsegment hat die Gesellschaft im Geschäftsjahr 2006 etwa 10 % ihres Umsatzes erzielt.

Das Marktsegment Verteidigung ist das jüngste Segment der Gesellschaft. Es umfasst gegenüber den vorgenannten Bereichen leichtere und kleinere Brennstoffzellensysteme, die „am Mann“ tragbar sind. In diesem Bereich hat die Gesellschaft im Auftrag der Deutschen Bundeswehr und der U.S. Streitkräfte Prototypen eines Brennstoffzellensystems entwickelt, das in der Ausrüstung eines Soldaten Platz findet. Die Produktpalette für dieses Marktsegment wird durch einen portablen Stromverteiler (Power Manager) ergänzt, der auch unabhängig von der Verwendung eines Brennstoffzellensystems zur Optimierung der Nutzung verschiedener portabler Stromquellen verwendet werden kann. Die Attraktivität eines Brennstoffzellensystems für Kunden in diesem Marktsegment besteht vor allem in der Gewichtsersparnis gegenüber Batterien, der dauerhaften Verfügbarkeit auch während und unmittelbar nach dem Tankpatronenwechsel sowie seiner geringen Ortbarkeit im Vergleich zu Generatoren. In diesem Marktsegment hat die Gesellschaft im Geschäftsjahr 2006 etwa 14 % ihres Umsatzes erzielt.

Mit fortschreitender Miniaturisierung und Stückkostenreduktion ihrer Brennstoffzellensysteme plant die Gesellschaft, ihre Brennstoffzellensysteme auch im Marktsegment leichte Elektrofahrzeuge sowie mittelfristig bei der Stromversorgung von Konsumgüterelektronik sowie bei der Stromversorgung im Gesundheitswesen zu positionieren.

Neben Brennstoffzellensystemen vertreibt die Gesellschaft einfach zu wechselnde Methanol-Tankpatronen, die ihre Brennstoffzellensysteme mit Brennstoff versorgen und deren Sicherheit durch TÜV-Zertifizierung bestätigt ist. Mit dem Verkauf von Tankpatronen hat die Gesellschaft im Geschäftsjahr 2006 etwa 1 % ihres Umsatzes erwirtschaftet.

Schließlich unterhält die Gesellschaft JDAs mit verschiedenen Kunden, in welchen sie sich verpflichtet, gegen Entgelt spezifische Produktlösungen zu entwickeln. Über JDAs wurden im Geschäftsjahr 2006 etwa 24,5 % des Umsatzes erzielt.

Insgesamt wurden in 2006 ca. 75 % des Umsatzes aus dem kommerziellen Verkauf von Produkten erzielt.

Geschichte

Die Gesellschaft wurde im Februar 2000 gegründet. 2001 präsentierte SFC den seinerzeit ersten voll funktionsfähigen Prototypen einer kompakten DMFC-Stromquelle auf der Wasserstoff-Expo in Hamburg. Hiermit wurde die grundsätzliche Tauglichkeit des technologischen Ansatzes „Stromerzeugung aus Methanol“ demonstriert. Auf dieser Basis wurde im Januar 2003 das Brennstoffzellensystem „A 25“ vorgestellt, das mit CE-Konformität und der freiwilligen Zertifizierung durch den TÜV Süddeutschland wichtige Kriterien eines Serienproduktes erfüllte. Dieses Produkt war die weltweit erste für private Endverbraucher auf dem Markt erhältliche Brennstoffzelle.

Im Sommer 2003 führte die Gesellschaft eine Kapitalerhöhung unter Beteiligung der Gründungsinvestoren 3i Group Investments LP und PRICAP Venture Partners AG sowie des neuen strategischen Investors Du Pont Chemical and Energy Operations, Inc, einer Gesellschaft des Du Pont Konzerns, erfolgreich durch. Seit dieser Zeit besteht mit dem Du Pont-Konzern eine intensive Partnerschaft bezüglich gemeinsamer Entwicklung und eine Lieferbeziehung von Schlüsselkomponenten für die Produkte der Gesellschaft.

2004 führte die Gesellschaft die „A 50“ in den Freizeitmarkt ein: ein kompaktes, tragbares Brennstoffzellensystem mit deutlich erhöhter Leistungsfähigkeit und Funktionalität, verglichen mit dem Vorgängermodell. Dieses Produkt wurde 2005 von Hymer in die Serienausstattung der Reisemobile der damaligen Baureihe „S-Klasse“ aufgenommen und war somit die weltweit erste serienmäßig in Kraftfahrzeugen eingebaute Brennstoffzelle. Im selben Jahr wurde die Gesellschaft unter Einbindung von Du Pont mit dem „DACP“-Auftrag — Defense Acquisition Challenge Program — der U.S.-Streitkräfte zur Entwicklung einer sehr kompakten, am Mann tragbaren militärischen Stromversorgung auf DMFC-Basis betraut. Seit 2005 ist das Qualitätsmanagement-System der Gesellschaft gemäß DIN ISO 9001:2000 zertifiziert. Des Weiteren hat die Gesellschaft ein internationales Distributionssystem für ihre Methanoltankpatronen aufgebaut, die zum Betrieb der Brennstoffzellensysteme erforderlich sind.

Im Jahr 2006 setzte die Gesellschaft mit der EFOY-Serie eine Weiterentwicklung der Produktpalette sowie des gesamten Markenauftritts um. Gleichzeitig wurden im Rahmen einer Kapitalerhöhung etwa EUR 15 Millionen privat platziert, und es erfolgte eine Notierungsaufnahme im Freiverkehr (Open Market) der Frankfurter Wertpapierbörse.

Wettbewerbsstärken

Die Gesellschaft zeichnet sich ihrer Ansicht nach insbesondere durch folgende Wettbewerbsstärken aus, die wesentlich zum Geschäftserfolg der Gesellschaft beitragen und eine solide Ausgangsbasis für von der Gesellschaft erwartetes weiteres starkes Wachstum bei Reduktion der Stückkosten bilden:

Weltweit erster und führender kommerzieller Anbieter von Brennstoffzellensystemen auf Methanolbasis

Nach eigener Einschätzung ist die Gesellschaft der erste kommerzielle Anbieter von Brennstoffzellensystemen auf Methanolbasis und nimmt damit weltweit eine herausragende Stellung im Markt netzunabhängiger Stromversorgung mit dieser Technologie ein. Im Gegensatz zu weiteren Marktteilnehmern in diesem Bereich, die sich noch in Entwicklungs- oder Prototypenphasen befinden, verkauft die Gesellschaft bereits seit drei Jahren kommerzielle Brennstoffzellenprodukte über Groß- und Zwischenhändler an Endverbraucher sowie an Industriekunden. Durch die Vermarktung TÜV-zertifizierter Serienprodukte hat sich die Gesellschaft als Markt- und Technologieführer bei Brennstoffzellensystemen auf Methanolbasis etabliert. Dieser Vorsprung in Entwicklung und Vermarktung ihrer Produkte ermöglicht es der Gesellschaft, ihre Produkte aufgrund von Kunden- und Marktanforderungen zu optimieren und für entwickelte technische Lösungen soweit möglich Patentschutz zu erlangen. Zudem gibt ihre führende Stellung der Gesellschaft die Möglichkeit, Marktstandards zu setzen und ihren Namen als erster Anbieter im Markt bekannt zu machen.

Starke Marktstellung durch überlegene Produkteigenschaften gegenüber konventionellen und/oder alternativen Produkten zur netzunabhängigen Stromversorgung

Im Vergleich zu konventionellen netzunabhängigen Stromversorgungssystemen wie Batterien, Benzin- und Dieselmotoren oder Photovoltaik-Anlagen weisen die Produkte der Gesellschaft eine Vielzahl an Vorteilen auf. Als weltweit erster und führender kommerzieller Anbieter von Brennstoffzellensystemen auf Methanolbasis profitiert die Gesellschaft von den Vorteilen ihrer Produkte, insbesondere bei der Energiedichte, Geräuschkennlinie, Gewicht, Umweltfreundlichkeit, Verfügbarkeit, Laufzeit und Verlässlichkeit. Die nachgewiesene Energiedichte des flüssigen Methanols einschließlich der Wirkungsgradverluste bei der Verstromung in Brennstoffzellensystemen der Gesellschaft beträgt bereits heute über 1000 Wh/kg und ist damit um ein Mehrfaches höher als bei modernen Batterien. Dieser Umstand ermöglicht relativ kompakte Abmessungen und ein geringes Gewicht der Stromquelle und erlaubt einen vielseitigen Einsatz bei hoher Mobilität. Im Gegensatz zu Photovoltaik-Anlagen ist die Stromerzeugung in den Brennstoffzellensystemen der Gesellschaft nahezu unabhängig von den herrschenden Witterungsbedingungen und unabhängig von Tages- oder Jahreszeiten. Die Produkte der Gesellschaft arbeiten sehr geräuscharm und sind wesentlich leiser als herkömmliche Stromgeneratoren mit Verbrennungsmotor. Aufgrund der hohen Sicherheitsstandards, die von Prüfstellen wie z.B. dem TÜV Süddeutschland bestätigt sind, können die Produkte der Gesellschaft vielseitig auch in anspruchsvollen Umgebungen (z.B. im Bordnetz von Kraftfahrzeugen) eingesetzt werden. Die Gesellschaft profitiert vom umweltfreundlichen Image ihrer Produkte. Bei der Stromerzeugung entsteht bei einer angenommenen Dauerleistung von 50 Watt neben Wasser lediglich Kohlendioxid in einer Menge, die in etwa der Atemluft eines Kindes entspricht.

Hohe Markteintrittsbarrieren: Technologievorsprung durch Forschungs- und Entwicklungskompetenz mit umfangreichem IP-Portfolio

Die aus gegenwärtig 24 Experten bestehende Forschungs- und Entwicklungsabteilung der Gesellschaft hat eine eigene Brennstoffzellentechnologie auf Methanolbasis entwickelt, welche die Basis der Produkte der Gesellschaft darstellt. Die Forschungs- und Entwicklungsarbeit ist anwendungs- und produktorientiert; akademisch geprägte, wissenschaftliche Grundlagenthemen werden typischerweise in Kooperation mit Instituten und Entwicklungspartnern bearbeitet. Die Forschungs- und Entwicklungsabteilung der Gesellschaft hat es bisher als Einzige geschafft, Brennstoffzellensysteme aus dem Forschungs- und Entwicklungsstadium in ein kommerzielles Produkt auf Methanolbasis zu überführen. Wesentliche Komponenten der Produkte und Verfahrensschritte sind für die Gesellschaft patentgeschützt. Die Gesellschaft hat im Zusammenhang mit ihren Produkten 21 Patentfamilien mit 59 Schutzrechten angemeldet, von denen zehn erteilt sind. Mittelfristig erwartet die Gesellschaft, dass mit den Schutzrechten weitere Einnahmequellen durch Lizenznahmen erschlossen werden können. Die Kombination ihres Technologievorsprungs mit dem bestehenden Patentschutz und dem bestehenden Lieferanten- und Kundenstamm bildet einen effektiven Wettbewerbsschutz, der nach Ansicht der Gesellschaft von Marktneueinsteigern mit finanziellen Mitteln allein zumindest kurzfristig nicht überwunden werden kann. Nach Auffassung der Gesellschaft ist ihre Brennstoffzellen-Technologie auf Methanolbasis die am weitesten fortgeschrittene Technologie in diesem Bereich. Sie sieht sich daher mit Ausnahme des Marktsegments Verteidigung derzeit nicht in direktem Wettbewerb mit anderen Brennstoffzellenanbietern.

Etablierte Infrastruktur zum Vertrieb von Brennstoffzellensystemen sowie zur Versorgung der Kunden mit Methanoltankpatronen

Die Gesellschaft hat ein funktionierendes Vertriebsnetzwerk über Groß- und Einzelhändler aufgebaut. Die Kooperationen mit einer Reihe von Großhändlern wie beispielsweise Movera, einem Unternehmen der Hymer-Gruppe, Trigano Service in Frankreich, Webasto Product Italy in Italien sowie führenden Erstausrüstern und Handelsorganisationen im Freizeitbereich, haben eine wichtige Rolle bei der Kommerzialisierung der Produkte der Gesellschaft gespielt. In verschiedenen Reisemobilen von Hymer können die Brennstoffzellensysteme der Gesellschaft als Sonderausstattung ab Werk erworben werden. Zudem erwartet die Gesellschaft erhebliches Wachstumspotential aus der Nachrüstung von Reisemobilen. Bei Bootsanwendungen werden die Brennstoffzellensysteme der Gesellschaft exklusiv über den Großhändler Max Power, einem Unternehmen der Navimo-Gruppe, und unter dessen Markenauftritt vertrieben. Max Power verfügt über Fachzentren in über 30 Ländern und über 400 Verkaufshändler weltweit. Die Gesellschaft hat Zugang zu einer funktionierenden Infrastruktur zur Versorgung ihrer Industriekunden sowie von Endverbrauchern mit Methanoltankpatronen zum Betrieb der Brennstoffzellensysteme. Innerhalb Westeuropas vertreibt die Gesellschaft über mehrere hundert Verkaufsstellen, typischerweise Händler für Reisemobile, Boote und Zubehör, ihre Tankpatronen. Zusätzliche Absatzkanäle für Tankpatronen wie auch für Brennstoffzellensysteme an Industriekunden und Großhändler sind die Internetseite der Gesellschaft und eine Telefon-Hotline.

Langjährige etablierte strategische Partnerschaften

Die Gesellschaft profitiert seit Jahren von ihren strategischen Partnerschaften. Diese unterstützen die Gesellschaft bei ihrem Ziel, die Technologie- und Marktführerschaft bei kommerziellen Brennstoffzellensystemen zu erhalten und weiter auszubauen. Die Partner der Gesellschaft nehmen führende Positionen in ihren jeweiligen Marktsegmenten ein.

Die Gesellschaft kooperiert z.B. seit 2001 mit Du Pont, einem der weltweit größten Chemieunternehmen und bedeutenden Hersteller von Grundkomponenten für Brennstoffzellensysteme. 2003 hat die Gesellschaft die Zusammenarbeit mit Du Pont durch drei Vereinbarungen, die die strategische Entwicklungskooperation, die kommerzielle Lieferbeziehung und die Investition von Du Pont im Rahmen einer Kapitalerhöhung der Gesellschaft regeln, vertraglich fixiert. Die Gesellschaft profitiert nach eigener Einschätzung von der engen Partnerschaft mit Du Pont als einem der führenden Lieferanten der Kernkomponenten ihrer Produkte.

Im Verteidigungsbereich hat die Gesellschaft in den vergangenen Jahren bedeutende Partnerschaften aufgebaut. Mit Verteidigungsorganisationen aus NATO-Staaten bestehen verschiedene Programme zur Entwicklung und zum Test von miniaturisierten Brennstoffzellensystemen. Der Abschluss mehrerer JDAs mit den U.S.-Streitkräften stellt nach Auffassung der Gesellschaft eine besondere Auszeichnung dar, da sich die Gesellschaft hier wiederholt aufgrund ihrer Technologieführerschaft und überlegenen Produkteigenschaften gegen amerikanische Konkurrenten durchsetzen konnte. Weitere Vereinbarungen bestanden u.a. mit der deutschen Bundeswehr und den britischen Streitkräften.

Bei der Entwicklung von miniaturisierten Methanoltankpatronen für Massenmärkte kooperiert die Gesellschaft mit BiC, einem der weltweit führenden Spezialisten für Einwegfeuerzeuge. Stärken von BiC liegen im Know-how zu den Themen Forschung und Entwicklung, Massenfertigung, Distribution und behördliche Zulassung von Feuerzeugen, die in vielen Aspekten methanolgefüllten Tankpatronen ähnlich sind. Ziel dieser Zusammenarbeit ist die frühzeitige Sicherstellung einer Infrastruktur (Produktion und Distribution) für Methanoltankpatronen für zukünftige Massenmärkte.

Qualität des Managements

Die Gesellschaft zeichnet sich durch ein erfahrenes und qualifiziertes Management sowie schlanke Managementstrukturen aus:

Der Vorstandsvorsitzende Dr. Peter Podesser verfügt über langjährige Erfahrung in schnell wachsenden Technologieunternehmen, insbesondere auch in der Halbleiterindustrie. Sein Fokus liegt darauf, die Kommerzialisierung der Produkte in den Marktsegmenten Freizeit, netzunabhängige Industrieanwendungen und Verteidigung weiter voranzutreiben und gleichzeitig den Markteintritt in neue Marktsegmente wie zum Beispiel leichte Elektrofahrzeuge, Konsumgüterelektronik und Gesundheit einzuleiten. Er hat die Unternehmensstruktur auf Vermarktung und Vertrieb sowie industrielle Serienfertigung der Produkte ausgerichtet, was die Gesellschaft von anderen Marktteilnehmern, deren Fokus weiterhin auf Forschung und Entwicklung liegt, differenziert.

Das Vorstandsmitglied Dr. Jens Müller zählt mit seiner langjährigen Erfahrung und als Autor zahlreicher Publikationen und Erfinder patentgeschützter Lösungen zur DMFC-Technologie zu den führenden Experten in

diesem Bereich. Er ist verantwortlich für die Bereiche Forschung und Entwicklung sowie Supply Chain Management, Qualitätsmanagement und IT. Sein Fokus ist die nachhaltige Steigerung der Profitabilität der Gesellschaft durch Stückkostenreduktion sowie die Entwicklung neuer Produkte und Technologien.

Strategie

Als nach eigener Auffassung erster und weltweit führender kommerzieller Anbieter von Brennstoffzellensystemen auf Methanolbasis zielt die Strategie der Gesellschaft darauf ab, das volle Marktpotential für ihre Produktlösungen zu erschließen sowie durch Technologieführerschaft und Kostenführerschaft aufgrund nachhaltiger Senkung ihrer Stückkosten attraktive Gewinnmargen und Renditen zu erwirtschaften.

Die Gesellschaft positioniert ihre Produkte in erster Linie als Ergänzung zu anderen Energiespeichern und -wandlern. Dieser Hybridansatz erweitert den Leistungsbereich der Brennstoffzellensysteme sowohl nach oben als auch nach unten und gewährleistet gleichzeitig eine dauerhafte Stromversorgung über die Nennkapazität des jeweiligen Energiespeichers hinaus. So werden beispielsweise kurze Leistungsspitzen von einer Batterie getragen während das Brennstoffzellensystem die konstante Langzeitstromversorgung bereitstellt und so den Energiespeicher bedarfsgerecht lädt. Auf diese Weise können sowohl elektrische Geräte mit hohem Stromverbrauch, beispielsweise Kaffeemaschine oder Fön, als auch Geräte in Langzeitbetrieb, wie zum Beispiel Beleuchtung, Navigation, Heizung, zuverlässig durch ein solches Hybridsystem betrieben werden. Dieser Hybridansatz erweitert den Markt für die Produkte der Gesellschaft erheblich, da eine Nachrüstung bestehender Lösungen zur netzunabhängigen Stromversorgung für viele Kunden möglich wird und Kompatibilitätsprobleme vermieden werden. Die Gesellschaft sieht sich in ihrem Hybridansatz durch eine Studie bestätigt, die davon ausgeht, dass erst die Hybridisierung den Markteintritt der Brennstoffzellensysteme ermöglicht und auch im Jahr 2010 noch 80 % der Brennstoffzellen gemeinsam mit Batterien verwendet werden (Quelle: NanoMarkets Report, „Micro Power Sources: Opportunities from Fuel Cells and Batteries for Mobile Applications“, September 2005).

Die Strategie der Gesellschaft basiert auf zwei wesentlichen Eckpfeilern: schnelles Wachstum und umfangreiche Kostensenkungen.

Schnelles Wachstum

Durch die Expansion ihrer Geschäftstätigkeit und die Besetzung von wichtigen Märkten und Absatzkanälen bei kontinuierlicher Weiterentwicklung von Management- und Organisationsstrukturen strebt die Gesellschaft an, den starken Anstieg ihres Produktionsvolumens und ihres Umsatzes der Vergangenheit kurz- bis mittelfristig fortzusetzen und langfristig überdurchschnittliches Wachstum zu erzielen. Um diese Wachstumsziele zu erreichen, verfolgt die Gesellschaft die folgenden strategischen Ziele:

Ausbau der Vertriebsorganisation: Der weitere Ausbau der bestehenden Vertriebsorganisation in ihren derzeitigen Marktsegmenten Freizeit, netzunabhängige Industrieanwendungen und Verteidigung bildet die Grundlage für das geplante Wachstum der Gesellschaft. Dazu wird sich die Gesellschaft auf die Vertiefung bestehender sowie die Erschließung neuer Geschäftsbeziehungen mit Erstausrüstern, Großhändlern und Wiederverkäufern fokussieren. Im Freizeitbereich soll neben der Erstausrüstung von Wohnmobilen, Caravans und Booten über neue Partnerschaften mit Groß- und Einzelhändlern die Nachrüstung des Bestands an Fahrzeugen bzw. Booten forciert werden, da der Nachrüstmarkt deutlich größer ist als der Markt für Erstausrüstung. Der Markt für netzunabhängige Industrieanwendungen weist eine Vielzahl von möglichen Produktapplikationen, potenziell große Volumina und attraktive Gewinnmargen für die Gesellschaft auf. Die Gesellschaft beabsichtigt die Markterschließung dieses fragmentierten Marktes sowohl über Partnerschaften mit Systemanbietern und Integratoren als auch über den direkten Vertrieb an volumenträchtige Schlüsselkunden voranzutreiben. Im Marktsegment Verteidigung, wo die Akquisition von Großaufträgen häufig ein komplexer und langfristiger Prozess ist, initiiert die Gesellschaft frühzeitig eine Kundenbindung über bezahlte Entwicklungsaufträge. Die Gesellschaft erwartet, aufgrund ihrer bestehenden Aufträge von den U.S.-Streitkräften und früheren Aufträgen der Deutschen Bundeswehr sowie des Erfahrungsaustauschs der verschiedenen Staaten innerhalb von Verteidigungsbündnissen wie beispielsweise der NATO auch Aufträge von anderen Staaten und Organisationen zu erhalten. Zur weiteren Stärkung der Kundennähe und zur Vereinfachung regulatorischer Anforderungen in den U.S.A. plant die Gesellschaft mittelfristig die Eröffnung einer Repräsentanz in den Vereinigten Staaten.

Forcierung der Unternehmens-, Produkt- und Markenbekanntheit: Die Gesellschaft hat bereits in der Vergangenheit durch gezielte Marketingaktivitäten wie Anzeigenkampagnen und Messeauftritten ihren Bekanntheitsgrad und den ihrer Produkte gesteigert sowie die Marke EFOY in den Marktsegmenten Freizeit und netzunabhängige Industrieanwendungen etabliert. Die Gesellschaft erachtet eine weitere Steigerung von Unternehmens-, Produkt- und Markenbekanntheit und Erzeugung eines Nachfragesogs durch potentielle Endkunden als wesentliche Voraussetzung für das Erreichen ihrer ehrgeizigen Wachstumsziele. Aus diesem Grund plant die

Gesellschaft die Ausweitung ihrer Marketingaktivitäten mit dem Ziel einer starken Erhöhung der Reichweite und Steigerung von Unternehmens-, Produkt- und Markenbekanntheit bei möglichen Endkunden in ihren Marktsegmenten und Absatzregionen.

Ausbau der Produktionskapazität: Die vorhandene Produktionskapazität der Gesellschaft liegt derzeit bei etwa 30 Geräten pro Werktag auf Basis eines Ein-Schichtbetriebs. Der von der Gesellschaft erwartete starke Anstieg der Nachfrage nach den Brennstoffzellensystemen erfordert eine Erweiterung der Produktionskapazität der Gesellschaft. Um diese Erweiterung zu realisieren, plant die Gesellschaft mittelfristig die Umstellung des Fertigungskonzepts von einer Inselproduktion auf eine Fließproduktion. Mit Umsetzung der beschriebenen Maßnahmen plant die Gesellschaft, ihre Produktionskapazität bedarfsgerecht vervielfachen zu können.

Entwicklung margenstarker Produktvariationen: Die Gesellschaft überprüft fortlaufend Möglichkeiten, ihre bestehende Palette standardisierter Produkte um Variationen zu erweitern, die es ihr ermöglichen, neue, möglicherweise weniger preissensitive Anwendungsbereiche, zu erschließen, ohne dabei die Komplexität von Einkauf, Lagerhaltung und Distribution wesentlich zu erhöhen. Dies ist ihr in der Vergangenheit bereits mit der Einführung der MFC-Produktpalette für maritime Anwendungen gelungen. Darüber hinaus entwickelt die Gesellschaft zur Zeit ein Brennstoffzellensystem, dessen wirtschaftlich sinnvoller Einsatz auch bei extrem niedrigen Umgebungstemperaturen möglich ist. Die Gesellschaft geht davon aus, dass die Entwicklung von margenstarken Produktvariationen wesentlich zum Erreichen attraktiver Profitabilitätsmargen und Kapitalrenditen beitragen wird.

Erschließung neuer Zielmärkte: Die Gesellschaft analysiert kontinuierlich den Markt für netzunabhängige Stromquellen, um neue Marktsegmente und Anwendungsbereiche für ihre Produkte zu identifizieren. Die fortschreitende Elektrifizierung und Digitalisierung des Alltags und der Infrastruktur erhöht die Nachfrage nach netzunabhängiger Stromversorgung und bietet laufend neue mögliche Einsatzbereiche für Brennstoffzellensysteme. Die derzeitigen Produkte der Gesellschaft sind für Applikationen ausgelegt, die eine Dauerleistung zwischen etwa 10 und 250 Watt erfordern. Die DMFC-Technologie der Gesellschaft ist jedoch nicht auf diese Bandbreite begrenzt und kann — vor allem durch Hybridisierung mit anderen Energiespeichern oder -wandlern und infolge technologischer Weiterentwicklungen — sowohl bei höheren als auch bei niedrigeren Leistungen eingesetzt werden. Insbesondere durch weitere Miniaturisierung sowie der weiteren Steigerung von Leistung und Funktionalität ihrer Produkte als Ergebnis ihrer Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten sieht die Gesellschaft daher substantielles Potential, dass ihre Technologie auch in bislang nicht adressierten Anwendungen und Massenmärkten zum Einsatz kommen wird. In diesem Zusammenhang plant die Gesellschaft, mittelfristig den Zielmarkt leichte Elektrofahrzeuge wie beispielsweise Golf- und Flughafencarts sowie Elektroroller und langfristig den Zielmarkt Konsumgüter und Gesundheit wie zum Beispiel Notebooks oder tragbare medizintechnische Geräte mit Ihren Produkten zu erschließen und weiteres starkes Wachstum zu erzielen.

Umfangreiche Kostensenkungen

Die Gesellschaft konnte in der Vergangenheit bereits erhebliches Kostensenkungspotential realisieren. Der Gesellschaft ist es seit 2004, im Wesentlichen durch die Verringerung der für ein Brennstoffzellensystem erforderlichen Anzahl von MEAs von anfangs 42 auf derzeit 24, gelungen, die Stückkosten eines 50 Watt Brennstoffzellensystems um über 50% zu senken. Zur Unterstützung ihrer ehrgeizigen Wachstumsziele sowie zum Erreichen der Profitabilität bzw. dem Erzielen von attraktiven Gewinnmargen und Kapitalrenditen, verfolgt die Gesellschaft die Strategie, ihre Stückkosten fortlaufend zu senken. Die Gesellschaft erachtet eine führende Kostenposition als unbedingt notwendig, um mittel- bis langfristig ihre Produkte wettbewerbsfähig zu halten und zugleich die angestrebte Profitabilität zu erzielen. Zum Erreichen von weiteren Kostensenkungen erachtet die Gesellschaft folgende strategische Ansatzpunkte von essentieller Bedeutung:

Reduktion von Materialkosten und Produktkomplexität durch Forschung und Entwicklung: Die Gesellschaft plant, durch ihre eigenen Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten eine wesentliche Reduktion der Stückkosten erzielen zu können. Dabei sieht die Gesellschaft die wesentlichen Ansatzpunkte in der Reduktion der Materialkosten durch eine Verringerung des Bedarfs an kostentreibenden Rohstoffen wie Edelmetallen und Vorprodukten sowie eine fortlaufende Reduktion der Produktkomplexität durch Vereinfachung oder Einsparung von einzelnen Komponenten. Ein besonderer Fokus liegt dabei auf der MEA, die derzeit mehr als 40% der gesamten Materialkosten eines typischen Brennstoffzellensystems ausmacht. Die Gesellschaft hat in enger Zusammenarbeit mit Du Pont und anderen strategischen Partnern Expertenwissen hinsichtlich Leistungsfähigkeit, Zuverlässigkeit, Betriebsmodi, Verfahrenstechnik und Lebensdauer der MEA aufgebaut. Die Gesellschaft erwartet durch eine weitere Steigerung der Leistungsfähigkeit in Kombination mit reduziertem Materialeinsatz die Anzahl der Zellen je Brennstoffzellensystem weiter zu reduzieren und somit die Stückkosten zu senken.

Optimierung der Supply Chain: Die Gesellschaft arbeitet fortlaufend an der Optimierung von Produktion, Lieferantennetzwerk und Vertriebslogistik. Die Gesellschaft sieht erhebliches Einsparpotential in der Optimierung der Lieferketten und in effizienteren Fertigungsprozessen. Die Gesellschaft sieht ihre Kernkompetenzen in Entwicklung und Optimierung von Brennstoffzellensystemen und deren Umsetzung in marktfähige Produkte. Vor diesem Hintergrund verwendet die Gesellschaft in der Produktion soweit möglich Standardkomponenten oder lässt Komponenten von ausgesuchten Partnern nach ihren Spezifikationen fertigen mit dem Ziel, die Fertigungstiefe zu minimieren und nur die Endmontage von Komponenten oder Baugruppen selbst vorzunehmen. Dies ist ein wichtiges Element der Kostensenkung und Qualitätssicherung der Produkte und ermöglicht der Gesellschaft, ihre Ressourcen auf Forschung und Entwicklung neuer Produkte sowie den Vertrieb und die Erschließung des Marktpotentials zu fokussieren. Die Gesellschaft erwartet, dass die geplante Umstellung des Produktionskonzepts von Inselfertigung auf Fliessfertigung mit teilweiser Automatisierung und effizienter Prozess- und Produktionssteuerung ebenfalls wesentlich zur Senkung der Stückkosten beitragen wird.

Realisierung von Skaleneffekten: Nach Ansicht der Gesellschaft besteht eine gute Ausgangsbasis zur Erzielung von Skaleneffekten. Bereits in der Vergangenheit konnte die Gesellschaft durch schnelles Wachstum der Produktumsätze in Kombination mit zielgerichtetem Kostenmanagement eine signifikante Verbesserung der Bruttomarge erzielen. Die Gesellschaft geht davon aus, dass sie mit weiterem starkem Wachstum der kumulierten Anzahl an produzierten Brennstoffzellensystemen signifikante Kostensenkungen in den Bereichen Einkauf von Bauteilen und Komponenten, Logistik, Montage, Vertrieb, Marketing und Verwaltung realisieren und somit ihre Stückkosten fortlaufend senken kann.

Flankierend zu ihrer oben beschriebenen Unternehmensstrategie plant die Gesellschaft selektiv Akquisitionen vorzunehmen, sofern diese für die konsequente Umsetzung der Strategie von Vorteil erscheinen. Die Gesellschaft sieht sich gegenwärtig für eine erfolgreiche Umsetzung ihrer Strategie sehr gut positioniert. Dennoch sieht die Gesellschaft in der Akquisition von ausgewählten Unternehmen folgende Chancen:

Effizientere Erschließung von neuen Zielmärkten durch Akquisition von Systemanbietern oder Integratoren, die einen geeigneten Marktzugang ermöglichen;

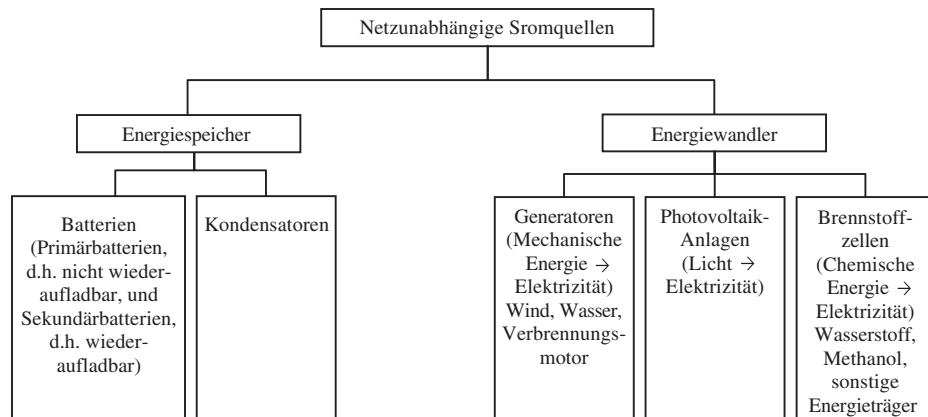
Vorteile bei der Entwicklung und Fertigung ihrer Produkte durch Akquisition von geeigneten Herstellern komplementärer Technologien; und

Vorteile bei der Weiterentwicklung der Produkttechnologie bzw. einzelner Komponenten sowie Ergänzung oder Abrundung der gesellschaftseigenen Technologie durch die Akquisition von geeigneten Wettbewerbern und Komponentenherstellern

Der Markt für netzunabhängige Stromquellen

Der für die Gesellschaft relevante Markt ist der für netzunabhängige Stromquellen. In diesem Markt ist eine Vielzahl von Unternehmen tätig, die unterschiedliche technische Lösungen mit jeweils spezifischen Vor- und Nachteilen anbieten. Je nachdem, ob in den Produkten elektrische Energie aus anderen kontinuierlich zuführbaren Energieformen generiert wird oder gespeichert vorliegt, unterscheidet man zwischen Energiewandlern und Energiespeichern. Die Energiewandler werden weiter nach den zur Stromerzeugung eingesetzten physikalischen Prinzipien unterteilt.

Die folgende Grafik zeigt die wesentlichen Technologien im Überblick:



Die Gesellschaft konzentriert sich mit ihren Produkten ausschließlich auf Brennstoffzellensysteme, die mit Methanol als Brennstoff arbeiten und eine Nennleistung von etwa 10 Watt bis 250 Watt aufweisen, was einer Tagesstromproduktion von 0,24 kWh bis 6 kWh entspricht. Nach Einschätzung der Gesellschaft sind Brennstoffzellensysteme in diesem Leistungsbereich in den von ihr adressierten Marktsegmenten anderen gängigen Stromquellen überlegen. Vorteile weisen sie insbesondere bei der Energiedichte, Geräuschentwicklung, Gewicht, Umweltfreundlichkeit, schneller Wiederverfügbarkeit, Laufzeit und Verlässlichkeit auf.

Batterien

Batterien (wiederaufladbar und nicht wiederaufladbar) sind sehr weit verbreitet und ausgereifte Massenprodukte. Sie vermögen typischerweise insbesondere kurzfristig relativ hohe Leistungen abzugeben und sind im Aufbau wenig komplex. Sie können dadurch kompakt und kostengünstig produziert werden. Ein weiterer Vorteil ist ihre Standardisierung und Verbreitung. Batterien lassen sich extrem miniaturisieren und individuell für bestimmte Produkte herstellen und integrieren.

Nachteile von Batterien liegen im Bereich ihrer begrenzten Energiedichte und folglich im relativ hohen Gewicht. Batterien können elektrische Energie nicht generieren, sondern lediglich speichern und müssen daher regelmäßig wiederaufgeladen bzw. ausgetauscht werden. Während Batterien relativ hohe kurzfristige Leistungen erzielen können, sind sie nur sehr bedingt im Dauer-/Langzeitbetrieb einsetzbar. Zwar ist es prinzipiell möglich, auch Batterien mit weitaus höherer Kapazität zu produzieren. Hier besteht jedoch das Problem, dass mit gesteigerter Kapazität auch Gewicht, Größe und Stückkosten stark ansteigen.

Kondensatoren

Kondensatoren sind elektronische Bauelemente, in denen elektrische Ladungen gespeichert werden können. Die technische Weiterentwicklung von Kondensatoren hat zu sogenannten „Supercaps“ geführt, die deutlich verbesserte Produkteigenschaften aufweisen. Der Vorteil dieser Technologie ist, dass Kondensatoren Energie äußerst schnell aufnehmen und abgeben können, was zu sehr großer Kurzzeit-Leistungsfähigkeit führt. Nachteilig ist, dass sie zu Selbstentladung neigen und die Energiedichte immer noch deutlich unterhalb der vieler Batterien liegt.

Generatoren

Generatoren wandeln mechanische Energie in elektrischen Strom um. Die mechanische Energie kann u.a. aus Windkraft, Wasserkraft oder aus Verbrennungsprozessen geliefert werden. Im Bereich der netzunabhängigen Stromquellen, in dem die Gesellschaft tätig ist, sind windkraft- und wasserkraftbetriebene Generatoren wegen ihrer Abhängigkeit von Witterungsbedingungen und anderen lokaler Gegebenheiten (z.B. Vorhandensein fließender Gewässer) nur sehr bedingt einsetzbar.

Die im Handel als „Generatoren“ bezeichneten verbrennungsmotorischen Energiewandler erbringen dauerhaft Leistungen oberhalb von ca. 500 Watt, indem sie Kraftstoffe wie z.B. Diesel oder Benzin in einem Motor verbrennen und mit der so erzeugten mechanischen Energie einen Dynamo antreiben. Generatoren haben häufig gute Leistungs- und teilweise auch Energiedichten bei niedrigen Anschaffungskosten; zudem nutzen sie, soweit Benzin oder Diesel verwendet werden, eine weltweit etablierte Infrastruktur der Kraftstoffversorgung.

Der Nachteil von Generatoren liegt in den nach heutigem Stand der Technik unvermeidbaren Emissionen von Abgas und Lärm, die durch die Verbrennung erzeugt werden. Diese entstehen in einem Ausmaß, das die Eignung von Generatoren in vielen Fällen einschränkt.

Photovoltaik-Anlagen

Photovoltaik-Anlagen wandeln Licht in elektrischen Strom um. Sie sind in unterschiedlichsten Leistungsstufen erhältlich: Großanlagen können Nennleistungen von über 1 Megawatt erzeugen. Miniaturisierte Anlagen sind hingegen mit einem entsprechend geringeren Leistungsniveau in Kleingeräten wie beispielsweise Taschenrechnern einsetzbar. Photovoltaik-Anlagen haben den Vorteil, dass sie mit Sonnenlicht eine kostenlose, prinzipiell weltweit verfügbare Ressource direkt in Elektrizität umwandeln. Die laufenden Stromerzeugungskosten (ohne Berücksichtigung der Anschaffungskosten) pro Kilowattstunde sind bei Photovoltaik-Anlagen häufig extrem niedrig, da sie keines Kraftstoffes als Energieträger bedürfen, so dass im Dauerbetrieb günstig Strom erzeugt werden kann.

Der Nachteil dieser Anlagen ist die starke Abhängigkeit von tageszeitlichen und jahreszeitlichen Schwankungen hinsichtlich der Intensität der Sonneneinstrahlung, und die Abhängigkeit von lokalen Bedingungen wie z.B. der präzisen Ausrichtung nach der Sonne oder lokaler Abschattung z.B. durch Wolken oder Bäume. Photovoltaik-Anlagen können zudem nachts, im Schatten und bei schlechtem Wetter keinen Strom erzeugen. Ferner sind Photovoltaik-Anlagen teilweise wartungsintensiv. Schnee, Schmutz oder ein Verstellen der Ausrichtung führen leicht zu einer Minderleistung der Anlagen. Bei serieller Verschaltung der Zellen genügt bereits eine teilweise Verdeckung des Moduls, um einen Ausfall der kompletten Anlage herbeizuführen. Bei Einsatz in der Sicherheitstechnik kommt als Nachteil hinzu, dass Solarzellen exponiert und damit sichtbar installiert werden müssen, was zudem Risiken wie z.B. Vandalismus oder Diebstahl birgt. Damit sind Photovoltaikanlagen nur begrenzt für eine verlässliche netzunabhängige Stromversorgung einsetzbar; sie werden häufig zusammen mit dem öffentlichen Stromnetz betrieben.

Brennstoffzellensysteme

Brennstoffzellensysteme sind auf dem Markt für netzunabhängige Stromquellen junge Produkte. Die Systeme befinden sich bei den meisten Marktteilnehmern noch in der Forschungs- und Entwicklungsphase. Sie haben den Vorteil, dass die eigentliche Energieerzeugung auf direktem, chemischem Wege ohne den Einsatz bewegter Teile erfolgt. Sie sind daher prinzipiell effizient, leise, wartungsarm und umweltfreundlich. Brennstoffzellen müssen — im Unterschied zu Batterien — nicht durch einen Ladestrom aufgeladen werden, da sie als reine Energiewandler elektrische Energie zu produzieren vermögen. Sie geben so lange elektrische Energie ab, wie Brennstoff, typischerweise Methanol oder Wasserstoff, zur Verfügung steht. Brennstoffzellen entladen sich nicht selbständig, sondern verbrauchen nur dann Brennstoff, wenn sie in Betrieb sind. Eine Brennstoffzelle unterliegt ferner nicht den typischen Alterungserscheinungen von Batterien wie dem „**Memory-Effekt**“ (d.h. Kapazitätsverlust bei häufiger Teilentladung einer wiederaufladbaren Batterie) oder den Risiken von Selbst- oder Tiefentladung bei zahlreichen Batterietypen.

Traditionell werden Brennstoffzellensysteme mit Wasserstoff, einem Gas, betrieben. Hierzu gehören alkalische Brennstoffzellen, Polymerelektrolytmembran-Brennstoffzellen und phosphorsaure Brennstoffzellen. Dieser Typ von Brennstoffzellensystemen ist konstruktiv vergleichsweise einfach aufgebaut und verfügt in der Praxis häufig über hohe Leistungsdichten. Aus Sicht der Gesellschaft besteht der fundamentale Nachteil dieser Brennstoffzellensysteme in dem schwer handhabbaren Energieträger Wasserstoff. Wasserstoff zeichnet sich als Gas durch geringe Speicherdichten, aufwändige Speichertechnologien, hohe Kosten und strenge behördliche Beschränkungen für Handhabung und Beförderung aus, was in der Praxis die breite Vermarktung von auf Wasserstoff basierten Brennstoffzellen erschwert.

Die Gesellschaft hat sich auf Brennstoffzellensysteme fokussiert, die das flüssige Methanol als Energieträger verwenden. Flüssige Energieträger lassen sich prinzipiell leichter und kostengünstiger handhaben als gasförmige und können effizient gespeichert werden. In den Brennstoffzellensystemen der Gesellschaft wird das flüssige Methanol direkt, d.h. in einem einstufigen Prozess ohne separat fassbare Zwischenprodukte, in elektrischen Strom umgewandelt („**DMFC-Verfahren**“). Methanol ist nach heutigem Kenntnisstand die einzige Flüssigkeit, die sich in Niedertemperatur-Brennstoffzellensystemen direkt verstromen lässt. Für die einfache Versorgung der Brennstoffzufuhr hat die Gesellschaft austauschbare Tankpatronen entwickelt, die die Handhabung für den Benutzer des Brennstoffzellensystems nach ihrer Ansicht möglichst einfach, bequem und sicher gestalten.

Neben der DMFC-Technologie gibt es eine weitere Brennstoffzellentechnologie, die prinzipiell die Verstromung flüssiger Energieträger ermöglicht: die sogenannten Reformer-Systeme. In diesen wird aus einem flüssigen Energieträger (z.B. Methanol, Benzin, Kerosin) durch chemische Prozesse ein wasserstoffhaltiges Gas erzeugt,

das anschließend in (geringfügig modifizierten) Wasserstoff-Brennstoffzellen verstromt wird. Wegen der erheblichen Komplexität dieser Systeme bezüglich Aufbau und Betriebsführung sowie der für die Reformierung benötigten hohen Temperaturen ist diese Technologie in einem früheren Entwicklungsstadium als Wasserstoff- und DMFC-Systeme.

Ferner gibt es im Bereich der Hochtemperatur-Brennstoffzellensysteme die sogenannte MCFC-Technologie (molten carbonate fuel cell, Schmelzcarbonat-Brennstoffzelle), sowie die SOFC-Technologie (solid oxide fuel cell, Festoxid-Brennstoffzelle). Beide zeichnen sich durch hohe erzielbare Wirkungsgrade und Flexibilität hinsichtlich des Energieträgers aus, sind jedoch konstruktiv sehr aufwändig und eignen sich durch ihre Betriebstemperatur von etwa 600 °C (MCFC) bzw. 900 °C (SOFC) und andere apparative Voraussetzungen bislang nur für stationäre Stromerzeugung bei sehr hohen Leistungen, wie z.B. in Kraftwerken.

Von der Gesellschaft adressierte Marktsegmente

Entsprechend den Leistungsmerkmalen ihrer methanolbasierten Brennstoffzellensysteme hat die Gesellschaft derzeit drei Marktsegmente für ihre Produkte — Freizeit, netzunabhängige Industrieanwendungen und Verteidigung — identifiziert, die sie bereits heute beliefert. Die Gesellschaft erwirtschaftete im Jahr 2006 etwa 68,5 % ihres Umsatzes durch den Vertrieb von Brennstoffzellensystemen in diesen drei Marktsegmenten. Die Gesellschaft plant, künftig auch die Märkte der Stromversorgung für leichte Elektrofahrzeuge (Fahrzeuge unterhalb der Pkw-Ebene) sowie der Konsumgüterelektronik und dem Gesundheitswesen zu erschließen.

Nach eigener Einschätzung ist die Gesellschaft bislang der einzige kommerzielle Anbieter von serienmäßig produzierten und kommerziell vertriebenen Brennstoffzellensystemen auf Methanolbasis.

Marktsegment Freizeit

Im Marktsegment Freizeit richtet sich das Produktangebot der Gesellschaft primär an Kunden, die für Reisemobile, Segelboote sowie für Berg- und Ferienhütten eine netzunabhängige Stromversorgung benötigen. Das Marktsegment Freizeit ist der derzeit wichtigste Umsatzträger und der nach Stückzahlen bedeutendste Absatzmarkt der Gesellschaft. Er war im Geschäftsjahr 2006 mit einem Umsatz von ca. EUR 3,5 Mio. für 49,0 % des gesamten Umsatzes der Gesellschaft verantwortlich.

Reisemobile

Derzeit sind in Europa ungefähr 900.000 Reisemobile zugelassen (Quelle: CIVD Caravanning Profile 2006). Im Jahr 2006 wurden etwa 90.000 Neufahrzeuge zugelassen, der Markt der Neufahrzeuge wuchs 2006 um ca. 8 % (Quelle: European Caravan Federation; 2007-02-05 VI Statistik/953/rv E.4.2.12). Daneben sieht die Gesellschaft ein Marktpotenzial bei Wohnwägen, von denen der Bestand in Europa insgesamt auf rund 4,4 Mio Einheiten (Quelle: CIVD Caravanning Profile 2006) bei jährlichen Neuzulassungen von ca. 120.000 Stück geschätzt wird (Quelle: European Caravan Federation; 2007-02-05 VI Statistik/953/rv E.4.1.12). Etwa 50 % der Neuzulassungen ist mit Photovoltaikanlagen ausgerüstet (Quelle: CIVD Caravanning Profile 2006). Da der Komfortanspruch der Kunden kontinuierlich steigt, werden Reisemobile entsprechend mit elektrischen Verbrauchern wie z.B. Unterhaltungselektronik, Lüftung / Heizung / Klimatisierung, Beleuchtung und Küchengeräten ausgestattet, was tendenziell zu einem deutlich höheren Energiebedarf führt. Insbesondere im Bereich der Nachrüstung besteht für die Gesellschaft nach eigener Einschätzung ein wesentlicher Absatzmarkt.

Seit der Markteinführung der Brennstoffzellen der Gesellschaft im Jahr 2002 hat die Gesellschaft zum Stichtag 31. Dezember 2006 2.114 Brennstoffzellen zum Einbau in Reisemobile verkauft. Weitere 85 Brennstoffzellen sind an Hymer als OEM zum Einbau in die Luxusklasse „S-Klasse“ der Hymer Reisemobile geliefert worden. Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr 2006 49,0 % (nach Stückzahl) ihrer Produkte an Kunden in Deutschland geliefert, 49,8% an andere Kunden innerhalb Europas sowie 1,2 % außerhalb Europas. Die Gesellschaft schätzt auf dieser Grundlage, dass bislang weniger als 1 % der in Europa zugelassenen Reisemobile mit einem ihrer Brennstoffzellensystem ausgerüstet ist.

Insgesamt sind Kunden aus dem Teilbereich Reisemobile für 47,3 % des Umsatzes im Geschäftsjahr 2006 verantwortlich.

Boote

Derzeit gibt es weltweit etwa 600.000 Segelboote alleine im Bereich der 7,5 Meter bis 24 Meter Segelboote, wobei ca. 11.000 Stück pro Jahr gebaut werden (Quelle: ICOMIA Recreational Boating Industry Statistics 2005). Für diese potenziellen Kunden bietet die Gesellschaft speziell für den Segelbooteinsatz angepasste Brennstoffzellensysteme an. Hierfür ist sie eine strategische Partnerschaft mit Max Power eingegangen, einer

Tochtergesellschaft der Navimo-Gruppe, die auf den Vertrieb von Zubehör im maritimen Bereich spezialisiert ist (siehe den Abschnitt „*Beschreibung der Geschäftstätigkeit — Wesentliche Verträge — Max Power SA, Mandelieu (Frankreich)*“).

Seit der Markteinführung der Brennstoffzellen der Gesellschaft im Jahr 2004 bis zum 31. Dezember 2006 hat die Gesellschaft 139 Brennstoffzellen zum Einbau in Boote verkauft. Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr 2006 1,4 % (nach Stückzahl) ihrer Produkte an Kunden in Deutschland geliefert, 98,6 % an andere Kunden innerhalb Europas. Die Gesellschaft schätzt auf dieser Grundlage, dass bislang weniger als 1 % der in Europa betriebenen Boote mit einem ihrer Brennstoffzellensystem ausgerüstet ist.

Insgesamt sind Kunden aus dem Teilbereich Boote für 1,7 % des Umsatzes im Geschäftsjahr 2006 verantwortlich.

Berg- und Ferienhütten

Berg- und Ferienhütten liegen häufig in wenig erschlossenen Gegenden ohne Zugang zum Stromnetz, sollen aber dennoch funktionell und möglichst komfortabel sein. Dies führt typischerweise zu einem elektrischen Energiebedarf, dessen Abdeckung mit netzunabhängigen Lösungen häufig problematisch ist. Einen Markt für Brennstoffzellensysteme in Berg- und Ferienhütten sieht die Gesellschaft insbesondere in skandinavischen Ländern, wo kleine Hütten besonders verbreitet sind — allein in Norwegen existieren nach Einschätzung der Gesellschaft mehrere hunderttausend Freizeithütten -und andererseits die Bedingungen für Photovoltaiksysteme wenig geeignet erscheinen (geringe Anzahl Sonnenstunden pro Jahr in Verbindung mit flachem Einfallswinkel und häufiger Abschattung durch Bäume). Bislang sind die Umsätze der Gesellschaft in diesem Teilbereich noch gering.

Marktsegment netzunabhängige Industrienwendungen

Die Gesellschaft bietet Stromversorgungslösungen für netzferne stationäre Anwendungen an. Die Endkunden setzen die Brennstoffzellensysteme der Gesellschaft vorwiegend als stationär installierte Langzeit-Stromversorgung ein, die je nach Anforderung mit anderen netzunabhängigen Stromquellen im Hybridbetrieb arbeiten, z.B. in Kombination mit Photovoltaik-Anlagen. Typische Einsatzbereiche sind netzferne Anlagen in der Sicherheits-, Überwachungs-, Mess-, Verkehrs-, und Umwelttechnik. Brennstoffzellensysteme können auch behelfsweise zur Stromversorgung nach Natur- oder anderen Katastrophen eingesetzt werden, wenn kein funktionierendes Stromnetz zur Verfügung steht. Sofern Anlagen mit erhöhtem Energiebedarf betrieben werden sollen, können mehrere der Standard-Brennstoffzellen der Gesellschaft zusammengeschaltet werden.

Seit der Markteinführung der Brennstoffzellen der Gesellschaft im Jahr 2004 hat die Gesellschaft 530 Brennstoffzellen zur Verwendung im Zusammenhang mit netzunabhängigen Industrienwendungen verkauft. Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr 2006 etwa 39,6% (nach Stückzahl) ihrer Produkte an Kunden in Deutschland geliefert, 29,1 % an andere Kunden innerhalb Europas sowie 31,3 % außerhalb Europas. Insgesamt waren Kunden aus dem Marktsegment netzunabhängige Industrienwendungen mit einem Umsatz von ca. EUR 0,6 Mio. für 9 % des Umsatzes im Geschäftsjahr 2006 verantwortlich.

Marktsegment Verteidigung

Durch den zunehmenden Einsatz elektronischer Geräte im Verteidigungsbereich ist der Bedarf an mobiler Stromversorgung bei den Streitkräften nach Einschätzung der Gesellschaft in den letzten Jahren stark gestiegen. Als Beispiele solcher elektronischen Geräte können Nachtsichtgeräte sowie zahlreiche Kommunikations- und Navigationsgeräte genannt werden. Stromquellen in diesem Bereich müssen insbesondere leicht, zuverlässig und robust sein. Die Gesellschaft entwickelt in Kooperation mit internationalen Partnern Stromversorgungslösungen auf der Basis von Brennstoffzellen für Streitkräfte bzw. Militärorganisationen. Diese Projekte werden innerhalb der Gesellschaft von speziellen Arbeitsgruppen betreut, die die Bedürfnisse der jeweiligen Anwendung in enger Zusammenarbeit mit den jeweiligen Partnern und Auftraggebern technisch und wirtschaftlich erarbeiten.

Die zwei größten Kunden der Gesellschaft in diesem Bereich waren bislang die U.S. Streitkräfte und die Deutsche Bundeswehr. In Zusammenarbeit mit diesen Kunden hat die Gesellschaft das portable Brennstoffzellensystem „Jenny“ entwickelt, das nach Einschätzung der Gesellschaft eine Gewichtsreduktion für den einzelnen Soldaten von bis zu 10 kg im Vergleich zu der heutigen Standardausrüstung für eine dreitägige Mission ermöglichen kann. Unterstützt wird diese Technologie von dem „Power Manager“ der Gesellschaft (siehe den Abschnitt „*Beschreibung der Geschäftstätigkeit — Produkte der Gesellschaft — Produktpalette — SFC Power Manager*“).

Insgesamt waren Kunden im Marktsegment Verteidigung mit einem Umsatz von ca. EUR 1 Mio. für 14 % des Umsatzes im Geschäftsjahr 2006 verantwortlich. Der größte Teil des Umsatzes wird nach Auffassung der Gesellschaft auch zukünftig in Nordamerika zu erzielen sein. Dabei handelt es sich — anders als in den Marktsegmenten Freizeit und netzunabhängige Industrieanwendungen — zunächst nur teilweise um Umsätze aus dem Vertrieb von Brennstoffzellensystemen, großteils aber um bezahlte Entwicklungsaufträge, nach deren erfolgreichem Abschluss die Serieneinführung geplant ist.

Zukünftige Zielmärkte

Leichte Elektrofahrzeuge

Ein weiteres attraktives Marktsegment sieht die Gesellschaft im Bereich Stromversorgung für leichte Elektrofahrzeuge unterhalb der Pkw-Ebene. Beispiele sind Airport-Buggies, Golf-Carts, kleine Lastenfahrzeuge, Fahrrad-Rikschas und ähnliche Kleinfahrzeuge für den Nahverkehr. Zur Zeit werden solche Elektrofahrzeuge nahezu ausschließlich mit wiederaufladbaren Batterien betrieben, wodurch Aktionsradius, Nutzbarkeit und Funktionalität dieser Fahrzeuge in der Praxis beschränkt sind. Der Einsatz von Brennstoffzellen der Gesellschaft wird derzeit in einer Reihe von Prototyp-Fahrzeugen im Alltagseinsatz erprobt, so z.B. in einem Pilotprojekt mit einem sogenannten „Velotaxi“ (Hersteller: Veloform GmbH) in Berlin, in einem elektrisch angetriebenen Lastenanhängen für die Postzustellung und in einer Mobilitätshilfe für ältere Menschen der Meyra GmbH. Bislang sind die Umsätze der Gesellschaft in diesem Teilbereich noch gering. Nach Einschätzung der Gesellschaft wird der Eintritt in die Serienproduktionsphase in diesem Marktsegment noch mindestens ein Jahr in Anspruch nehmen.

Konsumgüterelektronik

Langfristig plant die Gesellschaft, ihre Produkte auch im Bereich Konsumgüterelektronik zu vermarkten. In diesem Bereich hat die Entwicklung der Batteriekapazität mit steigenden Anforderungen und höherer Funktionalität der Geräte (Beispiele: Notebooks, professionelle Camcorder, z.T. elektrische Werkzeuge) nur bedingt Schritt halten können. Stromquellen für tragbare elektronische Geräte müssen dabei besonders handlich, leicht und kostengünstig sein. Dies gilt beispielsweise für die Stromversorgung von Notebooks, die regelmäßig intensiv genutzt werden und einen hohen Strombedarf haben. Die derzeit verfügbaren Brennstoffzellensysteme sind noch nicht ausreichend miniaturisiert, um die Anforderungen dieses Marktsegments zu erfüllen. Die Gesellschaft geht davon aus, dass ihre Brennstoffzellensysteme erst nach deutlicher Weiterentwicklung in Richtung Miniaturisierung, Kostenreduktion und Verbreitung der Tankpatronen-Infrastruktur in diesem Marktsegment eine kommerzielle Anwendung finden können. Nach Einschätzung der Gesellschaft wird der Eintritt in die Serienproduktionsphase in diesem Marktsegment noch mindestens vier Jahre in Anspruch nehmen.

Gesundheitswesen

Die Gesellschaft beabsichtigt, ihre Brennstoffzellensysteme auch im Gesundheitswesen zu vermarkten. Insbesondere bei Elektro-Rollstühlen, medizinischen Notfallsystemen, die außerhalb von Rettungswagen und festen Krankenstationen betrieben werden, sowie bei medizinischen Apparaten, die während des Transports eines Patienten dauerhaft angeschlossen bleiben müssen oder die der Patient ständig bei sich führen muss, wie Atemhilfsgeräten, besteht Bedarf für eine zuverlässige, mobile, netzunabhängige Stromversorgung, für die die Brennstoffzellensysteme der Gesellschaft nach ihrer Auffassung geeignete Lösungen darstellen. Nach Einschätzung der Gesellschaft wird der Eintritt in die Serienproduktionsphase in diesem Marktsegment noch mindestens zwei Jahre in Anspruch nehmen.

Wesentliche Markttreiber für Brennstoffzellensysteme

Makroökonomische Treiber

Wesentliche makroökonomische Markttreiber sind nach Einschätzung der Gesellschaft:

- Weitreichende Elektrifizierung und Digitalisierung vielfältigster Lebensbereiche;
- Eine grundlegend veränderte geopolitische Sicherheitslage, die zu mehr militärischen Einsätzen und verstärkter Nachfrage nach Sicherheitstechnik führt;
- Zunehmender Bedarf an sauberen, effizienten Formen der Energieumwandlung angesichts absehbarer Verknappung verschiedener Ressourcen und weltweit verschärfter gesetzlicher Auflagen und Grenzwerte; und

- Das Bedürfnis der Reduzierung von Abhängigkeiten von fossilen Energieträgern, speziell solcher aus politisch / wirtschaftlich instabilen Regionen.

Mikroökonomische Treiber

Wesentliche mikroökonomische Markttreiber sind nach Einschätzung der Gesellschaft:

- Zunehmende Bedürfnisse nach Komfort und Funktionalität in Freizeitfahrzeugen und Booten sowie Berg- und Ferienhütten, die zu steigendem elektrischen Energieverbrauch führen;
- Zunehmender Einsatz drahtloser Mess-, Überwachungs-, Verkehrs- und Sicherheitstechnik abseits der öffentlichen Stromnetze;
- Die fortschreitende Digitalisierung und Elektrifizierung militärischer Gefechtsfelder;
- Steigender Anteil älterer Menschen mit Bedürfnissen nach hoher Mobilität und Lebensqualität, die durch leichte Elektrofahrzeuge gedeckt werden können;
- Steigende Nachfrage nach netzunabhängigen elektronischen Geräten mit einer möglichst langen Betriebszeit; und
- Reduzierung der Abhängigkeit von herkömmlichen Stromquellen vor dem Hintergrund der Möglichkeit eines (vorübergehenden) Ausfalls oder einer Unterversorgung mit Energie.

Wettbewerb und Wettbewerbsposition

Da sich die Brennstoffzellenindustrie derzeit noch im Aufbau befindet, verfügt die Gesellschaft nicht über objektive Daten oder Quellen, die ihre Wettbewerbsposition in den relevanten Marktsegmenten sinnvoll und objektiv zeigen können. Die existierenden Studien zur Situation der Brennstoffzellenindustrie (z.B. der 2006 Worldwide Fuel Cell Industry Survey) gehen typischerweise davon aus, dass ein einheitlicher Markt für Brennstoffzellensysteme existiere und die verschiedenen Technologien miteinander im Wettbewerb stünden. Nach Auffassung der Gesellschaft sind die Leistungs- und Anwendungsbereiche der betrachteten Brennstoffzellensysteme jedoch so unterschiedlich, dass sie nicht oder nur in sehr geringem Umfang miteinander in Wettbewerb treten und daher keinen einheitlichen Markt bilden können. Dagegen sind die wesentlichen Wettbewerber von Brennstoffzellensystemen vor allem Hersteller anderer nicht-brennstoffzellenbasierter Systeme, die in den Studien nicht erfasst werden. Hinzu kommt, dass die Studien teilweise auch die Umsätze von Komponentenlieferanten in ihren Analysen der Industrie hinzurechnen, so dass durch mehrfache Zählung ein verzerrtes Bild der Größe und Bedeutung der Industrie entsteht. Schließlich wird in den Studien nicht klar zwischen Umsätzen aus Forschungs- und Entwicklungsprojekten und tatsächlichen Produktumsätzen unterschieden. Die Gesellschaft hat daher davon abgesehen, Daten aus den verfügbaren Studien in diesem Prospekt zu verwenden.

Wettbewerber der Gesellschaft in den relevanten Marktsegmenten sind bislang in erster Linie die Hersteller konventioneller Produkte für die netzunabhängige Stromversorgung, d.h. Hersteller von verbrennungsmotorisch betriebenen Generatoren, Photovoltaikanlagen und Batterien. Dabei befindet sich die Gesellschaft nach eigener Einschätzung nur teilweise in einem Verdrängungswettbewerb mit diesen Unternehmen, da die Produkte der Gesellschaft auf einem Hybridansatz basieren und sich entweder mit konventionellen Produkten kombinieren lassen oder bereits eine wiederaufladbare Batterie im Produkt enthalten ist.

In ihrem eigenen Produktmarkt, dem Markt für methanolbasierte Brennstoffzellensysteme, gibt es nach Auffassung der Gesellschaft derzeit keinen Wettbewerber, der in vergleichbarer Weise kommerzielle Produkte für Endverbraucher anbieten könnte. Nach Einschätzung der Gesellschaft hat keines der Brennstoffzellensysteme eines anderen Unternehmens in diesen Marktsegmenten die erforderliche Produktreife in Bezug auf Leistungsmerkmale, Zuverlässigkeit, Nutzerfreundlichkeit und behördliche Zulassungen sowie Zertifizierungen. Es gibt daher nach Kenntnis der Gesellschaft bislang auch kein anderes Unternehmen, das Brennstoffzellensysteme im gleichen Leistungsbereich in größeren Stückzahlen produziert. Zahlreiche Unternehmen befinden sich noch in der Forschungs- und Entwicklungsphase, haben bisher nur Prototypen von Brennstoffzellensystemen produziert oder fokussieren sich nur auf andere Leistungsbereiche. Intensiver Wettbewerbsdruck besteht nach Auffassung der Gesellschaft allerdings im Marktsegment Verteidigung, wo sich zahlreiche andere Firmen, insbesondere Ultracell Corporation um JDA mit Streitkräften bemühen und ebenso wie die Gesellschaft Brennstoffzellensysteme bei Streitkräften in der Erprobung haben.

Zukünftige mögliche Wettbewerber sieht die Gesellschaft u.a. im Toshiba-Konzern und im Samsung-Konzern, die jedoch vornehmlich auf das Segment für Konsumgüterelektronik fokussiert sind und in der Ultracell

Corporation, deren methanolbasierte Brennstoffzellen jedoch nach Erkenntnissen der Gesellschaft erst das Prototypenstadium erreicht haben. Im Bereich der netzfernen Industrieanlagen könnte zukünftig P21 GmbH zu einem Wettbewerber der Gesellschaft werden, wobei dieses Unternehmen sich derzeit jedoch stark auf die Telekommunikation spezialisiert hat. Weitere mögliche Wettbewerber in diesen Segmenten sind aus Sicht der Gesellschaft u.a. die börsennotierten Ballard Power Systems Inc. (mit einem Jahresumsatz von ca. TEUR 37.783), Fuel Cell Energy Inc. (mit einem Jahresumsatz von ca. TEUR 26.081), Hydrogenics Corporation (mit einem Jahresumsatz von ca. TEUR 22.795), Plug Power Group (mit einem Jahresumsatz von ca. EUR 5.942), Protonex Technology Corporation (mit einem Jahresumsatz von ca. TEUR 1.828), MTI Micro Fuel Cells Inc. (mit einem Jahresumsatz von ca. TEUR 371), Voller Energy Group plc (mit einem Jahresumsatz von ca. TEUR 174), Millenium Cell Inc. (mit einem Jahresumsatz von ca. TEUR 168) und Medis Technologies Ltd. (mit einem Jahresumsatz von ca. TEUR 114) (Quelle: jeweils jüngste Jahresabschlüsse der Gesellschaften). Nach Einschätzung der Gesellschaft wurden diese Umsätze überwiegend nicht aus dem kommerziellen Verkauf von serienmäßigen Brennstoffzellensystemen, sondern aus Forschungs- und Entwicklungsverträgen sowie JDAs erzielt.

Produkte der Gesellschaft

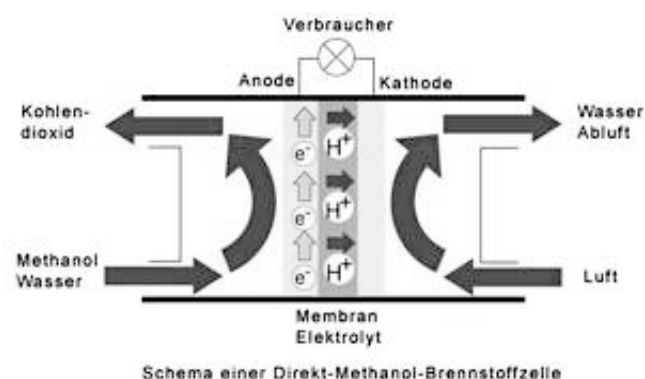
Technologische Basis

Brennstoffzellen erzeugen elektrische Energie aus geeigneten Brennstoffen — im Unterschied zu Generatoren allerdings ohne den Umweg über mechanische Energie, sondern direkt durch einen elektrochemischen Prozess, bei dem die eigentliche Stromerzeugung ohne bewegte Teile auskommt. Brennstoff und Luft kommen dabei nicht direkt miteinander in Berührung, sondern werden durch eine Separatormembran getrennt zu gezielten katalytischen Reaktionen gebracht. Diese Eigenschaften verhelfen Brennstoffzellen zu ihren zahlreichen Vorzügen wie beispielsweise geräuscharmer Betrieb, hohe Effizienz, Vermeidung der bei direkten Verbrennungsprozessen üblicherweise entstehenden Schadstoffe wie z.B. Stickoxide, Rußpartikel, Schwefeldioxid, Kohlenmonoxid. Brennstoffzellen sind Energiewandler und keine -speicher; sie erzeugen elektrische Energie so lange, wie der Energieträger, typischerweise Wasserstoff oder Methanol zugeführt wird. Dies ist ein wesentliches Differenzierungsmerkmal gegenüber Batterien.

Für den mobilen Einsatz eignen sich besonders sogenannte Niedrigtemperatur-Brennstoffzellen, da diese bereits bei niedrigen Betriebstemperaturen elektrischen Strom erzeugen. Die Hauptvertreter dieser Gattung sind Wasserstoff-Brennstoffzellen und Direkt-Methanol-Brennstoffzellen. Die Gesellschaft hat sich auf die DMFC-Technologie fokussiert, da wasserstoffbasierte Systeme mit Problemen des Energieträgers belastet sind, speziell mit der geringen Speicherdichte des Wasserstoffs und den damit verbundenen hohen Kosten der Speichereinheit. Die derzeit einzige praktikable Speicherform für Wasserstoff in Kleingeräten für Endverbraucher liegt in Metallhydridspeichern, bei denen der ursprünglich gasförmige Wasserstoff bestimmte Gitterplätze spezieller Legierungen einnimmt. Eine solche Speicherform ist mit hohem Gewicht und hohen Kosten verbunden. Zudem stellt Wasserstoff ein Gefahrdung dar, für das strenge Sicherheitsauflagen gelten.

Diese Infrastruktur-Probleme vermeidet die DMFC. Ihr Vorteil liegt in der Verwendung eines flüssigen, leicht speicherbaren und kostengünstigen Energieträgers, der in Kunststoff-Patronen vertrieben werden kann. Eine weitverzweigte weltweite Infrastruktur für Methanol existiert bereits in vielen Bereichen. Methanol wird in großtechnischem Maßstab verwendet und z.B. in vielen Ländern als Frostschutz-Zusatz im Kfz-Scheibenwasser genutzt.

In den Produkten der Gesellschaft läuft schematisch folgender Prozess ab:



Auf der Anodenseite wird aus Methanol eine verdünnte wässrige Lösung erzeugt und der Zelle zugeführt. Das dazu benötigte Wasser stammt aus der internen, patentierten Wasserrückführung des Systems und erlaubt die Verwendung von purem, unverdünnten Methanol ohne Wasserzugabe in den Tankpatronen. Auf der Kathodenseite wird Umgebungsluft in die Brennstoffzelle gepumpt. Anoden- und Kathodenseite sind über einen Stromkreis miteinander verbunden. Das Methanol gibt im Kontakt mit dem Katalysator an der Anode Elektronen (e^-) ab, die in Richtung der Kathode im Stromkreis fließen. Die ebenfalls entstandenen Gegenionen (Protonen — H^+) passieren die MEA zur Kathode. Dort reagiert Luftsauerstoff mit Protonen und Elektronen: es entsteht Wasser. Während des chemischen Vorgangs erwärmt sich die Brennstoffzelle innerhalb des wärmeisolierten Brennstoffzellensystems auf ca. 75 °C. Daher wird das Wasser als Wasserdampf und Kohlendioxid nach außen abgegeben. Die dabei entstehenden Mengen an Feuchtigkeit und Kohlendioxid sind vergleichbar mit der Atemluft eines Kindes (bei einer angenommenen Leistung der Brennstoffzelle von 50 Watt).

Die Brennstoffzellensysteme der Gesellschaft werden in der Regel in einer Hybridkonfiguration zusammen mit einer wiederaufladbaren Batterie betrieben und zum Teil zusätzlich mit Photovoltaikmodulen oder anderen Stromquellen kombiniert. Je nach Marktsegment und Produkt ist diese Batterie Teil des Lieferumfangs der Gesellschaft oder bereits beim Kunden vorhanden. Durch diesen Hybridansatz werden die Vorteile beider Stromquellen vereint — die Batterie sorgt für kurzzeitige Spitzenleistung, die Brennstoffzelle ist die Langzeit-Stromquelle — und werden Probleme mangelnder Kompatibilität vermieden.

Produktpalette

Die Produktpalette der Gesellschaft ist hochgradig modular aufgebaut und verwendet soweit wie möglich gleiche Bauteile in allen Produkten. Hierdurch kann sie mit einer geringen Anzahl von Systemplattformen eine Vielzahl von Anwendungen und Kundenwünschen bedienen. Das wesentliche Produkt der Gesellschaft sind Brennstoffzellensysteme. Derzeit stehen als Standardprodukte Brennstoffzellensysteme in den drei Leistungsstufen 600 Wh, 1200 Wh und 1600 Wh Tagesstromproduktion zur Verfügung.

Brennstoffzellensysteme EFOY 600, EFOY 1200 und EFOY 1600

In den Marktsegmenten Freizeit (außer Boote) und netzunabhängige Industrieanwendungen werden Brennstoffzellensysteme der drei Leistungsvarianten als EFOY 600, EFOY 1200 und EFOY 1600 angeboten. Jedes Brennstoffzellensystem wiegt ca. 7,5 kg (ohne Tankpatrone) und ist von einem festen Kunststoffgehäuse ummantelt. Im Gehäuse ist neben der Brennstoffzelle und der benötigten Systemperipherie ein automatischer Laderegler eingebaut. Dieser erlaubt den unmittelbaren Anschluss des Brennstoffzellensystems an die Batterie (wiederaufladbar und nicht wiederaufladbar) des Kunden. Der Laderegler prüft laufend den Ladezustand der Batterie. Sinkt die Batteriespannung unter einen definierten Grenzwert, schaltet sich die Brennstoffzelle ein, lädt die Batterie auf und schaltet sich anschließend automatisch wieder ab.

Je nach Einsatz in Reisemobilen, Berg- und Ferienhütten oder der Industrie verfügen die Brennstoffzellensysteme über spezielle Anschlüsse, Softwareparameter oder andere Merkmale, die sie für ihren jeweiligen Verwendungszweck optimieren.

Die Brennstoffzellensysteme arbeiten umweltfreundlich. Bei der Stromerzeugung entsteht bei einer angenommenen Leistung von 50 Watt neben Wasser lediglich Kohlendioxid in einer Menge, die in etwa der Atemluft eines Kindes entspricht. Die Energieerzeugung ist sehr geräuscharm.

Die Produktionszeit für ein EFOY-Brennstoffzellensystem beträgt durchschnittlich 3,5 Mannstunden.

Die technischen Spezifikationen der EFOY Brennstoffzellensysteme sind folgende:

Gerät	EFOY 600	EFOY 1200	EFOY 1600
Ladekapazität	600 Wh/Tag 50 Ah/Tag	1200 Wh/Tag 100 Ah/Tag	1560 Wh/Tag 130 Ah/Tag
Nennspannung ³⁾	12 V	12 V	12 V
Nennleistung	25 W	50 W	65 W
Nennstrom	2,1 A	4,2 A	5,4 A
Methanolverbrauch	1,1 l/kWh 1,3 l/100 Ah	1,1 l/kWh 1,3 l/100 Ah	1,1 l/kWh 1,3 l/100 Ah
Geräuschpegel	23 ¹⁾ /39 ²⁾ dB(A)	23 ¹⁾ /39 ²⁾ dB(A)	23 ¹⁾ /39 ²⁾ dB(A)
Gewicht	7,3 kg	7,5 kg	7,6 kg
Umgebungsbetriebstemperatur ..	-20 °C (-4 °F)... +40 °C (104 °F)		
Abmessung	(L x B x H) 43,5 x 20,0 x 27,6 cm		
Empfohlene Batterien	12 V Blei-Batterien (Blei-Säure oder Blei-Gel) mit 40 bis 200 Ah Kapazität		
Unverbindliche Preisempfehlung	EUR 1.999	EUR 3.199	EUR 3.699

1) in 7m Abstand

2) in 1m Abstand

3) Geräte auch mit 24 V lieferbar

Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr 2006 etwa 58 % ihres Umsatzes aus dem Verkauf dieser Produkte erwirtschaftet.

Brennstoffzellensystem MFC-Serie

Speziell für den Einsatz in Booten, insbesondere Segelbooten, wurden die Brennstoffzellensysteme der MFC-Serie in Zusammenarbeit mit dem Schiffsausrüster Max Power entwickelt. Die erste Baureihe der MFC-Serie, die MFC 100 entsprach in ihren technischen Spezifikationen weitgehend der EFOY 1200. Die Gesellschaft hat die MFC Serie modifiziert und ausgeweitet. Sie wird kurzfristig drei verschiedene Modelle (MFC 60, MFC 110 und MFC 140) anbieten, die ebenfalls auf den EFOY Brennstoffzellensystemen basieren. Die Brennstoffzellensysteme der MFC Serie haben ein robustes und seewasserfestes Gehäuse. Die Ladekontrolle wurde speziell für den Einsatz mit Marinebatterien programmiert. Die Brennstoffzelle ist so gebaut, dass sie auch noch bei einem Neigungswinkel von 30 ° arbeitet.

Gerät	MFC 60	MFC 110	MFC 140
Ladekapazität	720 Wh/Tag 60 Ah/Tag	1320 Wh/Tag 110 Ah/Tag	1680 Wh/Tag 140 Ah/Tag
Nennspannung ³⁾	12 V	12 V	12 V
Nennleistung	30 W	50 W	70 W
Nennstrom	2,5 A	4,6 A	5,8 A
Methanolverbrauch	1,1 l/kWh 1,3 l/100 Ah	1,1 l/kWh 1,3 l/100 Ah	1,1 l/kWh 1,3 l/100 Ah
Geräuschpegel	23 ¹⁾ /39 ²⁾ dB(A)	23 ¹⁾ /39 ²⁾ dB(A)	23 ¹⁾ /39 ²⁾ dB(A)
Gewicht	7,3 kg	7,5 kg	7,6 kg
Umgebungsbetriebstemperatur ..	-20 °C (-4 °F)... +40 °C (104 °F)		
Abmessung	(L x B x H) 43,5 x 20,0 x 27,6 cm		
Empfohlene Batterien	12 V Blei-Batterien (Blei-Säure oder Blei-Gel) mit 40 bis 200 Ah Kapazität		
Unverbindliche Preisempfehlung	EUR 2.975	EUR 3.993	EUR 4.845

1) in 7m Abstand

2) in 1m Abstand

3) Geräte auch mit 24 V lieferbar

Cluster Controller CC1

Für das Marktsegment netzunabhängige Industrieanwendungen hat die Gesellschaft mit dem Cluster Controller CC1 eine Komponente entwickelt, die den EFOY Brennstoffzellensystemen ohne technische Modifi

kation zusätzliche Anwendungsbereiche erschließt. Der Cluster Controller erlaubt es, bis zu fünf Brennstoffzellensysteme parallel zu schalten und damit die Leistung wesentlich zu erhöhen. Da der stationäre Einsatz von Brennstoffzellensystemen häufig in isolierten oder schwer zugänglichen Standorten erfolgt, erlaubt der Cluster Controller die Fernsteuerung der Brennstoffzellensysteme über einen PC und einen externen Ladecontroller. Ferner kann durch den Anschluss von Tankpatronensensoren der Methanolvorrat jedes Brennstoffzellensystems über den PC abgefragt werden.

Power Manager

Der Power Manager ist ein Gerät für den militärischen Einsatz. Die Gesellschaft hat den Power Manager im Auftrag von den U.S. Streitkräften entwickelt. Er ermöglicht Soldaten im Einsatz ein effektives Energiemanagement, indem er für eine optimale Nutzung der vorhandenen Stromquellen z.B. Batterien (wiederaufladbar und nicht wiederaufladbar) mit unterschiedlicher Chemie und unterschiedlichem Ladestatus, Brennstoffzellensysteme, Solarzellen, Batterieladegeräte und Autobatterieschnittstellen sorgt (so genannte Abwärtskompatibilität). Mit Hilfe des Power Managers können Batterien zudem im Feld effizient über verschiedene Stromquellen geladen werden. Er ermöglicht die effiziente Energiespeicherung und -verteilung innerhalb eines Netzwerks und stellt unterschiedliche Spannungen und Stromstärken je nach Bedarf des elektrischen Verbrauchers zur Verfügung.

Die technischen Spezifikationen sind folgende:

Gehäuse	Strapazierfähige Aluminiumkonstruktion speziell für den Einsatz in Militäranwendungen; kompakt, leicht und ergonomisch; ausgezeichnete EMI-Eigenschaften; erhältlich in verschiedenen Farben; Kurzanleitung auf der Geräterückseite
30 V Gleichstrom In/Output	Jeweils 16 A Spannung; 3 I/O's ermöglichen gleichzeitigen Verwendung mehrere Stromquellen oder unterschiedlicher elektronischer Geräte
12 V Gleichstrom Input	Input-Bandbreite: 10 bis 16 V; Aktive Stromstärkenbegrenzung auf 8,5 A
15 V Gleichstrom Output	Kurzschlussgeschützt; Aktive Stromstärkenbegrenzung auf 8,5 A
Staubschutz	Schützt Anschlüsse vor Wasser, Staub und Sand
Display	Zeigt Systemspannung an; Tiefergesetzt zum Schutz vor Zerkratzen

Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr 2006 etwa 3,2 % ihres Umsatzes aus dem Verkauf dieser Produkte erwirtschaftet.

Brennstoffzellensystem C-Serie

Die C-Serie umfasst die für das Marktsegment Verteidigung entwickelten Brennstoffzellensysteme der Gesellschaft. In Zusammenarbeit mit den U.S. Streitkräften, der Deutschen Bundeswehr und LG Chem. Ltd. Korea hat die Gesellschaft das portable Brennstoffzellensystem „Jenny“ entwickelt. Das System basiert grundsätzlich auf der gleichen Technologie wie die EFOY Brennstoffzellensysteme, ist aber eine vollständige Neuentwicklung im Hinblick auf Miniaturisierung und Gewichtsreduzierung. „Jenny“ bietet einem Soldaten zusammen mit fünf Tankpatronen M0,35 bis zu 72 Stunden Unabhängigkeit von einer Stromquelle. „Jenny“ ist nach Erkenntnissen der Gesellschaft bei einem 72 Stunden dauernden Einsatz um 80 % leichter als momentan in den U.S. Streitkräften verwendete Stromquellen. Dies bedeutet eine Gewichtsreduktion für den einzelnen Soldaten von bis zu 10 kg. Bis Ende 2006 hat die Gesellschaft 19 „Jenny“ Prototypen sowie 30 Vorgängermodelle an Kunden geliefert. Die Gesellschaft arbeitet bereits an einem noch kompakteren Nachfolgemodell der „Jenny“, dem Brennstoffzellensystem „M 25“. Unterstützt wird diese Technologie von dem „Power Manager“, der die Abwärtskompatibilität von Brennstoffzellensystemen und anderen Geräten sichert.

Im Geschäftsjahr 2006 hat die Gesellschaft 27 Prototypen der C-Serie zu Testzwecken an ihre Kunden verkauft.

Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr 2006 etwa 10,6 % ihres Umsatzes aus dem Verkauf dieser Produkte erwirtschaftet.

Tankpatronen M5, M10, M28 und 350ml

Die Gesellschaft bietet als Zubehör zu den Brennstoffzellensystemen die erforderlichen Methanol-Tankpatronen in den Größen 5 Liter, 10 Liter, 28 Liter und (derzeit noch im Prototypenstadium) 0,35 Liter an. Der Verbrauch an Methanol liegt bei etwa 1,1 Liter pro Kilowattstunde. Eine 10-Liter-Tankpatrone reicht demnach rechnerisch etwa für 8 Tage Dauerbetrieb einer EFOY 1200; in der Praxis kommen Kunden hiermit bis zu ca. 2 Wochen aus, wenn sie ein Reisemobil nach europäischen Standards autark mit Bordstrom versorgen. Die Gesellschaft hat diese Tankpatronen speziell für ihre Brennstoffzellensysteme entwickelt. Sie sind mit einem Spezialverschluss ausgestattet, der das unbeabsichtigte Austreten von Methanol verhindert und den Verwender vor Kontakt mit dem Methanol schützt. Die Patronen sind robust und für den Transport sogar per Luftfracht zugelassen (siehe den Abschnitt „Beschreibung der Geschäftstätigkeit – Regulatorisches Umfeld“). Momentan werden die Tankpatronen von einem externen Lieferanten für die Gesellschaft produziert und an die Produktionsstätte der Gesellschaft geliefert. Tankpatronen für spätere Massenmärkte plant die Gesellschaft, von ihrem strategischen Partner BiC produzieren zu lassen (siehe den Abschnitt „Beschreibung der Geschäftstätigkeit – Wesentliche Verträge – BiC Corporation, Milford (Connecticut, USA)“). Die Tankpatronen M5 und M10 sind durch den TÜV Süddeutschland mit dem „GS“-Zeichen zertifiziert.

Die technischen Spezifikationen sind folgende:

<u>Tankpatrone</u>	<u>M5</u>	<u>M10</u>	<u>M28</u>	<u>350 ml</u>
Inhalt	5 Liter	10 Liter	28 Liter	0.350 Liter
Gewicht	4.3 kg	8.4 kg	22 kg	0.3 kg
Ladepazität	4.4 kWh	9.1 kWh	25.5 kWh	
	380 Ah	760 Ah	2,128 Ah	0.3 kWh
Unverbindliche Preisempfehlung	EUR 15,99	EUR 21,99	EUR 92,80	EUR 38,50

Insgesamt hat die Gesellschaft mit einem Umsatz von EUR 0,07 Mio. etwa 1 % ihres Umsatzes im Geschäftsjahr 2006 mit Tankpatronen generiert.

Forschung und Entwicklung

Überblick

Die Forschungs- und Entwicklungsabteilung der Gesellschaft hat ihren Sitz in Brunenthal. Ein Team von 25 Mitarbeitern (Stand 31. März 2007) ist mit der Weiterentwicklung bestehender Lösungen und der Entwicklung neuer Produkte beschäftigt. Zu diesem Team gehörten am 31. März 2007 21 Ingenieure verschiedener Fachrichtungen.

Die Gesellschaft sieht ihr technologisches Know-how hauptsächlich in folgenden Bereichen:

- Erfahrung in der Umsetzung der Brennstoffzellentechnologie vom Forschungs- und Entwicklungsstadium in kommerzielle Produkte;
- Kostenreduktion der Schlüsselkomponenten von Brennstoffzellensystemen;
- Technische Lösungen für das Wasser- und Wärmemanagement von Brennstoffzellensystemen zur Sicherstellung des zuverlässigen Betriebs in einem weiten Fenster von Umgebungsbedingungen;
- Miniaturisierung der Brennstoffzellensysteme und der benötigten Systemtechnik; und
- Darstellung der benötigten Lösungen für Methanol-Tankpatronen und deren Distributionslogistik.

In den vergangenen Geschäftsjahren hat die Gesellschaft EUR 2,2 Mio. in 2004, EUR 2,7 Mio. in 2005 und EUR 0,4 Mio. in 2006 für Forschung und Entwicklung ausgegeben.

Die Gesellschaft hat im Jahr 2006 etwa EUR 1,7 Mio. mit JDA erwirtschaftet, die nach Ansicht der Gesellschaft teilweise dem Bereich Forschung und Entwicklung zuzurechnen sind, was etwa 24,5 % ihres Umsatzes entspricht.

F&E – Strategie

Die Forschung und Entwicklungsarbeit der Gesellschaft ist produkt- und anwendungsorientiert. Die Gesellschaft hält engen Kontakt zu ihren Kunden und Kooperationspartnern, um deren Bedürfnisse zu analysieren und die eigenen Produkte laufend zu optimieren. Hierzu hat die Gesellschaft in der Vergangenheit einige JDAs abgeschlossen. In diesen verpflichtet sich die Gesellschaft, gegen Bezahlung kundenspezifische Produkte zu entwickeln. Die Kunden erhalten so maßgeschneiderte Lösungen und die Gesellschaft finanzielle

Unterstützung für ihre F&E sowie Praxiserfahrung und das Know-how ihrer Partner. Während JDA derzeit noch einen hohen Prozentsatz des Umsatzes der Gesellschaft ausmachen, erwartet die Gesellschaft, dass dieser Prozentsatz im Rahmen des Schrittes von einem Forschungs- und Entwicklungsunternehmen zu einem Produktionsunternehmen kontinuierlich zurückgehen wird, während die Umsätze aus dem Vertrieb ihrer Produkte steigen werden.

In anderen Fällen hat die Gesellschaft ein bestimmtes Marktsegment identifiziert und versucht, ein Produkt zu entwickeln, das passend für den spezifischen Markt ist. Der Forschungsschwerpunkt der Gesellschaft liegt derzeit insbesondere auf der Miniaturisierung ihrer Produkte bei gleichzeitiger Leistungssteigerung und der Reduzierung der Stückkosten. Dieser Bereich wird derzeit noch zu einem wesentlichen Anteil über Fördergelder finanziert. Zukünftig beabsichtigt die Gesellschaft, ihre Forschung verstärkt aus ihren Umsatzerlösen zu finanzieren.

F&E — Projekte

Die wesentlichen Forschungs- und Entwicklungsprojekte der Gesellschaft betreffen die akquirierten JDAs, die Entwicklung nachfolgender Produktgenerationen, laufende Optimierung bestehender Produktreihen sowie die Kooperationen mit Du Pont, BiC und weiteren Lieferanten und Partnern (vgl. die Abschnitte „*Beschreibung der Geschäftstätigkeit — Wesentliche Verträge — E.I. du Pont de Nemours and Company, Wilmington (Delaware, USA)*“ und „*— BiC Corporation, Milford (Connecticut, USA)*“).

Öffentliche Fördermittel

Die wichtigste Fördergeldgeberin ist die Bundesrepublik Deutschland durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung, das die Entwicklung miniaturisierter Systemperipherie mit ca. EUR 1 Mio. fördert und das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit, das ca. EUR 1,6 Mio. für die Fortentwicklung der Stacks zur Verfügung gestellt hat.

Die Gesellschaft hat in der Vergangenheit insgesamt ca. EUR 5,5 Mio öffentliche Fördermittel für die Entwicklung ihrer Produkte aus verschiedenen Quellen (Bayerisches Wirtschaftsministerium, Bundeswirtschaftsministerium, Bundesministerium für Bildung und Forschung u.a.) erhalten. Die entsprechenden Zweckbindungsfristen sind in den ganz überwiegenden Fällen bereits ausgelaufen. Die erhaltenen Zuwendungen sind allerdings mit Bedingungen und Auflagen verknüpft. Sollte sich nachträglich herausstellen, dass die Gesellschaft Fördermittel zu Unrecht erhalten hat, sie bestimmte Bedingungen und Auflagen nicht eingehalten hat oder die entsprechenden Förderungen als verbotene Beihilfen nach Art. 87 EGV zu qualifizieren sind, so wäre sie unter Umständen in einem bestimmten Umfang Rückforderungsansprüchen der jeweiligen Zuwendungsgeber ausgesetzt.

Beschaffung und Endfertigung

Die Brennstoffzellensysteme werden durch die Gesellschaft in ihrem Werk in Brunenthal montiert, wo auch die Endkontrolle hinsichtlich Funktion und Qualität stattfindet. Die erforderlichen Komponenten und Materialien bezieht die Gesellschaft aus ihrem internationalen Lieferantennetzwerk. Die Warenwirtschaft und der Vertrieb werden dabei über das von der Gesellschaft verwendete ERP System „Pro Alpha“ gesteuert. Ein Brennstoffzellensystem besteht im wesentlichen aus rund zehn Kernkomponenten („A-Teilen“) sowie aus weniger bedeutsamen, teilweise standardisierten Kleinteilen wie z.B. Befestigungsmaterial und Schnittstellen. Zu den „A-Teilen“ zählen insbesondere MEAs, Bipolarplatten, Dichtungen, Pumpen, Fluidtrennvorrichtungen, Wärmetauscher, Sensorik, Steuerung. In Summe besteht ein Standard-Brennstoffzellensystem der Gesellschaft im kompletten Lieferumfang aus rund 390 Einzelkomponenten bzw. rund 190 Stücklistenpositionen, die von etwa 60 unterschiedlichen Lieferanten bezogen werden. Derzeit fertigt die Gesellschaft 30 Geräte pro Werktag auf Basis eines Ein-Schichtsystems. Die Produktionsmenge kann die Gesellschaft auch ohne wesentliche Investitionen durch Einführung des Zwei-Schichtsystems deutlich erhöhen. Nach der Endfertigung werden die Geräte durch eine spezielle Software einzeln geprüft und registriert, um spätere Kundenanfragen und etwaige Reklamationen sofort einem Gerät zuordnen zu können. Auch auf der Ebene der wichtigsten Komponenten besteht Rückverfolgbarkeit zu Lieferanten und Chargen.

Nach Einschätzung der Gesellschaft reicht ihre Kapazität aus, um durch den Übergang auf ein Zwei-Schichtsystem etwa 20.000 Brennstoffzellensysteme pro Jahr zu produzieren. Derzeit beschäftigt die Gesellschaft zehn Angestellte und elf Leiharbeiter (Stand 31. März 2007), die die Einzelteile an Produktionsinseln montieren. Diese Produktionsweise wird nach Einschätzung der Gesellschaft bis zum zweiten Halbjahr 2008 die Nachfrage nach Brennstoffzellensystemen decken können. Mit dem Erlös des geplanten

Börsenganges beabsichtigt die Gesellschaft unter anderem, den Prozess mittelfristig auf Fließfertigung und Teilautomatisierung umzustellen.

Die Gesellschaft wird auch nach der Umstellung auf die Massenproduktion die Komponenten für ihre Brennstoffzellensysteme von Herstellern beziehen und diese nicht selbst fertigen. Vielmehr wird sie weiter das spezielle Produktions-Know-how verschiedener Anbieter nutzen. Hierfür ist die Gesellschaft unter anderem strategische Partnerschaften mit Zulieferern von Spezialteilen eingegangen, z.B. die Partnerschaft mit E.I. du Pont de Nemours and Company („*Du Pont*“), welche die MEA für die Gesellschaft liefert (vgl. Abschnitt „*Beschreibung der Geschäftstätigkeit — Wesentliche Verträge — E.I. du Pont de Nemours and Company, Wilmington (Delaware, USA)*“). Um die Abhängigkeit von einem bestimmten Lieferanten zu reduzieren, verfolgt die Gesellschaft die Strategie, durch mehrere Lieferanten ihre Flexibilität zu steigern, ihre Verhandlungsposition zu verbessern und ihre Lieferkette abzusichern, so dass bei Ausfall eines Partners die jeweiligen Komponenten von einem anderen Partner geliefert werden können. So bezieht die Gesellschaft ihre MEAs sowohl von Du Pont als auch von Johnson Matthey Fuel Cells.

Im 1. Quartal 2007 wurde für einen neuen Lieferanten eine Bankgarantie in Höhe von TEUR 100 vereinbart. Dadurch erhöhten sich die Verpflichtungen aus Bürgschaften der Gesellschaft entsprechend. Siehe „*Darstellung und Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage — Liquidität und Kapitalausstattung — Verbindlichkeiten — Eventualverbindlichkeiten und sonstige finanzielle Verpflichtungen*“.

Weitere Komponenten, die für den Betrieb ihrer Brennstoffzellensysteme erforderlich sind, bezieht die Gesellschaft unter anderem von der ACC Beku GmbH, Hassloch (Methanol-Tankpatronen), dem Texas Instruments Konzern (elektrische Kleinteile), Schunk Kohlenstofftechnik GmbH, Heuchelheim (Bipolar-Platten), GLOBAL COMPONENTS GmbH, Oberhaching (elektrische Kleinteile) sowie von der ElringKlinger AG, Dettingen/ Erms.

Marketing und Vertrieb

Im Bereich Marketing und Vertrieb arbeiten zum 31. März 2007 16 Mitarbeiter. Davon arbeiten drei Mitarbeiter im Außendienst für den Reisemobilmarkt. Wesentliches Ziel der Marketingmaßnahmen der Gesellschaft ist es, weitere Großhändler für die Produkte der Gesellschaft zu gewinnen. Etwa 80 % des Umsatzes der Gesellschaft im Geschäftsjahr 2006 im Marktsegment Freizeit wurden über Großhändler generiert. Die Aufgaben der Marketingabteilung unterscheiden sich derzeit noch von den Aufgaben solcher Abteilungen in etablierten Märkten. Ziel ist es derzeit, Händler und Endkunden für die Technologie zu interessieren und über deren Zusatznutzen aufzuklären. Anders als in reifen Produktmärkten gibt es derzeit keinen ohnehin vorhandenen Bedarf für Brennstoffzellensysteme, aber auch keine Konkurrenzprodukte.

Im Rahmen eines europaweiten Marketingprogramms ist die Gesellschaft auf den wesentlichen Messen (insbesondere der Caravan Salon in Düsseldorf und der CMT — Die Urlaubsmesse in Stuttgart sowie der Salon des Véhicules de Loisirs in Paris und anderen Veranstaltungen beispielsweise in Kooperation mit der National Defense Industrial Association (NDIA), USA, präsent. Im Geschäftsjahr 2006 war die Gesellschaft auf etwa sieben Messen im Inland und weiteren fünf im Ausland sowie auf sonstigen Veranstaltungen präsent und hat diverse Kampagnen und Werbemaßnahmen durchgeführt, um ihren Bekanntheitsgrad im Markt auszubauen. Daneben bietet sie regelmäßig Schulungen für Großhändler an, um ihre Produkte vorzustellen und den Umgang mit diesen zu erleichtern.

Für ihre Kunden im europäischen Ausland bedient sich die Gesellschaft bestimmter etablierter Vertriebsnetze und Großhändler: In Frankreich hat Trigano Service sowie Euro Accessoires, in Italien Webasto Product Italy und in Großbritannien Transleisure Ltd. den Vertrieb der Produkte der Gesellschaft übernommen.

Der Absatz von Brennstoffzellensystemen im Freizeit-Bereich erfolgt größtenteils im Endverbrauchermarkt. Zielkunden sind dabei vor allem Eigentümer von Caravans und Reisemobilen, die die Technik der Gesellschaft nachrüsten lassen. Der Vertrieb erfolgt dabei zweistufig über Groß- und Einzelhändler, bevor die Produkte die Endkunden erreichen. Die größten Abnehmer der Produkte der Gesellschaft sind gegenwärtig Trigano Service und Euro Accessoires in Frankreich, Webasto Product Italy Spa in Italien, Transleisure Ltd. in Großbritannien und Movera GmbH, Freiko GmbH und Fritz Berger GmbH in Deutschland. Die Gesellschaft strebt zudem an, mit verschiedenen Anbietern von Caravans und Reisemobilen direkt zu kooperieren, um einen serienmäßigen Einbau ihrer Produkte im Rahmen von OEM Verträgen in bestimmte Fahrzeugklassen zu erreichen.

Im Bereich Boote besteht eine Partnerschaft mit Max Power S.A., einem französischen Hersteller von Power Equipment für Yachten, wonach Max Power die Brennstoffzellensysteme der MFC-Serie unter ihrem Markennamen vertreiben darf. Max Power ist eine Tochtergesellschaft der Navimo Gruppe, einem weltweit führenden Anbieter von Zubehör im maritimen Bereich.

Im Marktsegment netzunabhängige Industrieanwendungen vermarktet die Gesellschaft ihre Produkte insbesondere an Value Added Resellers („VARs“) und somit in Zusammenarbeit mit anderen Industrieunternehmen, um nach Möglichkeit eine Integration ihrer Produkte in bereits etablierte Systeme zu erreichen. Die größten Abnehmer der Produkte der Gesellschaft sind gegenwärtig udomi in Deutschland, TEDAS B.V. in den Niederlanden und Sandpiper Technologies Inc. in den USA.

Im Bereich Verteidigung ist der Markt dadurch geprägt, dass nur wenige Schlüsselkunden existieren. Derzeit steht die Gesellschaft in engem Kontakt mit der Deutschen Bundeswehr und den U.S. Streitkräften, um dort ihre Speziallösungen für den Verteidigungsbereich zu vertreiben. Hierfür hat die Gesellschaft ein spezielles Vertriebsteam. Der Großteil dieses Teams arbeitet von Deutschland aus und koordiniert die jeweiligen Projekte. Zusätzlich beschäftigt die Gesellschaft in den USA einen ehemaligen Offizier als Marketingbeauftragten, der Kontakte zu den dortigen Streitkräften vermittelt und die Einführung der Technik der Gesellschaft in den Vereinigten Staaten beschleunigt hat. Die größten Abnehmer der Produkte der Gesellschaft waren bislang die U.S. Streitkräfte und die Deutsche Bundeswehr.

Die Gesellschaft nutzt in Europa die bereits bestehende Infrastruktur von Händlern für Outdoor-Ausrüstung, um über diese die Belieferung der Brennstoffzellennutzer mit Methanol-Tankpatronen sicher zu stellen. Die Gesellschaft hat bereits in zehn Ländern Europas eine Vielzahl von Händlern für den Vertrieb gewonnen. Der weit überwiegende Teil, d.h. über 100 dieser Händler, ist dabei in Deutschland ansässig. Etwa jeweils zwischen elf und 100 Händlern sind in Frankreich, Norwegen, Italien, den Niederlanden, der Schweiz und Österreich niedergelassen, sowie jeweils etwa bis zu zehn Händler in Belgien, Großbritannien und Spanien. Zudem unterhält die Gesellschaft ein internetbasiertes Verkaufssystem.

Kundenservice

Die Zufriedenheit ihrer Kunden spielt nach Auffassung der Gesellschaft eine entscheidende Rolle für ihren Erfolg. Insbesondere im Marktsegment Freizeit besteht ein laufender Erfahrungsaustausch unter den Kunden und zwischen den Kunden und der Gesellschaft. Um die Kundenzufriedenheit zu steigern, bietet die Gesellschaft eine Hotline an, die den Kunden Auskünfte zu den Produkten gibt und bei Problemen mit den Produkten der Gesellschaft behilflich ist. Hierbei werden die Kundenbetreuer von einem computergestützten Analysetool unterstützt, das bei der Fehlerdiagnose behilflich ist und zugleich Lösungsmöglichkeiten aufzeigt. Zudem schult die Gesellschaft regelmäßig Groß- und Einzelhändler mit dem Ziel, einen korrekten Einbau der Geräte zu gewährleisten und mögliche Mängel im Vorfeld zu vermeiden.

Patente, Marken & Lizenzen

Der wirtschaftliche Erfolg der Gesellschaft hängt zum Teil davon ab, ob die Gesellschaft für ihre Produkte und Technologien Patentschutz erlangen und aufrechterhalten kann, sowie ihre Geschäftsgeheimnisse bewahren und die Schutzrechte gegen Verstöße durch Dritte schützen kann. Entscheidend ist auch, ob die Gesellschaft ihre Geschäftstätigkeit ohne Verstoß gegen die gewerblichen Schutzrechte Dritter ausüben kann. Die Gesellschaft ist um den Erhalt und die Ausweitung ihrer gewerblichen Schutzrechte bemüht, vor allem durch eine konsequente Patentanmeldestrategie in für die Gesellschaft wichtigen Produkt- und Technologiesparten. Die Gesellschaft stützt sich darüber hinaus auf Geschäftsgeheimnisse, Know-how, laufende technische Innovation und Weiterentwicklung bestehender Erfindungen, um ihre gewerblichen Schutzrechte zu erweitern und zu sichern. Eine Darstellung der Risiken der gewerblichen Schutzrechte der Gesellschaft findet sich im Abschnitt „*Risikofaktoren — Rechtliche Risiken*“.

Patente

Im Allgemeinen läuft ein Patent 20 Jahre nach der Patentanmeldung ab. Die Schlüsseltechnologien der Gesellschaft werden durch Patente geschützt, die in den größeren Ländern der Europäischen Union, vor allem Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Italien und Spanien sowie im asiatischen Raum (dort vor allem Korea, Japan und in einem Fall China) sowie in den Vereinigten Staaten von Amerika und Kanada, in einem Fall auch Australien erteilt wurden bzw. sich dort noch in Anmeldeverfahren befinden.

Strategie bezüglich der Patentanmeldung

SFC bemüht sich um den Patentschutz für die Kernbereiche der eingesetzten und vermarkteten Technologie. Die Gesellschaft greift hierbei zum weit überwiegenden Teil auf selbst entwickelte Technologien zurück. Die Anmeldungen betreffen den Bereich der Systemarchitektur und der Miniaturisierung von Brennstoffzellensystemen, Schnittstellen und Ausgestaltung von Tankpatronen sowie Betriebsstrategien, insbesondere Hybridstrategien. Typischerweise reicht die Gesellschaft eine Patentanmeldung zunächst beim Europäi-

sehen Patentamt ein. Im Anschluss an ein positives Rechercheergebnis werden regelmäßig unter Ausschöpfung der einjährigen Prioritätsfrist PCT-Anmeldungen in Erwägung gezogen. Diese zeitliche Verzögerung hat den Vorteil, dass zum Zeitpunkt der PCT-Anmeldungen in der Regel bereits eine fundierte Recherche des Europäischen Patentamts zum Stand der Technik und eine Bewertung durch die betreuenden Patentanwälte vorliegt. Aufbauend hierauf wird die Entscheidung getroffen, ob und in welchen Ländern letztlich tatsächlich die Entwicklung weiter verfolgt werden soll. Weiter entsteht so die Möglichkeit, die vorgeschlagene Entwicklung auch auf ihre Praxistauglichkeit hin zu überprüfen. Wird hier eine praktische Relevanz der Entwicklung festgestellt, wird über die internationale Patentanmeldung für SFC in den für sie relevanten Ländern eine Nationalisierung des Patents vorangetrieben. Zu den für SFC relevanten Geschäftsregionen zählen derzeit insbesondere Europa, sowie die USA, Kanada, Japan und Korea. In Anbetracht des potentiell wachsenden Markts in China ist auch dieses Land inzwischen in die Anmeldestrategie einbezogen worden. Bei europäischen Patentanmeldungen der Gesellschaft werden in der Regel zunächst alle Vertragsstaaten des Europäischen Patentübereinkommens als Bestimmungsstaaten benannt. Nach Erteilung des europäischen Patents geht die weitere Behandlung auf die nationalen Patentämter der benannten Staaten über. Der Patentschutz wird anschließend bislang vor allem in den Ländern Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Italien und Spanien verfolgt.

Patentportfolio

SFC verfügt über 21 Patentfamilien mit 59 Schutzrechten. Bereits erteilt sind hiervon derzeit 13 Patente, für eine weitere europäische Patentanmeldung ist eine Mitteilung nach Regel 51(4) vom Europäischen Patentamt übermittelt worden, d.h. nach Erledigung von lediglich formalen Erfordernissen erwartet die Gesellschaft, dass auch dieses Patent erteilt wird. SFC ist Inhaberin aller dieser Schutzrechte. Erfindungen Dritter sind entweder unter Beachtung der Bestimmungen des Gesetzes über Arbeitnehmererfindungen unbeschränkt in Anspruch genommen oder aber auf anderem Wege rechtswirksam auf SFC übertragen worden.

Das erste Patent von SFC ist das Deutsche Patent 19 921 816 („Brennstoffzellensystem und Brennstoffzelle für derartige Systeme“) mit einer Restlaufzeit bis zum 11. Mai 2019. Die ursprünglichen Erfinder André Peine, Ulrich Stimming und Manfred Stefener haben das Patent auf die Gesellschaft übertragen und halten keine Eigentumsrechte mehr daran. Bezüglich des Patents wurde der Energy Transfer GmbH eine nicht-übertragbare, nicht-unterlizensierbare, nicht-ausschließliche Lizenz erteilt, die bislang nicht genutzt wurde. Ausgehend von diesem Patent hat SFC weitere Patente in Europa, Kanada, Japan und den USA angemeldet, deren Prüfungsverfahren noch nicht abgeschlossen sind. Dieses Patent umfasst u.a. das Konzept einer Brennstoffzelle, die in einen elektrischen Verbraucher integriert ist und mittels einer austauschbaren Tankpatrone mit Brennstoff versorgt wird.

Ein weiteres Schlüsselpatent von SFC betrifft eine „Fluidtrennvorrichtung“, für welches am 3. Januar 2007 eine Europäische Patentschrift (EP 1 383 191.B1) erteilt wurde. Das Patent hat eine Laufzeit bis zum 1. Juli 2022. Unter Inanspruchnahme der Priorität der europäischen Anmeldung wurde eine PCT-Anmeldung eingereicht. Nationale Patente sind bislang nicht erteilt, jedoch in den U.S.A., Kanada, Japan und Korea bereits in der sog. nationalen Phase der Anmeldung. Die Fluidtrennvorrichtung ist zentrales Element der Brennstoffzellensysteme von SFC und für entscheidende verfahrenstechnische Funktionen unverzichtbar, z.B. Wasserhaushalt, Gasabtrennung und Steuer- und Regelungstechnik.

Ein Patent mit der Bezeichnung „Regelung des Wasserhaushalts in Brennstoffzellensystemen“ stellt einen weiteren wesentlichen Wert des Patentportfolios von SFC dar. Das Europäische Patent wurde mit der Nr. 1 383 190 erteilt. Nationale Patentschriften, die aus diesem EP-Patent abgeleitet sind, liegen derzeit nicht vor. Die Laufzeit dieses Patents endet am 1. Juli 2022. Aus diesem Patent wurde auch ein koreanisches Patent erteilt, weitere PCT-Anmeldungen befinden sich in der sog. nationalen Phase, namentlich in den USA, Kanada, Japan und China. Das hierin geschützte Verfahren ermöglicht die interne Wasserrückführung des SFC-Brennstoffzellensystems und in der Folge den Betrieb der Produkte mit unverdünntem Methanol.

Das derzeit einzige erteilte U.S.-Patent der SFC mit der Nr. US 6,884,530 betrifft eine „*Method of improving the performance of a direct feed fuel cell*“. Das Patent hat eine Restlaufzeit bis zum 31. Mai 2021. Derzeit laufen bezüglich derselben Patentfamilie Patentanmeldungen in Kanada (CA 2,387,547) und in Europa (EP 21 012 094.5). Das geschützte Verfahren umfasst eine besondere Betriebsweise, die einen stabilen Langzeitbetrieb ohne schnellen Leistungsabfall von DMFC-Produkten ermöglicht.

Weitere von der Unternehmensleitung als besonders zukunftssträftig identifizierte und 2006 erteilte Patente betreffen die Europäischen Patente EP 1 429 406 („Rahmenelemente für monopolare Brennstoffzellen-Stacks“) sowie EP 1 510 752 („Brennstoffbehälter mit Thermosicherung“). Aus diesen EP-Patenten abgeleitete nationale Patentschriften liegen derzeit noch nicht vor. Parallel laufende PCT-Anmeldungen haben bislang für EP 1 429 406 in den USA und Japan zur Eröffnung der „nationalen Phase“ geführt.

Arbeitnehmererfindungen

Patentierfähige Ideen, Entwicklungen und Erfindungen von in Deutschland beschäftigten Arbeitnehmern unterliegen dem Gesetz über Arbeitnehmererfindungen, das die Berechtigung des Arbeitgebers in Bezug auf Erfindungen, die der Arbeitnehmer im Laufe seiner Beschäftigung macht, sowie die vom Arbeitgeber dafür zu zahlende Entschädigung regelt. Jeder Arbeitnehmer, der eine Erfindung macht, die im wesentlichen auf dem Know-how des Arbeitgebers basiert, ist verpflichtet, den Arbeitgeber von dieser Erfindung schriftlich zu unterrichten. Nimmt der Arbeitgeber die Erfindung unbeschränkt in Anspruch, so gehen die Rechte an der Erfindung vom Arbeitnehmer auf den Arbeitgeber über, wobei Letzterer zur Zahlung einer angemessenen Vergütung verpflichtet ist. Der Arbeitgeber kann im Anschluss eine Patentanmeldung im eigenen Namen vornehmen. SFC hat ein sehr detailliertes System zur Regelung von Arbeitnehmererfindungen und deren Meldung. Alle Arbeitnehmer müssen der Gesellschaft sämtliche Erfindungen, Entdeckungen und Entwicklungen mitteilen, die nicht eindeutig außerhalb des Rahmens der Geschäftstätigkeit der Gesellschaft liegen. SFC zahlt seinen Arbeitnehmererfindern bei Inanspruchnahme der Erfindung pro Erfindung einen einmaligen Betrag von EUR 750,00, bei Erteilung eines Patents auf diese Erfindung eine Erteilungsprämie von EUR 500,00 und im Falle einer Verwertung durch SFC, 3 Monate und 6 Jahre nach Beginn der Verwertung weitere EUR 1.500,00. All diese Zahlungen sind in der Finanzberechnung des jeweiligen Jahres enthalten. Im Falle der Erzielung von erheblichen Umsätzen mit Produkten, welche Arbeitnehmererfindungen enthalten, kann sich eine über diese Beträge hinausgehende Vergütungsverpflichtung der Gesellschaft ergeben. Sofern die Gesellschaft Erfindungen nicht weiter verfolgt, ist sie zur Rückgabe an die Arbeitnehmer bzw., soweit dies unterbleibt, zur Zahlung von Ersatzleistungen verpflichtet.

Erfindungen der Vorstände sind aufgrund vertraglicher Verpflichtung der Gesellschaft zuzuführen, wobei eine Vergütung für die entsprechende Erfindung mit den Vorstandsbezügen abgegolten und somit nicht gesondert zu zahlen ist.

Geschäftsgeheimnisse und Know-how

Zahlreiche von SFC verwendete Verfahren sind das Ergebnis der Erkenntnisse, der Erfahrung und Fertigkeiten ihres wissenschaftlichen und technischen Personals und sind nicht patentierbar. Zum Schutz der Geschäftsgeheimnisse, des Know-hows, der Technologien und Verfahren verlangt SFC von allen Angestellten, freiberuflichen Mitarbeitern, Auftragnehmern, Kooperationspartnern sowie in der Regel bei Beratern die Unterwerfung unter Vertraulichkeitsvereinbarungen, die die Offenlegung vertraulicher Informationen untersagen. Geschäftsgeheimnisse und Know-how lassen sich aber allgemein nur schwer schützen. Es ist daher möglich, dass Angestellte von SFC gegen die Vertraulichkeitsvereinbarungen verstoßen und SFC im Einzelfall möglicherweise kein angemessener Rechtsbehelf zur Verfügung steht. SFCs Geschäftsgeheimnisse und ihr Know-how können von ihren Wettbewerbern auf andere Weise in Erfahrung gebracht werden oder von ihnen selbstständig entdeckt werden, wogegen nicht oder nur schwer rechtlich vorgegangen werden kann.

Markenrechte

Neben ihren Patenten besitzt SFC eine Reihe von Markenrechten. SFC überwacht die Verwendung der Marken durch ihre Patentanwälte und leitet bei einem Verstoß gegen die Markenrechte rechtliche Schritte ein, sofern dies angemessen erscheint. Unter anderem sind die Wortmarke ebenso wie die Wort-/Bildmarke „EFOY“ in Deutschland beim Deutschen Patent- und Markenamt eingetragen, sowie in den USA und als IR-Marke in Australien, China, der EU, Japan, Kroatien, Norwegen, der Schweiz, Südkorea und in der Türkei als Marken angemeldet. Die Marken „SFC“ und „SMART FUEL CELL“ sind als Gemeinschaftsmarken für das Gebiet der EU eingetragen. Darüber hinaus ist „SFC“ für eine Vielzahl von Ländern als IR-Marke eingetragen. Verweigert wurde die Eintragung für „SFC“ bislang für Australien, Singapur, die USA sowie die Türkei, wobei die Gesellschaft sich hier teilweise im entsprechenden Beschwerdeverfahren befindet.

Es gab im Jahr 2003 eine rechtliche Auseinandersetzung der Gesellschaft mit der smart GmbH hinsichtlich der Verwendung der Bezeichnungen „SMART FUEL CELL“ und „SFC Smart Fuel Cell“. Dieser Rechtsstreit wurde durch einen Vergleich beendet, wonach sich die Gesellschaft verpflichtete, unter diesen Kennzeichnungen (entweder als Marke oder Firmierung oder Domain) keine Produkte, insbesondere Brennstoffzellensysteme anzubieten, sofern es sich hierbei um antriebsrelevante und damit verbundene Fahrzeugteile oder Fahrzeugzubehörteile handelt, insbesondere um Autobatterien/Starterbatterien, bzw. Zusatzversorger für Autobatterien/Starterbatterien. Im übrigen hat die smart GmbH keine Einwendungen gegen die Nutzung der genannten Bezeichnungen erhoben, insbesondere nicht gegen die beabsichtigte Kennzeichnung von Brennstoffzellensystemen bis 2 kW außerhalb des antriebsrelevanten KfZ Bereichs oder Bordnetzbetriebs.

Domainnamen

SFC ist Inhaberin von knapp 60 Internet-Domainnamen, darunter beispielsweise „efoy.de“, „efoy.com“, „efoy.eu“, „sfc.com“.

Lizenzverträge

SFC stützt sich in seinem Geschäftsbetrieb ausschließlich auf eigene Schutzrechte und verzichtet (bislang) völlig auf die Einlizenzierung von Schutzrechten Dritter.

Die U.S.-amerikanischen Institutionen Jet Propulsion Laboratory / Californian Institute of Technology / University of Southern California verfügen u.a. über zwei Patentfamilien, die auf den in den USA erteilten Patenten US 5,599,638 und US 6,248,460 basieren und die für die Gesellschaft möglicherweise relevant sein können. Lizenznehmer dieser Schutzrechte sind in der Vergangenheit auf verschiedenen Wegen an die Gesellschaft herangetreten, um ihre Rechte an die Gesellschaft zu lizenzieren. SFC sieht nach eingehender Prüfung durch Patentanwälte für eine Lizenznahme derzeit keinen Anlass. Sollte einer der Schutzrechtsinhaber dennoch gegen SFC aus diesen Patenten vorgehen wollen, bestehen nach Einschätzung der Gesellschaft, gestützt auf Gutachten ihrer Patentanwälte, gute Aussichten, den Bestand dieser Patente anzugreifen. SFC erzielt zudem, jedenfalls zum gegenwärtigen Zeitpunkt, lediglich einen geringen Anteil der Umsätze in den USA.

Es ist nicht ausgeschlossen und wird vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Patentposition von SFC erwartet, dass mittel- bis langfristig mit der Technologie und den Patenten von SFC Lizenznahmen erzielt werden können.

Nach Auffassung der Gesellschaft ist ihre Geschäftstätigkeit von keinem ihrer Patente abhängig. Ein Wegfall des Patentschutzes insgesamt würde jedoch mittel- bis langfristig die Markteintrittsbarrieren für potenzielle Wettbewerber verringern und damit die Wettbewerbsposition der Gesellschaft schwächen.

Wesentliche Verträge

Die für die Geschäftstätigkeit wesentlichen Verträge hat die Gesellschaft mit Kunden, Entwicklungspartnern und Lieferanten abgeschlossen.

E.I. du Pont de Nemours and Company, Wilmington (Delaware, USA)

Für die Produktion ihrer Brennstoffzellensysteme beliefert Du Pont aufgrund eines Vertrages vom Juli 2003 die Gesellschaft mit MEAs, die das Kernstück der Produkte der Gesellschaft ausmachen. Der von der Gesellschaft jeweils zu zahlende Preis wird von den Parteien von Zeit zu Zeit ausgehandelt. Der Vertrag ist unbefristet und kann von beiden Parteien ordentlich mit einer Kündigungsfrist von 12 Monaten gekündigt werden.

Zudem besteht zwischen den Parteien seit August 2003 eine Entwicklungskooperation zur Optimierung dieser MEAs und der Brennstoffzellensysteme der Gesellschaft mit einer Laufzeit von zunächst fünf Jahren. Die Vereinbarung kann von beiden Seiten mit einer Frist von 180 Tagen ordentlich gekündigt werden.

Johnson Matthey Fuel Cells (Swindon, UK)

In Verfolgung ihrer Strategie, nicht von einem Lieferanten abhängig zu sein, hat die Gesellschaft auch mit Johnson Matthey Fuel Cells einen Vertrag über die Lieferung von MEAs für ihre Brennstoffzellensysteme bis März 2008 abgeschlossen.

Capitol Connections LLC, Middleburg (Virginia, USA)

Die Gesellschaft und Capitol Connections LLC haben im August 2006 vereinbart, dass Capitol Connections die Gesellschaft bei der Geschäftsentwicklung und der Vermarktung ihrer Brennstoffzellentechnologie bei den U.S.-Streitkräften, bei anderen U.S.-Behörden und auf dem amerikanischen Verbrauchermarkt berät. Der Vertrag endet am 31. Dezember 2007, sofern die Gesellschaft ihn nicht um weitere 18 Monate verlängert, und lässt sich im übrigen mit einer Kündigungsfrist von 60 Tagen von beiden Seiten ordentlich kündigen.

Max Power SA, Mandelieu (Frankreich)

Nach dem Kooperationsvertrag vom 21. Juli 2004 adaptiert die Gesellschaft ihre Brennstoffzellensysteme nach Vorgaben, die gemeinsam von SFC und Max Power entworfen wurden. Die Produkte werden ausschließlich von Max Power als eine Stromquelle für den Freizeitmarkt für Boote unter dem Markennamen Max Power

vermarktet. Max Power kauft und vermarktet SFC-Produkte auf eigene Rechnung und agiert gegenüber SFC und gegenüber Kunden als unabhängiges Unternehmen. Max Power hat sich verpflichtet, die Produktpalette über das Navimo sales network zu verkaufen und zu vermarkten. Der Vertrag hat eine Laufzeit von 36 Monaten ab der ersten Lieferung. Beide Parteien können die Vereinbarung mit einer Frist von 6 Monate vor Ablauf der vereinbarten Vertragslaufzeit ordentlich kündigen. Kündigt keine Partei, verlängert sich der Vertrag um jeweils ein Jahr.

Webasto Product Italy Spa, Zibido S. Giacomo (Italien)

Die Gesellschaft hat Webasto mit einem Vertrag vom Januar 2005 die Funktion des SFC-Stützpunkthändlers für das Marktsegment Freizeit (insbesondere Reisemobile) in Italien übertragen. Webasto kauft und verkauft das SFC-Produktprogramm auf eigene Rechnung und trägt die Sorge, dass der Absatz von SFC-Produkten nachhaltig gefördert wird. Die Vereinbarung ist seit 1. Januar 2005 in Kraft und hat eine unbestimmte Laufzeit. Sie kann unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von 6 Monaten zum 30. Juni und 31. Dezember eines jeden Jahres begründet gekündigt werden. Webasto hat sich darin verpflichtet, keine Erzeugnisse zu entwickeln, zu produzieren oder zu vermarkten, die im Wettbewerb zu den vertretenen Produkten der Gesellschaft stehen.

U.S. Streitkräfte

Die Verträge mit den U.S.-Streitkräften werden regelmäßig über dritte Unternehmen oder Institutionen abgeschlossen.

ATEC Mission Support

Mit Vertrag vom November 2006 hat sich die Gesellschaft zur Durchführung von Tests und Forschungsarbeiten sowie der Lieferung von Brennstoffzellensystemen der Leistungsklasse 250 W verpflichtet. Die Vertragslaufzeit ist zunächst auf vier Jahre festgesetzt. Bei einem Bestehen aller Tests werden die Parteien einen Folgeauftrag über die Lieferung fertiger Produkte an die U.S.-Streitkräfte in Betracht ziehen.

Power and Thermal Technologies for Air and Space (PTTAS) Small and Lightweight Portable Power Systems — AUSF/ AFMC Research Laboratories

Mit Vertrag vom April 2006 hat sich die Gesellschaft zur Lieferung von Power Managern sowie einzelnen Brennstoffzellensystemen mit Zubehör verpflichtet. Der Vertrag wurde im Februar 2007 erweitert und läuft im Juni 2007 aus.

Defense Acquisition Challenge Program

Unter Einbindung von Du Pont hat die Gesellschaft im Juli 2006 einen Vertrag über die Entwicklung einer miniaturisierten Brennstoffzelle (M25) als Nachfolgemodell der „Jenny“ abgeschlossen. Der Vertrag vom April 2006 hat eine Laufzeit bis April 2008 und kann von Du Pont jederzeit mit einer Frist von 90 Tagen ordentlich gekündigt werden. Du Pont hat die Möglichkeit, die Laufzeit des Vertrags bei Bedarf, nämlich im Fall der Erweiterung der Verpflichtungen gegenüber den U.S.-Streitkräften, zu verlängern, insgesamt soll die Gesamtlaufzeit aber 70 Monate nicht überschreiten.

Future Force Warrior Leaders Power Systems/ Universal Technology Corporation

Der im Dezember 2006 abgeschlossene und im Februar 2007 modifizierte Vertrag sieht die Lieferung von Power Managern durch die Gesellschaft vor. Er läuft im September 2007 aus.

BiC Corporation, Milford (Connecticut, USA)

In einem Kooperationsvertrag vom Dezember 2003 haben die Gesellschaft und BiC Corporation vereinbart, gemeinsam Tankpatronensysteme zu entwickeln, die anschließend von BiC für die Gesellschaft produziert werden können. Hierbei profitiert die Gesellschaft von der Erfahrung von BiC beim Umgang mit brennbaren Substanzen im Bereich der Feuerzeuge. Der Vertrag wurde zunächst für die Dauer von 5 Jahren geschlossen und kann von beiden Parteien ordentlich mit einer Frist von 60 Tagen schriftlich gekündigt werden. Die Gesellschaft verpflichtet sich, für die Dauer der Vereinbarung nicht mit anderen potentiellen Entwicklern oder Herstellern von DMFC-Tankpatronen für tragbare Anwendungen in Massenmärkten zusammenzuarbeiten. BiC verpflichtet sich, nicht mit anderen Herstellern von DMFC-Systemen an der Entwicklung und an Prototypen von Brennstoffzellensystemen für Notebooks zusammenzuarbeiten, sofern das nicht für die Weiterentwicklung bei BiCs Industriestandard für Tankpatronen notwendig ist.

Stille Beteiligungen

Am 9. Mai 2000 hat die Gesellschaft mit der tbg Technologie-Beteiligungs-Gesellschaft mbH (Amtsgericht Bonn HRB 4940, die „tbg“) im Rahmen des vom Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) durchgeführten Programms „Beteiligungskapital für kleine Technologieunternehmen“ (Programm BTU) zwei Verträge über die Errichtung einer stillen Gesellschaft in Höhe von jeweils EUR 750.000 mit einer jeweiligen Befristung bis zum 31. Dezember 2010 geschlossen. Zweck dieser stillen Beteiligungen ist die Förderung der Entwicklung eines Batterieersatzes für netzunabhängige Geräte auf Basis einer miniaturisierten Brennstoffzelle. Aufgrund dieser Verträge erhält die tbg auf die geleisteten Einlagen eine vom Jahresergebnis der Gesellschaft unabhängige Mindestvergütung von jeweils 7,00 % p.a., die halbjährlich fällig ist. Im Übrigen stehen der tbg ab Abruf der Einlagen insgesamt 15,00 % der von der Gesellschaft erwirtschafteten Jahresüberschüsse zu.

Am 22. November 2000 hat die Gesellschaft mit der Technologie Beteiligungsfonds Bayern GmbH & Co. KG (Amtsgericht München HRA 72680, die „tbb“) im Rahmen eines Förderprogramms für kleine und mittlere bayerische Unternehmen einen weiteren Vertrag über die Errichtung einer stillen Gesellschaft in Höhe von DM 2.000.000 mit einer Befristung zum 31. Dezember 2008 geschlossen.

Aufgrund dieses Vertrages erhält die tbb auf die geleistete Einlage eine vom Jahresergebnis der Gesellschaft unabhängige Mindestvergütung von 8 % p.a., die vierteljährlich fällig ist. Im Übrigen steht der tbb eine ergebnisabhängige Vergütung von 12 % zu.

Bei den stillen Beteiligungen handelt es sich um Teilergebnisabführungsverträge. Sie sind durch die jeweiligen Parteien mit Wirkung zum 31. Dezember 2007 gegen Zahlung einer Endvergütung unter der Bedingung der Durchführung des öffentlichen Angebots und der Zulassung ihrer Aktien zum amtlichen Markt an der Frankfurter Wertpapierbörse aufgehoben worden (siehe *Darstellung und Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage — Sondereinflüsse im 1. Quartal 2007 — Ablösung der stillen Beteiligungen*). Die Eintragung der Aufhebung muss im Handelsregister eingetragen werden. Schuldrechtlich haben sich die Parteien bereits jetzt von jeglichen Verpflichtungen (mit Ausnahme der Verpflichtung der Gesellschaft zur Zahlung einer anteiligen Mindestvergütung sowie eines Anteils an einem etwaigen Gewinn in 2007) aus den stillen Beteiligungen freigestellt. Die Gesellschaft beabsichtigt, die Rückzahlung der Einlagen sowie die Endvergütung der stillen Gesellschafter aus dem Emissionserlös zu finanzieren.

Vertriebsverträge

Die Gesellschaft schließt mit Großhändlern regelmäßig Verträge über den Kauf von Brennstoffzellensystemen. Diese Lieferverträge sind aufgrund ihres Volumens für die Gesellschaft von Bedeutung. Allerdings handelt es sich dabei im wesentlichen um Bestellungen größerer Stückzahlen zu standardisierten Bedingungen ohne langfristige Bindung. Die Gesellschaft arbeitet diese Aufträge entsprechend dem Abruf durch den Großhändler über mehrere Monate ab. Bindungen oder Verpflichtungen für die Gesellschaft, die über die übliche Lieferverpflichtung und Gewährleistung hinausgehen, entstehen nicht. Zu diesen Großhändlern gehören insbesondere Trigano Service, Frankreich, Euro Accessoires, Frankreich, Webasto, Freiko, Frankana und Movera, Deutschland.

Nach Auffassung der Gesellschaft ist ihre Geschäftstätigkeit von keinem dieser Verträge abhängig.

Regulatorisches Umfeld

Die Dienstleistungen und Produkte der Gesellschaft unterliegen einer Vielzahl rechtlicher Bestimmungen, insbesondere des Geräte- und Produktsicherheitsrechts, des Chemikalienrechts (speziell hinsichtlich des Energieträgers Methanol), des Gefahrstoffrechts und des Transportrechts (unter anderem nach UN, ICAO, ADR) sowie Normen und Zertifizierungen (unter anderem E, CE, IEC, MIL).

Nach Auffassung der Gesellschaft hält sie die erforderlichen Anforderungen an die Herstellung, den Transport, den Vertrieb und den Verkauf ihrer Brennstoffzellensysteme und der zu deren Betrieb erforderlichen Methanol-Tankpatronen in ihren wichtigsten Kernmärkten ein. Die Gesellschaft hat zahlreiche, zum Teil international anerkannte Zertifikate erhalten, die die Sicherheit ihrer Produkte unter verschiedenen Gesichtspunkten bestätigen und den Ruf ihrer Produkte im Markt stärken sollen. Beispiele:

TÜV-Zertifikat Nr. Z-IS-DDG-MUC-06-08-114061-001 für die Brennstoffzellensysteme EFOY 1600 und EFOY 1200,

TÜV-Zertifikate Nr. Z1A-04-12-49097-003 bzw. -004 für die Zertifizierung nach „GS“ (Geprüfte Sicherheit) für ihre Tankpatronen M5 und M10,

UN-Zulassungsschein Nr. 47.765 für Tankpatronenkomponenten,

das Zertifikat gemäss ISO 9001:2000 für das Qualitätsmanagement im Bereich “Entwicklung, Herstellung und Vertrieb von Methanol-Brennstoffzellen und Zubehör“.

Die Brennstoffzellensysteme der Gesellschaft unterliegen grundsätzlich keinen spezifischen staatlichen Auflagen und Bestimmungen. Brennstoffzellensysteme unterliegen — sofern sie für den Einbau in Fahrzeugen vorgesehen sind — weder der Elektroaltgeräteverordnung noch der Batterieverordnung. Soweit die Brennstoffzellensysteme für den Einbau in Kraftfahrzeuge vorgesehen sind, verfügen sie über die erforderliche E-Zertifizierung (E24).

Der in den Brennstoffzellensystemen zum Einsatz kommende Energieträger Methanol ist nach den Kriterien des Gefahrstoffrechts als leicht entzündliche und giftige Substanz klassifiziert, weshalb grundsätzlich strenge Auflagen für die Verpackung, den Transport und den Umgang mit diesem Stoff bestehen, etwa eine entsprechende Erlaubnispflicht für die Abgabe des Stoffes sowie die genaue Dokumentation der Abgabe, deren Zwecks sowie der Person des Erwerbers. In Zusammenarbeit mit BiC und weiteren Partnern ist es der Gesellschaft gelungen, ein spezielles Tankpatronensystem mit Sicherheitsventil zu entwickeln und weitreichende behördliche Freistellungen zu erhalten. Dementsprechend sind die Tankpatronen gemäß Äußerungen des Gewerbeaufsichtsamts München-Stadt, des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherfragen und des Deutschen Bundesumweltministeriums als „Erzeugnisse“ i.S.d. Chemikalienrechts einzustufen, für welche der Großteil der genannten Auflagen und Vorschriften zum Umgang mit dem Stoff keine Anwendung findet. Diese Bewertung stimmt inhaltlich mit entsprechenden Bewertungskriterien des ECB (European Chemicals Bureau) überein. Gleiches gilt auch für die Einstufung der zuständigen Agentur der Vereinten Nationen, wonach für den Umgang mit Brennstoffzellenpatronen gegenüber Methanol als Stoff weniger strenge Anforderungen gelten. Eine leere Tankpatrone stellt Restmüll dar, der ähnlich wie andere Verpackungen keinen besonderen Anforderungen hinsichtlich seiner Beseitigung unterliegt.

Die Gesellschaft stimmt sich unter anderem mit BiC Corporation, Methanex Corporation und Du Pont de Nemours and Company sowie verschiedenen internationalen Experten ab, um die regulatorischen Herausforderungen, die mit der Herstellung und Vermarktung von Methanol-Tankpatronen verbunden sind, zu identifizieren und zu meistern. Hierdurch hat die Gruppe bereits signifikanten Einfluss auf internationale Regularien genommen, die auch das Geschäft der Gesellschaft betreffen, unter anderem die UN-Vorschrift über den Transport von Brennstoffzellantanks (UN3473), die IEC Standardspezifikation betreffend Brennstoffzellensicherheit (PAS 62282-6-1) und die Bestimmungen der Internationalen Zivilen Luftfahrtorganisation über gefährliche Güter, wonach methanolbasierte Brennstoffzellen unter bestimmten Bedingungen in Flugzeugen transportiert werden dürfen.

Im Bereich Verteidigung ist das Beschaffungswesen stark reguliert. Die militärische Beschaffung erfolgt auf der Grundlage verschiedener nationaler Gesetze und Vorschriften. Bei internationalen Militärprojekten werden diese ergänzt durch Vereinbarungen zwischen den beteiligten Nationen, europäische Vergaberichtlinien und bei NATO-Programmen durch die geltenden NATO-Bestimmungen. Im Hinblick auf die technischen Anforderungen müssen militärische Produkte bestimmte Tests absolvieren und Eigenschaften aufweisen. Der Power Manager wird bereits in Serie eingekauft.

Produkte der Wehrtechnik unterliegen Beschränkungen des deutschen und europäischen Exportkontrollrechts. Insbesondere die Regelungen des Außenwirtschaftsrechts und des Kriegswaffenkontrollgesetzes beschränken Exporte bestimmter Produkte oder Exporte an bestimmte Staaten oder Personen im Interesse der auswärtigen Beziehungen und der Sicherheit der EU und der Bundesrepublik Deutschland. Die EU hat zudem einheitliche Regelungen über die Ausfuhr von Produkten mit sowohl zivilem als auch militärischem Verwendungszweck (*dual use*) in Kraft gesetzt. Soweit die Geräte der Gesellschaft teilweise auch im militärischen Bereich eingesetzt werden können, gelten folglich diese Anforderungen an Dual-Use-Produkte. Insoweit bestehen derzeit keine besonderen Auflagen oder Verbote, doch unterliegen entsprechende Regelungen und Exportbeschränkungen häufigen Änderungen. Diese könnte Beschränkungen wie Exportverbote oder Genehmigungs- und Mitteilungspflichten an das Bundesamt für Außenwirtschaft begründen.

Mitarbeiter

Die Gesellschaft hatte am 31. März 2007 70 Mitarbeiter. 25 hiervon sind im Bereich F&E, sowie 16 im Bereich Vertrieb tätig. Die übrigen Mitarbeiter arbeiten in den Bereichen Logistik (sieben), Qualitätsmanagement (vier) und Verwaltung (sechs). Weitere zehn Mitarbeiter sind in der Montage der Produkte zuständig.

Die Gesellschaft ist nicht Mitglied in einem Arbeitgeberverband und ein Betriebsrat ist nicht gebildet. Es finden weder Tarifverträge noch Betriebsvereinbarungen auf die Arbeitsverhältnisse der Mitarbeiter Anwendung.

Arbeitnehmer können eine auf Entgeltumwandlung basierende betriebliche Altersversorgung über eine Direktversicherung, eine Pensionskasse oder eine überbetriebliche, kongruent rückgedeckte Unterstützungskasse durchführen. Die Gesellschaft leistet zu dieser betrieblichen Altersversorgung keine Beiträge. Es bestehen keine Direktzusagen. Die Gesellschaft hat aus diesem Grund auch keine Rückstellungen für Pensionszusagen gebildet.

Aktienoptionsprogramm

Auf Grundlage des Beschlusses der Hauptversammlung vom 8. Mai 2003 hat die Gesellschaft ein Aktienoptionsprogramm (Employee Stock Option Plan; „**ESOP**“) aufgelegt (im Abschnitt *Finanzteil* werden die im Rahmen des ESOP ausgegebenen Aktienoptionen als „Tranche 1, 2, 4 und 6“ bezeichnet). Zum Zwecke der Gewährung von Aktien an die Inhaber von Aktienoptionen wurden mit Beschluss der Hauptversammlung vom 8. Mai 2003 (angepasst durch Beschluss vom 30. Januar 2006) sowie vom 4. April 2006 bedingte Kapitalien geschaffen (zuletzt geändert durch Beschluss der Hauptversammlung vom 2. April 2007).

Nach dem Ermächtigungsbeschluss vom 8. Mai 2003 durfte der Vorstand bis zum 31. Dezember 2006 Optionsrechte gewähren. Die gesamte Laufzeit des Stock Option Plans beträgt sechs Jahre und endet zum 31. Dezember 2009. Die Optionsvereinbarungen mit den nach dem Stock Option Plan Berechtigten gelten ebenfalls bis zum 31. Dezember 2009. Werden die Optionsrechte von den Berechtigten nicht bis zu diesem Zeitpunkt ausgeübt, werden sie ersatzlos und endgültig verfallen.

Ursprünglich gewährte ein Optionsrecht das Recht, von der Gesellschaft eine auf den Inhaber lautende Stammaktie der Gesellschaft als nennwertlose Stückaktie mit einem rechnerischen Wert von EUR 1,00 je Aktie zu erwerben. Bei Ausübung eines Optionsrechts ist ein Entgelt zu zahlen, was dem rechnerischen Wert von EUR 1,00 je Aktie („**Bezugspreis**“) entspricht.

Aufgrund der von der Hauptversammlung vom 2. April 2007 beschlossenen Erhöhung des Grundkapitals aus Gesellschaftsmitteln von EUR 1.413.936,00 um EUR 4.241.808,00 auf EUR 5.655.744,00 (im Einzelnen dazu unter *Angaben über das Kapital und anwendbare Vorschriften — Entwicklung des Grundkapitals*) gewährt jedes Optionsrecht dem Inhaber nunmehr das Recht, von der Gesellschaft vier auf den Inhaber lautende Stammaktien der Gesellschaft als nennwertlose Stückaktien mit einem rechnerischen Wert von EUR 1,00 je Aktie zu erwerben. Ferner hat sich infolge der Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln der Bezugspreis je Aktie entsprechend dem umgekehrten Verhältnis der Kapitalerhöhung von EUR 1,00 auf EUR 0,25 je Bezugsaktie verringert. Die Gesellschaft hat aus diesem Grunde gemäß § 218 S. 2 AktG eine Sonderrücklage in Höhe der Differenz zwischen dem aktuellen Bezugspreis und dem höheren geringsten Ausgabebetrag der Bezugsaktien gebildet, die in der Bilanz des nächsten Jahresabschlusses ausgewiesen werden wird.

Die Gesellschaft hat ausschließlich solchen Mitarbeitern und Vorstandsmitgliedern der Gesellschaft Optionsrechte gewährt, die dem Kreis der Optionsberechtigten angehören. Dieser Kreis der Optionsberechtigten war in vier Ebenen unterteilt:

- Ebene 1: Mitglieder des Vorstandes der Gesellschaft;
- Ebene 2: Mitarbeiter der zweiten Führungsebene, d.h. Direktoren;
- Ebene 3: Mitarbeiter der dritten Führungsebene, d.h. Leiter bestimmter Bereiche und besonders spezialisierte Mitarbeiter, deren Tätigkeit im Rahmen einer gesonderten Zielvereinbarung geregelt ist;
- Ebene 4: Mitarbeiter, die Ingenieure sind und im Zeitraum vom 1. Januar 2000 bis zum 30. April 2002 mit der Gesellschaft ein Anstellungsverhältnis begründet haben.

Andere Aktionäre, Mitglieder des Aufsichtsrates sowie andere Personen, die nicht einer der vorgenannten Ebenen 1 bis 4 angehören, waren zur Zeichnung von Optionsrechten nicht berechtigt.

Ob und inwieweit Mitgliedern der einzelnen Ebenen jährlich Optionsrechte angeboten wurden, wurde durch den Vorstand bzw. Aufsichtsrat nach Feststellung des Jahresabschlusses für das vorangegangene Geschäftsjahr festgelegt. Optionsrechte durften nur angeboten werden, wenn und soweit in dem Stock Option Plan für jedes der Geschäftsjahre 2003 bis 2006 einzeln definierte Erfolgsziele, die sich auf verschiedene betriebswirtschaftliche Größen (u.a. Budgetvorgaben für Umsatz und EBITDA, Qualitätsanforderungen an bestimmte Produkte, Unterschreiten einer bestimmten Zahl von Servicefällen) bezogen, erfüllt wurden. Soweit Mitglieder des Vorstands der Gesellschaft Optionsrechte erhalten sollten, oblag die Entscheidung über die Einräumung dieser Optionsrechte dem Aufsichtsrat der Gesellschaft.

Soweit bereits ausgegebene Optionsrechte nach den Regelungen des Stock Option Plan ohne Ausübung erlöschen oder mangels Erreichung des jeweiligen Erfolgsziels für das vorangegangene Geschäftsjahr nicht eingeräumt werden konnten oder das Angebot zur Einräumung von Optionsrechten trotz Erreichung des jeweiligen Erfolgsziels nicht angenommen wird, und sich aufgrund dessen die Anzahl der einräumbaren Optionsrechte insgesamt erhöht, erhöht sich dadurch das Zuteilungsvolumen derjenigen Ebene, der das erloschene bzw. nicht eingeräumte Bezugsrecht zuzuordnen ist.

Die Gesellschaft bot nach der oben beschriebenen Festlegung den Optionsberechtigten innerhalb eines Monats Optionsrechte an. Die Optionsberechtigten konnten dieses Angebot zum Bezug der Optionsrechte dann innerhalb eines Monats („**Einräumungsfenster**“) durch Gegenzeichnung der Optionsrechtsvereinbarung annehmen („**Einräumungszeitpunkt**“). Mit Unterzeichnung der Optionsvereinbarung und dem Ablauf der Wartezeit sind die Optionsberechtigten bezugsberechtigt, d.h. berechtigt, ihr Optionsrecht auszuüben und Aktien von der Gesellschaft zu beziehen. Die Erfüllung weiterer Erfolgsziele ist für die Ausübung der Optionsrechte nicht erforderlich.

Die eingeräumten Optionsrechte der Tranche 1, 2, 4 und 6 können von den Optionsberechtigten erstmals nach Ablauf einer Wartezeit von zwei Jahren ab dem Einräumungszeitpunkt ausgeübt werden („**Wartezeit**“). Nach Ablauf der Wartezeit können die ausübaren Optionsrechte nur innerhalb von zehn Bankarbeitstagen nach der Feststellung des Jahresabschlusses und zusätzlich an den zehn Bankarbeitstagen des Monats Dezember jeden Jahres oder im Falle einer Börsennotierung zusätzlich innerhalb von zehn Bankarbeitstagen nach der Veröffentlichung der Quartalszahlen der Gesellschaft ausgeübt werden („**Ausübungsfenster**“). In keinem Fall können die Optionsrechte jedoch ab dem zehnten Bankarbeitstag vor einer Hauptversammlung der Gesellschaft oder in den zehn Börsenhandelstagen vor der Bilanzpressekonferenz und den Quartalsberichtstermin der Gesellschaft ausgeübt werden. Werden die ausübaren Optionsrechte nach Ablauf der Wartezeit nicht oder nicht voll ausgeübt, bleiben sie bestehen und können in einem späteren Ausübungsfenster ausgeübt werden. Die Ausübung von Optionsrechten erfolgt durch schriftliche Erklärung gemäß § 198 Abs. 1 AktG in zweifacher Ausfertigung gegenüber der Gesellschaft, vertreten durch den Vorstand, oder, soweit der Bezugsberechtigte ein Vorstandsmitglied der Gesellschaft ist, gegenüber der Gesellschaft, vertreten durch den Vorsitzenden des Aufsichtsrats. Die dem Bezugsberechtigten aufgrund seines wirksam ausgeübten Optionsrechtes zustehenden Aktien sind dem Bezugsberechtigten binnen 10 Bankarbeitstagen nach Eingang des Bezugspreises auf dem Konto der Gesellschaft zu übertragen. Sofern während der Laufzeit der Optionsrechte das Grundkapital der Gesellschaft durch Ausgabe neuer Aktien unter Einräumung eines unmittelbaren oder mittelbaren Bezugsrechts für die Aktionäre der Gesellschaft gegen Einlagen erhöht wird oder sonstige Bezugsrechte ausgegeben werden, erhöht sich das Bezugsrecht pro Aktie der Gesellschaft jeweils um diejenige Anzahl von Aktien, deren rechnerischer Wert der Differenz zwischen dem Kurswert einer Aktie vor der Kapitalmaßnahme und dem Kurswert einer Aktie nach der Kapitalmaßnahme entspricht.

Aktien, die aufgrund eines ausgeübten Optionsrechts ausgegeben werden, sind erstmals für das Geschäftsjahr gewinnberechtigt, in dem die Bezugsurkunde wirksam abgegeben wird. Die Optionsrechte bzw. etwaige Ansprüche auf Einräumung der Optionsrechte sind unübertragbar, unvererblich und können nicht verpfändet werden.

Wird das zwischen der Gesellschaft und dem Bezugsberechtigten bestehende Arbeits- bzw. Dienstverhältnis als Mitarbeiter oder Vorstand, gleich aus welchen Gründen, beendet, so verfallen die eingeräumten Optionsrechte, soweit sie bis zur tatsächlichen Beendigung des Anstellungsverhältnisses noch nicht ausübbar sind. Ein etwaiger Anspruch eines Optionsberechtigten auf Einräumung von Optionsrechten entfällt ebenfalls mit dem Ausscheiden aus der Gesellschaft. Auch im Fall eines Betriebsübergangs gemäß § 613a BGB sollen noch nicht ausübare Optionsrechte verfallen, sofern die Gesellschaft nach dem Betriebsübergang fortbesteht. Im Falle eines Formwechsels der Gesellschaft oder einer Umstrukturierung, bei der die Gesellschaft nicht fortbesteht (z.B. Verschmelzung auf einen anderen Rechtsträger), entfallen die Optionsrechte vollständig und ersatzlos, es sei denn der Vorstand beschließt in Abstimmung mit dem Aufsichtsrat die Zahlung einer Abfindung an die Optionsberechtigten.

Eine Veräußerung von 50 % der aufgrund der Ausübung der Optionsrechte erworbenen Stückaktien soll frühestens nach Ablauf von 12 Monaten nach Ausübung des Optionsrechts zulässig sein („**Sperrfrist**“). Beabsichtigen die Berechtigten nach Ablauf der Sperrfrist ab dem ersten Handelstag nach dem erfolgten Börsengang die Veräußerung von aufgrund der Ausübung der Optionsrechte erhaltenen Aktien, so bedürfen sie für die Veräußerung der Zustimmung der Gesellschaft. Die Gesellschaft kann die Zustimmung bei berechtigtem Interesse, insbesondere bei einer entgegenstehenden Vereinbarung mit einer Konsortialbank oder einer entgegenstehenden Auflage der Börsenzulassungsbehörde verweigern. Eine Veräußerung nach Ablauf der Sperrfrist ab

dem ersten Handelstag nach erfolgtem Börsengang bedarf der Zustimmung der Gesellschaft, die diese bei berechtigtem Interesse verweigern kann.

Die Laufzeit des Stock Option Plans beträgt sechs Jahre und endet zum 31. Dezember 2009. Darüber hinaus enden der Stock Option Plan sowie die auf dessen Grundlage abgeschlossenen Optionsrechtsvereinbarungen in den Fällen eines Trade Sale oder bei einer oben beschriebenen Umstrukturierung. Im Übrigen bleibt das Recht zur Kündigung der Optionsrechtsvereinbarung aus besonderem Grund unberührt. Ein besonderer Grund mit der Folge des Rechts zur sofortigen Kündigung liegt für die Gesellschaft insbesondere vor, wenn über das Vermögen eines Berechtigten das Insolvenzverfahren eröffnet wird und die Eröffnung mangels Masse abgelehnt wird, von einem Gläubiger eines Berechtigten die Zwangsvollstreckung in seine Rechte nach der mit der Gesellschaft abgeschlossenen Optionsvereinbarung betrieben wird und ein Berechtigter wesentliche Pflichten nach dem Gesetz, der Satzung der Gesellschaft, seinem Anstellungsvertrag oder der mit der Gesellschaft abgeschlossenen Optionsrechtsvereinbarung wesentlich verletzt hat.

Die Gewährung der Optionsrechte sowie deren Ausübung kann zu steuerpflichtigen geldwerten Vorteilen bei den einzelnen Berechtigten führen. Die Gesellschaft führt die auf den steuerpflichtigen geldwerten Vorteil entfallende Lohnsteuer einschließlich Kirchensteuer und Solidaritätszuschlag an das zuständige Finanzamt sowie gegebenenfalls hierauf entfallende Sozialversicherungsabgaben entsprechend dem gesetzlichen Vorschriften ab. Die Berechtigten sind allerdings verpflichtet, der Gesellschaft diese zu erstatten. Die Gesellschaft ist berechtigt, auszugebende Aktien ganz oder teilweise zurückzubehalten, bis der betreffende Berechtigte die Erstattung vorgenommen hat.

Insgesamt hat die Gesellschaft nach dem ESOP bis zum 31. Dezember 2006 21.355 Optionsrechte gewährt, von denen im Geschäftsjahr 2005 insgesamt 838 ausgeübt wurden (Ausgabe der Bezugsaktien und entsprechende Neufassung der Satzung wurden am 30. Januar 2006 in das Handelsregister der Gesellschaft eingetragen) und von denen nach Kenntnis der Gesellschaft 7.842 verfallen sind.

Neben dem ESOP hatte die Gesellschaft einem ihrem Mitarbeiter das Recht eingeräumt, vom Vorstand zur Zeichnung von 4.032 Aktien aus dem genehmigten Kapital III zugelassen zu werden (im Abschnitt *Finanzteil* werden diese Rechte als „Tranche 7“ bezeichnet). Diese Vereinbarung ist mittlerweile aufgehoben worden; das genehmigte Kapital III wurde durch Beschluss der Hauptversammlung der Gesellschaft vom 2. April 2007 aufgehoben.

Sachanlagen

Die Gesellschaft verfügt über keinen Grundbesitz. Alle Bürogebäude und Betriebsflächen sind gemietet.

Zum 31. Dezember 2006 verteilten sich die Sachanlagen der Gesellschaft wie folgt:

- TEUR 26 entfallen auf technische Anlagen und Maschinen;
- TEUR 244 entfallen auf andere Anlagen, die Betriebs- und Geschäftsausstattung; und
- TEUR 503 entfallen auf andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung die über Finanzierungsleasingverträgen finanziert sind.

Versicherungsschutz

Die Gesellschaft verfügt über eine Betriebs-Haftpflichtversicherung für Personen- und Sachschäden und für Vermögensschäden sowie für Schäden im Zusammenhang mit Umweltrisiken. Daneben unterhält sie eine Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung insbesondere für Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats (D&O-Versicherung) sowie eine Geschäftsversicherung und eine Betriebsunterbrechungsversicherung, die sich auf Betriebsunterbrechungsschäden durch Feuer, Einbruchdiebstahl und Raub inkl. Vandalismus, Leitungswasser und Sturm bezieht. Schließlich besteht eine Transportversicherung und eine Rechtsschutzversicherung.

Rechtsstreitigkeiten und Verwaltungsverfahren

Die Gesellschaft ist im Zusammenhang mit ihrer gewöhnlichen Geschäftstätigkeit von Zeit zu Zeit von Ansprüchen und Klagen betroffen. Hierzu gehören unter anderem Auseinandersetzungen wegen tatsächlicher oder behaupteter Gewährleistungsansprüche. Die Gesellschaft ist derzeit oder war während der letzten zwölf Monate jedoch nicht von staatlichen Interventionen, Gerichts- oder Schiedsverfahren (einschließlich solcher Verfahren, die nach Kenntnis der Gesellschaft noch eingeleitet werden könnten) betroffen, die sich erheblich auf die Finanzlage oder Rentabilität der Gesellschaft auswirken oder ausgewirkt haben. Solche Interventionen oder Verfahren sind nach Kenntnis der Gesellschaft auch nicht angedroht.

AKTIONÄRSSTRUKTUR

Aktionärsstruktur (vor und nach Durchführung des Angebots)

Die nachfolgende Tabelle gibt, basierend auf den Angaben, die der Gesellschaft von den Aktionären übermittelt wurden, einen Überblick über die Aktionärsstruktur der Gesellschaft zum 30. April 2007 vor und nach unterstellter vollständiger Durchführung des Angebots (ohne bzw. mit Ausübung der Greenshoe Option).

Aktionär	Vor Durchführung des Angebots		Nach Durchführung des Angebots			
	Anzahl der Aktien*	prozentuale Beteiligung	ohne Ausübung der Greenshoe Option		nach Ausübung der Greenshoe Option	
			Anzahl der Aktien	prozentuale Beteiligung	Anzahl der Aktien	prozentuale Beteiligung
Dr. Manfred Stefener ¹⁾	1.591.876	28,15 %	1.341.317	18,45 %	1.220.118	16,78 %
PRICAP Venture Partners AG ²⁾	1.208.708	21,37 %	1.018.459	14,01 %	926.433	12,74 %
3i Group Investments LP (3i)	878.292	15,53 %	740.050	10,18 %	673.181	9,26 %
Du Pont Operations Inc	659.592	11,66 %	555.773	7,64 %	505.555	6,95 %
BIT Holdings GmbH ³⁾	180.248	3,19 %	151.877	2,09 %	138.154	1,90 %
FCF Fox Corporate Finance GmbH	94.248	1,67 %	79.414	1,09 %	72.238	0,99 %
Dr. Jens Müller (Vorstandsmitglied) ⁴⁾	46.604	0,82 %	59.919	0,82 %	59.919	0,82 %
Investoren ⁵⁾	942.624	16,67 %	1.211.945	16,67 %	1.211.945	16,67 %
Free Float ⁶⁾	53.552	0,95 %	2.112.916	29,06 %	2.464.128	33,89 %
Gesamt	5.655.744	100 %	7.271.671	100 %	7.271.671	100 %

* Stand der Beteiligungsverhältnisse: 30. April unter Berücksichtigung der Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln

- 1) 150.000 Aktien (unter Berücksichtigung der Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln: 600.000) hält Herr Dr. Stefener über die Manfred Stefener GmbH & Co. KG. Herr Dr. Stefener hat der PP Beteiligungs- und Vermögensverwaltungs GmbH, mit Sitz in Simbach am Inn, deren alleiniger Gesellschafter Herr Dr. Podesser ist, das Recht eingeräumt, bis zum Ablauf des Tages des erstmaligen amtlichen Handels von Aktien der Gesellschaft an einer in- oder ausländischen Börse, längstens bis zum 31. Oktober 2009, 24:00 Uhr, bis zu 56.000 Aktien (unter Berücksichtigung der Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln: 224.000) aus seinem Bestand zu einem Preis von EUR 63,00 je Aktie (vor der Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln) bzw. zu EUR 15,75 (nach der Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln) zu erwerben. Der Kaufpreis ist, bei Erreichung bestimmter Kurse am ersten Tag des amtlichen Handels der Aktien, anzupassen. Dr. Podesser als Geschäftsführer der PP Beteiligungs- und Vermögensverwaltungs GmbH beabsichtigt, von diesem Recht in vollem Umfang Gebrauch zu machen. Zur Finanzierung des Kaufpreises wird die PP Beteiligungs- und Vermögensverwaltungs GmbH voraussichtlich bis zu 28.000 Aktien (unter Berücksichtigung der Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln: 112.000) im Rahmen des Angebots veräußern, d.h. nach Durchführung der Transaktion voraussichtlich mit mindestens 28.000 Aktien (unter Berücksichtigung der Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln: 112.000) an der Gesellschaft beteiligt sein.

Neben dieser Vereinbarung hat Herr Dr. Stefener in den vergangenen zwölf Monaten die folgenden Transaktionen getätigt:

Datum	Anzahl der Aktien ohne Berücksichtigung der Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln	Transaktion	Transaktionspreis in EUR
1. Juni 2006	92	Verkauf	121,00
6. Juni 2006	92	Verkauf	125,00
8. Juni 2006	92	Verkauf	130,00
13. Juni 2006	92	Verkauf	125,00
31. Juli 2006	92	Verkauf	121,00
22. August 2006	92	Verkauf	130,00
23. August 2006	92	Verkauf	135,00
24. August 2006	92	Verkauf	130,00
22. September 2006	50	Kauf	105,00
2. Oktober 2006	50	Verkauf	110,80
17. Oktober 2006	92	Verkauf	121,00
18. Oktober 2006	92	Verkauf	125,00
30. Januar 2007	11	Verkauf	121,00
8. Februar 2007	35	Verkauf	121,00
21. Februar 2007	46	Verkauf	125,00
22. März 2007	46	Verkauf	130,00
10. April 2007	46	Verkauf	135,50
25. April 2007	105	Verkauf	141,00
25. April 2007	10	Verkauf	146,00
25. April 2007	115	Verkauf	144,00

- 2) PRICAP Venture Partners AG hat in den vergangenen zwölf Monaten die folgenden Transaktionen getätigt:

<u>Datum</u>	<u>Anzahl der Aktien ohne Berücksichtigung der Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln</u>	<u>Transaktion</u>	<u>Transaktionspreis in EUR</u>
1. Juni 2006	68	Verkauf	121,00
6 Juni 2006	68	Verkauf	125,00
8. Juni 2006	68	Verkauf	130,00
14. Juni 2006	68	Verkauf	121,00
10. August 2006	35	Verkauf	125,00
14. August 2006	33	Verkauf	125,00
22. August 2006	68	Verkauf	130,00
23. August 2006	68	Verkauf	135,00
24. August 2006	68	Verkauf	121,00
24. August 2006	68	Verkauf	125,00
22. September 2006	68	Kauf	105,50
6. Oktober 2006	68	Verkauf	110,00
30. Januar 2007	9	Verkauf	121,00
9. Februar 2007	25	Verkauf	122,50
21. Februar 2007	34	Verkauf	125,00
23. März 2007	34	Verkauf	130,00

- 3) Die BIT Holdings GmbH hat in den vergangenen zwölf Monaten die folgenden Aktienverkäufe getätigt:

<u>Datum</u>	<u>Anzahl der Aktien ohne Berücksichtigung der Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln</u>	<u>Verkaufspreis in EUR</u>
7. Juni 2006	8	121,00 €
8. Juni 2006	8	125,00
12. Juni 2006	8	130,00
2. August 2006	8	121,00
10. August 2006	8	125,00
23. August 2006	8	130,00
24. August 2006	16	135,00
21. Februar 2007	4	125,00
22. März 2007	4	130,00

- 4) Die Zahl der Aktien von Dr. Jens Müller nach Durchführung des Angebots basiert auf der Hypothese, dass er sämtliche ihm zustehende Bezugsrechte ausnutzen wird. Dr. Jens Müller hat in den vergangenen zwölf Monaten die folgenden Aktienverkäufe getätigt:

<u>Datum</u>	<u>Anzahl der Aktien ohne Berücksichtigung der Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln</u>	<u>Verkaufspreis in EUR</u>
31. Mai 2006	11	136,00
31. Juli 2006	11	121,00
24. August 2006	11	128,70
12. Januar 2007	4	121,00
13. April 2007	3	139,00
25. April 2007	9	146,00

- 5) Unter dem Begriff „Investoren“ werden folgende Investoren zusammengefasst: Fidelity Investments International, DWS Investment GmbH, Deutscher Investment-Trust Gesellschaft für Wertpapieranlagen mbH, Deutscher Investment-Trust GmbH, Swisscanto Asset Management AG, Lupus alpha Investment S.A., Fidelity Investment Management GmbH, ISIS Partners SA. Die Zahl der Aktien der Investoren nach Durchführung des Angebots basiert auf der Hypothese, dass alle Investoren sämtliche ihnen zustehenden Bezugsrechte ausnutzen werden.

- 6) Die Zahl der Aktien der Aktionäre aus dem Freefloat basiert auf der Hypothese, dass alle Aktionäre aus dem Freefloat sämtliche ihnen zustehende Bezugsrechte ausnutzen werden.

Den Großaktionären Du Pont Operations Inc, PRICAP Venture Partners AG und 3i Group Investments LP wurden in Aktionärsvereinbarungen jeweils ein Entsenderecht für ein Mitglied des Aufsichtsrats eingeräumt. Aufgrund dieser Vereinbarungen wurden die Aufsichtsräte Thomas J. Faughnan (Finance Director bei Du Pont Chemical and Energy Operations, Inc — ausgeschieden aus dem Aufsichtsrat mit Wirkung zum 31. März 2007), Wolfgang Biedermann (Vorstand und Aktionär der PRICAP Venture Partners AG) sowie Achim Lederle (Angestellter der 3i Deutschland Gesellschaft für Industriebeteiligungen, die wie die 3i Group Investments LP eine Untergesellschaft der 3i Group plc ist) in den Aufsichtsrat entsandt. Die Parteien der Gesellschaftervereinbarungen haben sich geeinigt, die bestehenden Aktionärsvereinbarungen unter der Bedingung der Börsenzulassung der Aktien aufzuheben.

GESCHÄFTE UND RECHTSBEZIEHUNGEN MIT NAHE STEHENDEN PERSONEN

Zwischen Dr. Jens Müller und Dr. Manfred Stefener bestand eine Optionsvereinbarung vom 8. Juni 2005 über den Erwerb von bis zu 866 Aktien (im Abschnitt *Finanzteil* wird diese Vereinbarung im Rahmen der anteilsbasierten Vergütung dargestellt und dort als „Tranche 3“ bezeichnet). Das Optionsrecht hat Dr. Jens Müller am 22. Juli 2005 über 750 Aktien ausgeübt. Die verbliebenen 116 Optionsrechte wurden mit Vereinbarung vom 6. Februar 2006 gegen eine Barzahlung von EUR 22.151,36 aufgehoben. Unter bestimmten Bedingungen hat Dr. Müller einen weiteren Anspruch auf Zahlung eines Betrages i.H.v. bis zu EUR 22.151,36.

Die Gesellschaft und das Vorstandsmitglied Dr. Jens Müller haben am 11. August 2004 einen Vertrag über den Verkauf und die Übertragung von Schutzrechten abgeschlossen. Dr. Müller übertrug die U.S.-Patentanmeldung 09/871,039, die kanadische Patentanmeldung CA 2387547 und die europäische Patentanmeldung EP 1283070 mit allen Rechten und Pflichten auf die Gesellschaft. Die zugrundeliegende Erfindung entstand vor Gründung der Gesellschaft in der damaligen Eigenschaft von Dr. Müller als Mitarbeiter der heutigen DaimlerChrysler AG; die Rechte gingen damals im Wege des deutschen Arbeitnehmererfindungsrechts auf Dr. Müller über. Dr. Müller erhielt eine Einmalzahlung i.H.v. EUR 13.000,-. Weiterhin erhält er eine Beteiligung an jedem weltweit verkauften System in Höhe von EUR 2,-, das unter den Patentanspruch eines aus der Vereinbarung resultierenden und erteilten Patents fällt, bis zu einer Obergrenze von insgesamt EUR 27.000,-. Insgesamt erhielt Dr. Müller aus dieser Vereinbarung bislang EUR 18.482,00.

Für die Produktion ihrer Brennstoffzellensysteme beliefert der Aktionär Du Pont die Gesellschaft mit MEA. Der von der Gesellschaft jeweils zu zahlende Preis wird von den Parteien von Zeit zu Zeit ausgehandelt und entspricht jeweils Konditionen, die einem Drittvergleich standhalten.

Die Gesellschaft hat mit Beschluss der Hauptversammlung vom 2. April 2007 die genehmigten Kapitalia I bis III aufgehoben. Von dieser Aufhebung sind die an das Vorstandsmitglied Dr. Jens Müller und die an Herrn Oliver Freitag ausgegebenen Optionen sowie eine — aufgrund der nicht erfolgten Schaffung des genehmigten Kapitals — bisher nicht erfüllte Optionszusage an den Vorstandsvorsitzenden Herrn Dr. Peter Podesser betroffen. Die Optionsberechtigten bzw. -inhaber haben mit den wesentlichen Gesellschaftern eine Vereinbarung über die Aufhebung der Optionen getroffen. Für weitere Informationen siehe *„Darstellung und Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage — Sondereinflüsse im 1. Quartal 2007 — Ablösung der Aktienoptionen.“*

ALLGEMEINE ANGABEN ZUR GESELLSCHAFT

Gründung, Handelsregistereintragung, Firma und Sitz

Die Gesellschaft wurde am 10. Dezember 1999 unter der Firma Gigantus Vermögensverwaltung GmbH in der Rechtsform einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit Sitz in Hallbergmoos, Deutschland, mit einem Stammkapital in Höhe von EUR 25.000,00 gegründet und am 21. Dezember 1999 unter HRB 128831 in das Handelsregister des Amtsgerichts München eingetragen. Aufgrund des Gesellschafterbeschlusses vom 28. Februar 2000 wurde das Stammkapital der Gesellschaft auf EUR 50.000,00 erhöht, die Firma der Gesellschaft in SFC Smart Fuel Cell GmbH geändert und der Sitz der Gesellschaft von Hallbergmoos nach München, Deutschland, verlegt. Am 14. Mai 2002 beschloss die Gesellschafterversammlung die Erhöhung des Stammkapitals der Gesellschaft aus Gesellschaftsmitteln von EUR 50.000,00 auf EUR 100.000,00, die Erhöhung des Stammkapitals gegen Einlage von EUR 100.000,00 auf EUR 102.050,00 sowie die formwechselnde Umwandlung der SFC Smart Fuel Cell GmbH in die SFC Smart Fuel Cell AG und stellte deren ursprüngliche Satzung fest. Die SFC Smart Fuel Cell AG wurde am 9. September 2002 unter HRB 144296 im Handelsregister des Amtsgerichts München eingetragen. Das Stammkapital der SFC Smart Fuel Cell AG betrug demnach ursprünglich EUR 102.050,00, wurde aber in mehreren Schritten auf den Betrag von EUR 5.655.744,00 unmittelbar vor Durchführung des Angebots erhöht (siehe den Abschnitt „Angaben über das Kapital und anwendbare Vorschriften — Entwicklung des Grundkapitals“).

Sitz der SFC Smart Fuel Cell AG ist Brunnthal, Landkreis München. Die Geschäftsadresse der Gesellschaft lautet Eugen-Sänger-Ring 4 in 85649 Brunnthal, Tel. +49 89 673 5920.

Die Gesellschaft wurde in Deutschland gegründet und unterliegt deutschem Recht.

Gegenstand des Unternehmens

Gemäß § 2 der Satzung ist Gegenstand des Unternehmens die Entwicklung, Produktion und Vermarktung von Energieversorgungssystemen und deren Komponenten für netz-unabhängige Geräte auf Basis der Brennstoffzellen-Technologie sowie die Vornahme der hierzu notwendigen Investitionen in Betriebsanlagen und alle sonstigen hiermit zusammenhängenden Geschäfte. Die Gesellschaft kann alle Geschäfte betreiben, die dem Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar zu dienen geeignet sind. Sie darf Unternehmen ähnlicher Art gründen, erwerben, deren Vertretung übernehmen oder sich an ihnen beteiligen sowie Zweigniederlassungen errichten, sie darf auch Unternehmen oder Teile von Unternehmen gleicher oder ähnlicher Art pachten.

Geschäftsjahr und Dauer der Gesellschaft

Das Geschäftsjahr der Gesellschaft ist das Kalenderjahr. Die Dauer der Gesellschaft ist unbeschränkt.

Abschlussprüfer

Abschlussprüfer der Gesellschaft ist die Deloitte & Touche GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Rosenheimer Platz 4, 81669 München, ein Mitglied der deutschen Wirtschaftsprüfungskammer.

Der vorgenannte Abschlussprüfer hat die HGB-Jahresabschlüsse der Gesellschaft für die Geschäftsjahre 2004, 2005 und 2006 sowie den IFRS-Jahresabschluss für die Geschäftsjahre 2006, 2005 und 2004 geprüft und jeweils mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Von der Prüfung des Abschlussprüfers war die Eigenkapitalsveränderungsrechnung sowie die Kapitalflussrechnung für die Geschäftsjahre 2004 und 2005 ebenfalls umfasst.

Bekanntmachungen, Zahl- und Hinterlegungsstelle

Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen nach der Satzung ausschließlich im elektronischen Bundesanzeiger. Darüber hinaus können Informationen an die Inhaber zugelassener Wertpapiere der Gesellschaft mit deren Zustimmung auch im Wege der Datenfernübertragung übermittelt werden.

Zahl- und Hinterlegungsstelle ist die Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG, Arabellastraße 12, 81925 München.

ANGABEN ÜBER DAS KAPITAL UND ANWENDBARE VORSCHRIFTEN

Grundkapital und Aktien

Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt derzeit EUR 5.655.744,00. Es ist eingeteilt in 5.655.744 auf den Inhaber lautende nennwertlosen Stückaktien mit einem anteiligen Betrag am Grundkapital von EUR 1,00 je Stückaktie. Das Grundkapital der Gesellschaft ist vollständig eingezahlt.

Jede Aktie gewährt in der Hauptversammlung der Gesellschaft eine Stimme. Beschränkungen des Stimmrechts bestehen nicht.

Die Form und der Inhalt der Aktienurkunden sowie etwaiger Gewinnanteils- und Erneuerungsscheine bestimmt der Vorstand im Einvernehmen mit dem Aufsichtsrat. Die Gesellschaft kann die Aktien ganz oder teilweise in Aktienurkunden zusammenfassen, die eine Mehrzahl von Aktien verbriefen (Globalaktien, Sammelurkunden). Ein Anspruch der Aktionäre auf Verbrieftung ihrer Aktien besteht gemäß § 6 Abs. 2 S. 3 der Satzung der Gesellschaft nicht.

Wird die vom Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrats am 10. Mai 2007 beschlossene Kapitalerhöhung aus genehmigtem Kapital im Rahmen des Angebots durch Ausgabe von bis zu 1.615.927 neuen auf den Inhaber lautenden nennwertlosen Stückaktien gegen Bareinlagen (die „**Kapitalerhöhung**“) in vollem Umfang durchgeführt, wird das Grundkapital der Gesellschaft EUR 7.271.671,00 betragen, eingeteilt in 7.271.671 auf den Inhaber lautende nennwertlose Stammaktien mit einem anteiligen Betrag am Grundkapital von EUR 1,00 pro Stückaktie. Die Durchführung der Kapitalerhöhung wird, soweit sie die Schaffung der Angebotsaktien betrifft, voraussichtlich am 24. Mai 2007 und soweit sie die Schaffung der Bezugsrechtsaktien betrifft, voraussichtlich am 4. Juni 2007 in das Handelsregister eingetragen werden.

Das derzeitige Grundkapital der Gesellschaft wird in einer oder mehreren Globalurkunden ohne Gewinnanteilsscheine verbrieft, die bei der Clearstream Banking AG, hinterlegt werden. Über die vom Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrats zu beschließende Durchführung der Kapitalerhöhung aus genehmigtem Kapital gegen Bareinlage stammenden Aktien werden eine oder mehrere weitere Globalurkunden ausgestellt und anschließend bei der Clearstream Banking AG hinterlegt werden.

Die Aktien der Gesellschaft können seit April 2006 im Freiverkehr der Frankfurter Wertpapierbörse und der Börse Berlin-Bremen gehandelt werden. Eine Zulassung der Aktien der Gesellschaft zu einem Amtlichen oder Regierten Markt ist bisher nicht erfolgt.

Entwicklung des Grundkapitals

Die aufgrund formwechselnder Umwandlung der SFC Smart Fuel Cell GmbH entstandene SFC Smart Fuel Cell AG wurde am 9. September 2002 mit einem Grundkapital in Höhe von EUR 102.050,00 in das Handelsregister des Amtsgerichts München eingetragen. Das Grundkapital war eingeteilt in 55.550 auf den Namen lautende nennwertlose Stammaktien und 46.500 auf den Namen lautende nennwertlose Vorzugsaktien der Serie (A) mit einem anteiligen Betrag am Grundkapital von EUR 1,00 je Stückaktie.

Am 8. Mai 2003 beschloss die Hauptversammlung, das Grundkapital der Gesellschaft um EUR 550,00 auf EUR 102.600,00 durch die Ausgabe von 550 neuen nennwertlosen Stammaktien mit einem anteiligen Betrag am Grundkapital von EUR 1,00 je Stückaktie gegen Bareinlagen zu erhöhen. Die Kapitalerhöhung wurde am 10. Juli 2003 durch Eintragung in das Handelsregister des Amtsgerichts München wirksam.

Am 1. Juli 2003 beschloss die Hauptversammlung, das Grundkapital der Gesellschaft um EUR 27.482,00 auf EUR 130.082,00 durch die Ausgabe von 27.482 neuen nennwertlosen Vorzugsaktien der Serie (B) mit einem anteiligen Betrag am Grundkapital von EUR 1,00 je Stückaktie gegen Bareinlagen zu erhöhen. Die Kapitalerhöhung wurde am 8. August 2003 durch Eintragung in das Handelsregister des Amtsgerichts München wirksam.

Im Geschäftsjahr 2005 wurden aufgrund der Ausübung von Aktienoptionen aus dem Aktienoptionsprogramm ESOP der Gesellschaft insgesamt 838 nennwertlose Stammaktien mit einem anteiligen Betrag am Grundkapital von EUR 1,00 je Stückaktie ausgegeben, wodurch sich das Grundkapital der Gesellschaft von EUR 130.082,00 um EUR 838,00 auf EUR 130.920,00 erhöhte. Die Ausgabe der Bezugsaktien und die entsprechende Anpassung der Satzung aufgrund eines Aufsichtsratsbeschlusses vom 17. Januar 2006 wurden am 30. Januar 2006 in das Handelsregister eingetragen.

Mit Beschluss der Hauptversammlung vom 17. Januar 2006 ist das Grundkapital der Gesellschaft gegen Bareinlage durch Ausgabe von 1.047.360 nennwertlosen Stammaktien mit einem anteiligen Betrag am Grundkapital von EUR 1,00 je Stückaktie von EUR 130.920,00 um EUR 1.047.360,00 auf EUR 1.178.280,00 erhöht

worden. Der Beschluss über die Kapitalerhöhung und ihre Durchführung wurden am 30. Januar 2006 in das Handelsregister eingetragen.

Am 15. März 2006 wurden durch Beschluss der Hauptversammlung alle Namensaktien der Gesellschaft in Inhaberaktien umgewandelt. Der Beschluss wurde am 21. März 2006 in das Handelsregister der Gesellschaft beim Amtsgericht München eingetragen. Am 4. April 2006 beschloss die Hauptversammlung, das Grundkapital der Gesellschaft um EUR 235.656,00 auf EUR 1.413.936,00 durch die Ausgabe von 235.656 neuen nennwertlosen Stammaktien mit einem anteiligen Betrag am Grundkapital von EUR 1,00 je Stückaktie gegen Bareinlage zu erhöhen. Durch den gleichen Beschluss wandelte die Hauptversammlung sämtliche Vorzugsaktien in Stammaktien um. Die Kapitalerhöhung wurde am 12. April 2006 durch Eintragung in das Handelsregister des Amtsgerichts München wirksam.

Am 2. April 2007 beschloss die Hauptversammlung die Erhöhung des Grundkapitals aus Gesellschaftsmitteln (§§ 207 ff. AktG) von EUR 1.413.936,00 um EUR 4.241.808,00 auf EUR 5.655.744,00 durch Umwandlung eines Teilbetrages von EUR 4.241.808,00 der in der Jahresbilanz zum 31. Dezember 2006 ausgewiesenen Kapitalrücklage nach § 272 Abs. 2 Nr. 1 HGB. Der Beschluss über die Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln wurde am 20. April 2007 im Handelsregister der Gesellschaft eingetragen und damit wirksam. Die Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln wurde durchgeführt durch Ausgabe von 4.241.808 neuen, auf den Inhaber lautende Stückaktien, die an die Aktionäre im Verhältnis 1:3 ausgegeben wurden. Die neuen Aktien sind vom Beginn des Geschäftsjahres 2007 an gewinnanteilsberechtigend und sind in Globalurkunden verbrieft, die bei der Clearstream Banking AG, Frankfurt am Main, zur Girosammelverwahrung hinterlegt wurden. Der Kapitalerhöhung lag die von Vorstand und Aufsichtsrat festgestellte und vom Abschlussprüfer der Gesellschaft geprüfte und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Jahresbilanz der Gesellschaft zum 31. Dezember 2006 zugrunde.

Kapitalerhöhung in Bezug auf die Neuen Aktien

Durch Beschluss der Hauptversammlung vom 2. April 2007, eingetragen in das Handelsregister der Gesellschaft am 20. April 2007, wurde der Vorstand ermächtigt, das Grundkapital der Gesellschaft bis zum 31. März 2012 mit Zustimmung des Aufsichtsrats um bis zu EUR 2.827.872,00 einmalig oder mehrmals durch Ausgabe von neuen, auf den Inhaber lautenden nennwertlosen Stückaktien gegen Bar- oder Sacheinlage zu erhöhen. Den Aktionären ist hierbei grundsätzlich ein Bezugsrecht einzuräumen. Die jungen Aktien können von einem Kreditinstitut mit der Verpflichtung übernommen werden, sie den Aktionären zum Bezug anzubieten. Der Vorstand ist jedoch ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Bezugsrecht ein- oder mehrmalig auszuschließen, soweit es erforderlich ist, um etwaige Spitzenbeträge von dem Bezugsrecht auszunehmen sowie, soweit dies erforderlich ist, um Inhabern der von der Gesellschaft ausgegebenen Options- und/oder Wandlungsrechte auf Aktien ein Bezugsrecht auf neue Aktien in dem Umfang einzuräumen, wie es ihnen nach Ausübung des Options- bzw. Wandlungsrechts zustehen würde. Weiterhin kann der Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Bezugsrecht ausschließen, wenn die Kapitalerhöhung gegen Bareinlagen erfolgt und der auf die neuen Aktien, für die das Bezugsrecht ausgeschlossen wird, insgesamt entfallende anteilige Betrag des Grundkapitals 10 % des zum Zeitpunkt der Eintragung der Ermächtigung oder-falls dieser Wert geringer ist — 10 % des zum Zeitpunkt der Ausgabe der neuen Aktien vorhandenen Grundkapitals der Gesellschaft nicht überschreitet und der Ausgabebetrag der neuen Aktien den Börsenpreis der bereits börsennotierten Aktien gleicher Gattung und Ausstattung zum Zeitpunkt der endgültigen Festlegung des Ausgabebetrags nicht wesentlich unterschreitet. Bei der Berechnung der 10 %-Grenze ist der anteilige Betrag am Grundkapital abzusetzen, der auf neue oder zurückerworbene Aktien entfällt, die seit dem 2. April 2007 unter vereinfachtem Bezugsrechtsabschluss gemäß oder entsprechend § 186 Abs. 3 Satz 4 AktG ausgegeben oder veräußert worden sind sowie der anteilige Betrag am Grundkapital, auf den sich Options- und/oder Wandlungsrechte aus Schuldverschreibungen beziehen, die seit dem 2. April 2007 in sinngemäßer Anwendung von § 186 Abs. 3 Satz 4 AktG ausgegeben worden sind. Darüber hinaus ist der Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrats ermächtigt, das Bezugsrecht der Aktionäre auszuschließen, wenn die Kapitalerhöhung gegen Sacheinlagen erfolgt und der auf die neuen Aktien, für die das Bezugsrecht ausgeschlossen wird, insgesamt entfallende anteilige Betrag des Grundkapitals 10 % des zum Zeitpunkt der Eintragung der Ermächtigung, d.h. am 20. April 2007 vorhandenen Grundkapitals der Gesellschaft nicht überschreitet. Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats die weiteren Einzelheiten der Durchführung von Kapitalerhöhungen aus dem genehmigten Kapital 2007 festzulegen. Ferner ist der Aufsichtsrat der Gesellschaft ermächtigt, die Fassung der Satzung nach vollständiger oder teilweiser Durchführung der Erhöhung des Grundkapitals aus dem Genehmigten Kapital 2007 entsprechend der jeweiligen Ausnutzung des Genehmigten Kapitals 2007 und nach Ablauf der Ermächtigungsfrist anzupassen.

Der Vorstand hat am 10. Mai 2007 mit Zustimmung des Aufsichtsrats vom gleichen Tag von dieser Ermächtigung Gebrauch gemacht und die Erhöhung des Grundkapitals von EUR 5.655.744,00 um bis zu

EUR 1.615.927,00 auf bis zu EUR 7.271.671,00 durch Ausgabe von bis zu Stück 1.615.927 neuen, auf den Inhaber lautenden Aktien ohne Nennbetrag (Stückaktien) beschlossen. Für einen Spitzenbetrag von bis zu EUR 0,14, entsprechend bis zu 0,14 neuen Stückaktien (jeweils kaufmännisch gerundet), wurde das Bezugsrecht der Aktionäre ausgeschlossen. Die weiteren Einzelheiten der Durchführung der Kapitalerhöhung, insbesondere das endgültige Volumen der Kapitalerhöhung und die Festsetzung des Bezugs-/Platzierungspreises, werden vom Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrats voraussichtlich am 24. Mai 2007 bzw. am 1. Juni 2007 beschlossen und veröffentlicht werden.

Bedingtes Kapital

Bedingtes Kapital I

Das Grundkapital ist zur Gewährung von Bezugsrechten an Mitglieder des Vorstands und Mitarbeiter der Gesellschaft um bis zu EUR 21.504,00 durch Ausgabe von bis zu 21.504 neuen auf den Inhaber lautenden nennwertlosen Stückaktien der Gesellschaft (unter Berücksichtigung der Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln) bedingt erhöht („**Bedingtes Kapital I**“). Die bedingte Kapitalerhöhung wird nur insoweit durchgeführt, wie die Inhaber von Aktienoptionen, die aufgrund des Ermächtigungsbeschlusses der Hauptversammlung vom 8. Mai 2003 bis einschließlich zum 31. Dezember 2006 von der SFC Smart Fuel Cell AG ausgegeben wurden, von ihrem Optionsrecht Gebrauch machen. Ein Aufgeld („**Agio**“) ist von den Optionsberechtigten nicht zu erbringen. Die neuen Aktien nehmen ab dem Beginn des Geschäftsjahres der Ausgabe am Gewinn teil. Der Vorstand ist ermächtigt, die weiteren Einzelheiten der bedingten Kapitalerhöhung und ihre Durchführung mit Zustimmung des Aufsichtsrates festzusetzen. Der Aufsichtsrat wird ermächtigt, den Wortlaut der Satzung entsprechend dem jeweiligen Bestand und der jeweiligen Inanspruchnahme des Bedingten Kapitals anzupassen.

Bedingtes Kapital II

Das Grundkapital der Gesellschaft ist zur Gewährung von Bezugsrechten an Mitglieder des Vorstands und Mitarbeiter der Gesellschaft um bis zu EUR 155.904,00 durch Ausgabe von bis zu 155.904 neuen auf den Inhaber lautenden Stammaktien als nennwertlose Stückaktien der Gesellschaft (unter Berücksichtigung der Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln) bedingt erhöht („**Bedingtes Kapital II**“). Die bedingte Kapitalerhöhung wird nur insoweit durchgeführt, wie die Inhaber von Aktienoptionen, die aufgrund des Ermächtigungsbeschlusses der Hauptversammlung vom 8. Mai 2003 bis einschließlich zum 31. Dezember 2006 von der SFC Smart Fuel Cell AG ausgegeben wurden, von ihrem Optionsrecht Gebrauch machen. Die neuen Aktien nehmen ab dem Beginn des Geschäftsjahres der Ausgabe am Gewinn teil. Der Vorstand wird ermächtigt, die weiteren Einzelheiten der bedingten Kapitalerhöhung und ihre Durchführung mit Zustimmung des Aufsichtsrates festzusetzen. Der Aufsichtsrat wird ermächtigt, den Wortlaut der Satzung entsprechend dem jeweiligen Bestand und der jeweiligen Inanspruchnahme des Bedingten Kapitals anzupassen.

Für Details zu dem Aktienoptionsprogramm der Gesellschaft siehe den Abschnitt „*Beschreibung der Geschäftstätigkeit — Mitarbeiter — Aktienoptionsprogramm*“.

Ermächtigung zum Erwerb eigener Aktien

Die Hauptversammlung vom 2. April 2007 hat die Gesellschaft ermächtigt, bis zum 30. September 2008 eigene Aktien bis zu zehn vom Hundert des Grundkapitals der Gesellschaft am 2. April 2007 zu erwerben. Der Erwerb kann über die Börse oder mittels eines an alle Aktionäre gerichteten öffentlichen Kaufangebots erfolgen. Der Vorstand wurde von der Hauptversammlung ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats eine Veräußerung der erworbenen eigenen Aktien auch in anderer Weise als über die Börse oder mittels Angebots an sämtliche Aktionäre vorzunehmen wenn die eigenen Aktien zu einem Preis veräußert werden, der den Börsenkurs von Aktien der Gesellschaft im Zeitpunkt der Veräußerung nicht wesentlich unterschreitet, wobei auf diese Weise maximal 10 % des zum Zeitpunkt der Beschlussfassung der Hauptversammlung vom 2. April 2007, oder, falls geringer, zum Zeitpunkt der Veräußerung der eigenen Aktien vorhandenen Grundkapitals der Gesellschaft veräußert werden dürfen. Das Bezugsrecht der Aktionäre ist insoweit ausgeschlossen. Bei der Berechnung der 10 %-Grenze ist der anteilige Betrag am Grundkapital abzusetzen, der auf neue oder zurückerworbene Aktien entfällt, die seit dem 2. April 2007 unter vereinfachtem Bezugsrechtsausschluss gemäß oder entsprechend § 186 Abs. 3 Satz 4 AktG ausgegeben oder veräußert worden sind sowie der anteilige Betrag am Grundkapital, auf den sich Options- und/oder Wandlungsrechte auf Schuldverschreibungen beziehen, die seit dem 2. April 2007 in sinngemäßer Anwendung von § 186 Abs. 3 Satz 4 AktG ausgegeben worden sind. Weiterhin wurde der Vorstand ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats die erworbenen Aktien in anderer Weise als über die Börse oder mittels Angebot an sämtliche Aktionäre zu veräußern, soweit dies gegen Sachleistung, insbesondere im Rahmen

des Erwerbs von Unternehmen oder Beteiligungen an Unternehmen geschieht oder zur Erfüllung von Rechten von Inhabern bzw. Gläubigern der Gesellschaft aus ausgegebenen Wandel- und/oder Optionsschuldverschreibungen, wobei das Bezugsrecht der Aktionäre jeweils ausgeschlossen ist. Der Vorstand wurde auch ermächtigt, die erworbenen eigenen Aktien mit Zustimmung des Aufsichtsrats ohne weiteren Hauptversammlungsbeschluss ganz oder teilweise einzuziehen. Die vorstehenden Ermächtigungen zur Veräußerung oder Einziehung eigener Aktien können ganz oder in Teilen, einmal oder mehrmals, einzeln oder gemeinsam ausgenutzt werden.

Allgemeine Regelungen zur Gewinnverwendung und zu Dividendenzahlungen

Die Anteile der Aktionäre am Gewinn bestimmen sich nach ihren Anteilen am Grundkapital der Gesellschaft. Nach § 6 Absatz 4 der Satzung der Gesellschaft kann bei Kapitalerhöhungen die Gewinnbeteiligung der neuen Aktien von § 60 Abs. 2 Satz 3 des Aktiengesetzes abweichend geregelt werden.

In einer Aktiengesellschaft obliegt die Beschlussfassung über die Ausschüttung von Dividenden für ein Geschäftsjahr sowie deren Höhe und deren Auszahlungszeitpunkt der Hauptversammlung des darauf folgenden Geschäftsjahres. Die Hauptversammlung entscheidet hierüber auf Vorschlag von Vorstand und Aufsichtsrat. Dividenden dürfen nur aus dem Bilanzgewinn der Gesellschaft ausgeschüttet werden. Der Bilanzgewinn wird anhand des Jahresabschlusses der Gesellschaft, der nach Maßgabe der Bilanzierungsvorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) aufgestellt wird, ermittelt. Die bilanzrechtlichen Vorschriften des deutschen Handelsrechts weichen dabei in wesentlichen Bereichen von IAS/IFRS ab. Bei der Ermittlung des zur Ausschüttung zur Verfügung stehenden Betrages ist der Jahresüberschuss um Gewinn-/Verlustvorträge des Vorjahres sowie um Entnahmen aus Rücklagen bzw. Einstellungen in Rücklagen zu korrigieren. Bestimmte Rücklagen sind kraft Gesetzes zu bilden und müssen bei der Berechnung des für die Ausschüttung zur Verfügung stehenden Bilanzgewinns abgezogen werden.

Der Vorstand hat gemäß der Satzung innerhalb der gesetzlichen Frist für das vergangene Geschäftsjahr den Jahresabschluss (Bilanz nebst Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang) und den Lagebericht aufzustellen und dem Aufsichtsrat mit einem Vorschlag über die Verwendung des Bilanzgewinns unverzüglich vorzulegen.

Der Aufsichtsrat hat den Jahresabschluss, den Lagebericht des Vorstands und den Vorschlag für die Verwendung des Bilanzgewinns zu prüfen und über das Ergebnis schriftlich an die Hauptversammlung zu berichten. Er hat seinen Bericht innerhalb eines Monats, nachdem ihm die Vorlagen zugegangen sind, dem Vorstand zuzuleiten. Billigt der Aufsichtsrat nach Prüfung den Jahresabschluss, ist dieser festgestellt, sofern nicht Vorstand und Aufsichtsrat beschließen, die Feststellung des Jahresabschlusses der Hauptversammlung zu überlassen. Wenn sich Vorstand und Aufsichtsrat für die Feststellung des Jahresabschlusses durch die Hauptversammlung entscheiden oder wenn der Aufsichtsrat den Jahresabschluss nicht billigt, hat der Vorstand unverzüglich die Hauptversammlung einzuberufen.

Die Hauptversammlung beschließt mit einfacher Mehrheit über die Verwendung des Bilanzgewinns. Die Anteile der Aktionäre am auszuschüttenden Gewinn der Gesellschaft bestimmen sich nach ihren Anteilen am Grundkapital.

Stellen Vorstand und Aufsichtsrat den Jahresabschluss fest, so können sie Beträge bis zur Hälfte des Jahresüberschusses in andere Gewinnrücklagen einstellen. Bei der Errechnung des in andere Gewinnrücklagen einzustellenden Teils des Jahresüberschusses sind vorweg Zuweisungen zur gesetzlichen Rücklage und Verlustvorträge abzuziehen.

Von der Hauptversammlung beschlossene Dividenden werden jährlich kurz nach der Hauptversammlung in Übereinstimmung mit den Regeln des jeweiligen Clearing-Systems ausgezahlt. Dividendenansprüche unterliegen der dreijährigen Regelverjährung. Einzelheiten über etwaige von der Hauptversammlung beschlossene Dividenden und die von der Gesellschaft jeweils benannten Zahlstellen werden im elektronischen Bundesanzeiger und in mindestens einem überregionalen Pflichtblatt der Frankfurter Wertpapierbörse veröffentlicht.

Allgemeine Bestimmungen zu einer Liquidation der Gesellschaft

Neben dem Fall der Auflösung aufgrund eines Insolvenzverfahrens kann die Gesellschaft nur durch einen Beschluss der Hauptversammlung, der satzungsgemäß einer Mehrheit von 80 % des gesamten stimmberechtigten Grundkapitals der Gesellschaft bedarf, aufgelöst werden. In diesem Fall wird das nach Berichtigung sämtlicher Verbindlichkeiten der Gesellschaft verbleibende Vermögen entsprechend den Vorgaben des Aktiengesetzes unter den Aktionären nach ihrem Anteil am Grundkapital verteilt. Dabei sind insbesondere bestimmte Vorschriften des Gläubigerschutzes zu beachten.

Allgemeine Bestimmungen zu einer Veränderung des Grundkapitals

Nach dem Aktiengesetz kann das Grundkapital einer Aktiengesellschaft durch einen Beschluss der Hauptversammlung erhöht werden, der mit einer Mehrheit von mindestens drei Vierteln des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals gefasst wird, soweit nicht die Satzung der Aktiengesellschaft andere Mehrheitserfordernisse festlegt. Außerdem können die Aktionäre genehmigtes Kapital schaffen. Die Schaffung von genehmigtem Kapital erfordert einen Beschluss mit einer Mehrheit von drei Vierteln des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals, durch den der Vorstand ermächtigt wird, innerhalb eines Zeitraumes von nicht mehr als fünf Jahren Aktien zu einem bestimmten Betrag auszugeben. Der Nennbetrag darf die Hälfte des Grundkapitals, das zur Zeit der Ermächtigung vorhanden ist, nicht übersteigen.

Weiterhin können die Aktionäre zum Zweck der Ausgabe (i) von Aktien an Inhaber von Wandelschuldverschreibungen oder sonstigen Wertpapieren, die ein Recht zum Bezug von Aktien einräumen, (ii) von Aktien, die als Gegenleistung bei einem Zusammenschluss mit einem anderen Unternehmen dienen, oder (iii) von Aktien, die Führungskräften und Arbeitnehmern angeboten wurden, bedingtes Kapital schaffen, wobei jeweils ein Beschluss mit einer Mehrheit von drei Vierteln des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals erforderlich ist. Der Nennbetrag des zum Zwecke der Ausgabe von Aktien an Führungskräfte und Arbeitnehmer geschaffenen bedingten Kapitals darf 10 % des Grundkapitals, das zur Zeit der Beschlussfassung vorhanden ist, nicht übersteigen.

Ein Beschluss zur Herabsetzung des Grundkapitals erfordert eine Mehrheit von drei Viertel des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals.

Allgemeine Bestimmungen zu Bezugsrechten

Nach dem Aktiengesetz stehen jedem Aktionär grundsätzlich Bezugsrechte auf die im Rahmen einer Kapitalerhöhung neu auszugebenden Aktien entsprechend seinem Anteil an dem bisherigen Grundkapital zu (einschließlich Wandelschuldverschreibungen, Optionsanleihen, Genussrechten oder Gewinnschuldverschreibungen). Bezugsrechte sind frei übertragbar, und es kann während eines festgelegten Zeitraums vor Ablauf der Bezugsfrist einen Handel der Bezugsrechte an den deutschen Wertpapierbörsen geben. Die Hauptversammlung kann mit einer Mehrheit von mindestens drei Vierteln des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals die Bezugsrechte ausschließen. Für einen Bezugsrechtsausschluss ist darüber hinaus ein Bericht des Vorstands erforderlich, der zur Begründung des Bezugsrechtsausschlusses darlegen muss, dass das Interesse der Gesellschaft am Ausschluss des Bezugsrechts das Interesse der Aktionäre an der Einräumung des Bezugsrechts überwiegt. Ohne eine solche Rechtfertigung kann ein Ausschluss des Bezugsrechts bei Ausgabe neuer Aktien zulässig sein, wenn

- die Gesellschaft das Kapital gegen Bareinlagen erhöht;
- der Betrag der Kapitalerhöhung 10 % des bestehenden Grundkapitals nicht übersteigt; und
- der Ausgabepreis der neuen Aktien den Börsenpreis nicht wesentlich unterschreitet.

Anzeigepflichten für Anteilsbesitz

Mit der Zulassung der Aktien zum Börsenhandel mit amtlicher Notierung an der Frankfurter Wertpapierbörse (siehe den Abschnitt „Das Angebot — Börsenzulassung und Notierungsaufnahme“) unterliegt die Gesellschaft als börsennotierte Gesellschaft den Bestimmungen des Wertpapierhandelsgesetzes über Anzeigepflichten für Anteilsbesitz. Das Wertpapierhandelsgesetz bestimmt, dass jeder, der durch Erwerb, Veräußerung oder auf sonstige Weise 3%, 5 %, 10 %, 15%, 20%, 25 %, 30%, 50 % oder 75 % der Stimmrechte an einem Emittenten, für den die Bundesrepublik Deutschland der Herkunftsstaat ist, erreicht, über- oder unterschreitet, dies unverzüglich dem Emittenten und gleichzeitig der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, spätestens innerhalb von vier Handelstagen mitzuteilen hat.

In Verbindung mit den Mitteilungspflichten enthält das Wertpapierhandelsgesetz verschiedene Regeln, die eine Zuordnung des Aktienbesitzes zu der Person sicherstellen sollen, die tatsächlich die mit den Aktien verbundenen Stimmrechte kontrolliert. Beispielsweise werden einem Meldepflichtigen Aktien, die einem Dritten gehören, zugerechnet, wenn der Meldepflichtige den Dritten kontrolliert, ebenso Aktien, die von einem Dritten für Rechnung des Meldepflichtigen oder eines von diesem kontrollierten Unternehmen gehalten werden.

Unterbleibt die Mitteilung, bestehen die Rechte aus den Aktien (einschließlich des Stimmrechts und des Rechts zum Bezug von Dividenden), die dem Meldepflichtigen gehören oder aus denen ihm Stimmrechte zugerechnet werden, für die Dauer des Versäumnisses nicht. Außerdem kann bei Nichteinhaltung der Mitteilungspflicht eine Geldbuße verhängt werden.

Darüber hinaus muss jeder, der unmittelbar oder mittelbar Finanzinstrumente hält, die dem Inhaber das Recht verleihen, einseitig im Rahmen einer rechtlich bindenden Vereinbarung mit Stimmrechten verbundene, bereits ausgegebene Aktien eines Emittenten, für den die Bundesrepublik Deutschland der Herkunftsstaat ist, zu erwerben, dies bei Erreichen, Überschreiten oder Unterschreiten der Schwellen von 5 %, 10 %, 15%, 20%, 25 %, 30%, 50 % oder 75 % unverzüglich dem Emittenten und gleichzeitig der BaFin, spätestens innerhalb von vier Handelstagen mitteilen.

Ein Inlandsemittent muss diese Mitteilungen unverzüglich, spätestens jedoch drei Handelstage nach Zugang der Mitteilung, über ein elektronisch betriebenes Informationsverbreitungssystem, eine Nachrichtenagentur, einen News Provider, ein Printmedium und eine Internetseite für den Finanzmarkt (zusammen sog. Medienbündel) veröffentlichen. Dabei muss mindestens eines dieser Medien eine aktive europaweite Verbreitung ermöglichen. Des Weiteren hat der Inlandsemittent die Mitteilung unverzüglich, jedoch nicht vor ihrer Veröffentlichung dem Unternehmensregister zur Speicherung zu übermitteln. Gleichzeitig hat er die Veröffentlichung der BAFin mitzuteilen.

Im Übrigen ist nach dem Wertpapiererwerbs- und Übernahmegesetz jeder, dessen Stimmrechtsanteil nach Börseneinführung der Aktien der Gesellschaft 30 % der stimmberechtigten Aktien der Gesellschaft erreicht oder übersteigt, verpflichtet, diese Tatsache, einschließlich des Prozentsatzes seiner Stimmrechte, unverzüglich, spätestens innerhalb von sieben Kalendertagen im Internet und mittels eines elektronisch betriebenen Informationsverbreitungssystems für Finanzinformationen bekanntzugeben und anschließend, sofern keine Befreiung von dieser Verpflichtung erteilt wurde, ein an alle Inhaber von Stammaktien der SFC gerichtetes öffentliches Pflichtangebot zu unterbreiten.

ANGABEN ÜBER DIE ORGANE DER GESELLSCHAFT

Überblick

Die Organe der Gesellschaft sind der Vorstand, der Aufsichtsrat und die Hauptversammlung. Die Kompetenzen dieser Organe sind im Aktiengesetz, in der Satzung und den Geschäftsordnungen von Vorstand und Aufsichtsrat geregelt.

Der Vorstand leitet die Gesellschaft unter eigener Verantwortung nach Maßgabe der Gesetze der Bundesrepublik Deutschland, der Bestimmungen der Satzung und der Geschäftsordnungen für den Vorstand und den Aufsichtsrat sowie unter Berücksichtigung der Beschlüsse der Hauptversammlung. Der Vorstand vertritt die Gesellschaft gegenüber Dritten. Der Vorstand hat zu gewährleisten, dass innerhalb der Gesellschaft ein angemessenes Risikomanagement und ein internes Überwachungssystem eingerichtet und betrieben werden, damit den Fortbestand der Gesellschaft gefährdende Entwicklungen frühzeitig erkannt werden können. Der Vorstand ist gegenüber dem Aufsichtsrat berichtspflichtig. Insbesondere ist der Vorstand verpflichtet, dem Aufsichtsrat regelmäßig, zeitnah und umfassend über alle für das Unternehmen relevanten Fragen der Planung, der Geschäftsentwicklung, der Risikolage, des Risikomanagements und strategischer Maßnahmen zu berichten. Der Vorstand hat dabei auch Abweichungen des Geschäftsverlaufs von den aufgestellten Plänen und Zielen unter Angabe von Gründen darzustellen. Außerdem ist dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats aus sonstigen wichtigen Anlässen zu berichten. Der Aufsichtsrat kann zudem jederzeit einen Bericht über die Angelegenheiten der Gesellschaft verlangen. Für bestimmte vom Aufsichtsrat festgelegte Geschäfte bedarf der Vorstand der Zustimmung des Aufsichtsrats.

Die Mitglieder des Vorstands werden vom Aufsichtsrat bestellt und können aus wichtigem Grund abberufen werden. Der Aufsichtsrat hat den Vorstand bei der Geschäftsführung zu überwachen und zu beraten. Ein Aufsichtsratsmitglied der Gesellschaft kann grundsätzlich nicht zugleich Vorstandsmitglied der Gesellschaft sein. Für einen im Voraus begrenzten Zeitraum, höchstens für insgesamt ein Jahr, kann der Aufsichtsrat einzelne seiner Mitglieder zu Stellvertretern von fehlenden oder verhinderten Vorstandsmitgliedern bestellen. Während ihrer Amtszeit als Stellvertreter von Vorstandsmitgliedern können die Aufsichtsratsmitglieder keine Tätigkeit als Aufsichtsratsmitglied ausüben. Nach deutschem Aktienrecht können Maßnahmen der Geschäftsführung dem Aufsichtsrat nicht übertragen werden.

Den Mitgliedern des Vorstands und des Aufsichtsrats obliegen gegenüber der Gesellschaft Treue- und Sorgfaltspflichten. Bei der Erfüllung dieser Pflichten ist ein weites Spektrum von Interessen, insbesondere der Gesellschaft, ihrer Aktionäre, ihrer Mitarbeiter, ihrer Gläubiger und der Allgemeinheit zu beachten. Der Vorstand muss insbesondere auch die Rechte der Aktionäre auf Gleichbehandlung und gleiche Information beachten.

Nach deutschem Aktienrecht ist es einzelnen Aktionären, wie jeder anderen Person, untersagt, ihren Einfluss auf die Gesellschaft dazu zu benutzen, ein Mitglied des Vorstands oder des Aufsichtsrats zu einer für die Gesellschaft schädlichen Handlung zu bestimmen. Wer unter Verwendung seines Einflusses ein Mitglied des Vorstands oder des Aufsichtsrats, einen Prokuristen oder einen Handlungsbevollmächtigten dazu veranlasst, zum Schaden der Gesellschaft oder ihrer Aktionäre zu handeln, ist der Gesellschaft zum Ersatz des ihr daraus entstehenden Schadens verpflichtet. Daneben haften die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats gesamtschuldnerisch, wenn sie unter Verletzung ihrer Pflichten gehandelt haben und infolgedessen der Gesellschaft ein Schaden entstanden ist.

Haben Mitglieder des Vorstands oder des Aufsichtsrats ihre Pflichten gegenüber der Gesellschaft verletzt und ist infolgedessen der Gesellschaft ein Schaden entstanden, können zunächst Schadensersatzansprüche gegen die Mitglieder des Vorstands oder des Aufsichtsrats von der Gesellschaft selbst gerichtlich geltend gemacht werden, wobei diese bei Ansprüchen gegen Aufsichtsratsmitglieder vom Vorstand und bei Ansprüchen gegen Vorstandsmitglieder vom Aufsichtsrat vertreten wird. Nach einer Entscheidung des Bundesgerichtshofs ist der Aufsichtsrat verpflichtet, voraussichtlich durchsetzbare Schadensersatzansprüche gegen den Vorstand geltend zu machen, es sei denn, gewichtige Gründe des Gesellschaftswohls sprechen gegen eine Geltendmachung und diese Gründe überwiegen oder sind zumindest gleichwertig mit den Gründen, die für eine Geltendmachung sprechen. Entscheidet sich das jeweils vertretungsberechtigte Organ gegen eine Anspruchsverfolgung, müssen Ersatzansprüche der Gesellschaft gegen Mitglieder des Vorstands oder des Aufsichtsrats geltend gemacht werden, wenn die Hauptversammlung dies mit einfacher Stimmmehrheit beschließt.

Die Gesellschaft kann erst drei Jahre nach der Entstehung eines Anspruchs und nur dann auf Ersatzansprüche gegen Organmitglieder verzichten oder sich über sie vergleichen, wenn die Aktionäre dies in der Hauptversammlung mit einfacher Stimmenmehrheit beschließen und nicht eine Minderheit von Aktionären, deren Anteile zusammen den zehnten Teil des Grundkapitals erreichen, zur Niederschrift Widerspruch erheben.

Vorstand

Einführung

Der Aufsichtsrat bestimmt die Größe des Vorstands, der satzungsgemäß aus einem oder mehreren Mitgliedern bestehen kann. Er kann ein Vorstandsmitglied zum Vorsitzenden oder zum Sprecher des Vorstands ernennen. Die Bestellung eines stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden sowie von stellvertretenden Vorstandsmitgliedern ist zulässig. Gegenwärtig besteht der Vorstand der Gesellschaft aus zwei Mitgliedern, Herrn Dr. Peter Podesser und Herrn Dr. Jens Müller, wobei Herr Dr. Peter Podesser zum Vorsitzenden des Vorstandes ernannt worden ist.

Die Mitglieder des Vorstands werden vom Aufsichtsrat für eine Amtszeit von höchstens fünf Jahren bestellt. Eine wiederholte Bestellung oder Verlängerung der Amtszeit, jeweils für höchstens fünf Jahre, ist zulässig. Der Aufsichtsrat kann die Bestellung eines Vorstandsmitglieds vor Ablauf der Amtszeit widerrufen, wenn ein wichtiger Grund vorliegt, etwa bei grober Pflichtverletzung oder wenn die Hauptversammlung dem Vorstandsmitglied das Vertrauen entzieht, es sei denn, der Vertrauensentzug erfolgte aus offenbar unsachlichen Gründen. Der Aufsichtsrat ist außerdem für den Abschluss, die Änderung und die Kündigung der Dienstverträge mit den Mitgliedern des Vorstands zuständig.

Gemäß der Satzung wird die Gesellschaft durch zwei Vorstandsmitglieder gemeinschaftlich oder durch ein Vorstandsmitglied gemeinsam mit einem Prokuristen vertreten. Sofern nur ein Vorstandsmitglied bestellt ist, vertritt dieses die Gesellschaft allein. Der Aufsichtsrat kann bestimmen, dass einzelne oder alle Vorstandsmitglieder einzeln zur Vertretung der Gesellschaft befugt sind. Von dieser Möglichkeit hat der Aufsichtsrat zum gegenwärtigen Zeitpunkt keinen Gebrauch gemacht. Der Aufsichtsrat kann zudem alle oder einzelne Vorstandsmitglieder von dem Verbot der Mehrfachvertretung gemäß § 181 2. Fall BGB befreien. § 112 AktG bleibt unberührt.

Beschlüsse des Vorstands werden in Sitzungen gefasst. Sie können jedoch auch außerhalb von Sitzungen schriftlich, fernmündlich, durch E-Mail oder mittels Telefax gefasst werden, wenn kein Mitglied des Vorstands diesem Verfahren unverzüglich widerspricht. Die Mitglieder des Vorstandes treffen sich in regelmäßigen Abständen zu Sitzungen, nach Möglichkeit mindestens zweimal im Monat. Die Sitzungen müssen stattfinden, wenn das Wohl der Gesellschaft es erfordert.

Besteht der Vorstand aus mehr als zwei Mitgliedern, ist er beschlussfähig, wenn alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen wurden und mindestens die Hälfte der Mitglieder, jedenfalls — soweit ernannt — der Vorsitzende und sein Stellvertreter, an der Beschlussfassung teilnimmt. Besteht der Vorstand aus zwei Mitgliedern, so ist er nur beschlussfähig, wenn alle Mitglieder an der Beschlussfassung teilnehmen.

Beschlüsse des Vorstands werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst. Besteht der Vorstand aus zwei Mitgliedern, ist Einstimmigkeit herbeizuführen. Bei Stimmgleichheit gilt der Beschluss als nicht gefasst. Kommt ein Beschluss wegen Stimmgleichheit nicht zustande, so ist jedes Vorstandsmitglied berechtigt, den Beschlussgegenstand dem Aufsichtsrat mit der Bitte um Stellungnahme vorzulegen.

Die Leitung der Vorstandssitzungen und die Festlegung der Abstimmungsform bei Beschlussfassung außerhalb von Sitzungen obliegt dem Vorstandsvorsitzenden, sofern ein solcher ernannt ist, im Fall der Verhinderung seinem Stellvertreter oder, sofern ein solcher nicht benannt ist, dem ordentlichen Mitglied des Vorstandes, das dem Vorstand am längsten angehört, von mehreren ordentlichen Vorstandsmitgliedern gleichen Dienstalters das dem Lebensalter nach älteste. Die Geschäftsordnung für den Vorstand regelt weiterhin, dass sich die Aufgabenbereiche der Vorstandsmitglieder aus dem Geschäftsverteilungsplan ergeben. Der Geschäftsverteilungsplan ist Teil der Geschäftsordnung und wird vom Aufsichtsrat aufgestellt.

Nach Ziffer 5 der Geschäftsordnung für den Vorstand vom 27. März 2007 bedürfen Maßnahmen und Geschäfte, die für die Gesellschaft von außergewöhnlicher Bedeutung sind oder mit denen ein außergewöhnliches wirtschaftliches Risiko verbunden ist, der vorherigen Zustimmung des Aufsichtsrates, soweit nicht eine sofortige Maßnahme nach pflichtgemäßem Ermessen zur Vermeidung drohender Nachteile für die Gesellschaft erforderlich ist.

Mitglieder des Vorstands

Die Mitglieder des Vorstands der Gesellschaft sowie deren jeweilige Ressortzuständigkeit sind in der folgenden Übersicht aufgeführt.

<u>Name (Alter)</u>	<u>Mitglied seit</u>	<u>Bestellt bis</u>	<u>Zuständigkeit</u>
Dr. Peter Podesser (40 Jahre) . .	November 2006	31. Oktober 2009	Vorstandsvorsitzender, Finance, Corporate Strategy, PR, IR, Sales & Marketing, Operations, HR
Dr. Jens Müller (34 Jahre)	November 2004	31. Dezember 2010	Technology, Supply Chain Management, IT, Quality Management

Dr. Peter Podesser, Vorstandsvorsitzender

Dr. Peter Podesser, geboren am 14.3.1967, studierte Handelswissenschaften an der Wirtschaftsuniversität Wien (WU) und schloss das Studium als Magister ab. Während dieser Zeit absolvierte er Studienaufenthalte in Spanien, Frankreich und Brasilien (1986, 1987, 1989). 1996 promovierte er an der WU Wien im Fachgebiet „Strategische Planung“. Von 1989 bis 2000 war er bei der RHI AG, einem Anbieter im Bereich feuerfeste Produkte und Hochtemperaturkeramik, in Österreich und dort unter anderem zunächst im Bereich Vertrieb und Marketing tätig und an verschiedenen M&A Projekten in Deutschland, Frankreich und Österreich beteiligt. 1993 bis 1997 oblag ihm der Aufbau und die Führung des Chinageschäftes der RHI AG und er wurde General Manager des ersten Joint Ventures im Nordosten Chinas. Von 1998 bis 2000 war er als CEO der Asia Pacific Division der RHI AG in Singapur für die Gesamtleitung aller Konzernaktivitäten im asiatisch-pazifischen Raum verantwortlich. 2001 wechselte er zur EV-Group, Österreich, die ein führendes Technologieunternehmen im Bereich Ausrüstung für die Halbleiterindustrie und Nanotechnologie ist. Als CEO und President der EV-Group war er an der Entwicklung der Organisation von der Start-up Struktur zum weltweit tätigen Industrieunternehmen und Systemlieferanten der Halbleiter- und Nanotech-Industrie beteiligt, 2005 gewann die EV-Group unter seiner Führung den Österreichischen Staatspreis für Innovation. Ebenfalls im Jahr 2005 wechselte er schließlich zu Oerlikon (Unaxis), USA, Schweiz und Liechtenstein, wo er im Bereich der Halbleiter, und Optical Disk- sowie Photovoltaikindustrie tätig war. Als President der Unaxis Wafer Processing Division war er dort für die strategische Neuausrichtung und Restrukturierung der Unternehmensgruppe in den USA und in der Schweiz zuständig. Dr. Peter Podesser ist Mitglied des European Board der MANCEF Organisation und Mitverfasser der 1. MANCEF International Micro Nano Roadmap.

Dr. Jens Müller

Dr. Jens Müller, geboren am 3.10.1972, studierte Chemie an der RWTH Aachen und schloss das Studium als Dipl.-Chemiker ab. Während dieser Zeit absolvierte er Studienaufenthalte in Südafrika (1994) und Australien (1995). 1999 schloss er zusätzlich eine Industriepromotion zum Dr. rer. nat. mit dem Thema „Direktverstromung flüssiger Energieträger in Brennstoffzellen“ ab. Von 1996 bis 2001 war er bei der Daimler Chrysler AG im Forschungszentrum in Ulm im Forschungsbereich Alternative Antriebe tätig. Dort leitete er das DMFC-Entwicklungsprogramm in intensiver Kooperation mit Ballard Power Systems, Vancouver, und war für die Entwicklung, den Bau und die Erprobung der weltweit ersten DMFC-Antriebssysteme verantwortlich. Ihm oblag außerdem die Erarbeitung und Umsetzung von Strategien zur Stückkostenreduktion und Hybridisierung von Brennstoffzellenantrieben. Dr. Jens Müller ist Autor zahlreicher Patente und Publikationen im Bereich der DMFC-Technologie und von Brennstoffzellen allgemein. Er wurde mehrfach für seine Forschungen und Arbeiten im Bereich von Brennstoffzellen ausgezeichnet und ist Mitglied im Beraterkreis des Bundesumweltministers.

Die Mitglieder des Vorstands sind unter der Geschäftsadresse der Gesellschaft erreichbar. Sie waren in den letzten fünf Jahren nicht an Insolvenzen, Insolvenzverwaltungen oder Liquidationen von Unternehmen, bei denen sie Verwaltungs-, Geschäftsführungs-, Aufsichtsorgan oder Mitglied des oberen Managements waren, beteiligt. Die Mitglieder des Vorstands wurden in den letzten fünf Jahren nicht wegen betrügerischer Straftaten verurteilt und gegen sie wurde in den letzten fünf Jahren keine öffentliche Anschuldigung und/oder Sanktion von Seiten gesetzlicher Behörden oder Regulierungsbehörden (einschließlich von Berufsverbänden) erhoben bzw. verhängt. Keines der Mitglieder des Vorstands wurde in den letzten fünf Jahren von einem Gericht für die Mitgliedschaft in einem Verwaltungs-, Geschäftsführungs- oder Aufsichtsorgan eines Emittenten oder für die Tätigkeit im Management oder für die Führung der Geschäfte eines Emittenten als untauglich angesehen. Es bestehen weder verwandtschaftliche Beziehungen zwischen den Mitgliedern des Vorstands noch zwischen Mitgliedern des Vorstands und Mitgliedern des Aufsichtsrats der Gesellschaft.

Die Mandate, die von den derzeit amtierenden Vorstandsmitgliedern der Gesellschaft während der letzten fünf Jahre in Verwaltungs-, Management- oder Aufsichtsorganen außerhalb der Gesellschaft ausgeübt worden sind, sind in der folgenden Übersicht aufgeführt. Sofern nicht jeweils nachfolgend gegenteilig angegeben, bestehen diese Mandate weiter fort.

<u>Name</u>	<u>Tätigkeit außerhalb der Gesellschaft</u>
Dr. Peter Podesser	<ul style="list-style-type: none"> - CEO, President and Member of Board of Directors der EV-Group E. Thallner GmbH, Österreich (2001-2005) - President der Oerlikon USA, Inc. (2005-2006) - Senior Vice President and Head of Systems Business Unit Oerlikon Balzers Coating (2005-2006) - Mitglied des European Board der MANCEF Organisation - Alleinvertretungsberechtigter geschäftsführender Gesellschafter der PP Beteiligungs- und Vermögensverwaltungs GmbH, Simbach am Inn - freie Beratungstätigkeit unter Firmen „Terra Lignis GmbH Nfg. KEG“, Österreich und „Dr. Peter Podesser, Beratung“, Simbach am Inn
Dr. Jens Müller	Mitglied im Beraterkreis des Bundesumweltministers

Vergütung

Am 10. November 2004 wurde zwischen der Gesellschaft und Herrn Dr. Müller ein Vorstands-Dienstvertrag abgeschlossen, der durch Vertrag vom 1. April 2007 neu gefasst wurde. Dieser Dienstvertrag hat eine Laufzeit bis zum Ablauf der Amtszeit von Herrn Dr. Müller, mithin bis zum 31. Dezember 2010. Am 27. September 2006 wurde zwischen der Gesellschaft und Herrn Dr. Podesser ein entsprechender Vorstands-Dienstvertrag abgeschlossen, der am 1. April 2007 ergänzt wurde. Dieser Dienstvertrag hat ebenfalls eine Laufzeit bis zum Ablauf der Amtszeit von Herrn Dr. Podesser, also bis zum 31. Oktober 2009. Aufgrund dieser Verträge und der vorgenommenen Vergütungsanpassungen (Stand: 1. April 2007) erhalten die Vorstandsmitglieder eine feste jährliche Vergütung von EUR 210.000,00 (Herr Dr. Müller) bzw. EUR 290.000,00 (Herr Dr. Podesser). Ferner erhalten Herr Dr. Müller und Herr Dr. Podesser im Falle des Erreichens bestimmter Erfolgsziele jährlich eine variable Vergütung (erfolgsabhängiger Bonus). Einzelheiten des erfolgsabhängigen Bonus werden in einer separaten Vereinbarung geregelt. Die variable Vergütung von Herrn Dr. Müller beträgt bis zu EUR 50.000,00, während der erfolgsabhängige Bonus von Herrn Dr. Podesser bis zu EUR 100.000,00 betragen kann. Zusätzlich stellt die Gesellschaft beiden Vorständen jeweils einen Dienstwagen zur Verfügung. Die Gesellschaft übernimmt für Herrn Dr. Podesser und Herrn Dr. Müller die Prämien für eine Unfall-, Pensions- und Lebensversicherung bis zu einem Höchstbetrag von jeweils EUR 10.000,00 jährlich und hat für beide Vorstandsmitglieder Directors & Officers Haftpflichtversicherungen abgeschlossen.

Im Geschäftsjahr 2006 beliefen sich die Gesamtbezüge (einschließlich Bonuszahlungen) des Vorstandsmitglieds Dr. Jens Müller auf EUR 155.358,31, des Vorstandsmitgliedes Dr. Peter Podesser auf EUR 43.333,34.

Die nachfolgende Tabelle fasst die im Geschäftsjahr 2006 von der Gesellschaft an die Mitglieder des Vorstands ausbezahlte Vergütung zusammen:

<u>2006</u>	<u>Gehalt</u>	<u>Bonus für 2005</u>	<u>TOTAL</u>	<u>Firmenwagen</u>	<u>TOTAL</u>
Dr. Jens Müller	140.358,31	15.000,00	155.358,31	5.911,66	161.269,97
Dr. Peter Podesser	43.333,34	-	43.333,34	1.007,40	44.340,74

Für einen Zeitraum von zwölf Monaten nach Beendigung der Anstellung bei der Gesellschaft (Karenzzeit) dürfen Herr Dr. Müller sowie Herr Dr. Podesser weder unmittelbar noch mittelbar in Wettbewerb zur Gesellschaft und mit ihr verbundener Unternehmen treten, insbesondere sich weder auf eigene Rechnung noch als Eigentümer, Manager, Gesellschafter, Berater, Direktor, Vertreter oder Angestellter eines Unternehmens an der Entwicklung oder am Vertrieb von Waren und Dienstleistungen beteiligen, die mit Waren oder Dienstleistungen konkurrieren, die von der Gesellschaft oder den mit ihr verbundenen Unternehmen geliefert werden oder geliefert werden sollen. Für die Dauer des nachvertraglichen Wettbewerbsverbots verpflichtet sich die Gesellschaft, an den jeweiligen Vorstand eine Karenzentschädigung in Höhe von 50% seiner im Vorjahr bezogenen Vergütung (d.h. 50% des im Vorjahr bezogenen Grundgehalts sowie der variablen Vergütung) zu zahlen. Auf diese Entschädigung sind Einkünfte anzurechnen, welche der Vorstand während der Dauer des nachvertraglichen Wettbewerbsverbots aus selbständiger, unselbständiger oder sonstiger Tätigkeit erzielt oder zu unterzielen böswillig unterlässt. Unter den anzurechnenden Verdienst fällt auch ein etwaiges vom Vorstand bezogenes Arbeitslosengeld. Die Gesellschaft kann vor Ablauf des jeweiligen Vorstandsvertrages auf die Einhaltung des Wettbewerbsverbotes verzichten.

ten. In diesem Fall endet mit Ablauf von sechs Monaten nach Erklärung des Verzichts die Verpflichtung zur Zahlung der Karenzentschädigung. Im Falle einer außerordentlichen Kündigung aus wichtigem Grund steht dem kündigungsberechtigten Vertragsteil das Recht zu, innerhalb eines Monats nach Ausspruch der außerordentlichen Kündigung durch schriftliche Erklärung gegenüber dem anderen Teil das Wettbewerbsverbots aufzuheben. In diesem Falle besteht ab Zugang der Erklärung kein Anspruch auf Zahlung der Karenzentschädigung.

Herr Bots hat sein Amt mit Ablauf des 15. August 2006 niedergelegt, nachdem sein Anstellungs- und Vorstandsmandat zunächst ausgelaufen und nur zur Überbrückung verlängert worden waren. Für mögliche Karenzentschädigungen hat die Gesellschaft in I. Q. 2007 eine Rückstellung in Höhe von EUR 138.750 gebildet. Zur Abgeltung von Karenzansprüchen ist an Herrn Bots in II. Q. 2007 eine einmalige Zahlung in Höhe von EUR 70.000,00 geleistet worden.

Herr Dr. Stefener hat sich im September 2005 nach fünfeinhalbjähriger Tätigkeit als Geschäftsführer bzw. Vorstand der Gesellschaft mit dem Aufsichtsrat geeinigt, sein Vorstandsmandat vorzeitig zum 30. September 2005 unter Fortzahlung der ihm nach dem bestehenden Anstellungsvertrag zustehenden Bezüge in Höhe von EUR 115.000,00 unter Anrechnung etwaiger anderer Bezüge, niederzulegen und die Gesellschaft weiter als Aufsichtsrat zu begleiten. Herr Dr. Stefener ist seit der Unterzeichnung des Aufhebungsvertrages am 23. September 2005 von jeglicher Vorstands- und/ oder anderer Tätigkeit freigestellt. Seit dem 23. September 2005 ist Herr Dr. Stefener nicht mehr berechtigt, Aktienoptionen der Gesellschaft zu erhalten.

Die Vorstandsverträge sehen keine Vergünstigungen bei Beendigung des Dienstleistungsverhältnisses vor.

Aktienbesitz und Optionsrechte der Vorstandsmitglieder

Das Vorstandsmitglied Dr. Jens Müller hält derzeit noch 6.462 Optionsrechte nach dem ESOP, die nach Maßgabe der Bedingungen des ESOP (siehe hierzu „Beschreibung der Geschäftstätigkeit — Mitarbeiter — Aktienoptionsprogramm“) noch ausübbar sind. Daneben hatte die Gesellschaft Herrn Dr. Jens Müller mit Verträgen vom 1. Juli 2005 und vom 29. März 2006 das Recht eingeräumt, zur Zeichnung von bis zu 1.186 Aktien aus dem genehmigten Kapital I und bis zu 10.674 Aktien aus dem genehmigten Kapital II zugelassen zu werden (im Abschnitt *Finanzteil* werden diese Rechte als „Tranche 5“ bezeichnet). Diese Vereinbarung ist aufgehoben worden; die genehmigten Kapitalien I und III wurden durch Beschluss der Hauptversammlung der Gesellschaft vom 2. April 2007 aufgehoben. Für weitere Informationen siehe „Darstellung und Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage — Sondereinflüsse im 1. Quartal 2007 — Ablösung der Aktienoptionen.“.

Übersicht des Aktien- und Optionsbesitzes der Vorstandsmitglieder

<u>Name</u>	<u>Aktien</u>	<u>Optionsrechte</u>
Dr. Jens Müller	46.604 ¹⁾	6.462 (ESOP)
Dr. Peter Podesser	0	0 ²⁾

1) Unter Berücksichtigung der Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln

2) Herr Dr. Stefener hat der PP Beteiligungs- und Vermögensverwaltungs GmbH, mit Sitz in Simbach am Inn, deren alleiniger Gesellschafter Herr Dr. Podesser ist, das Recht eingeräumt, bis zum Ablauf des Tages des erstmaligen amtlichen Handels von Aktien der Gesellschaft an einer in- oder ausländischen Börse, längstens bis zum 31. Oktober 2009, 24:00 Uhr, bis zu 224.000 Aktien (unter Berücksichtigung der Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln) aus seinem Bestand zu einem Preis von EUR 63,00 je Aktie (vor Durchführung der von der Hauptversammlung am 2. April 2007 beschlossenen Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln) bzw. zu EUR 15,75 (nach Durchführung der von der Hauptversammlung am 2. April 2007 beschlossenen Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln) zu erwerben. Der Kaufpreis ist, bei Erreichung bestimmter Kurse am ersten Tag des amtlichen Handels der Aktien, anzupassen. Dr. Podesser als Geschäftsführer der PP Beteiligungs- und Vermögensverwaltungs GmbH beabsichtigt, von diesem Recht in vollem Umfang Gebrauch zu machen. Zur Finanzierung des Kaufpreises wird die PP Beteiligungs- und Vermögensverwaltungs GmbH voraussichtlich bis zu 112.000 Aktien (unter Berücksichtigung der Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln) im Rahmen des Angebots veräußern, d.h. nach Durchführung der Transaktion voraussichtlich mit mindestens 112.000 Aktien (unter Berücksichtigung der Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln) an der Gesellschaft beteiligt sein.

Aufsichtsrat

Einführung

Der Aufsichtsrat besteht gemäß der Satzung der Gesellschaft sowie der §§ 95 und 96 AktG aus sechs Mitgliedern, die von den Aktionären in der Hauptversammlung gewählt werden. Mitglied des Aufsichtsrats kann nach der Satzung kein ehemaliges Vorstandsmitglied der Gesellschaft werden, wenn bereits zwei Aufsichtsratsmitglieder ehemalige Mitglieder des Vorstands sind. Aufsichtsratsmitglied kann ferner nicht sein, wer dem Vorstand einer börsennotierten Gesellschaft angehört und bereits fünf Aufsichtsratsmandate in konzernexternen

börsennotierten Gesellschaften wahrnimmt oder Organfunktionen oder Beratungsaufgaben bei wesentlichen Wettbewerbern der Gesellschaft ausübt. § 100 Abs. 4 AktG bleibt unberührt. Bei Vorschlägen der Verwaltung zur Wahl von Mitgliedern des Aufsichtsrats soll nach der Satzung darauf geachtet werden, dass dem Aufsichtsrat jederzeit eine ausreichende Zahl unabhängiger Mitglieder angehören, die über die zur ordnungsgemäßen Wahrnehmung der Aufgaben erforderlichen Kenntnisse, Fähigkeiten und fachlichen Erfahrungen verfügen. Die Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat sieht weiterhin vor, bei Wahlvorschlägen eine Altersgrenze für Aufsichtsratsmitglieder von in der Regel 68 Jahren zu berücksichtigen.

Soweit die Hauptversammlung keinen kürzeren Zeitraum beschließt, erfolgt die Wahl der Aufsichtsratsmitglieder und der Ersatzmitglieder längstens für die Zeit bis zur Beendigung der ordentlichen Hauptversammlung, die über die Entlastung für das vierte Geschäftsjahr nach dem Beginn der Amtszeit beschließt. Hierbei wird das Geschäftsjahr, in dem die Amtszeit beginnt, nicht mitgerechnet. Die Wahl des Nachfolgers eines vor Ablauf der Amtszeit ausgeschiedenen Mitglieds erfolgt für den Rest der Amtszeit des ausgeschiedenen Mitglieds, soweit die Hauptversammlung die Amtszeit des Nachfolgers nicht abweichend bestimmt. Eine Wiederwahl ist möglich.

Die von der Hauptversammlung gewählten Aufsichtsratsmitglieder können durch Beschluss der Hauptversammlung, der mit einer Mehrheit von drei Vierteln der abgegebenen Stimmen gefasst werden muss, abberufen werden. Nach der Satzung kann jedes Mitglied des Aufsichtsrats sein Amt jederzeit auch ohne wichtigen Grund mit einer Frist von einem Monat durch schriftliche Erklärung gegenüber dem Vorstand unter Benachrichtigung des Vorsitzenden des Aufsichtsrates zum Monatsende niederlegen. Das Recht zur Amtsniederlegung aus wichtigem Grund bleibt davon unberührt.

Die Hauptversammlung kann Ersatzmitglieder für ein oder mehrere Aufsichtsratsmitglied(er) bestimmen, die im Einklang mit bestimmten Festlegungen der Hauptversammlung Mitglieder des Aufsichtsrates werden können, sollte eines der gewählten Aufsichtsratsmitglieder vor Ablauf seiner Amtszeit ausscheiden. Das Amt des nachgerückten Ersatzmitglieds endet spätestens mit Ablauf der Amtszeit des ausgeschiedenen Aufsichtsratsmitglieds.

Der Aufsichtsrat bestimmt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und einen Stellvertreter. Scheidet der Vorsitzende oder sein Stellvertreter vor dem Ende der Amtszeit aus seinem Amt aus, so hat der Aufsichtsrat unverzüglich eine Neuwahl für die restliche Amtszeit des Ausgeschiedenen durchzuführen.

Der Aufsichtsrat ist berechtigt, im Rahmen der zwingenden gesetzlichen Vorschriften und der Bestimmungen der Satzung eine eigene Geschäftsordnung festzusetzen und aus seiner Mitte Ausschüsse zu bilden. Die Geschäftsordnung des Aufsichtsrates datiert vom 27. März 2007. Derzeit hat der Aufsichtsrat einen Prüfungs- und einen Personalausschuss gebildet.

Der Aufsichtsrat ist befugt, Änderungen der Satzung, die nur deren Fassung betreffen, zu beschließen.

Der Aufsichtsrat muss zwei Sitzungen im Kalenderhalbjahr abhalten.

Die Sitzungen des Aufsichtsrats werden durch den Vorsitzenden des Aufsichtsrats mit einer Frist von vierzehn Tagen einberufen. Bei der Berechnung der Frist werden der Tag der Absendung der Einladung und der Tag der Sitzung nicht mitgerechnet. In dringenden Fällen kann der Vorsitzende die Frist abkürzen und auch mündlich, fernmündlich, telegrafisch oder per elektronischer Post (E-Mail) einberufen. Nach der Satzung ist der Aufsichtsrat beschlussfähig, wenn alle Mitglieder unter der zuletzt bekannt gegebenen Anschrift eingeladen sind und zwei Drittel seiner Mitglieder an der Sitzung teilnehmen. Abwesende Mitglieder können nach Maßgabe von § 108 Abs. 3 AktG an der Abstimmung teilnehmen. Soweit nicht das Gesetz oder die Satzung etwas anderes vorschreibt, beschließt der Aufsichtsrat mit der einfachen Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Stimmenthaltungen werden als Nein-Stimmen gewertet. Schriftliche, telefonische, fernschriftliche oder mit Hilfe sonstiger Mittel der Telekommunikation durchgeführte Sitzungen und Beschlussfassungen sind zulässig, wenn der Aufsichtsratsvorsitzende dies für den Einzelfall bestimmt und ihnen kein Mitglied widerspricht. Die durch solche Stimmabgabe gefassten Beschlüsse sind nachträglich schriftlich zu bestätigen.

Mitglieder des Aufsichtsrats

Die derzeitigen Mitglieder des Aufsichtsrats der Gesellschaft und deren Mandate während der letzten fünf Jahre in Verwaltungs-, Management- und Aufsichtsorganen außerhalb der Gesellschaft sind in der folgenden Übersicht aufgeführt. Sofern nicht jeweils nachfolgend gegenteilig angegeben, bestehen diese Mandate weiter fort.

<u>Name</u>	<u>Erstmalige Bestellung und Ablauf der Amtszeit</u>	<u>Tätigkeit außerhalb der Gesellschaft</u>
Rüdiger C. Olschowy . . .	1. Juli 2003 bis zur Hauptversammlung 2012	<ul style="list-style-type: none">- Gesellschafter und Geschäftsführer der Buchanan Industrial Technologies GmbH, Unterhaching (seit 2004);- BIT Verwaltungs GmbH, Unterhaching (seit 2004)- BIT Treuhand GmbH, Unterhaching (seit 2004)- Gesellschafter und Geschäftsführer der BIT Holdings GmbH, Unterhaching (seit 1991)- Vorstand und Aktionär der PRICAP Venture Partners AG, Hamburg (2000-2004);- Beirat der NIKA GmbH, Frankfurt (1996-2006),- Beirat der thinXXS GmbH, Zweibrücken (2001-2006).
Wolfgang J. Biedermann	1. Juli 2003 bis zur Hauptversammlung 2012	<ul style="list-style-type: none">- Mitglied des Beirats der imtc innovative medical technology center GmbH, Hamburg (2000-2004)- Mitglied des Beirats der NIKA GmbH, Frankfurt (2005-2006);- Beiratsvorsitzender der Steganos GmbH (DEMCOM GmbH), Frankfurt (seit 2005);- Geschäftsführer der GAM GmbH Management Consulting, Hamburg (seit 2004);- Geschäftsführer der Lampito Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH, Hamburg (seit 2001);- Geschäftsführender Gesellschafter der MaWoBi Beteiligungs GmbH, Hamburg (seit 2000);- (Allein-)Vorstand der PRICAP Venture Partners AG, Hamburg (seit 2000);- Mitglied des Aufsichtsrats der Extr@com AG, München (1999-2003);- Mitglied des Aufsichtsrats der NEWMEX Holding GmbH, Hamburg (seit 2000);- Mitglied des Aufsichtsrats (stellv. Vorsitzender) der PACT XPP Technologies AG, München (seit 2001);- Mitglied des Aufsichtsrats (stellv. Vorsitzender) der Schöps AG, Wien (1996-2002);- Aufsichtsratsvorsitzender der Köhler & Krenzer Fashion AG, Ehrenberg-Rhön (2000-2002);- Aufsichtsratsvorsitzender der Scorpion Technologies AG, Hamburg (seit 2002);- Aufsichtsratsvorsitzender der thinXXS Microtechnology AG, Zweibrücken (seit 2005);- Aufsichtsratsvorsitzender der UMS United Medical Systems International AG, Hamburg (seit 2003);- Non-Executive Board Member der Flomerics Group, PLC, London UK (seit 2006).
Achim Lederle	1. Juli 2003 bis zur Hauptversammlung 2012	<ul style="list-style-type: none">- Mitglied des Aufsichtsrats der DocMorris N.V., Herleen, Niederlande;- Mitglied des Beirats der wmw e-commerce international GmbH, Hamburg;

<u>Name</u>	<u>Erstmalige Bestellung und Ablauf der Amtszeit</u>	<u>Tätigkeit außerhalb der Gesellschaft</u>
		<ul style="list-style-type: none"> - Mitglied des Gesellschafterausschusses der Enocean GmbH, Oberhaching; - Mitglied des Aufsichtsrats der Abaxx AG, Stuttgart; - Mitglied des Gesellschafterausschusses der Human Solutions GmbH, Kaiserslautern; - Mitglied des Beirats der Digital Imaging Systems GmbH, Kirchheim/Tech; - Ehemaliges Mitglied des Aufsichtsrats der Dtms Deutsche Telefon Marketing Services AG, Mainz (beendet); - Ehemaliges Mitglied des Aufsichtsrats der NXN Software AG, München (beendet).
Jakob Hinrich Leverkus . .	1. Oktober 2002 bis zur Hauptversammlung 2012	<ul style="list-style-type: none"> - Geschäftsführender Gesellschafter der IAB Industriefaufbaugesellschaft und der 2. IAB Industriefaufbaugesellschaft (Besitzgesellschaften Hydraulik Nord), Ludwigslust (seit 1993); - Geschäftsführender Gesellschafter der Leverkus GmbH & Co. KG, Hamburg (seit 2006); - Mitglied des Verwaltungsrats der Leverkus & Co. KG, Hamburg (1986-2006); - Mitglied des Verwaltungsrats der Stiftung „Das Rauhe Haus“, Hamburg (seit 1996); - Mitglied des Beirats der Drewsen Spezialpapiere GmbH & Co. KG, Lachendorf (seit 2001); - Mitglied des Beirats der Dinse GmbH, Hamburg (seit 2001); - Mitglied des Aufsichtsrats der Surteco AG, Buttenwiesen-Pfaffenhofen (seit 2005).
Dr. Manfred Stefener	1. November 2005 bis zur Hauptversammlung 2012	<ul style="list-style-type: none"> - Alleiniger Geschäftsführer der elcomax GmbH, München; - Alleiniger Gesellschafter und Geschäftsführer der Manfred Stefener Verwaltungs GmbH; - Alleiniger Gesellschafter und Geschäftsführer der Ecogen Holding GmbH, Die Manfred Stefener Verwaltungs GmbH ist darüber hinaus alleinige Komplementärin folgender Gesellschaften und Manfred Stefener ist jeweils der alleinige Kommanditist und Geschäftsführer: Clean Energy Consulting GmbH & Co. KG; Manfred Stefener GmbH & Co. KG.
Dr. Rolf Bartke	2. April 2007 bis zur Hauptversammlung 2012	<ul style="list-style-type: none"> - Vorsitzender des Aufsichtsrats der IWKA AG, Karlsruhe (seit 2005) - Mitglied des Beirats der Putsch GmbH & Co. KG, Kaiserslautern (seit 2004) - Mitglied des Beirats, College of Computing, Georgia Tech Atlanta, USA (seit 2007) - Mitglied des Vorstands der J & R Carter Partnership Foundation, Atlanta, USA (seit 2006) - Mitglied des Vorstandes (non-executive) der SORTIMO Noth America Inc., Atlanta, USA (seit 2007)

Die Mitglieder des Aufsichtsrats sind unter der Geschäftsadresse der Gesellschaft erreichbar. Es bestehen weder verwandtschaftliche Beziehungen zwischen den Mitgliedern des Aufsichtsrats noch zwischen Mitgliedern des Aufsichtsrats und Mitgliedern des Vorstands.

Die Verträge mit den Mitgliedern des Aufsichtsrats sehen keine Vergünstigungen bei Beendigung der jeweiligen Vertragsverhältnisse vor.

Ausschüsse

Der Aufsichtsrat kann aus seiner Mitte Ausschüsse für bestimmte Aufgabenkreise bilden. Aufgaben, Befugnisse und Verfahren der Ausschüsse bestimmt der Aufsichtsrat. Den Ausschüssen können, soweit gesetzlich zulässig, auch entscheidende Befugnisse des Aufsichtsrates übertragen werden. Die Ausschussvorsitzenden berichten regelmäßig an den Aufsichtsrat über die Arbeit der Ausschüsse. Derzeit besteht ein Prüfungsausschuss und ein Personalausschuss.

Vergütung

Die Mitglieder des Aufsichtsrates haben Anspruch auf Ersatz der ihnen in Ausübung ihrer Aufsichtsrats Tätigkeit entstandenen baren Auslagen, zu denen auch die auf ihre Auslagen entfallende Umsatzsteuer zu rechnen ist sowie auf Einbeziehung in die von der Gesellschaft für ihre Organe abgeschlossene D&O-Haftpflichtversicherung. Daneben erhalten sie eine feste, nach Ablauf des Geschäftsjahres zahlbare Vergütung, die für das einzelne Mitglied EUR 20.000,00 beträgt. Der Aufsichtsratsvorsitzende erhält das Zweifache, sein Stellvertreter das Eineinhalbfache dieser Vergütung. Darüber hinaus erhält jedes Aufsichtsratsmitglied für jeden Vorsitz in einem Ausschuss des Aufsichtsrates eine zusätzliche jährliche Vergütung von EUR 5.000,00 und für jede Mitgliedschaft in einem Ausschuss des Aufsichtsrates eine zusätzliche jährliche Vergütung von EUR 2.500,00. Daneben erhält jedes Mitglied eine variable Vergütung von EUR 100,00 für jede EUR 0,01 ausgeschüttete Dividende je Aktie, die den Betrag von EUR 1,00 Dividende je Aktie übersteigt.

Die Vergütung des Aufsichtsratsmitglieds Herrn Achim Lederle wird nicht von Herrn Lederle selbst, sondern von dessen Arbeitgeber, der 3i Deutschland Gesellschaft für Industriebeteiligungen mbH vereinnahmt.

Aktienbesitz und Optionsrechte der Aufsichtsratsmitglieder

Übersicht des Aktien- und Optionsbesitzes der Aufsichtsratsmitglieder

<u>Name</u>	<u>Aktien¹⁾</u>	<u>Optionsrechte</u>
Dr. Manfred Stefener	1.591.876	0
Jakob-Hinrich Leverkus	7.200	0

1) Unter Berücksichtigung der Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln.

Bestimmte Informationen über Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder

In den letzten fünf Jahren ist kein Mitglied des Vorstandes oder des Aufsichtsrats einer betrügerischen Straftat schuldig gesprochen worden. Ebenso wenig kam es zu öffentlichen Anschuldigungen und/oder Sanktionen in Bezug auf Mitglieder des Vorstandes oder des Aufsichtsrats von Seiten der gesetzlichen Behörden oder der Regulierungsbehörden (einschließlich Berufsverbänden). Kein Mitglied des Vorstandes oder des Aufsichtsrats ist jemals von einem Gericht für die Mitgliedschaft in einem Verwaltungs-, Geschäftsführungs-, Management- oder Aufsichtsorgan einer Gesellschaft oder für die Tätigkeit im Management oder der Führung der Geschäfte eines Emittenten während der letzten fünf Jahre als untauglich angesehen worden.

Zwischen den Mitgliedern des Vorstandes oder des Aufsichtsrats bestehen keine verwandtschaftlichen Beziehungen.

In den letzten fünf Jahren waren die Mitglieder des Vorstandes oder des Aufsichtsrats im Rahmen der Tätigkeit als Mitglied eines Verwaltungs-, Geschäftsführungs-, Management- oder Aufsichtsorgans oder als

Gründer eines Emittenten nur von den im Folgenden aufgelisteten Insolvenzen, Insolvenzverwaltungen oder Liquidationen betroffen:

Wolfgang J. Biedermann	Aufsichtsratsmitglied der Extr@com AG	Eröffnung des Insolvenzverfahrens am 1. Dezember 2003
Wolfgang J. Biedermann	Aufsichtsratsvorsitzender der Scorpion Technologies AG, Hamburg	Eröffnung des Insolvenzverfahrens: 1. Juni 2006

Hinsichtlich potenzieller Interessenkonflikte zwischen den Verpflichtungen der Mitglieder des Vorstands oder des Aufsichtsrats gegenüber der Gesellschaft und ihren privaten Interessen oder anderweitigen Verpflichtungen ist darauf hinzuweisen, dass die Vorstandsmitglieder auch nach dem Angebot an der Gesellschaft beteiligt sein werden. Ferner könnte sich ein Interessenkonflikt daraus ergeben, dass die elcomax GmbH, München, deren alleiniger Geschäftsführer und Mehrheitsgesellschafter das Aufsichtsratsmitglied Dr. Manfred Stefener ist, angekündigt hat, ein Zulieferer und Kooperationspartner der Gesellschaft werden zu wollen.

Die Interessen der abgebenden Aktionäre können von den Interessen der sonstigen Aktionäre abweichen. Vergleiche dazu auch „Risikofaktoren — Risiken im Zusammenhang mit dem Angebot und der Aktionärsstruktur — Die bisherigen Aktionäre, deren Interessen von denen anderer Aktionäre abweichen können, können auch nach Durchführung des Angebots einen erheblichen Einfluss auf die Gesellschaft ausüben“. Außer den hier sowie den unter „Geschäfte und Rechtsbeziehungen mit nahe stehenden Personen“ genannten Interessenkonflikten bestehen keine weiteren Konflikte solcher Art.

Mit Ausnahme der in den Abschnitten „Geschäfte mit nahestehenden Personen“ und „Gründe für das Angebot und Verwendung des Emissionserlöses — Interessen Dritter an der Emission“ beschriebenen Geschäfte und Rechtsverhältnisse bestehen keine sonstigen wesentlichen Geschäfte, Rechtsbeziehungen oder anderweitigen Interessenkonflikte im Verhältnis zwischen der Gesellschaft, den Mitgliedern des Vorstands und des Aufsichtsrats oder deren Ehepartnern und Verwandten ersten Grades. Die Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder stehen in keiner verwandtschaftlichen Beziehung zueinander.

Die Gesellschaft hat sich zu den Informationen über die Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder in diesem Abschnitt vom jeweiligen Sachverhalt durch schriftliche Befragung der Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder Kenntnis verschafft.

Hauptversammlung

Die ordentliche Hauptversammlung findet nach Maßgabe der Satzung innerhalb der ersten acht Monate eines jeden Geschäftsjahres am Sitz der Gesellschaft oder an einem deutschen Börsenplatz statt.

Aktionäre, die an der Hauptversammlung teilnehmen und das Stimmrecht ausüben wollen, müssen sich vor der Versammlung in Textform in deutscher oder englischer Sprache anmelden. Die Anmeldung muss der Gesellschaft spätestens am siebten Tage vor der Hauptversammlung zugehen. Fällt das Ende der Frist auf einen Sonntag, einen am Sitz der Gesellschaft gesetzlich anerkannten Feiertag oder einen Sonnabend, so tritt an die Stelle dieses Tages der zeitlich vorhergehende Werktag.

Die Aktionäre müssen außerdem ihre Berechtigung zur Teilnahme an der Hauptversammlung nachweisen. Dazu ist ein in Textform in deutscher oder englischer Sprache erstellter Nachweis des Anteilsbesitzers auf den Beginn des einundzwanzigsten Tages vor der Versammlung durch das depotführende Kreditinstitut oder Finanzdienstleistungsinstitut erforderlich. Er muss der Gesellschaft spätestens am siebten Tag vor der Versammlung zugehen.

Das Stimmrecht kann durch einen Bevollmächtigten ausgeübt werden.

Beschlüsse der Hauptversammlung werden mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen und, soweit eine Kapitalmehrheit erforderlich ist, mit einfacher Mehrheit des vertretenen Grundkapitals gefasst, soweit nicht nach zwingenden gesetzlichen Vorschriften oder der Satzung eine größere Mehrheit erforderlich ist; gemäß der Satzung bedarf der Beschluss über die Auflösung der Gesellschaft einer Mehrheit von 80 % des gesamten stimmberechtigten Grundkapitals der Gesellschaft. Im Fall der Stimmgleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt. Stimmenthaltung gilt nicht als Stimmabgabe. Wird bei einer Wahl im ersten Wahlgang eine einfache Stimmenmehrheit nicht erreicht, so findet eine engere Wahl statt. Ist die höchste Stimmzahl zwei oder mehr Personen zugefallen, findet eine Stichwahl zwischen den beiden Personen statt, die die höchsten Stimmzahlen erhalten haben. Bei gleicher Stimmzahl im zweiten Wahlgang entscheidet das Los.

Nach dem derzeit geltenden Aktiengesetz erfordern Beschlüsse von grundlegender Bedeutung neben der Mehrheit der abgegebenen Stimmen auch eine Mehrheit von mindestens drei Vierteln des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals. Zu diesen Beschlüssen mit grundlegender Bedeutung gehören insbesondere:

- Satzungsänderungen;
- Kapitalerhöhungen;
- Kapitalherabsetzungen;
- die Schaffung von genehmigtem oder bedingtem Kapital;
- Umwandlungen nach dem Umwandlungsgesetz (Verschmelzung, Spaltung, Vermögensübertragung und Formwechsel);
- die Verpflichtung zur Übertragung des gesamten Vermögens der Gesellschaft nach § 179a AktG;
- der Abschluss von Unternehmensverträgen (wie zum Beispiel Beherrschungs- und Ergebnisabführungsverträge); sowie
- die Auflösung der Gesellschaft; nach der Satzung bedarf der Beschluss über die Auflösung der Gesellschaft einer Mehrheit von 80 % des gesamten stimmberechtigten Grundkapitals der Gesellschaft

Die Einberufung der Hauptversammlung kann durch den Vorstand, durch den Aufsichtsrat oder, unter bestimmten Umständen, durch Aktionäre, deren Anteile zusammen 5 % des Grundkapitals erreichen, veranlasst werden. Sofern das Wohl der Gesellschaft es erfordert, hat der Aufsichtsrat eine Hauptversammlung einzuberufen. Die jährliche ordentliche Hauptversammlung findet innerhalb der ersten acht Monate jedes Geschäftsjahres statt.

Die Einberufung der Hauptversammlung ist, soweit gesetzlich keine kürzere Frist zulässig ist, mit einer Frist von mindestens dreißig Tage vor dem Tag, bis zu dessen Ablauf die Aktionäre sich zur Hauptversammlung anmelden müssen, unter Angabe der Tagesordnung im elektronischen Bundesanzeiger bekannt zu machen.

Weder das deutsche Recht noch die Satzung der Gesellschaft beschränken das Recht von nicht in Deutschland ansässigen oder ausländischen Inhabern von Aktien, die Aktien zu halten oder die mit ihnen verbundenen Stimmrechte auszuüben.

Corporate Governance Kodex

Der im Februar 2002 verabschiedete Deutsche Corporate Governance Kodex in der derzeit geltenden Fassung vom 12. Juni 2006 beinhaltet Empfehlungen und Anregungen zur Leitung und Überwachung deutscher börsennotierter Gesellschaften in Bezug auf Aktionäre und Hauptversammlung, Vorstand und Aufsichtsrat, Transparenz, Rechnungslegung und Abschlussprüfung. Es besteht keine Pflicht, den Empfehlungen oder Anregungen des Kodex zu entsprechen. Das deutsche Aktienrecht verpflichtet den Vorstand und Aufsichtsrat einer börsennotierten Gesellschaft lediglich, jährlich zu erklären, welchen Empfehlungen entsprochen wurde und wird oder welche Empfehlungen nicht angewendet wurden oder werden. Diese Erklärung ist den Aktionären dauerhaft zugänglich zu machen. Von den im Kodex enthaltenen Anregungen kann dagegen ohne Offenlegung abgewichen werden.

Die Gesellschaft wird ihrer mit der Börsennotierung entstehenden Verpflichtung, eine entsprechende Erklärung nach § 161 AktG im Laufe des gegenwärtigen Geschäftsjahres abzugeben, zu veröffentlichen und den Aktionären dauerhaft zugänglich zu machen, vollumfänglich nachkommen. Vorstand und Aufsichtsrat der Gesellschaft identifizieren sich mit den Zielen des Kodex, eine verantwortungsvolle, transparente und auf nachhaltige Steigerung des Unternehmenswertes gerichtete Unternehmensführung und -kontrolle zu fördern. Die Gesellschaft beabsichtigt daher, in ihrer Erklärung nach § 161 AktG zu dokumentieren, dass sie den Empfehlungen des Kodex weitgehend folgt.

Zum Zeitpunkt der Prospektbilligung wird den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex mit folgenden Abweichungen entsprochen:

Gemäß Ziffer 3.8 soll für den Fall, dass die Gesellschaft für den Vorstand und den Aufsichtsrat eine D&O-Versicherung abgeschlossen hat, ist ein angemessener Selbstbehalt vereinbart werden.

Die bestehende D&O Versicherung wurde ohne Vereinbarung eines Selbstbehaltes abgeschlossen. Nach Auffassung der Gesellschaft sollte eine D&O Versicherung eine vollständige und umfassende Absicherung eines

eventuell eintretenden Risikos bieten, weshalb sie keinen Selbstbehalt für Vorstände und Aufsichtsräte einführen wird.

Gemäß Ziffer 4.2 soll bei der Zusammensetzung und Vergütung des Vorstandes eine nachträgliche Änderung der Erfolgsziele oder Vergleichsparameter ausgeschlossen sein. Zudem soll für außerordentliche, nicht vorhergesehene Entwicklungen eine Begrenzungsmöglichkeit (Cap) vereinbart werden.

Im Falle nicht vorhergesehener Entwicklungen können sich unter Umständen einmal festgelegte Vergleichsparameter als unangemessen herausstellen, weshalb kein kategorischer Ausschluss erklärt wird. Der Aufsichtsrat wird von etwaigen nachträglichen Änderungen nur in begründeten Ausnahmefällen Gebrauch machen. Um den Vorständen zu ermöglichen, im Falle außergewöhnlich erfolgreicher Arbeit — relativ zu einem festgelegten Vergleichsmaßstab — angemessen an den geschaffenen Werten zu partizipieren, wird kein Cap vereinbart.

BESTEuerung IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Dieser Abschnitt enthält eine kurze Zusammenfassung einiger wichtiger deutscher Besteuerungsgrundsätze, die im Zusammenhang mit dem Erwerb, dem Halten oder der Übertragung von Aktien und Bezugsrechten bedeutsam sind oder werden können. Es handelt sich dabei nicht um eine umfassende und vollständige Darstellung sämtlicher steuerlicher Aspekte, die für Aktionäre relevant sein können. Grundlage dieser Zusammenfassung ist das zur Zeit der Erstellung dieses Prospekts geltende nationale deutsche Steuerrecht sowie Bestimmungen der Doppelbesteuerungsabkommen, die derzeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und anderen Staaten abgeschlossen sind. In beiden Bereichen können sich Bestimmungen — unter Umständen auch rückwirkend — ändern.

Potentiellen Anlegern wird empfohlen, wegen der Steuerfolgen des Erwerbs, des Haltens sowie der Übertragung von Aktien und von Bezugsrechten und wegen des bei einer gegebenenfalls möglichen Erstattung deutscher Quellensteuer (Kapitalertragsteuer) einzuhaltenden Verfahrens ihre steuerlichen Berater zu konsultieren. Diese sind in der Lage, auch die besonderen steuerlichen Verhältnisse des einzelnen Aktionärs angemessen zu berücksichtigen.

Besteuerung der Gesellschaft

Deutsche Kapitalgesellschaften unterliegen mit ihrem Gewinn grundsätzlich der Körperschaftsteuer mit einem einheitlichen Satz von 25 % für ausgeschüttete und einbehaltene Gewinne zuzüglich eines Solidaritätszuschlags in Höhe von 5,5 % auf die Körperschaftsteuerschuld (insgesamt 26,375 %).

Dividenden oder andere Gewinnanteile, die die Gesellschaft von inländischen oder ausländischen Kapitalgesellschaften bezieht, sind grundsätzlich zu 95 % von der Körperschaftsteuer befreit, 5 % der jeweiligen Einnahmen gelten pauschal als nicht abziehbare Betriebsausgaben und unterliegen deshalb der Körperschaftsteuer (zuzüglich Solidaritätszuschlag). Gleiches gilt für Gewinne der Gesellschaft aus der Veräußerung von Anteilen an einer inländischen oder ausländischen Kapitalgesellschaft.

Zusätzlich unterliegen deutsche Kapitalgesellschaften mit ihrem in inländischen Betriebsstätten erzielten Gewerbeertrag der Gewerbesteuer. Die Höhe der Gewerbesteuer ist abhängig davon, in welcher Gemeinde die Gesellschaft Betriebsstätten unterhält. Die Gewerbesteuer beträgt in der Regel effektiv ca. 12 % bis 20 % des Gewerbeertrags, je nach Hebesatz der Gemeinde. Der Hebesatz der Gemeinde Brunenthal beträgt 330 %. Bei der Ermittlung des körperschaftsteuerpflichtigen Einkommens der Kapitalgesellschaft ist die Gewerbesteuer als Betriebsausgabe abzugsfähig.

Für Zwecke der Gewerbesteuer werden Gewinnanteile, die von Kapitalgesellschaften bezogen werden sowie Gewinne aus der Veräußerung von Anteilen an einer anderen Kapitalgesellschaft grundsätzlich in gleicher Weise behandelt wie für Zwecke der Körperschaftsteuer. Allerdings sind von inländischen und ausländischen Kapitalgesellschaften bezogene Gewinnanteile grundsätzlich nur dann zu 95 % von der Gewerbesteuer befreit, wenn die Gesellschaft zu Beginn des maßgeblichen Erhebungszeitraumes zu mindestens 10 % am Grund- oder Stammkapital der ausschüttenden Gesellschaft beteiligt war. Für Gewinnanteile, die von ausländischen Kapitalgesellschaften stammen, gelten zusätzliche Einschränkungen.

Steuerliche Verlustvorträge können nur bis zur Höhe von € 1,0 Mio. zum vollen Ausgleich eines körperschaftsteuerpflichtigen Einkommens bzw. des Gewerbeertrags herangezogen werden. Ein diesen Betrag übersteigender Gewinn bzw. Gewerbeertrag kann nur zu 60 % durch körperschaftsteuerliche bzw. gewerbesteuerliche Verlustvorträge gemindert werden. Die verbleibenden 40 % müssen versteuert werden (sog. Mindestbesteuerung). Nicht genutzte steuerliche Verlustvorträge können aber ohne zeitliche Beschränkung vorgetragen und im Rahmen der dargestellten Regelung von zukünftigen steuerpflichtigen Einkommen bzw. Gewerbeerträgen abgezogen werden.

Besteuerung der Aktionäre

Bei der Besteuerung der Aktionäre ist zu unterscheiden zwischen der Besteuerung im Zusammenhang mit dem Halten der Aktien (Besteuerung von Dividenden), der Veräußerung von Aktien oder Bezugsrechten (Besteuerung von Veräußerungsgewinnen) und der unentgeltlichen Übertragung von Aktien oder Bezugsrechten (Erb- und Schenkungsteuer).

Besteuerung von Dividenden

Kapitalertragsteuer

Die Gesellschaft hat grundsätzlich für Rechnung der Aktionäre von den von ihr ausgeschütteten Dividenden eine Quellensteuer (Kapitalertragsteuer) in Höhe von 20 % und einen auf die Kapitalertragsteuer erhobenen Solidaritätszuschlag in Höhe von 5,5 % (insgesamt 21,1 %) einzubehalten und abzuführen. Bemessungsgrundlage für die Kapitalertragsteuer ist die von der Hauptversammlung beschlossene Dividende.

Die Kapitalertragsteuer wird grundsätzlich unabhängig davon einbehalten, ob und in welchem Umfang die Dividende auf Ebene des Aktionärs von der Steuer befreit ist und ob es sich um einen im Inland oder im Ausland ansässigen Aktionär handelt.

Bei Dividenden, die an eine in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union ansässige Gesellschaft im Sinne der Anlage 2 zum Einkommensteuergesetz (Anmerkung: Anlage 2 zum Einkommensteuergesetz entspricht inhaltlich Art. 2 der so genannten Mutter-Tochter-Richtlinie (Richtlinie Nr. 90/435/EWG des Rates vom 23. Juli 1990)) ausgeschüttet werden, kann bei Vorliegen weiterer Voraussetzungen auf Antrag von einer Einbehaltung der Kapitalertragsteuer ganz abgesehen werden. Das gilt auch für Dividenden, die an eine in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union belegene Betriebsstätte einer solchen Muttergesellschaft oder an eine in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union belegene Betriebsstätte einer in Deutschland unbeschränkt steuerpflichtigen Muttergesellschaft ausgeschüttet werden.

Für Ausschüttungen an sonstige im Ausland ansässige Aktionäre wird der Kapitalertragsteuersatz, wenn Deutschland mit dem Ansässigkeitsstaat des Aktionärs ein Doppelbesteuerungsabkommen abgeschlossen hat und wenn der Aktionär seine Aktien weder im Vermögen einer Betriebsstätte oder festen Einrichtung in Deutschland noch in einem Betriebsvermögen, für das ein ständiger Vertreter in Deutschland bestellt ist, hält, nach Maßgabe des Doppelbesteuerungsabkommens ermäßigt. Die Kapitalertragsteuerermäßigung wird grundsätzlich in der Weise gewährt, dass die Differenz zwischen dem einbehaltenen Gesamtbetrag einschließlich des Solidaritätszuschlags und der unter der Anwendung des einschlägigen Doppelbesteuerungsabkommens tatsächlich geschuldeten Kapitalertragsteuer (häufig 15 %) auf Antrag durch die deutsche Finanzverwaltung (Bundeszentralamt für Steuern, Hauptdienstsz Bonn-Beuel, An der Kuppe 1, D-53225 Bonn) erstattet wird. In den USA ansässige Investoren erhalten in der Regel eine Erstattung des Differenzbetrags zwischen der einbehaltenen Kapitalertragsteuer (21,1 %) und dem nach dem mit den USA abgeschlossenen Doppelbesteuerungsabkommen anwendbaren Steuersatz (15 %). Formulare für das Erstattungsverfahren sind beim Bundeszentralamt für Steuern (<http://www.bzst.bund.de>) sowie bei den deutschen Botschaften und Konsulaten erhältlich.

Im Inland ansässige Aktionäre

Bei Aktionären (natürlichen Personen und Körperschaften), die in Deutschland unbeschränkt steuerpflichtig sind (in der Regel Personen, deren Wohnsitz, gewöhnlicher Aufenthalt, Sitz oder Ort der Geschäftsleitung sich in Deutschland befindet), wird die einbehaltene und abgeführte Kapitalertragsteuer (einschließlich Solidaritätszuschlag) auf die Einkommen- oder Körperschaftsteuerschuld angerechnet bzw. in Höhe eines etwaigen Überhanges erstattet.

Bei in Deutschland unbeschränkt steuerpflichtigen natürlichen Personen, die Aktien im Privatvermögen halten, gehört lediglich die Hälfte der Dividende zu den steuerpflichtigen Einkünften aus Kapitalvermögen (so genanntes Halbeinkünfteverfahren). Diese Hälfte der Dividenden unterliegt der progressiven Einkommensteuer bis zu einem Höchstsatz von derzeit 45 % zuzüglich 5,5 % Solidaritätszuschlag hierauf. Bei einem Höchstsatz von 45 % würde sich hierbei eine Gesamtbelastung auf der Ebene des Aktionärs von gerundet 47,475 % auf die Hälfte der Dividende ergeben. Aufwendungen, die mit solchen Dividenden in wirtschaftlichem Zusammenhang stehen, sind nur zur Hälfte steuerlich abzugsfähig.

Natürlichen Personen, die die Aktien im Privatvermögen halten, steht für ihre Einkünfte aus Kapitalvermögen insgesamt ein Sparer-Freibetrag in Höhe von derzeit € 750 (€ 1.500 für zusammen veranlagte Ehegatten) pro Kalenderjahr zu. Daneben wird eine Werbungskostenpauschale von € 51 (bzw. € 102 für zusammen veranlagte Ehegatten) gewährt, sofern keine höheren Werbungskosten nachgewiesen werden. Nur soweit der steuerpflichtige Teil der Dividenden und andere Einnahmen aus Kapitalvermögen nach (bei Dividenden hälftigem) Abzug der tatsächlichen Werbungskosten bzw. des Werbungskosten-Pauschbetrags diesen Sparer-Freibetrag übersteigen, sind sie steuerpflichtig.

Bei Aktien, die dem Betriebsvermögen eines Aktionärs zuzuordnen sind, richtet sich die Besteuerung danach, ob der Aktionär eine Körperschaft, eine natürliche Person oder eine Personengesellschaft (Mitunternehmerschaft) ist:

- (i) Ist der Aktionär eine im Inland ansässige Körperschaft, so sind die Dividenden — vorbehaltlich bestimmter Ausnahmen für Unternehmen des Finanz- und Versicherungssektors — grundsätzlich zu 95 % von der Körperschaftsteuer und dem Solidaritätszuschlag befreit. Eine Mindestbeteiligungsgrenze oder eine Mindesthaltezeit ist grundsätzlich nicht zu beachten. 5 % der Dividenden gelten pauschal als nicht abzugsfähige Betriebsausgaben und unterliegen daher der Körperschaftsteuer (zuzüglich Solidaritätszuschlag). Im Übrigen dürfen tatsächlich anfallende Betriebsausgaben, die mit den Dividenden in unmittelbarem Zusammenhang stehen, abgezogen werden. Die Dividenden unterliegen jedoch nach Abzug der mit ihnen in wirtschaftlichem Zusammenhang stehenden Betriebsausgaben in voller Höhe der Gewerbesteuer, es sei denn, die Körperschaft war zu Beginn des maßgeblichen Erhebungszeitraums zu mindestens 10 % am Grundkapital der Gesellschaft beteiligt. Im letztgenannten Fall unterliegen die Dividenden nicht der Gewerbesteuer; allerdings fällt auf den Betrag, der als nicht abzugsfähige Betriebsausgaben gilt (in Höhe von 5 % der Dividende), Gewerbesteuer an.
- (ii) Hält ein Einzelunternehmer die Aktien in seinem Betriebsvermögen, so unterliegen nur 50 % der Dividenden der progressiven Einkommensteuer zuzüglich Solidaritätszuschlag hierauf. Betriebsausgaben, die mit den Dividenden in wirtschaftlichem Zusammenhang stehen, sind lediglich zur Hälfte steuerlich abzugsfähig. Gehören die Aktien zu einer in Deutschland unterhaltenen Betriebsstätte eines Gewerbebetriebs des Aktionärs, so unterliegen die Dividendeneinkünfte (nach Abzug der mit ihnen in wirtschaftlichem Zusammenhang stehenden Betriebsausgaben) zusätzlich zur Einkommensteuer in voller Höhe der Gewerbesteuer, es sei denn, der Aktionär war zu Beginn des maßgeblichen Erhebungszeitraums zu mindestens 10 % am Grundkapital der Gesellschaft beteiligt. Die Gewerbesteuer ist grundsätzlich im Wege eines pauschalierten Anrechnungsverfahrens auf die persönliche Einkommensteuer des Aktionärs anrechenbar.
- (iii) Ist der Aktionär eine Personengesellschaft, so wird die Einkommen- bzw. Körperschaftsteuer nicht auf der Ebene der Personengesellschaft, sondern auf der Ebene des jeweiligen Gesellschafters erhoben. Die Besteuerung eines jeden Gesellschafters hängt davon ab, ob der Gesellschafter eine Körperschaft oder eine natürliche Person ist. Ist der Gesellschafter eine Körperschaft, so ist die Dividende grundsätzlich zu 95 % steuerfrei (siehe oben (i)). Ist der Gesellschafter eine natürliche Person, so unterliegt nur die Hälfte der Dividendenbezüge der Einkommensteuer (zuzüglich Solidaritätszuschlag) (siehe oben (ii)). Zusätzlich unterliegen die Dividenden bei Zurechnung der Aktien zu einer inländischen Betriebsstätte eines Gewerbebetriebs der Personengesellschaft bei dieser der Gewerbesteuer, und zwar grundsätzlich in voller Höhe. Wenn der Gesellschafter der Personengesellschaft eine natürliche Person ist, wird die von der Personengesellschaft gezahlte, auf seinen Anteil entfallende Gewerbesteuer grundsätzlich nach einem pauschalierten Verfahren auf seine persönliche Einkommensteuer angerechnet. War die Personengesellschaft zu Beginn des maßgeblichen Erhebungszeitraums zu mindestens 10 % am Grundkapital der Gesellschaft beteiligt, unterliegen die Dividenden nicht der Gewerbesteuer. Allerdings fällt in diesem Fall, soweit an der Personengesellschaft Körperschaften beteiligt sind, auf 5 % der Dividenden, die als nicht abzugsfähige Betriebsausgaben gelten, Gewerbesteuer an.

Im Ausland ansässige Aktionäre

Bei nicht in Deutschland ansässigen Aktionären (natürlichen Personen und Körperschaften), die ihre Aktien im Betriebsvermögen einer deutschen Betriebsstätte oder festen Einrichtung in Deutschland oder in einem Betriebsvermögen, für das ein ständiger Vertreter in Deutschland bestellt ist, halten, wird die einbehaltene und abgeführte Kapitalertragsteuer (einschließlich Solidaritätszuschlag) auf die Einkommen- oder Körperschaftsteuerschuld angerechnet bzw. in Höhe eines etwaigen Überhangs erstattet. In allen sonstigen Fällen ist eine etwaige deutsche Steuerschuld mit Einbehaltung der Kapitalertragsteuer abgegolten. Eine Ermäßigung der Kapitalertragsteuer im Wege der Erstattung findet nur in den oben unter „Kapitalertragsteuer“ beschriebenen Fällen statt.

Ist der Aktionär eine natürliche Person und gehören die Aktien zu einem Betriebsvermögen einer deutschen Betriebsstätte oder einer festen Einrichtung in Deutschland oder zu einem Betriebsvermögen, für das ein ständiger Vertreter in Deutschland bestellt ist, so unterliegen die Dividenden zur Hälfte der deutschen Einkommensteuer zuzüglich Solidaritätszuschlag. Gehören die Aktien zum Vermögen einer in Deutschland

unterhaltenen Betriebsstätte eines Gewerbebetriebes, so unterliegen die Dividenden nach Abzug der mit ihnen in wirtschaftlichem Zusammenhang stehenden Betriebsausgaben auch der Gewerbesteuer, und zwar in voller Höhe, es sei denn, der Aktionär war zu Beginn des maßgeblichen Erhebungszeitraums zu mindestens 10 % am Grundkapital der Gesellschaft beteiligt. Die Gewerbesteuer ist grundsätzlich im Wege eines pauschalierten Anrechnungsverfahrens auf die persönliche Einkommensteuer des Aktionärs anrechenbar.

Dividendenzahlungen an im Ausland ansässige Körperschaften sind grundsätzlich zu 95 % von der deutschen Körperschaftsteuer und dem Solidaritätszuschlag befreit, wenn die Aktien über eine Betriebsstätte oder über eine feste Einrichtung in Deutschland gehalten werden oder zu einem Betriebsvermögen gehören, für das in Deutschland ein ständiger Vertreter bestellt ist. 5 % der Dividenden gelten pauschal als nicht abziehbare Betriebsausgaben und unterliegen daher der Körperschaftsteuer zuzüglich Solidaritätszuschlag. Sofern die Aktien zum Betriebsvermögen einer inländischen Betriebsstätte gehören, unterliegen die Dividenden nach Abzug der mit ihnen in wirtschaftlichem Zusammenhang stehenden Betriebsausgaben zusätzlich der Gewerbesteuer in voller Höhe, es sei denn, die Körperschaft war zu Beginn des maßgeblichen Erhebungszeitraums zu mindestens 10 % am Grundkapital der Gesellschaft beteiligt. Allerdings fällt auch im letzteren Fall auf 5 % der Dividenden, die als nicht abzugsfähige Betriebsausgaben gelten, Gewerbesteuer an.

Für Dividendenzahlungen an Unternehmen des Finanz- und Versicherungssektors sowie an Pensionsfonds gelten von diesen Grundsätzen abweichende Sonderregeln, die weiter unten beschrieben sind.

Besteuerung von Veräußerungsgewinnen

Im Inland ansässige Aktionäre

Ein Gewinn aus der Veräußerung von Aktien oder Bezugsrechten durch eine in Deutschland unbeschränkt steuerpflichtige natürliche Person, die die Aktien in ihrem Privatvermögen hält, unterliegt in Deutschland grundsätzlich der Einkommensteuer zuzüglich Solidaritätszuschlag, wenn die Veräußerung innerhalb eines Jahres nach Anschaffung der veräußerten Aktien stattfindet. Bei Aktien, die einem Verwahrer zur Sammelverwahrung nach § 5 Depotgesetz anvertraut worden sind, wird dabei unterstellt, dass die zuerst angeschafften Aktien zuerst veräußert werden. Als Veräußerung soll, jedenfalls bei einer Beteiligung von weniger als 1 %, nach — allerdings zweifelhaft erscheinender — Auffassung der Finanzverwaltung auch die Ausübung von Bezugsrechten gelten. Bemessungsgrundlage ist grundsätzlich die Hälfte des Veräußerungsgewinns; auch Verluste aus der Veräußerung von Aktien und Bezugsrechten sowie wirtschaftlich mit der Veräußerung zusammenhängende Aufwendungen können daher nur zur Hälfte abgezogen werden. Der Gewinn wird nicht besteuert, wenn er zusammen mit anderen Gewinnen aus privaten Veräußerungsgeschäften im Kalenderjahr weniger als € 512 beträgt. Ein Veräußerungsverlust kann nur durch im gleichen Kalenderjahr aus privaten Veräußerungsgeschäften erzielte Gewinne ausgeglichen oder, wenn dies mangels entsprechender Gewinne nicht möglich ist, unter bestimmten Voraussetzungen von positiven Einkünften aus privaten Veräußerungsgeschäften des Vorjahres und in gewissen Grenzen der Folgejahre abgezogen werden.

Ein Gewinn aus der Veräußerung von Aktien oder Bezugsrechten, die im Privatvermögen einer in Deutschland unbeschränkt steuerpflichtigen natürlichen Person gehalten werden, unterliegt auch nach Ablauf der vorgenannten Jahresfrist grundsätzlich zur Hälfte der Besteuerung nach dem individuellen Einkommensteuersatz zuzüglich Solidaritätszuschlag in Höhe von 5,5 % auf die Einkommensteuerschuld, wenn die natürliche Person oder im Falle eines unentgeltlichen Erwerbes ihr Rechtsvorgänger oder, wenn die Aktien mehrmals nacheinander unentgeltlich übertragen worden sind, einer ihrer Rechtsvorgänger zu irgendeinem Zeitpunkt während der der Veräußerung vorangegangenen fünf Jahre zu mindestens 1 % unmittelbar oder mittelbar am Kapital der Gesellschaft beteiligt war. Veräußerungsverluste und Aufwendungen im wirtschaftlichen Zusammenhang mit der Veräußerung können grundsätzlich nur zur Hälfte abgezogen werden. Als Veräußerung soll, jedenfalls bei einer Beteiligung von weniger als 1 %, nach — allerdings zweifelhaft erscheinender — Auffassung der Finanzverwaltung auch die Ausübung von Bezugsrechten gelten.

Bei Aktien oder Bezugsrechten, die dem Betriebsvermögen eines Aktionärs zugeordnet sind, richtet sich die Besteuerung der erzielten Veräußerungsgewinne danach, ob der Aktionär eine Kapitalgesellschaft, eine natürliche Person oder eine Personengesellschaft ist:

- (i) Für im Inland ansässige Körperschaften sind Gewinne aus der Veräußerung von Aktien grundsätzlich unabhängig von der Beteiligungshöhe und der Haltedauer zu 95 % von der Körperschaftsteuer (einschließlich Solidaritätszuschlag) und der Gewerbesteuer befreit. 5 % der Gewinne gelten pauschal als nicht abziehbare Betriebsausgaben und unterliegen deshalb der Körperschaftsteuer (zuzüglich Solidaritätszuschlag) sowie der Gewerbesteuer. Veräußerungsverluste und andere Gewinnminderungen, die im Zusammenhang mit den veräußerten Aktien stehen, dürfen grundsätzlich

nicht als Betriebsausgaben abgezogen werden. Das gleiche dürfte grundsätzlich auch für Gewinne oder Verluste aus der Veräußerung von Bezugsrechten durch im Inland ansässige Körperschaften gelten. Allerdings sollen Gewinne aus der Veräußerung von Bezugsrechten nach bisheriger, durch die Rechtsprechung möglicherweise überholter Auffassung der Finanzverwaltung in vollem Umfang der Gewerbe- und Körperschaftsteuer unterliegen. Veräußerungsverluste und andere Gewinnminderungen im Zusammenhang mit den veräußerten Bezugsrechten dürften in diesem Fall steuerlich grundsätzlich als Betriebsausgaben abgezogen werden.

- (ii) Gehören die Aktien oder Bezugsrechte zum Betriebsvermögen eines in Deutschland unbeschränkt steuerpflichtigen Einzelunternehmers (natürliche Person), unterliegen 50 % der Veräußerungsgewinne der progressiven Einkommensteuer zuzüglich Solidaritätszuschlag hierauf. Veräußerungsverluste und mit solchen Veräußerungen in wirtschaftlichem Zusammenhang stehende Aufwendungen sind nur zu 50 % steuerlich abzugsfähig. Sind die Aktien bzw. Bezugsrechte der inländischen Betriebsstätte eines Gewerbebetriebes des Aktionärs zuzuordnen, so unterliegt die Hälfte der Veräußerungsgewinne zusätzlich der Gewerbesteuer. Die Gewerbesteuer ist im Wege eines pauschalierten Anrechnungsverfahrens auf die persönliche Einkommensteuer des Aktionärs anrechenbar.
- (iii) Ist eine Personengesellschaft Aktionärin oder Inhaberin eines Bezugsrechts, so wird die Einkommen- bzw. Körperschaftsteuer nicht auf der Ebene der Personengesellschaft, sondern auf Ebene des jeweiligen Gesellschafters erhoben. Die Besteuerung richtet sich dabei danach, ob der jeweilige Gesellschafter (oder Bezugsrechtsinhaber) eine Körperschaft oder eine natürliche Person ist. Ist der Gesellschafter eine Körperschaft, entspricht die Besteuerung der Veräußerungsgewinne den unter (i) aufgezeigten Grundsätzen; auch insoweit steht die Finanzverwaltung für die Veräußerung von Bezugsrechten möglicherweise auf einem gegenteiligen Standpunkt; derzeit ist noch nicht abschließend geklärt, ob dieser Standpunkt durch die Rechtsprechung überholt ist. Ist der Gesellschafter eine natürliche Person, finden die unter (ii) dargestellten Grundsätze Anwendung. Zusätzlich unterliegen die Gewinne aus der Veräußerung von Aktien bzw. der Bezugsrechte bei Zurechnung zu einer inländischen Betriebsstätte eines Gewerbebetriebes der Personengesellschaft der Gewerbesteuer auf der Ebene der Personengesellschaft und zwar grundsätzlich zur Hälfte, soweit natürliche Personen an der Personengesellschaft beteiligt sind, und grundsätzlich zu 5 %, soweit Körperschaften beteiligt sind. Veräußerungsverluste und andere Gewinnminderungen, die im Zusammenhang mit den veräußerten Aktien oder Bezugsrechten stehen, bleiben für Zwecke der Gewerbesteuer unberücksichtigt, wenn sie auf eine Körperschaft als Gesellschafter entfallen und werden nur hälftig berücksichtigt, wenn sie auf eine natürliche Person als Gesellschafter entfallen. Wenn der Gesellschafter eine natürliche Person ist, wird die von der Personengesellschaft gezahlte, auf seinen Anteil entfallende Gewerbesteuer grundsätzlich nach einem pauschalierten Verfahren auf seine persönliche Einkommensteuer angerechnet.

Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass die Finanzverwaltung auch die Ausübung von Bezugsrechten, die in einem Betriebsvermögen gehalten werden, als Veräußerung behandelt.

Für Veräußerungsgewinne, die von Unternehmen des Finanz- und Versicherungssektors oder von Pensionsfonds erzielt werden, gelten von diesen Grundsätzen abweichende Sonderregeln, die weiter unten beschrieben sind.

Im Ausland ansässige Aktionäre

Werden die Aktien oder Bezugsrechte von einer im Ausland ansässigen natürlichen Person veräußert und (i) sind die Aktien bzw. Bezugsrechte einer in Deutschland unterhaltenen Betriebsstätte oder festen Einrichtung oder einem Betriebsvermögen zugeordnet, für das ein ständiger Vertreter in Deutschland bestellt ist, oder (ii) war diese natürliche Person selbst (bzw. bei unentgeltlichem Erwerb ihr(e) Rechtsvorgänger) zu irgendeinem Zeitpunkt innerhalb der letzten fünf Jahre vor der Veräußerung der Aktien bzw. Bezugsrechte unmittelbar oder mittelbar mindestens zu 1 % am Kapital der Gesellschaft beteiligt, unterliegen die dabei erzielten Veräußerungsgewinne in Deutschland zur Hälfte der Einkommensteuer (zuzüglich Solidaritätszuschlag). Zusätzlich unterliegen die Veräußerungsgewinne zur Hälfte der Gewerbesteuer, wenn die Aktien bzw. Bezugsrechte einer in Deutschland unterhaltenen Betriebsstätte eines Gewerbebetriebes der natürlichen Person zuzuordnen sind. Die meisten Doppelbesteuerungsabkommen — wie auch das mit den USA abgeschlossene Doppelbesteuerungsabkommen — sehen im vorgenannten Fall (ii) eine Befreiung von der deutschen Besteuerung vor. Als Veräußerung von Bezugsrechten soll nach Auffassung der Finanzverwaltung auch die Ausübung von Bezugsrechten gelten.

Gewinne aus der Veräußerung von Aktien, die eine im Ausland ansässige und in Deutschland beschränkt steuerpflichtige Körperschaft erzielt, sind — vorbehaltlich bestimmter Ausnahmen für Unternehmen des Finanz- und Versicherungssektors — grundsätzlich zu 95 % von der Körperschaftsteuer, dem Solidaritätszuschlag und der

Gewerbsteuer befreit; 5 % der Gewinne gelten pauschal als nicht abziehbare Betriebsausgaben und unterliegen deshalb der Körperschaftsteuer (zuzüglich Solidaritätszuschlag), wenn die Körperschaft (i) die Aktien im Betriebsvermögen einer inländischen Betriebsstätte oder festen Einrichtung oder in einem Betriebsvermögen hält, für das ein ständiger Vertreter in Deutschland bestellt ist, oder (ii) sie selbst (bzw. bei unentgeltlichem Erwerb ihr(e) Rechtsvorgänger) zu irgendeinem Zeitpunkt innerhalb der letzten fünf Jahre vor der Veräußerung der Aktien unmittelbar oder mittelbar zu mindestens 1 % am Kapital der Gesellschaft beteiligt war(en). Die meisten Doppelbesteuerungsabkommen sehen im Fall (ii) eine vollständige Befreiung von der deutschen Steuer vor. Sind die Aktien einer inländischen gewerblichen Betriebsstätte der Körperschaft zuzurechnen, so unterliegen 5 % des Gewinns aus der Veräußerung von Aktien auch der Gewerbesteuer. Veräußerungsverluste und andere Gewinnminderungen, die im Zusammenhang mit den veräußerten Aktien stehen, dürfen steuerlich nicht als Betriebsausgaben abgezogen werden. Allerdings sollen Gewinne aus der Veräußerung von Bezugsrechten nach bisheriger, durch die Rechtsprechung möglicherweise überholter Auffassung der Finanzverwaltung im vollen Umfang der Körperschaftsteuer und gegebenenfalls der Gewerbesteuer unterliegen.

Sonderregeln für Unternehmen des Finanz- und Versicherungssektors und für Pensionsfonds

Soweit Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute Aktien oder Bezugsrechte halten oder veräußern, die nach § 1a des Gesetzes über das Kreditwesen dem Handelsbuch zuzurechnen sind, gelten weder für Dividenden noch für Veräußerungsgewinne die hälftige Befreiung von der Einkommensteuer (so genanntes Halbeinkünfteverfahren) bzw. die 95%ige Befreiung von der Körperschaftsteuer und gegebenenfalls von der Gewerbesteuer (sowie die entsprechenden Befreiungen vom Solidaritätszuschlag); das heißt Dividendeneinnahmen und Veräußerungsgewinne unterliegen in vollem Umfang der Besteuerung. Gleiches gilt für Aktien und Bezugsrechte, die von Finanzunternehmen im Sinne des § 1 Abs. 3 des Gesetzes über das Kreditwesen mit dem Ziel der kurzfristigen Erzielung eines Eigenhandelserfolges erworben werden. Für Aktien und Bezugsrechte, die von Kreditinstituten, Finanzdienstleistungsinstituten und Finanzunternehmen mit Sitz in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaft oder in einem anderen Vertragsstaat des EWR-Abkommens gehalten werden sowie für Aktien und Bezugsrechte, die bei Lebens- und Krankenversicherungsunternehmen den Kapitalanlagen zuzurechnen sind oder die von Pensionsfonds gehalten werden, gilt der vorstehende Satz entsprechend. Die Vorschriften hinsichtlich der 95%igen Befreiung der Dividendenbezüge von der Körperschaftsteuer und gegebenenfalls von der Gewerbesteuer finden in den in diesem Abschnitt (Sonderregeln für Unternehmen des Finanz- und Versicherungssektors und für Pensionsfonds) genannten Fällen jedoch Anwendung, soweit die Dividenden im Rahmen der so genannten Mutter-Tochter-Richtlinie (Richtlinie Nr. 90/435/EWG des Rates vom 23. Juli 1990) steuerlich begünstigt sind.

Erbschaft- bzw. Schenkungsteuer

Der Übergang von Aktien oder Bezugsrechten auf eine andere Person durch Schenkung oder von Todes wegen unterliegt der deutschen Erbschaft- bzw. Schenkungsteuer grundsätzlich nur, wenn

- (i) der Erblasser, der Schenker, der Erbe, der Beschenkte oder der sonstige Erwerber zur Zeit des Vermögensüberganges seinen Wohnsitz oder seinen gewöhnlichen Aufenthalt, seine Geschäftsleitung oder seinen Sitz in Deutschland hatte oder sich als deutscher Staatsangehöriger nicht länger als fünf Jahre dauernd im Ausland aufgehalten hat, ohne im Inland einen Wohnsitz zu haben, oder
- (ii) die Aktien bzw. Bezugsrechte beim Erblasser oder Schenker zu einem Betriebsvermögen gehörten, für das in Deutschland eine Betriebsstätte unterhalten wurde oder ein ständiger Vertreter bestellt war, oder
- (iii) der Erblasser oder der Schenker zum Zeitpunkt des Erbfalls oder der Schenkung entweder allein oder zusammen mit anderen ihm nahestehenden Personen zu mindestens 10 % am Grundkapital der Gesellschaft unmittelbar oder mittelbar beteiligt war.

Die wenigen gegenwärtig in Kraft befindlichen deutschen Doppelbesteuerungsabkommen zur Erbschaft- und Schenkungsteuer sehen in der Regel vor, dass deutsche Erbschaft- und Schenkungsteuer nur in Fall (i) und mit Einschränkungen in Fall (ii) erhoben werden kann. Besondere Vorschriften gelten für bestimmte (ehemalige) deutsche Staatsangehörige, die im Inland weder einen Wohnsitz noch ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben.

Sonstige Steuern

Bei dem Erwerb, der Veräußerung oder anderen Formen der Übertragung von Aktien oder Bezugsrechten fällt keine deutsche Kapitalverkehrsteuer, Umsatzsteuer, Stempelsteuer oder ähnliche Steuer an. Unter bestimmten Voraussetzungen ist es jedoch möglich, dass Unternehmer zur Umsatzsteuerpflicht der ansonsten steuerfreien Umsätze optieren. Vermögensteuer wird in Deutschland gegenwärtig nicht erhoben.

Unternehmensteuerreform

Die Bundesregierung plant für das Jahr 2008 eine Reform der Unternehmensbesteuerung. Der derzeitige Referentenentwurf beinhaltet u.a. eine Absenkung des Körperschaftsteuersatzes auf 15 % sowie eine Begünstigung von thesaurierten Gewinnen bei Personengesellschaften. Ferner ist vorgesehen, den Abzug der Gewerbesteuer als Betriebsausgabe abzuschaffen und die Gewerbesteuermesszahl von 5 auf 3,5 % zu reduzieren. Gleichzeitig soll die pauschalierte Anrechnung der Gewerbesteuer auf die Einkommensteuer angehoben werden. Darüber hinaus soll ab 2009 eine pauschale Abgeltungssteuer von 25 % für Kapitaleinkünfte im Privatvermögen wie auch — ungeachtet der Haltedauer — Gewinne aus der Veräußerung von Aktien eingeführt werden. Für natürliche Personen, die die Aktien im Privatvermögen halten und zu weniger als 1 % an der Gesellschaft beteiligt sind, soll das Halbeinkünfteverfahren abgeschafft werden. Für die übrigen natürlichen Personen sollen ab 2009 nur noch 40 % der Dividenden und Veräußerungsgewinne steuerfrei sein. Für Körperschaften sollen die Rechtslage insoweit unverändert bleiben. Hierbei handelt es sich noch um einen Entwurf, so dass mit möglicherweise auch kurzfristigen Änderungen gerechnet werden muss.

AKTIENÜBERNAHME

Gegenstand und Vereinbarungen zur Aktienübernahme

Die Gesellschaft, die abgebenden Aktionäre und die Konsortialbanken haben am 10. Mai 2007 einen Übernahmevertrag über das Angebot und den Verkauf der angebotenen Aktien im Rahmen des Angebots abgeschlossen.

Das Angebot umfasst bis zu 1.615.927 von der Gesellschaft angebotene neue Aktien aus der vom Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrats am 10. Mai 2007 beschlossenen und voraussichtlich am 24. Mai 2007 bzw. 4. Juni 2007 in das Handelsregister einzutragenden Kapitalerhöhung aus genehmigtem Kapital gegen Bareinlagen sowie bis zu 1.077.285 bestehende Aktien aus dem Eigentum der abgebenden Aktionäre (einschließlich der für Mehrzuteilungen zur Verfügung stehenden insgesamt 351.212 bestehenden Aktien aus dem Eigentum der abgebenden Aktionäre). Das Angebot besteht aus einem öffentlichen Angebot der angebotenen Aktien in der Bundesrepublik Deutschland sowie einer internationalen Privatplatzierung außerhalb der Bundesrepublik Deutschland nach Maßgabe der Regulation S unter dem Securities Act sowie in den Vereinigten Staaten von Amerika an *Qualified Institutional Buyers* gemäß Rule 144A unter dem Securities Act.

Die nachfolgende Aufstellung zeigt die maximale Anzahl der von jeder der Konsortialbanken im Rahmen des Angebots zu übernehmenden angebotenen Aktien (ohne die für eine Mehrzuteilung zur Verfügung stehenden Aktien).

<u>Konsortialbank</u>	<u>Maximale Anzahl zu übernehmender Aktien</u>
Citigroup Global Markets Limited, 33 Canada Square, Canary Wharf, London E14 SLB, Großbritannien.	1.756.500
Sal. Oppenheim jr. & Cie. Kommanditgesellschaft auf Aktien, Unter Sachsenhausen 4, 50667 Köln.	585.500
Insgesamt	2.342.000

Im Übernahmevertrag hat sich Citi für Rechnung der Konsortialbanken verpflichtet, die neuen Aktien durch Citibank Global Markets Deutschland AG & Co. KGaA zum geringsten Ausgabebetrag zu zeichnen, und die Konsortialbanken haben sich verpflichtet, sie mit der Maßgabe zu übernehmen, dass die neuen Aktien im Rahmen des Angebots durch die Konsortialbanken Anlegern und den bestehenden Aktionären angeboten werden. Die Konsortialbanken werden den Unterschiedsbetrag zwischen dem Platzierungspreis/Bezugspreis der neuen Aktien und dem Ausgabebetrag (abzüglich vereinbarter Provisionen und Auslagen) an die Gesellschaft zum Zeitpunkt der Lieferung der neuen Aktien abführen. Die Konsortialbanken haben sich ferner im Übernahmevertrag verpflichtet, bis zu 726.073 bestehende Aktien (sowie weitere bis zu 351.212 Aktien im Hinblick auf eine eventuelle Mehrzuteilung von den abgebenden Aktionären zu übernehmen und im Rahmen des Angebots zu verkaufen. Die Konsortialbanken werden den Platzierungspreis/Bezugspreis für die verkauften Aktien (abzüglich vereinbarter Provisionen und Auslagen) zum Zeitpunkt der Lieferung der bestehenden Aktien an die abgebenden Aktionäre abführen.

Provisionen

Die Konsortialbanken werden die angebotenen Aktien zu dem noch festzulegenden Platzierungspreis anbieten. Die Gesellschaft und die abgebenden Aktionäre werden den Konsortialbanken eine Provision von 3,5 % des durch das Angebot erzielten Emissionserlöses, d.h. der Anzahl der tatsächlich verkauften neuen Aktien bzw. bestehenden Aktien (einschließlich der im Wege der Mehrzuteilung zugeteilten Aktien) multipliziert mit dem Platzierungspreis zahlen. Darüber hinaus können die Gesellschaft und die abgebenden Aktionäre den Konsortialbanken eine weitere im freien Ermessen der Gesellschaft und der abgebenden Aktionäre stehende Erfolgsprovision von bis zu 1,0 % des Erlöses aus dem Angebot der neuen Aktien bzw. bestehenden Aktien (einschließlich der im Wege der Mehrzuteilung zugeteilten Aktien) zahlen.

Greenshoe-Option und Wertpapierdarlehen

Citi im Namen der Konsortialbanken ist die Option eingeräumt worden, bis zu 351.212 zusätzliche Aktien der Gesellschaft, d.h. bis zu 15 % der Gesamtzahl der angebotenen Aktien, von den abgebenden Aktionären zum Platzierungspreis (abzüglich vereinbarter Provisionen) zu erwerben, um mögliche Mehrzuteilungen bzw. das damit in Zusammenhang stehende und nachfolgend beschriebene Aktiedarlehen decken zu können. Diese sogenannte Greenshoe-Option darf nur ausgeübt werden, wenn die Konsortialbanken mehr als die Gesamtzahl der Aktien zuteilen, zu deren Übernahme sie sich im Übernahmevertrag verpflichtet haben. Citi kann in

Übereinstimmung mit den anderen Konsortialbanken diese Greenshoe-Option von Notierungsaufnahme bis maximal 30 Tage nach Notierungsaufnahme ausüben. Die Greenshoe-Option kann nur in dem Umfang ausgeübt werden, in dem Aktien im Wege der Mehrzuteilung platziert worden sind.

Citi hat im Namen der Konsortialbanken eine unentgeltliche Wertpapierdarlehensvereinbarung mit den abgebenden Aktionären abgeschlossen, die Citi im Namen der Konsortialbanken das Recht gibt, bis zur Höhe der vorstehend beschriebenen Greenshoe-Option Aktien zu leihen. Die Wertpapierdarlehensvereinbarung endet spätestens 30 Tage nach Notierungsaufnahme. Die entliehenen Aktien bzw. gattungsgleiche Aktien sind spätestens zwei Werktage nach Beendigung der Wertpapierdarlehensvereinbarung zurückzuführen bzw. anzuschaffen. Sämtliche entliehenen Aktien dürfen ausschließlich zur Deckung von Lieferverpflichtungen in Bezug auf Unterdeckungspositionen im Rahmen der Zuteilung der Aktien verwendet werden, bis diese Unterdeckungspositionen entweder durch die Ausübung der Greenshoe-Option oder durch Käufe im Markt gedeckt werden.

Rücktritt/Haftungsfreistellung

Der Übernahmevertrag sieht vor, dass die Konsortialbanken unter bestimmten Umständen vom Übernahmevertrag und ihrer darin geregelten Verpflichtung zur Übernahme der angebotenen Aktien zurücktreten können. Zu diesen Umständen zählen insbesondere wesentliche nachteilige Veränderungen in der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der SFC Smart Fuel Cell AG, wesentliche Einschränkungen des Börsenhandels oder des Bankgeschäfts in Frankfurt, London oder New York, der Ausbruch oder die Eskalation von Feindseligkeiten oder Terrorismus, die Erklärung eines nationalen Notstands durch die Bundesrepublik Deutschland, das Vereinigte Königreich oder die USA oder andere Katastrophen und Krisen, die wesentliche nachteilige Auswirkungen auf die Finanzmärkte zur Folge haben oder erwarten lassen sowie der Fall, dass im Zuge des Verkaufsangebots trotz angemessener qualitativer und quantitativer Bemühungen der Konsortialbanken keine ausreichende Nachfrage zustande kommt. Die Verpflichtung der Konsortialbanken endet ferner, wenn die Durchführung der Kapitalerhöhung, soweit sie die Schaffung der Neuen Aktien für das Verkaufsangebot betrifft, nicht bis zum 25. Mai 2007, 13:00 Uhr MESZ oder die Durchführung der Kapitalerhöhung, soweit sie die Schaffung der Bezugsrechtsaktien betrifft, nicht bis zum 5. Juni 2007, 13:00 Uhr MESZ in das Handelsregister des Amtsgerichts München eingetragen ist und sich Citi im Namen der Konsortialbanken und die SFC Smart Fuel Cell AG nicht auf einen späteren Termin einigen können.

Sollte es zu einem Rücktritt vom Übernahmevertrag kommen, der bis zu zwei Bankarbeitstage nach Notierungsaufnahme erfolgen kann, so findet das Angebot nicht statt, bereits erfolgte Zuteilungen an Anleger sind unwirksam, und die Anleger haben keinen Anspruch auf Lieferung der angebotenen Aktien. Ansprüche in Bezug auf bereits erbrachte Zeichnungsgebühren und im Zusammenhang mit der Zeichnung entstandene Kosten eines Anlegers richten sich allein nach dem Rechtsverhältnis zwischen dem Anleger und dem Institut, bei dem er sein Kaufangebot abgegeben hat. Sollten Anleger Aktien der Gesellschaft verkauft haben, bevor ihnen diese buchmäßig geliefert wurden, und ihre Lieferverpflichtung aus dem Kaufvertrag nach einem Rücktritt der Konsortialbanken vom Übernahmevertrag nicht mehr erfüllen können, ergeben sich die sie treffenden Rechtsfolgen ausschließlich aus dem Verhältnis zwischen dem Anleger und seinem Käufer.

Die Gesellschaft und die abgebenden Aktionäre haben sich im Übernahmevertrag verpflichtet, die Konsortialbanken von bestimmten, sich im Zusammenhang mit dem Angebot ergebenden Haftungsverpflichtungen freizustellen.

Andere Beziehungen

Einige der Konsortialbanken oder mit ihnen verbundene Unternehmen können von Zeit zu Zeit in Geschäftsbeziehungen mit der Gesellschaft treten oder Dienstleistungen im Rahmen der üblichen Geschäftsabläufe für sie erbringen. Insbesondere ist Citi beauftragt, als Designated Sponsor für die Aktien der Gesellschaft zu agieren.

Verkaufsbeschränkungen

Die Konsortialbanken haben sich im Übernahmevertrag jeweils einzeln verpflichtet, die von ihnen angebotenen Aktien ausschließlich in Deutschland öffentlich sowie in einer internationalen Privatplatzierung außerhalb der Bundesrepublik Deutschland nach Maßgabe der Regulation S des Securities Act anzubieten und die Aktien weder unmittelbar noch mittelbar in den Vereinigten Staaten von Amerika oder an einen Einwohner der Vereinigten Staaten von Amerika oder für dessen Rechnung anzubieten oder zu verkaufen, sofern nicht ein Befreiungstatbestand von den Registrierungspflichten des U.S.-amerikanischen Wertpapier- und Börsenrechts erfüllt ist und alle weiteren anwendbaren U.S.-amerikanischen Rechtsvorschriften eingehalten sind. Die Aktien werden nicht nach dem Securities Act registriert und können in den Vereinigten Staaten von Amerika oder an

einen Einwohner der Vereinigten Staaten von Amerika nur gemäß einer Befreiung von den Registrierungserfordernissen des Securities Act angeboten oder verkauft werden.

Jede der Konsortialbanken hat gegenüber der Gesellschaft und den abgebenden Aktionären für sich die Gewährleistung abgegeben, dass in Bezug auf jeden Mitgliedstaat des Europäischen Wirtschaftsraumes (außer Deutschland) sowie der Schweiz und Norwegen Aktien, die Gegenstand des in diesem Prospekt beschriebenen Angebots sind, in diesen Staaten nicht öffentlich, sondern nur im Rahmen der Privatplatzierung angeboten werden. In Abstimmung mit der Gesellschaft können Privatplatzierungen in weiteren Staaten vorgenommen werden.

Die Aktien der Gesellschaft dürfen in keinem Staat außer den oben genannten angeboten werden und keine Angebots- oder Marketingmaterialien außerhalb dieser Staaten geliefert oder verwendet werden.

Weiterhin haben sich die Konsortialbanken verpflichtet, alle einschlägigen Vorschriften der Länder einzuhalten, in denen sie Verkaufs- oder andere Maßnahmen im Rahmen der Platzierung vornehmen.

(Diese Seite wurde absichtlich freigelassen.)

FINANZTEIL

<u>Inhaltsverzeichnis</u>	<u>Seite</u>
Ungeprüfter Quartalsabschluss (IFRS) der SFC Smart Fuel Cell AG vom 31. März 2007	F-2
Gewinn- und Verlustrechnung vom 1. Januar bis zum 31. März 2007	F-4
Bilanz zum 31. März 2007	F-5
Kapitalflussrechnung vom 1. Januar bis zum 31. März 2007	F-6
Entwicklung des Eigenkapitals vom 1. Januar bis zum 31. März 2007	F-7
Erläuterungen zum Quartalsabschluss	F-8
Geprüfter Einzelabschluss (IFRS) der SFC Smart Fuel Cell AG vom 31. Dezember 2006	F-14
Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2006 ...	F-16
Bilanz zum 31. Dezember 2006	F-17
Kapitalflussrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2006	F-18
Entwicklung des Eigenkapitals für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2006 ..	F-20
Anhang zum Einzelabschluss 2006	F-26
Bestätigungsvermerk für das Geschäftsjahr 2006	F-56
Geprüfter Jahresabschluss (HGB) der SFC Smart Fuel Cell AG vom 31. Dezember 2006	F-57
Bilanz zum 31. Dezember 2006	F-59
Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2006	F-60
Anhang zum Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2006	F-61
Bestätigungsvermerk 2006	F-65
Geprüfter Jahresabschluss (HGB) der SFC Smart Fuel Cell AG zum 31. Dezember 2005	F-66
Bilanz zum 31. Dezember 2005	F-68
Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2005	F-69
Anhang zum Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2005	F-70
Bestätigungsvermerk 2005	F-74
Kapitalflussrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2005	F-75
Entwicklung des Eigenkapitals für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2005 ..	F-76
Bescheinigung für die Geschäftsjahre 2003 bis 2005	F-77
Geprüfter Jahresabschluss (HGB) der SFC Smart Fuel Cell AG vom 31. Dezember 2004	F-78
Bilanz zum 31. Dezember 2004	F-80
Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2004	F-81
Anhang zum Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2004	F-82
Bestätigungsvermerk 2004	F-85
Kapitalflussrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2004	F-86
Entwicklung des Eigenkapitals für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2004 ..	F-87
Bescheinigung für die Geschäftsjahre 2003 bis 2005	F-88

**Ungeprüfter Quartalsabschluss (IFRS) der SFC Smart Fuel Cell AG
für das zum 31. März 2007 endende Quartal**

SFC Smart Fuel Cell AG

**Brunnthal bei München
Zwischenbericht**

nach International Financial Reporting Standards

**zum 31. März 2007
und zum 31. März 2006**

Gewinn- und Verlustrechnung vom 1. Januar 2007 bis 31. März 2007

	2007	2006
	<u>01.01.-31.03.</u>	<u>01.01.-31.03.</u>
	EURO	EURO
1. Umsatzerlöse	3.354.568	1.030.606
2. Herstellkosten der zur Erzielung der Umsatzerlöse erbrachten Leistung ..	-3.145.696	-1.080.191
3. Bruttoergebnis vom Umsatz	<u>208.872</u>	<u>-49.585</u>
4. Vertriebskosten	-1.368.493	-468.494
5. Forschungs- und Entwicklungskosten	-113.330	-133.662
6. Allgemeine Verwaltungskosten	-793.914	-173.917
7. Sonstige betriebliche Erträge	47.523	55.429
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	4.353	-3.993
9. Betriebsergebnis	<u>-2.014.989</u>	<u>-774.222</u>
10. Zinsen und ähnliche Erträge	1.078.853	1.873
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-60.623	-271.833
12. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	<u>-996.759</u>	<u>-1.044.182</u>
13. Steuern vom Einkommen und Ertrag	0	-77.778
14. Ergebnis nach Steuern	<u>-996.759</u>	<u>-1.121.960</u>
15. Ergebnisvortrag aus dem Vorjahr	-19.519.811	-15.095.305
16. Bilanzverlust	<u><u>-20.516.570</u></u>	<u><u>-16.217.265</u></u>
Ergebnis je Aktie		
unverwässert	-0,70	-0,95
verwässert	-0,70	-0,94

Bilanz zum 31. März 2007

	31.03.2007	31.03.2006
	€	€
A. Kurzfristige Vermögenswerte	13.221.226	1.655.449
I. Vorräte	1.514.600	760.000
II. Forderungen L+L — kurzfristig	2.256.001	178.464
III. Forderungen gg. Gesellschafter — kurzfristig	137.358	0
IV. Forderungen an Finanzbehörden	58.788	17.623
V. Sonstige Vermögenswerte und Forderungen	625.810	341.208
VI. Wertpapiere	6.465.323	0
VII. Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	1.034.001	152.492
VIII. Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente mit Verfügungsbeschränkung	145.320	31.320
IX. Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten — kurzfristig	984.025	174.342
B. Langfristige Vermögenswerte	3.049.090	2.050.931
I. Immaterielle Vermögenswerte	1.220.522	682.879
II. Sachanlagen	871.198	750.476
III. Aktive Latente Steuern	957.370	617.576
Aktiva	16.270.316	3.706.380
A. Kurzfristige Verbindlichkeiten	9.270.960	5.659.773
I. Sonstige Rückstellungen — kurzfristig	472.025	212.634
II. Verbindlichkeiten gg. Gesellschafter — kurzfristig	0	401.684
III. Verbindlichkeiten aus Anzahlungen — kurzfristig	0	9.515
IV. Verbindlichkeiten aus L+L — kurzfristig	3.100.271	866.315
V. Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing — kurzfristig	287.796	293.770
VI. Verbindlichkeiten aus PoC — kurzfristig	672.368	407.934
VII. Derivate (negativer FV)	1.253.789	2.414.372
VIII. Sonstige Verbindlichkeiten — kurzfristig	3.312.633	802.051
IX. Passiver Rechnungsabgrenzungsposten	172.078	251.498
B. Langfristige Verbindlichkeiten	1.393.627	3.587.337
I. Sonstige Rückstellungen — langfristig	154.067	85.351
II. Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing — langfristig	282.190	502.252
III. Sonstige Verbindlichkeiten — langfristig	0	2.382.158
IV. Passive latente Steuern	957.370	617.576
C. Eigenkapital	5.605.729	-5.540.730
I. Gezeichnetes Kapital	1.413.936	1.178.280
II. Kapitalrücklage	24.708.363	9.498.255
III. Ergebnisvortrag	-19.519.811	-15.095.305
IV. Jahresergebnis	-996.759	-1.121.960
Passiva	16.270.316	3.706.380

Kapitalflussrechnung vom 1. Januar 2007 bis 31. März 2007

	<u>2007</u>	<u>2006</u>
	<u>01.01.-31.03.</u>	<u>01.01.-31.03.</u>
	EURO	EURO
Cashflow aus betrieblicher Tätigkeit		
Ergebnis vor Steuern	-996.759	-1.044.182
+ Zinsergebnis	-6.350	59.355
+/- Abschreibungen/Zuschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen	171.525	82.420
+ Aufwand aus Aktienoptionsprogramm	1.006.292	94.315
+ Änderung von Wertberichtigungen	86.031	-9.456
-/+ Gewinne/Verluste aus dem Abgang Anlagevermögen	0	-128
-/+ Gewinne/Verluste aus Derivaten	-1.011.879	210.604
+/- sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge	<u>0</u>	<u>-40.425</u>
Operatives Ergebnis vor Working -Capital -Veränderungen	-751.140	-647.497
+/- Zunahme/Abnahme der kurz- und langfristigen Rückstellungen	60.285	13.199
-/+ Veränderungen der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	-954.144	-3.203
-/+ Veränderungen der Vorräte	-666.299	-405.300
-/+ Veränderung sonstiger Vermögenswerte	-122.393	-50.579
-/+ Veränderung der aktiven Rechnungsabgrenzungsposten	-914.916	-78.839
+/- Veränderung der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.705.250	-125.436
+/- Veränderung der Verbindlichkeiten gegen Gesellschafter	-14.052	-20.557
+/- Veränderung der sonstigen Verbindlichkeiten	323.188	482.342
+/- Veränderung der passiven Rechnungsabgrenzungsposten	<u>-19.855</u>	<u>-10.455</u>
Cashflow aus betrieblicher Tätigkeit vor Ertragsteuern	-1.354.076	-846.325
+/- Ertragsteuererstattungen / -zahlungen	<u>11.639</u>	<u>-77.826</u>
Cashflow aus betrieblicher Tätigkeit	-1.342.437	-924.151
Cashflow aus der Investitionstätigkeit		
- Erwerb von Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten	-254.204	-274.699
- Auszahlungen aus dem Erwerb von Wertpapieren und verpfändeten Bankguthaben	-3.565.773	0
+ Verkauf von Anlagevermögen	<u>0</u>	<u>128</u>
Cash Flow aus der Investitionstätigkeit	-3.819.977	-274.571
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit		
+ Einzahlungen der Gesellschafter	0	1.047.360
+ erhaltene Zinsen	66.974	1.873
+ Einzahlungen aus Sale and Lease Back	0	183.300
- Tilgung von Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing	-71.949	-47.785
- gezahlte Zinsen und ähnliche Aufwendungen	<u>-47.393</u>	<u>-47.377</u>
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-52.368	1.137.371
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	-5.214.782	-61.351
Nettoveränderung von Zahlungsmitteln und Zahlungsmitteläquivalenten		
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente zu Beginn der Berichtsperiode	6.248.783	213.843
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente am Ende der Berichtsperiode	<u>1.034.001</u>	<u>152.492</u>
Nettoveränderung von Zahlungsmitteln und Zahlungsmitteläquivalente	-5.214.782	-61.351

Entwicklung des Eigenkapitals vom 1. Januar 2007 bis 31. März 2007

	<u>Gezeichnetes Kapital</u>	<u>Kapitalrücklage</u>	<u>Bilanzverlust</u>	<u>SUMME</u>
	€	€	€	€
STAND 31.12.2005	130.920	9.403.940	-15.095.305	-5.560.445
Jahresergebnis Q1 2006			-1.121.960	-1.121.960
Zuführung aus Optionsprogramm		94.315		94.315
Kapitalerhöhung gegen Bareinlage vom 17. Januar	1.047.360			1.047.360
STAND 31.03.2006	1.178.280	9.498.255	-16.217.265	-5.540.730
Jahresergebnis Q2 – Q4 2006			-3.302.546	-3.302.546
Zuführung aus Optionsprogramm		522.271		522.271
Kapitalerhöhung gegen Bareinlage vom 04. April	235.656	14.763.848		14.999.504
Kosten der Kapitalaufnahme		-1.082.303		-1.082.303
STAND 31.12.2006	1.413.936	23.702.071	-19.519.811	5.596.196
Jahresergebnis			-996.759	-996.759
Zuführung aus Optionsprogramm		1.006.292		1.006.292
STAND 31.03.2007	1.413.936	24.708.363	-20.516.570	5.605.729

Erläuterungen zum Zwischenbericht der SFC Smart Fuel Cell AG

Informationen zum Unternehmen

Die SFC Smart Fuel Cell AG¹ (im Folgenden „SFC“ oder „Gesellschaft“) wurde mit Gesellschaftsvertrag vom 10.12.1999 unter der Firma Gigantus Vermögensverwaltung GmbH, Hallbergmoos, Deutschland, errichtet und am 21.12.1999 in das Handelsregister des Amtsgerichts München unter der Nummer B 128831 eingetragen.

Die Gesellschafterversammlung vom 28.02.2000 hat die Neufassung des Gesellschaftsvertrags und die Änderung der Firma in SFC Smart Fuel Cell GmbH beschlossen. Der Geschäftszweck der Gesellschaft wurde wie folgt geändert: „Gegenstand des Unternehmens ist die Entwicklung und Vermarktung von Energieversorgungssystemen und deren Komponenten für netzunabhängige Geräte auf Basis der Brennstoffzellen-Technologie. Die Gesellschaft kann Unternehmen ähnlicher Art gründen, erwerben, deren Vertretung übernehmen oder sich an ihnen beteiligen sowie Zweigniederlassungen errichten.“ Der Sitz der Gesellschaft wurde nach Brunenthal bei München verlegt.

Am 14.05.2002 haben die Gesellschafter der SFC Smart Fuel Cell GmbH, Herr Manfred Stefener, Herr Jakob-Hinrich Leverkus, Herr Michael Negel, die PRICAP Venture Partners AG, die 3i Group Investments L.P. und die SOHO GmbH die Umwandlung der Gesellschaft in die Rechtsform der Aktiengesellschaft beschlossen. Die Firma der Gesellschaft lautet nach der Umwandlung „SFC Smart Fuel Cell AG“.

Geschäftsverlauf im ersten Quartal

Im ersten Quartal 2007 setzte sich die positive Entwicklung der Umsätze aus dem Vorjahr fort. Mit € 3.354.568 Umsatz wurde mehr als das Dreifache des Umsatzes des Vorjahreszeitraums erzielt. Der Anteil der Produktumsätze am Gesamtumsatz nahm von 59% im Vorjahr auf 80% zu, was die fortgesetzte Entwicklung von einer F&E-lastigen Firma zu einer produkt- und marktorientierten Unternehmung widerspiegelt. Das Unternehmen besitzt nach eigener Einschätzung unverändert eine Alleinstellung am Markt für methanolbasierte Brennstoffzellengeneratoren und hat diesen Vorsprung durch Ausbau der Vertriebsaktivitäten, erhebliche Kostensenkungen bei den Kernprodukten EFOY 1200 und EFOY 1600 sowie die Erteilung von drei weiteren Patenten weiter ausgebaut.

Marktseitig unterstrich die Auslieferung von 1.371 EFOY-Brennstoffzellen die zunehmende Markttraktion insbesondere im Freizeitmarkt. Im gleichen Zeitraum des Vorjahres wurden vom Vorgängermodell A50 321 Brennstoffzellen ausgeliefert. Im Verteidigungsmarkt konnte der erste Auftrag der U.S.-Streitkräfte über ein Serienprodukt des Unternehmens, des sog. „Power Managers“ akquiriert werden, wovon 50 im ersten Quartal versandt wurden. Ferner gelang der Abschluss eines weiteren bezahlten Entwicklungsauftrags für die nächste Generation tragbarer Brennstoffzellensysteme mit der U.S. Air Force.

Technologieseitig war ein wichtiger Meilenstein die erwähnte Kostensenkung für die beiden Hauptprodukte EFOY 1200 und EFOY 1600. Auf Basis intensiver Zusammenarbeit mit den Herstellern der Kernkomponenten für die Brennstoffzelle gelang es, deren Leistungsdichte so weit zu erhöhen, dass die Zellenzahl bei unveränderter Ausgangsleistung der Produkte erheblich reduziert werden konnte. Die Umstellung auf dieses neue (äußerlich unveränderte) Produkt erfolgte im Februar. Zur gleichen Zeit erfolgte die Einführung eines neuen Produktionsprozesses für die Tankpatronen, der zu deutlichen Kostensenkungen für den Verschluss und zu erhöhten Fertigungskapazitäten führt.

Aufgrund der vorgenannten Kostensenkungen wurde im ersten Quartal 2007 erstmals ein positives Bruttoergebnis vom Umsatz mit der A-Serie (aktuelle EFOY-Produktgeneration) in Höhe von € 36.436 erzielt, im Vorjahr war noch ein Verlust in Höhe von € 262.956 zu verzeichnen. Insgesamt verbesserte sich das Bruttoergebnis vom Umsatz um € 258.457 auf € 208.872.

Das erste Quartal 2007 war auf der Ergebnisseite maßgeblich durch zwei Sondereinflüsse geprägt (siehe hierzu auch „Ergebnis vor Sondereinflüssen“). Ohne diese Effekte hätte sich der Fehlbetrag für das erste Quartal um € 83.232 auf € 1.038.728 reduziert, das bereinigte Betriebsergebnis (EBIT) hätte sich im Verhältnis zum Umsatz deutlich von -75% auf -31% verbessert.

Grundlagen der Rechnungslegung

Die Erstellung des Quartalsabschlusses der SFC Smart Fuel Cell AG für den Zeitraum 01. Januar bis 31. März 2007 erfolgte in Übereinstimmung mit IAS 34 „Zwischenberichterstattung“ als verkürzter Abschluss.

¹ Sitz der Gesellschaft ist der Eugen-Sänger-Ring 4, 85649 Brunenthal.

Der verkürzte Abschluss enthält nicht alle für den Abschluss eines Geschäftsjahres vorgeschriebene Informationen und sollte in Zusammenhang mit dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2006 gelesen werden.

Die zur Erstellung des verkürzten Abschlusses angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden entsprechen ausnahmslos den im letzten Jahresabschluss zum 31. Dezember 2006 angewandten Methoden. Für den Zwischenabschluss waren die folgenden Standards und Interpretationen erstmalig anzuwenden:

- Änderungen von IAS 1 „Darstellung des Abschlusses“: Bei der Änderung handelt es sich um eine Änderung der Darstellung der Eigenkapitalentwicklung, die keine Auswirkung auf den Quartalsabschluss hatte.
- IFRIC 7 „Anwendung des „Restatement Approach“ von IAS 29 „Rechnungslegung in Hochinflationenländern“: Diese Interpretation war erstmals für das am oder nach dem 1. Januar 2007 beginnende Geschäftsjahr anzuwenden. Sie hatte keinen Effekt auf den Quartalsabschluss.
- IFRIC 8 „Anwendungsbereich von IFRS 2“: Diese Interpretation war erstmals für Geschäftsjahre die am oder nach dem 1. Mai 2006 beginnen verpflichtend anzuwenden, sie hatte keinen Effekt auf den Quartalsabschluss.
- IFRIC 9 „Neubeurteilung eingebetteter Derivate“: Diese Interpretation war erstmals für Geschäftsjahre die am oder nach dem 1. Juni 2006 beginnen verpflichtend anzuwenden und hatte keinen Effekt auf den Quartalsabschluss.
- IFRIC 10 „Zwischenberichterstattung und Wertminderungen“: Diese Interpretation war erstmals für Geschäftsjahre die am oder nach dem 1. November 2006 beginnen verpflichtend anzuwenden. Auswirkungen auf den Quartalsabschluss entstanden dabei nicht.

Der Zwischenbericht ist in Euro (€) dargestellt. Die Angaben in diesem Zwischenbericht erfolgen, soweit nicht anders vermerkt, in Euro (€). Wir weisen daraufhin, dass bei der Verwendung von gerundeten Beträgen und Prozentangaben aufgrund kaufmännischer Rundung Differenzen auftreten können.

Die Gewinn- und Verlustrechnung wird nach dem Umsatzkostenverfahren aufgestellt.

Wertpapiere

Der Bestand an Wertpapieren erhöhte sich im Vergleich zum 31. Dezember 2006 um € 3.565.773. Die Erhöhung resultiert aus dem Erwerb von Anteilen zweier Geldmarktfonds.

Devisentermingeschäfte

Im ersten Quartal 2007 wurden zwei Devisentermingeschäfte zum Verkauf von US Dollar mit einem Gesamtvolumen von USD 2.410.000 abgeschlossen. Zum Stichtag weisen die Devisentermingeschäfte positive Marktwerte von € 12.465 auf. Hedge Accounting findet keine Anwendung, daher wurden die Geschäfte als „Fair Value through Profit and Loss“ klassifiziert und Wertänderungen dementsprechend erfolgswirksam erfasst. Die positiven Marktwerte werden unter den sonstigen Vermögenswerten ausgewiesen.

Aktive Rechnungsabgrenzung

Die Aktive Rechnungsabgrenzung erhöhte sich im Vergleich zum 31. Dezember 2006 um € 914.916. Hierbei handelt es sich in Höhe von € 881.663 um Kosten die zur Vorbereitung des geplanten Börsengangs der SFC Smart Fuel Cell AG angefallen sind. Bei der Durchführung des Börsengangs wird der Betrag mit den Einzahlungen aus dem Börsengang verrechnet und so von der Kapitalrücklage in Abzug gebracht.

Stille Beteiligungen

Im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2007 wurde ein Börsengang der SFC noch in 2007 immer wahrscheinlicher. Um diesen Börsengang zu ermöglichen wurden von der SFC bereits im ersten Quartal Anstrengungen unternommen eine Vereinbarung zu finden um die beiden stillen Beteiligungen abzulösen. Für eine detaillierte Beschreibung wird auf den Anhang des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2006 verwiesen.

Eine endgültige Vereinbarung zur Ablösung konnte bis zum Stichtag noch nicht gefunden werden. Ende März wurde in Abstimmung mit tbG ein Entwurf der Aufhebungsvereinbarung erstellt, wonach tbG zum einen die Einlage in voller Höhe zurückgezahlt wird und gleichzeitig die im Vertrag vereinbarte Endvergütung, das eingebettete Derivat, mit Zahlung von € 720.000 (oder 48% der Einlage) abgegolten wird. In der Vereinbarung der stillen Beteiligung wurde eine Endvergütung von mindestens 30% der Einlagesumme zuzüglich 6% für jedes

über das 5. Jahr der Beteiligung hinausgehende Jahr vereinbart. Da die tbG bei Beendigung der stillen Beteiligung 8 Jahre an der SFC beteiligt war entsprechen die vereinbarten 48% Endvergütung der ursprünglich getroffenen Vereinbarung.

Mit BayKap laufen ähnliche Verhandlungen die bisher ebenfalls noch nicht zum Abschluss gebracht wurden. Basierend auf dem aktuellen Stand der Verhandlung wird mit einer Endvergütung von € 533.789 gerechnet.

Die im Vorjahresabschluss ausgewiesenen negativen Marktwerte der Derivate, welche im Vorjahr nach dem Black & Scholes Optionspreismodell bewertet waren, wurden nun auf Basis dieser Verhandlungen an die erwarteten Rückzahlungsbeträge angepasst. Hieraus resultierte ein Finanzertrag der Periode in Höhe von € 1.011.879.

Die als Verbindlichkeiten ausgewiesenen Einlagen werden aufgrund einer erwarteten Rückzahlung innerhalb des Geschäftsjahres unter den kurzfristigen sonstigen Verbindlichkeiten ausgewiesen.

Verbindlichkeit aus PoC

Im ersten Quartal wurden eine neue JDA Vereinbarung abgeschlossen. Aus dieser Vereinbarung wurden Anzahlungen in Höhe von € 208.350 erhalten die abzüglich der anteilig realisierten Umsätze von € 20.344 als Verbindlichkeiten aus PoC ausgewiesen werden.

Optionen für Mitarbeiter und Vorstände

Im ersten Quartal 2007 wurde der SFC Smart Fuel Cell AG im Rahmen der Diskussion um die Erstellung eines Emissionsprospektes von ihren rechtlichen Beratern empfohlen die bestehenden genehmigten Kapitalia I bis III zur Begebung von Aktienoptionen aufzuheben. Von diesen genehmigten Kapitalia sind die an die Herren Dr. Jens Müller und Oliver Freitag ausgegebenen Optionen sowie eine bisher nicht erfüllte Optionszusage an Herrn Dr. Peter Podesser betroffen. Die drei Beteiligten erklärten sich bereit, eine Ablösung dieser Optionen durchzuführen.

Nach der grundsätzlichen Zustimmung des Aufsichtsrats, eine alternative Lösung zu suchen, wurden im ersten Quartal Verhandlungen zwischen den Berechtigten, der Gesellschaft und den wesentlichen Gesellschaftern aufgenommen. Eine endgültige Vergütungsvereinbarung wurde in der Aufsichtsratssitzung vom 27. März 2007 getroffen. Demnach erhalten die betroffenen Personen 75% des Optionswerts, ermittelt auf Basis des Kurses im Falle eines IPO's, von den wesentlichen Gesellschaftern der SFC in bar erstattet. Diese Regelung wurde sowohl von den betroffenen Personen als auch von den leistenden Gesellschaftern und dem Aufsichtsrat akzeptiert.

Gemäß IFRS 2.28 (a) ist bei einer vorzeitigen Annullierung ausgegebener Optionen im ersten Schritt der noch ausstehende Aufwand aus den Optionen zu erfassen, da bei einer vorzeitigen Annullierung oder Erfüllung der Optionen davon ausgegangen wird dass der Berechtigte sämtliche zur Erzielung seines Anspruchs zu erbringenden Leistungen bereits vollständig erbracht hat. Dies bedeutet im vorliegenden Fall dass der noch ausstehende Aufwand aus den Ausgaben an die Betroffenen in Höhe von € 969.910 vollständig im ersten Quartal erfasst wurde. Der hieraus entstehende Aufwand wurde im Wesentlichen den Allgemeinen Verwaltungskosten und Vertriebskosten zugeordnet. Der Restbetrag wurde im Bereich Forschung und Entwicklung erfasst.

In den Folgeperioden wird aus diesen Transaktionen kein weiterer Aufwand für SFC entstehen, SFC ist zudem keine weitere Verpflichtung in diesem Zusammenhang eingegangen.

Durch die Ablösung der Aktienoptionen der drei oben genannten Personen reduziert sich die Anzahl der ausstehenden Optionen zum Stichtag auf 12.675 (Vorjahr: 21.321).

Vertriebskosten

Bedingt durch den aus der Ablösung der Aktienoptionen erhöhten Aufwand im Quartal stellen sich die Vertriebskosten wie folgt dar:

	<u>01.01.-31.03.2007</u>	<u>01.01.-31.03.2006</u>
	in €	in €
Einmaleffekt aus Aktienoptionen	392.917	0
Personalkosten	465.243	260.311
Werbe- und Reisekosten	234.779	158.589
Beratung / Provision	194.668	20.554
Übrige	<u>80.886</u>	<u>29.040</u>
Gesamt	<u>1.368.493</u>	<u>468.494</u>

Allgemeine Verwaltungskosten

Bedingt durch den aus der Ablösung der Aktienoptionen erhöhten Aufwand im Quartal stellen sich die Allgemeinen Verwaltungskosten wie folgt dar:

	<u>01.01.-31.03.2007</u>	<u>01.01.-31.03.2006</u>
	in €	in €
Einmaleffekt aus Aktienoptionen	484.955	0
Personalkosten	163.075	114.951
Prüfungs- und Beratungskosten	40.792	21.562
Aufsichtsratsvergütung	32.500	16.875
Abschreibungen	14.772	5.422
Bürobedarf	14.395	4.607
Reisekosten	11.446	8.601
Übrige	63.638	31.067
Verrechnung mit erhaltenen Zuschüssen	<u>-31.659</u>	<u>-29.168</u>
Gesamt	<u>793.914</u>	<u>173.917</u>

Ergebnis vor Sondereinflüssen

Unter Berücksichtigung der beiden oben erläuterten Sondereinflüsse, der Ablösung der stillen Beteiligungen und der Ablösung der Aktienoptionen ergibt sich für das erste Quartal 2007 ein mit der Vergleichsperiode des Vorjahres nicht vergleichbares Ergebnis. Um dennoch einen Vergleich vornehmen zu können wird an dieser Stelle das Ergebnis nach Steuern und das Betriebsergebnis um diese Sondereinflüsse bereinigt.

	<u>01.01.-31.03.2007</u>	<u>01.01.-31.03.2006</u>
	in €	in €
Ergebnis nach Steuern laut GuV	-996.759	-1.121.960
Effekt aus Ablösung stiller Beteiligungen	-1.011.879	
Effekt aus Ablösung Aktienoptionen	969.910	
Bereinigtes Ergebnis nach Steuern	<u>-1.038.728</u>	<u>-1.121.960</u>
	<u>01.01.-31.03.2007</u>	<u>01.01.-31.03.2006</u>
	in €	in €
Betriebsergebnis laut GuV	-2.014.989	-774.222
Effekt aus Ablösung Aktienoptionen	969.910	
Bereinigtes Betriebsergebnis	<u>-1.045.079</u>	<u>-774.222</u>

Segmentbericht

Die Erlöse und Ergebnisse der SFC stellen sich in den Quartalen wie folgt dar:

Segment	Segmenterlöse		Segmentergebnis	
	31.03.2007	31.03.2006	31.03.2007	31.03.2006
A-Serie	2.453.341	596.233	36.436	-262.956
C-Serie	56.073	500	24.534	145
JDA	680.085	419.171	220.782	259.736
Power Manager	111.438	0	23.071	0
Sonstige	53.631	14.702	-95.951	-46.510
Ausgleichsposten	0	0	-1.205.631	-1.072.375
Summe	<u>3.354.568</u>	<u>1.030.606</u>	<u>-996.759</u>	<u>-1.121.960</u>

Transaktionen mit nahestehenden Personen und Unternehmen

Die Gruppe der nahestehenden Personen und Unternehmen hat sich im Vergleich zum Jahresabschluss zum 31. Dezember 2006 nicht verändert. Wesentlich Transaktionen fielen, neben der bereits oben beschriebenen Ablösung der Aktienoptionen und der damit verbundenen Aufwandserfassung lediglich aus der JDA Vereinbarung mit DuPont an. Aus dieser Vereinbarung wurde € 160.763 Umsatz realisiert. Die Verbindlichkeit aus PoC gegenüber DuPont reduzierte sich auf € 441.065.

Mitarbeiter

Zum Stichtag beschäftigte SFC die folgenden Mitarbeiter:

	31.03.2007	31.03.2006
Angestellte in Vollzeit	63	57
Angestellte in Teilzeit	7	5
Praktikanten / Diplomanden / Werkstudenten	5	10
Gesamt	<u>75</u>	<u>72</u>

Eventualverbindlichkeiten und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Bei den Eventualverbindlichkeiten und den sonstigen finanziellen Verpflichtungen haben sich seit dem letzten Bilanzstichtag keine wesentlichen Veränderungen ergeben.

Ergebnis je Aktie

Die Anzahl der ausstehenden Aktien entwickelte sich während des ersten Quartals 2007 wie folgt:

	31.03.2007	31.03.2006
ausstehende Anteile 01.01.	1.413.936	1.178.280
ausstehende Anteile 31.03.	1.413.936	1.178.280
unverwässerte Anzahl ausstehender Anteile	<u>1.413.936</u>	<u>1.178.280</u>
ausübbarer Optionen 01.01.	18.198	12.726
ausübbarer Optionen 31.03.	2.988	12.726
Verwässerungseffekt	10.593	12.726
verwässerte Anzahl der ausstehenden Anteile	<u>1.424.529</u>	<u>1.191.006</u>

Gemäß IAS 33 „Ergebnis je Aktie“ sind zur Ermittlung des verwässerten Ergebnisses je Aktie die Effekte potenzieller Anteile zu berücksichtigen. Hierzu wird unterstellt, dass sämtliche ausübbarer Optionen, deren Ausübungskurs unter dem durchschnittlichen Aktienkurs der Periode liegt, auch tatsächlich ausgeübt wurden.

Verwässernde Effekte auf das Ergebnis von SFC bestehen nicht.

Wesentliche Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Wie vom Vorstand erwartet wurden in der Hauptversammlung der SFC Smart Fuel Cell AG vom 2. April 2007 die genehmigten Kapitalia I bis III in Höhe von € 14.706 abgeschafft.

Weitere wesentliche den Geschäftsverlauf beeinflussende Ereignisse nach dem Bilanzstichtag sind nicht bekannt.

Brunnthal, den 20. April 2007

Der Vorstand

Dr. Peter Podesser

Dr. Jens Müller

**Geprüfter Einzelabschluss (IFRS) der SFC Smart Fuel Cell AG für
das zum 31. Dezember 2006 endende Geschäftsjahr**

SFC Smart Fuel Cell AG

**Brunnthal bei München
Einzelabschluss**

nach International Financial Reporting Standards

**für das Geschäftsjahr
1. Januar 2006 bis 31. Dezember 2006**

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 1. Januar 2006 bis 31. Dezember 2006

	Siehe <u>Anhang</u>	<u>2006</u> <u>(01.01.-31.12.)</u>	<u>2005</u> <u>(01.01.-31.12.)</u>	<u>2004</u> <u>(01.01.-31.12.)</u>
	#	€	€	€
1. Umsatzerlöse	(1)	7.024.271	3.295.370	1.316.224
2. Herstellkosten des Umsatzes	(2)	-6.494.589	-2.827.244	-1.530.176
3. Bruttoergebnis vom Umsatz		529.682	468.126	-213.952
4. Vertriebskosten	(3)	-3.144.785	-1.141.036	-915.893
5. Forschungs- und Entwicklungskosten	(4)	-438.569	-2.726.967	-2.152.796
6. Allgemeine Verwaltungskosten	(5)	-1.098.745	-1.038.562	-286.943
7. Sonstige betriebliche Erträge	(6)	192.473	578.746	749.102
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	(7)	-75.590	-97.408	-34.075
9. Betriebsergebnis		-4.035.534	-3.957.101	-2.854.557
10. Zinsen und ähnliche Erträge	(8)	224.105	29.120	998.551
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	(9)	-501.966	-1.095.426	-566.068
12. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		-4.313.395	-5.023.407	-2.422.074
13. Steuern vom Einkommen und Ertrag	(10)	-111.111	-70.000	-36.738
14. Ergebnis nach Steuern		-4.424.506	-5.093.407	-2.458.812
15. Ergebnisvortrag aus dem Vorjahr		-15.095.305	-10.001.898	-7.543.086
26. Bilanzverlust		-19.519.811	-15.095.305	-10.001.898
Unverwässertes Ergebnis je Aktie	(39)	-3,41	-4,34	-2,10
Verwässertes Ergebnis je Aktie	(39)	-3,37	-4,31	-2,10

Bilanz zum 31. Dezember 2006

	Siehe Anhang	31.12.2006	31.12.2005	31.12.2004
	#	€	€	€
A. Kurzfristige Vermögenswerte		12.310.149	1.169.376	3.420.191
I. Vorräte	(14)	926.000	354.700	208.700
II. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	(15)	1.310.188	165.806	341.293
III. Forderungen gegenüber Gesellschafter	(16)	341.414	5.065	1.686
IV. Forderungen an Finanzbehörden	(17)	70.426	17.575	10.372
V. Sonstige kurzfristige Vermögenswerte und Forderungen	(18)	299.359	285.564	117.819
VI. Wertpapiere	(36)	2.999.550	0	680.965
VII. Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	(19)	6.248.783	213.843	2.002.436
VIII. Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente mit Verfügungsbeschränkung	(20)	45.320	31.320	56.920
IX. Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten	(21)	69.109	95.503	0
B. Langfristige Vermögenswerte		2.676.173	1.353.237	905.774
I. Immaterielle Vermögenswerte	(22)	1.235.731	445.933	311.502
II. Sachanlagen	(23)	773.311	495.716	371.154
III. Aktive latente Steuern	(10)	667.131	411.588	223.118
Aktiva		14.986.322	2.522.613	4.325.965
A. Kurzfristige Verbindlichkeiten		5.748.008	4.792.255	2.613.424
I. Steuerrückstellungen	(24)	0	0	36.738
II. Sonstige Rückstellungen	(25)	406.138	194.811	156.000
III. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter ...	(26)	14.052	422.241	61.450
IV. Verbindlichkeiten aus Anzahlungen	(27)	8.103	26.661	0
V. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	(28)	1.395.022	991.751	547.915
VI. Kurzfristiger Anteil der Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing	(29)	287.796	189.503	0
VII. Verbindlichkeiten aus Percentage-of- Completion	(30)	454.646	14.113	63.101
VIII. Derivate mit negativem Marktwert	(36)	2.265.668	2.203.767	1.464.711
IX. Sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten	(31)	724.650	670.755	283.509
X. Passiver Rechnungsabgrenzungsposten	(32)	191.933	78.653	0
B. Langfristige Verbindlichkeiten		3.642.118	3.290.803	2.470.493
I. Sonstige Rückstellungen — langfristig	(25)	147.621	77.113	72.115
II. Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing ...	(29)	341.258	375.676	0
III. Sonstige langfristige Verbindlichkeiten	(31)	2.486.108	2.426.426	2.175.260
IV. Passive latente Steuern	(10)	667.131	411.588	223.118
C. Eigenkapital		5.596.196	-5.560.445	-757.952
I. Gezeichnetes Kapital	(33)	1.413.936	130.920	130.082
II. Kapitalrücklage	(33)	23.702.071	9.403.940	9.113.864
III. Ergebnisvortrag	(33)	-15.095.305	-10.001.898	-7.543.086
IV. Jahresergebnis	(33)	-4.424.506	-5.093.407	-2.458.812
Passiva		14.986.322	2.522.613	4.325.965

Kapitalflussrechnung für das Geschäftsjahr 1. Januar bis 31. Dezember 2006

	2006 (01.01.-31.12.) €	2005 (01.01.-31.12.) €	2004 (01.01.-31.12.) €
Cashflow aus betrieblicher Tätigkeit			
Ergebnis vor Steuern	<u>-4.313.395</u>	<u>-5.023.407</u>	<u>-2.422.074</u>
+ Zinsergebnis	215.961	327.250	482.602
+ Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen	469.680	301.234	261.710
+ Aufwand aus Aktienoptionsprogramm	616.586	290.075	142.589
+ Änderung von Wertberichtigungen	57.803	11.259	24.195
- Gewinne aus dem Abgang Anlagevermögen	-128	-15.643	-13
-/+ Gewinne / Verluste aus Marktbewertung von Derivaten ...	61.901	739.057	-915.086
+/- Sonstige nicht zahlungswirksame Aufwendungen / Erträge, netto	-30.222	43.382	0
Operatives Ergebnis vor Working Capital — Veränderungen	<u>-2.921.814</u>	<u>-3.326.793</u>	<u>-2.426.077</u>
+ Veränderung der kurz- und langfristigen Rückstellungen ..	268.973	37.924	161.515
-/+ Veränderungen der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	-1.118.187	192.228	-277.195
- Veränderungen der Vorräte	-655.300	-174.000	-96.200
-/+ Veränderung sonstiger Vermögenswerte	-350.144	-171.124	-53.196
-/+ Veränderung der aktiven Rechnungsabgrenzungsposten ...	26.394	-95.503	0
+ Veränderung der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	403.271	443.836	34.498
+/- Veränderung der Verbindlichkeiten gegen Gesellschafter ..	-408.189	360.791	61.450
+ Veränderung der sonstigen Verbindlichkeiten	370.147	476.055	16.384
+/- Veränderung der passiven Rechnungsabgrenzungsposten ..	-70.020	0	0
Cashflow aus betrieblicher Tätigkeit vor Ertragsteuern	<u>-4.454.869</u>	<u>-2.256.586</u>	<u>-2.578.821</u>
- Ertragsteuerzahlungen	-163.963	-113.941	26.258
Cashflow aus betrieblicher Tätigkeit	<u>-4.618.832</u>	<u>-2.370.527</u>	<u>-2.552.563</u>
Cashflow aus der Investitionstätigkeit			
- Auszahlungen für Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerte	-1.237.651	-326.561	-430.298
+ Einzahlungen aus dem Abgang von Wertpapieren und verpfändeten Bankguthaben	0	706.565	0
- Auszahlungen aus dem Erwerb von Wertpapieren und verpfändeten Bankguthaben	-3.013.550	0	-711.885
+ Einzahlungen aus dem Verkauf von Anlagevermögen	133	7.907	1.500
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	<u>-4.251.068</u>	<u>387.911</u>	<u>-1.140.683</u>
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit			
+ Einzahlungen der Gesellschafter	16.046.864	0	0
+ erhaltene Zinsen	224.105	29.120	83.466
+ Einzahlungen aus Sale and Lease back	183.300	369.513	0
- Tilgung von Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing ..	-276.916	-15.928	0
- Kosten der Eigenkapitalausgabe	-1.082.303	0	0
- Gezahlte Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-190.210	-189.520	-189.515
+ Aktienoptionsprogramm	0	838	0
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	<u>14.904.840</u>	<u>194.023</u>	<u>-106.049</u>
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	<u>6.034.940</u>	<u>-1.788.593</u>	<u>-3.799.295</u>
Nettoveränderung von Zahlungsmitteln und Zahlungsmitteläquivalenten			
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente zu Beginn der Berichtsperiode	213.843	2.002.436	5.801.731
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente am Ende der Berichtsperiode	<u>6.248.783</u>	<u>213.843</u>	<u>2.002.436</u>
Nettoveränderung von Zahlungsmitteln und Zahlungsmitteläquivalente	<u>6.034.940</u>	<u>-1.788.593</u>	<u>-3.799.295</u>

Wesentliche nicht zahlungswirksame Transaktionen

Sale & Lease Back — Geschäftsjahr 2005

Durch die Sale and Lease Back Transaktion im Geschäftsjahr 2005 kam es zu einem Mittelzufluss von € 369.513 und einer Erhöhung des Sachanlagevermögens von € 11.455. Der hieraus resultierende Buchgewinn in Höhe von € 94.000 wird nach IFRS über die Laufzeit der Leasingvereinbarung verteilt. Im Rahmen der sich anschließenden Finanzierungsleasingvereinbarung wurden zusätzlich € 28.443,35 Sachanlagen durch Aufnahme in die Sale and Lease Back Vereinbarung nicht zahlungswirksam erworben. Des Weiteren wurde die Laufzeit der Vereinbarung verlängert, wodurch sich die Verpflichtung aus Finanzierungsleasing erhöhte, was zu einem Aufwand von € 43.382 führte.

Sale & Lease Back — Geschäftsjahr 2006

Im Rahmen der Finanzierungsleasingvereinbarung wurden € 41.749 Sachanlagen durch Aufnahme in die Sale and Lease Back Vereinbarung nicht zahlungswirksam erworben. Des Weiteren erhöhte sich der Mietzins was gemeinsam zu einem Ertrag von € 30.222 führte. Der hieraus resultierende Buchgewinn in Höhe von € 183.300 wird nach IFRS über die Laufzeit der Leasingvereinbarung verteilt.

Entwicklung des Eigenkapitals für das Geschäftsjahr 1. Januar bis 31. Dezember 2006

	<u>Gezeichnetes Kapital</u> €	<u>Kapital- rücklage</u> €	<u>Bilanz- verlust</u> €	<u>SUMME</u> €
STAND 01.01.2004	130.082	8.971.275	-7.543.086	1.558.271
Jahresergebnis			-2.458.812	-2.458.812
Zuführung aus Optionsprogramm		142.589		142.589
STAND 31.12.2004	130.082	9.113.864	-10.001.898	-757.952
Jahresergebnis			-5.093.407	-5.093.407
Zuführung aus Optionsprogramm		290.075		290.075
Ausübung von Optionen	838			838
STAND 31.12.2005	130.920	9.403.940	-15.095.305	-5.560.445
Jahresergebnis			-4.424.506	-4.424.506
Zuführung aus Optionsprogramm		616.586		616.586
Kapitalerhöhung gegen Bareinlage vom 17. Januar	1.047.360			1.047.360
Kapitalerhöhung gegen Bareinlage vom 04. April	235.656	14.763.848		14.999.504
Kosten der Kapitalaufnahme		-1.082.303		-1.082.303
STAND 31.12.2006	1.413.936	23.702.071	-19.519.811	5.596.196

Entwicklung des Anlagevermögens für das Geschäftsjahr 1. Januar 2006 bis 31. Dezember 2006

	Anschaffungs- und Herstellungskosten (€)				Kumulierte Abschreibungen (€)				Buchwert (€)	
	01.01.2006	Zugänge	Abgänge	31.12.2006	01.01.2006	Abschreibung Geschäftsjahr	Abschreibung auf Abgänge	31.12.2006	31.12.2006	31.12.2005
A. Immaterielle Vermögenswerte										
Software	181.977	98.807	-55.550	225.234	-31.380	-82.087	55.550	-57.917	167.317	150.597
Patente und Lizenzen	48.132	11.401		59.533	-46.788	-895		-47.683	11.850	1.344
Selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte	391.923	840.957		1.232.880	-97.931	-78.385		-176.316	1.056.564	293.992
Immaterielle Vermögenswerte	622.032	951.165	-55.550	1.517.647	-176.099	-161.367	55.550	-281.916	1.235.731	445.933
B. Sachanlagen										
Technische Anlagen und Maschinen	44.232	18.670		62.902	-31.039	-5.376		-36.415	26.487	13.193
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	200.768	267.815	-49.866	418.717	-147.083	-77.329	49.861	-174.551	244.166	53.685
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung aus Finanzierungsleasing	516.790	299.427		816.217	-87.952	-225.607		-313.559	502.658	428.838
Sachanlagen	761.790	585.912	-49.866	1.297.836	-266.074	-308.312	49.861	-524.525	773.311	495.716

Entwicklung des Anlagevermögens für das Geschäftsjahr 1. Januar 2005 bis 31. Dezember 2005

	Anschaffungs- und Herstellungskosten (€)				Kumulierte Abschreibungen (€)					Buchwert (€)		
	01.01.2005	Zugänge	Abgänge	Umb- chungen	31.12.2005	01.01.2005	Abschreibung Geschäftsjahr	Abschreibung auf Abgänge	Abschreibung Umbuchungen	31.12.2005	31.12.2005	31.12.2004
A. Immaterielle Vermögenswerte												
Software	30.820	118.168	-384	33.373	181.977	-12.023	-19.741	384		-31.380	150.597	18.797
Patente und Lizenzen ...	48.132	0			48.132	-44.439	-2.349			-46.788	1.344	3.693
Selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte ..	294.641	97.282			391.923	-39.002	-58.929			-97.931	293.992	255.639
Geleistete Anzahlungen ..	33.373			-33.373	0	0				0	0	33.373
Immaterielle Vermögenswerte	406.966	215.450	-384	0	622.032	-95.464	-81.019	384	0	-176.099	445.933	311.502
B. Sachanlagen												
Technische Anlagen und Maschinen	385.388	17.463	-358.619		44.232	-197.768	-36.407	203.136		-31.039	13.193	187.620
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung ..	394.278	93.648	-287.158		200.768	-210.744	-95.856	159.517		-147.083	53.685	183.534
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung aus Finanzierungsleasing ..	0	516.790		0	516.790		-87.952			-87.952	428.838	0
Sachanlagen	779.666	627.901	-645.777	0	761.790	-408.512	-220.215	362.653	0	-266.074	495.716	371.154

Entwicklung des Anlagevermögens für das Geschäftsjahr 1. Januar 2004 bis 31. Dezember 2004

	Anschaffungs- und Herstellungskosten (€)				Kumulierte Abschreibungen (€)			Buchwert (€)		
	01.01.2004	Zugänge	Abgänge	31.12.2004	01.01.2004	Abschreibung Geschäftsjahr	Abschreibung auf Abgänge	31.12.2004	31.12.2004	31.12.2003
A. Immaterielle Vermögenswerte										
Software	14.026	31.093	-14.299	30.820	-6.675	-19.647	14.299	-12.023	18.797	7.351
Patente und Lizenzen	48.132			48.132	-34.813	-9.626		-44.439	3.693	13.319
Selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte	195.012	99.629		294.641		-39.002		-39.002	255.639	195.012
Geleistete Anzahlungen		33.373		33.373				0	33.373	0
Immaterielle Vermögenswerte	257.170	164.095	-14.299	406.966	-41.488	-68.275	14.299	-95.464	311.502	215.682
B. Sachanlagen										
Technische Anlagen und Maschinen	287.454	97.934		385.388	-134.360	-63.408		-197.768	187.620	153.094
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	413.436	168.269	-187.427	394.278	-266.659	-130.027	185.942	-210.744	183.534	146.777
Sachanlagen	700.890	266.203	-187.427	779.666	-401.019	-193.435	185.942	-408.512	371.154	299.871

Segmentberichterstattung für das Geschäftsjahr 1. Januar 2006 bis 31. Dezember 2006

	A-Serie (€)			C- Serie (€)			JDA (€)		
	31.12.2006	31.12.2005	31.12.2004	31.12.2006	31.12.2005	31.12.2004	31.12.2006	31.12.2005	31.12.2004
Anlagevermögen	1.221.670	353.767	255.550	223.025	80.059	54.780	516.904	444.865	362.555
Vorräte	878.535	343.075	197.025	0	0	0	0	0	0
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	877.530	157.803	78.059	259.547	2.256	38.113	162.768	1.102	199.530
Sonstiges Segmentvermögen	124.431	167.414	0	22.716	37.886	0	341.414	0	0
Wertpapiere, Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Segmentvermögen	3.102.166	1.022.059	530.634	505.288	120.201	92.893	1.021.086	445.967	562.085
	01.01.-	01.01.-	01.01.-	01.01.-	01.01.-	01.01.-	01.01.-	01.01.-	01.01.-
	31.12.2006	31.12.2005	31.12.2004	31.12.2006	31.12.2005	31.12.2004	31.12.2006	31.12.2005	31.12.2004
Umsatzerlöse	4.067.395	1.088.640	469.989	742.534	246.364	100.748	1.720.966	1.528.783	666.785
Herstellkosten des Umsatzes	-5.200.507	-1.778.807	-1.018.451	-227.234	-79.677	-126.778	-641.417	-606.504	-275.930
Bruttomarge	-1.133.112	-690.167	-548.462	515.300	166.687	-26.030	1.079.549	922.279	390.855

	Power Manager (€)			Sonstige Produkte (€)		
	31.12.2006	31.12.2005	31.12.2004	31.12.2006	31.12.2005	31.12.2004
Anlagevermögen	21.770	0	0	25.673	62.958	9.771
Vorräte	34.829	0	0	12.636	11.625	11.675
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	0	0	0	10.343	4.645	25.591
Sonstiges Segmentvermögen	0	0	0	0	5.065	1.686
Wertpapiere, Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	0	0	0	0	0	0
Segmentvermögen	<u>56.599</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>48.652</u>	<u>84.293</u>	<u>48.723</u>
	01.01. - 31.12.2006	01.01. - 31.12.2005	01.01. - 31.12.2004	01.01. - 31.12.2006	01.01. - 31.12.2005	01.01. - 31.12.2004
Umsatzerlöse	226.397	0	0	266.979	431.583	78.702
Herstellkosten des Umsatzes	-81.551	0	0	-343.880	-362.256	-109.017
Bruttomarge	<u>144.846</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>-76.901</u>	<u>69.327</u>	<u>-30.315</u>

	Ausgleichsposten (€)			Jahresabschluss (€)		
	31.12.2006	31.12.2005	31.12.2004	31.12.2006	31.12.2005	31.12.2004
Anlagevermögen	0	0	0	2.009.042	941.649	682.656
Vorräte	0	0	0	926.000	354.700	208.700
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	0	0	0	1.310.188	165.806	341.293
Sonstiges Segmentvermögen	958.878	604.930	351.309	1.447.439	815.295	352.995
Wertpapiere, Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	9.293.653	245.163	2.740.321	9.293.653	245.163	2.740.321
Segmentvermögen	<u>10.252.531</u>	<u>850.093</u>	<u>3.091.630</u>	<u>14.986.322</u>	<u>2.522.613</u>	<u>4.325.965</u>
	01.01. - 31.12.2006	01.01. - 31.12.2005	01.01. - 31.12.2004	01.01. - 31.12.2006	01.01. - 31.12.2005	01.01. - 31.12.2004
Umsatzerlöse	0	0	0	7.024.271	3.295.370	1.316.224
Herstellkosten des Umsatzes	0	0	0	-6.494.589	-2.827.244	-1.530.176
Bruttomarge	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>529.682</u>	<u>468.126</u>	<u>-213.952</u>
nicht den Produkten zuordenbare betriebliche Kosten	-4.565.216	-4.425.227	-2.640.605	-4.565.216	-4.425.227	-2.640.605
Betriebsergebnis	<u>-4.565.216</u>	<u>-4.425.227</u>	<u>-2.640.605</u>	<u>-4.035.534</u>	<u>-3.957.101</u>	<u>-2.854.557</u>
Finanzergebnis	-277.861	-1.066.306	432.483	-277.861	-1.066.306	432.483
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	<u>-4.843.077</u>	<u>-5.491.533</u>	<u>-2.208.122</u>	<u>-4.313.395</u>	<u>-5.023.407</u>	<u>-2.422.074</u>
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-111.111	-70.000	-36.738	-111.111	-70.000	-36.738
Ergebnis nach Steuern	<u>-4.954.188</u>	<u>-5.561.533</u>	<u>-2.244.860</u>	<u>-4.424.506</u>	<u>-5.093.407</u>	<u>-2.458.812</u>

Anhang

für das Geschäftsjahr 1. Januar 2006 bis 31. Dezember 2006

1. Allgemeine Informationen

Die SFC Smart Fuel Cell AG¹ (im Folgenden „SFC“ oder „Gesellschaft“) wurde mit Gesellschaftsvertrag vom 10.12.1999 unter der Firma Gigantus Vermögensverwaltung GmbH, Hallbergmoos, Deutschland, errichtet und am 21.12.1999 in das Handelsregister des Amtsgerichts München unter der Nummer B 128831 eingetragen.

Die Gesellschafterversammlung vom 28.02.2000 hat die Neufassung des Gesellschaftsvertrags und die Änderung der Firma in SFC Smart Fuel Cell GmbH beschlossen. Der Geschäftszweck der Gesellschaft wurde wie folgt geändert: „Gegenstand des Unternehmens ist die Entwicklung und Vermarktung von Energieversorgungssystemen und deren Komponenten für netzunabhängige Geräte auf Basis der Brennstoffzellen-Technologie. Die Gesellschaft kann Unternehmen ähnlicher Art gründen, erwerben, deren Vertretung übernehmen oder sich an ihnen beteiligen sowie Zweigniederlassungen errichten.“ Der Sitz der Gesellschaft wurde nach Brunntal bei München verlegt.

Am 14.05.2002 haben die Gesellschafter der SFC Smart Fuel Cell GmbH, Herr Manfred Stefener, Herr Jakob-Hinrich Leverkus, Herr Michael Negel, die PRICAP Venture Partners AG, die 3i Group Investments L.P. und die SOHO GmbH die Umwandlung der Gesellschaft in die Rechtsform der Aktiengesellschaft beschlossen. Die Firma der Gesellschaft lautet nach der Umwandlung „SFC Smart Fuel Cell AG“.

Grundlagen der Rechnungslegung

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2006 bzw. 2005 und 2004 wurde in Übereinstimmung mit den International Financial Reporting Standards (IFRS) aufgestellt. Die IFRS umfassen die vom International Accounting Standards Board verlautbarten IFRS, die International Accounting Standards (IAS) sowie die Interpretationen des International Financial Reporting Interpretations Committee (IFRIC) und des Standing Interpretations Committee (SIC).

Es handelt es sich um den Einzelabschluss der Gesellschaft, da die Gesellschaft keine Anteile an Tochterunternehmen hält. Alle für das Geschäftsjahr 2006 bzw. die Vergleichsgeschäftsjahre 2005 und 2004 gültigen Standards wurden angewendet. Der Jahresabschluss führt zur Vermittlung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der SFC. Standards wurden — wie nachfolgend beschrieben — teilweise auch vor ihrem Inkrafttreten angewendet.

Das Geschäftsjahr der Gesellschaft entspricht dem Kalenderjahr (01.01. bis 31.12.).

Der Jahresabschluss ist in Euro (€) dargestellt. Die Angaben in diesem Anhang erfolgen, soweit nicht anders vermerkt, in Euro (€). Wir weisen daraufhin, dass bei der Verwendung von gerundeten Beträgen und Prozentangaben aufgrund kaufmännischer Rundung Differenzen auftreten können.

Die Gewinn- und Verlustrechnung wird nach dem Umsatzkostenverfahren aufgestellt. Die zusätzlichen Angaben zum Material- und Personalaufwand sind im Anhang gesondert ausgewiesen.

Der Jahresabschluss wird am 04.04.2007 durch den Vorstand zur Veröffentlichung freigegeben.

Angewandte Rechnungslegungsstandards

Für das Geschäftsjahr 2006 und die Vergleichsgeschäftsjahre 2005 sowie 2004 wurden alle Rechnungslegungsstandards angewandt, die für Geschäftsjahre, die am oder nach dem 01.01.2006 beginnen, verpflichtend anzuwenden sind. Dies umfasst, neben den jeweils aktualisierten IAS, insbesondere auch:

- IFRS 1 „Erstmalige Anwendung der IFRS“
- IFRS 2 „Anteilsbasierte Vergütung“

(1) Sitz der Gesellschaft ist der Eugen-Sänger-Ring 4, 85649 Brunntal.

Der folgende, von der Gesellschaft ebenfalls bereits angewandte, Standard, ist verpflichtend erst für Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 01.01.2009 beginnen:

- IFRS 8 „Operative Segmente“

Die folgenden, bereits veröffentlichten, aber nicht verpflichtenden Standards und Interpretationen wurden nicht vorzeitig angewandt:

- Änderungen von IAS 1 „Darstellung des Abschlusses“: Die zusätzlichen Angabepflichten, die aus der Änderung von IAS 1 „Darstellung des Abschlusses“ resultierten, wurden im Abschluss nicht berücksichtigt. Die Änderungen sind für Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2007 beginnen, anzuwenden.
- IFRS 7 „Finanzinstrumente: Angaben“ (verpflichtend für Geschäftsjahre, die am oder nach dem 01.01.2007 beginnen): IFRS 7 konkretisiert und erweitert die Angabepflichten zu Finanzinstrumenten. Aus der erstmaligen Anwendung werden keine wesentlichen Auswirkungen auf die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage erwartet.
- IFRIC 7 „Anwendung des „Restatement Approach“ von IAS 29 „Rechnungslegung in Hochinflationenländern“: Diese Interpretation ist erstmals für das am oder nach dem 1. Januar 2007 beginnende Geschäftsjahr anzuwenden. Aus der erstmaligen Anwendung werden keine wesentlichen Auswirkungen auf die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage erwartet.
- IFRIC 8 „Anwendungsbereich von IFRS 2“: Diese Interpretation ist erstmals für Geschäftsjahre die am oder nach dem 1. Mai 2006 beginnen verpflichtend anzuwenden. Aus der erstmaligen Anwendung werden keine wesentlichen Auswirkungen auf die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage erwartet.
- IFRIC 9 „Neubeurteilung eingebetteter Derivate“: Diese Interpretation ist erstmals für Geschäftsjahre die am oder nach dem 1. Juni 2006 beginnen verpflichtend anzuwenden. Aus der erstmaligen Anwendung werden keine wesentlichen Auswirkungen auf die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage erwartet.
- IFRIC 10 „Zwischenberichterstattung und Wertminderungen“: Diese Interpretation ist erstmals für Geschäftsjahre die am oder nach dem 1. November 2006 beginnen verpflichtend anzuwenden. Aus der erstmaligen Anwendung werden keine wesentlichen Auswirkungen auf die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage erwartet.
- IFRIC 11 „Geschäfte mit eigenen Aktien und Aktien von Konzernunternehmen“: Diese Interpretation ist erstmals für Geschäftsjahre die am oder nach dem 1. März 2007 beginnen verpflichtend anzuwenden. Aus der erstmaligen Anwendung werden keine wesentlichen Auswirkungen auf die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage erwartet.

Die folgenden Standards wurden aufgrund fehlender Relevanz für die Gesellschaft nicht angewandt:

- IFRS 3 „Unternehmenszusammenschlüsse“
- IFRS 4 „Versicherungsverträge“
- IFRS 5 „Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und aufgegebenen Geschäftsbereiche“
- IFRS 6 „Exploration und Evaluierung von mineralischen Ressourcen“
- IAS 26 „Bilanzierung und Berichterstattung von Altersversorgungsplänen“
- IAS 27 „Konzern- und separate Abschlüsse nach IFRS“
- IAS 28 „Anteile an assoziierten Unternehmen“
- IAS 29 „Rechnungslegung in Hochinflationenländern“
- IAS 30 „Angaben im Abschluss von Banken oder ähnlichen Finanzinstitutionen“
- IAS 34 „Zwischenberichterstattung“
- IAS 40 „Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien“
- IAS 41 „Landwirtschaft“

Soweit diese Standards relevant gewesen wären, hätte eine Anwendung stattgefunden.

Erstmalige Anwendung von IFRS

Der Jahresabschluss der SFC zum 31.12.2006 ist der erste IFRS-Abschluss im Sinne des IFRS 1 „Erstmalige Anwendung von IFRS“. Bis zu diesem Zeitpunkt wurden Abschlüsse nach HGB veröffentlicht.

Der Abschluss beinhaltet zwei vollständige Vergleichsperioden, die Geschäftsjahre 2004 und 2005.

Der Übergangzeitpunkt im Sinne des IFRS 1 „Erstmalige Anwendung von IFRS“ ist der 01.01.2004.

Nach IFRS 1 „Erstmalige Anwendung von IFRS“ ist die Anpassung der Bilanzierung und Bewertung an die IFRS-Vorschriften zum 01.01.2004 grundsätzlich so vorzunehmen, als wenn schon immer nach IFRS bilanziert worden wäre. Als Ausnahme von der vollständigen retrospektiven Anwendung der zum Berichtszeitpunkt geltenden IFRS gewährt IFRS 1 „Erstmalige Anwendung von IFRS“ für den Übergangzeitpunkt („IFRS-Eröffnungsbilanz“) Erleichterungswahlrechte. Die SFC macht hierbei von den Erleichterungsvorschriften des IFRS 2 „Anteilsbasierte Vergütung“ Gebrauch. Wir verweisen dazu auf die Angaben zur anteilsbasierten Vergütung unter Punkt (37).

Die Auswirkungen der Umstellung von der bisherigen Rechnungslegung nach HGB auf IFRS auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage werden in den folgenden Überleitungsrechnungen dargestellt:

Überleitung des Eigenkapitals

	<u>01.01.2004</u>	<u>31.12.2006</u>
	in €	
Eigenkapital laut HGB	4.466.862	8.294.143
Stille Beteiligung	-1.671.353	-2.237.462
Eliminierung der Ingangsetzungsaufwendungen	-1.434.000	-969.500
Entwicklungskosten	0	766.523
Auftragsentwicklung	0	-454.646
Aktivierung von Patenten	195.012	290.041
Sale and Lease Back	0	-318.329
Sonstige	1.750	225.427
Latente Steuern	<u>0</u>	<u>0</u>
Eigenkapital laut IFRS	<u>1.558.271</u>	<u>5.596.196</u>

Überleitung des Periodenergebnisses

	<u>01.01.2006-</u> <u>31.12.2006</u>
	in €
Ergebnis laut HGB	-5.569.044
Entwicklungskosten	766.523
Eliminierung der Ingangsetzungsaufwendungen	664.000
Kosten der Kapitalbeschaffung	986.800
Aktienoptionen	-616.586
Auftragsentwicklung	-440.533
Stille Beteiligung	-227.305
Sale and Lease Back	-103.335
Aktivierung von Patenten	-3.951
Sonstige	118.925
Latente Steuern	<u>0</u>
Ergebnis laut IFRS	<u>-4.424.506</u>

Die SFC hat nach HGB keine Kapitalflussrechnung veröffentlicht. Daher ist eine Überleitung der Kapitalflussrechnung nicht erforderlich.

Wie aus den obigen Tabellen ersichtlich waren die folgenden wesentlichen Effekte durch die IFRS Umstellung zu verzeichnen:

- **Stille Beteiligungen:** Eine detaillierte Beschreibung der vertraglichen Konditionen findet sich unter Punkt (35) „Finanzinstrumente“. Im Wesentlichen ist die nach HGB als Verbindlichkeit erfasste stille Beteiligung gemäß IAS 39 „Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung“ in zwei Komponenten zu

zerlegen: die Beteiligung selbst, die als Verbindlichkeit unter Anwendung der Effektivzinsmethode bewertet wird und die gewinnabhängige Vergütung die nach IAS 39 „Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung“ als eingebettetes trennungspflichtiges Derivat zu klassifizieren und mit Marktwert zu bewerten war. Der Effekt auf das Eigenkapital ergibt sich im Wesentlichen aus dieser Marktbewertung;

- **Ingangsetzungsaufwendungen:** Die nach HGB zulässige Bilanzierungshilfe „Aufwendungen für die Ingangsetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebs“ erfüllt nicht die Definition eines Vermögenswerts im Sinne der IFRS und ist daher nach IFRS zu eliminieren;
- **Entwicklungskosten:** Aufwendungen für interne Entwicklungen sind nach IAS 38 „Immaterielle Vermögenswerte“ unter gewissen Voraussetzungen zu aktivieren und über die erwartete wirtschaftliche Nutzungsdauer abzuschreiben. Die Aktivierungsvoraussetzungen waren für einen Teil der Aufwendungen in 2006 erfüllt, somit fand eine Aktivierung statt. Vergleiche hierzu auch die Ausführungen zu „Immaterielle Vermögenswerte“ unter Punkt (2) „Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“;
- **Auftragsentwicklung:** Im Rahmen der Joint Development Agreements („JDA“) führt SFC Auftragsentwicklung durch. Die Realisierung der aus diesen Aufträgen resultierenden Umsatzerlöse erfolgt gemäß IAS 11 unter Anwendung der Teilgewinnrealisierungsmethode. Siehe hierzu auch „Umsatzrealisierung“ unter Punkt (2) „Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“;
- **Patente:** Externe Gebühren und Kosten die im Rahmen der Registrierung von intern erstellten Patenten angefallen sind werden unter IAS 38 „Immaterielle Vermögenswerte“ als direkte zurechenbare Herstellkosten der Patente aktiviert und über deren erwartete wirtschaftliche Nutzungsdauer von 5 Jahren abgeschrieben. Interne Kosten wurden für diese Patente nicht angesetzt, da diese nicht direkt den Patenten zurechenbar sind;
- **Sale and Lease back:** Im Geschäftsjahr 2005 veräußerte SFC einen Teil seines Anlagevermögens an die Compendium Leasing Beteiligungs GmbH und mietet es von dieser zurück. Der Leasingvertrag ist unter Anwendung der Kriterien des IAS 17 „Leasingverhältnisse“ als Finanzierungsleasing zu klassifizieren. Die Vermögenswerte sind daher weiterhin bei SFC im Anlagevermögen zu führen;
- **Kosten der Kapitalbeschaffung:** Die im Geschäftsjahr 2006 angefallenen Kosten im Rahmen der dritten Finanzierungsrunde werden nach IAS 32 „Finanzinstrumente: Angaben und Darstellung“ vom Eigenkapital abgesetzt und mit der Kapitalrücklage verrechnet;
- **Aktienoptionen:** Eine ausführliche Beschreibung des Aktienoptionsprogramms findet sich unter Punkt (36) „Anteilsbasierte Vergütung“;
- **Latente Steuern:** Wir verweisen hier auf die Erläuterungen zu „Latente Steuern“ unter dem Punkt (2) „Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“ sowie auf Punkt (10) „Steuern vom Einkommen und Ertrag“. Auf Grund der Wertberichtigung auf die aktiven latenten Steuern bis zur Höhe der passiven latenten Steuern entfällt ein Überleitungseffekt auf das Eigenkapital zum 01.01.2004.
- **Übrige:** Bei den übrigen Effekten handelt es sich im Wesentlichen um Effekte in Rückstellungen, wie die Abzinsung langfristiger Rückstellungen oder die Eliminierung von Aufwandsrückstellungen;

Verwendung von Annahmen und Schätzungen

Die Erstellung des Jahresabschlusses nach IFRS erfordert von der Unternehmensleitung bestimmte Annahmen, die Auswirkungen auf die Wertansätze der Vermögenswerte und Schulden, die Angabe von Eventualforderungen und -verbindlichkeiten zum Bilanzstichtag und die ausgewiesenen Erträge und Aufwendungen haben.

Die Annahmen und Schätzungen beziehen sich im Wesentlichen auf:

- Bewertung von **Rückstellungen**, insbesondere **Garantierrückstellungen**: Zur Bewertung der Rückstellungen werden Schätzungen des Managements herangezogen. Im Rahmen der gebotenen Vorsicht in den Schätzungen werden Unsicherheiten rückstellungserhöhend berücksichtigt. Für die Bewertung der Gewährleistungsrückstellung wird die Annahme getroffen, dass sich die Garantiekosten gleichmäßig über die Garantiefrist von 24 Monaten verteilen. Der Abzinsungsfaktor beträgt 4%. Für weitere Ausführungen und Angaben verweisen wir auf die Erläuterungen unter Punkt (24) „Sonstige Rückstellungen“.
- **Aktivierungspflicht** für selbst erstellte **immaterielle Vermögenswerte**: Basierend auf den Planungen und Einschätzungen des Managements werden Entwicklungskosten ab dem Geschäftsjahr 2006 aktiviert.

Insbesondere mit der Kapitalerhöhung im Geschäftsjahr 2006 wurde die langfristige Ausrichtung der SFC sichergestellt, die nötig ist, um aus den Resultaten der Entwicklungstätigkeit den entsprechenden Nutzen zu generieren. Für weitere Ausführungen und Angaben verweisen wir auf die Erläuterungen zu „Immateriellen Vermögenswerten“ unter Punkt (2) „Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“.

- Ansatz **aktiver latenter Steuern**, insbesondere auf Verlustvorträge: Auf steuerliche Verlustvorträge werden keine aktiven latenten Steuern gebildet, da das Vorhandensein zukünftiger steuerlicher Ergebnisse zur Nutzung der steuerlichen Verlustvorträge noch nicht ausreichend substantiiert nachgewiesen werden kann.
- Bewertung **eingebetteter Derivate** in Beteiligungsverträgen stiller Gesellschafter: Für nähere Ausführungen zu den eingebetteten Derivaten und den damit verbunden Annahmen über die Geschäftsentwicklung verweisen wir auf die ausführlichen Erläuterungen zu den stillen Beteiligungen unter Punkt (35) „Finanzinstrumente“.
- Bewertung von **Aktioptionen**: Die Gesellschaft hat verschiedenen Aktioptionsprogramme aufgelegt. Bzgl. der Erläuterung dieser Programme, der zu Grunde liegenden Annahmen sowie der daraus resultierenden Aufwände verweisen wir auf Punkt (36) „Anteilsbasierte Vergütung“.
- **Teilgewinnrealisierung**: Im Rahmen der Joint Development Agreements („JDA“) führt SFC Auftragsentwicklung durch. Hinsichtlich der Ertragserfassung verweisen wir auf Punkt (2) „Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“ sowie bzgl. der Buchwerte auf Punkt (29) „Verbindlichkeiten aus Percentage-of-Completion“.

Die sich tatsächlich in zukünftigen Perioden einstellenden Beträge können von den Schätzungen abweichen. Änderungen werden zum Zeitpunkt einer besseren Kenntnis erfolgswirksam berücksichtigt.

Währungsumrechnung

Die aus der Geschäftstätigkeit der Gesellschaft resultierenden Fremdwährungstransaktionen werden für Zwecke des Jahresabschlusses der SFC in Euro umgerechnet. Die Umrechnung erfolgt gemäß IAS 21 „Auswirkungen von Änderungen der Wechselkurse“ unter der Verwendung des Stichtagskurses. Gewinne oder Verluste, die aus der Fremdwährungsumrechnung entstehen, werden erfolgswirksam erfasst.

2. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Umsatzrealisierung

Die Gesellschaft erzielt im Wesentlichen Umsätze aus dem Verkauf von Produkten der A-Serie und Joint Development Agreements („JDA“). Bei der so genannten A-Serie bzw. dem Nachfolgeprodukt EFOY handelt es sich um das Serienprodukt, das vor allem im Freizeitbereich, insbesondere in Wohnmobilen und auf Booten, zum Einsatz kommt. Die Joint Development Agreements sind Auftragsentwicklungen, die von der Gesellschaft in Zusammenarbeit mit verschiedenen öffentlichen und privaten Auftraggebern durchgeführt werden. SFC entwickelt dabei auf die Bedürfnisse des Auftraggebers abgestimmte Brennstoffzellen.

Daneben werden Umsätze aus Verkäufen von Prototypen, der so genannten C-Serie, Tankpatronen und sonstigen Produkten generiert.

Langfristige Entwicklungsaufträge werden nach der Percentage-of-Completion Methode (PoC-Methode) bilanziert. Der anzusetzende Fertigstellungsgrad je Auftrag wird dabei durch das Verhältnis der aufgelaufenen Kosten zu den hochgerechneten Gesamtkosten (Cost-to-Cost-Methode) bestimmt. Ist das Ergebnis eines Fertigungsauftrages nicht zuverlässig hochrechenbar, werden Erlöse nur in Höhe der angefallenen Auftragskosten erfasst (Zero-Profit-Methode). Der Ausweis der Aufträge erfolgt unter den Forderungen bzw. Verbindlichkeiten aus Percentage-of-Completion. Soweit die kumulierten Leistungen (angefallene Auftragskosten und ausgewiesene Gewinne) die Anzahlungen im Einzelfall übersteigen, erfolgt der Ausweis der Fertigungsaufträge aktivisch unter den Forderungen aus Percentage-of-Completion. Verbleibt nach Abzug der Anzahlungen ein negativer Saldo, erfolgt der Ausweis unter den Verbindlichkeiten aus Percentage-of-Completion.

Die Erfassung der übrigen Umsätze erfolgt zum Zeitpunkt der Abholung durch den Kunden oder der für den Transport verantwortlichen Person, d.h. mit der Übertragung des wirtschaftlichen Eigentums auf den Kunden, sofern die Höhe der Erträge zuverlässig ermittelbar ist, der wirtschaftliche Nutzen wahrscheinlich zufließen wird und die in Zusammenhang mit dem Verkauf angefallenen Kosten zuverlässig bestimmt werden können. Die Umsätze werden mit der zu beanspruchenden Gegenleistung für den Verkauf und die Lieferung des Produktes an den Kunden angesetzt.

Aufwandsrealisierung

Die Herstellkosten der zur Erzielung der Umsatzerlöse erbrachten Leistung und betriebliche Aufwendungen werden mit Inanspruchnahme der Leistung bzw. zum Zeitpunkt ihrer Verursachung als Aufwand erfasst.

Immaterielle Vermögenswerte

Entgeltlich erworbene immaterielle Vermögenswerte werden zu Anschaffungskosten, vermindert um lineare Abschreibungen, angesetzt. Die Abschreibung immaterieller Vermögenswerte erfolgt grundsätzlich planmäßig über die wirtschaftliche Nutzungsdauer.

Die Abschreibungsdauern betragen für:

- ERP-Software 8 Jahre
- Software 3 Jahre
- Patente 5 Jahre
- Lizenzen 3 Jahre

Immaterielle Vermögenswerte mit einer unbestimmten Nutzungsdauer liegen nicht vor.

Entwicklungskosten werden gemäß IAS 38 „Immaterielle Vermögenswerte“ aktiviert, wenn ein neu entwickelter Vermögenswert eindeutig abgegrenzt werden kann, technisch realisierbar ist und entweder die eigene Nutzung oder die Vermarktung vorgesehen ist. Weiterhin setzt die Aktivierung voraus, dass die Entwicklungskosten mit hinreichender Wahrscheinlichkeit durch künftige Finanzmittelzuflüsse gedeckt werden und die für die Entwicklung angefallenen Ausgaben zuverlässig bewertet werden können. Aktivierte Entwicklungskosten werden planmäßig über die erwartete wirtschaftliche Nutzungsdauer der Vermögenswerte abgeschrieben. Falls die Voraussetzungen für eine Aktivierung nicht gegeben sind, werden die Aufwendungen im Jahr ihrer Entstehung ergebniswirksam verrechnet. Forschungskosten werden gemäß IAS 38 „Immaterielle Vermögenswerte“ als laufender Aufwand ausgewiesen.

Customizingkosten für die erworbene ERP-Software als Entwicklungskosten sind den immateriellen Vermögenswerten zugerechnet. Die Abschreibung erfolgt linear über die Nutzungsdauer der ERP-Software.

Sachanlagen

Sachanlagen werden zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen entsprechend der voraussichtlichen Nutzungsdauer, angesetzt. Die Anschaffungskosten enthalten neben den Einzelkosten angemessene Teile der zurechenbaren Gemeinkosten.

Abschreibungen auf das Sachanlagevermögen werden nach der linearen Methode vorgenommen.

Die Abschreibungsdauern betragen für:

- Technische Anlagen und Maschinen 3 - 8 Jahre
- Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung 3 - 13 Jahre

Zur Bilanzierung von Vermögenswerten aus Leasinggeschäften verweisen wir auf die Erläuterungen zu „Leasingverhältnisse“.

Fremdkapitalkosten

Fremdkapitalkosten gemäß IAS 23 werden nicht aktiviert.

Wertminderung von Vermögenswerten

Die Werthaltigkeit des aktivierten Buchwertes von immateriellen Vermögenswerten sowie von Vermögenswerten des Sachanlagevermögens wird auf Basis der zukünftig aus der Nutzung zu erwartenden Zahlungsströme (abgezinst mit einem risikoadäquaten Zinssatz) sowie auf Basis des Nettoveräußerungspreises überprüft (Impairment Test), wenn besondere Ereignisse oder Marktentwicklungen eine Korrektur der geschätzten Nutzungsdauer oder einen Wertverfall anzeigen. Des Weiteren erfolgt für noch nicht nutzungsbereite immaterielle Vermögenswerte jährlich eine Überprüfung auf Wertminderung. Falls der Nettobuchwert von Vermögenswerten größer ist als der erzielbare Betrag (höherer Wert aus Nutzungswert und Nettoveräußerungswert), wird eine außerplanmäßige Abschreibung durchgeführt. Bei der Festlegung der zukünftig zu erwartenden Zahlungsströme werden das aktuelle und zukünftig erwartete Ertragsniveau sowie geschäftsfeldspezifische,

technologische, wirtschaftliche und allgemeine Entwicklungen berücksichtigt. Wenn der Grund für eine früher durchgeführte außerplanmäßige Abschreibung entfällt, wird eine Zuschreibung auf die fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten vorgenommen.

In den Geschäftsjahren 2004, 2005 und 2006 mussten weder für immaterielle Vermögenswerte noch für Sachanlagen außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen werden.

Leasingverhältnisse

Leasingverträge werden als Finanzierungsleasing („Finance Leases“) klassifiziert, wenn durch die Leasingbedingungen im Wesentlichen alle mit dem Eigentum verbundenen Risiken und Chancen auf den Leasingnehmer übertragen werden. Alle anderen Leasinggeschäfte, d.h. Leasingverträge, bei denen das wirtschaftliche Eigentum beim Leasinggeber liegt, sind so genannte „Operate Leases“.

Die Gesellschaft hat eine Sale and Lease back Vereinbarung abgeschlossen, bei der es sich um ein Finanzierungsleasing handelt. Bei Vertragsabschluss werden die Vermögenswerte in Höhe des Barwerts der Mindestleasingzahlungen angesetzt und eine Verbindlichkeit in gleicher Höhe passiviert. In der Folge werden die Vermögenswerte um planmäßige Abschreibungen über die niedrigere aus wirtschaftlicher Nutzungsdauer und Vertragslaufzeit vermindert. Die Leasingzahlungen werden in einen Zins- und Tilgungsanteil aufgeteilt. Erträge aus dem Verkauf werden abgegrenzt und über die erwartete Laufzeit linear verteilt.

Änderungen an der Leasingvereinbarung werden, sofern sie nicht zu einer anderen Klassifizierung führen, als Änderungen von Schätzungen im Sinne des IAS 8 „Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden, Änderungen von Schätzungen und Fehler“ behandelt.

Die Miet- und Leasingzahlungen aus den Operating Leases der SFC werden linear über die Vertragslaufzeit erfolgswirksam erfasst. Die Bilanzierung der Leasinggegenstände erfolgt beim Leasinggeber.

Vorräte

Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe werden im Zeitpunkt des Zugangs mit ihren Anschaffungskosten zuzüglich Anschaffungsnebenkosten abzüglich Anschaffungspreisminderungen angesetzt. Fertige und unfertige Erzeugnisse werden mit ihren Herstellungskosten aktiviert. Diese enthalten neben den direkt zurechenbaren Kosten auch die einzubeziehenden Fertigungs- und Materialgemeinkosten.

In der Folge werden die Vorräte unter Berücksichtigung der erzielbaren Nettoveräußerungswerte am Bilanzstichtag bewertet. Als Verbrauchsfolgeverfahren die Methode des gewogenen Durchschnitts verwendet.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Forderungen und sonstige Vermögenswerte sind zum Nennwert bilanziert. Den erkennbaren Einzelrisiken wird durch angemessene Wertberichtigungen Rechnung getragen.

Zuwendungen der öffentlichen Hand

Die Zuwendungen der öffentlichen Hand umfassen Fördermittel für die Entwicklungsaktivitäten von SFC.

Zuwendungen für Vermögenswerte werden als Minderung der Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten des betroffenen Vermögenswertes bilanziert. In einem solchen Fall werden die Zuschüsse als Minderung der Forschungs- und Entwicklungskosten und der allgemeinen Verwaltungskosten ausgewiesen.

Die Erträge aus Zuschüssen, die sich nicht auf aktivierte Entwicklungskosten beziehen, werden direkt ergebniswirksam vereinnahmt und in den Perioden als sonstige betriebliche Erträge ausgewiesen, in welchen die damit im Zusammenhang stehenden Aufwendungen anfallen.

Latente Steuern

Aktive und passive latente Steuern werden entsprechend IAS 12 „Ertragsteuern“ nach der bilanzorientierten Verbindlichkeitsmethode für sämtliche temporäre Differenzen zwischen den steuerlichen und den IFRS Wertansätzen gebildet. Aktive latente Steuern auf Verlustvorträge werden gemäß IAS 12.34 nur in dem Maße angesetzt, als es wahrscheinlich ist, dass zukünftige steuerliche Gewinne entstehen werden, die eine Verrechnung dieser Verlustvorträge ermöglichen.

Die latenten Steuern werden auf Basis der Steuersätze ermittelt, die nach der derzeitigen Rechtslage zum Realisationszeitpunkt gelten.

Rückstellungen

Gemäß IAS 37 „Rückstellungen, Eventualschulden und Eventualforderungen“ werden Rückstellungen gebildet, soweit eine gegenwärtige Verpflichtung aus einem vergangenen Ereignis gegenüber Dritten besteht, die künftig wahrscheinlich zu einem Abfluss von Ressourcen führt und zuverlässig geschätzt werden kann. Dies bedeutet, dass die Eintrittswahrscheinlichkeit über 50% liegen muss. Die Rückstellungen werden für die erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen in Höhe ihres wahrscheinlichen Eintritts berücksichtigt und nicht mit Rückgriffsansprüchen verrechnet. Langfristige sonstige Rückstellungen werden abgezinst. Der Erfüllungsbetrag umfasst auch die am Bilanzstichtag zu berücksichtigenden Kostensteigerungen.

Rückstellungen für Gewährleistungsansprüche werden unter Zugrundelegung des bisherigen bzw. des geschätzten zukünftigen Schadenverlaufs gebildet. Garantie- bzw. Gewährleistungsverpflichtungen, die über die geschäftsüblichen Garantie-/Gewährleistungsverpflichtungen hinausgehen, bestehen nicht.

Finanzschulden und Verbindlichkeiten

Finanzielle Verbindlichkeiten sind nach IAS 39 „Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung“ im Zugangszeitpunkt zum beizulegenden Marktwert und in der Folge zu fortgeführten Anschaffungskosten auf Basis der Effektivzinsmethode passiviert. Der Effektivzins ist dabei der Zins, der diese Zahlungen auf die Anschaffungskosten der Verbindlichkeit abzinst. Finanzschulden ergeben sich aus zwei stillen Beteiligungen der Gesellschaft.

Trennungspflichtige eingebettete Derivate werden zum Fair Value bilanziert und als „Derivate mit negativem Marktwert“ separat in der Bilanz ausgewiesen.

Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie die sonstigen Verbindlichkeiten werden zum Rückzahlungsbetrag bilanziert.

Wertpapiere

Von der Gesellschaft gehaltene Industrieobligationen und Pfandbriefe werden freiwillig der Kategorie Fair Value through profit and loss zu geordnet. Demzufolge werden die Wertpapiere zu jedem Stichtag mit deren aktuellen Kurs laut Bankauszug bewertet. Wertschwankungen werden im Periodenergebnis erfasst. Reguläre Käufe und Verkäufe werden ihrem Kurs am Handelstag bewertet.

3. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

(1) Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse sind in der folgenden Übersicht dargestellt:

	<u>01.01.-31.12.2006</u>	<u>01.01.-31.12.2005</u>	<u>01.01.-31.12.2004</u>
	in €	in €	in €
Umsatzerlöse	7.024.271	3.295.370	1.316.224
davon aus PoC	1.720.966	1.528.783	666.785

Zur Verteilung der Umsatzerlöse auf die Produkte verweisen wir auf die Segmentberichterstattung und die zugehörigen Erläuterungen unter Punkt (40) „Angaben zur Segmentberichterstattung“ dieses Anhangs.

(2) Herstellkosten des Umsatzes

Die Herstellkosten des Umsatzes setzen sich wie folgt zusammen:

	<u>01.01.-31.12.2006</u>	<u>01.01.-31.12.2005</u>	<u>01.01.-31.12.2004</u>
	in €	in €	in €
Materialaufwand	4.535.945	1.461.202	577.316
Personalkosten	1.145.749	701.435	450.196
Gewährleistung	228.578	73.035	158.515
Abschreibungen	175.346	123.117	59.057
Transportkosten	142.815	83.291	56.741
Raumkosten	104.961	87.038	62.857
Beratung	43.208	114.002	97.304
Übrige	117.987	184.124	68.190
Gesamt	<u>6.494.589</u>	<u>2.827.244</u>	<u>1.530.176</u>

(3) Vertriebskosten

Die Vertriebskosten setzen sich wie folgt zusammen:

	<u>01.01.-31.12.2006</u>	<u>01.01.-31.12.2005</u>	<u>01.01.-31.12.2004</u>
	in €	in €	in €
Personalkosten	1.326.642	680.620	271.156
Werbe- und Reisekosten	1.185.400	227.282	261.352
Beratung/Provision	358.368	100.067	237.127
Übrige	274.375	133.067	146.258
Gesamt	<u>3.144.785</u>	<u>1.141.036</u>	<u>915.893</u>

(4) Forschungs- und Entwicklungskosten

Die Forschungs- und Entwicklungskosten setzen sich wie folgt zusammen:

	<u>01.01.-31.12.2006</u>	<u>01.01.-31.12.2005</u>	<u>01.01.-31.12.2004</u>
	in €	in €	in €
Personalkosten	1.269.326	1.544.252	1.166.291
Materialaufwand	536.637	810.722	571.336
Abschreibungen	101.331	139.604	161.678
Raumkosten	65.911	60.596	73.282
Beratung und Patente	63.578	17.115	75.304
Betriebsbedarf	32.292	50.474	41.123
Übrige	59.703	104.204	63.782
Aktivierung als selbsterstellte immaterielle Werte	-766.523	0	0
Verrechnung mit erhaltenen Zuschüssen	-923.686	0	0
Gesamt	<u>438.569</u>	<u>2.726.967</u>	<u>2.152.796</u>

(5) Allgemeine Verwaltungskosten

Die Bestandteile der Verwaltungskosten können folgender Übersicht entnommen werden:

	<u>01.01.-31.12.2006</u>	<u>01.01.-31.12.2005</u>	<u>01.01.-31.12.2004</u>
	in €	in €	in €
Personalkosten	659.056	559.223	195.477
Prüfungs- und Beratungskosten	171.311	180.768	56.309
Abschreibungen	81.101	24.506	32.901
Aufsichtsratsvergütung	76.250	70.349	46.270
Reisekosten	21.377	45.848	18.135
Bürobedarf	21.177	23.161	30.421
Übrige	205.719	134.707	-92.570
Verrechnung mit erhaltenen Zuschüssen	-137.246	0	0
Gesamt	<u>1.098.745</u>	<u>1.038.562</u>	<u>286.943</u>

(6) Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge setzen sich wie folgt zusammen:

	<u>01.01.-31.12.2006</u>	<u>01.01.-31.12.2005</u>	<u>01.01.-31.12.2004</u>
	in €	in €	in €
Erträge aus Sale and Lease Back	105.294	15.643	0
Periodenfremde Erträge	48.349	0	21.990
Öffentliche Zuschüsse	0	520.552	646.290
Wertänderung Wertpapiere	0	7.725	31.178
Übrige	38.830	34.826	49.644
Gesamt	<u>192.473</u>	<u>578.746</u>	<u>749.102</u>

Durch die Aktivierung der Entwicklungskosten ab dem Geschäftsjahr 2006, werden die öffentlichen Zuschüsse für diese Entwicklungskosten ab diesem Zeitpunkt von den Herstellkosten dieser aktivierten Entwicklungskosten abgesetzt und nicht mehr als sonstiger betrieblicher Ertrag in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen. Bei den Erträge aus Sale and Lease Back handelt es sich um die Auflösung der nach IFRS abgegrenzten Gewinne aus der Veräußerung der betroffenen Anlagen.

(7) Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen setzen sich wie folgt zusammen:

	<u>01.01.-31.12.2006</u>	<u>01.01.-31.12.2005</u>	<u>01.01.-31.12.2004</u>
	in €	in €	in €
Aufwendungen aus Kursdifferenzen	59.451	31.556	33.035
Periodenfremde Aufwendungen	16.134	58.893	0
Übrige	5	6.959	1.040
Gesamt	<u>75.590</u>	<u>97.408</u>	<u>34.075</u>

(8) Zinsen und ähnliche Erträge

Die Zinsen und ähnlichen Erträge können folgender Übersicht entnommen werden:

	<u>01.01.-31.12.2006</u>	<u>01.01.-31.12.2005</u>	<u>01.01.-31.12.2004</u>
	in €	in €	in €
Zwischengewinne Wertpapierverkäufe	156.446	13.368	56.018
Zinserträge festverzinslich	54.525	12.431	9.729
Wertänderung Derivate	0	0	915.086
Übrige	13.134	3.321	17.718
Gesamt	<u>224.105</u>	<u>29.120</u>	<u>998.551</u>

(9) Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Die Zinsen und ähnlichen Aufwendungen können folgender Übersicht entnommen werden:

	<u>01.01.-31.12.2006</u>	<u>01.01.-31.12.2005</u>	<u>01.01.-31.12.2004</u>
	in €	in €	in €
Zinsähnliche Aufwendungen	252.562	169.557	379.260
Wertänderung Derivate	61.900	739.057	0
Zinsen stille Beteiligung	186.803	186.802	186.803
Übrige	<u>700</u>	<u>10</u>	<u>5</u>
Gesamt	<u>501.966</u>	<u>1.095.426</u>	<u>566.068</u>

(10) Steuern vom Einkommen und Ertrag

Die Steuern vom Einkommen und Ertrag teilen sich wie folgt auf:

	<u>01.01.-31.12.2006</u>	<u>01.01.-31.12.2005</u>	<u>01.01.-31.12.2004</u>
	in €	in €	in €
Tatsächliche Steuern	111.111	70.000	36.738
Latente Steuern	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>
Gesamt	<u>111.111</u>	<u>70.000</u>	<u>36.738</u>

Die tatsächlichen Steuern betreffen ausschließlich ausländische Steuern aus einem Joint Development Agreement mit LG Chemicals Ltd.

Der Hebesatz für die Gewerbesteuer der Gemeinde Brunthal beträgt 330. Unter Berücksichtigung der in sich Abzugsfähigkeit der Gewerbesteuer ergibt sich somit ein Gewerbesteuersatz von 14,2% und ein Gesamtunternehmenssteuersatz einschließlich Körperschaftsteuer und Solidaritätszuschlag der SFC von 36,8%.

Der Bestand an aktiven und passiven latenten Steuern stellt sich wie folgt dar:

	<u>2006</u>	<u>2005</u>	<u>2004</u>
		in T€	
Steuersatz	36,80%	36,80%	36,80%
Aktive latente Steuern			
aus Forderungen aus Auftragsentwicklung	167.310	5.194	111.908
aus Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing	281.651	236.930	0
aus Verbindlichkeiten aus Derivaten	833.766	810.986	539.013
Wertberichtigung aktive latente Steuern	<u>-615.595</u>	<u>-641.522</u>	<u>-427.804</u>
Summe	<u>667.131</u>	<u>411.588</u>	<u>223.118</u>
Passive latente Steuern			
aus Immateriellen Vermögenswerten	418.504	142.648	98.172
aus Sachanlagen aus Finanzierungsleasing	184.978	157.812	0
aus sonstige Vermögenswerten	20.132	35.145	0
aus Stillen Beteiligungen	10.380	71.249	122.780
aus Rückstellungen	<u>33.137</u>	<u>4.734</u>	<u>2.166</u>
Summe	<u>667.131</u>	<u>411.588</u>	<u>223.118</u>

Zum Stichtag bestanden steuerliche Verlustvorträge in Höhe von ca. € 18.194.000 (2005: € 13.304.196 und 2004 € 9.148.355) für die Körperschaftsteuer sowie ca. € 17.215.000 (2005: € 12.511.333 und 2004: € 8.542.294) für die Gewerbesteuer. Auf steuerliche Verlustvorträge wurden keine aktiven latenten Steuern gebildet, da ein zukünftiger Nutzen aus diesen Verlustvorträgen noch nicht ausreichend substantiiert nachgewiesen werden kann. Wir verweisen auf die Erläuterungen zu den verwendeten Annahmen und Schätzungen in diesem Anhang. Bei den steuerlichen Verlustvorträgen handelt es sich ausschließlich um Verlustvorträge in Deutschland. Diese sind grundsätzlich unbegrenzt vortragsfähig.

Die folgende Tabelle zeigt die steuerliche Überleitungsrechnung von dem im jeweiligen Geschäftsjahr erwarteten Ertragsteuerertrag zum tatsächlich ausgewiesenen Steuerertrag lt. Gewinn- und Verlustrechnung.

	<u>2006</u>	<u>2005</u>	<u>2004</u>
		in T€	
Steuersatz	36,80%	36,80%	36,80%
Jahresergebnis	-4.313.395	-5.023.407	-2.422.074
Erwarteter Steueraufwand/-ertrag	-1.587.329	-1.848.614	-891.323
Abweichungen			
1. Nicht Ansatz aktiver latenter Steuern auf Verlustvorträge	1.750.760	1.724.621	816.628
2. Steuern aus permanenten Differenzen — nicht abzugsfähige Aufwendungen	39.396	39.396	34.965
3. Steuern aus permanenten Differenzen — IPO Kosten	-363.142	0	0
4. Nicht abzugsfähiger Aufwand aus Aktienoptionen	226.904	106.748	52.473
5. ausländische Steuern	70.222	44.240	23.218
6. Sonstige	-25.699	3.609	776
Steueraufwand/ertrag laut GuV	111.111	70.000	36.737

(11) Materialaufwand

Der Materialaufwand setzt sich wie folgt zusammen:

	<u>01.01.-31.12.2006</u>	<u>01.01.-31.12.2005</u>	<u>01.01.-31.12.2004</u>
	in €	in €	in €
Roh-, Hilfs- u. Betriebsstoffe und bezogene Waren	4.893.800	2.107.474	1.050.994
Bezogene Leistungen	283.685	242.384	137.996
Verrechnung mit erhaltenen Zuschüssen	-463.828	0	0
Gesamt	<u>4.713.657</u>	<u>2.349.858</u>	<u>1.188.990</u>

(12) Abschreibungen

Die vorgenommenen Abschreibungen auf das Anlagevermögen können der Entwicklung des Anlagevermögens entnommen werden.

Im Rahmen der Erstellung der Gewinn- und Verlustrechnung nach dem Umsatzkostenverfahren finden sich anteilige Abschreibungen in den Herstellkosten des Umsatzes, den Vertriebskosten, den Forschungs- und Entwicklungskosten und den allgemeinen Verwaltungskosten.

(13) Personalaufwand und Mitarbeiter

Der Personalaufwand setzt sich wie folgt zusammen:

	<u>01.01.-31.12.2006</u>	<u>01.01.-31.12.2005</u>	<u>01.01.-31.12.2004</u>
	in €	in €	in €
Löhne und Gehälter	2.852.027	2.592.167	1.571.800
Aufwand aus Aktienoptionen	616.586	290.075	142.589
Gesetzliche Sozialaufwendungen	514.668	386.899	266.992
Variablen/Prämien	317.942	180.238	26.700
Sonstige soziale Abgaben, Altersversorgung	90.127	82.003	55.079
Übrige	9.423	26.149	19.961
Aktivierung von Entwicklungskosten	-424.404	0	0
Verrechnung mit erhaltenen Zuschüssen	-573.781	0	0
Aktivierung von Softwarekosten	0	-72.000	0
Gesamt	<u>3.402.587</u>	<u>3.485.530</u>	<u>2.083.120</u>

Die durchschnittliche Mitarbeiteranzahl hat sich folgendermaßen entwickelt:

	<u>01.01.-31.12.2006</u>	<u>01.01.-31.12.2005</u>	<u>01.01.-31.12.2004</u>
Angestellte in Vollzeit	59	47	32
Angestellte in Teilzeit	5	1	1
Praktikanten/Diplomanden	11	20	20
Gesamt	<u>75</u>	<u>68</u>	<u>53</u>

4. Erläuterungen zur Bilanz

(14) Vorräte

Die Vorräte setzen sich wie folgt zusammen:

	<u>31.12.2006</u>	<u>31.12.2005</u>	<u>31.12.2004</u>
	in €	in €	in €
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	493.500	214.600	151.500
Unfertige Erzeugnisse	54.100	37.100	24.800
Fertige Erzeugnisse	<u>378.400</u>	<u>103.000</u>	<u>32.400</u>
Gesamt	<u>926.000</u>	<u>354.700</u>	<u>208.700</u>

Unter Berücksichtigung der erzielbaren Nettoveräußerungserlöse wurden folgende Abwertungen auf den Vorratsbestand vorgenommen:

	<u>31.12.2006</u>	<u>31.12.2005</u>	<u>31.12.2004</u>
	in €	in €	in €
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe — vor Abwertung	556.386	218.497	151.500
Bewertungsabschläge	<u>62.886</u>	<u>3.897</u>	<u>0</u>
Nettobuchwert	<u>493.500</u>	<u>214.600</u>	<u>151.500</u>
	<u>31.12.2006</u>	<u>31.12.2005</u>	<u>31.12.2004</u>
	in €	in €	in €
Unfertige und fertige Erzeugnisse — vor Abwertung	467.434	179.892	57.200
Bewertungsabschläge	<u>34.934</u>	<u>39.792</u>	<u>0</u>
Nettobuchwert	<u>432.500</u>	<u>140.100</u>	<u>57.200</u>

(15) Forderungen aus Lieferungen und Leistungen

Die Brutto-Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und die für Ausfallrisiken vorgenommenen Einzelwertberichtigungen stellen sich folgendermaßen dar:

	<u>31.12.2006</u>	<u>31.12.2005</u>	<u>31.12.2004</u>
	in €	in €	in €
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen — Brutto	1.310.188	175.261	367.489
Einzelwertberichtigungen	<u>0</u>	<u>9.455</u>	<u>26.196</u>
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen — Netto	<u>1.310.188</u>	<u>165.806</u>	<u>341.293</u>

Im Geschäftsjahr 2006 wurden keine Wertberichtigungen vorgenommen, da keine Forderungsausfälle zu verzeichnen waren und erwartet wurden.

Sämtliche Forderungen aus Lieferungen und Leistungen haben eine Restlaufzeit von weniger als einem Jahr.

(16) Forderungen gegenüber Gesellschafter

Bei den Forderungen gegenüber Gesellschafter handelt es sich um Forderungen gegenüber DuPont Chemical and Energy Operations, Inc. mit einer Laufzeit von unter einem Jahr.

(17) Forderungen an Finanzbehörden

Die Forderungen an Finanzbehörden beziehen sich auf Körperschaftsteuerrückforderungen.

(18) Sonstige kurzfristige Vermögenswerte und Forderungen

Die sonstigen kurzfristigen Vermögenswerte und Forderungen setzen sich wie folgt zusammen:

	<u>31.12.2006</u>	<u>31.12.2005</u>	<u>31.12.2004</u>
	in €	in €	in €
Forderungen aus Zuschüssen.....	147.146	205.000	0
Umsatzsteuerforderungen	80.641	80.265	90.966
Übrige.....	<u>71.571</u>	<u>298</u>	<u>26.853</u>
Gesamt	<u>299.359</u>	<u>285.564</u>	<u>117.819</u>

Die sonstigen Vermögenswerte und Forderungen haben eine Restlaufzeit von weniger als einem Jahr.

(19) Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente

Die Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente setzen sich aus Kassenbeständen und Guthaben sowie Geldmarktfonds und geldmarktnahen Fonds bei Kreditinstituten zusammen, die innerhalb von drei Monaten fällig sind und keinem wesentlichen Wertänderungsrisiko unterliegen. Des Weiteren sind Geldmarktfonds und geldmarktnahe Fonds enthalten, die jederzeit in Zahlungsmittel umgewandelt werden können und nur geringen Wertschwankungen unterliegen.

(20) Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente mit Verfügungsbeschränkung

In den Zahlungsmitteln sind Zahlungsmittel mit Verfügungsbeschränkung sind Festgelder mit einer ursprünglichen Restlaufzeit von mehr als drei Monaten in Höhe von € 45.320 (31.12.2005: € 31.320; 31.12.2004: € 56.920) enthalten, die für Avalkredite verpfändet wurden.

(21) Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten

Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten im Geschäftsjahr 2005 und 2006 betrifft im Wesentlichen abgegrenzte Kosten erwarteter Kapitalmaßnahmen. Im Falle der Durchführung sind diese Kosten vom Eigenkapital in Abzug zu bringen.

(22) Immaterielle Vermögenswerte

Hinsichtlich der Entwicklung der immateriellen Vermögenswerte verweisen wir auf die Entwicklung des Anlagevermögens.

Im Geschäftsjahr 2006 wurden Entwicklungskosten aktiviert und dabei den Entwicklungen zurechenbare öffentliche Zuschüsse mit den Kosten verrechnet. Dabei wurden Kosten von € 1.827.454 identifiziert und abzüglich darauf entfallender Zuschüsse von € 1.060.931 aktiviert. Somit ergaben sich aktivierte Kosten von € 766.523. Diese werden ab 2007 über die erwartete wirtschaftliche Nutzungsdauer planmäßig abgeschrieben.

(23) Sachanlagen

Die Entwicklung des Sachanlagevermögens ist in der Entwicklung des Anlagevermögens enthalten.

(24) Steuerrückstellungen

Die Steuerrückstellungen zum 31.12.2004 betreffen ausländische Ertragsteuern aus einem Joint Development Agreement mit LG Chemicals Ltd.

(25) Sonstige Rückstellungen

Die Entwicklung der sonstigen Rückstellungen ist in den folgenden Übersichten dargestellt:

	<u>01.01.2006</u>	<u>Zuführung</u>	<u>Aufzinsung</u>	<u>Verbrauch</u>	<u>Auflösung</u>	<u>31.12.2006</u>	davon mit einer Restlaufzeit > 1 Jahr
Gewährleistung	243.925	399.837	6.292	183.100		466.954	147.621
Drohverlust	28.000	2.100		28.000		2.100	
Verkaufsförderung	0	84.705				84.705	
Summe						<u>553.759</u>	<u>147.621</u>

	<u>01.01.2005</u>	<u>Zuführung</u>	<u>Aufzinsung</u>	<u>Verbrauch</u>	<u>Auflösung</u>	<u>31.12.2005</u>	davon mit einer Restlaufzeit > 1 Jahr
Gewährleistung	228.115	151.725	5.885	141.800		243.925	77.113
Drohverlust	0	28.000				28.000	
Summe						<u>271.925</u>	<u>77.113</u>

	<u>01.01.2004</u>	<u>Zuführung</u>	<u>Aufzinsung</u>	<u>Verbrauch</u>	<u>Auflösung</u>	<u>31.12.2004</u>	davon mit einer Restlaufzeit > 1 Jahr
Gewährleistungen	67.850	213.715	1.750	55.200		228.115	72.115

Teile der Gewährleistungsrückstellung beziehen sich auf langfristige Verpflichtungen. Dieser Anteil (31.12.2006: € 147.621, 31.12.2005: € 77.113 und 31.12.2004 € 72.115) wird als sonstige Rückstellung bei den langfristigen Verbindlichkeiten ausgewiesen. Der Ansatz erfolgt in Höhe des Barwerts der erwarteten Ausgaben. Zur Diskontierung wird ein Zinssatz von 4% zu Grunde gelegt.

Bei der gebildeten Drohverlustrückstellung in den Geschäftsjahren 2005 und 2006 erfolgt keine Abzinsung, da der Zinseffekt als unwesentlich einzustufen ist. Gleiches gilt für die bestehende Rückstellung für Verkaufsförderung zum 31.12.2006. Hierbei handelt es sich ebenfalls inhaltlich um eine Drohverlustrückstellung, da die jeweiligen Bestellungen bzw. Auftragsbestätigungsschreiben noch vor dem Bilanzstichtag ausgefertigt wurden.

(26) Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter

Bei den Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter handelt es sich um Verbindlichkeiten gegenüber DuPont Chemical and Energy Operations, Inc. mit einer Laufzeit von unter einem Jahr.

(27) Verbindlichkeiten aus Anzahlungen

Die Verbindlichkeiten aus Anzahlungen beziehen sich auf erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen und haben eine Restlaufzeit von weniger als einem Jahr.

(28) Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen

Sämtliche Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen haben eine Restlaufzeit von weniger als einem Jahr.

(29) Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing

Die Details zu den Mindestleasingzahlungen der betreffenden Sale and Lease back Vereinbarung ergeben sich insgesamt wie folgt:

	<u>31.12.2006</u>	<u>31.12.2005</u>	<u>31.12.2004</u>
	in €	in €	in €
Künftige Mindestleasingzahlungen			
< 1 Jahr	313.122	206.179	0
1 bis 5 Jahre	407.712	453.411	0
In den künftigen Mindestleasingzahlungen enthaltener Zinsanteil			
< 1 Jahr	25.326	16.676	0
1 bis 5 Jahre	66.453	77.735	0
Barwert der künftigen Mindestleasingzahlungen			
< 1 Jahr	287.796	189.503	0
1 bis 5 Jahre	341.258	375.676	0

Folgende Aufwendungen resultieren aus dem Finanzierungsleasing:

	<u>31.12.2006</u>	<u>31.12.2005</u>	<u>31.12.2004</u>
	in €	in €	in €
Zinsaufwand	71.589	20.935	0
Abschreibung	<u>225.607</u>	<u>87.952</u>	<u>0</u>
Erfasster Aufwand	<u>297.196</u>	<u>108.887</u>	<u>0</u>

Die Sale and Lease back Vereinbarung betrifft nahezu das gesamte IT-Equipment von SFC. Eine Kaufoption am Ende der Vertragslaufzeit besteht nicht.

Der Gesellschaft wurde die Möglichkeit eingeräumt, innerhalb des Vertrages zusätzliche Anlagegüter zu erwerben und in die Vereinbarung mit aufzunehmen. Hierfür wurden sogenannte Reinvestitionsperioden von jeweils 6 Monaten definiert. Die Ausnutzung eines solchen Reinvestitionsvolumens führt zu einer Verlängerung des Vertrags um jeweils 6 Monate.

Die monatliche Leasingrate richtet sich nach dem Finanzierungsvolumen und beträgt seit dem 01.06.2006 3,02% desselben. Eine Anpassung der Leasingrate erfolgt zu Beginn einer jeden Reinvestitionsperiode.

Aus Erweiterungen der Vereinbarung durch Investitionen resultierende Änderungen der Laufzeit werden in Übereinstimmung mit IAS 8 „Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden, Änderungen von Schätzungen und Fehler“ als Schätzungsänderung behandelt. Der daraus entstehende Effekt auf Vermögen und Schulden wird in diesen Bilanzpositionen erfasst. Die Auflösung des verbleibenden abgegrenzten Gewinns wird auf die neue Laufzeit angepasst. Analoges gilt für etwaige Anpassungen des monatlichen Mietzinses.

Aufgrund einer Überschreitung des vertraglich geregelten Reinvestitionsvolumens durch Investitionen im Januar 2006 besteht seit dem 01.06.2006 für diese Investitionen ein neuer Leasingvertrag, der ebenfalls als Finanzierungsleasing zu klassifizieren ist. Die Berechnungsgrundlage der monatlichen Leasingrate wurde entsprechend angepasst.

Seit dem 01.06.2006 wurden keine weiteren Vermögenswerte aus der Vereinbarung zugeführt, so dass sich keine weiteren Änderungen ergeben. Es ist beabsichtigt, die Vereinbarung bis zu deren Ablauf am 31.05.2009 fortzuführen.

(30) Verbindlichkeiten aus Percentage-of-Completion

Bei den Verbindlichkeiten aus Percentage-of-Completion wurden angefallene Auftragskosten einschließlich Ergebnisbeiträgen mit erhaltenen Anzahlungen verrechnet. Da in den Geschäftsjahren die erhaltenen Zahlungen die jeweils zu realisierenden Umsatzerlöse übersteigen, sind die überschüssenden Beträge als Verbindlichkeiten aus Percentage-of-Completion ausgewiesen.

	<u>31.12.2006</u>	<u>31.12.2005</u>	<u>31.12.2004</u>
	in €	in €	in €
Erhaltene Anzahlungen	2.175.612	1.542.895	729.686
Ausgewiesene Erlöse	1.720.966	1.528.782	666.585
Verbindlichkeiten aus Percentage-of-Completion	<u>454.646</u>	<u>14.113</u>	<u>63.101</u>
davon angefallene Auftragskosten	641.417	606.504	275.930

(31) Sonstige Verbindlichkeiten

Die sonstigen Verbindlichkeiten umfassen kurzfristige und langfristige Verbindlichkeiten.

Die kurzfristigen sonstigen Verbindlichkeiten setzen sich wie folgt zusammen:

	<u>31.12.2006</u>	<u>31.12.2005</u>	<u>31.12.2004</u>
	in €	in €	in €
Variablen / Prämien	204.800	146.200	26.700
Abfindungen	115.000	115.000	0
Ausstehender Urlaub	95.110	75.500	44.400
Lohnsteuer, Umsatzsteuer, Kapitalertragsteuer	81.309	95.078	40.960
Aufsichtsratsvergütung	62.083	40.833	31.270
Im Rahmen der sozialen Sicherheit	40.139	62.790	50.975
Überstunden	38.274	39.500	15.200
Arbeitnehmererfindungsvergütung	23.510	35.450	35.450
Berufsgenossenschaftsbeiträge	22.000	18.000	12.000
Übrige	<u>42.425</u>	<u>42.404</u>	<u>26.554</u>
Gesamt	<u>724.650</u>	<u>670.755</u>	<u>283.509</u>

Die langfristigen sonstigen Verbindlichkeiten beinhalten Verbindlichkeiten aus stillen Beteiligungen in Höhe von € 2.486.108 (31.12.2005: € 2.317.996; 31.12.2004: € 2.175.260). Weiterhin betreffen im Geschäftsjahr 2005 die langfristigen Verbindlichkeiten in Höhe von € 108.430 den langfristigen Teil der Verbindlichkeiten aus Abfindungen.

(32) Passiver Rechnungsabgrenzungsposten

Der passive Rechnungsabgrenzungsposten bezieht sich auf abgegrenzte Veräußerungsgewinne aus der Sale and Lease back Transaktion.

(33) Eigenkapital

Die Veränderung des Eigenkapitals der SFC ist in der Entwicklung des Eigenkapitals dargestellt.

Gezeichnetes Kapital

Das gezeichnete Kapital beträgt zum Bilanzstichtag € 1.413.936 (31.12.2005 € 130.920, 31.12.2004 € 130.082). Im Geschäftsjahr 2005 erfolgte eine Erhöhung durch die Ausübung ausgegebener Optionen in Höhe von € 838.

Auf der Hauptversammlung am 17.01.2006 wurde eine Barkapitalerhöhung um € 1.047.360 auf € 1.178.280 durch Ausgabe von 1.047.360 nennwertlosen Stammaktien mit einem rechnerischen Nennwert von € 1,00 beschlossen. Die neuen Aktien können von den bestehenden Vorzugs- und Stammaktionären im Verhältnis 8:1 gezeichnet werden.

Mit Beschluss der Hauptversammlung vom 15. März 2006 wurden die Aktien der Gesellschaft von Namensaktien in Inhaberaktien umgewandelt.

Im April 2006 wurde das gezeichnete Kapital im Rahmen der dritten Finanzierungsrunde um € 235.656 erhöht. Gleichzeitig wurden die bis dahin bestehenden Vorzugsaktien in Stammaktien umgewandelt. Die mit den Vorzugsaktien verbundene Liquidationspräferenz wurde dabei aufgehoben.

Nach Durchführung der dritten Finanzierungsrunde ist das Grundkapital aufgeteilt in 1.413.936 Stück Stammaktien.

Kapitalrücklage

Im Rahmen der dritten Finanzierungsrunde wurde von den neu aufgenommenen Gesellschaftern eine Zuzahlung in die Kapitalrücklage in Höhe von € 14.763.848 erbracht. Daneben erhöhte sich die Kapitalrücklage durch die Ausgabe von Aktienoptionen um € 616.586 (2005: € 290.075, 2004: € 142.589). Die Kosten der Eigenkapitalausgabe in 2006 wurden in Höhe von € 1.082.303 von der Kapitalrücklage in Abzug gebracht.

Bedingtes Kapital, genehmigtes Kapital

SFC verfügt über ein bedingtes Kapital in Höhe von € 5.376,00. Das bedingte Kapital dient der Auflegung eines Aktienoptionsprogramms für Mitglieder des Vorstands und Mitarbeiter der Gesellschaft, das die Gewährung von bis zu 5.376 Optionsrechten für den Erwerb von auf den Inhaber lautenden Stammaktien der Gesellschaft als nennwertlose Stückaktien mit einem rechnerischen Anteil am Grundkapital von € 1,00 mit einer Laufzeit bis zum 31. Dezember 2009 vorsieht.

Mit Beschluss der Hauptversammlung vom 1. Juli 2005 ist der Vorstand ermächtigt, das Grundkapital der Gesellschaft mit der Zustimmung des Aufsichtsrats einmal oder mehrmals um bis zu maximal € 1.186,00 durch Ausgabe von bis zu 1.186 neuen Stammaktien als nennwertlose, auf den Inhaber lautende Stückaktien gegen Bareinlage zwischen dem 1. Juli 2005 und dem 30. Juni 2010 zu erhöhen (Genehmigtes Kapital I). Der Ausgabepreis beträgt € 1,00 pro Stammaktie. Das Bezugsrecht der Aktionäre ist ausgeschlossen. Zur Zeichnung dieser 1.186 neuen Stammaktien wird ausschließlich Herr Dr. Jens Müller zugelassen.

Mit Beschluss der Hauptversammlung vom 17. Januar 2006 ist der Vorstand ermächtigt, das Grundkapital der Gesellschaft mit der Zustimmung des Aufsichtsrats einmal oder mehrmals um bis zu maximal € 9.488,00 durch Ausgabe von bis zu 9.488 neuen Stammaktien als nennwertlose, auf den Inhaber lautende Stückaktien gegen Bareinlage zwischen dem 1. Februar 2006 und dem 30. Juni 2010 zu erhöhen (Genehmigtes Kapital II). Der Ausgabepreis beträgt € 1,00 pro Stammaktie. Das Bezugsrecht der Aktionäre ist ausgeschlossen. Zur Zeichnung dieser 9.488 neuen Stammaktien wird ausschließlich Herr Dr. Jens Müller zugelassen.

Ferner wurde aufgrund der durchgeführten Kapitalerhöhung vom 17. Januar 2006 ein bedingtes Kapital II zur Anpassung an das erhöhte Grundkapital in Höhe des achtfachen bestehenden bedingten Kapitals geschaffen. Die Bedingungen des bedingten Kapitals II in Höhe von € 43.008,00 entsprechen den Konditionen des bestehenden bedingten Kapitals.

Mit Beschluss der Hauptversammlung vom 31. August 2006 ist der Vorstand ermächtigt, das Grundkapital der Gesellschaft mit der Zustimmung des Aufsichtsrats einmal oder mehrmals um bis zu maximal € 4.032,00 durch Ausgabe von bis zu 4.032 neuen Stammaktien als nennwertlose, auf den Inhaber lautende Stückaktien gegen Bareinlage zwischen dem 1. September 2006 und dem 31. August 2011 zu erhöhen (Genehmigtes Kapital III). Der Ausgabepreis beträgt € 1,00 pro Stammaktie. Das Bezugsrecht der Aktionäre ist ausgeschlossen. Zur Zeichnung dieser 4.032 neuen Stammaktien wird ausschließlich Herr Oliver Freitag zugelassen.

Gleichzeitig wurde das bedingte Kapital II von € 43.008,00 auf € 38.976,00 reduziert.

5. Sonstige Angaben

(34) Eventualverbindlichkeiten

Eventualverbindlichkeiten sind mögliche Verpflichtungen, die auf vergangenen Ereignissen beruhen und deren Existenz erst durch das Eintreten eines oder mehrerer ungewisser zukünftiger Ereignisse bestätigt wird, die jedoch außerhalb des Einflussbereichs der SFC liegen. Ferner stellen gegenwärtige Verpflichtungen dann Eventualverbindlichkeiten dar, wenn eine Inanspruchnahme hieraus nicht wahrscheinlich ist und/oder die Höhe der Verpflichtung nicht ausreichend zuverlässig geschätzt werden kann.

Im Rahmen von öffentlichen Projektförderungen wurden SFC in den Geschäftsjahren 2005 und 2006 nicht rückzahlbare zweckgebundene Zuwendungen ausbezahlt, die unter dem Vorbehalt der Sicherstellung der Gesamtfinanzierung des Vorhabens stehen. Bis zum erfolgreichen Abschluss der Projekte besteht hinsichtlich der bisher erhaltenen Zahlungen eine Eventualverbindlichkeit in Höhe von € 1.406.441 (31.12.2005: € 288.742, 31.12.2004: € 113.790).

In Zusammenhang mit dem Mietvertrag für die Geschäftsräume der Gesellschaft vom 23.11.2004 über die Nutzung von Büroräumen in Brunenthal (StartPoint) besteht eine Bürgschaft in Höhe von € 31.320, (31.12.2005: € 31.320, 31.12.2004: € 31.320).

Weiterhin besteht eine Bürgschaft gegenüber der Woltering GmbH aufgrund des Mietvertrages für Geschäftsräume vom 14.07.2006 über die Nutzung von Büroräumen und Parkplätzen im Eugen-Sänger-Ring 17, Brunthal, in Höhe von € 14.000 (31.12.2005: € 0, 31.12.2004: € 0).

(35) Sonstige finanzielle Verpflichtungen und Forderungen

Die sonstigen finanziellen Verpflichtungen ergeben sich aus den eingegangenen Miet- und Leasingverhältnissen.

Verpflichtung aus Operate Lease

Die Gesellschaft hat finanzielle Verpflichtungen aus Operate Lease, insbesondere aus den Mietverträgen für Geschäfts- und Büroräume sowie aus Leasingverträgen für Kraftfahrzeuge.

Im laufenden Geschäftsjahr wurden € 255.828 (2005: € 195.826, 2004: € 171.164) aus Operate Leasingverhältnissen aufwandswirksam erfasst.

Die Summe der künftigen Mindestleasingzahlungen aus den Operating Leases setzt sich nach Fälligkeit wie folgt zusammen:

	<u>€</u>
Operate Lease	
Mietzahlungen innerhalb 1 Jahres	298.083
Mietzahlungen zwischen 1 und 5 Jahren	374.894
Mietzahlungen > 5 Jahre	0

(36) Finanzinstrumente

Finanzinstrumente sind gemäß IAS 32 „Finanzinstrumente: Angaben und Darstellung“ Verträge, die bei einem Unternehmen zu einem finanziellen Vermögenswert und bei einem anderen Unternehmen zu einer finanziellen Verbindlichkeit oder zu einem Eigenkapitalinstrument führen.

In Verbindung mit Finanzinstrumenten können finanzwirtschaftliche Risiken, wie z.B. Währungs-, Ausfall- oder Liquiditätsrisiken, auftreten.

Währungsrisiko

SFC kauft zum Teil Komponenten in US-Dollar ein. Durch Vorbehalt einer Nachkalkulation in den entsprechenden Verträgen mit den Auftraggebern versucht die Gesellschaft, das Währungsrisiko zu begrenzen. Sollte der Euro aufwerten, mindert dies die preisliche Attraktivität von SFC-Produkten in Ländern mit schwacher Währung, was durch die dann niedrigeren Einkaufspreise teilweise kompensiert würde. Weitergehende Währungsrisiken bestehen nicht. In Asien konnte SFC bisher Euro-basierte Preise durchsetzen.

Ausfallrisiko

Ausfallrisiken resultierten hauptsächlich aus den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen. Die in der Bilanz ausgewiesenen Beträge verstehen sich abzüglich der Wertberichtigung für voraussichtlich uneinbringliche Forderungen, die seitens des Managements auf der Grundlage von Erfahrungen aus der Vergangenheit und des derzeitigen wirtschaftlichen Umfeldes geschätzt wurde. Wertberichtigungen werden vorgenommen, sobald eine Indikation besteht, dass Forderungen uneinbringbar sind. Die Indikationen beruhen auf intensiven Kontakten im Rahmen des Forderungsmanagements.

Zinsänderungsrisiko

Zinsänderungsrisiken können sich aus den beiden stillen Beteiligungen der Gesellschaft ergeben. Da die erwarteten Restlaufzeiten der Beteiligungen auf den 30.09.2007 determiniert sind und für SFC weiterhin ein Kündigungsrecht mit einer Frist von drei Monaten besteht, ist jedoch von keinem materiellen Risiko auszugehen.

Liquiditätsrisiko

Liquiditätsrisiken in Zusammenhang mit Finanzschulden sind nicht zu erwarten. Die stillen Einlagen werden mit einem fixen Zinssatz verzinst, Schwankungen sind somit nicht wahrscheinlich. Die Tilgung der Finanzschulden soll im Rahmen des geplanten Börsengangs der SFC im Geschäftsjahr 2007 erfolgen.

Stille Beteiligungen

Technologie Beteiligungsfonds Bayern GmbH & Co KG

SFC hat zu 22.11.2000 mit dem Technologie Beteiligungsfonds Bayern GmbH & Co KG („BayKap“) einen Vertrag über eine stille Beteiligung in Höhe von € 1.022.584 abgeschlossen.

Die stille Einlage wird, mit einem fixen Zinssatz in Höhe von 8% p.a. verzinst. Weiterhin erhält BayKap 12% der erwirtschafteten Jahresüberschüsse der SFC — mindestens jedoch 4% des Nominalkapitals und maximal 10% des Nominalkapitals.

Zum Ende der Beteiligungszeit hat BayKap weiterhin ein Recht auf eine einmalige Vergütung in Höhe von 30% des Nominalbetrags der Beteiligung zuzüglich von 9% des Beteiligungsbetrages für jedes volle über das fünfte Beteiligungsjahr hinausgehende Beteiligungsjahr. Bei der Ermittlung dieser Endvergütung werden die bis zu diesem Zeitpunkt gezahlten Gewinnbeteiligungen angerechnet. Sollten die bisher gezahlten Gewinnbeteiligungen überschreiten, erfolgt keine Erstattung durch BayKap. Eine Verlustbeteiligung durch BayKap ist grundsätzlich ausgeschlossen.

Bei der Ausübung des Rechts auf die Endvergütung unterliegt BayKap der Beschränkung, dass sie diese nur ausüben darf, wenn dies nach ihrer Ansicht aufgrund der gesamten wirtschaftlichen Verhältnisse der SFC, insbesondere jedoch aufgrund der in den letzten drei Jahren vor Beendigung des Beteiligungsverhältnisses erzielten Gewinne und während der Beteiligung gebildeten stillen Reserven angemessen erscheint.

Die SFC kann die stille Beteiligung mit einer Frist von 3 Monaten zu den Zinszahlungsterminen kündigen.

Weiterhin hat BayKap im Falle eines Börsengangs das Recht die Endvergütung gegen Aktien der SFC zu tauschen. Der Ausübungspreis liegt bei 80% des Mindestpreises der Bookbuilding Spanne.

Folgende trennungspflichtige, eingebettete Derivate liegen in der stillen Beteiligung vor:

- Verkaufte amerikanische Calls auf 12% des Gewinns mit Ausübungspreis € 40.903,35 (Betrag der Mindestgewinnbeteiligung, die schon im Darlehen berücksichtigt wird)
- Gekaufte amerikanische Caps auf mit einem Ausübungspreis von € 102.258,38 (10% des Nominalbetrages).
- Verkaufte amerikanische Put auf den Gewinn mit Ausübungspreis 30% des Nominalvolumens zzgl. 9% pro Jahr ab dem fünften Beteiligungsjahr
- Gekaufter Put auf den Effektivzins des Darlehens (Kündigungsoption durch SFC zu jedem Zinszahlungstermin)

tbG Technologie-Beteiligungs-Gesellschaft mbH

SFC hat zu 09.05.2000 mit der Technologie-Beteiligungsgesellschaft mbH der Deutschen Ausgleichsbank („tbG“) zwei im Wesentlichen identische Verträge über stille Beteiligungen in Höhe von jeweils € 750.000 abgeschlossen.

Die stillen Einlagen werden mit einem fixen Zinssatz in Höhe von 7% p.a. verzinst. Die Zinszahlungen sind halbjährlich im Nachhinein jeweils zum 31.03. und 30.09. fällig. Weiterhin erhält die tbG 15% der seit dem Abruf erwirtschafteten Jahresüberschüsse der SFC.

Zum Ende der Beteiligungszeit hat die tbG weiterhin ein Recht auf eine einmalige Vergütung in Höhe von 30% des Nominalbetrags der Beteiligung zuzüglich von 6% des Beteiligungsbetrages für jedes volle über das fünfte Beteiligungsjahr hinausgehende Beteiligungsjahr. Bei der Ermittlung dieser Endvergütung werden die bis zu diesem Zeitpunkt gezahlten Gewinnbeteiligungen angerechnet. Sollten die bisher gezahlten Gewinnbeteiligungen überschreiten, erfolgt keine Erstattung durch die tbG. Eine Verlustbeteiligung durch die tbG ist gemäß § 8 Abs. 5 grundsätzlich ausgeschlossen.

Bei der Ausübung des Rechts auf die Endvergütung unterliegt die tbG der Beschränkung, dass Sie diese nur ausüben darf, wenn dies nach ihrer Ansicht aufgrund der gesamten wirtschaftlichen Verhältnisse der SFC, insbesondere jedoch aufgrund der in den letzten drei Jahren vor Beendigung des Beteiligungsverhältnisses erzielten Gewinne und während der Beteiligung gebildeten stillen Reserven angemessen erscheint.

Die SFC kann die stille Beteiligung mit einer Frist von 3 Monaten zu den Zinszahlungsterminen kündigen.

Folgende trennungspflichtige, eingebettete Derivate liegen in der stillen Beteiligung vor:

- Verkaufte amerikanische Calls auf 15% des Gewinns mit Ausübungspreis €0.
- Verkaufte amerikanische Put auf den Gewinn mit Ausübungspreis 30% des Nominalvolumens zzgl. 6% pro Jahr ab dem fünften Beteiligungsjahr
- Kündigungsoption durch SFC zu jedem Zinszahlungstermin

Bewertung

Die identifizierten Derivate wurden mit dem Black-Scholes Optionspreismodell bewertet. Der Marktwert der Derivate wurde zu allen Stichtagen in der Bilanz als Verbindlichkeit aus Derivaten ausgewiesen. Wertschwankungen wurden erfolgswirksam im Periodenergebnis erfasst.

Die eigentliche stille Beteiligung wird als finanzielle Verbindlichkeit mit fortgeführten Anschaffungskosten unter Anwendung der Effektivzinsmethode bewertet. Hierfür werden die Cash Flows der Beteiligung — korrigiert um die den Derivaten zuzuordnen enden Cash Flows und unter Einbeziehung der relevanten Transaktionskosten — zu jedem Stichtag mit dem ursprünglichen Effektivzins diskontiert. Der ursprüngliche Effektivzins entspricht dem Zinssatz, bei dem die Summe der Barwerte aller Cash Flows genau null ergibt.

Die Differenz zwischen den fortgeführten Anschaffungskosten zweier Perioden wird erfolgswirksam als Amortisierungserfolg erfasst und korrigiert den vertraglichen Zinsaufwand. Stückzinsen bzw. anteilige Zinsen werden nicht gesondert in einem Rechnungsabgrenzungsposten, sondern bei der eigentlichen Verbindlichkeit gezeigt.

Da ab dem 31.12.2004 mit einem Börsengang im September 2007 gerechnet wurde, wurden die Cash Flow Erwartungen zum 31.12.2004 entsprechend angepasst. Dies führte zu einer erhöhten Amortisierung.

Die Marktwerte der eingebetteten Derivate entsprechen ihren Buchwerten. Die Marktwerte der eigentlichen stillen Beteiligungen sind der folgenden Übersicht zu entnehmen:

	<u>31.12.2006</u>	<u>31.12.2005</u>	<u>31.12.2004</u>
	in €	in €	in €
Marktwerte der stillen Beteiligungen	<u>-2.419.553</u>	<u>-2.253.592</u>	<u>-2.103.706</u>

Wertpapiere

31.12.2004

Der von der Gesellschaft am 31.12.2004 für Wertpapiere ausgewiesene Betrag i.H.v. € 680.965 beinhaltet die folgenden Industrieanleihen von DaimlerChrysler und der Deutschen Telekom:

	<u>Erwerbs-</u> <u>zeitpunkt</u>	<u>Ende der</u> <u>Laufzeit</u>	<u>Nominalwert</u>	<u>Nominalzins</u>	<u>Erwerbiskurs</u>	<u>Stichtagskurs</u>
DaimlerChrysler AG . . .	26.05.2004	23.06.2005	350.000	5,75%	103,43	101,30
Deutsche Telekom AG	26.05.2004	30.09.2005	350.000	5,50%	103,86	102,15

Die Industrieanleihe der DaimlerChrysler AG wurde bis zur Endfälligkeit am 23.06.2005 gehalten. Die Veräußerung der Industrieanleihe der Deutsche Telekom AG erfolgte zu € 130.000 Nominalwert am 25.04.2005 und zu € 100.000 Nominalwert am 13.05.2005. Die verbleibenden Anteile wurde bis zur Endfälligkeit am 30.09.2005 gehalten.

Die Industrieanleihen wurden freiwillig der Kategorie „Fair Value Through Profit and Loss“ zugeordnet. Entsprechend wurden sie mit ihrem beizulegenden Zeitwert bewertet.

31.12.2006

Der von der Gesellschaft am 31.12.2006 für Wertpapiere ausgewiesene Betrag i.H.v. € 2.999.550,00 umfasst die folgenden Pfandbriefe:

	<u>Erwerbszeitpunkt</u>	<u>Ende der Laufzeit</u>	<u>Nominalwert</u>	<u>Kupon</u>	<u>Erwerbskurs</u>	<u>Stichtagskurs</u>
Landesbank Hessen						
Thüringen	18.07.2006	03.08.2007	750.000	4,750	101,40	100,42
Hypothekenbank Essen	18.07.2006	25.07.2007	750.000	2,750	99,44	99,33
Düsseldorfer						
Hypothekenbank	18.07.2006	04.07.2007	750.000	3,750	100,34	99,81
DEPFA Bank plc	18.07.2006	16.07.2007	750.000	4,750	101,35	100,38

Die Pfandbriefe wurden ebenfalls freiwillig der Kategorie „Fair Value Through Profit and Loss“ zugeordnet. Entsprechend den Regelungen des IAS 39 „Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung“ wurden sie somit bei erstmaligem Ansatz zu ihrem beizulegenden Zeitwert exkl. Transaktionskosten bewertet. Zum Stichtag wurden die Pfandbriefe ebenfalls zu ihrem beizulegenden Zeitwert in Höhe von € 2.999.550 bewertet. Die daraus resultierende Auflösung des Agios in Höhe von € 12.150 wurde im Periodenergebnis erfasst.

(37) Anteilsbasierte Vergütung

Die Vereinbarung zur aktienbasierten Vergütung bezieht sich auf den Vorstand und sonstige Mitarbeiter der SFC.

Die Anzahl der in der folgenden Tabelle angegebenen Optionen der Tranche 1, 2, 3, 4 und 6 entspricht dem 9-Fachen der ursprünglich ausgegebenen Optionen. Diese Anpassung ergibt sich aus der im Rahmen der Hauptversammlung vom 17. Januar 2006 durchgeführten Erhöhung des Grundkapitals der Gesellschaft, die eine entsprechende Erhöhung des bedingten Kapitals nach sich zog, um eine entsprechende Erhöhung der Gewährung von Bezugsrechten zu ermöglichen. Die Optionen der Tranche 3 wurden bereits vor der Kapitalerhöhung ausgeübt und wurden daher nicht an die Kapitalerhöhung angepasst. Die Optionen der Tranche 7 wurden erst nach der Kapitalerhöhung ausgegeben.

	<u>Tranche 1</u>	<u>Tranche 2</u>	<u>Tranche 3</u>	<u>Tranche 4</u>	<u>Tranche 5</u>	<u>Tranche 6</u>	<u>Tranche 7</u>
Tag der Gewährung	22.07.2003	19.10.2004	08.06.2005	13.06.2005	01.07.2005	17.07.2006	30.09.2006
Ursprünglich Ausgegebene							
Optionen	950	376	866	1.165	1.186	5.640	4.032
Ausübungspreis (€)	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00
Zu Beginn der Berichtsperiode 2004 ausstehende Optionen (1.1.2004)	950	0	0	0	0	0	0
In der Berichtsperiode 2004 gewährte Optionen	0	376	0	0	0	0	0
Ausübbare Optionen zum 31.12.2004	0	0	0	0	0	0	0
Zu Beginn der Berichtsperiode 2005 ausstehende Optionen (1.1.2005)	950	376	0	0	0	0	0
In der Berichtsperiode 2005 gewährte Optionen	0	0	866	1.165	1.186	0	0
In der Berichtsperiode 2005 verwirkte Optionen	0	56	0	414	0	0	0
In der Berichtsperiode 2005 ausgeübte Optionen	838	0	750	0	0	0	0
Ausübbare Optionen zum 31.12.2005	112	0	116	0	1.186	0	0

	<u>Tranche 1</u>	<u>Tranche 2</u>	<u>Tranche 3</u>	<u>Tranche 4</u>	<u>Tranche 5</u>	<u>Tranche 6</u>	<u>Tranche 7</u>
Zu Beginn der Berichtsperiode							
2006 ausstehende Optionen (1.1.2006)	112	320	116	751	1.186	0	0
Ausstehende Optionen (nach Kapitalerhöhung)	1.008	2.880	116	6.759	10.674	0	0
In der Berichtsperiode 2006 gewährte Optionen	0	0	0	0	0	5.640	4.032
In der Berichtsperiode 2006 verwirkte Optionen	0	396	0	729	0	723	0
In der Berichtsperiode 2006 ausgeübte Optionen	0	0	116	0	0	0	0
Am Ende der Berichtsperiode 2006 ausstehende Optionen (31.12.2006)	1.008	2.484	0	6.030	10.674	4.917	4.032
Ausübbar Optionen zum 31.12.2006	1.008	2.484	0	0	10.674	0	4.032
Maximale Laufzeit	6,45 Jahre	5,20 Jahre	10,57 Jahre	4,55 Jahre	5,00 Jahre	3,46 Jahre	4,92 Jahre

Die Aktienoptionen weisen zum Stichtag 31. Dezember 2006 folgende maximale vertragliche Laufzeiten auf:

	<u>Ausgabezeitpunkt</u>	<u>Laufzeitende</u>	<u>Restlaufzeit (in Jahren)</u>
Tranche 1	22.07.2003	31.12.2009	3,00
Tranche 2	19.10.2004	31.12.2009	3,00
Tranche 3	08.06.2005	31.12.2015	9,01
Tranche 4	13.06.2005	31.12.2009	3,00
Tranche 5	01.07.2005	30.06.2010	3,50
Tranche 6	17.07.2006	31.12.2009	3,00
Tranche 7	30.09.2006	31.08.2011	4,67

Allgemeine Vertragsbedingungen

Tranche 1, 2, 4 und 6

- Die Ausübung der Optionsrechte ist erstmals nach Ablauf einer Wartezeit von 2 Jahren möglich.
- Nach Ablauf der Wartezeit ist die Ausübung nur innerhalb von 10 Bankarbeitstagen nach Feststellung des Jahresabschlusses, an den 10 ersten Bankarbeitstagen des Monats Dezember und, im Falle einer Börsennotierung, zusätzlich innerhalb von 10 Bankarbeitstagen nach der Veröffentlichung der Quartalszahlen möglich
- Die Optionsrechte können nicht ab dem zehnten Bankarbeitstag vor einer Hauptversammlung oder in den zehn Börsenhandelstagen vor der Bilanzpressekonferenz und den Quartalsberichtsterminen ausgeübt werden.
- Bei Beendigung des Arbeits- bzw. Dienstverhältnis können die Optionsrechte, die zum Beendigungsdatum bereits ausübbar sind, in dem auf das Beendigungsdatum nächstfolgenden Ausübungsfenster ausgeübt werden. Geschieht dies nicht, verfallen diese ersatzlos.
- Im Falle eines Formwechsels oder einer Umstrukturierung, bei der die Gesellschaft nicht fortbesteht, entfallen die Optionsrechte vollständig und ersatzlos, außer der Vorstand beschließt in Abstimmung mit dem Aufsichtsrat die Zahlung einer Abfindung.
- Im Falle der Veräußerung einer mehrheitsvermittelnden Anzahl von Aktien der Gesellschaft an einen oder mehrerer Dritte, bevor die Aktien an einer Wertpapierbörse zum amtlichen Handel zugelassen wurden (Trade Sale), gilt folgendes. Für den Teil der Optionsrechte, der zum Zeitpunkt des Trade Sale bereits ausübbar war, erhält der Bezugsberechtigte eine Abfindung. Die zum Zeitpunkt des Trade Sale noch nicht ausübbar Optionsrechte verfallen ohne Zahlung einer Abfindung vollständig und ersatzlos, außer der Vorstand beschließt in Abstimmung mit dem Aufsichtsrat eine andere Regelung..
- Die Berechtigten sind zu einer Veräußerung von 50% der erhaltenen Aktien frühestens 12 Monate nach Ausübung der Option berechtigt („Sperrfrist“). Beabsichtigten die Berechtigten nach Ablauf der

Sperrfrist die Aktien ab dem ersten Handelstag nach dem erfolgten Börsengang zu veräußern, so bedarf dies einer Zustimmung der Gesellschaft, die bei berechtigtem Interesse verweigert werden kann. Die Berechtigten sind des Weiteren verpflichtet, auf Verlangen der Gesellschaft gegenüber dieser unverzüglich eine dem jeweils gültigen Regelwerk der jeweiligen Börse, an welcher die Gesellschaft notiert ist, entsprechende Verpflichtungserklärungen zum Veräußerungsverbot abzugeben.

Tranche 3 und 5

- Die Ausübung der Optionsrechte ist an keine Wartezeit gebunden. Es besteht daher die Möglichkeit der sofortigen Ausübung.
- Soweit der Vorstandsanstellungsvertrag vor dem 31. Oktober 2007 endet, kann die Gesellschaft verlangen, dass eine Übertragung der Aktien auf die Gesellschaft oder eine durch die Gesellschaft benannte Person erfolgt. Die Anzahl der hierunter fallenden Aktien beträgt 24 Aktien (Tranche 3) bzw. 24 Aktien zuzüglich 264 Aktien (Anpassung nach Kapitalerhöhung) und 33 Aktien (Tranche 5) je Monat zwischen der Beendigung des Dienstverhältnisses und dem 31. Dezember 2007 (Tranche 3) bzw. 31. Oktober 2007 (Tranche 5). Diese Klausel findet keine Anwendung nach Beendigung des Dienstverhältnisses nach einem Trade Sale oder IPO.
- Aus obigen Bestimmungen wurde abgeleitet, dass der Erdienungszeitraum dem Zeitraum vom Tag der Gewährung der jeweiligen Tranche bis zum 31. Oktober 2007 (Tranche 3) bzw. dem 30. September 2007 (Tranche 5) handelt, da ab diesen Zeitpunkten keine Aktien mehr von der Gesellschaft zurück verlangt werden können.

Tranche 7

- Die Ausübung der Optionsrechte ist an keine Wartezeit gebunden. Es besteht daher die Möglichkeit der sofortigen Ausübung.
- Der Berechtigte verzichtet im Rahmen dieser Vereinbarung auf das Recht der Ausübung aller Aktienoptionen, die ihm bereits im Rahmen anderer Programme gewährt wurden und ebenso auf die Gewährung weiterer Aktienoptionen im Rahmen der bestehenden Aktienoptionsprogramme.

Alle Aktionäre und Aktienoptionsinhaber der SFC AG unterliegen seit dem 29. März 2006 zusätzlich einer Lock Up Periode von 18 Monaten, welche die Veräußerung von Aktien über den Open Market der Deutsche Börse AG verhindert. Im Falle eines Börsengangs oder eines Trade Sales endet der Lock Up automatisch.

Die erwarteten beizulegenden Werte für die Aktienoption der Tranchen 1 bis 7 sind im Folgenden dargestellt:

<u>Tranche</u>	<u>Ausgabezeitpunkt</u>	<u>Sperrfrist</u>	<u>Optionswert</u> in € (gerundet)
Tranche 1	22.07.2003	–	269,97
Tranche 1	22.07.2003	1 Jahr	269,94
Tranche 2	19.10.2004	–	269,25
Tranche 2	19.10.2004	1 Jahr	269,21
Tranche 3	08.06.2005	–	267,43
Tranche 4	13.06.2005	–	265,09
Tranche 4	13.06.2005	1 Jahr	265,07
Tranche 5	01.07.2005	–	262,74
Tranche 6	17.07.2006	–	61,51
Tranche 6	17.07.2006	1 Jahr	61,48
Tranche 7	30.09.2006	–	61,32

Der Gesamtwert der nach IFRS bewerteten und ausgegebenen Aktienoptionen beläuft sich zum 31. Dezember 2006 auf T€ 1.804 (31.12.2005: T€ 1.210; 31.12.2004: T€ 358).

Für die Berechnungen anhand eines modifizierten Black-Scholes-Merton-Modells wurden die folgenden Modellparameter und folgende erwartete Fluktuationswerte verwendet:

	Tranche 1 ⁽¹⁾	Tranche 1 ⁽²⁾	Tranche 2 ⁽¹⁾	Tranche 2 ⁽²⁾	Tranche 3	Tranche 4 ⁽¹⁾	Tranche 4 ⁽²⁾	Tranche 5	Tranche 6 ⁽¹⁾	Tranche 6 ⁽²⁾	Tranche 7
Aktienkurs am Bewertungsstichtag	270,92	270,92	270,15	270,15	268,38	266,03	266,03	263,69	62,44	62,44	62,27
Maximale Laufzeit zum											
Ausgabestichtag	6,45	6,45	5,2	5,2	10,57	4,55	4,55	5,00	3,46	3,46	4,92
Erwartete Laufzeit der Optionen	2,04	2,04	3,62	3,62	2,27	2,97	2,97	2,21	2,13	2,13	1,45
Sperrfrist	–	1,00	–	1,00	–	–	1,00	–	–	1,00	–
Refinanzierungszinssatz	–	3,35%	–	4,00%	–	–	2,93%	–	–	3,80%	–
Ausübungspreis zum erwarteten											
Ausübungszeitpunkt (€)	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00
Erwartete Dividendenrendite	0,00%	0,00%	0,00%	0,00%	0,00%	0,00%	0,00%	0,00%	0,00%	0,00%	0,00%
Risikoloser Zinssatz für die											
Laufzeit	2,39%	2,39%	2,91%	2,91%	2,09%	2,22%	2,22%	2,09%	3,55%	3,55%	3,56%
Erwartete Volatilität für die											
Laufzeit	79,72%	79,72%	79,97%	79,97%	58,49%	67,93%	67,93%	58,96%	61,46%	61,46%	61,46%
Erwartete Fluktuation der											
Optionsinhaber für die Laufzeit											
am 31.12.2006	0,00%	0,00%	41,49%	41,49%	0,00%	50,28%	50,28%	0,00%	31,26%	31,26%	0,00%

Der Aktienkurs am Bewertungsstichtag wurde, in Ermangelung zuverlässiger Börsenkurse, auf Basis der jeweils letzten vorliegenden Unternehmensbewertung berechnet.

Die erwarteten Laufzeiten wurden, in Ermangelung historisch relevanter Daten, auf Basis der Einschätzung des Managements ermittelt. Dabei wurden verschiedene Kriterien berücksichtigt, die maßgeblichen Einfluss auf die erwartete Laufzeit der jeweiligen Tranche haben, wobei vor allem die Entwicklung des Unternehmenswertes, die steuerlichen Rahmenbedingungen und die Fungibilität der Aktien in die Managementschätzung eingeflossen sind.

Da aufgrund der fehlenden Börsennotierung für die Schätzung der Volatilität kein Börsenkurs des Unternehmens zur Verfügung stand, wurde die zukünftige Volatilität während der erwarteten Laufzeit der Aktienoptionen nach IFRS 2 BC 139 auf Basis laufzeitadäquater historischer Volatilitäten einer Peer Group vergleichbarer Unternehmen aus dem Brennstoffzellenbereich abgeleitet.

Die Berechnung der Fluktuation basiert auf der Gewichtung historischer Daten für die bereits abgelaufenen Monate der Vesting Period mit der auf Basis vom Management erwarteten Fluktuation für die nach dem Stichtag noch ausstehenden Monate bis zum Ende der Vesting Period.

Da die Tranchen 3, 5 und 7 jeweils nur an einen einzigen Mitarbeiter ausgegeben wurden, wird für diese Tranchen keine Fluktuation erwartet.

Die Ermittlung der risikolosen Zinssätze erfolgt auf Basis der Zinsstrukturkurve für börsennotierte Bundeswertpapiere der Deutschen Bundesbank, die nach der Svensson Methode ermittelt werden.

Für die Tranche 1, 2, 4 und 6 besteht eine Sperrfrist von 1 Jahr. Dies wurde durch eine Modifizierung des Ausübungspreises im des Black-Scholes-Modells berücksichtigt.

Aus dem Aktienoptionsprogramm entsteht der SFC zum Stichtag folgender Aufwand:

	<u>31.12.2006</u>	<u>31.12.2005</u>	<u>31.12.2004</u>
	in T€	in T€	in T€
Gesamtaufwand aus eigenkapitalbasierten Vergütungstransaktionen	1.096	479	189
davon für aktienbasierte Vergütungstransaktionen mit Ausgleich durch			
Eigenkapitalinstrumente	1.096	479	189
Periodenaufwand aus eigenkapitalbasierten Vergütungstransaktionen	617	290	143

Neben diesen Aktienoptionsprogrammen gab es noch weitere Transaktionen, die grundsätzlich unter den Anwendungsbereich von IFRS 2 „Anteilsbasierte Vergütung“ fallen. Da die in diesem Zusammenhang gewährten Eigenkapitalinstrumente zwar nach dem 7. November 2002 ausgegeben wurden, jedoch bereits vor dem Zeitpunkt des Übergangs auf IFRS ausübbar waren, wird die in IFRS 1 „Erstmalige Anwendung von IFRS“ definierte Erleichterung für anteilsbasierte Vergütung, für Unternehmen die das erste Mal einen Abschluss nach IFRS erstellen, in Anspruch genommen (IFRS 1.B25). Die Eigenkapitalinstrumente werden demzufolge nicht nach IFRS 2 „Anteilsbasierte Vergütung“ bewertet.

Dabei handelt es sich um folgende Transaktionen.

- Übertragung von 765 Stammaktien zwischen zwei Gesellschaftern am 1. Juli 2003
- Ausgabe von 550 nennwertlosen Stückaktien an ein Mitglied des Vorstandes am 8. Mai 2003

(38) Transaktionen mit nahe stehenden Unternehmen und Personen

Als nahe stehende Unternehmen und Personen im Sinne des IAS 24 „Angaben über Beziehungen zu nahe stehenden Unternehmen und Personen“ gelten Unternehmen und Personen, wenn eine der Parteien direkt oder indirekt über die Möglichkeit verfügt, die andere Partei zu beherrschen oder einen maßgeblichen Einfluss auszuüben.

Im Fall der SFC sind als nahe stehende Unternehmen und Personen die Gesellschafter Dr. Manfred Stefener (Beteiligungsquote 36,70% am 31.12.2004, 35,89% am 31.12.2005 und 28,24% nach der Kapitalerhöhung im April 2006) und die Pricap Venture Partners AG (Beteiligungsquote 25,88% am 31.12.2004, 25,71% am 31.12.2005 und 21,43% nach der Kapitalerhöhung im April 2006) zu identifizieren.

Weiterhin können die Pricap Venture Partners AG, die 3i Group Investments LP sowie DuPont Chemical and Energy Operations Inc. als Investoren maßgeblichen Einfluss auf die Gesellschaft ausüben.

Personen in Schlüsselpositionen der SFC sind die Mitglieder des Vorstandes und des Aufsichtsrates sowie deren nahe Familienangehörige. Vorstand und Aufsichtsrat setzen sich in den Geschäftsjahren 2004 bis 2006 wie folgt zusammen:

Mitglieder des Vorstandes

Dr. Jens Müller, München (seit 15.11.2004)

Dr. Peter Podesser, Simbach (seit 01.11.2006)

Dr. Manfred Stefener, München (bis 30.09.2005)

Pieter Bots, München (vom 17.05.2005 bis 15.08.2006)

Mitglieder des Aufsichtsrates

Rüdiger Olschow, Schliersee, Kaufmann (Vorsitzender)

Jakob-Hinrich Leverkus, Hamburg, Kaufmann (stellvertretender Vorsitzender)

Wolfgang Biedermann, Hamburg, Kaufmann

Achim M. Lederle, München, Kaufmann

Dr. Manfred Stefener, München, Ingenieur (seit 01.11.2005)

Thomas J. Faughnan, Finanzdirektor, Kenneth Square, Pennsylvania, USA (seit 31.08.2006)

Andrew M. Weber, Wilmington, Delaware, USA (vom 17.06.2004 bis 31.08.2006)

Manfred B. Exner (vom 23.09.2004 bis 31.10.2005)

Michael Negel (bis 23.03.2004)

David L. Peet (bis 23.03.2004)

Unternehmen, die von Mitgliedern des Managements in Schlüsselpositionen direkt oder indirekt beherrscht werden oder unter deren maßgeblichen Einfluss stehen, sind ebenfalls gemäß IAS 24 „Angaben über Beziehungen zu nahe stehenden Unternehmen und Personen“ als nahe stehend zu klassifizieren. Bei der SFC betrifft dies die Pricap Venture Partners AG, die IAB Industriebaufbaugesellschaft und die 2. IAB Industriebaufbaugesellschaft, Ludwigslust.

In den folgenden Übersichten sind die Transaktionen mit den nahe stehenden Unternehmen und Personen dargestellt.

Transaktionen 2006

	<u>Forderungen</u> in €	<u>Verbindlichkeiten</u> in €	<u>Verbindlichkeiten aus PoC</u> in €	<u>Erträge</u> in €	<u>Aufwendungen</u> in €
Personen in Schlüsselpositionen Unternehmen mit maßgeblichem Einfluss	0	276.889	0	0	533.848
Sonstige nahe stehende Unternehmen und Personen ..	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>975</u>
Gesamt	<u>341.414</u>	<u>290.941</u>	<u>454.646</u>	<u>227.841</u>	<u>1.277.886</u>

Transaktionen 2005

	<u>Forderungen</u> in €	<u>Verbindlichkeiten</u> in €	<u>Erträge</u> in €	<u>Aufwendungen</u> in €
Personen in Schlüsselpositionen.....	0	364.913	1.500	732.682
Unternehmen mit maßgeblichem Einfluss	5.065	422.241	16.631	629.014
Sonstige nahe stehende Unternehmen und Personen	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>1.275</u>
Gesamt	<u>5.065</u>	<u>787.154</u>	<u>18.131</u>	<u>1.362.971</u>

Transaktionen 2004

	<u>Forderungen</u> in €	<u>Verbindlichkeiten</u> in €	<u>Erträge</u> in €	<u>Aufwendungen</u> in €
Personen in Schlüsselpositionen.....	0	30.185	0	310.618
Unternehmen mit maßgeblichem Einfluss	1.686	61.450	48.285	341.019
Sonstige nahe stehende Unternehmen und Personen	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>2.850</u>
Gesamt	<u>1.686</u>	<u>91.635</u>	<u>48.285</u>	<u>654.487</u>

Die Erträge und Aufwendungen bei den Unternehmen mit maßgeblichem Einfluss betreffen überwiegend Transaktionen mit DuPont Chemical and Energy Operations, Inc. DuPont liefert eine Schlüsselkomponente der Brennstoffzellensysteme. SFC hat in den Jahren 2004 bis 2006 Brennstoffzellensysteme und Testequipment an DuPont verkauft, zudem ist SFC seit 2006 im Rahmen eines JDA Vertragspartner von DuPont und generiert entsprechende Umsätze.

Die Vergütungen der Personen in Schlüsselpositionen sind im Folgenden dargestellt:

	2006		2005		2004	
	<u>Fixer Anteil</u> in €	<u>Variabler Anteil</u> in €	<u>Fixer Anteil</u> in €	<u>Variabler Anteil</u> in €	<u>Fixer Anteil</u> in €	<u>Variabler Anteil</u> in €
Vorstand.....	347.041	122.367	572.765	92.406	217.282	
Aufsichtsrat	<u>76.250</u>		<u>70.349</u>		<u>46.270</u>	
Gesamt	<u>423.291</u>	<u>122.367</u>	<u>643.114</u>	<u>92.406</u>	<u>263.552</u>	<u>0</u>

In der fixen Vergütung des Vorstandes 2005 ist die Abfindung eines ausgeschiedenen Mitglieds des Vorstandes enthalten.

Am 8. Juni 2005 erhielt eine Person in einer Schlüsselposition des Weiteren das Recht auf den Bezug von 866 Aktien durch Übertragung von einem Gesellschafter. Dieses Recht wird bis zum 31. Dezember 2015 gewährt und endet, wenn es bis zu diesem Datum nicht angenommen wurde. Der Bezugspreis für die Aktien beträgt € 866,00.

Ferner erhielt eine Person in einer Schlüsselposition am 1. Juli 2005 das Recht von der Gesellschaft die Ausgabe von 1.186 Aktien zu verlangen. Die Ausgabe darf nicht nach dem 30. Juni 2010 oder nach der Beendigung des Anstellungsvertrags bis zum 31. Oktober 2007 verlangt werden. Der Bezugspreis für die Aktien beträgt € 1.186.

Der Gesamtaufwand, der dabei aus der Optionsbewertung entsteht, ist folgender:

<u>Tranche</u>	<u>Ausgabezeitpunkt</u>	<u>Sperrfrist</u>	<u>Optionswert</u> in € (gerundet)	<u>Anzahl ausgegebener Optionen</u>	<u>Gesamtwert</u> in €
Tranche 3	08.06.2005	–	267,43	866	231.591,21
Tranche 5	01.07.2005	–	262,74	1.186	311.603,87

Vom Gesamtaufwand fielen € 235.139,40 im Jahr 2006 und € 123.979,35 im Jahr 2005 an.

Bei Tranche 5 wurde die Anzahl der Optionen im Rahmen der Kapitalerhöhung im Januar 2006 mit dem Faktor 9 multipliziert, so dass 10.674 Optionen bestehen. Auf die Bewertung der ausgegebenen Optionen hat dies keinen Einfluss.

Daneben hält ein Mitglied des Vorstands Optionen auf den Erwerb von 56.000 Aktien, die außerhalb des Optionsprogramms von einem Anteilseigner gewährt wurden.

(39) Ergebnis je Aktie

Die Anzahl der ausstehenden Aktien entwickelte sich während des Geschäftsjahrs wie folgt:

	<u>2006</u>	<u>2005</u>	<u>2004</u>
ausstehende Stammaktien 01.01.	56.173	55.335	55.335
Ausübung von Mitarbeiteroptionen		838	
Barkapitalerhöhung 17. Januar 2006	1.047.360		
Umwandlung von Vorzugsaktien	74.747		
Barkapitalerhöhung 04. April 2006	<u>235.656</u>		
ausstehende Stammaktien 31.12.	<u>1.413.936</u>	<u>56.173</u>	<u>55.335</u>
unverwässerte Anzahl ausstehender Stammaktien	<u>735.055</u>	<u>55.754</u>	<u>55.335</u>
ausübbarer Optionen 01.01.	1.414	0	
ausübbarer Optionen 31.12.	18.198	1.414	
Verwässerungseffekt	<u>9.806</u>	<u>707</u>	<u>0</u>
verwässerte Anzahl der ausstehenden Stammaktien	<u>744.861</u>	<u>56.461</u>	<u>55.335</u>

Gemäß IAS 33 „Ergebnis je Aktie“ sind zur Ermittlung des verwässerten Ergebnisses je Aktie die Effekte potenzieller Anteile zu berücksichtigen. Hierzu wird unterstellt, dass sämtliche ausübbarer Optionen, deren Ausübungskurs unter dem durchschnittlichen Aktienkurs der Periode liegt, auch tatsächlich ausgeübt wurden.

Verwässernde Effekte auf das Ergebnis von SFC bestehen nicht.

Zur Berechnung des Ergebnisses je Aktie wurde die im Rahmen der Kapitalerhöhung 2006 erfolgte Erhöhung der Anzahl der Stammaktien rückwirkend auch für 2004 und 2005 übernommen, um die Vergleichbarkeit zu erhalten. Dabei wurde die Anzahl der Stammaktien ermittelt, als wären bereits in 2004 8 zusätzliche Stammaktien je bestehender Stamm- und Vorzugsaktien ausgegeben worden. Analog hierzu wurde die Anzahl der ausübbarer Optionen so angepasst als wären bereits in 2004 je Option 8 weitere Optionen zugeteilt worden. Die Erhöhung des Stammkapital der Gesellschaft durch Ausgabe von 235.656 Stück Stammaktien im Geschäftsjahr 2006 war mit einem Ressourcenzufluss in Form der Zuzahlung in die Kapitalrücklage verbunden und ist somit in den Vorjahren nicht zu berücksichtigen.

	<u>2006</u>	<u>2005</u>	<u>2004</u>
		<u>angepasst</u>	<u>angepasst</u>
Stammaktien 01.01.	1.178.280	1.170.738	1.170.738
Ausübung von Mitarbeiteroptionen		7.542	
Barkapitalerhöhung 17. Januar 2006			
Umwandlung Vorzugsaktien Barkapitalerhöhung 04. April 2006	235.656		
Stammaktien 31.12.	<u>1.413.936</u>	<u>1.178.280</u>	<u>1.170.738</u>
unverwässerte Anzahl Stammaktien	<u>1.296.108</u>	<u>1.174.509</u>	<u>1.170.738</u>
ausübbarer Optionen 01.01.	12.726		
ausübbarer Optionen 31.12.	18.198	12.726	
Verwässerungseffekt	15.462	6.363	
verwässerte Anzahl Stammaktien	<u>1.311.570</u>	<u>1.180.872</u>	<u>1.170.738</u>

(40) Angaben zur Kapitalflussrechnung

Die Kapitalflussrechnung zeigt Herkunft und Verwendung der Geldströme. Entsprechend IAS 7 „Kapitalflussrechnung“ werden Cashflows aus betrieblicher Tätigkeit sowie aus Investitions- und Finanzierungstätigkeit unterschieden.

Zinsein- und -auszahlungen wurden dabei der Finanzierungstätigkeit zugeordnet.

Im Finanzmittelfonds laut Kapitalflussrechnung ist die unter Punkt (18) dargestellte Position Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente enthalten.

(41) Angaben zur Segmentberichterstattung

Im Rahmen der Segmentberichterstattung gemäß IFRS 8 „Operative Segmente“ erfolgt eine Aufgliederung der Segmente nach der internen Berichterstattung. Diese erfolgt bei SFC primär nach Produkten, aber auch nach Regionen. Basis für die Unternehmensplanung und die Ressourcenabbildung bilden jedoch die Produkte bzw. Dienstleistungen.

Die berichtspflichtigen Segmente im Sinne des IFRS 8.5 ergeben sich aus den Produkten bzw. Dienstleistungen der Gesellschaft:

- A-Serie
- C-Serie
- Joint Development Agreements („JDA“)
- Power Manager
- Sonstige Produkte

Bei der A-Serie handelt es sich um das Serienprodukt Brennstoffzelle, das insbesondere im Freizeitbereich zum Einsatz kommt.

Die C-Serie betrifft miniaturisierte Prototypen der Brennstoffzelle, die aus den Entwicklungstätigkeiten der Joint Development Agreements entstanden sind.

Die Joint Development Agreements sind vertragliche Vereinbarungen mit strategischen Partnern über die Weiterentwicklung von Brennstoffzellen zur Anpassung an die kundenspezifischen Anforderungen.

Der Power Manager ist ein elektronischer, universell einsetzbarer Wandler, der Ladung und Betrieb verschiedener Endgeräte und Batterien mit unterschiedlichen Stromquellen ermöglicht.

Die Umsätze im Bereich „Sonstige Produkte“ betreffen im Wesentlichen den Verkauf von Testequipment zur Qualifizierung von Komponenten für Brennstoffzellensysteme und Tankpatronen mit Methanol zum Befüllen der Brennstoffzellen.

Die interne Berichterstattung erfolgt an den Vorstand, den Aufsichtsrat und die Aktionäre. Je Produktkategorie bzw. Region wird der Umsatz und die verkauften Stückzahlen berichtet. Als Segmentergebnis wird die Bruttomarge der Gesellschaft ausgewiesen.

Verrechnungen zwischen den Segmenten finden nicht statt.

Die Umsätze nach Regionen setzen sich wie folgt zusammen:

		<u>31.12.2006</u>	<u>31.12.2005</u>	<u>31.12.2004</u>
		in €	in €	in €
Deutschland	A-Serie	1.769.926	524.848	183.004
	C-Serie	245.281	55.223	0
	JDA	0	423.296	0
	Power Manager	5.793	0	0
	Sonstige Produkte	<u>55.094</u>	<u>155.328</u>	<u>25.767</u>
Summe Deutschland	2.076.094	1.158.694	208.772	
Europa	A-Serie	2.088.463	386.110	129.389
	C-Serie	265.512	0	0
	Sonstige Produkte	<u>63.665</u>	<u>11.918</u>	<u>11.293</u>
Summe Europa (ohne Deutschland)	2.417.640	398.027	140.682	
Asien	A-Serie	21.927	46.730	52.944
	JDA	1.141.881	1.089.369	372.788
	Sonstige Produkte	<u>121.603</u>	<u>239.025</u>	<u>7.898</u>
Summe Asien	1.285.411	1.375.124	433.630	
Nordamerika	A-Serie	130.051	123.962	104.652
	C-Serie	201.841	191.141	100.748
	JDA	579.085	16.400	293.997
	Power Manager	220.604	0	0
	Sonstige Produkte	<u>23.926</u>	<u>24.783</u>	<u>33.744</u>
Summe Nordamerika	1.155.507	356.285	533.141	
Rest der Welt	A-Serie	57.029	6.991	0
	C-Serie	29.900	0	0
	Sonstige Produkte	<u>2.690</u>	<u>249</u>	<u>0</u>
Summe Rest der Welt	89.619	7.240	0	
Gesamt	<u>7.024.271</u>	<u>3.295.370</u>	<u>1.316.224</u>	

Die Umsätze der Großkunden (Umsatzanteil mehr als 10%) sind in der folgenden Übersicht dargestellt:

	<u>Umsatz</u>	<u>In Prozent des</u>
	in €	Gesamtumsatzes
LG Chemical Ltd.	1.260.931	17,95%
Trigano Service	1.147.117	16,33%
LG Chemical Ltd.	1.306.375	39,64%
Wehrtechnische Dienststelle für Kraftfahrzeuge und Panzer	483.368	14,67%
Sony	300.000	22,79%
General Technical Services	293.997	22,34%

(42) Wesentliche Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Die SFC befindet sich derzeit in den Vorbereitungen zu einem Börsengang. Hieraus würde sich eine Erhöhung des gezeichneten Kapitals, der Kapitalrücklage und der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente ergeben.

Brunnthal, den 16. März 2007

Der Vorstand

Dr. Peter Podesser

Dr. Jens Müller

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Einzelabschluss — bestehend aus Gewinn- und Verlustrechnung, Bilanz, Kapitalflussrechnung, Eigenkapitalveränderungsrechnung, Segmentberichterstattung sowie Anhang — der SFC Smart Fuel Cell AG, Brunenthal, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2006 geprüft. Die Aufstellung des Einzelabschlusses nach den International Financial Reporting Standards (IFRS) liegt in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Einzelabschluss abzugeben.

Wir haben unsere Abschlussprüfung entsprechend § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Einzelabschluss unter Beachtung der anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Einzelabschluss überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Einzelabschlusses. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Einzelabschluss der SFC Smart Fuel Cell AG, Brunenthal, den IFRS und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft.

München, den 16. März 2007-

Deloitte & Touche GmbH

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

(Voit)
Wirtschaftsprüfer

(ppa. Papadatos)
Wirtschaftsprüfer

**Geprüfter Jahresabschluss (HGB) der SFC Smart Fuel Cell AG für
das zum 31. Dezember 2006 endende Geschäftsjahr**

SFC Smart Fuel Cell AG Brunthal

Jahresabschluss
zum 31. Dezember 2006

SFC Smart Fuel Cell AG, Brunenthal

Bilanz zum 31. Dezember 2006

	EUR	31.12.2006 EUR	Vorjahr TEUR
A. Aufwendungen für die Ingangsetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebs		969.500,00	1.633
B. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
Gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	98.491,35		58
II. Sachanlagen			
1. Technische Anlagen und Maschinen	26.487,00		13
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung ...	199.304,00		54
3. Geleistete Anzahlungen	44.861,54		0
		369.143,89	125
C. Umlaufvermögen			
I. Vorräte			
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	493.500,00		215
2. Unfertige Erzeugnisse	54.100,00		37
3. Fertige Erzeugnisse	378.400,00		103
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1.297.249,29		166
2. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	341.413,97		5
3. Sonstige Vermögensgegenstände	369.786,43		303
III. Wertpapiere			
Sonstige Wertpapiere	2.999.550,00		0
IV. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten ..	6.294.102,54		245
		12.228.102,23	1.074
D. Rechnungsabgrenzungsposten		35.612,69	11
E. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag		0,00	2.184
		13.602.358,81	5.027
			Passiva
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	1.413.936,00		131
II. Kapitalrücklage	24.312.277,20		9.548
III. Bilanzverlust	-17.432.070,68		-11.863
		8.294.142,52	-2.184
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag		0,00	2.184
(Ausweis unter Aktiva E.)		8.294.142,52	0
B. Rückstellungen			
Sonstige Rückstellungen		1.544.300,00	1.009
C. Verbindlichkeiten			
1. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	8.102,69		27
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.057.321,74		846
3. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	14.052,16		422
4. Sonstige Verbindlichkeiten	2.684.439,70		2.723
davon aus Steuern: EUR 81.309,18 (Vorjahr: TEUR 95)			
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit:			
EUR 40.193,03 (Vorjahr: TEUR 63)			
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr:			
EUR 161.855,94 (Vorjahr: TEUR 200)			
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren:			
EUR 0,00 (Vorjahr: TEUR 0)			
		3.763.916,29	4.018
		13.602.358,81	5.027

SFC Smart Fuel Cell AG, Brunenthal

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2006

	EUR	2006 EUR	Vorjahr TEUR
1. Umsatzerlöse		7.464.804,03	3.005
2. Erhöhung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen		292.400,00	83
		7.757.204,03	3.088
3. Sonstige betriebliche Erträge		1.378.604,71	664
4. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	-5.170.178,38		-2.182
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-299.706,99		-251
		-5.469.885,37	-2.433
5. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	-3.179.391,55		-2.805
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung	-604.794,80		-469
		-3.784.186,35	-3.274
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen sowie auf aktivierte Aufwendungen für die Inangangsetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebs		-816.724,25	-808
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen		-3.430.849,25	-1.795
		-4.365.836,48	-4.558
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	204.680,06		26
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-190.209,94		-189
		14.470,12	-163
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		-4.351.366,36	-4.721
11. Außerordentliche Aufwendungen		-1.106.566,70	-96
12. Außerordentliches Ergebnis		-1.106.566,70	-96
13. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		-111.111,10	-70
14. Jahresfehlbetrag		-5.569.044,16	-4.887
15. Verlustvortrag aus dem Vorjahr		-11.863.026,52	-6.976
16. Bilanzverlust		-17.432.070,68	-11.863

SFC Smart Fuel Cell AG, Brunenthal

Anhang zum Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2006

I. Allgemeine Angaben zum Jahresabschluss

Der Jahresabschluss der SFC Smart Fuel Cell AG für das Geschäftsjahr 2006 wurde nach den Rechnungslegungsvorschriften des HGB sowie des AktG erstellt.

Die Gesellschaft ist eine kleine Kapitalgesellschaft im Sinne des § 267 Abs. 1 HGB.

Der Jahresabschluss wurde unter Beachtung der allgemeinen Bilanzierungs- und Bewertungsvorschriften (§§ 246 bis 256 HGB) sowie unter Berücksichtigung der besonderen Ansatz- und Bewertungsvorschriften für Kapitalgesellschaften (§§ 269 bis 274, 279 bis 283 HGB) aufgestellt. Die Gewinn- und Verlustrechnung ist nach dem Gesamtkostenverfahren gegliedert.

Die Form der Darstellung von Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung entspricht den allgemeinen Grundsätzen des § 265 HGB und den Vorschriften der §§ 266 bzw. 275 Abs. 2 HGB sowie den Vorschriften des Aktiengesetzes.

II. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Aufwendungen für die Inangangsetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebs

Die unter Beachtung von § 248 Abs. 1 HGB aktivierten Bilanzierungshilfen werden entsprechend § 282 HGB jeweils über vier Jahre linear getilgt.

Anlagevermögen

Die Bilanzierung der Vermögensgegenstände des Anlagevermögens erfolgte zu Anschaffungskosten abzüglich planmäßiger linearer Abschreibungen entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer.

Geringwertige Wirtschaftsgüter mit Anschaffungskosten bis Euro 410 wurden im Jahr des Zugangs voll abgeschrieben und ihr Abgang im Jahr der Anschaffung unterstellt.

Vorräte

Die Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe wurden zu Anschaffungskosten bzw. dem niedrigeren beizulegenden Wert bewertet.

Die unfertigen und fertigen Erzeugnisse wurden mit Herstellungskosten bzw. dem niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt.

Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Vermögensgegenstände

Der Ansatz erfolgte zum Nennbetrag. Eine Pauschalwertberichtigung wurde im Geschäftsjahr erstmals in Höhe von Euro 12.939,36 (1% des Nettoforderungsbestandes) vorgenommen. Fremdwährungsforderungen wurden zum Kurs des Zugangstages oder dem niedrigeren Stichtagskurs bewertet.

Wertpapiere

Die sonstigen Wertpapiere wurden zu Anschaffungskosten oder dem niedrigeren Börsenkurs zum Bilanzstichtag bewertet.

Guthaben bei Kreditinstituten

Die Guthaben bei Kreditinstituten sind mit dem Nominalwert angesetzt.

Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten

Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten enthält vorausbezahlte Bearbeitungsgebühren für die Einlagen der stillen Gesellschafter, die linear über die Laufzeit der Beteiligungsverträge aufgelöst werden. Ferner sind abgegrenzte Versicherungsleistungen enthalten.

Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen wurden in Höhe vernünftiger kaufmännischer Beurteilung angesetzt.

Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten wurden mit den Rückzahlungsbeträgen bilanziert. Fremdwährungsverbindlichkeiten wurden zum Kurs des Zugangstages oder dem höheren Stichtagskurs bewertet.

III. Erläuterungen zu den Bilanzposten

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Die Forderungen haben alle eine Restlaufzeit bis zu einem Jahr.

Vorräte

Die Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe wurden zu Anschaffungskosten oder gesunkenen Wiederbeschaffungskosten bewertet. Für die Bewertung der fertigen und unfertigen Erzeugnisse wurden die Herstellungskosten herangezogen. Die Herstellungskosten setzen sich hierbei aus Materialeinzelkosten, Materialgemeinkosten, Fertigungseinzelkosten, Fertigungsgemeinkosten sowie Sondereinzelkosten der Fertigung zusammen. Fremdkapitalzinsen wurden nicht in die Bewertung einbezogen. In den Fällen, in denen die Anschaffungs- oder Herstellungskosten voraussichtlich nicht durch den Erlös gedeckt werden, wurden Abwertungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert vorgenommen. Insgesamt betragen diese Abwertungen auf der Aktivseite Euro 97.819,97. Darüber hinaus wurden Rückstellungen für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften in Höhe von Euro 2.100,00 gebildet.

Eigenkapital

Im Geschäftsjahr wurden zwei Kapitalerhöhungen gegen Bareinlage in Höhe von Euro 1.047.360,00 am 17. Januar 2006 und Euro 235.656,00 am 4. April 2006 durchgeführt. Das Grundkapital der Aktiengesellschaft beträgt somit Euro 1.413.936,00 und ist eingeteilt in 1.413.936 Stammaktien als nennwertlose Stückaktien. Das Grundkapital ist vollständig einbezahlt.

In die Kapitalrücklage wurden im Geschäftsjahr Euro 14.763.848,40 eingestellt. Die Kapitalrücklage nach § 272 Abs. 2 Nr. 1 HGB beträgt somit insgesamt Euro 24.312.277,20.

Die Aktiengesellschaft verfügt über ein bedingtes Kapital in Höhe von Euro 5.376,00. Das bedingte Kapital dient der Auflegung eines Aktienoptionsprogramms für Mitglieder des Vorstands und Mitarbeiter der Gesellschaft, das die Gewährung von bis zu 5.376 Optionsrechten für den Erwerb von auf den Inhaber lautenden Stammaktien der Gesellschaft als nennwertlose Stückaktien mit einem rechnerischen Anteil am Grundkapital von Euro 1,00 mit einer Laufzeit bis zum 31. Dezember 2009 vorsieht.

Mit Beschluss der Hauptversammlung vom 1. Juli 2005 ist der Vorstand ermächtigt, das Grundkapital der Gesellschaft mit der Zustimmung des Aufsichtsrats einmal oder mehrmals um bis zu maximal Euro 1.186,00 durch Ausgabe von bis zu 1.186 neuen Stammaktien als nennwertlose, auf den Inhaber lautende Stückaktien gegen Bareinlage zwischen dem 1. Juli 2005 und dem 30. Juni 2010 zu erhöhen (Genehmigtes Kapital I). Der Ausgabepreis beträgt Euro 1,00 pro Stammaktie. Das Bezugsrecht der Aktionäre ist ausgeschlossen. Zur Zeichnung dieser 1.186 neuen Stammaktien wird ausschließlich Herr Dr. Jens Müller zugelassen.

Mit Beschluss der Hauptversammlung vom 17. Januar 2006 ist der Vorstand ermächtigt, das Grundkapital der Gesellschaft mit der Zustimmung des Aufsichtsrats einmal oder mehrmals um bis zu maximal Euro 9.488,00 durch Ausgabe von bis zu 9.488 neuen Stammaktien als nennwertlose, auf den Inhaber lautende Stückaktien gegen Bareinlage zwischen dem 1. Februar 2006 und dem 30. Juni 2010 zu erhöhen (Genehmigtes Kapital II). Der Ausgabepreis beträgt Euro 1,00 pro Stammaktie. Das Bezugsrecht der Aktionäre ist ausgeschlossen. Zur Zeichnung dieser 9.488 neuen Stammaktien wird ausschließlich Herr Dr. Jens Müller zugelassen.

Mit Beschluss der Hauptversammlung vom 15. März 2006 wurden die Aktien der Gesellschaft von Namensaktien in Inhaberaktien umgewandelt und die Satzung neu gefasst.

Mit Beschluss der Hauptversammlung vom 4. April 2006 wurden die Vorzugsaktien der Serie (A) und (B) in Stammaktien der Gesellschaft umgewandelt und die Satzung neu gefasst.

Ferner wurde aufgrund der durchgeführten Kapitalerhöhung vom 17. Januar 2006 ein bedingtes Kapital II zur Anpassung an das erhöhte Grundkapital in Höhe des achtfachen bestehenden bedingten Kapitals geschaffen.

Die Bedingungen des bedingten Kapitals II in Höhe von Euro 43.008,00 entsprechen den Konditionen des bestehenden bedingten Kapitals.

Mit Beschluss der Hauptversammlung vom 31. August 2006 ist der Vorstand ermächtigt, das Grundkapital der Gesellschaft mit der Zustimmung des Aufsichtsrats einmal oder mehrmals um bis zu maximal Euro 4.032,00 durch Ausgabe von bis zu 4.032 neuen Stammaktien als nennwertlose, auf den Inhaber lautende Stückaktien gegen Bareinlage zwischen dem 1. September 2006 und dem 31. August 2011 zu erhöhen (Genehmigtes Kapital III). Der Ausgabepreis beträgt Euro 1,00 pro Stammaktie. Das Bezugsrecht der Aktionäre ist ausgeschlossen. Zur Zeichnung dieser 4.032 neuen Stammaktien wird ausschließlich Herr Oliver Freitag zugelassen.

Gleichzeitig wurde das bedingte Kapital II von Euro 43.008,00 auf Euro 38.976,00 reduziert.

Im Zusammenhang mit dem bedingten Kapital und bedingten Kapital II wurden Mitarbeitern und Mitgliedern des Vorstands der Gesellschaft bis zum Abschlussstichtag unter Berücksichtigung der Anpassung von noch nicht ausgeübten Optionsrechten aufgrund der Kapitalerhöhung gegen Bareinlage vom 17. Januar 2006 folgende Optionsrechte gewährt. An die Mitarbeiter wurden 1.846 Optionsrechte für das erste Halbjahr 2003, 3.384 Optionsrechte für das zweite Halbjahr 2003, 4.545 Optionsrechte für das Jahr 2004 sowie 3.660 Optionsrechte für das Jahr 2005 ausgegeben. Den Mitgliedern des Vorstands Dr. Jens Müller und Dr. Manfred Stefener wurden im Geschäftsjahr 2005 für das Jahr 2004 jeweils 2.970 Optionsrechte gewährt. Im Geschäftsjahr 2006 wurde dem Mitglied des Vorstands Dr. Jens Müller für das Jahr 2005 1.980 Optionen eingeräumt. Von diesen Optionsrechten sind 6.078 durch Ausscheiden von Mitarbeitern und Vorstand verfallen. 838 Optionsrechte von Mitarbeitern wurden im Dezember 2005 ausgeübt. Im Jahr 2006 wurden keine Optionen ausgeübt. Demzufolge bestehen zum Abschlussstichtag 14.439 eingeräumte, zukünftig ausübbar Optionsrechte. Die eingeräumten Optionsrechte können erstmals nach Ablauf einer Wartezeit von zwei Jahren ab dem Einräumungszeitpunkt zu einem Bezugspreis von Euro 1,00 ausgeübt werden. Nach Ablauf der Wartezeit können die ausübbar Optionsrechte nur innerhalb von zehn Bankarbeitstagen nach der Feststellung des Jahresabschlusses der Gesellschaft und zusätzlich an den ersten zehn Bankarbeitstagen des Monats Dezember jeden Jahres oder im Falle einer Börsennotierung zusätzlich innerhalb von zehn Bankarbeitstagen nach der Veröffentlichung der Quartalszahlen der Gesellschaft ausgeübt werden. In keinem Fall können die Optionsrechte jedoch ab dem zehnten Bankarbeitstag vor einer Hauptversammlung der Gesellschaft oder in den zehn Börsenhandelstagen vor der Bilanzpressekonferenz und den Quartalsberichtsterminen ausgeübt werden.

Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen betreffen im Wesentlichen den Personalbereich (Euro 500.712,00), Gewährleistungen (Euro 479.000,00) und ausstehende Rechnungen (Euro 321.700,00)

Verbindlichkeiten

Die erhaltenen Anzahlungen auf Bestellungen, die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie die Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, haben alle eine Restlaufzeit bis zu einem Jahr.

In den sonstigen Verbindlichkeiten sind Verbindlichkeiten aus stillen Gesellschaftseinlagen in Höhe von insgesamt Euro 2.522.583,76 enthalten mit Laufzeit von mehr als einem Jahr (rückzahlbar 31.12.2008 bzw. 31.12.2010).

Ergebnisverwendung

Der Vorstand schlägt vor, den Jahresfehlbetrag von EUR 5.569.044,16 auf neue Rechnung vorzutragen. Unter Berücksichtigung des Ergebnis Vortrags aus dem Vorjahr in Höhe von EUR 11.863.026,52 ergibt sich ein Bilanzverlust von EUR 17.432.070,68.

IV. Sonstige Angaben

Vorstand

Vorstandsmitglieder waren im Geschäftsjahr 2006:

- Dr. Peter Podesser, Simbach am Inn, Magister (ab 01.11.2006), Vorstandsvorsitzender
- Dr. Jens Müller, München, Dipl.-Chemiker
- Pieter Bots, München, Dipl.-Kaufmann (bis 15.08.2006)

Aufsichtsrat

Mitglieder des Aufsichtsrats waren im Geschäftsjahr 2006:

- Rüdiger C. Olschowy, Geschäftsführer BIT Holdings GmbH, Unterhaching (Vorsitzender)
- Jakob-Hinrich Leverkus, Geschäftsführer Hydraulik-Nord GmbH, Hamburg (stellvertretender Vorsitzender)
- Wolfgang Biedermann, Vorstandsvorsitzender PRICAP Venture Partners AG, Hamburg
- Thomas J. Faughnan, Finanzdirektor DuPont, Kenneth Square, USA (ab 31.08.2006)
- Achim M. Lederle, Partner 3i Deutschland Gesellschaft für Industriebeteiligungen mbH, München
- Dr. Manfred Stefener, Dipl.-Ingenieur, München
- Andrew M. Weber, Business Director DuPont Fuel Cells, Wilmington (bis 31.08.2006)

Im Hinblick auf die Angaben zu Vergütung von Vorstand und Aufsichtsrat macht die Gesellschaft von den Erleichterungsvorschriften für kleine Kapitalgesellschaften gemäß § 288 Satz 1 HGB Gebrauch.

Haftungsverhältnisse

Zum Bilanzstichtag war ein Festgeld in Höhe von Euro 45.320,00 für Mietkautionen verpfändet.

Eventualverbindlichkeiten

SFC wurden im Rahmen von öffentlichen Projektförderungen nicht rückzahlbare zweckgebundene Zuwendungen gewährt, die unter dem Vorbehalt der Sicherstellung der Gesamtfinanzierung des Vorhabens stehen. Insofern besteht bis zum erfolgreichen Abschluss der Projekte hinsichtlich der bisher erhaltenen Zahlungen eine Eventualverbindlichkeit in Höhe von Euro 1.406.441,17.

Brunnthal, den 31. Januar 2007

Dr. Peter Podesser
(Vorstandsvorsitzender)

Dr. Jens Müller
(Vorstand)

Der folgende Bestätigungsvermerk wurde auf den vollständigen Jahresabschluss zum 31. Dezember 2006 einschließlich des Lageberichtes für das Geschäftsjahr 2006 erteilt. Der Jahresabschluss ist ohne den Lagebericht im Prospekt enthalten.

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss — bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang — unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der SFC Smart Fuel Cell AG, Brunthal, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2006 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung entsprechend § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss der SFC Smart Fuel Cell AG, Brunthal, den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

München, den 14. Februar 2007

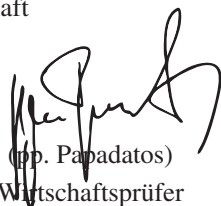
Deloitte & Touche GmbH

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft



(Bögle)

Wirtschaftsprüfer



(P. Papadatos)

Wirtschaftsprüfer

**Geprüfter Jahresabschluss (HGB) der SFC Smart Fuel Cell AG für
das zum 31. Dezember 2005 endende Geschäftsjahr**

SFC Smart Fuel Cell AG
Brunnthal bei München

Jahresabschluss
zum 31. Dezember 2005

SFC Smart Fuel Cell AG, Brunnthal bei München

Bilanz zum 31. Dezember 2005

	<u>EUR</u>	<u>31.12.2005</u>	<u>Vorjahr</u>
		EUR	TEUR
A. Aufwendungen für die Ingangsetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebs		1.633.500,00	Aktiva 2.297
B. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
1. Gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten ..	58.302,00		11
2. Geleistete Anzahlungen	0,00		33
II. Sachanlagen			
1. Technische Anlagen und Maschinen	13.193,00		188
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	<u>53.685,00</u>		<u>184</u>
		125.180,00	416
C. Umlaufvermögen			
I. Vorräte			
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	214.600,00		152
2. Unfertige Erzeugnisse	37.100,00		25
3. Fertige Erzeugnisse	103.000,00		32
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	165.805,80		582
2. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	5.064,57		2
3. Sonstige Vermögensgegenstände	303.139,94		159
III. Wertpapiere			
Sonstige Wertpapiere	0,00		2.610
IV. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten ...	<u>245.163,16</u>		<u>99</u>
		1.073.873,47	3.661
D. Rechnungsabgrenzungsposten		10.977,38	14
E. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag		<u>2.183.677,72</u>	<u>0</u>
		<u>5.027.208,57</u>	<u>6.388</u>
			Passiva
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	130.920,00		130
II. Kapitalrücklage	9.548.428,80		9.548
III. Bilanzverlust	<u>-11.863.026,52</u>		<u>-6.976</u>
		-2.183.677,72	2.702
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag		<u>2.183.677,72</u>	<u>0</u>
(Ausweis unter Aktiva E.)		0,00	2.702
B. Rückstellungen			
1. Steuerrückstellungen	0,00		37
2. Sonstige Rückstellungen	<u>1.009.000,00</u>		<u>465</u>
		1.009.000,00	502
C. Verbindlichkeiten			
1. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	26.661,03		0
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	846.451,19		481
3. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	422.240,93		62
4. Sonstige Verbindlichkeiten	<u>2.722.855,42</u>		<u>2.641</u>
davon aus Steuern: EUR 95.077,87		4.018.208,57	3.184
(Vorjahr: TEUR 41)			
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit:			
EUR 62.789,81 (Vorjahr: TEUR 51)			
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr:			
EUR 200.271,66 (Vorjahr: TEUR 118)			
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren:			
EUR 0,00 (Vorjahr: TEUR 1.500)			
		<u>5.027.208,57</u>	<u>6.388</u>

SFC Smart Fuel Cell AG, Brunnthäl bei München

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2005

	EUR	2005 EUR	Vorjahr TEUR
1. Umsatzerlöse		3.005.384,38	1.620
2. Erhöhung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen		82.900,00	38
3. Andere aktivierte Eigenleistungen		0,00	1.222
		3.088.284,38	2.880
4. Sonstige betriebliche Erträge		664.377,08	849
5. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	-2.181.823,43		-1.088
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-250.934,55		-138
		-2.432.757,98	-1.226
6. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	-2.805.123,71		-1.619
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung ..	-468.901,05		-322
		-3.274.024,76	-1.941
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen sowie auf aktivierte Aufwendungen für die Inangangsetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebs		-808.283,18	-581
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen		-1.795.654,44	-1.621
		-4.558.058,90	-1.640
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	26.505,08		101
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-189.519,75		-189
		-163.014,67	-88
11. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		-4.721.073,57	-1.728
12. Außerordentliche Aufwendungen		-95.502,83	0
13. Außerordentliches Ergebnis		-95.502,83	0
14. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		-70.000,00	-37
15. Jahresfehlbetrag		-4.886.576,40	-1.765
16. Verlustvortrag aus dem Vorjahr		-6.976.450,12	-5.211
17. Bilanzverlust		-11.863.026,52	-6.976

SFC Smart Fuel Cell AG, Brunnthal bei München

Anhang zum Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2005

I. Allgemeine Angaben zum Jahresabschluss

Der Jahresabschluss der SFC Smart Fuel Cell AG für das Geschäftsjahr 2005 wurde nach den Rechnungslegungsvorschriften des HGB sowie des AktG erstellt.

Die Gesellschaft ist eine kleine Kapitalgesellschaft im Sinne des § 267 Abs. 1 HGB.

Der Jahresabschluss wurde unter Beachtung der generellen Bilanzierungs- und Bewertungsvorschriften (§§ 246 bis 256 HGB) sowie unter Berücksichtigung der besonderen Ansatz- und Bewertungsvorschriften für Kapitalgesellschaften (§§ 269 bis 274, 279 bis 283 HGB) aufgestellt. Die Gewinn- und Verlustrechnung ist nach dem Gesamtkostenverfahren gegliedert.

Die Form der Darstellung von Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung entspricht den allgemeinen Grundsätzen des § 265 HGB und den Vorschriften der §§ 266 bzw. 275 Abs. 2 HGB sowie den Vorschriften des Aktiengesetzes.

Trotz des nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrags zum 31.12.2005 in Höhe von Euro 2.183.677,72 geht die Gesellschaft fest von der Unternehmensfortführung aus. Im Januar 2006 fand eine Kapitalerhöhung von TEUR 1.047 unter Teilnahme aller Aktionäre statt, die kurzfristig die Liquidität der Gesellschaft sicherstellte sowie — in Vorbereitung auf einen eventuellen Börsengang — eine angemessene Anzahl Aktien bildete. Die Vorbereitungen einer weiteren Kapitalerhöhung in Höhe von ca. TEUR 15.000 befinden sich im fortgeschrittenen Stadium. Durch laufende Entwicklungen wurden in der Gesellschaft erhebliche stille Reserven geschaffen, die die bilanzielle Überschuldung übersteigen.

II. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Aufwendungen für die Ingangsetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebs

Die unter Beachtung von § 248 Abs. 1 HGB aktivierten Bilanzierungshilfen werden entsprechend § 282 HGB jeweils über vier Jahre linear getilgt.

Anlagevermögen

Die Bilanzierung der Vermögensgegenstände des Anlagevermögens erfolgte zu Anschaffungskosten abzüglich planmäßiger linearer Abschreibungen entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer.

Geringwertige Wirtschaftsgüter mit Anschaffungskosten bis Euro 410 wurden im Jahr des Zugangs voll abgeschrieben und ihr Abgang im Jahr der Anschaffung unterstellt.

Vorräte

Die Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe wurden zu Anschaffungskosten bzw. dem niedrigeren beizulegenden Wert bewertet.

Die unfertigen und fertigen Erzeugnisse wurden mit Herstellungskosten bzw. dem niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt.

Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Vermögensgegenstände

Der Ansatz erfolgte zum Nominalwert. Einzelwertberichtigungen wurden in Höhe von Euro 9.454,90 vorgenommen. Fremdwährungsforderungen wurden zum Kurs des Zugangstages oder dem niedrigeren Stichtagskurs bewertet.

Guthaben bei Kreditinstituten

Die Guthaben bei Kreditinstituten sind mit dem Nominalwert angesetzt.

Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten

Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten enthält vorausbezahlte Bearbeitungsgebühren für die Einlagen der stillen Gesellschafter, die linear über die Laufzeit der Beteiligungsverträge aufgelöst werden.

Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen wurden in Höhe vernünftiger kaufmännischer Beurteilung angesetzt.

Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten wurden mit den Rückzahlungsbeträgen bilanziert. Fremdwährungsverbindlichkeiten wurden zum Kurs des Zugangstages oder dem höheren Stichtagskurs bewertet.

III. Erläuterungen zu den Bilanzposten

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Die Forderungen haben alle eine Restlaufzeit bis zu einem Jahr.

Vorräte

Die Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe wurden zu Anschaffungskosten oder gesunkenen Wiederbeschaffungskosten bewertet. Für die Bewertung der fertigen und unfertigen Erzeugnisse wurden die Herstellungskosten herangezogen. Die Herstellungskosten setzen sich hierbei aus Materialeinzelkosten, Materialgemeinkosten, Fertigungseinzelkosten, Fertigungsgemeinkosten sowie Sondereinzelkosten der Fertigung zusammen. Fremdkapitalzinsen wurden nicht in die Bewertung einbezogen. In den Fällen, in denen die Anschaffungs- oder Herstellungskosten voraussichtlich nicht durch den Erlös gedeckt werden, wurden Abwertungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert vorgenommen. Insgesamt betragen diese Abwertungen auf der Aktivseite Euro 27.779,83. Darüber hinaus wurden Rückstellungen für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften in Höhe von Euro 28.000,00 gebildet.

Eigenkapital

Im Geschäftsjahr wurden erstmals 838 Optionsrechte aus dem bedingten Kapital ausgeübt. Das Grundkapital der Aktiengesellschaft beträgt somit — unter Berücksichtigung der zur Durchführung der beschlossenen Kapitalerhöhung geleisteten Einlagen von Euro 838,00 — insgesamt Euro 130.920,00 (HR-Eintragung am 17. Januar 2006) und ist eingeteilt in 56.173 Stammaktien, 47.265 Vorzugsaktien der Serie (A) und 27.482 Vorzugsaktien der Serie (B), jeweils als nennwertlose Stückaktien. Den Inhabern von Stammaktien und von Vorzugsaktien der Serie (A) und (B) stehen jeweils eine Stimme pro Aktie zu, Mehrfachstimmrechte existieren nicht. Das Grundkapital ist vollständig einbezahlt.

Die Aktiengesellschaft verfügt nach Ausübung der ersten Optionen nunmehr noch über ein bedingtes Kapital in Höhe von Euro 5.376,00. Das bedingte Kapital dient der Auflegung eines Aktienoptionsprogramms für Mitglieder des Vorstands und Mitarbeiter der Gesellschaft, das die Gewährung von bis zu 5.376 Optionsrechten auf den Namen lautende Stammaktien der Gesellschaft als nennwertlose Stückaktien mit einem rechnerischen Anteil am Grundkapital von Euro 1,00 mit einer Laufzeit bis zum 31. Dezember 2009 vorsieht. Bis zum Abschlussstichtag wurden Mitarbeitern der Gesellschaft 950 Optionsrechte für das erste Halbjahr 2003, 376 Optionsrechte für das zweite Halbjahr 2003 sowie 505 Optionsrechte für das Jahr 2004 gewährt. Von diesen Optionsrechten sind 140 durch Ausscheiden von Mitarbeitern verfallen. Ferner wurde den Mitgliedern des Vorstands Dr. Jens Müller und Dr. Manfred Stefener im Geschäftsjahr 2005 für das Jahr 2004 jeweils 330 Optionsrechte gewährt. Die eingeräumten Optionsrechte können erstmals nach Ablauf einer Wartezeit von zwei Jahren ab dem Einräumungszeitpunkt zu einem Bezugspreis von Euro 1,00 ausgeübt werden. Nach Ablauf der Wartezeit können die ausübaren Optionsrechte nur innerhalb von zehn Bankarbeitstagen nach der Feststellung des Jahresabschlusses der Gesellschaft und zusätzlich an den ersten zehn Bankarbeitstagen des Monats Dezember jeden Jahres oder im Falle einer Börsennotierung zusätzlich innerhalb von zehn Bankarbeitstagen nach der Veröffentlichung der Quartalszahlen der Gesellschaft ausgeübt werden. In keinem Fall können die Optionsrechte jedoch ab dem zehnten Bankarbeitstag vor einer Hauptversammlung der Gesellschaft oder in den zehn Börsenhandelstagen vor der Bilanzpressekonferenz und den Quartalsberichtsterminen ausgeübt werden.

Mit Beschluss der Hauptversammlung vom 1. Juli 2005 ist der Vorstand ermächtigt, das Grundkapital der Gesellschaft mit der Zustimmung des Aufsichtsrats einmal oder mehrmals um bis zu maximal Euro 1.186,00 durch Ausgabe von bis zu 1.186 neuen Stammaktien als nennwertlose, auf den Namen lautende Stückaktien gegen Bareinlage zwischen dem 1. Juli 2005 und dem 30. Juni 2010 zu erhöhen (Genehmigtes Kapital I). Der Ausgabepreis beträgt Euro 1,00 pro Stammaktie. Das Bezugsrecht der Aktionäre ist ausgeschlossen. Zur Zeichnung dieser 1.186 neuen Stammaktien wird ausschließlich Herr Dr. Jens Müller zugelassen.

Die Gesellschaft weist zum Bilanzstichtag einen nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag in Höhe von Euro 2.183.677,72 aus.

Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen betreffen im Wesentlichen den Personalbereich (Euro 574.650,00) und Gewährleistungen (Euro 250.217,00).

Verbindlichkeiten

Die erhaltenen Anzahlungen auf Bestellungen, die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie die Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, haben alle eine Restlaufzeit bis zu einem Jahr.

Ergebnisverwendung

Der Vorstand schlägt vor, den Bilanzverlust von EUR 11.863.026,52 auf neue Rechnung vorzutragen.

IV. Sonstige Angaben

Vorstand

Vorstandsmitglieder waren im Geschäftsjahr 2005:

- Pieter Bots, Dipl.-Kaufmann, München (ab 17.05.2005)
- Dr. Jens Müller, Dipl.-Chemiker, München
- Dr. Manfred Stefener, Dipl.-Ingenieur, München (bis 30.09.2005)

Aufsichtsrat

Mitglieder des Aufsichtsrats waren im Geschäftsjahr 2005:

- Rüdiger C. Olschowy, Geschäftsführer BIT Holdings GmbH, Unterhaching (Vorsitzender)
- Jakob-Hinrich Leverkus, Geschäftsführer Hydraulik-Nord GmbH, Hamburg (stellvertretender Vorsitzender)
- Wolfgang Biedermann, Vorstandsvorsitzender PRICAP Venture Partners AG, Hamburg
- Manfred B. Exner, Management Consultant, Düren (bis 31.10.2005)
- Achim M. Lederle, Partner 3i Deutschland Gesellschaft für Industriebeteiligungen mbH, München
- Dr. Manfred Stefener, Dipl.-Ingenieur, München (ab 01.11.2005)
- Andrew M. Weber, Business Director DuPont Fuel Cells, Wilmington

Im Hinblick auf die Angaben zu Vergütung von Vorstand und Aufsichtsrat macht die Gesellschaft von den Erleichterungsvorschriften für kleine Kapitalgesellschaften gemäß § 288 Satz 1 HGB Gebrauch.

Haftungsverhältnisse

Zum Bilanzstichtag war ein Festgeld in Höhe von Euro 31.320,00 für einen Avalkredit verpfändet.

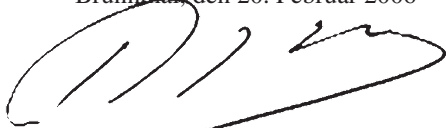
Eventualverbindlichkeiten

SFC wurden im Rahmen von öffentlichen Projektförderungen nicht rückzahlbare zweckgebundene Zuwendungen gewährt, die unter dem Vorbehalt der Sicherstellung der Gesamtfinanzierung des Vorhabens stehen. Insofern besteht bis zum erfolgreichen Abschluss der Projekte hinsichtlich der bisher erhaltenen Zahlungen eine Eventualverbindlichkeit in Höhe von Euro 288.742,01.

Weitere Angaben

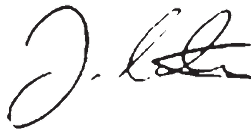
Die PRICAP Venture Partners AG, Hamburg, hält zum Bilanzstichtag 25,71 % der Anteile der Gesellschaft.

Brunnthal, den 20. Februar 2006



Pieter Bots

(Vorstand)



Dr. Jens Müller

(Vorstand)

Der folgende Bestätigungsvermerk wurde auf den vollständigen Jahresabschluss zum 31. Dezember 2005 einschließlich des Lageberichtes für das Geschäftsjahr 2005 erteilt. Der Jahresabschluss ist ohne den Lagebericht im Prospekt enthalten.

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss — bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang — unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der SFC Smart Fuel Cell AG, Brunntal bei München, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2005 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung entsprechend § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss der SFC Smart Fuel Cell AG, Brunntal bei München, den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Ohne diese Beurteilung einzuschränken, weisen wir pflichtgemäß auf die Ausführungen des Vorstands im Lagebericht, insbesondere Abschnitt 3.2 Vermögens- und Finanzlage, sowie im Anhang hin. Dort wird erläutert, dass es für die Sicherstellung der Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft und damit für die Unternehmensfortführung zwingend erforderlich ist, dass die bis Ende des 1. Quartals 2006 geplante Kapitalerhöhung erfolgreich durchgeführt wird, bzw. dass bis zur endgültigen Durchführung dieser Kapitalerhöhung eine weitere kurzfristige Überbrückungsfinanzierung aus dem Kreis der Altgesellschafter durchgeführt wird.

München, den 18. Februar 2006

Deloitte & Touche GmbH

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft


(Bögle)

Wirtschaftsprüfer


(pp.a. Papadatos)

Wirtschaftsprüfer

SFC Smart Fuel Cell AG, Brunenthal

Kapitalflussrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2005

	2005	Vorjahr
	EUR	TEUR
Jahresergebnis	-4.886.576,40	-1.765
+ Abschreibungen auf Anlagevermögen und auf Aufwendungen für Ingangsetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebs	808.283,18	581
- Auszahlungen für Ingangsetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebs	0,00	-1.222
Cash Earnings nach DVFA/SG	-4.078.293,22	-2.406
+/- Zunahme/ Abnahme der kurz- und mittelfristigen Rückstellungen	506.662,50	-184
-/+ Gewinn/ Verlust aus dem Abgang von Anlagevermögen	-87.337,03	0
-/+ Zunahme/ Abnahme der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	126.042,66	-646
+/- Zunahme/ Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	834.349,82	435
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	-2.698.575,27	-2.801
+ Einzahlungen aus Abgängen von Anlagegegenständen	370.460,66	2
- Auszahlungen für Investitionen in das Anlagevermögen	-136.703,56	-320
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	233.757,10	-318
+ Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen	838,00	0
+ Einzahlungen aus der Begebung von Krediten	0,00	0
- Auszahlungen für die Tilgung von Krediten	0,00	0
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	838,00	0
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	-2.463.980,17	-3.119
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	2.709.143,33	5.828
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	245.163,16	2.709

SFC Smart Fuel Cell AG, Brunnthal

**Entwicklung des Eigenkapitals
für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2005**

<u>in EUR</u>	<u>Gezeichnetes Kapital</u>	<u>Kapital- rücklage</u>	<u>Erwirtschaftetes Eigenkapital Bilanzverlust</u>	<u>Summe</u>
Stand 01.01.2004	130.082,00	9.548.428,80	-5.211.648,74	4.466.862,06
Jahresergebnis			-1.764.801,38	-1.764.801,38
Stand 31.12.2004	130.082,00	9.548.428,80	-6.976.450,12	2.702.060,68
Jahresergebnis			-4.886.576,40	-4.886.576,40
Ausübung von Optionen	838,00			838,00
Stand 31.12.2005	<u>130.920,00</u>	<u>9.548.428,80</u>	<u>-11.863.026,52</u>	<u>-2.183.677,72</u>

BESCHEINIGUNG

Wir haben die von der Smart Fuel Cell AG, München, aus den Jahresabschlüssen für die Geschäftsjahre 2003 bis 2005 sowie der zugrunde liegenden Buchführung abgeleiteten Eigenkapitalveränderungsrechnungen und Kapitalflussrechnungen für die Geschäftsjahre 2003 bis 2005 geprüft. Die Eigenkapitalveränderungsrechnungen und Kapitalflussrechnungen ergänzen die auf Grundlage der deutschen handelsrechtlichen Vorschriften aufgestellten Jahresabschlüsse der Smart Fuel Cell AG für die Geschäftsjahre 2003 bis 2005.

Die Aufstellung der Eigenkapitalveränderungsrechnungen und Kapitalflussrechnungen für die Geschäftsjahre 2003 bis 2005 nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft.

Unsere Aufgabe ist es, auf Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung ein Urteil darüber abzugeben, ob die Eigenkapitalveränderungsrechnungen und Kapitalflussrechnungen für die Geschäftsjahre 2003 bis 2005 ordnungsgemäß aus den Jahresabschlüssen für die Geschäftsjahre 2003 bis 2005 sowie der zugrunde liegenden Buchführung nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften abgeleitet wurden. Nicht Gegenstand dieses Auftrages ist die Prüfung der zugrunde liegenden Jahresabschlüsse sowie der zugrunde liegenden Buchführung.

Wir haben unsere Prüfung unter Beachtung des IDW Prüfungshinweises: Prüfung von zusätzlichen Abschlusselementen (IDW PH 9.960.2) so geplant und durchgeführt, dass wesentliche Fehler bei der Ableitung der Eigenkapitalveränderungsrechnungen und Kapitalflussrechnungen aus den Jahresabschlüssen sowie der zugrunde liegenden Buchführung mit hinreichender Sicherheit erkannt werden.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse wurden die Eigenkapitalveränderungsrechnungen und Kapitalflussrechnungen für die Geschäftsjahre 2003 bis 2005 ordnungsgemäß aus den Jahresabschlüssen für die Geschäftsjahre 2003 bis 2005 sowie der zugrunde liegenden Buchführung nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften abgeleitet.

München, den 18. April 2007

Deloitte & Touche GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

(Voit)
Wirtschaftsprüfer

(ppa. Papadatos)
Wirtschaftsprüfer

**Gepürfter Jahresabschluss (HGB) der SFC Smart Fuel Cell AG für
das zum 31. Dezember 2004 endende Geschäftsjahr**

SFC Smart Fuel Cell AG
Brunnthal bei München

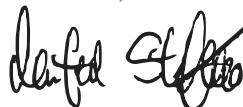
Jahresabschluss
zum 31. Dezember 2004

SFC Smart Fuel Cell AG, Brunnthäl-Nord

Bilanz zum 31. Dezember 2004

	EUR	31.12.2004 EUR	Vorjahr TEUR
Aktiva			
A. Aufwendungen für die Inangsetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebs		2.297.500,00	1.434
B. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
1. Gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	11.356,00		21
2. Geleistete Anzahlungen	33.373,25		0
II. Sachanlagen			
1. Technische Anlagen und Maschinen	187.620,00		153
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	183.534,00		147
		415.883,25	321
C. Umlaufvermögen			
I. Vorräte			
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	151.500,00		93
2. Unfertige Erzeugnisse	24.800,00		14
2. Fertige Erzeugnisse	32.400,00		5
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	582.290,97		88
2. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	1.685,73		6
3. Sonstige Vermögensgegenstände	159.369,43		97
III. Wertpapiere			
Sonstige Wertpapiere	2.610.128,97		0
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	99.014,36		5.828
D. Rechnungsabgrenzungsposten		3.661.189,46	6.131
		13.684,22	16
		6.388.256,93	7.902
Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	130.082,00		130
II. Kapitalrücklage	9.548.428,80		9.548
III. Verlustvortrag	-5.211.648,74		-3.205
IV. Jahresfehlbetrag	-1.764.801,38		-2.006
		2.702.060,68	4.467
B. Rückstellungen			
1. Steuerrückstellungen	36.737,50		0
2. Sonstige Rückstellungen	465.600,00		686
		502.337,50	686
C. Verbindlichkeiten			
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	481.335,27		112
2. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	61.450,39		20
3. Sonstige Verbindlichkeiten	2.641.073,09		2.617
– davon aus Steuern:			
EUR 40.959,96 (Vorjahr: TEUR 29)		3.183.858,75	2.749
– davon im Rahmen der sozialen Sicherheit:			
EUR 50.975,24 (Vorjahr: TEUR 35)			
– davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr:			
EUR 118.489,33 (Vorjahr: TEUR 94)			
– davon mit einer Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren:			
EUR 1.500.000,00 (Vorjahr: TEUR 1.500)			
		6.388.256,93	7.902

Brunnthäl, den 14.02.2005



Dr. Manfred Stefener



Dr. Jens Müller

SFC Smart Fuel Cell AG, Brunthal-Nord

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2004

	EUR	2004 EUR	Vorjahr TEUR
1. Umsatzerlöse		1.620.323,44	305
2. Erhöhung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen		37.500,00	-66
3. Andere aktivierte Eigenleistungen		1.222.000,00	1.515
		2.879.823,44	1.754
4. Sonstige betriebliche Erträge		849.328,59	482
5. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	-1.088.493,64		-438
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-137.996,04		-127
		-1.226.489,68	-565
6. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	-1.618.460,11		-1.403
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung	-322.070,96		-237
		-1.940.531,07	-1.640
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen sowie auf aktivierte Aufwendungen für die Inangangsetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebs		-581.207,90	-246
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen		-1.620.676,14	-1.063
		-1.639.752,76	-1.278
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	101.203,79		67
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-189.514,91		-195
		-88.311,12	-128
11. Ergebnis der gewöhnlichem Geschäftstätigkeit		-1.728.063,88	-1.406
12. Außerordentliche Aufwendungen		0,00	-600
13. Außerordentliches Ergebnis		0,00	-600
14. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		-36.737,50	0
15. Jahresfehlbetrag		-1.764.801,38	-2.006

Brunthal, den 14.02.2005


Dr. Manfred Steiner


Dr. Jens Müller

SFC Smart Fuel Cell AG, Brunthal-Nord

Anhang zum Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2004

I. Allgemeine Angaben zum Jahresabschluss

Der Jahresabschluss der SFC Smart Fuel Cell AG für das Geschäftsjahr 2004 wurde nach den Rechnungslegungsvorschriften des HGB erstellt.

Die Gesellschaft ist eine kleine Kapitalgesellschaft im Sinne des § 267 Abs. 1 HGB.

Der Jahresabschluss wurde unter Beachtung der generellen Bilanzierungs- und Bewertungsvorschriften (§§ 246 bis 256 HGB) sowie unter Berücksichtigung der besonderen Ansatz- und Bewertungsvorschriften für Kapitalgesellschaften (§§ 269 bis 274, 279 bis 283 HGB) aufgestellt. Die Gewinn- und Verlustrechnung ist nach dem Gesamtkostenverfahren gegliedert.

Die Form der Darstellung von Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung entspricht den allgemeinen Grundsätzen des § 265 HGB und den Vorschriften der §§ 266 bzw. 275 Abs. 2 HGB.

II. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Anlagevermögen

Die Bilanzierung der Vermögensgegenstände des Anlagevermögens erfolgte zu Anschaffungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibungen.

Geringwertige Wirtschaftsgüter mit Anschaffungskosten bis Euro 410 wurden im Jahr des Zugangs voll abgeschrieben und ihr Abgang im Jahr der Anschaffung unterstellt.

Vorräte

Die Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe wurden zu Anschaffungskosten bewertet. Die unfertigen und fertigen Erzeugnisse wurden mit Herstellungskosten angesetzt.

Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Vermögensgegenstände

Der Ansatz erfolgte zum Nominalwert. Einzelwertberichtigungen wurden in Höhe von Euro 26.195,64 vorgenommen. Fremdwährungsforderungen wurden zum Stichtagskurs umgerechnet.

Wertpapiere

Die sonstigen Wertpapiere wurden zu Anschaffungskosten oder dem niedrigeren Börsenkurs zum Bilanzstichtag bewertet.

Guthaben bei Kreditinstituten

Die Guthaben bei Kreditinstituten sind mit dem Nominalwert angesetzt

Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten

Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten enthält vorausbezahlte Bearbeitungsgebühren für die Einlagen der stillen Gesellschafter, die linear über die Laufzeit der Beteiligungsverträge aufgelöst werden.

Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen wurden in Höhe vernünftiger kaufmännischer Beurteilung angesetzt.

Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten wurden mit den Rückzahlungsbeträgen bilanziert. Fremdwährungsverbindlichkeiten wurden zum Kurs des Zugangstages bewertet.

III. Erläuterungen zu den Bilanzposten

Anlagevermögen

Die immateriellen Vermögensgegenstände und Sachanlagen werden linear über die voraussichtliche Nutzungsdauer abgeschrieben.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Die Forderungen haben alle eine Restlaufzeit bis zu einem Jahr.

Vorräte

Für die Bewertung der fertigen und unfertigen Erzeugnisse wurden die Herstellungskosten herangezogen. Die Herstellungskosten setzen sich hierbei aus Materialeinzelkosten, Materialgemeinkosten, Fertigungseinzelkosten, Fertigungsgemeinkosten sowie Sondereinzelkosten der Fertigung zusammen. Fremdkapitalzinsen wurden nicht in die Bewertung einbezogen.

Eigenkapital

Das Grundkapital der Aktiengesellschaft beträgt Euro 130.082,00 und ist eingeteilt in 55.335 Stammaktien, 47.265 Vorzugsaktien der Serie (A) und 27.482 Vorzugsaktien der Serie (B), jeweils als nennwertlose Stückaktien. Den Inhabern von Stammaktien und von Vorzugsaktien der Serie (A) und (B) stehen jeweils eine Stimme pro Aktie zu, Mehrfachstimmrechte existieren nicht. Das Grundkapital ist vollständig einbezahlt.

Die Akteingesellschaft verfügt über ein bedingtes Kapital in Höhe von Euro 7.400,00. Das bedingte Kapital dient der Auflegung eines Aktienoptionsprogramms für Mitglieder des Vorstands und Mitarbeiter der Gesellschaft, das die Gewährung von bis zu 7.400 Optionsrechten auf den Namen lautende Stammaktien der Gesellschaft als nennwertlose Stückaktien mit einem rechnerischen Anteil am Grundkapital von Euro 1,00 mit einer Laufzeit bis zum 31. Dezember 2009 vorsieht. Bis zum Abschlussstichtag wurden Mitarbeitern der Gesellschaft 950 Optionsrechte für das erste Halbjahr 2003 sowie 376 Optionsrechte für das zweite Halbjahr 2003 gewährt. Die eingeräumten Optionsrechte können erstmals nach Ablauf einer Wartezeit von zwei Jahren ab dem Einräumungszeitpunkt zu einem Bezugspreis von Euro 1,00 ausgeübt werden. Nach Ablauf der Wartezeit können die ausübaren Optionsrechte nur innerhalb von zehn Bankarbeitstagen nach der Feststellung des Jahresabschlusses der Gesellschaft und zusätzlich an den ersten zehn Bankarbeitstagen des Monats Dezember jeden Jahres oder im Falle einer Börsennotierung zusätzlich innerhalb von zehn Bankarbeitstagen nach der Veröffentlichung der Quartalszahlen der Gesellschaft ausgeübt werden. In keinem Fall können die Optionsrechte jedoch ab dem zehnten Bankarbeitstag vor einer Hauptversammlung der Gesellschaft oder in den zehn Börsenhandelstagen vor der Bilanzpressekonferenz und den Quartalsberichtsterminen ausgeübt werden.

Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen betreffen im Wesentlichen Gewährleistungen (Euro 234.000,00) und den Personalbereich (Euro 133.750,00).

Ergebnisverwendung

Auf Vorschlag des Vorstands soll der Jahresfehlbetrag in Höhe von Euro 1.764.801,38 auf neue Rechnung vorgetragen werden.

IV. Sonstige Angaben

Vorstand

Vorstandsmitglieder waren im Geschäftsjahr 2004:

- Dr. Manfred Stefener, Dipl.-Ingenieur, München
- Dr. Jens Müller, Dipl.-Chemiker, München (ab 15.11.2004)

Aufsichtsrat

Mitglieder des Aufsichtsrats waren im Geschäftsjahr 2004:

- Rüdiger C. Olschowy, Geschäftsführer Buchanan Industrial Technologies GmbH, Unterhaching (Vorsitzender)

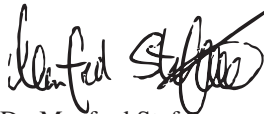
- Jakob-Hinrich Leverkus, Geschäftsführer Hydraulik-Nord GmbH, Hamburg (stellvertretender Vorsitzender)
- Wolfgang Biedermann, Vorstandsvorsitzender PRICAP Venture Partners AG, Hamburg
- Manfred B. Exner, Management Consultant, Düren (ab 23.09.2004)
- Achim M. Lederle, Investment Director 3i Deutschland Gesellschaft für Industrie beteiligungen mbH, München
- Michael Negel, Vorstand CE Consumer Electronic AG, München (bis 23.03.2004)
- David L. Peet, Business Director DuPont Fuel Cells, Wilmington (bis 23.03.2004)
- Andrew M. Weber, Business Director DuPont Fuel Cells, Wilmington (ab 17.06.2004)

Im Hinblick auf die Angaben zu Vergütung von Vorstand und Aufsichtsrat macht die Gesellschaft von den Erleichterungsvorschriften für kleine Kapitalgesellschaften gemäß § 288 Satz 1 HGB Gebrauch.

Haftungsverhältnisse

Zum Bilanzstichtag waren Festgelder in Höhe von Euro 56.920,00 für Avalkredite verpfändet.

Brunnthal, den 14.02.2005



Dr. Manfred Stefener



Dr. Jens Müller

Der folgende Bestätigungsvermerk wurde auf den vollständigen Jahresabschluss zum 31. Dezember 2006 einschließlich des Lageberichtes für das Geschäftsjahr 2004 erteilt. Der Jahresabschluss ist ohne den Lagebericht im Prospekt enthalten.

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der SFC Smart Fuel Cell AG, Brunenthal-Nord, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2004 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung entsprechend § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Überzeugung vermittelt der Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der SFC Smart Fuel Cell AG, Brunenthal-Nord. Der Lagebericht gibt insgesamt eine zutreffende Vorstellung von der Lage der Gesellschaft und stellt die Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dar.

München, den 18. Februar 2005

Deloitte & Touche GmbH

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft



(Bögle)

Wirtschaftsprüfer



(Papadatos)

Wirtschaftsprüfer

SFC Smart Fuel Cell AG, Brunthal

Kapitalflussrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2004

	<u>2004</u> <u>EUR</u>	<u>Vorjahr</u> <u>TEUR</u>
Jahresergebnis	-1.764.801,38	-2.006
+ Abschreibungen auf Anlagevermögen und auf Aufwendungen für Ingangsetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebs	581.207,90	246
- Auszahlungen für Ingangsetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebs	<u>-1.222.000,00</u>	<u>-1.434</u>
Cash Earnings nach DVFA/SG	-2.405.593,48	-3.194
+/- Zunahme/ Abnahme der kurz- und mittelfristigen Rückstellungen	-184.062,50	429
-/+ Gewinn/ Verlust aus dem Abgang von Anlagevermögen	35,00	9
-/+ Zunahme/ Abnahme der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-645.605,56	-41
+/- Zunahme/ Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	<u>434.724,34</u>	<u>-52</u>
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	-2.800.502,20	-2.849
+ Einzahlungen aus Abgängen von Anlagegegenständen	1.450,00	8
- Auszahlungen für Investitionen in das Anlagevermögen	<u>-319.535,15</u>	<u>-233</u>
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-318.085,15	-225
+ Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen	0,00	7.525
+ Einzahlungen aus der Begebung von Krediten	0,00	500
- Auszahlungen für die Tilgung von Krediten	<u>0,00</u>	<u>-500</u>
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	0,00	7.525
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	-3.118.587,35	4.451
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	<u>5.827.730,68</u>	<u>1.377</u>
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	<u>2.709.143,33</u>	<u>5.828</u>

SFC Smart Fuel Cell AG, Brunenthal

Entwicklung des Eigenkapitals für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2004

<u>in EUR</u>	<u>Gezeichnetes Kapital</u>	<u>Kapitalrücklage</u>	<u>Erwirtschaftetes Eigenkapital Bilanzverlust</u>	<u>Summe</u>
Stand 01.01.2003	102.050,00	2.052.073,00	-3.205.776,16	-1.051.653,16
Jahresergebnis			-2.005.872,58	-2.005.872,58
Kapitalerhöhung gegen Bareinlage vom 8 Mai 2003	550,00			550,00
Kapitalerhöhung gegen Bareinlage vom 1 Juli 2003	27.482,00	7.496.355,80		7.523.837,80
Stand 31.12.2003	130.082,00	9.548.428,80	-5.211.648,74	4.466.862,06
Jahresergebnis			-1.764.801,38	-1.764.801,38
Stand 31.12.2004	130.082,00	9.548.428,80	-6.976.450,12	2.702.060,68

BESCHEINIGUNG

Wir haben die von der Smart Fuel Cell AG, München, aus den Jahresabschlüssen für die Geschäftsjahre 2003 bis 2005 sowie der zugrunde liegenden Buchführung abgeleiteten Eigenkapitalveränderungsrechnungen und Kapitalflussrechnungen für die Geschäftsjahre 2003 bis 2005 geprüft. Die Eigenkapitalveränderungsrechnungen und Kapitalflussrechnungen ergänzen die auf Grundlage der deutschen handelsrechtlichen Vorschriften aufgestellten Jahresabschlüsse der Smart Fuel Cell AG für die Geschäftsjahre 2003 bis 2005.

Die Aufstellung der Eigenkapitalveränderungsrechnungen und Kapitalflussrechnungen für die Geschäftsjahre 2003 bis 2005 nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft.

Unsere Aufgabe ist es, auf Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung ein Urteil darüber abzugeben, ob die Eigenkapitalveränderungsrechnungen und Kapitalflussrechnungen für die Geschäftsjahre 2003 bis 2005 ordnungsgemäß aus den Jahresabschlüssen für die Geschäftsjahre 2003 bis 2005 sowie der zugrunde liegenden Buchführung nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften abgeleitet wurden. Nicht Gegenstand dieses Auftrages ist die Prüfung der zugrunde liegenden Jahresabschlüsse sowie der zugrunde liegenden Buchführung.

Wir haben unsere Prüfung unter Beachtung des IDW Prüfungshinweises: Prüfung von zusätzlichen Abschlusselementen (IDW PH 9.960.2) so geplant und durchgeführt, dass wesentliche Fehler bei der Ableitung der Eigenkapitalveränderungsrechnungen und Kapitalflussrechnungen aus den Jahresabschlüssen sowie der zugrunde liegenden Buchführung mit hinreichender Sicherheit erkannt werden.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse wurden die Eigenkapitalveränderungsrechnungen und Kapitalflussrechnungen für die Geschäftsjahre 2003 bis 2005 ordnungsgemäß aus den Jahresabschlüssen für die Geschäftsjahre 2003 bis 2005 sowie der zugrunde liegenden Buchführung nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften abgeleitet.

München, den 18. April 2007

Deloitte & Touche GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

(Voit)
Wirtschaftsprüfer

(ppa. Papadatos)
Wirtschaftsprüfer

ANGABEN ÜBER DEN JÜNGSTEN GESCHÄFTSGANG UND DIE GESCHÄFTSAUSSICHTEN

Der Umsatz seit Jahresbeginn 2007 sowie die Entwicklung des Betriebsergebnisses (EBIT) im gleichen Zeitraum haben die Einschätzung der Gesellschaft zum Geschäftsverlauf im Jahr 2007 (Steigerung des Umsatzes) bislang bestätigt. Die Gesellschaft geht von einer Fortsetzung des günstigen Geschäftsklimas im Rest des Geschäftsjahres 2007 aus. Konjunkturoptionen prognostizieren im Jahr 2007 eine weiter wachsende Weltwirtschaft, für die beispielsweise der Internationale Währungsfond mit einer Steigerung des globalen Bruttoinlandsprodukts um 4,9 % gegenüber dem Vorjahr rechnet (Quelle: International Monetary Fund, World Economical Outlook: a survey of the staff of the International Monetary Fund, 2006, Seite xiii). Die Wirtschaftsinstitute in Deutschland erwarten für das laufende Jahr eine Zunahme des weltweiten realen Bruttoinlandsprodukts von 3,4 %, wobei in Deutschland das Bruttoinlandsprodukt um etwa 1,8 % wachsen soll (Quelle: Jahresgutachten 2006/ 2007 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, November 2006, Seite 95).

Die Gesellschaft hat im laufenden Geschäftsjahr bislang 1.371 Brennstoffzellensysteme der A-Serie Serie, vier Brennstoffzellensysteme der C-Serie und 50 Power Manager verkauft. Im Vergleich hierzu hat die Gesellschaft im ersten Quartal 2006 321 Stück Brennstoffzellensysteme der A-Serie und weder Brennstoffzellensysteme der C-Serie noch Power Manager verkauft.

Die Gesellschaft erwartet, dass sich das erwartete Wirtschaftswachstum in verbesserten Umsatzzahlen für SFC im Jahr 2007 niederschlagen wird, unter der Voraussetzung, dass sich keines der im Abschnitt „Risikofaktoren“ genannten Risiken realisiert. Die bereits erzielten Stückkostensenkungen und die bereits im laufenden Jahr 2007 eingegangenen Aufträge sind nach Einschätzung der Gesellschaft eine solide Ausgangsbasis für eine weitere Verbesserung des Umsatzes und des Betriebsergebnisses (EBIT) der Gesellschaft im Jahr 2007.

Die Gesellschaft geht jedoch davon aus, dass auch bei Erreichen ihrer Wachstumsziele bei Umsätzen und verkauften Stückzahlen sowie weiterer Produktionskostenreduzierungen nicht vor dem Geschäftsjahr 2008 ein ausgeglichenes Ergebnis erreicht werden kann.

Am 17. April 2007 hat die Gesellschaft mit der Cabot Corporation, Massachusetts, USA, ein JDA über die Zusammenarbeit bei der Entwicklung und Optimierung von MEAs der Cabot Corporation abgeschlossen. Der Rahmenvertrag, der die Grundlage für verschiedene Einzelprojekte bilden soll, hat eine Laufzeit von drei Jahren.

Bis zum Datum dieses Prospekts sind keine wesentlichen nachteiligen Veränderungen in der Finanzlage der Gesellschaft seit dem 31. März 2007 eingetreten.

(Diese Seite wurde absichtlich freigelassen.)

GLOSSAR

A	Ampere, Einheit der elektrischen Stromstärke
ADR	Accord européen relatif au transport international des marchandises dangereuses par route — Europäisches Übereinkommen über die internationale Beförderung gefährlicher Güter auf der Straße
Ah bei V	Amperestunden, Produkt aus Stromstärke und Zeit bei der angegebenen Spannung
BaFin	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
Brennstoffzelle	Elektrochemischer Wandler
Brennstoffzellensystem	Gesamtheit von Stack und Systemperipherie; ergibt ein komplettes Stromerzeugungssystem
CE	Communauté Européenne
db(A)	Hilfseinheit für den Schalldruckpegel (Lautstärke)
DMFC	Direct Methanol Fuel Cell; Direkt-Methanol-Brennstoffzelle; Niedertemperatur-Brennstoffzelle zur direkten Verstromung von flüssigem Methanol
ECB	European Chemicals Bureau
Energiedichte	Quotient aus Energieinhalt und Volumen bzw. Gewicht, hier: Kenngröße für den volumen- bzw. gewichtsbezogenen Energievorrat einer Stromquelle
ESOP	Employee Stock Option Plan
E-Zertifizierung	Vorgeschriebene Zertifizierung für Elektrikkomponenten für Kraftfahrzeuge, die die Einhaltung von Mindestanforderungen elektromagnetischer Verträglichkeit anzeigt. Da solche Bauteile tendenziell sicherheitskritisch sind, bestehen hier höhere Anforderungen als z.B. für nicht fahrzeuggebundene Haushaltsgeräte.
ICAO	International Civil Aviation Organisation
ICAO	engl. International Civil Aviation Organization, Internationale Zivilluftfahrt-Organisation
IEC	International Electrotechnical Commission
IEC	International Electrotechnical Commission, eine internationale Organisation für die Entwicklung von Normen für eine Vielzahl technischer Produkte.
JDA	engl. Joint Development Agreement, bezahlter Entwicklungsauftrag
kW	Kilowatt, 1000 W, siehe unter W
kWh	Kilowattstunde, 1000 kWh, siehe unter Wh
Leistungsdichte	Quotient aus Leistungsabgabe und Volumen bzw. Gewicht, hier: Kenngröße für die volumen- bzw. gewichtsbezogene Leistungsfähigkeit einer Stromquelle
MEA	Membrane electrode assembly, Membran-Elektroden-Einheit; Kernkomponente im Stack, bestehend im Wesentlichen aus einer protonenleitenden Membran und Katalysatorschichten
Memory-Effekt	Bei bestimmten Batterietypen verbreiteter Effekt abnehmender Speicherkapazität bei wiederholter Teilentladung
MIL	Norm für Militärprodukte, die besondere Anforderungen aus militärischen Einsatzumgebungen definiert, z.B. mechanische Belastung, elektromagne-

	tische Verträglichkeit, Wasserfestigkeit, Funktionalität bei extremen Temperaturen, Staubbelastung u.ä.
OEM	Original Equipment Manufacturer, Hersteller von Originalausrüstung bzw. -fahrzeugen
PCT	Patent Cooperation Treaty
POC-Methode	percentage of completion (buchhalterische Methode der zeitraumbezogenen Abrechnung von Leistungen)
PVÜ	Pariser Verbandsübereinkunft zum Schutz des gewerblichen Eigentums
Speicherdichte	Energiedichte, die sich auf den Energiespeicher bezieht, z.B. eine Methanoltankpatrone
Stack	Zellstapel, der die MEA's enthält und in dem die eigentliche elektrochemische Reaktion zur Stromproduktion in Brennstoffzellen abläuft; besteht im Wesentlichen aus Fluidverteilern und MEA's
Systemperipherie	Umfasst sämtliche Komponenten wie z.B. Pumpen, Ventile, Wärmetauscher, Sensorik, elektronische Steuerung, Gehäuse usw., die notwendig sind, um den Stack mit Medien zu versorgen und Nebenprodukte sowie Abwärme kontrolliert abzuführen
TÜV	Technischer Überwachungsverein
UN	engl. United Nations, Vereinte Nationen
V	Volt, Einheit der elektrischen Spannung (Potentialdifferenz)
VAR	engl. Value Added Reseller; Wiederverkäufer
W	Watt, Einheit der (hier: elektrischen) Leistung
Wh	Wattstunde, Einheit der (hier: elektrischen) Energie
WpPG	Wertpapierprospektgesetz

Brunnthal, 11. Mai 2007

**Der Vorstand der
SFC Smart Fuel Cell AG**

gez. Dr. Peter Podesser

gez. Dr. Jens Müller

London, 11. Mai 2007

Citigroup Global Markets Limited

gez. Steffen Schneider

gez. Andreas Resch

Köln, 11. Mai 2007

Sal. Oppenheim jr. & Cie. Kommanditgesellschaft auf Aktien

gez. Carsten Klante

gez. Ulrike Großmann

